Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismus-forschung 2008

Brühl /Rheinland 2008

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 978-3-938407-31-8

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:

Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.fhbund.de

Inhalt

Vorwort 7

Grundsatzfragen

Extremismus und Terrorismus.
Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht
Armin Pfahl-Traughber 9

Extremismus und Terrorismus.
Eine Definition aus rechtlicher Sicht
Gunter Warg 34

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik.
Eine empirische Analyse zum Zusammenhang
bei den Einstellungen in der Bevölkerung
Richard Stöss 66

„Und sie bewegt sich doch“:
Rechtsextremismus als soziale Bewegung.
Das Analysepotential der Bewegungsforschung
zur Interpretation neuerer Entwicklungen
im Rechtsextremismus
Thomas Grumke 95

Die NPD im Sächsischen Landtag.
Eine Analyse zur Qualität ihrer Parlamentsarbeit
Alexander Schulze 122

Die Vier-Säulen-Strategie der NPD.
Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung
Eckhard Jesse 178

Neonazismus in der „Deutschen Stimme“.
Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung
Walter Jung 193

Die Bedeutung jugendlicher Subkulturen
für den deutschen Rechtsextremismus.
Die Strategie und Taktik von Neonationalsozialisten und NPD gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten
Christian Menhorn 247

Parteinahe Jugendzeitschriften
einer neuen sozialen Bewegung von rechts.
Eine Analyse zu Funktion und Inhalten von sechs Periodika
Thomas Pfeiffer 264

Relativierung und Leugnung des Holocaust.
Eine Analyse zu Argumentationsmustern und zur Lage des rechtsextremistischen Revisionismus
Elmar Vieregge 303

Linksextremismus

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)
nach vierzig Jahren. Eine Bilanz zur Entwicklung
des ehemaligen Interventionsapparates der SED
Armin Pfahl-Traughber 342

Die Achtundsechziger zwischen Gesellschaftskritik
und totalitärer Heilslehre.
Eine kritische Analyse der Protestbewegung
aus extremismustheoretischer Sicht
Armin Pfahl-Traughber 377

Islamismus

Zeitgenössische Akteure der Muslimbruderschaft.
Eine extremismustheoretische Analyse
des legalistischen Islamismus
Olaf Farschid/Ekkehard Rudolph 403

Maududis „Als Muslim leben“ im Widerstreit mit den Normen
der liberalen, rechtsstaatlichen und säkularen Demokratie.
Analyse eines Klassikers des islamischen Fundamentalismus
aus extremismustheoretischer Perspektive
Khadija Katja Wöhler-Khalfallah 464

Terrorismus

Terrorismusfinanzierung im internationalen Finanzsystem.
Eine Analyse der Transfermethoden
im Zeitalter der Globalisierung
Peter El-Samalouti 497

Staatszerfall, Sektierer und internationaler Terrorismus:
Eine neue Sichtweise
Kai Hirschmann 531

Zusammenfassungen 549

Autorenverzeichnis 559

Einladung zur Mitarbeit 561

Vorwort

Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Extremismus und Terrorismus muss nicht theoretisch gesondert begründet werden. Der Blick in die Zeitung veranschaulicht täglich Bedeutung und Relevanz des Themenkomplexes: Die Wahlerfolge der NPD in Ostdeutschland stehen dafür ebenso wie rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten, die Ausschreitungen von Autonomen bei Demonstrationen ebenso wie die Unterwanderungsstrategien von Trotzkisten, die antisemitische Hetze von Islamisten ebenso wie deren Versuche zum Aufbau von Parallelgesellschaften, die Indoktrinierung junger Muslime mit dem Dschihad-Weltbild ebenso wie die Terroranschläge in vielen Regionen der Welt. So unterschiedlich die jeweiligen ideologischen Hintergründe und strategischen Handlungsweisen sind, so gemeinsam ist ihnen die Ablehnung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates. Diese Stoßrichtung erlaubt es auch, die skizzierten Phänomene unter die Sammelbezeichnungen „Extremismus“ und „Terrorismus“ zu fassen.

Das hier erstmals vorliegende „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET) will kontinuierlich Analysen zu den angesprochenen Themen veröffentlichen. Es versteht sich insbesondere als Forum für Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die hier ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage darstellen können. Darüber hinaus will das JET auch Beiträge von Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Institutionen oder Stiftungen veröffentlichen. Im Unterschied zu anderen Jahrbüchern mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung finden sich darin nur Aufsätze zu den im Titel genannten Schwerpunkten. Es gibt demnach keine Beiträge zur Demokratietheorie, keine Erörterungen zur Strukturreform der Sicherheitsbehörden und auch keine Rezensionen neuerer Literatur zu Extremismus und Terrorismus. Wie bei wissenschaftlichen Projekten üblich steht jeder Autor für seinen Beitrag, d. h. er trägt dafür die alleinige Verantwortung und der Inhalt kann auch nicht pauschal seiner jeweiligen Behörde zugerechnet werden.

Die Aufsätze des Jahrbuchs werden in die Kategorien „Grundsatzfragen“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Terrorismus“ eingeteilt. Bei Gelegenheit sollen aber auch noch weitere Schwerpunkte, die etwa auf ideologische Besonderheiten oder

vergleichende Dimensionen zielen, Aufnahme finden. Der vorliegende erste Band von JET geriet thematisch sehr „Rechtsextremismus-lastig“. Dies lag schlicht und ergreifend daran, dass viele der zu den anderen Themenfeldern angekündigten Beiträge von den jeweiligen Autoren entgegen deren Zusage dann doch nicht geliefert wurden. Für die folgenden Bände hoffen wir auf eine mehr ausgewogene Textverteilung. Gegen Ende des Jahrbuchs findet sich übrigens eine Einladung zur Mitarbeit mit erläuternden Ausführungen zu den „Spielregeln“, welche es dabei um der arbeitsökonomisch einfacheren Umsetzung willen einzuhalten gilt. Für Letzteres ist Herr Jochen Rosar von der Fachhochschule des Bundes in Brühl zuständig. Ihm sei schon jetzt für sein hohes Engagement für das JET gedankt!

Armin Pfahl-Traughber

Extremismus und Terrorismus.
Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Die Bezeichnungen „Extremismus“ und „Terrorismus“ finden sich immer wieder in politischen Kommentaren zu den unterschiedlichsten Bewegungen, Ideen und Organisationen.[1] Als Extremisten gelten gewaltbreite „linke“ Autonome und die nationalistische Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) ebenso wie die fundamentalistische Organisation „Muslimbruderschaft“. Und unter die Rubrik Terrorismus fällt die islamistische „Al Qaida“ und die linksrevolutionäre „Rote Armee Fraktion“ (RAF) ebenso wie die nationalistische „Irisch Republikanische Armee“ (IRA).[2] Die damit verbundenen Zuordnungen zu den erwähnten Sammelbegriffen arbeiten mit negativ konnotierten Bezeichnungen, d. h. deren Verwendung schließt eine ablehnende bis abwertende Auffassung gegenüber den angesprochenen Gruppierungen oder Personen ein. So nehmen auch die so benannten eine ganz andere Selbstbezeichnung vor: „Extremisten“ verstehen sich als „Nonkonformisten“, „Terroristen“ sprechen von sich als „Freiheitskämpfer“.

Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen: Macht die Verwendung der erwähnten Bezeichnungen für derart unterschiedliche Aktivitäten, Ideologien und Organisationen Sinn? Handelt es sich bei „Extremismus“ und „Terrorismus“ lediglich um politische Schlagworte oder auch um wissenschaftliche Kategorien? Ist die Zuordnung des jeweils Gemeinten nicht nur abhängig vom konkreten Standpunkt des Betrachters? Welche Kategorien und Maßstäbe liegen den erwähnten Bezeichnungen im Sinne einer nachvollziehbaren Argumentation zugrunde? Diesen Fragen will die vorliegende Erörterung aus politik-

---

[1] Die vorliegende Darstellung knüpft im Sinne einer aktualisierten und ausführlicheren Erörterung an folgende frühere Veröffentlichung des Autors an: Armin Pfahl-Traughber, Extremismus – Fundamentalismus –Terrorismus. Zur Problematik einer Definition zwischen politischen und wissenschaftlichen Kategorien, in: Kriminalistik 58 (2004), Nr. 6, S. 364-368.

[2] Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993; Bernd Georg Thamm, Terrorismus. Ein Handbuch über Täter und Opfer, Hilden 2002.

wissenschaftlicher Sicht nachgehen. Hierbei sollen die beiden auch als „Kampfbegriffe“ genutzten Termini aus einem politisierten Zusammenhang gelöst werden. Statt dessen geht es um die Entwicklung einer trennscharfen Definition von „Extremismus“ und „Terrorismus“ auf wissenschaftlicher Grundlage. Sie erleichtert wohlmöglich - auf nationaler wie internationaler Ebene - die Überwindung von Kommunikationsproblemen und Missverständnissen.

Hier soll zunächst der „Extremismus“ (2.) hinsichtlich der Begriffsgeschichte und Wortbedeutung (2.1), dem Verständnis als Abgrenzungsbegriff im Sinne einer Negativ-Definition (2.2) und dem Verweis auf Gemeinsamkeiten im Sinne einer Positiv-Definition (2.3) erörtert werden. Dem folgen Ausführungen zu den politischen Erscheinungsformen (2.4), eine vergleichende Betrachtung zu ähnlichen Begriffen (2.5) und eine argumentative Auseinandersetzung mit kritischen Einwänden (2.6). Bei der Beschäftigung mit dem „Terrorismus“ (3.) geht es zunächst ebenfalls um eine Begriffsgeschichte und Wortbedeutung (3.1), danach um die typischen Eigenschaften, Mittel und Vorgehensweisen solcher Gruppen (3.2) und die Deutung des Terrorismus als Ausdruck politischer Schwäche und psychischer Wirkung (3.3). Anschließend sollen die politischen Erscheinungsformen benannt (3.4), eine vergleichende Betrachtung zu ähnlichen Begriffen vorgenommen (3.5) und das Problem einer Unterscheidung von legitimer und nicht-legitimer Gewaltausübung erörtert (3.6) werden.

2. Extremismus

2.1 Begriffsgeschichte und Wortbedeutung

Zunächst aber zum Extremismusbegriff[3]: Der Terminus geht auf das lateinische Wort „extremus“, also „der äußerste“ zurück. Damit deutet sich schon an, dass Extremismus nicht allein für sich, sondern in Abhängigkeit von einem anderen Begriff oder Wert definiert werden muss. Es geht demnach um die äußerste Abweichung oder den äußers-

[3] Die folgenden Ausführungen greifen teilweise Analysen aus früheren Veröffentlichungen des Autors auf, vgl. Armin Pfahl-Traughber, Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 185-212.

ten Gegensatz von einem anderen Standpunkt oder Wert. Die Bezeichnung kann also nicht für sich allein, sondern immer nur im Spannungsverhältnis zu etwas Anderem stehen. Worin dieses besteht macht auch den Kernaspekt des inhaltlichen Verständnisses von Extremismus aus. Die Geschichte des Terminus lässt sich nach dem Politikwissenschaftler Uwe Backes[4] historisch betrachtet bis in die Zeit der griechischen Antike zurückverfolgen: Der Begriff des politischen Extrems geht auf die altgriechische Maßethik zurück, welche bei Handlungen ein Zuviel und ein Zuwenig als Abweichungen von einer Mitte unterschied. Platon übertrug diese Kategorie auf seine Staatsformenlehre und gab ihr damit einen politischen Anstrich.

Auch bei Aristoteles findet man eine Verbindung der ethischen Auffassung von Mitte mit dem politischen Plädoyer für einen Staatstyp. Beide Philosophen traten mit unterschiedlicher Ausrichtung und Schwerpunktsetzung für die Etablierung von gemäßigten politischen Ordnungssystemen auf Basis einer Mischverfassung ein und lehnten die Despotie ebenso wie die Pöbelherrschaft als extreme Abweichungen davon ab.[5] Das damit verbundene Verständnis spielte aber erst wieder in der frühen Neuzeit im politischen Diskurs eine Rolle: Seit dem nutzte man den Begriff „Extremismus“ immer wieder in politischen Umbruchphasen, um damit die Protagonisten eines besonders rigiden Vorgehens zu bezeichnen.[6] Zunächst nutzten Betrachter des Zeitgeschehens diese Formulierung aber nur sporadisch, ohne dass sie im öffentlichen Diskurs allgemeine Anerkennung fand. Erst im 20. Jahrhundert konnte man eine solche Entwicklung ausmachen, zunächst nach der Revolution der Bolschewiki in Russland 1917 und dann nach der Machtübertragung an die Faschisten in Italien 1922.[7]

Bereits bei dieser Begriffsverwendung deuteten sich inhaltliche Gesichtspunkte an, welche auch das heutige Verständnis des Terminus prägen: Es geht um politische Bestrebungen, die eine bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung rigoros ablehnen. Dabei spielt die je-

---

[4] Die anschließende Skizze zum Thema orientiert sich an seiner ersten umfassenden Darstellung zur Begriffsgeschichte: Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006.

[5] Vgl. ebenda, S. 27-54.

[6] Vgl. ebenda, S. 73-136.

[7] Vgl. ebenda, S. 137-155.

weilige ideologische Begründung und politische Zielsetzung der Akteure keine entscheidende Rolle. Als grundlegend für das Verständnis muss vielmehr die angesprochene fundamentale Ablehnung der politischen Gegebenheiten gelten. Unbestimmt blieb in diesem Verständnis aber die inhaltliche Besonderheit des Abgelehnten, womit die undifferenzierte Verwendung des Terminus als Bezeichnung für alle oppositionellen Tendenzen möglich wurde. Zu einem diesbezüglich trennschärferen Verständnis kam es in der Bundesrepublik Deutschland erst zu Beginn der 1970er Jahre, gingen doch die Verfassungsschutzbehörden fortan dazu über, politische Bestrebungen gegen die juristisch definierte freiheitliche demokratische Grundordnung als Ausdruck des Extremismus anzusehen.[8]

2.2 Negativ-Definition als Abgrenzungsbegriff

In den Politikwissenschaften bildete sich erst Mitte bis Ende der 1980er Jahre ein systematisch entwickeltes Verständnis von politischem Extremismus heraus. Entscheidenden Anteil hatten daran Uwe Backes und Eckhard Jesse, die zahlreiche Aufsätze und Bücher[9] zum Verständnis von Demokratie und Extremismus als einem „antithetischen Begriffspaar“[10] veröffentlichten. Demnach sollte der hier zu erörternde Terminus zwar weiterhin im Sinne der Ablehnung von einem politischen System definiert werden. Im Unterschied zu den oben referierten Auffassungen ging es aber nur um eine bestimmte Staatsordnung. Die grundlegende Verwerfung von Diktaturen würde demnach nicht unter dieser Bezeichnung subsummierbar sein. Backes und Jesse schrieben: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Ver-

[8] Vgl. den folgenden Beitrag von Gunter Warg.

[9] Vgl. insbesondere das dreibändige Werk: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Literatur, Bd. 2: Analyse, Bd. 3: Dokumentation, Köln 1989.

[10] Uwe Backes/Eckhard Jesse, Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/1983, S. 3-18.

fassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen ...“[11]

Demnach gilt der Begriff nur für politische Bestrebungen und Ideologien, die sich gegen die Grundlagen der modernen Demokratie richten. Sofern gesellschaftskritische und oppositionelle Auffassungen und Organisationen deren Normen und Regeln teilen, kann in diesem Sinne nicht von einer Form des politischen Extremismus gesprochen werden. Die Verwendung des Terminus „Sammelbezeichnung“ macht darüber hinaus deutlich, dass damit sowohl hinsichtlich der ideologischen Ausrichtung als auch des politischen Vorgehens ganz unterschiedliche Bewegungen und Parteien, Organisationen und Personen gemeint sein können. Die Gemeinsamkeiten würden demnach nur in der Ablehnung der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates bestehen; insofern beabsichtigt dieses Verständnis auch keine inhaltliche Gleichsetzung der gemeinten Bestrebungen. Darüber hinaus bezieht sich die von Backes und Jesse vorgenommene Definition nicht nur auf politische Aktivitäten, sondern auch auf ideologische Prinzipien.

Die zitierte Begriffsbestimmung von Extremismus setzt außerdem die Definition des demokratischen Verfassungsstaates voraus. Mit anderen Worten: Hier wird zunächst nicht politischer Extremismus, sondern dessen erklärtes Gegenteil bestimmt. Ganz allgemein können als grundlegende Merkmale solcher Staatsordnungen gelten: Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Volkssouveränität.[12] Auf Basis der Akzeptanz dieser Minimalbedingungen können die unterschiedlichsten politischen Ideen in organisierter Form um gesellschaftliche Akzeptanz werben; eine diese Prinzipien nicht akzeptierende politische Bestrebung würde eben gerade diese Möglichkeit aufheben. Alle Auffassungen, Handlungen und Organisationen, welche in diese Richtung gehen, gelten demnach als Erscheinungsformen des „politischen Extremismus“. Es

---

[11] Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, S. 40. (Bei diesem Buch handelt es sich um die aktualisierte Ausgabe des in Anm. 9 genannten Bd. 2.)

[12] Vgl. als politikwissenschaftlichen Klassiker: Carl J. Friedrich, Der Verfassungsstaat der Neuzeit, Berlin 1953 oder als neuere Veröffentlichung: Christian Starck, Der demokratische Verfassungsstaat. Gestalt, Grundlagen, Gefährdungen, Tübingen 1995.

handelt sich insofern um einen Abgrenzungsbegriff und eine Negativ-Definition – konstitutiv für das Verständnis ist die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates.

2.3 Positiv-Definition als Typusbegriff

Gleichwohl besteht hier das bereits angedeutete Problem: Es wird nicht erklärt, was Extremismus ist, sondern was Extremismus nicht ist. Dies sah auch Backes als kritisch an, bestehe doch die Gefahr eine inhaltsleeren und zirkulären Begriffsbestimmung, etwa nach dem Motto: „antidemokratisch = extremistisch“ und „antiextremistisch = demokratisch“. Außerdem werde diese Negativ-Definition dem erfassten Phänomen nicht voll gerecht, da der Eindruck entstünde, „als sei der politische Extremismus etwas Sekundäres, dessen Existenz vom Primärphänomen des demokratischen Verfassungsstaates abhänge. Eine derartige Vorstellung muss jedoch ahistorisch sein.“ Die reine Negativ-Definition hat denn auch für Backes den „entscheidenden Nachteil, dass sie das Feld der extremistischen Phänomene nur in seinem Schattenriss abbildet, so dass das breite Spektrum der Extremismen strukturell unbestimmt bleibt. Daher kann der Eindruck entstehen, als handele es sich um ein Spiel mit antithetischen Begriffen, deren Definitionsbereich allzu Disparates zusammenzwingt.“[13]

Der entscheidende Schritt, den Backes gegenüber dem bisherigen Verständnis von Extremismus weiter geht, besteht in der aufgezeigten Notwendigkeit einer Positiv-Definition. Diese läuft bei ihm auf die Erfassung der formalen Gemeinsamkeiten bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates durch die gemeinten Extremisten hinaus. Angesprochen sind damit die Strukturmerkmale, die allen so unterschiedlichen Formen des gemeinten Phänomens eigen sind. Als solche benennt Backes offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kategorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus.[14] So sehr sich die einzelnen Bewegungen und Organisationen des politischen Extremismus ideologisch unterscheiden und widersprechen mögen, ihnen gemeinsam sind in dieser Perspektive die

[13] Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 103 und 111.
[14] Vgl. ebenda, S. 298-311.

erwähnten formalen Eigenschaften ihrer Ideologie in der Frontstellung gegen die Normen und Regeln des modernen demokratischen Verfassungsstaates.

Ähnliche Merkmale arbeitete der Autor bei einer vergleichenden Betrachtung des linken, rechten und religiösen Extremismus heraus. Zu ihnen gehörten erstens der exklusive Erkenntnisanspruch (Glaube an ein „höheres Wissen"), zweitens der dogmatische Absolutheitsanspruch (Behauptung der unbezweifelbaren Richtigkeit eigener Positionen), drittens das essentialistische Deutungsmonopol (alleinige Erfassung des „wahren Wesens" der Dinge), viertens die holistischen Steuerungsabsichten (beabsichtigte ganzheitliche Kontrolle der Gesellschaft), fünftens das deterministische Geschichtsbild (Wissen um den vorgegebenen historischen Weg), sechstens die identitäre Gesellschaftskonzeption (Forderung nach politischer Homogenität der Gesellschaft), siebtens der dualistische Rigorismus (Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren wie Gut-Böse, Freund-Feind) und achtens die fundamentale Verwerfung (rigorose Verdammung des Bestehenden).[15] Allen extremistischen Ideologien sind in dieser Perspektive die genannten Merkmale eigen.

2.4 Politische Erscheinungsformen des Extremismus

Sie können inhaltlich in die folgenden drei Erscheinungsformen eingeteilt werden: Für den Linkextremismus stellt die zentrale Grundposition das Streben nach sozialer Gleichheit dar, welches aber mit der Negierung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates verbunden ist. Ideologietheoretisch lassen sich die Organisationen in diesem Extremismusbereich dem Anarchismus[16] oder dem Marxismus[17] zuordnen. Beide Strömungen sehen im Kapitalismus mit seinen

[15] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt a. M. 2007, S. 21-35.

[16] Vgl. Daniel Guerin, Anarchismus. Begriff und Praxis, Frankfurt a. M. 1971; Justus F. Wittkop, Unter der schwarzen Fahne. Gestalten und Aktionen des Anarchismus, Frankfurt a. M. 1989.

[17] Vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, 3 Bände, München 1979; Wolfgang Leonhard, Die

politischen und sozialen Folgen eine notwendigerweise zu überwindende Gesellschaftsordnung, womit auch die Institutionen einer parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie aufgehoben werden sollen. Während die Anarchisten dabei für die sofortige Zerschlagung des Staates als Institution und dessen Ersetzung durch eine angeblich herrschaftsfreie Gesellschaft freier Individuen eintreten, wollen die Marxisten den Staat als Institution beibehalten und als sozialistische Einrichtung zur Überwindung bürgerlicher Kräfte im diktatorischen Sinne stärken.

Als die zentrale ideologische Grundlage des Rechtsextremismus[18] kann demgegenüber die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit gelten, also die Auffassung, wonach die Nation oder Rasse den höchsten Stellenwert im politischen Selbstverständnis hat. In dieser Sicht werden Grund- und Menschenrechte als untergeordnete oder falsche Wertvorstellungen angesehen, was auf die Ablehnung von tragenden Normen demokratischer Verfassungsstaaten hinausläuft. Entsprechend zielt das politische Idealbild einer Gesellschaftsordnung bei Rechtsextremisten auf die Etablierung eines autoritären oder totalitären Staates, der auf der Basis einer ethnisch und politisch homogenen Gesellschaft bestehen soll. Entgegen weit verbreiteter Auffassungen muss sich rechtsextremistische Ideologie nicht nur auf nationalsozialistische Vorstellungen beziehen. Darüber hinaus gibt es auch konservativ, nationalistisch, nationalrevolutionär oder völkisch geprägte Ideologievarianten, die mitunter gravierende Unterschiede zur nationalsozialistischen Ideologie aufweisen.

Mit der Bezeichnung religiöser Extremismus[19] ist nicht eine besonders dogmatische und fundamentalistische Deutung des Glaubens gemeint.

Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf/Wien 1970.

[18] Vgl. Helmut Reinalter/Franko Petri/Rüdiger Kaufmann (Hrsg.), Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung, Innsbruck 1998; H. Joachim Schwagerl, Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden, Frankfurt a. M. 1993.

[19] Diese besondere Form des politischen Extremismus ist als spezifische Variante bislang in der Forschung nur marginal zur Kenntnis genommen worden. Diesbezügliche Veröffentlichungen beziehen sich allenfalls auf bestimmte Bewegungen oder Organisationen wie den Islamismus (vgl. die folgende Fußnote) oder die Scientology-Organisation.

Die angesprochenen Bestrebungen wollen vielmehr die Geltungsansprüche für den religiösen Bereich, wonach man etwa allein über den „wahren Glauben“ verfügt, auf die gesellschaftliche Ebene übertragen. Dies bedeutet die Aufhebung der Trennung von Religion und Staat und die institutionelle Verankerung der religiösen Grundlagen im Staat. Es läuft demnach auf ein theokratisches Herrschaftsmodell hinaus, wobei im Namen der Religion insbesondere die Grundrechte und die Volkssouveränität negiert werden. Letztere wollen religiöse Extremisten durch eine Gottessouveränität ersetzen. Da nun eine Gottesfigur nicht selbst agieren und regieren kann, liefe diese Forderung notwendigerweise auf die absolute Herrschaft von Religionsgelehrten in dessen Namen hinaus. Die gegenwärtig mit Abstand bedeutendste Form des religiösen Extremismus besteht in den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Islamismus.[20]

2.5 Vergleichende Betrachtung zu ähnlichen Begriffen und Phänomenen

Im Rahmen der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion über den Extremismus kursierten eine Reihe von Begriffen, die möglicherweise als Ersatzbezeichnungen gelten könnten. Um die Konturen des hier gemeinten Extremismusverständnisses besser zu verdeutlichen, sollen im Folgenden kurze vergleichende Betrachtungen angestellt werden. Als ein solcher Begriff gilt der Terminus „Fundamentalismus“. Er kam ursprünglich als Selbstbezeichnung einer Tendenz innerhalb des US-amerikanischen Protestantismus Anfang des 20. Jahrhunderts auf. Heute steht er im engeren Sinne für besonders dogmatische und wortgetreue Auslegungen einer Religion[21] oder als allgemei-

[20] Vgl. Nazih Ayui, Politischer Islam. Religion und Politik in der arabischen Welt, Freiburg 2002, S. 174-224; Olaf Farschid, Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Islamismus, Berlin 2003, S. 43-82.

[21] Vgl. Klaus Kienzler, Der religiöse Fundamentalismus. Christentum – Judentum – Islam, München 1996; Martin E. Marty/R. Scott Appleby, Herausforderung Fundamentalismus. Radikale Christen, Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne, Frankfurt a. M. 1996.

ner Typusbegriff für dogmatische und kritikimmune Denkhaltungen.[22] In dem letztgenannten Sinne bestehen auch Überschneidungen mit dem vorgetragenen Extremismusverständnis. Da die erwähnten Denkhaltungen aber auch im nicht-politischen Bereich auszumachen sind, wäre der Extremismus nur eine unter vielen Varianten des Fundamentalismus.[23]

Als weitere Alternativbezeichnung für das mit „Extremismus" gemeinte politisch Phänomen kursiert in journalistischen wie wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Terminus „Radikalismus". Während im erstgenannten Sinne dieser Gebrauch lediglich auf mangelnde Reflexionen zur Begriffsverwendung zurückzuführen ist, geht es in den politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen um eine inhaltliche Distanz zu einem juristischen oder normativen Verständnis von Extremismus.[24] Darüber hinaus wollen sich manche Autoren auch nicht hinsichtlich des Spannungsverhältnisses ihrer Forschungsobjekte zum demokratischen Verfassungsstaat positionieren. Dies sieht das oben skizzierte Extremismusverständnis aus demokratietheoretischer Sicht aber gerade als besonders bedeutsam an. Darüber hinaus wäre noch gegen die Verwendung des Radikalismusbegriffs als Alternative anzumerken, dass sich der Terminus von seiner Wortbedeutung her darauf bezieht, einem Problem oder einer Sache an die Wurzel zu gehen.[25]

Und schließlich sei noch auf den Begriff „Totalitarismus" als ähnlicher Begriff verwiesen. Damit bezeichnet man in der Regel Diktaturen des 20. Jahrhunderts, die durch ein besonderes Ausmaß an politischen Kontrollansprüchen und brutaler Unterdrückungspolitik auf sich auf-

---

[22] Vgl. Thomas Meyer, Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne, Reinbek 1989; Thomas Meyer, Fundamentalismus. Der Kampf gegen Aufklärung und Moderne, Dortmund 1995.

[23] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismus als politische Variante des Fundamentalismus. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Ablehnung der kulturellen Moderne, in: Mut, Nr. 334/Juni 1995, S. 58-65.

[24] Vgl. z. B. Michael Minkenberg, Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Wiesbaden 1998, S. 21.

[25] Für die Verfassungsschutzbehörden bewegt sich eine radikale im Unterschied zu einer extremistischen Bestrebung – wenn auch randständig - noch im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

merksam machten.[26] Insbesondere der Nationalsozialismus in Deutschland und der Stalinismus in der Sowjetunion werden unter dieser Bezeichnung subsummiert. Einige extremistische Bestrebungen berufen sich auch heute noch direkt oder indirekt auf derartige Regime. Darüber hinaus teilen weitere Organisationen deren ideologische Grundauffassungen ganz oder teilweise. Gleichwohl bietet sich der Totalitarismusbegriff nicht als Ersatzbezeichnung an, da er auf eine bestimmte Herrschaftsform diktatorischer Art bezogen ist. Die hier angesprochenen extremistischen Bestrebungen befinden sich alle in der Bewegungs- und nicht in der Systemphase. Darüber hinaus streben manche Organisationen eine autoritäre und keine totalitäre Herrschaft an.[27]

2.6 Auseinandersetzung mit kritischen Einwänden

Im Rahmen der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den mit „Extremismus" gemeinten Bestrebungen wurden immer wieder Einwände gegen das referierte Verständnis erhoben. Hier sollen die Inhalte dieser Kritik kurz dargestellt und kommentiert[28] werden: Erstens formulierte man den Vorwurf, es handele sich lediglich um einen „politischen Kampfbegriff". Der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr sprach etwa davon, dass der Terminus dem „Irrgarten der Kampfbegriffe"[29] entstamme. Und die beiden Politikwissenschaftler Christoph Kopke und Lars Rensmann[30] meinten, dem

---

[26] Vgl. Eckhard Jesse (Hrsg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1999; Bruno Seidel / Siegfried Jenkner (Hrsg.), Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1974.

[27] Vgl. Juan L. Linz, Totalitäre und autoritäre Regime (1975), Berlin 2000.

[28] Vgl. als ausführlichere Auseinandersetzungen: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel". Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29; Pfahl-Traughber (Anm. 3), S. 198-209.

[29] Wolf-Dieter Narr, Radikalismus/Extremismus, in: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, München-Wien 1980, S. 366-375, hier S. 374.

[30] In späteren Veröffentlichungen scheint Rensmann seine Kritik revidiert zu haben, sprach er dann doch durchaus im Sinne des oben referierten Verständnisses vergleichend vom Links- und Rechtsextremismus, vgl. Lars Rensmann, „Antiimperialismus" und „Antizionismus" als Mobilisierungsagenden der ex-

vorgetragenen Extremismusverständnis sei eine „politisch motivierte Setzung“[31] eigen. Richtig an diesen Einwänden ist sicherlich, dass der Terminus „Extremismus“ auch im politischen Interesse genutzt wird. Da dies für nahezu alle Begriffe der Politikwissenschaft gilt, lässt sich daraus nicht zwingend die Notwendigkeit eines Verzichtes ableiten. Außerdem sind die Kriterien zur Benennung einer Bestrebung als extremistisch klar definiert und nachvollziehbar.

Ein zweiter Einwand unterstellt eine unangemessene Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene. Die Historikerin Helga Grebing sprach etwa von einer „falschen Gleichung“[32], wollten doch „Linke“ eine Erweiterung der Autonomie des Individuums und „Rechte“ die Bindung an eine hierarchisch gestufte Ordnung umsetzen. Auch der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer betont, dass die „nationalistischen Rechten ... antidemokratisch“ wären und die „sozialistische Linke ... antikapitalistisch“[33] sei. Diese Aussagen treffen zwar zu, gehen aber am inhaltlichen Kern des oben erwähnten Verständnisses vorbei: Der Extremismusbegriff beabsichtigt keine inhaltliche Gleichsetzung unterschiedlicher politischer Phänomene, sondern stellt strukturelle Gemeinsamkeiten der politischen Ideologien und Methoden in den Vordergrund. Umgekehrt wäre an die Adresse der Kritiker die Frage zu richten, warum für ihre Betrachtung und Bewertung politischer Phänomene deren Einstellung zu Demokratie und Menschenrechten keine besondere Rolle spielen soll.

Als dritter Einwand gegen das Extremismusverständnis kann der Vorwurf der mangelnden analytischen Reichweite gelten. Der Poli-

---

tremen Rechten und Linken: Eine vergleichende Analyse im deutschen und europäischen Kontext, in: Möllers/Ooyen (Anm. 15), S. 93-113.

[31] Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48 (2000), Nr. 12, S. 1451-1462, hier S. 1452.

[32] Helga Grebing, Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, Stuttgart 1971. (Die von Grebing genutzte Formulierung bezieht sich auf das hier mit „Extremismus“ Gemeinte.)

[33] Gero Neugebauer, Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 13-37, hier S. 22.

tikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke meinte etwa, die erzwungene Gegenüberstellung von Demokratie und Extremismus „individualisiert Ursachenkomplexe und vernachlässigt das gesellschaftliche Bedingungsgefüge.“[34] Ähnlich argumentierte auch der bereits erwähnte Neugebauer, könne das Extremismusverständnis aufgrund seiner Fixierung auf den demokratischen Rechtsstaat „der Komplexität der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit kaum gerecht“[35] werden. Die hier erwähnte juristische Perspektive ist indessen dem politikwissenschaftlichen Extremismusverständnis gar nicht eigen, stellt es doch auf bestimmte Strukturmerkmale von Ideologien und die Ablehnung der Normen und Regeln moderner Demokratie ab. Darüber hinaus ergibt sich aus dem Interesse an einer Einschätzung im letztgenannten Sinne keineswegs, dass man auf die Analyse der gesellschaftlichen Ursachen für Extremismus verzichten muss.

3. Terrorismus

3.1 Begriffsgeschichte und Wortbedeutung

Nach den Ausführungen zum „Extremismus“ folgt nun eine ähnliche Erörterung zum Terminus „Terrorismus“[36]. Auch hier liefert die Wortbedeutung erste Hinweise zur genaueren Definition: „Terrorismus“ leitet sich aus dem lateinischen „terror“ ab, was für Bezeichnungen wie „Schreck“, „Schrecken“, „Schreckensnachricht“ oder „Schreckmittel“ steht. Die Verben „terrere“ und „terrificere“ können mit „erschrecken“ oder „scheuchen“ übersetzt werden. Beachtenswert an dieser Bedeutung ist, dass sie sich nicht auf die häufig als primäres Merkmal der terroristischen Tat angesehene Gewalthandlung selbst, sondern auf deren psychische Wirkung bezieht. Nicht die besondere Brutalität, sondern der intensive Schrecken bildet das Kritierium für die Begriffswahl. Und in der Tat zeigen die späteren Betrachtungen über die Verwendung des Terrorismus als Kommunikationsstrategie,

[34] Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, S. 53.

[35] Neugebauer (Anm. 33), S. 14.

[36] Die folgenden Ausführungen greifen teilweise Analysen aus früheren Veröffentlichungen des Autors auf, vgl. Armin Pfahl-Traughber, The Problem of a Comprehensive Detailed Definition of Terrorism, in: Manfred Oehmichen / Christoph Meissner (Hrsg.), Terrorism – Terrorismus, Lübeck 2006, S. 23-37.

wie hoch gerade die Bedeutung dieses Aspektes zur Unterscheidung des Terrorismus von anderen Formen der politisch motivierten Gewaltanwendung ist.

Zunächst aber zur Begriffsgeschichte[37]: In einem politischen Sinne wurde die Bezeichnung erstmals breiter während der Französischen Revolution zur Kennzeichnung der Revolutionsregierung als „Regime des Terrors" genutzt. Von diesem damaligen Verständnis unterscheidet sich die heutige Auffassung zum Begriff „Terrorismus" in zwei grundlegenden Aspekten: Zum einen handelte es sich seinerzeit um eine Selbstbezeichnung mit positivem Beiklang, sahen Maximilien Robespierre und seine Anhänger doch im Terror ein Mittel, um die Tugenden der Revolution gesellschaftlich zu verankern. Und zum anderen richtete sich der damit gemeinte „Terror" nicht gegen eine Regierung oder einen Staat, sondern wurde von dieser Seite gegen Teile der Gesellschaft angewandt. Um einer Differenzierung bei der Begriffsverwendung und der Vermeidung von Missverständnissen willen, sollten daher auch die Bezeichnungen „Terror" und „Terrorismus" unterschieden werden: Erstere steht für ein Instrument staatlicher Repressionspolitik, etwa von totalitären Diktaturen.

Im Unterschied dazu wäre „Terrorismus" ein Mittel, das nichtstaatliche Gruppierungen zur Bekämpfung eines Staates nutzen. Während „Terror" demgemäss von „oben" ausgeht, geht „Terrorismus" von „unten" aus. In diesem Sinne bezeichnete man dann seit Mitte des 19. Jahrhunderts insbesondere Anarchisten und Sozialisten, Nationalisten und Separatisten, die mit Anschlägen und Attentaten ihre politischen Ziele umsetzen wollten, als Terroristen. Diese verständen ihr Vorgehen mitunter als „Propaganda der Tat"[38]: Die jeweiligen Gewalttaten sollten ein solches Ausmaß annehmen, dass sie breit in der Öffentlichkeit wahrgenommen würden. Ihr wollte man damit eine Botschaft zum Anliegen und zur Stärke der Akteure vermitteln. Es sollte durch die Folge einer Handlung und nicht nur durch die Wirkung des Wortes auf die beabsichtigte politische Zielsetzung aufmerksam gemacht werden. Insofern lässt sich bereits in der Frühphase der

[37] Vgl. Rudolf Walther, Terror und Terrorismus. Eine begriffs- und sozialgeschichtliche Skizze, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, Bd. 1, S. 64-77.

[38] Vgl. Walter Laqueur, Terrorismus, Kronsberg/Ts. 1977, S. 22-77.

Geschichte des Terrorismus diese – bis in die Gegenwart hinein - auszumachende besondere Kommunikationsstrategie ausmachen.

3.2 Typische Eigenschaften, Mittel und Vorgehensweisen

Mit dem Verweis auf die Akteure aus der Gesellschaft als Anwender terroristischer Praktiken ist man aber nur einen ersten Schritt weiter in Richtung einer trennscharfen Definition von „Terrorismus“ gekommen. Hier sollen noch eine Reihe typischer Eigenschaften, Mittel und Vorgehensweisen Beachtung finden: Dazu gehört zunächst die politische Motivation, verbunden mit der konkreten Absicht ein bestimmtes System in Form einer staatlichen Ordnung zu überwinden bzw. dessen Gewaltmonopol in bestimmten Kernbereichen massiv in Frage zu stellen. Zwar gehen solche Zielsetzungen mitunter mit anderen Motiven einher, wozu etwa psychische Aspekt wie Abenteuerlust, Gewaltfaszination, Machtgier oder Selbstdarstellung gehören können. Gleichwohl dominieren die politischen Absichten in Außendarstellung und Selbstverständnis. Als ein weiteres Merkmal für Terrorismus kann die Einbettung politisch motivierter Gewaltanwendung in eine längerfristig angelegte Strategie gelten. Einmalig oder spontan begangene Taten gehören demnach nicht dazu.

Damit verbindet sich auch eine bestimmte Organisationsstruktur terroristischer Gruppen, bedarf es doch bei entsprechendem Vorgehen der konspirativen und systematischen Planung. Dies bedingt zum einen das Bestehen einer verschworenen Gemeinschaft von Handlungswilligen, zum anderen die Herausbildung von funktionierenden Arbeitsstrukturen in der Gruppe. Zwar entstehen in der Illegalität keine bürokratischen Strukturen mit entsprechenden Zuständigkeiten, gleichwohl entwickeln sich durch die Arbeitsteilung und Personenkonstellation informelle Abhängigkeiten und Hierarchien. Sie führen zur emotionalen und kognitiven, persönlichen und politischen Unterwerfung unter die Gruppengemeinschaft, die noch durch die Isolierung von Außenkontakten und Drittbindungen gefördert wird. Und schließlich kann als weiteres besonderes Merkmal terroristischer Gruppen deren geringe quantitative Dimension gelten, handelt es sich doch überwiegend um kleinere Personenzusammenschlüsse von wenigen Aktivisten.

Die vorstehend genannten Besonderheiten finden sich auch in der folgenden Definition des US-amerikanischen Terrorismus-Forschers

Bruce Hoffman wieder: „Wir können ... Terrorismus ... als bewusste Erzeugung und Ausbeutung von Angst durch Gewalt oder die Drohung mit Gewalt zum Zweck der Erreichung politischer Veränderung definieren. ... Der Terrorismus ist spezifisch darauf ausgerichtet, über die unmittelbaren Opfer oder Ziele des terroristischen Angriffs hinaus weitreichende psychologische Effekte zu erzielen. Er will innerhalb eines breiteren ‚Zielpublikums" Furcht erregen und dieses dadurch einschüchtern ... Der Terrorismus zielt darauf ab, Macht zu schaffen, wo es keine gibt, oder Macht zu konsolidieren, wo es nur sehr wenig davon gibt. Durch die Publizität, die sie mit ihren Gewaltakten erzeugen, versuchen Terroristen die Druckmittel, den Einfluss und die Macht zu erlangen, über die sie ansonsten nicht verfügen würden, um entweder auf regionaler oder auf internationaler Ebene politischen Wandel zu bewirken."[39]

3.3 Terrorismus als Ausdruck politischer Schwäche und psychischer Wirkung

In dem vorstehenden Zitat findet sich auch der Verweis auf die für terroristische Gewaltaktionen herausragende und zentrale psychische Wirkung. Entgegen weit verbreiteter Annahmen stellt nicht allein das Ausmaß der durch entsprechende Anschläge getöteten Menschen oder zerstörten Sachwerte das Hauptziel terroristischen Handelns dar. Vielmehr soll durch solche Taten, worauf schon die Ausführungen über die Wortbedeutung von „Terrorismus" hinwiesen, Furcht und Schrecken verbreitet werden. Insofern stellen die Taten im strategischen Kalkül lediglich den Beginn eines angestrebten längerfristigen Weges dar. Er soll in der Überwindung der bestehenden politischen Ordnung und deren Ablösung durch ein neues politisches System enden. Als einen Schritt auf dem Weg dorthin sehen Terroristen ihre Taten an, welche als Botschaften entweder an die Bevölkerung oder den Staat gelten können. Damit soll entweder die lethargische Masse zum Widerstand motiviert oder der Staat zu Überreaktionen gegen die Gesellschaft genötigt werden.

Wenn somit dem Gewaltakt eine symbolische Funktion zugeschrieben und Terrorismus als Mittel der Kommunikation verstanden wird, so

[39] Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 2006, S. 80.

verbindet sich damit keine Verharmlosung entsprechender Taten. Es geht lediglich um die Benennung der Funktion von Gewalt im terroristischen Kalkül, also als Bestandteil einer politischen Strategie. So bemerkte etwa der Soziologe Peter Waldmann: „Dem Terroristen geht es nicht um den eigentlichen Zerstörungseffekt seine Aktionen. Diese sind nur ein Mittel, eine Art Signal, um einer Vielzahl von Menschen etwas mitzuteilen. Terrorismus, das gilt es festzuhalten, ist primär eine Kommunikationsstrategie.“[40] Etwas differenzierter wäre sicherlich zu bemerken, dass Terrorismus nicht nur, aber auch eine Kommunikationsstrategie ist. Der von der jeweiligen Tat ausgehende Schrecken – und hierfür können mitunter hohe Zahlen von Todesopfern von Bedeutung sein – soll in besonderem Maße auf emotionaler wie rationaler Ebene Aufmerksamkeit für das politische Anliegen der terroristischen Organisationen auslösen.

Damit deutet sich indirekt auch ein weiterer besonderer und typischer Aspekt an, welcher sich auf die politische Schwäche von derart handelnden Gruppen bezieht. Terroristen ist durchaus bewusst, dass sie allein mit ihren Anschlägen das bekämpfte politische System nicht stürzen können. Insofern stehen solche Handlungen auch für Isolation und Schwäche, würde man doch ansonsten einen Guerillakrieg führen oder eine Revolution auslösen. Dies können die beiden folgenden Beispiele veranschaulichen: Das terroristische Kalkül der „Al Qaida“ fand erst größere Akzeptanz und Bedeutung nachdem nichtterroristische Strategien zur islamistischen Machteroberung wie Aufstände, Staatsstreiche oder Wahlbeteiligungen gescheitert waren. Und der Linksterrorismus im Westeuropa der 1970er Jahre bildet sich erst nach dem Zusammenbruch der sich sozialrevolutionär verstehenden Achtundsechziger heraus. Die beiden Fälle veranschaulichen zudem, dass das Aufkommen terroristischer Gruppen nicht selten nach dem Niedergang ähnlich ausgerichteter politischer Bewegungen erfolgt.

3.4 Politische Erscheinungsformen des Terrorismus

Die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Terrorismus lassen sich in der historischen Rückschau hinsichtlich ihrer ideologischen Zielsetzung idealtypisch gesehen in folgende vier größere Varianten

[40] Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 12f.

einteilen: Erstens wären autonomistische bzw. separatistische ausgerichtete Gruppen zu nennen. Sie geben sich als politische Stimme einer ethnischen oder religiösen Minderheit in einem Nationalstaat und beanspruchen für eben diese Gruppe die Abspaltung von dem bestehenden Staat und/oder die Gründung eines eigenen Staates. Als typische Beispiele für diese Variante können die ETA in Spanien und die IRA in Nordirland gelten.[41] Die zweite Variante kann unter der Bezeichnung linksextremistischer bzw. sozialrevolutionärer Terrorismus gefasst werden. Ihnen geht es um die Überwindung einer als repressiv und ungerecht empfundenen reaktionären Staats- und kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Exemplarisch dafür stehen die insbesondere in den 1970er Jahren besonders aktiven Gruppierungen RAF in Deutschland und „Roten Brigaden" in Italien.[42]

Drittens wären nationalistische bzw. rechtsextremistische Gruppierungen zu nennen. Sie richten ihre Gewaltaktionen häufig gegen Angehörige ethnischer Minderheiten und streben die Errichtung eines diktatorischen Systems in einer ethnisch homogenen Gesellschaft an. Als typische Beispiele dafür können die terroristischen Organisationen wie die „Deutschen Aktionsgruppen" oder die Hepp-Kexel-Gruppe aus der deutschen Neonazi-Szene der 1970er und 1980er Jahre gelten.[43] Und die vierte Variante lässt sich unter der Bezeichnung fundamentalistischer bzw. religiöser Terrorismus fassen. Deren Anhänger wollen eine ihnen verwerflich erscheinende säkulare Gesellschafts- und Staatsform überwinden und sie durch eine theokratische Staatsform in ihrem Sinne ersetzen. Exemplarisch dafür stehen islamistische Gruppierungen im Umfeld der „Al Qaida"[44], aber auch relativ exotisch erscheinende Phänomene wie die Aum-Sekte in Japan[45]. Die letztge-

---

[41] Vgl. Peter Waldmann, Ethnischer Radikalismus: Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirland und Quebecs, Opladen 1989.

[42] Vgl. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004.

[43] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gibt es eine „Braune Armee Fraktion"? Die Entwicklung des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Möllers / van Ooyen (Anm. 15), S. 147-162.

[44] Vgl. Jason Burke, Al-Qaida: Wurzeln, Geschichte, Organisation, Düsseldorf – Zürich 2004.

[45] Vgl. Thomas Gandow, Das Beispiel der AUM Shinri-Kyo (Japan), in: Berndt Georg Thamm, Terrorismus. Ein Handbuch über Täter und Opfer, Hilden 2002, S. 351-380.

nannte Ideologieform des Terrorismus wurde lange Zeit nicht gesondert zur Kenntnis genommen.[46]

Neben der Differenzierung terroristischer Gruppierungen nach ihrer politischen Zielsetzung bietet sich auch eine Unterscheidung hinsichtlich des Aktionsradius der jeweiligen Akteure an: Einen ersten Typ stellt der interne bzw. nationale Terrorismus dar. In diesem „klassischen" Fall sind Opfer und Täter Angehörige des gleichen Nationalstaates und die Gewalt geht nicht über dessen Grenze hinaus. Ein externer bzw. internationaler Terrorismus bildet den zweiten Typ, wobei die Besonderheit in den gezielten Anschlägen im Ausland besteht. Hierbei handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen, lässt sich die Internationalisierung des Terrorismus doch schon für Palästinensergruppen in den 1970er Jahren belegen.[47] Und den dritten Typ stellt der transnationale Terrorismus dar, wobei es sich tatsächlich um ein neues Phänomen handelt. Im Unterscheid zur vorgenannten Variante werden terroristische Aktionen nicht nur in anderen Ländern durchgeführt, die jeweiligen Gruppen setzen sich auch aus Angehörigen unterschiedlicher Nationalität zusammen.[48]

3.5 Vergleichende Betrachtung zu ähnlichen Begriffen und Phänomenen

Um die Konturen des Terrorismusverständnisses noch deutlicher zu machen, sollen hier vergleichende Betrachtungen zu ähnlichen Begriffen und Phänomen angestellt werden. Dadurch lassen sich die Besonderheiten des Gemeinten noch klarer erfassen: Zunächst gilt es noch einmal, das politische Anliegen der Täter besonders hervorzuheben. Nicht jedes Attentat auf einen Politiker muss so motiviert sein, gibt es doch eine Reihe von Fällen, wo psychisch Kranke sich zu solchem Vorgehen motiviert sahen. Ein Beispiel hierfür wäre John Hinckley, der 1981 den damaligen US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan töten wollte, um die von ihm verehrte Schauspielerin Jodie Foster

---

[46] Die vorstehende Typologie folgt: Peter Waldmann, Terrorismus, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, München 1995, S. 779-784, wo die letztgenannte Form allerdings nicht genannt wurde.

[47] Vgl. Hoffman (Anm. 39), S. 110-136.

[48] Vgl. Ulrich Schneckener, Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des „neuen" Terrorismus, Frankfurt a. M. 2006, S. 40-48.

zu beeindrucken. Mitunter nutzen auch Gruppierungen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität Methoden, die wie die gezielte Tötung von Repräsentanten des Staates als typisch terroristisch gelten. Der Bombenanschlag auf den erfolgreichen Anti-Mafia-Staatsanwalt Giovanni Falcone 1992 steht dafür. Gleichwohl handelte es sich hier nicht um ein politisch motiviertes Attentat.

Aber nicht jede Gewalttat mit politischem Hintergrund kann als terroristisch gelten, muss doch als weiteres Kriterium deren Einbettung in eine längerfristig angelegte Strategie hinzukommen. Insofern dürfen auch nicht relativ spontan begangene Taten als terroristisch gelten, wofür etwa die Militanz von linksextremistischen Autonomen gegen Polizeibeamte während einer Demonstration oder von rechtsextremistischen Skinheads gegen Fremde in einer Alltagssituation stehen. Zwar lässt sich dabei auch eine politische Motivation ausmachen, in dem einen Fall in Form des Hasses auf den Staat, in dem anderen Fall in Gestalt der Feindschaft gegen Minderheiten. Die jeweiligen Taten entwickelten sich in der Regel aber nicht aus einer systematischen Vorbereitung heraus.[49] Dies ist bei einer terroristischen Gruppe bezüglich einer längerfristigen Planungsintensität anders. Die Taten sollen in deren Selbstverständnis außerdem einen Beitrag zur Umsetzung politischer Ziele leisten, etwa durch das Aufrütteln der angeblich unterdrückten Bevölkerung.

Und schließlich soll noch auf den Unterschied von „Guerilla“ und „Terrorismus“ hingewiesen werden[50]: Mit erstgenanntem Begriff bezeichnet man quantitativ weitaus größere Gruppen von bewaffneten Individuen. Sie agieren außerdem wie die Truppen einer militärischen Einheit und greifen die Soldaten des abgelehnten politischen Systems direkt an, wozu terroristische Organisationen allein aufgrund ihrer fehlenden Mittel und personellen Schwäche nicht in der Lage wären. Darüber hinaus geben sich die Angehörigen der Guerilla in der Öf-

---

[49] Vgl. Uwe Backes, Links- und rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: Eckhard Jesse / Steffen Kailitz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie–Extremismus–Totalitarismus, Baden-Baden 1997, S. 169-192.

[50] Vgl. Peter Waldmann, Terrorismus und Guerilla – Ein Vergleich organisierter antistaatlicher Gewalt in Europa und Lateinamerika, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 5, Bonn 1993, S. 69-103.

fentlichkeit als bewaffnete Einheit zu erkennen und streben die Eroberung und Kontrolle bestimmter Gebiete des jeweiligen Landes an. Auch hierzu sind terroristische Gruppen nicht in der Lage, agieren sie doch konspirativ und verdeckt im Untergrund und wollen mit ihren gewalttätigen Handlungen überwiegend Schrecken verbreiten. In diesem Sinne kann auch die folgende Formulierung des Journalisten Franz Wördemann verstanden werden: „... die neuzeitliche Guerilla besetzt Raum – der Terrorismus besetzt Denken."[51]

3.6 Das Problem der Unterscheidung legitimer und nichtlegitimer Gewaltausübung

Ein besonderes Problem bei der Terrorismusdefinition ergibt sich aus der mit der Begriffswahl verbundenen negativen Bewertung politisch motivierter Gewaltanwendung. Damit verbindet sich häufig der Vorwurf der politischen Einseitigkeit oder Relativität, welcher in Aussagen wie „Des Einen Terroristen sind des Anderen Freiheitskämpfer" oder „Die Terroristen von gestern sind die Staatschefs von morgen" zum Ausdruck kommt. Historische Attentate gegen Politiker werden daher auch in der öffentlichen Wahrnehmung unterschiedlich gedeutet: Es käme wohl kaum ein Demokrat auf die Idee, die gescheiterten unterschiedlichen Hitler-Attentäter als Terroristen zu bezeichnen. Gleichwohl bedienten sie sich rein formal ähnlicher Vorgehensweisen wie Gruppierungen, welche allgemein als terroristisch gelten. Hier geht es um das Problem der möglichen Legitimation politisch motivierter Gewaltanwendung, das letztendlich auch eine qualitative Unterscheidung von Freiheitskampf und Terrorismus erlaubt.

Der bereits erwähnte Politikwissenschaftler Uwe Backes benannte als unabdingbare Voraussetzung zur Rechtfertigung von Gewalt im Extremfall folgende Gesichtspunkte: „*Erste Bedingung*: Der Handelnde hat ein gerechtes Anliegen ... Eine gravierende Verletzung von anerkannten Rechten liegt vor. Grundlage für die Beurteilung könnte das Völkerrecht sein. *Zweite Bedingung*: Nur durch die Anwendung von Gewalt lässt sich der gravierende Unrechtszustand beseitigen. Alle

[51] Franz Wördemann, Mobilität, Technik und Kommunikation als Strukturelemente des Terrorismus, in: Manfred Funke (Hrsg.), Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik, Düsseldorf 1977, S. 140-157, hier S. 145.

anderen Handlungsoptionen sind ausgeschöpft ... *Dritte Bedingung*: Die Anwendung von Gewalt muss in allen historisch-politischen Situationen an die begründete Aussicht gebunden sein, dass sie zu einer wesentlichen Verminderung des gravierenden Unrechts führt ... *Vierte Bedingung*: Die Anwendung von Gewalt muss in streng kontrollierter und beschränkter Weise erfolgen. ... Das eingesetzte Mittel muss das mildestmögliche sein ... *Fünfte Bedingung*: Das durch die Gewaltausübung zu schützende Gut muss in einem angemessenen Verhältnis zu dem durch die Tat geopferten Gut stehen ..."[52]

Sicherlich stellt sich angesichts der Allgemeinheit der genannten Bedingungen bei der Anwendung immer das Problem, eine angemessene Einschätzung auf konkrete Fälle politisch motivierter Gewaltanwendung vorzunehmen. Auch wäre zu fragen, ob die genannten Merkmale statt als moralische nicht besser als kontextbezogene Aspekte bezeichnet werden sollten. Als herausragenden Gesichtspunkt nannte Backes denn auch die politischen Rahmenbedingungen: Erfolgen Taten im angesprochenem Sinne in einem funktionierenden demokratischen Verfassungsstaat, so ist grundsätzlich von Terrorismus zu sprechen, eröffnen sich in einem solchen politischen System doch die unterschiedlichsten Möglichkeiten zur gewaltfreien und legalen Umsetzung der angestrebten Ziele. Trotz solcher notwendigen kritischen Anmerkungen in Detailfragen liefert Backes mit der Merkmalsliste einen entscheidenden und herausragenden Beitrag, der es jeweils im Umkehrschluss erlaubt, Freiheitskampf und Terrorismus voneinander zu unterscheiden.

4. Folgen für das Begriffsverständnis nach den Anschlägen vom 11. September 2001

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 kursierte bei der Betrachtung der weltpolitischen Situation die Aussage „Nichts wird mehr so sein wie vorher". Gilt dies auch für die bisherigen Definitionen von Extremismus und Terrorismus? Ergaben sich hierfür durch Wirkungen dieser Taten Veränderungen? Für die erstgenannte Kategorie traf dies

[52] Uwe Backes, Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition, in: Martin H. W. Möllers / Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003, Frankfurt a. M. 2003, S. 153-165, hier S. 162f.

durchaus zu: Die politikwissenschaftliche Extremismusforschung hatte sich vor 2001 all zu sehr auf die links- und rechtsextremistischen Erscheinungsformen konzentriert. An eine näheren Auseinandersetzung mit dem Islamismus mangelte es bislang, was sich auch am Fehlen einschlägiger Beiträge zum Thema in dem hier besonders wichtigen „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ zeigt. Erst in der Folge der Anschläge erschienen ebendort[53] und in anderen politikwissenschaftlichen Foren programmatische Beiträge, die sich über die Angemessenheit der Extremismuskategorie für den Islamismus und ähnliche Phänomene äußerten und vom „religiösen“ oder „religiös-politischen Extremismus“ sprachen.[54]

Für den Terrorismusbegriff spielt insbesondere die Rede vom „neuen Terrorismus“ in diesem Kontext eine wichtige Rolle. Gleichwohl lies sich vieles, was scheinbar erst mit dem Aufkommen von Organisationen wie „Al Qaida“ als neu gilt in Ansätzen schon seit den 1970er Jahren ausmachen. Einige dieser Tendenzen hat der Politikwissenschaftler Kai Hirschmann hervorgehoben: „Charakteristisch ist ... die Verbindung von Terrorismus mit Religion oder Glaubensüberzeugungen in praktisch allen Kulturkreisen.“ Damit einher geht ein dieser Terrorismusform offenbar in besonders hohem Maße eigene Tötungsbereitschaft. „Die Organisationsstrukturen von Terrorgruppen sind variantenreicher als zuvor.“ Neben der fest strukturierten und hierarchisch aufgebauten Gruppe lassen sich immer mehr autonom agierende und unabhängig organisierte Zellen ausmachen. Mitunter bildet mehr die gemeinsame Ideologie und weniger die konkrete Organisation die Basis für den Zusammenhalt – was etwa insbesondere für die „Al Qaida“ der Gegenwart gilt.

„Bei der Durchführung von Anschlägen hat sich das terroristische Repertoire vervielfacht.“ Neben den bisherigen Mitteln wie Bomben und Schusswaffen nutzt man auch den Computer („Cyberterrorismus“), Menschen (Selbstmordattentate) oder Zivilflugzeuge (bei den Anschlägen vom 11. September 2001). Die „Internationalisierung des

---

[53] Vgl. Uwe Backes / Eckhard Jesse, Islamismus–Djihadismus–Totalitarismus–Extremismus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 13-26.

[54] Vgl. z. B. Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004, S. 164-183.

Terrorismus hat sich deutlich erhöht“. Man begeht nicht nur verstärkt Anschläge in anderen Ländern, die Gruppierungen selbst setzen sich auch international zusammen. „Terrorismus gerät zunehmend zur medial vermittelten Kommunikationsstrategie.“[55] Insbesondere durch das Internet als neuem Medium, aber auch durch das allgemeine Interesse der Medien erhielt dieser dem Terrorismus aber schon immer eigene Gesichtspunkt noch stärkere Bedeutung. Bilanzierend betrachtet lenkten somit die Anschläge vom 11. September 2001 nur verstärkt die Aufmerksamkeit auf ohnehin schon wahrnehmbare Entwicklungen. Eine Korrektur am bisherigen Verständnis von Extremismus und Terrorismus muss nicht vorgenommen werden.

5. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Bei den oben vorgetragenen Ausführungen zum Extremismus wurde im Unterschied zu den Erörterungen zum Terrorismus nicht auf die unterschiedlichen Handlungsstile eingegangen. Dies soll hier noch nachgeholt werden, um das Verhältnis der beiden Begriffe zueinander deutlich zu machen. Extremismus kann sich in unterschiedlicher Form artikulieren: durch parteipolitisches Engagement, um über Wahlerfolge Einfluss zu erlangen, durch öffentliche Demonstrationen, um so von der Bevölkerung breiter zur Kenntnis genommen zu werden, durch kommunale Basisarbeit, um sich durch unterschiedliche Aktivitäten regional zu verankern, oder durch intellektuelle Theoriearbeit, um auf dem Weg zu einer politischen Meinungsführerschaft voran zu kommen. Hinzu kommen dann noch unterschiedliche Formen der Gewaltanwendung, welche von spontanen Einzelaktivitäten bis zu terroristischen Aktivitäten reichen können. Insofern stellt der Terrorismus einen integralen Bestandteil und ein besonderes Teilphänomen des politischen Extremismus dar.

Bilanzierend betrachtet lässt sich der letztgenannte Begriff wie folgt definieren: Extremismus ist eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Bestrebungen, die sich gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates richten und dabei durch ideologische Absolutheitsanspruche, politischen Autoritarismus, identitäres Gesellschaftsverständnis und Freund-Feind-Stereotype geprägt

[55] Kai Hirschmann, Terrorismus, Hamburg 2003, S. 15-17.

sind. Für die Zuordnung einer politischen Bestrebung spielt sowohl die ideologische Ausrichtung wie der konkrete Handlungsstil keine große Rolle, entscheidend ist die Frontstellung gegen die Minimalbedingungen der modernen Demokratie und der offenen Gesellschaft. Das Verständnis als Sammelbezeichnung erlaubt es demgemäss auch, ganz unterschiedliche Ideologien und Personenzusammenschlüsse unter diesem Begriff zu subsummieren. Darüber hinaus kann auch bei Einstellungen im Sinne von Mentalitäten, Orientierungen oder Weltanschauungen von Extremismus gesprochen werden.

Unter Terrorismus versteht man Formen von politisch motivierter Gewaltanwendung, die von nicht-staatlichen Gruppen gegen eine politische Ordnung in systematisch geplanter Form mit dem Ziel des psychologischen Einwirkens auf die Bevölkerung durchgeführt werden und dabei die Möglichkeit des gewaltfreien und legalen Agierens zu diesem Zweck als Handlungsoption ausschlagen sowie die Angemessenheit, Folgewirkung und Verhältnismäßigkeit des angewandten Mittels ignorieren. Dieses Verständnis will keineswegs die Verwendung von politisch motivierter Gewalt durch einen Staat ignorieren. In diesem Fall würde man allerdings vom „Terror“ als Mittel der Repression einer Diktatur autoritären oder totalitären Typs sprechen. Ein Sonderfall besteht in der Anleitung, Finanzierung und/oder Kontrolle einer terroristischen Gruppe durch einen Staat. Für solche Fälle wäre der Terminus „Staatsterrorismus“ die angemessene Bezeichnung, welche sich aber von der staatlichen Verwendung des Terrors als Herrschaftsinstrument unterscheiden würde.

Extremismus und Terrorismus.
Eine Definition aus rechtlicher Sicht

Gunter Warg

1. Einleitung und Fragestellung

Extremisten und Terroristen tauchen mit ihren Aktivitäten regelmäßig auf der tagespolitischen Agenda auf und stellen eine freiheitliche Gesellschaftsordnung vor erhebliche Herausforderungen. Dies wird häufig zum Anlass genommen, schärfere rechtliche Instrumente für ihre Bekämpfung bzw. eine effektivere Anwendung der vorhandenen rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten zu fordern. Die Auseinandersetzung mit Extremismus und Terrorismus ist somit auch eine rechtliche[1] und, um diese erfolgreich führen zu können, ist die Frage zu beantworten, was das Recht unter diesen – generell in einem stigmatisierenden, negativen Sinne gebrauchten[2] - Begriffen versteht. Insbesondere ist zu klären, welche Merkmale aus (verfassungs-)rechtlicher Sicht für eine Klassifizierung als extremistisch bzw. terroristisch erforderlich sind.[3]

---

[1] Vgl. die jüngsten (ober)gerichtlichen Auseinandersetzungen über die Zulässigkeit der Erwähnung von als extremistisch eingestuften Parteien und Organisationen in den Verfassungsschutzberichten oder die Rechtsstreitigkeiten über die Zulässigkeit der Speicherung personenbezogener Daten durch die Verfassungsschutzbehörden. Beides setzt im Hinblick auf den § 3 Abs. 1 Nr. 1 BVerfSchG die Feststellung voraus, dass tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des § 4 Abs. 2 BVerfSchG – d.h. extremistische Bestrebungen - vorliegen (vgl. §§ 10 Abs. 1, 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 1 S. 3 BVerfSchG).

[2] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismus – Fundamentalismus – Terrorismus. Zur Problematik einer Definition zwischen politischen und wissenschaftlichen Kategorien, in: Kriminalistik 58 (2004), Nr. 6, S. 364-368, hier S. 364. Siehe zur Definitionsfrage auch ders., Extremismus und Terrorismus – Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht (in diesem Band).

[3] Schließlich ist mit der Bezeichnung als „extremistisch“ bzw. „terroristisch“ regelmäßig die Ausgrenzung aus der gleichberechtigten Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung verbunden, vgl. auch Dietrich Murswiek, Verfassungsschutz-Mitarbeit als staatbürgerliche Obliegenheit?, Papers und Preprints aus dem Institut für Öffentliches Recht, Freiburg 2006, S. 1-19 (hier S.

2. Ansätze für eine juristische Betrachtungsweise

2.1 Rechtliche Folgen einer Extremismus- und Terrorismusqualifikation

In einem demokratisch verfassten Rechtsstaat dürfen rechtliche Sanktionen nur aufgrund von in einem parlamentarischen Willensbildungsprozess klar umschriebenen Merkmalen, d.h. letztlich auf einer gesetzlichen Grundlage erfolgen.[4] Im Hinblick auf die Erwähnung extremistischer Bestrebungen in den Verfassungsschutzberichten hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und ihm folgend die Verwaltungsgerichte festgestellt - und diese Erwägungen gelten für alle diesbezüglichen staatlichen Äußerungen -, dass die Bezeichnung als extremistisch oder verfassungsfeindlich im Rahmen einer hoheitlichen und damit mit einem besonderen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsbonus versehenen Äußerung kein beliebiger Beitrag zur Meinungsbildung - also eine einfache Meinungsäußerung als „Mitspieler“ im demokratischen Willensbildungsprozess - darstellt, sondern als Eingriff in die Grundrechte der hiervon Betroffenen anzusehen ist.[5] Dabei gelten die Begriffe „extremistisch“ und „verfassungsfeindlich“ als inhaltsgleich.[6] Bei den Verfassungsschutzberichten wird dieser Grundrechtseingriff (hinsichtlich des Verfassungsschutzberichts des Bundes legitimiert durch

---

1 f.); abrufbar unter http://www.jura.uni-freiburg.de/institute/ioeffr3/forschung/papers.php (abgerufen am 07.07.2008).

4 Dies ist Ausfluss der vom BVerfG entwickelten sog. Wesentlichkeitstheorie, wonach die maßgeblichen Entscheidungen in einer parlamentarischen Demokratie, insbesondere die für die Grundrechtsausübung wesentlichen, nur vom unmittelbar demokratisch legitimierten Gesetzgeber getroffen werden können (BVerfGE 49, 89, 126f.).

5 BVerfG im Beschluss vom 24. Mai 2005 zur Erwähnung der Zeitung „Junge Freiheit“ im Verfassungsschutzbericht NRW (1 BvR 1072/01), in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2005, S. 2912 ff., Rdz. 50, 54, 56. Siehe zum Eingriffscharakter auch Dietrich Murswiek, Der Verfassungsschutzbericht - das scharfe Schwert der streitbaren Demokratie, in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2004, Nr. 7, S. 769-778, hier S. 773 und ders., Neue Maßstäbe für den Verfassungsschutzbericht – Konsequenzen aus dem JF-Beschluss des BVerfG, in: NVwZ 2006, Nr. 2, S. 121-128, hier S. 122.

6 Vgl. Hermann Borgs-Maciewski/Frank Ebert, Das Recht der Geheimdienste, Stuttgart 1986, § 3 BVerfSchG Rn. 68; Bernadette Droste, Handbuch des Verfassungsschutzrechts, Stuttgart 2007, S. 94 mit Verweis auf die entsprechende Terminologie in den Verfassungsschutzberichten.

§ 16 Abs. 2 BVerfSchG) bewusst in Kauf genommen: die Berichte informieren nicht nur über die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden, sondern sollen im Rahmen ihrer Aufklärungs- und Warnfunktion die extremistischen Bestrebungen auch bekämpfen und ausgrenzen.[7] Der Qualifizierung - beispielsweise einer Partei - als verfassungsfeindlich kommt daher eine Warnfunktion zu; mit einer solchen Einstufung verbindet sich zugleich die Aufforderung an die Öffentlichkeit, diese Partei nicht zu wählen, sie nicht zu unterstützen und ihre Publikationen nicht zu lesen.[8] Soweit die erwähnten Gruppierungen terroristische Mittel anwenden, hat diese Warnung und Ausgrenzung freilich nur deklaratorischen Charakter, denn Ausübung von Terror – gleich welcher Couleur oder Intensität – und dessen Unterstützung wird nicht nur von der deutschen Rechtsordnung als illegal angesehen, sondern gilt auch gesellschaftlich als weitestgehend geächtet und illegitim[9] und bedürfte daher eigentlich keiner weiteren hoheitlichen Stigmatisierung.[10] Der Begriff „La terreur“ (Furcht, Schrecken) deutet bereits von seiner begrifflichen Entstehungsgeschichte während der Schreckensherrschaft der Jakobiner in Frankreich in den Jahren 1793/94 an, dass

---

[7] Vgl. Murswiek (Anm. 5), NVwZ 2004, S. 771.

[8] Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 6. April 2006 (3 B 3.99), Rn. 44; Murswiek (Anm. 5), NVwZ 2004, S. 771.

[9] Vgl. Uwe Backes, Auf der Suche nach einer international konsensfähigen Terrorismusdefinition, in: Martin H.W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Politischer Extremismus 2 („Terrorismus und wehrhafte Demokratie“), Frankfurt/M. 2007, S. 15-28, hier S. 17.

[10] Die gesetzliche Informations- und Aufklärungspflicht der Verfassungsschutzbehörden nach § 16 Abs. 2 BVerfSchG besteht ungeachtet der von den Beobachtungsobjekten angewandten Methoden bei allen Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 BVerfSchG. Auf die Berichterstattung über terroristisch agierende extremistische Personenzusammenschlüsse kann daher schon aus diesem Grund nicht verzichtet werden. Hinzu kommt, dass längst nicht bei allen in Deutschland agierenden politischen Gruppierungen auf den ersten Blick erkennbar ist, ob sie terroristische Methoden in der politischen Auseinandersetzung fördern oder gutheißen. Bei einigen scheinbar legalistisch (d.h. im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung) agierenden Gruppen ist anhand ihrer beschönigenden Außendarstellung nicht ersichtlich, dass sie tatsächlich einen terroristischen Hintergrund haben bzw. zu einer ihr „günstigen“ Zeit zur Gewaltanwendung im In- oder Ausland bereit wären. Zur Aufdeckung der wirklichen Motive und Ziele bedarf es auch insoweit der Informationsbeschaffungs- und Analysekompetenzen der Verfassungsschutzbehörden.

es sich um eine indiskutable Form der (politischen) Auseinandersetzung handelt. Das Bedürfnis für eine Ausgrenzung des Terrorismus auch mit rechtlichen Mitteln sowie dessen Bekämpfung sowohl mithilfe des Verfassungsschutzrechts als auch des Straf- und Polizeirechts ist aufgrund seiner verheerenden Folgen für das Klima einer offenen, freiheitlichen Gesellschaftsordnung sowie den Schäden für die betroffenen höchstpersönlichen Rechtsgüter (Leben, Gesundheit, Freiheit) offensichtlich.

Für den Begriff des Extremismus liegt diese pejorative Konnotation ebenfalls nahe, denn von der Begrifflichkeit her bedeutet „extrem" zu sein, sich am äußeren oder äußersten Ende einer (politischen) Skala und damit außerhalb der (gesellschaftlichen) Mitte zu bewegen.[11] Dies mag dazu führen, dass die betreffende Person bzw. Gruppierung im gesellschaftlichen Miteinander von anderen Privatrechtssubjekten ausgegrenzt wird. *Rechtlich* belastende Maßnahmen des Staates können an einen rein nach politologischen Kriterien bestimmten Extremismusbegriff indes nicht geknüpft werden. Dies würde die Gefahr in sich bergen, dass wandelbare gesellschaftliche Tendenzmeinungen statt einer rechtlichen Grundentscheidung der Verfassungsordnung über Grundrechtseinschränkungen (z.B. eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden) entscheiden könnten.[12] Gleiches gilt in verstärktem Maße für den schillernden Begriff des Fundamentalismus, denn „fundamental" für eine bestimmte Überzeugung zu stehen oder bestimmte Ansichten fundamental abzulehnen, ist kein tauglicher Anknüpfungspunkt für (belastende) Rechtsfolgen.[13] Diese müssen ihre Grundlage vielmehr in einer Entscheidung des Verfassungsgebers finden. Maßgebend ist somit, ob es (hier: aus Sicht des deutschen Verfassungsstaats) unwandelbare *verfassungsrechtliche* Kategorien gibt, anhand derer eine politische Aktivität als außerhalb des gleichberech-

---

[11] Siehe zur Begriffsgeschichte des politischen Extremismus auch Matthias Ermert, Der Extremismus im Strafrecht, Herbolzheim 2007, S. 38 ff.

[12] Vgl. Helmut Roewer, Nachrichtendienstrecht der Bundesrepublik Deutschland, Köln/Berlin/Bonn/München 1987, § 3 BVerfSchG Rn. 36.

[13] Siehe zum verwandten Begriff der „Radikalismus", der die gesellschaftlichen Probleme „von der Wurzel her" anpacken will, der aber noch nicht zwangsläufig die Grundelemente der Verfassungsordnung infrage stellt, Droste (Anm. 6), S. 95; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 349.

tigten Wettstreits der politischen Ideen stehend disqualifiziert werden kann.

2.2 Keine Grundpflicht zur Verfassungstreue

Eine Demokratie lebt von der aktiven Teilnahme und Teilhabe ihrer Bürger und geht davon aus, dass eine Mehrheit der gesellschaftlichen Akteure ihre Werte und rechtlichen Grundprinzipien bejaht und notfalls auch verteidigt. Was für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst - zumindest für die Beamten - auch als Rechtspflicht selbstverständlich ist,[14] gilt für den Normalbürger nicht.[15] Die Grundrechte und -prinzipien der Verfassung richten sich zunächst nur an den Staat (Art. 1 Abs. 3, Art. 20 Abs. 3 GG) und nicht an die Gesellschaft. Das Grundgesetz enthält nicht in erster Linie einen staatsbürgerlichen „Wertekatechismus", sondern gewährt vielmehr gerade auch die Freiheit, den individuell für richtig gehaltenen Werten und Prinzipien zu folgen.[16] Folglich kennt das Grundgesetz nur die Pflicht zur Gesetzes-

[14] Siehe Art. 33 Abs. 4 GG i.V.m. § 52 Abs. 2 Bundesbeamtengesetz sowie Art. 5 Abs. 3 S.2 GG. Vgl. auch BVerfGE 39, S. 334 ff. – Extremistenbeschluss.

[15] Die ursprüngliche Überlegung während der Verfassungs-Beratungen auf Herrenchiemsee 1948/49, eine allgemeine Pflicht zur Verfassungstreue in das Grundgesetz zu übernehmen, wurde bewusst verworfen. Der Entwurf einer entsprechenden Vorschrift (Art. 19 HChE) lautete: „Jeder hat die Pflicht der Treue gegen die Verfassung und hat Verfassung und Gesetze zu achten und zu befolgen". Im Grundgesetz fehlt eine solche Bestimmung. Stattdessen hat sich die verfassungsgebende Versammlung auf die Statuierung von Treuepflichten lediglich für Beamte beschränkt; für den Bürger wird aus allgemeinen Rechtsprinzipen lediglich eine Gesetzesbefolgungspflicht, nicht jedoch eine Verfassungstreuepflicht hergeleitet (siehe zum Ganzen Thorsten I. Schmidt, Grundpflichten, Baden-Baden 1999, S. 169 ff., 181).

[16] Vgl. Christine Langenfeld, „Formale Treue zur Verfassung reicht nicht", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. November 2007, S. 12; Ralf Poscher, „Du musst nicht verfassungstreu sein", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Juni 2007, S. 7. Das Haben oder Äußern einer Meinung ist verfassungsschutzrechtlich irrelevant (Dietrich Murswiek, Meinungsäußerungen als Belege für eine verfassungsfeindliche Zielsetzung. Zu den rechtlichen Anforderungen und zur Praxis der Verfassungsschutzberichte, in: Stefan Brink/Heinrich Amadeus Wolff [Hrsg.], Gemeinwohl und Verantwortung - Festschrift für Hans Herbert v. Arnim, Berlin 2004, S. 481-503, hier S. 487 f.,

treue, nicht aber die Pflicht zu verfassungskonformen Überzeugungen, Meinungen oder Gedanken.[17] Auch Art. 18 GG ist für die Herleitung einer Treuepflicht der Bürger nur bedingt tauglich. Nach Art. 18 GG verwirkt derjenige u.a. die Grundrechte der Freiheit der Meinungsäußerung und der Pressefreiheit, wer diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) missbraucht. Daraus kann zwar eine Verhaltenspflicht abgeleitet werden, die in Art. 18 GG genannten Grundrechte nicht zum Kampf gegen die FDGO einzusetzen.[18] Diese Minimalanforderung zur Erhaltung des demokratisch verfassten Gemeinwesens fordert aber keine bejahende Grundhaltung zu allen Werten des Staates, sondern lediglich den Verzicht auf einen diesen Staat in seinen Grundfesten erschütternden Missbrauch von Grundrechten. Es ist daher z.B. für den Einzelnen zulässig, ungeachtet des Gleichbehandlungsgrundsatzes des Art. 3 GG wertende Unterschiede zu machen zwischen verschiedenen Glaubensüberzeugungen bzw. politischen Meinungen, bestimmte Lebensformen für vorzugswürdig und andere für falsch zu halten und sich dementsprechend auch zu äußern.[19] Eine Glaubensüberzeugung etwa muss nicht mit allen Bestimmungen des Grundgesetzes synchron sein; schon gar nicht verliert sie im Verneinensfall nicht die Eigenschaft, Glaubensüberzeugung im Sinn des Art. 4 GG zu sein.

2.3 Abgrenzung zwischen privater Meinungskundgabe und Extremismus

Schwierig, aber erforderlich ist die Unterscheidung zwischen dem – in einer offenen Gesellschaft zulässigen – Haben und Äußern von persönlichen Überzeugungen (und zwar auch solchen, die Hoheitsträgern im Rahmen ihrer Amtsausübung etwa aus Gründen des allgemeinen Diskriminierungsverbots untersagt wären) und dem politischen Agitie-

---

so auch H. Joachim Schwagerl, Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1985, S. 60 f.

[17] Vgl. Murswiek (Anm. 3), S. 14 f.; Borgs-Maciewski/Ebert (Anm. 6), § 3 BVerfSchG Rn. 62; Markus Thiel, Die „wehrhafte Demokratie“ als verfassungsrechtliche Grundentscheidung, in: ders. (Hrsg.), Wehrhafte Demokratie. Beiträge über die Regelungen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, Tübingen 2003, S. 1-24, hier S. 22 f..

[18] Thorsten I. Schmidt (Anm. 15), S. 189 f.

[19] Vgl. Poscher (Anm. 16).

ren gegen Verfassungsgrundsätze mit dem Ziel ihrer Änderung.[20] Weil individuelle Überzeugungen ein Ausdruck der persönlichen Lebensführung sind – und daher häufig ohne Außenwirkung einhergehen –, kann die Schwelle vom „Reservat" staatlicher Nichteinmischung hin zur staatlich sanktionierten extremistischen Agitation erst überschritten sein, wenn ein Verhalten den Rahmen privater Lebensführung verlässt und einen Anspruch auf Veränderung der gegebenen Verhältnisse erhebt, d.h. „politisch" wird.[21] „Politisch" motiviert sind Verhaltensweisen dann, wenn sie von den Akteuren als Instrumente zu einem „wertbezogenen, über sie hinausgehenden Zweck eingesetzt werden", d.h. nach Machtanteilen bzw. nach Gestaltung des öffentlichen Lebens streben.[22] Diese Definition von „politisch" gilt unabhängig von der Anzahl der Akteure, ihrer organisatorischen Verfasstheit, dem im Einzelfall angewandten *modus operandi* und dem lokalen, regionalen oder bundesweiten Aktionsraum.[23] Es kommt nicht darauf an, ob Regierungsverantwortung in Bund und Ländern angestrebt wird; gerade im Bereich des Rechtsextremismus wird die Verankerung entsprechenden Gedankenguts in der „kleinen Lokalpolitik" auch zunächst ohne größere Einflussmöglichkeiten als Erfolg versprechend und damit politisch relevant angesehen.

Das Streben nach Machtanteilen ist dann nicht mehr für einen sich als „wehrhafte Demokratie"[24] verstehenden Rechtsstaat tolerabel, wenn hierdurch seine eigenen demokratischen und rechtsstaatlichen Grundbedingungen in Gefahr geraten. Wenn elementare Verfassungsgüter außer Kraft gesetzt werden sollen, darf und muss der Staat zur

---

[20] Vgl. Horst Dreier, „Verfassungsstaat im Kampf der Kulturen", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Oktober 2007, S. 10.

[21] Die individuelle (straf)rechtliche Verantwortung für Handlungen auch im privaten Bereich (z.B. für beleidigende oder rufschädigende Äußerungen) bleibt hiervon unberührt.

[22] Vgl. Borgs-Maciewski/Ebert (Anm. 6), § 3 BVerfSchG Rn. 61.

[23] Siehe zur Definition Droste (Anm. 6), S. 166 und Thomas Herzog, Terrorismus – Versuch einer Definition und Analyse internationaler Übereinkommen zu seiner Bekämpfung, Frankfurt/M. 1991, S. 94.

[24] Zu diesem Strukturprinzip siehe Eckart Werthebach/Bernadette Droste, in: Rudolf Dolzer/Christian Waldhoff/Karin Graßhoff (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Band 8, Art. 73 Nr. 10 Rn. 155 ff. (Bearbeitungsstand: Dezember 1998) und Thiel (Anm. 17), S. 5 ff.

„Selbstverteidigung“ einschreiten.[25] Es ist legitim, ab diesem Zeitpunkt von Extremismus zu sprechen.[26]

Unabhängig von der Frage, ob der Akteur ein politisches Programm verfolgt, kann die Rechtsordnung auch mit Mitteln des Strafrechts reagieren, wie z.B. im Falle der politisch motivierten Beleidigung (§ 185 StGB) oder Volksverhetzung (§ 130 StGB). Mit politischen Delikten ist zwar in der Regel, nicht aber zwingend auch eine politische Agenda verbunden, die über die konkrete Tat hinausreicht. Nicht jede politische Straftat ist daher „politischer Extremismus“; umgekehrt ist nicht jede extremistische Betätigung eine Straftat.

2.4 Extremismusbekämpfung durch Verfassungsschranken

Beweggrund, weshalb ein demokratischer Rechtsstaat ein bestimmtes politisches Agieren als extremistisch disqualifiziert, ist also nicht, dass sich einzelne Personen nicht verfassungskonform verhalten, sondern dass sie Verhaltensweisen an den Tag legen, die auf eine Beseitigung bzw. Beeinträchtigung des staatlichen Grundgefüges gerichtet sind.[27] Entscheidend ist, ob ein Verhalten elementare Verfassungsprinzipien *schädigt* oder *gefährdet* und der Staat zum Schutz seiner selbst einschreiten darf bzw. – bei gravierenden Gefährdungsmomenten - ggf. auch einschreiten muss. Es leuchtet ein, dass auch ein pluralistischer Rechtsstaat Handlungsweisen, die auf seine (teilweise) Abschaffung ausgerichtet sind, beschränken oder verbieten kann, selbst wenn solche Bestrebungen im Rahmen der Ausübung eines Grundrechts erfolgen. Jede Grundrechtsausübung ist mit Beschränkungen versehen, die entweder ausdrücklich in dem jeweiligen Grundgesetzartikel vorgesehen sind (geschriebene Grundrechtsschranken) oder sich aus kollidierendem Verfassungsrecht ergeben.[28] So wird z.B. die Freiheit der

---

[25] Vgl. Werthebach/Droste (Anm. 24), Art. 73 Nr. 10 Rn. 151, Thiel (Anm. 17), S. 2 f., 20.

[26] So auch Ermert (Anm. 11), S. 82.

[27] Siehe auch Murswiek (Anm. 5), NVwZ 2006, S. 124 und BVerfG, Beschluss zur „Jungen Freiheit“ vom 24. Mai 2005, Rz. 70 f.

[28] Eingriffe in Grundrechte können sowohl durch geschriebene Grundrechtsschranken („durch oder aufgrund eines Gesetzes“), als auch aufgrund sog. verfassungsimmanenter Schranken erfolgen (dies sind die mit einer Grundrechtsübung kollidierenden anderen Verfassungsgüter).

Meinungsäußerung durch die „allgemeinen Gesetze“ im Sinne des Art. 5 Abs. 2 GG beschränkt. Zu diesen „allgemeinen Gesetzen“ zählt auch das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) mit seinem Auftrag zur Beobachtung von extremistischen Bestrebungen. Die Glaubensausübungsfreiheit des Art. 4 GG kann – obwohl dem Wortlaut nach unbeschränkbar - aufgrund der im Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG) verankerten Trennung von weltlicher und religiöser Herrschaft beschränkt werden (sog. verfassungsimmanente Schranke)[29], etwa wenn in Deutschland die islamische Scharia eingeführt werden soll. Eine Vielzahl weiterer Verfassungsbestimmungen[30] können ebenfalls als taugliche Beschränkungsmöglichkeiten angesehen werden, falls eine Kollisionslage besteht zwischen Grundrechten des Einzelnen auf der einen und Rechten Dritter bzw. der Verfassung auf der anderen Seite. Kollidiert das von Extremisten ausgeübte Grundrecht mit der in der Verfassung angelegten Schranke, ist bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit des vom Staat zum Schutz des betroffenen Verfassungsguts vorgenommenen Grundrechtseingriffs ein angemessener und schonender Ausgleich zwischen den miteinander kollidierenden Verfassungsgütern herzustellen (sog. praktische Konkordanz). Anknüpfungspunkt für die Extremismusbekämpfung etwa

---

[29] Siehe zu den verfassungsimmanenten Schranken BVerfGE 30, 173, 193; 81, 278, 292.

[30] Nicht als unmittelbare Schranken für die von der Tätigkeit des Verfassungsschutzes betroffenen Grundrechte sind indes die Regelungen der Art. 73 Nr. 10 b) und Art. 87 Abs. 1 S.2 GG anzusehen, die eine Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich des Verfassungsschutzes und eine Zuständigkeit des Bundes für die Einrichtung einer diesbezüglichen Zentralstelle (Bundesamt für Verfassungsschutz) vorsehen. Sie sind reine Zuständigkeitsregelungen bzw. Aufgabenzuweisungen und daher für eine unmittelbare Grundrechtsbeschränkung untauglich (anderer Ansicht Thiel [Anm. 24], S. 21; Murswiek [Anm. 16], S. 487, nach dem der Schutz der FDGO geeignet ist, die Meinungsfreiheit verfassungsimmanent zu begrenzen). Grundrechtseingriffe etwa durch eine Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln (z.B. Observation) bedürfen vielmehr einer normenklaren gesetzlichen Grundlage (siehe § 8 Abs. 2 BVerfSchG). Allerdings stellen die Art. 73 Nr. 10 b) und Art. 87 Abs. 1 S.2 GG als Ausdruck der verfassungsrechtlichen Grundentscheidung für eine „wehrhafte Demokratie“ für die Auslegung der Reichweite von Grundrechtsschranken ein wichtiges ermessenslenkendes Kriterium dar (so auch Thiel [Anm. 24], S. 21 f.).

durch eine Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden sind somit die Schranken, die die Verfassung dem Extremisten selber setzt.

3. Die Extremismusdefinition – Inhalt und rechtliche Fragestellungen

3.1 Die politologische Definition

Politischer Extremismus – und nur der kann im vorliegenden Zusammenhang eine Rolle spielen[31] - wird in der Politikwissenschaft überwiegend definiert als Ablehnung der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln.[32] Ein anderer Ansatz definiert Extremismus als Abweichung von der politischen Mitte: bereits im Zuge der langsamen Ablösung mittelalterlicher staatlicher Ordnungsvorstellungen durch ein freieres Spiel verschiedener Kräfte habe die Notwendigkeit einer ausgleichenden politischen und gesellschaftlichen Mitte als Voraussetzung für die Sicherheit einer bürgerlicher Ordnung eine immer größere Bedeutung erlangt.[33] Den am weitesten von dieser Mitte abweichenden äußeren Flügel sei das Attribut „extrem“ bzw. „extremistisch“ zuerkannt worden. Allerdings müsse als Voraussetzung für die

---

[31] Vgl. Droste (Anm. 6), S. 165; Pfahl-Traughber, Extremismus – Fundamentalismus – Terrorismus (Anm. 2), S. 367. Bei religiös motivierten Verhaltensweisen ist die Grenze zum politischen Extremismus dort überschritten, wo zu Glaubensüberzeugungen politisch bestimmte Verhaltensweisen hinzutreten, die darauf gerichtet sind, eine angeblich von Glaubensüberzeugungen vorgegebene, mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aber nicht vereinbare Gesellschaftsordnung zu verwirklichen (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz [Hrsg.], Islamismus aus der Perspektive des Verfassungsschutzes, Köln 2008, S. 6 und Eckhard Jesse, Formen des politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern [Hrsg.], Extremismus in Deutschland – Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 7-24, hier S. 10).

[32] Siehe Pfahl-Traughber in diesem Band sowie ders., Extremismus – Fundamentalismus – Terrorismus (Anm. 2), S. 365, 367 m.w.N. Teilweise wird Extremismus auch als „Feindlichkeit gegenüber einem oder mehreren die Demokratie konstituierenden Merkmal(en)“ umschrieben (Ermert [Anm. 11], S. 51).

[33] Vgl. Susanna Böhme-Kuby, Extremismus, Radikalismus, Terrorismus in Deutschland, München 1991, S. 23.

sichere Anwendung dieses Begriffes nicht nur ein stabiles politisches, sondern auch ein allgemein anerkanntes rechtliches Ordnungsgefüge vorhanden sein.[34] Die Notwendigkeit eines festen rechtlichen Koordinatensystems jenseits von je nach politischem Standpunkt unterschiedlich besetzten und wandelbaren Begriffen wie z.B. „politische Mitte“ oder „Populismus“ bildet schließlich auch den Ausgangspunkt für den juristischen Extremismusbegriff.

3.2 Der Begriff der „Bestrebung“ als Ausgangspunkt der rechtlichen Definition

Obwohl der Begriff in keiner der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften erscheint, ist der politische Extremismus der maßgebliche Arbeitsbegriff der Verfassungsschutzbehörden. Er wurde mit dem Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 1974 offiziell eingeführt und löste den bis dahin gebräuchlichen Begriff des „Radikalismus“ ab, der nach zutreffender Auffassung den Tätigkeitszweck des Verfassungsschutzes, nämlich die Beobachtung und Aufklärung von Bestrebungen außerhalb des demokratisch tolerierbaren Spektrums, nicht richtig widerspiegelte.[35] „Radikal“ zu sein und z.B. grundlegende Zweifel an der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu äußern, bedeutet noch nicht, dass aktive Schritte zur Bekämpfung der Grundelemente der staatlichen Ordnung unternommen werden.[36]

Wie bereits festgestellt, erfordert der juristische Extremismusbegriff eine über die bloße Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen hinausgehende Gefährdung bzw. Verletzung von *elementaren Strukturprinzipien der Verfassung*.[37]

Insoweit ist der juristische Extremismusbegriff enger als der politologische.[38] Wann eine Gefährdung von elementaren Verfassungsgütern angenommen werden kann, ist abstrakt schwer zu umschreiben. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit müssen die Gefährdungsmomente jedenfalls eine gewisse Schwere und Nachhaltigkeit aufweisen. Die

[34] Vgl. Böhme-Kuby (Anm. 33), S. 24.
[35] Siehe hierzu Roewer (Anm. 12), § 3 BVerfSchG Rn. 33.
[36] Vgl. Droste (Anm. 6), S. 95.
[37] Vgl. Droste (Anm. 6), S. 165.
[38] Siehe Bundesamt für Verfassungsschutz (Anm. 31), S. 6.

Verfassungsschutzgesetze fordern insoweit eine „Bestrebung“ gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes bzw. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (siehe § 4 Abs. 1 BVerfSchG).[39] Der Begriff der Bestrebung ist für die Aufgaben wie für die Befugnisse des Verfassungsschutzes der zentrale Begriff und wurde im Zuge der Gesetzesnovelle im Jahre 1990 in § 4 Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG legal definiert.

„Bestrebungen“ sind danach solche *politisch bestimmten*, ziel- und zweckgerichteten *Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss*, der darauf gerichtet sind, einen der in § 4 Abs. 2 BVerfSchG genannten Verfassungsgrundsätze - d. h. zumindest eins der dort genannten *Grundelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung* - zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.[40] Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer diesen in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, werden vom Verfassungsschutz nur dann als extremistische Bestrebung beobachtet, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut der freiheitlich demokratischen Grundordnung erheblich zu beschädigen (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 4 BVerfSchG).

Während also der Begriff der extremistischen Bestrebung im Verfassungsschutzgesetz definiert ist, fehlt eine solche gesetzliche Umschreibung im Strafgesetzbuch (StGB), wo der Begriff im Bereich der Staatsschutzdelikte ebenfalls Verwendung findet. Bestrebungen im Sinne des StGB werden in der Literatur als „in Gang befindliche Bemühungen *zumindest einer Person*“ definiert, der es darauf ankommt,

---

[39] Die Beschränkung auf die Beobachtung von „Bestrebungen“ gilt für den gesamten Bereich der Extremismusaufklärung. Im Bereich der Spionageabwehr (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 BVerfSchG) genügt wegen der vorausgesetzten besonderen Gefährlichkeit bzw. wegen der regelmäßigen strafrechtlichen Relevanz geheimdienstlichen Vorgehens auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eine bloße „geheimdienstliche *Tätigkeit*“ für den Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden aus.

[40] Extremismus ist also gegen die indisponiblen materiellen Grundüberzeugungen unserer Staatsverfassung gerichtet. Diese werden unter dem Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“ zusammengefasst (Ermert [Anm. 11], S. 73 m.w.N.).

allein oder mit anderen zusammen einen der in § 92 Abs. 3 StGB genannten verfassungsfeindlichen Ziele zu erreichen und die für dieses Ziel aktiv tätig ist.[41] Dabei ist unwesentlich, ob die Träger der Bestrebung zu einer Organisation zusammengeschlossen sind oder ob sie überhaupt ein Kollektiv bilden.[42]

Der Unterschied zwischen strafrechtlicher und verfassungsschutzrechtlicher Definition ist damit zu erklären, dass es im Strafrecht auf individuelle Verantwortlichkeit und Vorwerfbarkeit - d.h. auf die Zuordnung einer konkreten verfassungsfeindlichen Tat zu einer bestimmten Person – ankommt. Das Ziel der Verfassungsschutzbehörden ist demgegenüber eher die Aufklärung übergreifender Strukturen und Personenzusammenhänge, bei denen der Handlungsanteil einer einzelnen Person eine eher untergeordnete Rolle spielt. Individuelle Verantwortlichkeiten und „Tatbeiträge“ sind hier nur insoweit von Bedeutung, als sie Teil bzw. Motor eines zielgerichteten Agierens eines Personenzusammenschlusses sind. Aus dieser unterschiedlichen Zielsetzung von Strafrecht und Verfassungsschutzrecht folgt auch der Umstand, dass nicht jede politisch motivierte Straftat die Aufklärungstätigkeit der Verfassungsschutzbehörden zur Folge haben muss. Die einschlägigen Straftatbestände schützen in erster Linie den Träger des konkreten Rechtsguts (z.B. vor Persönlichkeitsverletzungen) und den öffentlichen Frieden;[43] Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden ist demgegenüber der Schutz der Grundlagen der Verfassung. Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden schützt Individualrechtsgüter nur mittelbar über einen „Rechtsreflex“, etwa wenn im Rahmen der Beobachtung einer verfassungsfeindlichen Gruppierung geplante oder begangene Straftaten bekannt und der Strafverfolgungsbehörde mitgeteilt werden können.

---

[41] Vgl. Jan Steinmetz, in: Wolfgang Joecks/Klaus Miebach (Hrsg.), Münchener Kommentar zum StGB, Band 2/2, München 2005, § 92 Rn. 16 m.w.N.

[42] Heinrich Wilhelm Laufhütte/Annette Kuschel, in: Heinrich W. Laufhütte/Ruth Rissing-van Saan/Klaus Tiedemann (Hrsg.), Strafgesetzbuch, Leipziger Kommentar, 12. Aufl., Band 4, Berlin 2007, § 92 Rn. 7.

[43] Beim Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) z.B. ist Schutzgut sowohl das Allgemeininteresse an einem friedlichen Zusammenleben im Staat, als auch – vorrangig - die Individualrechtsgüter der von aufhetzenden Äußerungen Betroffenen (vgl. Thomas Fischer, Strafgesetzbuch, Kommentar, 55. Aufl., München 2008, § 130 Rn. 2, 2a).

Geht man davon aus, dass individuelle Handlungen von Einzelpersonen grundsätzlich untauglich sind, die Säulen des staatlichen Wertegefüges zu beseitigen bzw. nachhaltig zu beeinträchtigen, spricht einiges dafür, ausschließlich verfassungsfeindliche Verhaltensweisen von Personenzusammenschlüssen als „Extremismus“ anzusehen. Einzelpersonen sind dazu allenfalls mithilfe von Gewaltanwendung in der Lage, z.B. durch terroristische Gewaltakte gegen staatliche Einrichtungen (vgl. § 4 Abs. 1 Satz 4 BVerfSchG).

3.3 Notwendiges Gefährdungspotential des Extremismus

Entscheidend für jede Definition von „extremistischer Bestrebung“ ist das aktive politische Hinarbeiten[44] mit dem Ziel der Beseitigung zumindest eines der Elemente der FDGO (§ 4 Abs. 1 S.1 lit. c BVerfSchG). Hierbei verlangt das Gesetz eine gewisse Ernsthaftigkeit, Dauerhaftigkeit und Zielstrebigkeit. Nicht erforderlich ist hingegen, dass die angewandten Mittel von ihrem Gefährdungsgrad her gesehen auch objektiv geeignet sind, eine *konkrete* Gefahr für eines oder mehrere Elemente der FDGO hervorzurufen.[45]

Dies folgt aus dem Umstand, dass das Grundgesetz den Verfassungsschutzbehörden den Auftrag zur Beobachtung extremistischer Bestrebungen auch bereits im Vorfeld konkreter polizeilicher Gefahren erteilt: Wie sich aus den verschiedenen Regelungen im Grundgesetz zum Schutz der wehrhaften Demokratie ergibt (vgl. die qualifizierten Anforderungen in Art. 18: „...zum *Kampf* gegen die FDGO missbraucht...“ und Art. 21 Abs. 2 GG: „...*darauf ausgehen*, die FDGO zu

[44] Vgl. Droste (Anm. 6), S. 167; Laufhütte/Kuschel (Anm. 42), § 92 Rn. 11.

[45] Nicht anders ist es bei den extremistischen Einzeltätern, obwohl deren Verhaltensweisen nur dann als verfassungsfeindliche Bestrebungen gelten, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise (objektiv) geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen (vgl. § 4 Abs. 1 S.4 BVerfSchG). Dass beim Einzeltäter ausdrücklich verlangt wird, dass die gewählten Mittel zur Verfolgung des extremistischen Ziels objektiv geeignet sein müssen (was bei einem Personenzusammenschluss und bei Gewaltanwendung vom Gesetz unterstellt wird), bedeutet keine Steigerung des Gefährdungspotentials für die Schutzgüter der FDGO, sondern ist das notwendige Korrektiv zum fehlenden Personenzusammenschluss, der ansonsten für eine „Bestrebung“ im Sinne des BVerfSchG zwingend vorausgesetzt wird.

beeinträchtigen oder zu beseitigen...“ einerseits, sowie das Fehlen solcher qualifizierter Eingriffsvoraussetzungen in Art. 9 Abs. 2 und Art. 73 Nr. 10b GG andererseits), sieht die Verfassung für das Eingreifen der unterschiedlichen Mechanismen zu ihrem Schutz unterschiedliche Anforderungen vor. So deutet das Vorhandensein qualifizierter Anforderungen für ein Parteienverbot in Art. 21 Abs. 2 GG und umgekehrt das Fehlen jeglicher eingrenzender Vorgaben für die Beobachtungstätigkeit des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes in Art. 73 Nr. 10 und 87 Abs. 1 S.2 GG darauf hin, dass für die bloße Beobachtungstätigkeit der Verfassungsschutzbehörden keine erhöhten Anforderungen an den Grad der „Gefährdung“ zu stellen sind, insbesondere keine polizeilich relevanten Gefahrenmomente vorliegen müssen. Auch der Grundsatz der *Vorverlagerung des Verfassungsschutzes* in das Vorfeld von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und die in Art. 73 und 87 GG vorgenommene Differenzierung zwischen Zentralstellen der Kriminalpolizei einerseits und des Verfassungsschutzes andererseits führen zu dem Schluss, dass für das Eingreifen des nachrichtendienstlichen Beobachtungsauftrags keine polizeiliche „Gefahr“ im Sinne eines konkret absehbaren Schadenseintritts vorausgesetzt wird.

Es ist daher rechtsstaatlich vertretbar, das Verdikt des Extremismus bereits dann zu verhängen, wenn der Eintritt eines Schadens für die FDGO, z.B. die Abschaffung einer unabhängigen Justiz, noch nicht in absehbarer Zeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit konkret bevorsteht.[46] Wer sich aufmacht, Wesenselemente des Staates abzuschaffen, der ihm die Freiheiten für ein politisches Agieren garantiert, kann von Beginn an nicht darauf vertrauen, dass der Staat dies widerspruchslos hinnimmt.

3.4 Inhalte und Ziele einer extremistischen Bestrebung

Was Inhalt einer extremistischen Bestrebung sein kann, hat das Bundesverfassungsgericht und der Gesetzgeber nicht ins Belieben der gesellschaftspolitischen Diskussion oder der Auslegungshoheit der Verfassungsschutzbehörden gestellt. Es sind vielmehr die in § 4 Abs. 2

[46] Siehe die Definition der Gefahr im Sinne des Polizeirechts etwa bei Friedrich Schoch, Polizei- und Ordnungsrecht, in: Eberhard Schmidt-Aßmann (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 13. Aufl., Berlin 2005, 2. Kap., Rn. 84 m.w.N.

BVerfSchG unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des BVerfG im KPD-Verbotsverfahren[47] entwickelten fundamentalen Verfassungsgrundsätze, die für den demokratischen Rechtsstaat schlechthin konstituierend sind und unter dem Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“ (FDGO) zusammengefasst werden. Hierzu zählen

a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

e) die Unabhängigkeit der Gerichte,

f) der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und

g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Diese Prinzipien, die die freiheitliche Demokratie entscheidend vom totalitären Staat unterscheiden,[48] charakterisieren die FDGO als eine Ordnung, die „unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt“. Sie werden zweifellos von einer großen Mehrheit der Bevölkerung bejaht und stehen insoweit nicht zu Disposition. Verhaltensweisen, die diesen vom Verfassungsgericht definierten „kleinsten gemeinsamen Nenner“ negieren, sind allerdings nicht deshalb extremistisch, weil die Mehrheit der Bevölkerung sie als „jenseits der Mitte“ einordnet und ablehnt, sondern weil sie darauf hinarbeiten, einen der in § 4 Abs. 2 BVerfSchG legal

[47] BVerfGE 5, 85 ff..
[48] Laufhütte/Kuschel (Anm. 42), § 92 Rn. 4; Steinmetz (Anm. 41), § 92 Rn. 8.

definierten Grundsätze des staatlichen Selbstverständnisses zu beseitigen und der Staat hiergegen zum Selbstschutz vorgehen darf.

Umgekehrt folgt aus der Aufzählung der Kernelemente der FDGO in § 4 Abs. 2 BVerfSchG, dass negative oder ablehnende Äußerungen zu *anderen Verfassungsgütern*, die nicht diesem Kernbestand des Grundgesetzes zuzuordnen sind, nicht als extremistisch gewertet werden dürfen. So ist den Verfassungsbestimmungen zum Schutz des Eigentums (Artikel 14 und 15 GG) sowohl der Grundsatz des Privateigentums, als auch der Sozialbindung und ggf. der Einziehung zu Gunsten öffentlicher Interessen zu entnehmen. Kritische Äußerungen etwa zu neoliberalen Wirtschaftstendenzen oder Forderungen nach einem sozialen Wohlfahrtsstaat unter Zurückdrängung von Privateigentum sind daher nicht als verfassungsfeindlich einzustufen.

3.5 Kriterien für die Klassifizierung als verfassungsfeindliche Bestrebung

Eine *aggressiv-kämpferische* Durchsetzungsstrategie im Sinne der Anforderung des BVerfG für ein Parteienverbot[49] gemäß Art. 21 Abs. 2 GG verlangt der Begriff der Bestrebung nicht.[50] Vielmehr kommt es nur auf die Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit der an den Tag gelegten Aktivitäten – mithin auf die objektive Eignung zur Beseitigung eines der Verfassungsgrundsätze - an. Der Personenzusammenschluss muss eine Meinung folglich nicht nur im Einzelfall, sondern generell als politische Zielrichtung vertreten und in die Praxis umsetzen wollen.[51] Nach den Verfassungsschutzgesetzen reichen in der Regel „tatsächliche Anhaltspunkte“ aus, um diese Zielgerichtetheit zu belegen (§ 4 Abs. 1 Satz 3 BVerfSchG). „Tatsächliche Anhaltspunkte“ meint Tatsachen (also verifizierbare und dokumentierte Sachumstände, nicht bloße Verdachtsmomente), die auf das Vorliegen verfassungsfeindli-

[49] BVerfGE 2, 1 ff.; 5, 85, 141.

[50] Siehe zuletzt OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 6. April 2006 (3 B 3.99) – Erwähnung der „Republikaner“ im Verfassungsschutzbericht, Rz. 39 m.w.N. Anderer Ansicht ist Schwagerl (Anm. 16), S. 60; („aktiv-kämpferische Haltung“), ebenso hinsichtlich des strafrechtlichen Extremismusbegriffs Laufhütte/Kuschel (Anm. 42), § 92 Rn. 11 („zielgerichtetes, aktives und aggressives Verhalten“).

[51] Murswiek (Anm. 5), NVwZ 2006, S. 125.

cher Bestrebungen schließen lassen. Hierfür ist eine Gesamtschau der von dem Personenzusammenschluss ausgehenden Aktivitäten vorzunehmen. Maßgeblich ist, ob alle (Einzel)Aktivitäten von Personen, die einem Personenzusammenschluss zuzurechnen sind, auf eine Rechtsbeeinträchtigung eines oder mehrerer Elemente der FDGO hinwirken und dies zumindest nach dem Willen der maßgeblichen Akteure auch beabsichtigt ist. Dabei kommt es nicht auf die abstrakte Interpretierbarkeit und Bewertung einer Äußerung an, sondern auf ihre konkrete Verwendung und ihren Stellenwert in der Gesamtausrichtung des Personenzusammenschlusses.[52] Für die Qualifikation als „verfassungsfeindlich" ist somit nicht maßgebend, was eine bestimmte Äußerung oder ein Parteiprogramm an politischen Aussagen enthalten *könnte*, sondern was nach objektivem Erklärungswert *tatsächlich gesagt wurde* und auf welche verfassungsfeindliche Absicht dies hindeutet.[53] Freilich muss einer Äußerung die Absicht „das System zu überwinden" nicht ständig auf der Stirn geschrieben stehen; aus taktischen Gründen verzichten viele extremistische Organisationen darauf, ihre Zielsetzung allzu offen zu Markte zu tragen. Eine verfassungsfeindliche Zielsetzung kann sich somit auch – subtiler - aus einer ständigen Polemik gegen tragende Verfassungsgrundsätze ergeben,[54] z.B. durch eine einzelfallunabhängige, systematische Agitation gegen die „Skandal- und Interessenjustiz" (die Existenz und Funktionsfähigkeit unabhängiger Gerichte ist Merkmal der FDGO nach § 4 Abs. 2e BVerfSchG).

3.6 Subjektive Einstellung der Akteure

Nach überwiegender Auffassung müssen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen von einem *direkten Vorsatz* begleitet sein. Den Akteuren muss es also auf den verfassungsfeindlichen Erfolg, d.h. die Be-

[52] Vgl. OVG Berlin-Brandenburg (Anm. 50), Rz. 47.

[53] Es muss vom Staat die Feststellung getroffen werden, *dass und welche* tragenden Prinzipien der Verfassung beeinträchtigt, beseitigt und ggf. durch ihnen widersprechende ersetzt werden sollen, vgl. BVerwGE 64, 194, 197.

[54] Vgl. BVerwGE 64, 194, 197.

einträchtigung eines oder mehrerer Elemente der FDGO, gerade ankommen (dolus directus 1. Grades).[55]

Zwar ist richtig, dass sich weder aus dem Wortlaut von Artikel 73 Nr. 10b noch aus Artikel 87 Abs. 1 Satz 2 GG ein mit strafrechtlichem Vorsatz unterlegten Verständnis der „Bestrebung“ ableiten lässt. Jedoch deutet bereits der Begriff „Bestrebung“ darauf hin, dass das Handeln der Akteure auf ein bestimmtes Ziel – d.h. final - angelegt sein muss und daher eine subjektive Motivation voraussetzt. Auch wenn man auf das Kriterium einer „objektiven Finalität“ abstellt,[56] schließt man von einem tatsächlichen Vorgang (z.B. einer Demonstration oder einem Parteiprogramm) auf ein damit angestrebtes Ziel, nämlich die Beseitigung oder Beeinträchtigung eines oder mehrerer Elemente der FDGO (siehe § 4 Abs. 1 lit.c i.V.m. Abs. 2 BVerfSchG). Dennoch ist es zulässig, auch ohne ausdrückliche Absichtserklärung aus einem Verhalten, dass aus der objektiven Sicht eines verständigen Betrachters auf die Beseitigung eines Elements der FDGO gerichtet ist, auf den dahinter stehenden Vorsatz zu schließen.

3.7 Extremismus und Lippenbekenntnisse zur Verfassungstreue

Der subjektive Tatbestand des Extremismus kann daher auch dann vorliegen, wenn Personenzusammenschlüsse zwar erklärtermaßen im Rahmen der FDGO – d.h. unter (scheinbarer) Billigung der in § 4 Abs. 2 BVerfSchG genannten Elemente – agieren wollen, ihr politisches Programm bzw. ihr Handeln jedoch objektiv dagegen spricht. Bei offenkundigem Auseinanderfallen von (vordergründiger) Bejahung der Verfassungsgrundsätze einerseits und erkennbar verfassungsfeindlichem Agieren andererseits kann es nicht Aufgabe des Staates sein, abzuwarten, bis sich der Widerspruch in der einen oder anderen Richtung auflöst (z.B. dadurch, dass die Gruppierung auf eine offene Bekämpfung der Staatsordnung umschwenkt). Vielmehr ist es dem Staat angesichts der grundlegenden Bedeutung, die die Schutzgüter der FDGO für seine Existenz und sein Selbstverständnis haben,

[55] Vgl. Borgs-Maciewski/Ebert (Anm. 6), § 3 BVerfSchG Rn. 62; Laufhütte/Kuschel (Anm. 42), § 92 Rn. 12; Kristian Kühl, in: Karl Lackner/Kristian Kühl, Strafgesetzbuch, Kommentar, 26. Aufl., München 2007, § 92 Rn. 8.

[56] Vgl. Droste (Anm. 6), S. 165.

nicht zuzumuten, die Gefahraufklärungs- und -vorsorgefunktion des Verfassungsschutzes solange zurückzuhalten, bis entweder die falsche „legalistische Maske“ abgeworfen wird oder sich der Verdacht als unbegründet herausstellt. Zwar ist es richtig, dass auf Verdacht hin niemand mit hoheitlichen Mitteln bekämpft werden darf.[57] Doch zum einen handelt es sich bei Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit, z.B. in Wahlkampfreden, um mehr als nur bloße Verdachtsmomente: öffentliche Verlautbarungen für einen Personenzusammenschluss stellen vielmehr einen starken Anhaltspunkt für den vorhandenen subjektiven Willen dar, dieses Ziel auch tatsächlich zu verwirklichen. Zum anderen ist es nicht generell unzulässig, bereits bei sog. „Gefahrenverdachtslagen“ mit hoheitlichen Mitteln einzuschreiten und – zumindest im Polizeirecht – belastende „Gefahrerforschungseingriffe“ durchzuführen. So ist es der Polizei bei vorliegenden Anhaltspunkten für eine Gefahr erlaubt, zur Verifizierung, ob eine Gefahrenlage tatsächlich gegeben ist, die notwendigen Eingriffsmaßnahmen zur Klärung der Sachlage zu treffen.[58] Auch wenn das Verfassungsschutzrecht im Hinblick auf Beeinträchtigungen der FDGO nicht von einer „Gefahr“ im polizeirechtlichen Sinne spricht, ist es sachgerecht, den Rechtsgedanken, dass Rechtsgüter bereits dann durch staatliche Maßnahmen geschützt werden können, wenn der Eintritt eines Schadens noch nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bevorsteht, im Bereich der Extremismusbeobachtung entsprechend anzuwenden. Wäre z.B. die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen erst zulässig, wenn das Vorliegen nicht nur der objektiven Anhaltspunkte, sondern auch der verfassungsfeindlichen Motivation mit Gewissheit feststeht, könnte die Abwehr von „Gefahren“ für die Schutzgüter der FDGO zu spät kommen oder das Ergreifen ein-

[57] Murswiek (Anm. 5), NVwZ 2004, S. 775 im Hinblick auf die dort kritisierte Verdachtsberichterstattung in den Verfassungsschutzberichten. Andererseits hat das BVerfG in seiner Entscheidung zur Erwähnung der „Jungen Freiheit“ im Verfassungsschutzbericht NRW die Einschätzung des Gesetzgebers unbeanstandet gelassen, dass tatsächliche Anhaltspunkte für einen – freilich hinreichend gewichtigen - *Verdacht* verfassungsfeindlicher Bestrebungen für ein Tätigwerden der Verfassungsschutzbehörden ausreichen (BVerfG, Beschluss vom 24. Mai 2005, 1 BvR 1072/01, Rn. 67).

[58] Vgl. Erhard Denninger, in: Hans Lisken/Erhard Denninger (Hrsg.), Handbuch des Polizeirechts, 4. Aufl., München 2007, Abschnitt E, Rn. 48; Schoch (Anm. 46), 2. Kap., Rn. 97.

schneidenderer Maßnahmen (z.B. Partei- oder Vereinsverbot) erforderlich machen.[59]

3.8 Ausländerextremismus als innerstaatlicher Extremismus

Fraglich ist, wie der Extremismusvorwurf begründet werden kann, wenn nicht *inner*staatliche Rechts- und Strukturprinzipien beseitigt oder außer Geltung gesetzt werden sollen, sondern durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen bzw. durch Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung *auswärtige Belange* der Bundesrepublik Deutschland gefährdet werden (siehe § 3 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 BVerfSchG – sog. „Ausländerextremismus"). Zwar handelt es sich auch hierbei um politisch motivierte Verhaltensweisen, doch richten sich diese auf die gewaltsame Veränderung der Machtverhältnisse in anderen Staaten[60] und nicht gegen fundamentale Rechtsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland. Nur weil man annahm, dass die betroffenen Ausländergruppen mit inländischen extremistischen und terroristischen Bestrebungen gegen die FDGO verflochten seien, wurde die Aufgabe zur Beobachtung des „Ausländerextremismus" seinerzeit den Ämtern für Verfassungsschutz übertragen.[61]

Dennoch spricht einiges dafür, Handlungen zur Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt im Ausland auch als *innerstaatlichen* Extremismus anzusehen. Zunächst ist festzustellen, dass Schutzgut in § 3 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 BVerfSchG die „auswärtigen Belange der *Bundesrepublik Deutschland*" sind, also ein innerstaatliches Rechtsgut. Teil der auswärtigen Belange ist die wechselseitige Respektierung des völkerrechtlichen Interventionsverbots, wonach Staaten verpflichtet sind, sich einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu enthalten, insbesondere deren territoriale Integrität zu

---

[59] Vgl. Hans-Jürgen Doll, Der Verfassungsschutzbericht – Ein unverzichtbares Mittel zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem politisch motivierten Extremismus, in: NVwZ 2005, Nr. 6, S. 658-661, hier S. 660.

[60] Siehe z.B. die Aktivitäten der Kurdischen Arbeiterpartei (KONGRA GEL) in der Türkei oder der „Tamilischen Befreiungstiger" (LTTE) auf Sri Lanka.

[61] Vgl. Borgs-Maciewski/Ebert (Anm. 6), § 3 BVerfSchG Rn. 94.

respektieren.[62] Dazu gehört auch, dass ein Staat private Gewaltmaßnahmen gegen einen fremden Staat weder fördern noch dulden darf.[63] Würden deutsche Stellen Gewalt(-vorbereitungs-)handlungen von deutschem Boden aus untätig zusehen, könnten die im Zielland verübten Attentate der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Staatenverantwortlichkeit zugerechnet werden.

Auch Art. 26 Abs. 1 GG stellt den sowohl für staatliche Organe als auch für Individuen bindenden Verfassungssatz auf, dass von deutschem Boden keine Gewalt oder Gewaltvorbereitungshandlungen gegenüber auswärtigen Staaten ausgehen dürfen.[64]

Diese und weitere Vorschriften des Grundgesetzes (z.B. Art. 9 Abs. 2, 24, 59 GG) verpflichten den deutschen Staat somit zu einer positiven Interaktion mit anderen Völkerrechtssubjekten und stellen den Grundsatz der „Völkerrechtsfreundlichkeit" der deutschen Rechtsordnung auf.[65] Das völkerrechtliche Interventionsverbot (namentlich die Verpflichtung, Gewaltakte von deutschem Boden aus zu verhindern) stellt darüber hinaus eine allgemeine Regel des Völkerrechts im Sinne des Art. 25 S.1 GG dar und ist Bestandteil des zwingenden Völkerrechts (ius cogens),[66] das der Disposition der einzelnen Staaten entzogen ist. Zwingendes Völkerrecht wird nicht nur automatisch Bestandteil des

---

[62] Vgl. zum Interventionsverbot Georg Dahm/Jost Delbrück/Rüdiger Wolfrum, Völkerrecht, Band I/3, Berlin 2002, § 167 Ziff. I. 2. (S. 792) und § 168 (S. 796 ff.).

[63] Vgl. Borgs-Maciewski/Ebert (Anm. 6), § 3 BVerfSchG Rn. 94; Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 62), § 167 Ziff. IV. 2. (S. 794); Horst Fischer, in: Knut Ipsen, Völkerrecht, 5. Aufl., München 2004, § 59 Rn. 60 („subversive Intervention"). Keine Intervention stellt demgegenüber die Duldung friedlicher Aktivitäten von Exilgruppen dar, vgl. Theodor Schweisfurth, Völkerrecht, Tübingen 2006, 9. Kapitel, Rn. 262.

[64] Vgl. nur Christian Hillgruber, in: Bruno Schmidt-Bleibtreu/Hans Hofmann/Axel Hopauf (Hrsg.), Grundgesetz, 11. Aufl., Neuwied/Kriftel 2008, Art. 26 Rn. 6; Rudolf Streinz, in: Michael Sachs (Hrsg.), Grundgesetz, 4. Auflage, München 2007, Art. 26 Rn. 12, 30.

[65] Zu diesem Prinzip vgl. Philip Kunig, Völkerrecht und staatliches Recht, in: Wolfgang Graf Vitzthum (Hrsg.), Völkerrecht, 4. Aufl., Berlin 2007, 2. Abschn., Rn. 18 ff.; Christian Tomuschat, Die Entscheidung für die internationale Offenheit, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band VII, Heidelberg 1992, § 172 Rn. 8 ff.

[66] Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 62), § 145 Ziff. I. 3. (S. 537).

Bundesrechts (siehe Art. 25 S. 1 GG), sondern entfaltet wegen seiner unbedingten Bindungswirkung für die deutsche Rechtsordnung auch Verfassungsrang.[67] Es ist daher vertretbar, angesichts der Bindung der deutschen Rechtsordnung an die Interessen der Staatengemeinschaft die Einhaltung der zwingenden Regeln des Völkerrechts (insbesondere das Gewalt- und Interventionsverbot) als Teil der „auswärtigen Belange" zum Kernbestand der Verfassung zu zählen[68] und, zumindest was ihre Schutzwürdigkeit angeht, einem Bestandteil der FDGO gleichzustellen. Bestrebungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, die maßgebliche Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der Staatengemeinschaft verletzen, können daher auch als innerstaatlicher Extremismus gelten.

4. Der Begriff des Terrorismus

4.1 Schwierigkeiten bei der Definition

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 scheint die Ansicht, dass „des einen Terrorist des anderen Freiheitskämpfer" sein könne,[69] nicht mehr diskutabel. Die völkerrechtliche Grundüberzeugung, Terrorismus generell und in allen Formen zu ächten, ist mittlerweile all-

[67] Vgl. Ingolf Pernice, in: Horst Dreier (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band II, 2. Aufl., Tübingen 2006, Art. 25 Rn. 7, 24 ff. m.w.N.

[68] In diesem Sinne auch Tomuschat (Anm. 65), § 172 Rn. 73, der von einer „unkündbaren völkerrechtlichen Nebenverfassung" spricht. Anderer Ansicht offenbar Kunig (Anm. 65), 2. Abschn., Rn. 20, nach dem die internationale Offenheit der deutschen Rechtsordnung nicht verfassungsrechtlich vorgegeben sei, sondern sich nach einfachem Recht bemesse. Letztere Auffassung wird freilich gestützt von der h.M. im Schrifttum, wonach die allgemeinen Regeln des Völkerrechts in der innerstaatlichen deutschen Rechtsordnung nur den Rang zwischen Verfassungsrecht und (formellem) Gesetzesrecht einnehmen (vgl. Rainer Hofmann, in: Dieter C. Umbach/Thomas Clemens [Hrsg.], Grundgesetz, Mitarbeiterkommentar und Handbuch, Band I, Heidelberg 2002, Art. 25 Rn. 23 m.w.N.).

[69] So der frühere US-Präsident Reagan im Hinblick auf die nicaraguanischen Contras; vgl. Robert A. Friedlander, Terrorism, in: Rudolf Bernhardt (Ed.), Encyclopedia of Public International Law, Vol. 9, Amsterdam 1986, S. 372.

gemein anerkannt; eine Vielzahl internationaler Abkommen[70] behandeln Terrorismus nicht nur als eine partikuläre nationale Kriminalitätsform, sondern als supranationales Problem, das die Interessen der gesamten Staatengemeinschaft berührt.[71] So werden in verschiedenen – eine allgemeine Rechtsüberzeugung der Staatengemeinschaft zum Ausdruck bringenden - Resolutionen der UN-Generalversammlung sowie des UN-Sicherheitsrats „alle terroristischen Handlungen, gleich wo und von wem sie begangen werden" als „kriminelle Akte" eingestuft.[72]

Trotz dieser klaren Ansage ist die Beurteilung, was terroristische Handlungen eigentlich kennzeichnet, nicht frei von ideologischen Relativierungsversuchen. Häufig ist es eine politische Entscheidung, ob eine Gruppe als Terrororganisation oder als Freiheitskämpfer mit terroristischem Handlungsanteil gelten soll. Nach wie vor fehlt in der Staatenpraxis wegen der aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker abgeleiteten Legitimität des nationalen Befreiungskampfes[73] eine kla-

---

[70] Siehe zu den einzelnen internationalen Abmachungen etwa Schweisfurth (Anm. 63), 15. Kapitel, Rn. 6 ff. und Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 62), § 196 Ziff. I. 2., 3., III. (S. 1108 ff.).

[71] Vgl. Gunter Warg, Terrorismusbekämpfung in der Europäischen Union, Speyer 2002, S. 9 ff.

[72] Siehe erstmalig in dieser Deutlichkeit die Resolution der Generalversammlung 40/61 vom 9. Dezember 1985 (A/RES/40/61) und ihr folgend GV-Resolution 44/29 vom 4. Dezember 1989 sowie die Sicherheitsrats-Resolutionen S/RES/ 1189 vom 13. März 1998 und S/RES/1373 vom 28. September 2001. Bereits die sog. Friendly Relations Declarations der Generalversammlung aus dem Jahr 1970 (A/RES/2625 [XXV] vom 24. Oktober 1970) hatte die Verpflichtung eines jeden Staates festgelegt, „die Organisierung, Anstiftung oder Unterstützung von Bürgerkriegs- oder Terrorakten in einem anderen Staat oder die Teilnahme daran oder die Duldung organisierter Aktivitäten, die auf die Begehung solcher Akte gerichtet sind, in seinem Hoheitsgebiet zu unterlassen".

[73] Als Rechtfertigung hierfür dient die „Aggressionsdefinition" (Definition of Aggression) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Dezember 1974 (Annex zu Resolution A/RES/3314 XXIX). In ihr wird definiert, welche Gewalthandlungen in der Staatengemeinschaft als Aggression bzw. bewaffneter Angriff auf das Gebiet eines anderen Staates angesehen werden. Nach Art. 7 der Resolution dürfe das Verständnis von „aggression" in keiner Weise das sich aus der UN-Charta herleitende Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit von Völkern beeinträchtigen, die dieses Rechts

re Verurteilung jeglicher – aus westlicher Sicht – terroristischen Kampfmethoden. So verurteilt die Resolution der Generalversammlung 44/29 vom 4. Dezember 1989 zwar den Terrorismus in all seinen Formen,[74] betont aber gleichzeitig die Unveräußerlichkeit des Rechts auf Selbstbestimmung und dass der Kampf zur Befreiung von Kolonialismus, Fremdherrschaft und Rassismus, insbesondere durch Befreiungsbewegungen, legitim sei.[75] Wegen der außenpolitischen Sensibilität dieses Themas hat der deutsche Gesetzgeber in § 129b StGB die Entscheidung über die Verfolgung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung in Gebieten außerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union von der Verfolgungsermächtigung des Bundesministeriums der Justiz – also einer politischen Instanz - abhängig gemacht (§ 129b Abs. 1 S. 2 StGB). Bei dieser Entscheidung soll das Bundesjustizministerium in Betracht ziehen, ob die Bestrebungen der mutmaßlich terroristischen Vereinigung gegen die Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind und bei Abwägung aller Umstände als verwerflich erscheinen (§ 129b Abs. 1 S. 4 StGB). Diese Abwägungskriterien lassen jedoch *objektiv* menschenverachtende terroristische Aktionsmittel unerörtert, die – ungeachtet „verstehbarer" Anliegen – ebenfalls dem Terrorismusbereich zuzuordnen sind.[76]

---

gewaltsam beraubt wurden. Die „Aggressionsdefinition" kann nach wie vor als Ausdruck einer allgemeinen Rechtsüberzeugung in der Staatengemeinschaft und damit als Bestandteil des Völkergewohnheitsrecht angesehen werden. Bereits die GV-Resolution 3034 vom 18. Dezember 1972 hatte die „Legitimität des nationalen Befreiungskampfes" anerkannt.

[74] „unequivocally condemns, once again as criminal and not justifiable, all acts, methods and practices of terrorism wherever and by whomever committed…".

[75] Auch die Staaten der „Organisation der Islamischen Konferenz" (OIC) schließen in Art. 2 ihrer „Convention on Combating International Terrorism" vom 1. Juli 1999 den bewaffneten Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung und gegen Fremdherrschaft, Aggression und Kolonialismus, der in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts geführt wird, aus ihrem Verständnis von Terrorismus aus.

[76] Vgl. Eckhart von Bubnoff, Terrorismusbekämpfung – Eine weltweite Herausforderung, in: NJW 2002, Nr. 37, S. 2672-2676 (hier S. 2675).

Auch die Frage, wann Terroristen zu regulären Kombattanten in einem bewaffneten Konflikt werden (vgl. Art. 43 ff. des ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte), ist nicht geklärt. So wurden die nicaraguanischen Sandinisten bei ihren ersten Aktionen um 1980 noch als Terroristen bezeichnet, galten nach weiteren Erfolgsmeldungen als „Rebellen" und „Guerilleros", bis sie nach der Machtübernahme diplomatisch anerkannt wurden.[77] Um Terrorismus von „regulären" (Bürger)Kriegshandlungen abgrenzen zu können, wird daher teilweise gefordert, dass im ersteren Fall die militärischen Aktionen nur eine punktuelle Bedeutung haben dürften und unvorhersehbar erfolgen müssten.[78]

Wegen der noch offenen Definitions- und Abgrenzungsfragen wird die Auffassung vertreten, dass es eine allgemein verbindliche weltweite Definition von Terrorismus nie geben könne und werde.[79] Indes ist eine definitorische Eingrenzung des Begriffs „Terrorismus" rechtsstaatlich unverzichtbar, um Reservate der Straflosigkeit juristisch sauber beseitigen zu können.[80]

4.2 Ansätze zur Definition durch Beschreibung terroristischer Straftaten

Als erste hat die als wegweisend empfundene Resolution der Generalversammlung 49/60 vom 9. Dezember 1994[81] die bekannten Rechtfertigungsversuche für terroristische Handlungen verneint: Politisch motivierte Gewalttaten seien unter keinen ideologischen, ethnischen oder sonstigen Umständen zu rechtfertigen. Der Text der Resolution zielt

---

[77] Vgl. Herzog (Anm. 23), S. 106.

[78] Vgl. ebenda, S. 107.

[79] Kai Hirschmann, Terrorismus, Hamburg 2003, S. 12. Wohl unbestritten ist, dass bislang eine allgemeine Definition des Begriffs „Internationaler Terrorismus" fehlt, vgl. Dahm/Delbrück/Wolfrum (Anm. 62), § 196 Ziff. 5a. (S. 1110); Mark A. Zöller, Der Rechtsrahmen der Nachrichtendienste bei der „Bekämpfung" des internationalen Terrorismus, in: Juristenzeitung (JZ) 2007, Nr. 15, S. 763-771 (hier S. 763); BVerwG, Urteil vom 15. März 2005, Az. 1 C 26.03, S. 19.

[80] Vgl. von Bubnoff (Anm. 76), S. 2673.

[81] UN GV Res. 49/60, *Declaration on Measures to Eliminate International Terrorism*, Annex.

darauf ab, Schlupflöcher einer wie auch immer gearteten Legitimität von Terrorakten zu verschließen. In Ziffer 3 der Resolution 1566 vom 8. Oktober 2004 „erinnert“ der UN-Sicherheitsrat daran, dass Straftaten, namentlich gegen Zivilpersonen, die mit der Absicht begangen werden, den Tod oder schwere Körperverletzungen zu verursachen, oder Geiselnahmen, die mit dem Ziel begangen werden, die ganze Bevölkerung, eine Gruppe von Personen oder einzelnen Personen in Angst und Schrecken zu versetzen, eine Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, … unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können, indem politische, philosophische, weltanschauliche, rassische, ethnische, religiöse oder sonstige Erwägungen ähnlicher Art angeführt werden“. Der Sicherheitsrat fordert alle Staaten auf, solche Straftaten zu verhindern und effektiv zu bestrafen.

Dennoch: Trotz dieser Umschreibung dessen, was Terrorakte nicht rechtfertigen kann, fehlt eine in einem völkerrechtlichen Vertrag universell verbindlich festgeschriebene Definition des Terrorismus als solchem.[82] Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass auch der deutsche Gesetzgeber nicht definiere, was unter Terrorismus zu verstehen sei, gleichwohl aber einen der Rechtsanwendung fähigen Begriff des Terrorismus voraussetze.[83]

Zumindest besteht mittlerweile Einigkeit darüber, was für terroristisches Handeln charakteristisch ist: So beschreibt Art. 2 Abs. 1 lit. b des internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus vom 9. Dezember 1999 die terroristische Straftat als Handlung, „die den Tod oder eine schwere Körperverletzung einer Zivilperson oder einer anderen Person, die in einem bewaffneten Konflikt nicht aktiv an den Feindseligkeiten teilnimmt, herbeiführen soll, wenn diese Handlung aufgrund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielt, eine Bevölkerungsgruppe einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen“.[84]

---

[82] Vgl. Droste (Anm. 6), S. 97; Backes (Anm. 9), S. 16; Schweisfurth (Anm. 63), 15. Kapitel, Rn. 13.

[83] BVerwG (Anm. 79), S. 19.

[84] Bundesgesetzblatt II 2003, S. 1923.

4.3 Zielrichtung und Inhalt terroristischer Handlungen

An dieser Definition orientiert sich auch der für die deutsche Gesetzgebung maßgebliche Rahmenbeschluss des Rates der Europäischen Gemeinschaft zur Terrorismusbekämpfung vom 13. Juni 2002,[85] der im Wege innerstaatlicher Umsetzung zuletzt mit Gesetz vom 22. Dezember 2003 auch den Straftatbestand des § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) beeinflusst hat. Danach sind bestimmte schwere, insbesondere gemeingefährliche Straftaten dann als terroristisch anzusehen, wenn sie darauf abzielen,

a) eine Bevölkerungsgruppe auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern,

b) eine Regierung oder internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, oder

c) die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören,

und durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat oder eine internationale Organisation erheblich schädigen können.

Zentrales Merkmal der terroristischen Tat ist somit nicht die Gewalthandlung an sich, sondern deren psychische Wirkung, nämlich durch intensiven Schrecken („Terror“) Furcht und Panik in der Bevölkerung zu erzeugen,[86] um dadurch die „Ernsthaftigkeit“ ihres politischen Ziels zu unterstreichen.

Art. 2 Nr. 2b des internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus vom 9. Dezember 1999 und Art. 1 des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 verlangen, dass terroristische Aktionsformen entweder Gewalt gegen Personen oder deren persönliche Freiheit zum Inhalt haben. Diese Delikte sind in besonderer Weise geeignet, Furcht und Schrecken zu erregen, vor allem können (und sollen) hierdurch „Unbeteiligte“ willkürlich getroffen

---

[85] Amtsblatt EG Nr. L 164 vom 22.06.2002, S. 3.

[86] Vgl. bereits Hellmuth von Weber, Terrorismus, in: Karl Strupp/Hans-Jürgen Schlochauer (Hrsg.), Wörterbuch des Völkerrechts, Band 3, Berlin 1962, S. 439; Pfahl-Traughber in diesem Band; Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 2. Auflage, München 2005, S. 17.

werden.[87] Typisch für terroristische Taten ist somit ihre Gefährlichkeit für die Allgemeinheit.[88] Diese Erwägungen liegen auch dem Katalog des § 129a StGB zu Grunde, der die Delikte benennt, die einer terroristischen Vereinigung als „Handlungsinstrumente" dienen können. Ergänzend zu Straftaten, die höchstpersönliche Rechtsgüter schädigen, sehen der EU-Rahmenbeschluss und § 129a Abs. 2 Nr. 2 StGB unter bestimmten Voraussetzungen auch schwerwiegende Sachbeschädigungen als „terroristisch" an. Allerdings hat der Bundesgerichtshof in einem Beschluss vom 28. November 2007[89] festgestellt, dass Sachbeschädigungen nur dann als „terroristisch" gelten können, wenn sie auch objektiv für den Staat gefährlich sind, d.h. nach der Art ihrer Begehung oder ihren Auswirkungen die Bevölkerung auf erhebliche Weise einschüchtern, eine staatliche Institution nötigen oder Grundstrukturen des Staates erheblich beeinträchtigen können. „Bloße" Vermögensnachteile, die zu keiner solchen oder vergleichbaren Wirkung führen, reichen hierzu nicht aus, auch wenn sie rein wertmäßig als erheblich anzusehen sind.[90]

4.4 Verhältnis von Extremismus zu Terrorismus

Fraglich ist das Verhältnis zwischen politischem Extremismus und Terrorismus: Ist Terrorismus nur eine Fortsetzung des Extremismus mit anderen Mitteln oder stellt der Terrorismus eine völlig andere politologische, soziologische und juristische Kategorie dar? Wenn nein, sind die Übergänge zwischen beiden Phänomenen fließend? Zudem: Gibt es Terrorismus, der nicht extremistisch ist, d.h. keine politische Ideologie verfolgt? Die Abgrenzung zwischen Extremismus und Terrorismus bedarf einer Klärung, da zahlreiche Staaten ohne freiheitliches Rechtsstaatssystem die jeweilige politische Opposition auch dann als „terroristisch" brandmarken, wenn von dieser keine gewaltsamen Mittel eingesetzt werden.

Überwiegend wird Terrorismus als der gewalttätige Auswuchs des Extremismus, d.h. als besonderes Teilphänomen des Extremismus ver-

[87] Vgl. Herzog (Anm. 23), S. 96.
[88] Vgl. Klaus Miebach/Jürgen Schäfer, in: Joecks/Miebach (Anm. 41), § 129a Rn. 54.
[89] BGH, NJW 2008, 86, 88.
[90] BGH, NJW 2008, 86, 88 f.

standen.[91] Hierfür spricht die oben genannte allgemein anerkannte Definition der terroristischen Straftat, die zumindest inzident ein politisches – extremistisches – Anliegen voraussetzt. Dagegen wird jedoch eingewandt, dass Terrorismus und Extremismus zwar ein häufig zusammen gebrauchtes Begriffspaar bilden, beide Phänomene einander jedoch nicht bedingten. Weder sei ein Extremist in der Regel Terrorist, noch der Terrorist notwendigerweise Extremist.[92] Richtig an diesem Einwand ist, dass der Extremist – zwar mitunter taktisch motiviert – ganz bewusst nur legale Mittel einsetzt, um die scheinbare Legitimität seines Anliegens zu demonstrieren. Das Überschreiten der Hemmschwelle hin zu kriminellen Handlungsformen und damit in die Illegalität ist nicht zwingend. Zum anderen kann Terror auch ein Selbstzweck sein, nämlich die Bevölkerung einzuschüchtern und eine militärische - nicht unbedingt politische – Macht zu demonstrieren. Auch ist nicht ausgeschlossen, dass gewalttätige Gruppierungen, die früher einmal mit einem klar politischen Anliegen angetreten sind, zu einem „kriminellen Selbstläufer“ ohne politisches Konzept mutieren. Teilweise wurde daher – freilich noch zur alten Fassung des § 129a StGB – vertreten, dass eine terroristische Straftat kein politisch-ideologisches Motiv benötige.[93] Der Wortlaut des 2003 novellierten § 129a Abs. 2 StGB indes macht deutlich, dass mit den dort genannten allgemein kriminellen Delikten eine politische bzw. ideologische Zielsetzung verbunden sein muss.[94] Festzustellen ist auch, dass ein Terrorist im Regelfall deshalb gewalttätig agiert, weil er seine politischen Ziele in einer demokratischen Gesellschaft auf legalem Wege nicht erreichen kann. Insoweit handelt es sich um eine politische „Verlegenheitsstrategie“ außerhalb der von der Rechtsordnung vorgegebenen

---

[91] Vgl. Droste (Anm. 6), S. 98; Werthebach/Droste (Anm. 23), Art. 73 Nr. 10 Rn. 176; Pfahl-Traughber, in diesem Band und ders., Extremismus – Fundamentalismus – Terrorismus (Anm. 2), S. 367. Gerd Langguth versteht Terrorismus als „Kampfesform des politischen Extremismus“ (Ursprung und Ziele des Terrorismus in Europa, in: Außenpolitik 37 [1986], S. 162f.), Hirschmann (Anm. 79, S. 7) als letzte Eskalationsstufe des politischen Extremismus.

[92] Vgl. Herzog (Anm. 23), S. 98.

[93] Vgl. Eckart von Bubnoff, in: Burkhard Jähnke/Heinrich Wilhelm Laufhütte/Walter Odersky (Hrsg.), Strafgesetzbuch, Leipziger Kommentar, 11. Aufl., Band 4, Berlin 2005, § 129a Rn. 14 (Bearbeitungsstand: 1. August 1995).

[94] Vgl. Zöller (Anm. 79), S. 764.

Möglichkeiten.[95] Dennoch sind Extremismus und Terrorismus in ihrer Motivationslage nicht unbedingt deckungsgleich: Während der Straftatbestand des § 129a StGB zwar ein politisches, aber vom Wortlaut her nicht zwingend ein extremistisches Anliegen im Sinne der Bekämpfung der FDGO verlangt,[96] ist die Zuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden für die Beobachtung terroristischer Aktivitäten nur dann eröffnet, wenn hierdurch Elemente der FDGO im Sinne des § 4 Abs. 2 BVerfSchG beseitigt werden sollen.[97] Dies war und ist bei den terroristischen Handlungen, mit denen sich die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit konfrontiert sah und gegenwärtig konfrontiert sieht, unproblematisch zu bejahen. Wenn sich im Bundesamt für Verfassungsschutz große Teile der Abteilung 6 (Islamismus und islamistischer Terrorismus) mit einer religiös motivierten Form schwerster Kriminalität beschäftigen, dann deshalb, weil hiermit extremistische - nämlich islamistische - Ziele verfolgt werden, die eine Gefährdung der FDGO bzw. von maßgeblichen auswärtigen Belangen der Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 BVerfSchG).[98]

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Extremismus im juristischen Sinne meint zielgerichtete, politisch motivierte Bestrebungen, die auf die Beseitigung oder Beeinträchtigung eines oder mehrerer grundlegender Werte- und Strukturprinzipien der Verfassung gerichtet sind. Diese Prinzipien sind als „freiheitliche demokratische Grundordnung“ in § 4 Abs. 2 BVerfSchG definiert bzw.

---

[95] Vgl. Waldmann (Anm. 86), S. 13.

[96] Herzog (Anm. 23, S. 98) nennt politische Ziele von Terroristen, die nicht notwendig extremistisch sein müssen: wer z.B. mit schweren Gewalttaten das hohe Rüstungsniveau anprangere, ist Terrorist. Sein Anliegen hingegen wird nicht nur von Personen „am äußersten Rand des politischen Spektrums“ geteilt – insbesondere ist es nicht gegen ein Element der FDGO i.S.d. § 4 Abs. 2 BVerfSchG gerichtet -, sondern werde von einem Großteil der Bevölkerung gut geheißen.

[97] Isoliert betrachtet kann der bloße Begriff des „Terrorismus“ genauso wenig wie der des „Extremismus“ die Sammlungs- und Auswertungszuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden begründen, vgl. Roewer (Anm. 12), § 3 BVerfSchG Rn. 41.

[98] Siehe hierzu oben 3.8.

ergeben sich aus den zwingenden völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Staatengemeinschaft.

Da eine allgemeine Pflicht des Bürgers zur Verfassungstreue nicht besteht, ist das bloße Haben und Äußern einer „von der Mitte abweichenden“ bzw. nicht verfassungskonformen Ansicht noch kein Extremismus. Die Grenze von der grundsätzlich zulässigen Meinungsäußerung zur verfassungsgefährdenden und damit extremistischen Agitation wird erst überschritten, wenn elementare Verfassungsgüter beeinträchtigt oder außer Kraft gesetzt werden sollen.

Dabei ist es angesichts des dem Grundgesetz innewohnenden Prinzips der Vorverlagerung des Verfassungsschutzes ins Vorfeld konkreter Gefahren bzw. Straftaten rechtsstaatlich vertretbar, Verhaltensweisen bereits dann als extremistisch einzustufen und durch den Verfassungsschutz zu beobachten, wenn von ihnen noch keine polizeiliche Gefahr im Sinne eines absehbar bevorstehenden Schadenseinstritts ausgeht.

Terrorismus ist die Fortführung eines politischen, in der Regel extremistischen (d.h. auf die Abschaffung oder Beeinträchtigung von grundlegenden Verfassungsprinzipien gerichteten) Handlungsprogramms mittels Androhung oder Anwendung schwerer Straftaten. Ziel ist es, durch physischen und psychischen Druck eine Veränderung der Machtverhältnisse zu erzwingen. Trotz zahlreicher erfolgversprechender Ansätze zur Beschreibung der terroristischen Straftat existiert wegen Unklarheiten bei der Abgrenzung zum „nationalen Befreiungskampf“ bislang noch keine weltweit anerkannte verbindliche Definition des Terrorismus als solchem. Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sind jedoch verstärkt Bemühungen im Gange, terroristische Gewaltakte generell und ohne Rücksicht auf politische, religiöse oder weltanschauliche Rechtfertigungsversuche zu ächten und unter Strafe zu stellen.

Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik.
Eine empirische Analyse zum Zusammenhang bei den Einstellungen in der Bevölkerung

Richard Stöss

1. Einleitung und Fragestellung

Mitte der 1990er Jahre entdeckte der bis dahin zumeist mittelständisch-besitzbürgerlich orientierte Rechtsextremismus die soziale Frage als Erfolg versprechendes Mobilisierungsthema. Anlass dafür waren die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland und der damit verbundene Stimmungsumschwung[1]. Dabei nutzt er problematische sozioökonomische und soziokulturelle Begleiterscheinungen der Globalisierung, um seine völkisch-nationalistischen Ziele zu rechtfertigen bzw. als rettendes Gegengift zu propagieren. Aus seiner Sicht bedeuten nämlich die Entgrenzung der Welt, die verstärkte Migration, die Entwertung der Nationalstaaten, der Steuerungsverlust der Politik und die kulturellen Angleichungstendenzen eine fundamentale Bedrohung von Volk und Nation:

„Die Erde wurde ihrer Territorien beraubt, ihre Völker wurden entwurzelt. Sie stellt nur noch die Gemeinsamkeit von Handelszonen, von Verkehrsstraßen, von zerfließenden Austauschnetzen dar, die den Gesetzmäßigkeiten des Managements und des Marketings unterworfen sind. Der Mensch beherrscht nicht mehr einen Raum als Territorium, weil er von überall kommt, und somit von nirgendwo... Der Mensch gehört nicht mehr einem Ort, einer Herkunft, einer Geschichte und somit einer Kultur, einem Schicksal und einer Macht an.“[2]

Der Globalisierung wird „die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft“[3] entgegen gestellt und eine Kampagne gegen die Glo-

---

[1] Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, 2. Aufl., Berlin 2007, S. 115 f.

[2] Pierre Krebs, Die europäische Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbesinnung, Tübingen 1982, S. 33.

[3] Jürgen W. Gansel, Die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft. Über die Gleichzeitigkeit von De-Nationalisierung und Re-Nationalisierung im Globalisierungszeitalter, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 von Dezember 2005, S. 17.

balisierung durchgeführt[4], die nationale und soziale Probleme im völkischen Sinne miteinander verbindet[5]. Insbesondere die NPD wettert gegen den „vaterlandslosen Raubkapitalismus“, gegen den „entarteten Monopolkapitalismus“, gegen den „menschenverachtenden und völkervernichtenden Liberalkapitalismus“, der Nationalstaaten und -kulturen zerstöre, um die „Weltdiktatur des großen Geldes“ zu errichten[6]. In einer Erklärung des NPD-Parteivorstandes vom Dezember 2000 hieß es:

„Der beschriebene Zustand ist unerträglich, eine effiziente politische Opposition zu dessen Beseitigung unerlässlich. Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“

Um den angeblich heraufziehenden „Völkerfrühling“ zu beschleunigen[7], verbreitet die NPD, „Multikulti bedeutet Sozialabbau“, und setzt sich für „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“, für die „Erhaltung des Sozialstaats“, „gegen Sozialabbau“ und für „soziale Gerechtigkeit statt Volksbetrug“ ein. Die damit verbundene Kapita-

---

4 Stöss (Anm. 1), S. 46 ff.

5 Gansel, NPD-MdL in Sachsen und einer der (wenigen) intellektuellen Köpfe der Partei, sah sogar Gemeinsamkeiten mit der Antiglobalisierungsbewegung: "Aus Gründen des Volksinteresses muss der deutsche Nationalismus diese genannten Positionen der (zivilgesellschaftlichen, R. St.) Anti-Globalisierungsbewegung mittragen, mit eigenem Gedankengut anreichern und die politikfähigen, volks- und kulturbejahenden Kreise unter dem Banner des sozialrevolutionären Nationalismus sammeln." Jürgen W. Gansel, Nationalismus als Zwingherr des Globalkapitalismus, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom Dezember 2001, S. 22.

6 Vgl. auch Jürgen Schwab, Volks-Staat statt Weltherrschaft. Das Volk - Maß aller Dinge, Tübingen 2002.

7 "Kurzum: Die Globalisierung ist ein Prozess, der sowohl zur De-Nationalisierung als auch zur Re-Nationalisierung führt. Überall in der Welt werden starke nationale, soziale und identitäre Erneuerungsbewegungen der Diktatur des Globalkapitals entgegentreten." Gansel (Anm. 3).

lismuskritik kommt auch in dem Song „Die Macht des Kapitals“ der rechtsextremen Band „Faustrecht“ zum Ausdruck[8]:

Sie besitzen unsere Wirtschaft und kaufen unsere Seelen, sind schon längst imstande, uns unser Land zu stehlen, haben die Macht und Gelder, um die Richtung zu diktieren, es sind nicht mehr Politiker, die unsere Länder führen.

Kehrreim:

Die Macht des Kapitals ist der Feind der freien Welt,

das Schicksal aller Völker, unterjocht von ihrem Geld,

die Macht des Kapitals, so verschlagen raffiniert,

das unsere Völker knechtet, getrieben von Habgier.

Sie zerstören die Grundlagen, auf denen jedes Volk erwuchs,

schüren Hass und Zwietracht, ihre Welt ist nur Betrug,

die Völker dieser Erde erfüllen für sie nur einen Zweck,

sie schamlos auszubeuten, unser Blut ist ihr Profit.

Kehrreim.

Sie züchten einen Menschen, der entwurzelt und naiv,

der leicht ist zu beherrschen, da sein Geist ist primitiv,

die ältesten Kulturen, die die Menschheit hervorgebracht,

werden durch Macht- und Geldgier langsam dahingerafft.

Kehrreim.

Die Kritik am Kapitalismus verdichtet sich nicht selten zu einer strikt antikapitalistischen Position. So schrieb der ehemalige Funktionär des Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes (DAV), Lothar Ehrlichmann, in der „Deutschen Stimme“, dem Parteiorgan der NPD:

„Aus den vorgenannten Gründen kann und darf es zum Kapitalismus aus nationaldemokratischer Sicht nur eine fundamentale Gegnerschaft geben, die keine faulen Kompromisse zulässt. Unverrückbares Ziel nationaldemokratischer Politik muss daher die restlose Überwindung

[8] Erstmals veröffentlicht auf: Faustrecht - Klassenkampf, CD, Eigenproduktion, 2002. Quelle: Homepage der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf: www:arbeitsstelle-neonazismus.de.

und Ablösung des kapitalistischen Systems durch eine sozial- und leistungsgerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein.“[9]

Im völkischen Denken bedeutet Antikapitalismus im wesentlichen Abwehr des Egalitarismus, um die ethnische bzw. kulturelle Verschiedenheit (Ethnopluralismus) zu bewahren. Für den Rechtsextremismus geht die Bedrohung Deutschlands heute nicht nur von anderen Staaten, sondern auch (oft sogar hauptsächlich) vom Weltkapital[10] und der weltweiten Migration aus. Das Kapital gilt als Ursache und Profiteur der Globalisierung, während die Arbeitnehmer als deren Opfer angesehen werden. Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital erscheint aus dieser Perspektive als Gegensatz zwischen Nationalismus und Globalisierung.

In einigen Kreisen des Rechtsextremismus wird daher die Forderung nach einer Symbiose von Nationalismus und Sozialismus erhoben. So zum Beispiel 1999 von Sascha Roßmüller, damals Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und Mitglied im Bundesvorstand der NPD, heute stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei. Er vertritt die Auffassung, dass der Begriff „Sozialismus“ nicht der Linken überlassen werden dürfe.

„Sozialismus ist wie der Nationalismus heute lediglich ein durch falsche Propaganda „diskreditierter“ Begriff, der nicht deshalb seine Berechtigung verloren hat, weil er marxistisch missbraucht wurde.“[11]

---

[9] Lothar Ehrlichmann, Systemanalyse den Vorrang geben, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2000, S. 11.

[10] Darauf bezieht sich die verschwörungstheoretische Literatur. Vgl. z.B. Conrad C. Stein, Die Geheime Weltmacht. Die schleichende Revolution gegen die Völker. Plädoyer für einen national-sozialen Kapitalismus, Tübingen 2001.

[11] Sascha Roßmüller, Wege zur deutschen Volkswirtschaft. Soziale Gerechtigkeit ist nur durch wirkliche Volkswirtschaft und nicht durch Klassenkampf zu verwirklichen, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 vom Dezember 1999, S. 6. Ähnlich auch Waldstein: Die Kapitalismuskritik sei heute "intellektuell verwaist". "Die Gretchen-Frage für die politische Rechte in diesem Lande wird es sein, ob es ihr gelingt, die Positionen des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas heraus zu brechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder es kommen endlich die „linken Leute von rechts“, oder es kommen keine Leute von rechts." Thor v. Waldstein, 16 Thesen zum Kapitalismus. Dem Geld dienen oder dem Volk?, in: Nation und Europa, Nr. 10 vom Oktober 1998, S. 13-15.

Roßmüller nannte konkrete Vorstellungen, wie „die sozialistische Idee im Rahmen einer wirklichen Volkswirtschaft zu verwirklichen“ sei:

„Zwangsläufig wird es in einer wirklichen deutschen Volkswirtschaft notwendig sein, wesentliche Schlüsselzweige der Wirtschaft, die für das Allgemeinwohl wichtig sind, den Dschungelgesetzen des freien Marktes und somit dem Zugriff einseitiger sozialer Gruppeninteressen zu entreißen. Banken, Versicherungsgesellschaften, Bahn und Post wären zu verstaatlichen. Teilweise verstaatlicht - mit einem Anteil von 51 Prozent - würden Trusts, Aktiengesellschaften und andere anonyme Kapitalgesellschaften, die zuvor zu nationalisieren, also der Globalisierung zu entreißen und in kleinere Einheiten zu zerlegen sind.“[12]

Der Begriff „Sozialismus“ findet sich zwar nicht im Parteiprogramm der NPD[13] (auch nicht im Programm anderer rechtsextremer Parteien in Deutschland), und auch von „Verstaatlichung“ ist dort nicht die Rede, aber Roßmüllers Vorstellungen sind mit dem NPD-Programm durchaus kompatibel:

„Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen... Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab... Die NPD lehnt die Globalisierung auch deswegen ab, weil sie unmittelbar zur Massenerwerbslosigkeit geführt hat. Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene Volkswirtschaft.

Der Staat muss der Wirtschaft Rahmenrichtlinien vorgeben; falls nötig, Richtdaten setzen und durchsetzen, wenn das Gemeinwohl dies erfordert. Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muss die

---

[12] Roßmüller (Anm. 11).

[13] Er zählt aber durchaus zur parteiamtlichen Terminologie. So schrieb der Bundesvorsitzende Udo Voigt beispielsweise: "Unser Sozialismus ist ... ein Sozialismus des Volkes für das Volk und nicht der eines imaginären internationalen Klassenkampfes." Udo Voigt, Bekenntnis zur Volksgemeinschaft - Plädoyer für den nationalen Sozialstaat, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2000, S. 2.

Wirtschaft dem Volke dienen... Die Führung der Volkswirtschaft ist ... Aufgabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung."[14]

Dass neuerdings die soziale Frage im Zentrum der Agitation des Rechtsextremismus steht, dass er sich dabei oft auch kapitalismuskritischer bzw. antikapitalistischer Argumentationsmuster bedient und nicht selten sogar einen völkischen Sozialismus propagiert, ist bekannt und wird in der wissenschaftlichen Literatur ausführlich behandelt[15]. Untersuchungen über den sozioökonomischen, politischen und kulturellen Wandel moderner Industriegesellschaften unter den Bedingungen der Globalisierung bieten viele Hinweise dafür, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu Gunsten des Rechtsextremismus entwickeln:

So wird häufig darauf hingewiesen, dass in der OECD-Welt „ab Ende der achtziger Jahre eine Art Denationalisierungsschub einsetzt"[16], der

---

[14] Roßmöller (Anm. 11)

[15] Dazu nur einige Titel: Thomas Greven, Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 15-29; Thomas Grumke/Andreas Klärner, Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2006; Christina Kaindl, Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts - Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge - Widersprüche - Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 60-75; Armin Pfahl-Traughber, Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 30-51; Gerd Wiegel, Moderner Rechtsextremismus in Deutschland Fehlanzeige? Volksgemeinschaft und "Antikapitalismus" als Erfolgsrezept der NPD, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge - Widersprüche - Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 76-83.

[16] Michael Zürn, Politische Fragmentierung als Folge der gesellschaftlichen Denationalisierung?, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main 2001, S. 114.

nicht nur Souveränitäts- und Autonomieeinbußen der Nationalstaaten bedeutet, sondern auch „Kontrollverluste“[17] zwischen Politik und Ökonomie sowie politische Fragmentierungen: soziale Segregation, soziokulturelle Heterogenisierung, Ausdifferenzierung intermediärer Strukturen, Regionalisierung, Separatismus etc.[18]. Unbestritten ist wohl auch, dass diese Entwicklungen von Legitimations- und Demokratiedefiziten begleitet sind[19]. Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer geht sogar davon aus, „dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden“[20]. Und bei dem Politikwissenschaftler Michael Zürn heißt es:

„Es scheint also tatsächlich so zu sein, dass die gegenwärtigen politischen Fragmentierungsprozesse teilweise einer Entwicklung geschuldet sind, bei der sozioökonomische und soziokulturelle Veränderungen große Verunsicherungen bei den Bevölkerungen hervorrufen, ohne dass die Nationalstaaten den Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Absicherung zu gewähren in der Lage sind.“[21]

Diese „Verunsicherungen“ könnten in sozialer Desintegration, in Orientierungsproblemen, in Abstiegs- bzw. Zukunftsängsten oder in Gefühlen der Benachteiligung, der Macht- und Einflusslosigkeit bestehen und in politische Entfremdung münden. Und sie sind durchaus geeignet, die Ausbreitung von Rechtsextremismus zu begünstigen. Nochmals Heitmeyer:

„In diesen Ängsten, Einfluss- und Orientierungslosigkeiten spiegelt sich der Umstand, dass ein überwältigender Kapitalismus nicht in der Lage ist, soziale Integration zu sichern, geschweige denn soziale Kohäsion zu erzeugen, die wesentliche Voraussetzungen friedvollen Zu-

---

[17] Wilhelm Heitmeyer, Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Loch / Heitmeyer (Anm. 16), S. 506 ff.

[18] Zürn (Anm. 16), S. 118 ff.

[19] Vgl. Dietmar Loch, Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien: "Geschlossen" gegen die "offene Gesellschaft"?, in: Loch/Heitmeyer (Anm. 16), S. 463-496.

[20] Heitmeyer (Anm. 17), S. 500.

[21] Zürn (Anm. 16), S. 134.

sammenlebens in einer Gesellschaft mit ihren Mehrheiten und Minderheiten, starken und schwachen Gruppen darstellen."[22]

Es erscheint also durchaus plausibel, dass der globale Wandel in Verbindung mit neokonservativer und neoliberaler Politikgestaltung völkische, nationalistisch-protektionistische Orientierungen in der Bevölkerung generiert bzw. verstärkt. Dafür liefert die Einstellungsforschung viele Hinweise[23] und auch die Wahlforschung bestätigt immer wieder, dass derartige Orientierungen zum Erfolg rechtsextremer Parteien beitragen. Allerdings stellt sich die Frage, auf welche Resonanz speziell die kapitalismuskritische Agitation von Teilen des Rechtsextremismus stößt. Immerhin gilt Kapitalismuskritik als genuiner Bestandteil einer linken Weltanschauung. Wenn rechtsextreme Ideologieproduzenten (übrigens nicht erst seit gestern[24]) der Linken den Sozialismusbegriff streitig machen (wollen), folgt daraus noch lange nicht, dass sich auch im Denken der ihnen ideologisch nahe stehenden Personen eine Verbindung von rechtsextremen und antikapitalistischen Überzeugungen herstellt. Umgekehrt: Wenn sich der Rechtsextremismus in der politischen Arena gegenüber einem „marxistisch missbrauchten", „klassenkämpferischen" Sozialismus abgrenzt, während die Linke die Kapitalismuskritik des Rechtsextremismus als „verbalen", „vormodern geprägten, antisemitisch ausgerichteten Antikapitalismus"[25] oder als „soziale Demagogie"[26] geißelt, dann bedeutet

---

[22] Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005, in: Ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a. Main 2006, S. 17.

[23] Vgl. z.B. Oliver Decker/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006; Stöss (Anm. 1), S. 70 ff.; Heitmeyer (Anm. 22).

[24] "Es ist somit eine politisch-psychologische Notwendigkeit klarzumachen, dass es nicht nur einen „Sozialismus der Linken" ... sondern auch einen „Sozialismus der Rechten" gibt. Mehr noch: Es gilt zu verdeutlichen, dass der gesamte Sozialismusbegriff der Linken, da nicht Ausfluss der nationalen Solidarität und somit der Lebensrichtigkeit, schon vom Ansatz her falsch ist. Es wäre ein völlig falscher Purismus, das so viele politische Gefühlsenergien tragende Wort „Sozialismus" durch Nichtgebrauch den „Linken" zu überlassen..." Rüdiger Unger, "Sozialismus von rechts" - Gibt"s das?, in: Mut, Nr. 100/1975, S. 44 f.

[25] Ralf Ptak, Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und So-

das nicht notwendigerweise, dass sich der politische Gegensatz zwischen der sozialistischen Linken und der extremen Rechten auch im Bewusstsein der Menschen als miteinander unvereinbare Orientierungen niederschlägt. Die Erkenntnis ist zwar nicht neu, dass auf der Mesoebene durchaus Verbindungen zwischen Sozialismus und Rechtsextremismus bestehen können. Das Schrifttum über die ideengeschichtlichen und politischen Beziehungen zwischen der Rechten und der Linken in der deutschen Geschichte, über die Verschränkung von nationaler und sozialer Frage und über die Konflikte und Kontakte zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus ist schier unübersehbar[27]. Ob und wie sich dies auf die Mikroebene, also auf die individuellen Überzeugungen ausgewirkt hat, liegt freilich weithin im Dunklen. Dies gilt auch für die Gegenwart.

Kurz und gut: Es geht um die Frage, ob das politische Angebot eines kapitalismuskritischen, „volkssozialistischen“ oder „national-sozialistischen“ Rechtsextremismus auf Resonanz bei der Bevölkerung stößt:

- Verbinden sich im Bewusstsein der Bürger rechtsextreme und kapitalismuskritische Einstellungen? Handelt es sich bei Kapitalismuskritik überhaupt (noch) um eine genuin linke Orientierung?
- Wie groß sind gegebenenfalls die Schnittmengen zwischen rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen?
- Welche sozialen Gruppen sind besonders anfällig für rechtsextreme Kapitalismuskritik? Unterscheiden sich Rechtsextremisten und rechtsextreme Kapitalismuskritiker in sozialstruktureller Hinsicht?

---

zialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU - NPD - REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 109.

[26] Roland Bach, Zur nationalen und sozialen Demagogie der extremen Rechten, in: Klaus Kinner/Rolf Richter (Hrsg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin 2000, S. 233 ff.

[27] Details bei Richard Stöss, Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 9, Berlin, Januar 2008, S. 12 ff. (im Internet: http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/-ahosz9.pdf.). Der vorliegende Beitrag greift teilweise auf Befunde dieses Arbeitshefts zurück, enthält aber auch darüber hinausreichende Analysen.

- Basiert die Hinwendung zu rechtsextremen Parteien eher auf herkömmlichen völkisch-nationalistischen Einstellungen oder auf einer Mentalität, die durch die Verbindung von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik charakterisiert ist? Beruht die Hegemonie der NPD im rechtsextremen Lager darauf, dass sie diese Mentalität besser bedient als die DVU oder die Republikaner?

Die folgenden Analysen erstrecken sich auf die Ebene der individuellen politischen Einstellungen und Verhaltensabsichten.

2. Datenbasis und Analyseinstrumente

Die Daten für die folgenden Analysen wurden im Rahmen des Projekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ erhoben. Primärforscher sind Prof. Dr. Richard Stöss, Dr. Michael Fichter, Dipl. Pol. Joachim Kreis und Prof. Dr. Bodo Zeuner. Die Datenerhebung erfolgte im April 2003 durch forsa. Die Grundgesamtheit der Untersuchung ist die in Privathaushalten lebende wahlberechtigte deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Die Auswahl der Befragungspersonen erfolgte durch vier disproportional geschichtete Stichproben. Die Befragung wurde telefonisch (CATI) durchgeführt. Die Anzahl der Einheiten beträgt 4.008[28].

Zur Messung von rechtsextremen Einstellungen sei hier nur das Nötigste mitgeteilt[29]: Unter Rechtsextremismus verstehen wir völkischen Nationalismus. Bei rechtsextremen Einstellungen handelt es sich um ein mehrdimensionales Muster, das nach unserer Auffassung folgende Dimensionen aufweist:

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur,
- Chauvinismus,

[28] Weitere Angaben zur Datenbasis und zur Gewichtung, finden sich im Abschlussbericht des Projekts S. 75 ff.: Richard Stöss / Michael Fichter / Joachim Kreis / Bodo Zeuner, Projekt "Gewerkschaften und Rechtsextremismus". Abschlussbericht, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut 2004, (nur im Internet verfügbar: http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_anfang.htm). Dort wird auch die Konstruktion der Messinstrumente erläutert.

[29] Vgl. Stöss (Anm. 1), S. 14 ff.

- Ausländerfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Sozialdarwinismus und
- Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Der Rechtsextremismus-Skala REXL liegen jeweils fünf Statements[30] pro Dimension zugrunde, insgesamt also 30 Items. Die Skala wurde mittels der Likert-Technik konstruiert. Sie hat einen Wertebereich von 30 (jedem Statement überhaupt nicht zugestimmt) bis 210 (allen 30 Statements voll und ganz zugestimmt). Zur Bestimmung des rechtsextremen Einstellungspotenzials (= die Rechtsextremisten) wurde ein Dummy (0 = nein, 1 = ja) gebildet. Dem Rechtsextremismuspotenzial werden alle Befragten zugerechnet, die einen Skalenwert oberhalb des arithmetischen Mittels (also ab 121) erreichen.

Während wir bei der Messung von rechtsextremen Einstellungen auf eine lange Forschungstradition zurückgreifen können, stehen für Kapitalismuskritik, Antikapitalismus oder Sozialismus keine erprobten Messinstrumente zur Verfügung[31]. Bei der Auswahl von Statements haben wir uns auf Indikatoren für explizit linke Sichtweisen kapriziert, die zum einen eher altsozialistisches Denken widerspiegeln und zum anderen eher der globalisierungskritischen „ATTAC-Mentalität“ entsprechen. Es sollte eindeutig linkes Gedankengut erfasst werden, um herauszufinden, ob sich rechtsextreme Einstellungen mit linken Orientierungen verbinden. Bei der Befragung waren schließlich zehn Statements zu bewerten[32], wovon die folgenden neun bei der Indexbildung berücksichtigt werden konnten:

- „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.“
- „Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.“

---

[30] Antwortvorgaben: 7er Skalen von 1 ("stimme überhaupt nicht zu") bis 7 ("stimme voll und ganz zu"), weiterhin 8 ("weiß nicht") und 9 ("keine Antwort").

[31] Vgl. Stöss (Anm. 26), S. 38 ff.

[32] Antwortvorgaben: 7er Skalen von 1 ("stimme überhaupt nicht zu") bis 7 ("stimme voll und ganz zu"), weiterhin 8 ("weiß nicht") und 9 ("keine Antwort").

- „Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt."
- „Faschistische Tendenzen haben in der Bundesrepublik ein bedrohliches Ausmaß angenommen."
- „Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden."
- „Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde."
- „In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse."
- „Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen."
- „Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit."

Der Index wurde ebenfalls mittels der Likert-Technik konstruiert. Er hat einen Wertebereich von 9 (jedem Statement überhaupt nicht zugestimmt) bis 63 (allen neun Statements voll und ganz zugestimmt). Zur Potenzialbestimmung wurde ein Dummy (0 = nein, 1 = ja) gebildet. Dem Potenzial werden alle Befragten zugerechnet, die einen Indexwert oberhalb des arithmetischen Mittels (also ab 37) erreichen.

Die entscheidende Frage lautet, was mit diesem Index gemessen wird. Unser Vorverständnis besagte, dass es sich beim Sozialismus um einen Gegenentwurf zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung handelt. Der Begriff Antikapitalismus war für bloße Gegnerschaft zum Kapitalismus vorgesehen, ohne dass sich damit konkrete Alternativvorstellungen verbinden. Wenn es nur um Kritik an einzelnen Erscheinungsformen des Kapitalismus bzw. an der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung geht, wollten wir den Terminus Kapitalismuskritik[33] verwenden. Hinsichtlich sozialistischer Orientierun-

[33] "Die neue Kapitalismuskritik ist nun ganz anders als die alte. „Ausbeutung" wird akzeptiert. „Entfremdung" ist kein Thema mehr. „Profit muss schon sein. Von der „Expropriation der Expropriateure" ist nirgendwo die Rede. Nicht die Marktwirtschaft als Organisationsidee steht in Frage, sondern die zunehmende Radikalisierung der kapitalistischen Praxis." Hans-Peter Bartels, Warum Kapitalismuskritik heute so schwer fällt - und notwendiger denn je ist, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisie-

gen erwarteten wir uns ein reliables und valides Einstellungssyndrom im Sinne eines geschlossenen Überzeugungssystems. Die diesbezüglichen statistischen Koeffizienten erfüllten diese Erwartungen jedoch nicht. Intensive Analysen mit den einzelnen Items ergaben, dass der Index eher Kapitalismuskritik als Antikapitalismus erfasst. Daher erhielt er die Bezeichnung „Kapitalismuskritik". Die Item-Analyse identifizierte allerdings drei Statements, die unserem Vorverständnis von Antikapitalismus in etwa entsprechen:

- „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden."
- „Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt."
- „In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse."

Diese drei Variablen wurden daher ausgekoppelt und zu dem Index „Antikapitalismus" zusammengefasst. Antikapitalisten können also als „harte" Kapitalismuskritiker bezeichnet werden. Wenn wir hinfort von Antikapitalismus sprechen, ist Kapitalismuskritik immer eingeschlossen. Der Index umfasst die Werte 3 bis 21, der Schwellenwert für die Potenzialbestimmung ist 12 (arithmetisches Mittel).

Nun zu den Schnittmengen von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik bzw. Antikapitalismus: Als rechtsextreme Kapitalismuskritiker gelten die Personen, die sowohl dem rechtsextremen als auch dem kapitalismuskritischen Einstellungspotenzial angehören, die also bei beiden Messinstrumenten einen Wert oberhalb des arithmetischen Mittels erreichen. Für rechtsextreme Antikapitalisten gilt entsprechend die Verbindung von rechtsextremen und antikapitalistischen Orientierungen.

Abschließend noch einige Angaben zu weiteren Variablen, die bei den Analysen Verwendung finden: Die Links-Rechts-Selbsteinstufung (LIRE) wurde wie üblich mit folgender Frage erhoben: „Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala

---

rung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main 2006, S. 245.

zwischen 1 und 10 einstufen? 1 bedeutet links, und 10 bedeutet rechts?“

Die Wahlabsicht wird normalerweise mit der Sonntagsfrage ermittelt: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen (Landtagswahlen) wären?“. Da sich bei der Sonntagsfrage nur wenige Personen für rechtsextreme Parteien aussprechen, wurde zur Ermittlung der Parteiaffinität hilfsweise auf die Wahlbereitschaftsfrage zurückgegriffen. Sie lautet: „Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?“[34]

Die Schichteinstufung der Befragten wurde mittels der Variablen Bildung und Einkommen vorgenommen: Unterschicht = niedrige Bildung und niedriges Einkommen; Mittelschicht = mittlere Bildung und mittleres Einkommen; Oberschicht = hohe Bildung und hohes Einkommen. Es handelt sich also nicht um die subjektive sondern um eine objektive Schichteinstufung. Gelegentlich wird die Bundesrepublik (BRD) in zwei Gebiete aufgeteilt: Ost bedeutet die fünf neuen Bundesländer und Ost-Berlin, West meint entsprechend die alten Bundesländer und West-Berlin.

3. Empirische Analysen

Ob ein inhaltlicher Zusammenhang zwischen rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen besteht, lässt sich mittels Korrelationsanalysen feststellen. Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass alle neun Statements zur Kapitalismuskritik positiv mit der Rechtsextremismus-Skala variieren. Generell gilt: Umso heftiger die Kapitalismuskritik ausfällt, umso stärker sind die rechtsextremen Einstellungen (und umgekehrt). Die Zusammenhänge sind zumeist nur schwach, aber hoch signifikant. Eine Ausnahme bildet das Item „Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden“. Weil diese Aussage auf breite Zustimmung über alle politischen Lager hinweg stößt, ergibt sich keine Assoziation mit einer speziellen Weltanschauung. Die Indizes Kapitalismuskritik und Antikapitalismus korrelieren stark positiv mit Rechtsextremismus: Je kritischer

[34] Antwortvorgaben: ja, nein, weiß nicht, keine Antwort.

gegenüber dem Kapitalismus, desto empfänglicher für Rechtsextremismus (und umgekehrt). Für die Individuen besteht also kein Gegensatz zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik (dies hätte negative Korrelationskoeffizienten bewirkt). Der politische Konflikt zwischen der extremen Rechten und der Linken in der intermediären Sphäre findet im Bewusstsein der Menschen keinen Niederschlag. Dass Kapitalismuskritik bzw. Antikapitalismus bei den Befragten nicht als Bestandteile einer genuin linken Weltsicht gelten, zeigt sich auch daran, dass die neun Statements und die beiden Indizes praktisch nicht mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung korrelieren. Alle Koeffizienten verfügen zwar über ein negatives Vorzeichen, aber die Zusammenhänge sind entweder nicht signifikant oder nur sehr schwach. Ob und wie stark jemand Kapitalismuskritik übt, hängt also nicht von seiner ideologischen Selbstverortung ab. Die Linke hat mithin kein Monopol mehr auf Kapitalismuskritik oder auf Antikapitalismus (wenn sie denn je eines hatte).

Wie lässt sich der positive Zusammenhang von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik erklären? Das völkisch-nationalistische Denken bezieht sich zwar primär auf die (Um-) Gestaltung der politisch-kulturellen Ordnung, es speist sich aber nicht nur aus politischer Unzufriedenheit sondern auch aus Verdruss über die sozioökonomischen Verhältnisse. Oft spielt ein prekärer sozialer Status sogar die ausschlaggebende Rolle. Dieser Verdruss scheint sich mittlerweile bei Rechtsextremisten zu einer kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung gesteigert zu haben. Demokratiefeindschaft geht nun offenbar Hand in Hand mit Kapitalismuskritik bzw. Antikapitalismus. Dass der Wandel moderner Industriegesellschaften die sozioökonomischen, politischen und kulturellen Existenzbedingungen gleichermaßen betrifft und zu sozialer Desintegration, zu Orientierungslosigkeit, Abstiegs- und Zukunftsängsten und zu Gefühlen der Benachteiligung führen kann, haben wir oben dargelegt. Es könnte durchaus sein, dass der Kapitalismus nun auch in rechtsextremen Kreisen als eine maßgebliche Ursache für die gesellschaftlichen Verwerfungen angesehen wird.

Tabelle 1: Korrelationen ® der Statements und Indizes zur Kapitalismuskritik mit der Rechtsextremismus-Skala (REXL) und der Links-Rechts-Skala (LIRE) 2003

	REXL	LIRE
Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden	,274	-,032
Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden	,170	-,071
Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt	,358	-,061
Faschistische Tendenzen haben in der Bundesrepublik ein bedrohliches Ausmaß angenommen	,130	-,164
Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden	,034	-,138
Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde	,193	-,136
In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse	,273	-,052
Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen	,220	-,003
Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit	,257	-,016
Kapitalismuskritik	,406	-,136
Antikapitalismus	,431	-,065

Tabelle 2: Rechtsextreme und kapitalismuskritische Einstellungen nach Gebiet 2003 (%)

	West	Ost	BRD
Rechtsextremismus	18	27	20
Kapitalismuskritik	54	76	58
Rechtsextreme Kapitalismuskritik	15	25	17
Antikapitalismus	26	47	30
Rechtsextremer Antikapitalismus	9	19	11

Lesebeispiel: In der Bundesrepublik waren 2003 20 Prozent der Befragten rechtsextrem eingestellt, im Osten betrug der Anteil der Rechtsextremisten 27 Prozent, im Westen 18 Prozent.

Da nun der Nachweis erbracht ist, dass ein positiver Zusammenhang zwischen völkisch-nationalistischen und kapitalismuskritischen Orientierungen besteht, widmen wir uns jetzt dem Ausmaß dieser Orientierungen und ihren Überschneidungsbereichen bzw. Schnittmengen (Tab. 2). Zunächst ist festzustellen, dass Antikapitalismus und erst Recht Kapitalismuskritik in der deutschen Bevölkerung wesentlich mehr Anklang finden als Rechtsextremismus. Nahezu zwei Drittel der Befragten üben Kritik am Kapitalismus und fast ein Drittel äußert sich antikapitalistisch. Kapitalismuskritik gehört fast schon zum normalen Einstellungsinventar der Bundesbürger! Der Anteil der Rechtsextremisten beträgt dagegen „nur“ 20 Prozent. Durchgängig besteht ein West-Ost-Gefälle: Die Ostdeutschen sind anderthalb Mal so häufig rechtsextrem und kapitalismuskritisch und sogar fast doppelt so oft antikapitalistisch eingestellt wie die Westdeutschen. Die vergleichsweise starke Verbreitung von Kapitalismuskritik im Osten dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Ostdeutschen nicht nur mit dem gesellschaftlichen Wandel und den Globalisierungsfolgen konfrontiert sind sondern zudem noch mit dem fundamentalen Systemwechsel vom Staatssozialismus zu Demokratie und Kapitalismus. Und die starke Kapitalismuskritik dürfte auch eine wesentliche Ursache dafür sein, dass die Ostdeutschen stärker zum Rechtsextremismus neigen als die Westdeutschen.

Wenn wir uns nun mit den Überschneidungsbereichen von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik befassen, dann ist zu beachten, dass

wir es, wie aus Tabelle 2 hervorgeht, mit unterschiedlichen Gruppengrößen zu tun haben. Die Überschneidungsbereiche lassen sich mithin auf die Anzahl der Rechtsextremisten oder auf die Anzahl der Kapitalismuskritiker bzw. auf die Anzahl der Antikapitalisten prozentuieren. Es ergibt sich folgendes Bild[35]: 85 Prozent der Rechtsextremisten sind kapitalismuskritisch und 54 Prozent der Rechtsextremisten sind antikapitalistisch eingestellt. Umgekehrt weisen 30 Prozent der Kapitalismuskritiker und 38 Prozent der Antikapitalisten rechtsextreme Orientierungen auf.

Wenn die Rechtsextremisten zum Ausgangspunkt der Betrachtung gemacht werden, dann zeigt sich, dass rechtsextreme Gruppierungen mit „volkssozialistischen" Programmen auf bevorzugte Resonanz bei ihren potenziellen Adressaten stoßen: Fast alle rechtsextrem eingestellten Personen verfügen über kapitalismuskritische Orientierungen und immerhin noch gut die Hälfte von ihnen weist antikapitalistische Haltungen auf. Wie gesagt: Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik gehen Hand in Hand. Umgekehrt wird aber auch deutlich, dass sich die vorhandene Kapitalismuskritik nur teilweise mit rechtsextremem Denken verbindet: Das gilt für 30 Prozent der Kapitalismuskritiker und für 38 Prozent der Antikapitalisten. Rechtsextremisten sind also zumeist auch kapitalismuskritisch orientiert, während Kapitalismuskritiker wesentlich seltener (aber immer noch überdurchschnittlich) zum Rechtsextremismus neigen.

Die tatsächlichen Schnittmengen sind selbstverständlich geringer. Unter Schnittmengen verstehen wir die Befragten, die sowohl rechtsextreme als auch kapitalismuskritische bzw. antikapitalistische Orientierungen aufweisen. Erstere bezeichnen wir als rechtsextreme Kapitalismuskritiker, letztere als rechtsextreme Antikapitalisten. Tabelle 2 berichtet, dass rechtsextreme Kapitalismuskritik bei 17 Prozent der Befragten und rechtsextremer Antikapitalismus bei 11 Prozent der Befragten festgestellt wurde. Auch hier macht sich das erwähnte West-Ost-Gefälle bemerkbar: Ein Viertel der Ostdeutschen übt rechtsextreme Kapitalismuskritik und bei einem Fünftel von ihnen findet sich rechtsextremer Antikapitalismus.

Nun vergleichen wir Rechtsextremisten, Kapitalismuskritiker und die Schnittmenge von beiden, also rechtsextreme Kapitalismuskritiker,

[35] Diese Angaben finden sich nicht in Tabelle 2.

anhand von ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen (Tab. 3). Hier die wesentlichen Ergebnisse:

- Die Prozentwerte für Kapitalismuskritik verteilen sich gleichmäßiger über die einzelnen Untersuchungsgruppen als die für Rechtsextremismus und für rechtsextreme Kapitalismuskritik. Das bestätigt, dass Kapitalismuskritik fast schon zum normalen Einstellungsinventar der Bundesbürger zählt. Einen „Ausreißer" bilden die Beamten, von denen sich nur 29 Prozent als Kapitalismuskritiker (aber auch nur zwei Prozent als Rechtsextremisten und ein Prozent als rechtsextreme Kapitalismuskritiker) zu erkennen geben.
- Frauen neigen stärker zu Rechtsextremismus und etwas stärker zu Kapitalismuskritik als Männer. Rechtsextreme Kapitalismuskritik findet sich bei Frauen sogar anderthalb Mal so häufig wie bei Männern. Die ostdeutschen Frauen erzielen zwar durchgängig höhere Anteile als die westdeutschen Frauen, der Geschlechterunterschied ist allerdings im Westen größer als im Osten[36].
- Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik nehmen mit wachsendem Alter zu, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß: Über die vier ausgewiesenen Altersgruppen wächst das Rechtsextremismuspotenzial von 12 Prozent auf 36 Prozent und der Anteil der rechtsextremen Kapitalismuskritiker von zehn Prozent auf 30 Prozent, was in beiden Fällen eine Verdreifachung bedeutet. Der Anteil der Kapitalismuskritiker nimmt nur von 53 Prozent auf 66 Prozent zu. Junge Leute sind also keineswegs besonders anfällig für die hier betrachteten politischen Orientierungen.

[36] Die Daten für Ostdeutschland und Westdeutschland finden sich bei Stöss (Anm. 27), S. 86 ff.

Tabelle 3: Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik bei den Geschlechtern, bei den Altersgruppen und bei sozialen Gruppen 2003 (%)

	Rechtsextremismus	Kapitalismuskritik	Rechtsextreme Kapitalismuskritik
BRD insgesamt	20	58	17
Männer	17	51	14
Frauen	23	66	21
16-24 Jahre	12	53	10
25-44 Jahre	14	56	13
45-64 Jahre	23	59	18
Über 64 Jahre	36	66	30
Arbeitslose	33	71	29
Einfache Arbeiter	26	76	25
Facharbeiter	19	56	18
Einfache Angestellte	12	56	11
Verantwortliche Angestellte	8	52	7
Beamte	2	29	1
Selbständige	17	45	7
Rentner	34	67	29
Sonst. Nichterwerbspersonen	15	56	14
Unterschicht	32	71	30
Mittelschicht	14	54	12
Oberschicht	8	45	7

Lesebeispiel: Von den Männern in der Bundesrepublik waren 2003 17 Prozent rechtsextrem, 51 Prozent kapitalismuskritisch und 14 Prozent zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch eingestellt.

- Bei den Erwerbs- bzw. Berufsgruppen verzeichnen die Arbeitslosen, die einfachen Arbeiter und die Rentner bei allen politischen Orientierungen überdurchschnittliche Prozentwerte. Nahezu immun gegen Rechtsextremismus und rechtsextreme Kapitalismuskritik sind die Beamten und die verantwortlichen Ange-

stellten. Für rechtsextreme Kapitalismuskritik haben auch die Selbständigen keinen Sinn.

- Wenn die Befragten nach Bildung und Einkommen in drei Schichten eingeteilt werden, erweist sich die Unterschicht als besonders aufgeschlossen für Rechtsextremismus und rechtsextreme Kapitalismuskritik. Die Mittelschicht verzeichnet bei beiden Orientierungen unterdurchschnittliche Ergebnisse, und die Oberschicht ist kaum anfällig für Rechtsextremismus und rechtsextreme Kapitalismuskritik.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen:

Erstens: Wie Rechtsextremismus finden sich auch Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik in Ostdeutschland wesentlich häufiger als in Westdeutschland. Das gilt bis auf wenige Ausnahmen für alle hier betrachteten sozialstrukturellen Merkmale. Die Erfolgschancen des organisierten Rechtsextremismus sind also im Osten durchgängig besser als im Westen.

Zweitens: Wie immer der soziale Status einer Person bestimmt wird, ob mittels der objektiven Schichteinstufung oder nach sozialstrukturellen Merkmalen: Sowohl beim Rechtsextremismus als auch bei der rechtsextremen Kapitalismuskritik handelt es sich überwiegend um ein Unterschichtenphänomen. Anfällig sind also vor allem Personen mit einem problematischen sozialen Status. Dies gilt nicht für Kapitalismuskritik, die zwar ebenfalls in der Oberschicht den geringsten Prozentsatz aufweist. Aber fast die Hälfte der Oberschicht besteht aus Kapitalismuskritikern!

Drittens: Die Prozentanteile für die einzelnen sozialstrukturellen Merkmale stimmen bei den Rechtsextremisten und bei den rechtsextremen Kapitalismuskritikern grosso modo überein. Das rechtsextreme Einstellungspotenzial ist fast vollständig mit kapitalismuskritischen Orientierungen verbunden, und zwar über alle sozialen Gruppen hinweg. Nur eine, quantitativ allerdings bedeutungslose, Gruppe macht eine Ausnahme: die Selbständigen. Das bedeutet, dass die besitzbürgerlich-mittelständischen Kräfte im Bereich des organisierten Rechtsextremismus - insbesondere bei der DVU und den Republikanern, aber auch in Teilen der West-NPD - kaum auf Resonanz bei der rechtsextremen Basis stoßen dürften. Das NPD-Konzept eines völkisch-

nationalistischen Antikapitalismus trifft dagegen exakt die (Protest-) Stimmung ihrer Adressaten.

Dass Kapitalismuskritik fast schon zum normalen Einstellungsinventar der Bundesbürger gehört, zeigt sich auch bei der Wahlabsicht der Befragten (Tab. 4): Kapitalismuskritische Orientierungen weisen (mit Ausnahme der FDP[37]) über die Hälfte der Anhänger aller Bundestagsparteien auf. Den größten Anteil verzeichnet die PDS mit 80 Prozent (West: 71%, Ost: 86%). Den zweiten Platz nehmen die Nichtwähler mit 67 Prozent ein (West: 63%, Ost: 81%). Die Grünen rangieren mit 65 Prozent noch vor der SPD (59%). Und selbst bei den Unionsparteien machen die Kapitalismuskritiker 52 Prozent, im Osten sogar 70 Prozent der Gefolgschaft aus. Dies deutet ebenfalls[38] darauf hin, dass es sich bei Kapitalismuskritik nicht um ein konsistentes Einstellungsmuster sondern eher um eine diffuse Protesthaltung handelt, die sich in allen politisch-ideologischen Lagern findet. Die Kombination von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen findet sich bundesweit am häufigsten bei den Nichtwählern (22%), gefolgt von den Anhängern der CDU/CSU (20%) und denen der SPD (18%). Das entspricht ungefähr - wiederum mit Ausnahme der FDP - dem Anteil der Rechtsextremisten an den Parteianhängern. Die PDS profitiert zwar besonders stark von der verbreiteten Kapitalismuskritik, rechtsextreme Kapitalismuskritiker machen aber nur einen vergleichsweise geringen Anteil ihrer Wählerbasis aus (13%). Völlig frei von Rechtsextremisten bzw. rechtsextremen Kapitalismuskritikern ist nur die Anhängerschaft der Grünen.

[37] In Ostdeutschland waren allerdings 52 Prozent der FDP-Anhänger kapitalismuskritisch eingestellt.

[38] Wir hatten bereits im zweiten Abschnitt mitgeteilt, dass die einschlägigen Koeffizienten dagegen sprechen, dass es sich dabei um ein reliables und valides Einstellungssyndrom handelt.

Tabelle 4: Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik bei den Anhängern der Bundestagsparteien (Wahlabsicht) und bei den Nichtwählern sowie bei den Befragten mit Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien 2003 (%)

	Rechtsextremismus	Kapitalismuskritik	Rechtsextreme Kapitalismuskritik
CDU/CSU	24	52	20
SPD	20	59	18
FDP	14	25	6
B90/G	*1	65	*1
PDS	14	80	13
Nichtwähler	23	67	22
Wahlbereitschaft	50	73	43

*****Geringe Fallzahlen.

Lesebeispiel: Von den Befragten in der Bundesrepublik, die 2003 eine Wahlabsicht für die Unionsparteien bekundeten, waren 24 Prozent rechtsextrem, 52 Prozent kapitalismuskritisch und 20 Prozent zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch eingestellt.

Da die Fallzahlen für die Wahlabsicht zugunsten rechtsextremer Parteien sehr gering sind, wird als Indikator für die Nähe zu diesen Parteien die Wahlbereitschaft herangezogen. Danach verfügt etwa die Hälfte der potenziellen Rechtsaußenwähler über ein konsistentes rechtsextremes Weltbild. Die andere Hälfte erreicht auf der Rechtsextremismus-Skala Werte im mittleren Bereich. Dass 43 Prozent der Befragten, die mit rechtsextremen Parteien sympathisieren, rechtsextreme Kapitalismuskritik üben, ergibt sich aus der Beobachtung, dass fast alle Rechtsextremisten kapitalismuskritisch eingestellt sind. Zugunsten welcher Partei die Wahlbereitschaft ausfällt, lässt sich nicht feststellen, weil sich die Wahlbereitschaftsfrage auf alle drei rechtsextremen Wahlparteien bezieht. Da sich nur das politische Angebot der NPD glaubhaft durch zugleich rechtsextreme und kapitalismuskritische Verheißungen auszeichnet, dürfte sie die hauptsächliche Nutznießerin der rechtsextremen Kapitalismuskritik sein.

Der Vergleich von Rechtsextremisten und rechtsextremen Kapitalismuskritikern ergibt zusammen gefasst, dass sich beide in Bezug auf die hier betrachteten sozialstrukturellen Merkmale und in Bezug auf ihre Wahlabsicht bzw. Wahlbereitschaft kaum unterscheiden. Schließ-

lich sind 85 Prozent der Rechtsextremisten kapitalismuskritisch eingestellt.

Abschließend werden wir rechtsextreme Kapitalismuskritik mit einer anderen Schnittmenge, nämlich mit rechtsextremem Antikapitalismus, vergleichen. Beide Schnittmengen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Haltung zum Kapitalismus: Während rechtsextreme Kapitalismuskritik alle Rechtsextremisten einschließt, die irgendwelche Vorbehalte gegenüber dem Kapitalismus hegen (das sind 85%), umfasst rechtsextremer Antikapitalismus nur die Rechtsextremisten, die den Kapitalismus ablehnen und teilweise sogar sozialistische Neigungen aufweisen (dabei handelt es sich um 54%). Rechtsextreme Antikapitalisten stehen dem Kapitalismus also wesentlich distanzierter gegenüber als rechtsextreme Kapitalismuskritiker, sie sind mit Blick auf die Wirtschaftsordnung besonders systemfeindlich eingestellt. Daher fragen wir zunächst, in welchen sozialen Gruppen besonders „harte“, systemfeindliche Kapitalismuskritik geübt wird.

Tabelle 5: Rechtsextreme Kapitalismuskritik und rechtsextremer Antikapitalismus bei den Geschlechtern, bei den Altersgruppen und bei sozialen Gruppen 2003 (%)

	Rechtsextreme Kapitalismuskritik	Rechtsextremer Antikapitalismus
BRD insgesamt	17	11
Männer	14	9
Frauen	21	13
16-24 Jahre	10	11
25-44 Jahre	13	8
45-64 Jahre	18	11
Über 64 Jahre	30	17
Arbeitslose	29	20
Einfache Arbeiter	25	18
Facharbeiter	18	9
Einfache Angestellte	11	6
Verantwortliche Angestellte	7	5
Beamte	1	0
Selbständige	7	1
Rentner	29	18
Sonst. Nichterwerbspersonen	14	15
Unterschicht	30	20
Mittelschicht	12	6
Oberschicht	7	3

Lesebeispiel: 2003 waren 30 Prozent der Befragten, die der Unterschicht angehörten, zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch und 20 Prozent zugleich rechtsextrem und antikapitalistisch eingestellt.

Ein erster Blick auf Tabelle 5 vermittelt den Eindruck, dass zwischen rechtsextremen Kapitalismuskritikern und rechtsextremen Antikapitalisten zwar ein quantitativer, aber kein qualitativer Unterschied besteht: Frauen sind jeweils anfälliger als Männer, Arbeitslose, einfache Arbeiter und Rentner sind überproportional vertreten, und in beiden Fällen handelt es sich überwiegend um ein Unterschichtenphänomen. Differenziertere Einsichten ergeben sich, wenn die Relationen zwischen rechtsextremer Kapitalismuskritik und rechtsextremem Antikapitalismus für die einzelnen Untersuchungsgruppen miteinander verglichen werden. Für alle Befragten beträgt das Verhältnis 17 : 11, also 1,5. Rechtsextreme Kapitalismuskritik findet sich bei den Bundesbürgern mithin anderthalb Mal so häufig wie rechtsextremer Antikapita-

lismus. Die entsprechenden Quotienten schwanken über die Gruppen hinweg zwischen 0,9 und 7,0. Vergleichsweise selten weisen die Selbständigen, mit großem Abstand dann aber auch die Oberschicht, die Mittelschicht und die Facharbeiter sowie schließlich die einfachen Angestellten und die über 64jährigen antikapitalistische Einstellungen auf. Am anderen Ende der Skala befinden sich die 16-24jährigen und die sonstigen Nichterwerbspersonen (zumeist junge Leute), die genauso oft antikapitalistische wie kapitalismuskritische Positionen vertreten.

Tabelle 6: Rechtsextreme Kapitalismuskritik und rechtsextremer Antikapitalismus bei den Anhängern der Bundestagsparteien (Wahlabsicht) und bei den Nichtwählern sowie bei den Befragten mit Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien 2003 (%)

	Rechtsextreme Kapitalismuskritik	Rechtsextremer Antikapitalismus
CDU/CSU	20	10
SPD	18	14
FDP	6	*3
B90/G	*1	*1
PDS	13	10
Nichtwähler	22	15
Wahlbereitschaft	43	31

* Geringe Fallzahlen.

Lesebeispiel: Von den Befragten in der Bundesrepublik, die 2003 eine Wahlabsicht für die Unionsparteien bekundeten, waren 20 Prozent zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch und 10 Prozent zugleich rechtsextrem und antikapitalistisch eingestellt.

Mit anderen Worten: Die sozialen Gruppen, die besonders empfänglich für rechtsextreme bzw. für rechtsextrem-kapitalismuskritische Deutungen sind, neigen im Verhältnis dazu nicht übermäßig zu rechtsextremem Antikapitalismus. Dieser stößt insbesondere bei jungen Leuten auf Resonanz, die zwar nicht sonderlich oft rechtsextrem eingestellt sind, wenn sie es aber doch sind, dann auch konsequent antikapitalistisch. Dies unterscheidet sie von den übrigen sozialen Gruppen und könnte zu der Erklärung beitragen, warum die unteren Altersgruppen überdurchschnittlich rechtsextreme Parteien wählen, obwohl sie seltener rechtsextreme Orientierungen aufweisen als die mittleren und die oberen Altersgruppen.

Auch bei der Wahlabsicht zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen rechtsextremen Kapitalismuskritikern und rechtsextremen

Antikapitalisten (Tab. 6): Unter den Anhängern der CDU/CSU finden sich zwar mehr Rechtsextremisten und mehr rechtsextreme Kapitalismuskritiker als bei der SPD, diese zieht aber mehr rechtsextreme Antikapitalisten an als die Union. Und die PDS, die zu ihrer Gefolgschaft deutlich weniger Rechtsextremisten und rechtsextreme Kapitalismuskritiker zählt als die CDU/CSU, zieht mit den Unionsparteien bei den rechtsextremen Antikapitalisten gleich. Dass diese sich, wenn sie denn bei Wahlen für die Etablierten optieren, eher sozial ausgerichteten Parteien zuwenden, zeigt auch das Beispiel der FDP, die bei den rechtsextremen Antikapitalisten keinen Stich macht.

Betrachtet man nicht den Anteil der rechtsextrem eingestellten Personen an der Anhängerschaft der einzelnen Parteien sondern die Wahlabsicht der Rechtsextremisten[39], dann zeigt sich, dass jeweils etwa 70 Prozent der rechtsextremen Kapitalismuskritiker und der rechtsextremen Antikapitalisten bei Wahlen die beiden Volksparteien präferieren. Daraus ziehen wir die Schlussfolgerung, dass Personen mit rechtsextremen Einstellungen immer noch weithin in das demokratische Parteiensystem integriert sind. Allerdings bekunden jeweils 25 Prozent der rechtsextremen Kapitalismuskritiker und der rechtsextremen Antikapitalisten, dass sie noch unentschieden sind oder Wahlenthaltung beabsichtigen. Darin dürfte das Mobilisierungsreservoir der rechtsextremen Parteien bestehen.

4. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Ausgangspunkt der Analysen ist die Beobachtung, dass sich der früher eher besitzbürgerlich-mittelständisch ausgerichtete Rechtsextremismus zunehmend der sozialen Frage widmet, den Kapitalismus kritisiert und dabei teilweise antikapitalistisch und sogar „volkssozialistisch“ argumentiert. Dies gilt primär für die NPD und ihre Vorfeldorganisationen. Damit stellt sich die wissenschaftlich bislang noch nicht systematisch untersuchte Frage, ob dieses zugleich völkisch-nationalistische und kapitalismuskritische Angebot auf Resonanz in der Bevölkerung stößt, ob zwei so unterschiedliche Denkrichtungen wie Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik im Bewusstsein der Individuen eine Verbindung eingehen. Schließlich sind Kapitalismus-

[39] Tabellarische Darstellung bei Stöss (Anm. 27), S. 92.

kritik, Antikapitalismus und erst recht Sozialismus nach allgemeiner Auffassung konstitutive Bestandteile linker Ideologie und Politik, während völkischer Nationalismus der extremen Rechten zugeordnet wird. Die empirischen Analysen basieren im Wesentlichen auf einer Rechtsextremismus-Skala und auf dem Index „Kapitalismuskritik". Diesem liegen neun Statements zugrunde, die explizit linke Bewertungen von ausgewählten Erscheinungsformen des Kapitalismus darstellen. Aus diesen neun Statements wurden drei ausgekoppelt und zu dem Index „Antikapitalismus" zusammengefasst, der auf eine besonders „harte" Form von Kapitalismuskritik verweist. Die Umfragedaten wurden 2003 erhoben.

Es zeigt sich, dass acht der neun Statements positiv und hoch signifikant mit der Rechtsextremismus-Skala korrelieren. Dies gilt entsprechend für die beiden Indizes „Kapitalismuskritik" und „Antikapitalismus". Unbeschadet davon, dass die extreme Rechte und die Linke in der politischen Arena Gegner sind, bilden Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik im Bewusstsein der Bürger keineswegs einen Gegensatz. Und da die Statements und die beiden Indizes auch so gut wie nicht mit der Links-Rechts-Skala variieren, handelt es sich bei Kapitalismuskritik bzw. Antikapitalismus auch nicht (mehr?) um Orientierungen, die von den Befragten als typisch links angesehen werden. Dass sich in den Köpfen der Befragten antidemokratische und kapitalismuskritische Einstellungen miteinander verbinden, kann als Hinweis dafür gelten, dass der Kapitalismus nun auch in rechtsextremen Kreisen als wichtige Ursache für die Desintegration, Orientierungslosigkeit und Zukunftsängste erzeugenden gesellschaftlichen Verwerfungen angesehen wird.

Kapitalismuskritik ist in der Bundesrepublik weit verbreitet und findet sich in allen politischen Lagern: Insgesamt 58 Prozent der Befragten äußern entsprechende Vorbehalte, bei den PDS-Anhängern sind es 80 Prozent, bei denen der CDU/CSU 52 Prozent und bei den FDP-Anhängern immerhin noch 25 Prozent. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung hat mithin ein enormes Ausmaß angenommen, Kapitalismuskritik gehört fast schon zum normalen Einstellungsinventar der Bundesbürger. So verwundert es auch nicht, dass 85 Prozent der Rechtsextremisten kapitalismuskritisch eingestellt sind. Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik sind bei ihnen fast vollständig miteinander verbunden. Die hegemoniale Stellung

der NPD im rechtsextremen Lager dürfte vor allem darauf beruhen, dass sie die einzige Partei ist, die den Zusammenhang von völkisch-nationalistischen und kapitalismuskritischen Positionen glaubhaft darstellt.

Die Schnittmenge von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik bezeichnen wir als rechtsextreme Kapitalismuskritik, die von Rechtsextremismus und Antikapitalismus als rechtsextremen Antikapitalismus. Der Anteil der Rechtsextremisten an der bundesdeutschen Bevölkerung beträgt 20 Prozent. Rechtsextreme Kapitalismuskritik äußern 17 Prozent, rechtsextremen Antikapitalismus 11 Prozent der Befragten. Rechtsextremismus bzw. rechtsextreme Kapitalismuskritik nimmt mit wachsendem Alter zu und ist vor allem bei Frauen, bei Arbeitslosen, einfachen Arbeitern und Rentnern sowie entsprechend bei der Unterschicht zu beobachten. Die Mittelschicht und insbesondere die Oberschicht sind dagegen nahezu immun. Dies gilt im Großen und Ganzen auch für die „harte“ Variante von rechtsextremer Kapitalismuskritik, nämlich für rechtsextremen Antikapitalismus. Eine Besonderheit ist jedoch hervorzuheben: Rechtsextremer Antikapitalismus wächst nicht mit zunehmendem Alter. Junge Leute sind zwar vergleichsweise wenig anfällig für rechtsextreme Vorstellungen und sie neigen auch unterdurchschnittlich zu rechtsextremer Kapitalismuskritik. Wenn sie aber über rechtsextreme Orientierungen verfügen, dann verbinden sich diese - anders als bei den übrigen Untersuchungsgruppen - fast vollständig mit Antikapitalismus. Junge Rechtsextremisten sind also besonders systemfeindlich eingestellt. Darin vermuten wir die Ursache dafür, dass sie wesentlich häufiger als mittlere oder ältere Jahrgänge rechtsextreme Parteien wählen.

Ein Blick auf die Wahlabsicht von rechtsextremen Kapitalismuskritikern und rechtsextremen Antikapitalisten zeigt, dass jeweils 70 Prozent eine Präferenz für die beiden großen Volksparteien bekunden. Rechtsextremisten sind offenbar immer noch weithin in das demokratische Parteiensystem integriert. Allerdings sind die Gelegenheitsstrukturen für einen sich kapitalismuskritisch gerierenden Rechtsextremismus günstig. Denn das politische Klima in der Bundesrepublik ist durch große Unzufriedenheit gekennzeichnet, die sich zugleich auf die wirtschaftlich-sozialen und auf die politisch-kulturellen Verhältnisse, also auf den Gesamtzustand des Systems bezieht.

„Und sie bewegt sich doch“: Rechtsextremismus als soziale Bewegung.

Das Analysepotential der Bewegungsforschung zur Interpretation neuerer Entwicklungen im Rechtsextremismus

Thomas Grumke

1. Einleitung und Fragestellung

Rechtsextremisten zielen auf einen fundamentalen gesellschaftlichen und politischen Wandel mit Mitteln des kollektiven Protests bis hin zur Anwendung von Gewalt. Ob allerdings in der Bundesrepublik von der Existenz einer rechtsextremistischen Bewegung gesprochen werden kann, ist auch Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung umstritten.

Immerhin forderte schon vor fast 20 Jahren der Politikwissenschaftler Klaus von Beyme[1] das Studium des Rechtsextremismus[2] dürfe nicht allein aus Parteien- und Wahlforschung bestehen. In der Tat sind die eher partikularen Ansätze der Parteien- und Wahlforschung oder der Jugend- und Gewaltforschung kaum in der Lage, das heterogene und mittlerweile sich internationalisierende Phänomen voll zu erfassen.[3] Mit dem abrupten Anstieg rechtsextremistischer Gewalt vor allem gegen „Fremde“ (oder genauer: als fremd Stigmatisierte), Minderheiten und politisch Andersdenkende, die zum Teil progromartige Ausmaße annahm[4], setzte eine rege Debatte darüber ein, ob der gegenwärtige

---

1 Klaus von Beyme, Right-Wing Extremism in Post-War Europe, in: ders. (Hrsg.), Right-Wing Extremism in Western Europe, Sonderheft der West European Politics 11 (1988), S. 1-18, hier S. 16.

2 Zum hier zugrunde gelegten Rechtsextremismusbegriff siehe: Thomas Grumke, Rechtsextremismus in Deutschland. Begriff – Ideologie – Struktur, in: Stefan Glaser / Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, Schwalbach/Ts. 2007, S. 19-35.

3 Zur Internationalisierung des Phänomens vgl. Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die Transnationalisierung von Strukturen und Ideologien der extremistischen Rechten in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006.

4 Hier seien nur die zu trauriger Berühmtheit gelangten Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 genannt. Vgl. zu diesen Geschehnissen den Augenzeugenbericht des Reporters Jochen Schmidt, Politische

Rechtsextremismus als eine soziale Bewegung zu verstehen sei. Den Ausgangspunkt dafür bildete ein Beitrag des Politikwissenschaftlers Hans-Gerd Jaschke mit der Leitfrage: „Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts?“ Der Autor beschrieb die Lage im wiedervereinigten Deutschland als „sozialen Umbruch“, welcher vor allem durch die „Ethnisierung von Konflikten“ gekennzeichnet sei.[5] Im darauf folgenden Jahr präzisierte er seine These und benannte eine Reihe von Indikatoren, die für die „Konstituierung einer sozialen Bewegung von rechts“ sprächen, so u.a. „das populistische Aufgreifen von Alltagsinteressen“, „eine weithin akzeptierte Thematik (Ausländer, innere Sicherheit, nationale Identität)“ und „dezentrale Strukturen bei hohem Vernetzungsgrad“.[6] Während sich eine größere Zahl von Autoren positiv auf diese Hypothese bezog und sie weiter ausformulierte,[7] äußerten sich andere kritisch. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss meinte, dass sich ihm die Deutung des Rechtsextremismus als soziale Bewegung nicht erschließe, da dieser zu 90 Prozent aus Parteien und Organisationen bestehe.[8] Dem Soziologen Thomas Ohlemacher zufol-

---

Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Asylbewerberheim in Flammen aufging, Berlin 2002.

5 Hans-Gerd Jaschke, Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 37 (1992), Heft 12, S. 1437-1447, hier S. 1443.

6 Hans-Gerd Jaschke, Rechtsradikalismus als soziale Bewegung. Was heißt das?, in: Vorgänge 122 (1993), Heft 2, S. 105-116, hier S. 110.

7 Vgl. Werner Bergmann, Ein Versuch, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben, in: ders./Rainer Erb (Hrsg.), Neonazismus und rechte Subkultur, Berlin 1994, S. 183-207; Werner Bergmann / Rainer Erb, Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 7 (1994), Heft 2, S. 80-98; Werner Bergmann / Rainer Erb, Kaderparteien, Bewegung, Szene, kollektive Episode oder was?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 7 (1994), Heft 4, S. 26-34; Claus Leggewie, Rechtsradikalismus – eine soziale Bewegung?, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsradikalismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 325-338; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16 (2003), Heft 4, S. 43-54.

8 Richard Stöss, Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Rechtsradikalismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 23-66, hier S. 53ff.

ge, der mit Blick auf die Gewalttaten von einer „schmerzhaften Episode“ sprach, handelt es sich beim Rechtsextremismus „um weichere Phänomene unterhalb der Bewegungsebene“.[9] Zudem sei das bewegungstypische Merkmal einer geringen Rollenspezifikation nicht gegeben.

Einer der prononciertesten Kritiker ist der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, der keinen Erkenntnisgewinn durch die Anwendung des Bewegungsbegriffs sieht und befürchtet, dass durch eine seiner Ansicht nach oberflächliche Betrachtung des Phänomens als Bewegung die Analyse der Ursachen des Rechtsextremismus, seine gesellschaftlichen Wurzeln, verdunkelt werden könnten.[10] Er wendet sich vor allem gegen den Eindruck, die extremistische Rechte – insbesondere die Anfang der 1990er Jahre im Mittelpunkt des Medieninteresses stehenden Skinheads – könnte „leichtfertig mit linksoppositionellen Jugendkulturen der 60er Jahre gleichgesetzt“ werden.[11] Die Herausbildung einer „APO von rechts“ hält er für einen „(schein-) wissenschaftlich untermauerten Irrglaube(n)“ und warnt davor, gezielte Provokation mit Protest zu verwechseln[12]: „Im Gegensatz zur APO-Generation verkörpert der Rechtsradikalismus kein alternatives Gesellschaftsmodell“.[13] So erklärt Butterwegge die extremistische Rechte kurzerhand zu einer unsozialen Bewegung und vertritt den Standpunkt, es gehe letztendlich eben nicht um Protest, sondern um „die – nur bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation gültiger Normen (Beurteilung einer Person nach ihrer Leistungsfähig-

---

[9] Thomas Ohlemacher, Schmerzhafte Episoden: Wider die Rede von einer rechten Bewegung im wiedervereinigten Deutschland, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 7 (1994), Heft 4, S. 16-25, hier S. 21.

[10] Vgl. Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 89ff.

[11] Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 6 (1993), Heft 2, S. 17-24, hier S. 18.

[12] Ebenda, S. 18f.

[13] Christoph Butterwegge, Mordanschläge als Jugendprotest - Neonazis als Protestbewegung?, Zur Kritik an einem Deutungsmuster der Rechtsextremismusforschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 7 (1994), Heft 4, S. 35-41, hier S. 40.

keit/Angepaßtheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz“.[14]

Abgesehen von der Frage, ob diese Einschätzung belegt werden kann, ist es sehr problematisch, dass hier anscheinend der Begriff der (neuen) sozialen Bewegung für progressiv-emanzipatorische Zusammenhänge reserviert werden soll. Desweiteren ist –unbenommen aller Abneigung für die rechtsextremistische Ideologie – die Behauptung nicht haltbar, die extremistische Rechte verfüge über kein alternatives Gesellschaftsmodell. Sie verfügt sehr wohl aus eigener Sicht über ein solches und stellt trotz aller inneren Zerstrittenheit bei zentralen Themen, Zielen und Grundsätzen einen kollektiven Akteur mit einer gefestigten kollektiven Identität dar.

Verkannte die oben dargestellte Kritik schon zur Zeit ihrer Veröffentlichung zentrale Entwicklungen im deutschen Rechtsextremismus, so gilt dies erst recht hinsichtlich der jüngsten Veränderungen. Zum ersten wurden nach und nach feste Organisationsstrukturen zu Gunsten lockerer Aktionsbündnisse, Initiativen oder anderer informeller Zusammenschlüsse (Freie Kameradschaften usw.) aufgegeben (vgl. unten, vor allem Abschnitt 4), so dass ein mobilisiertes Netzwerk von Netzwerken entstand. Dass dieses auch Parteien einschließt, spricht nicht gegen den Bewegungscharakter. Zum zweiten ist nach der Zahl der Aktivisten der harte Kern des Rechtsextremismus zwar relativ klein; aber es gibt das Moment der qualitativen Mobilisierung,[15] also der tiefen Überzeugung, die ein intensives Engagement einschließlich von Aktionen mit hoher Opfer- und Risikobereitschaft nach sich zieht. Zudem gruppiert sich um diese Kerne eine erhebliche Zahl von Unterstützern und Sympathisanten. Zum dritten ist inzwischen deutlich, dass es sich keineswegs nur um eine „Episode“ handelt, sondern dass über Jahre hinweg ein breites Aktionsrepertoire bis hin zu Menschenjagden und Tötungen zur Anwendung kommt. Ohnehin kann dem Rechtsextremismus ein weiteres Bewegungsmerkmal, das Streben nach grundlegendem sozialem Wandel, nicht abgesprochen werden.

[14] Butterwegge (Anm. 10), S. 96.

[15] Vgl. Dieter Rucht, Themes, Logics, and Arenas of Social Movements: A Structural Approach, in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sydney Tarrow (Hrsg.), From Structure to Action: Comparing Social Movements Across Cultures, Greenwich, CT 1988, S. 305-328.

Somit liegt es nahe, das „Anregungs- und Analysepotential“ der Bewegungsforschung zu nutzen, das „Chancen für eine stärker integrative Sichtweise und Interpretation“ des Rechtsextremismus bietet.[16]

2. Historische Vorläufer, Ausgangssituation und Entwicklungslinien

Die Existenz rechtsextremistischer Organisationen gehört zu den Konstanten in der Geschichte der Bundesrepublik.[17] Die nationalsozialistische Ära wirkt bis heute in Deutschland nach, sei es in „Lehren aus der Geschichte“, die Antifaschisten und Demokraten ziehen, sei es die Fortsetzung oder Variation rechtsextremistischer Positionen in teils unverhüllter Anknüpfung an den Nationalsozialismus. Die heutige rechtsextremistische Bewegung ist – trotz teilweiser verbaler Mäßigung – ohne den historischen Nationalsozialismus nicht zu denken.

---

[16] Vgl. Dieter Rucht, Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung, in: Thomas Grumke / Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke, vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002., S. 75-86, hier S. 84. - Für die Vielfalt der Ansätze in der Bewegungsforschung siehe Kai-Uwe Hellmann / Ruud Koopmans (Hrsg.), Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen 1998. Einer der wenigen Autoren, die die Instrumente der Bewegungsforschung in einer ländervergleichenden Studie auf die extremistische Rechte angewandt haben, ist Michael Minkenberg. Demnach erscheint der Rechtsextremismus als internationales und modernes Phänomen, »eine radikale Bestrebung, sozialen Wandel rückgängig zu machen, indem die funktionale Differenzierung der Gesellschaft zugunsten von national definierter Gemeinschaft, die wachsende Autonomie des Individuums zugunsten einer Festschreibung von Status und Rolle aufgehoben werden soll« (Michael Minkenberg, Die neue radikale Rechte im Vergleich – USA, Frankreich, Deutschland, Opladen 1998, S. 360).

[17] Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland vgl. Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Band 1 - Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Wiesbaden 1984; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Band 2 - Dokumente und Materialien, Wiesbaden 1984; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2000; Grumke/Wagner (Anm. 16); Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Dialog Ostdeutschland, Berlin 2005.

Weder die Maßnahmen der Alliierten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren noch alle späteren Bemühungen – die „Erziehung zur Demokratie“, das Verbot von Organisationen und Symbolen, eine intensivierte Strafverfolgung, staatlich geförderte „Programmen gegen rechts“ – haben es vermocht, den Rechtsextremismus von der politischen Bildfläche und aus dem Alltagsleben verschwinden zu lassen. Auch in der DDR, wo der Antifaschismus zur Staatsdoktrin erhoben wurde, konnten sich rechtsextremistische Einstellungen bei nicht kleinen Teilen der Bevölkerung halten, wenngleich es hier kaum Entfaltungsmöglichkeiten für derartige Organisationen gab.

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Rechtsextremismus aber nicht nur als Einstellungssyndrom erhalten, sondern immer wieder auch konkrete Organisations- und Aktionsformen angenommen. Besonders offenkundig ist dies bei einem Blick auf entsprechende Parteien. So zog in einer ersten Welle rechtsextremistischer Wahlerfolge die Sozialistische Reichspartei (SRP) in der Anfangsphase der jungen Republik bis zu ihrem Verbot 1952 in die Landtage von Niedersachsen und Bremen ein. Die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konnte in einer zweiten Welle in den Jahren 1966-69 Sitze in sieben Landtagen erringen,[18] scheiterte aber bei den Bundestagswahlen 1969 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Ende der 1980er Jahre kam es dann zu einer dritten Welle, in der die Republikaner bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, den Senatswahlen in Berlin und bei den Europawahlen 1987 über fünf Prozent der Stimmen auf sich verbuchen konnten.[19] Bis in die 1990er Jahre hinein war der Rechtsextremismus allerdings sehr stark von Parteistrukturen geprägt und hatte – im Gegensatz zum historischen Nationalsozialismus – wenige Bewegungselemente.

Von herausragender Bedeutung für die Entwicklung des Rechtsextremismus in Richtung einer sozialen Bewegung waren die Aktivitäten von Michael Kühnen und den von ihm dominierten, noch hierarchisch strukturierten Organisationen „Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) und „Gesinnungsgemeinschaft

[18] Bayern (1966), Baden-Württemberg (1968), Bremen (1967), Hessen (1966), Niedersachsen (1967), Rheinland-Pfalz (1967), Schleswig-Holstein (1967).

[19] Zu dieser Zeit lagen bei der Partei „Die Republikaner“ Anhaltspunkte für den Verdacht des Rechtsextremismus vor.

der neuen Front“ (GdNF).[20] Auch wenn Kühnen und sein Umfeld bis heute in der rechtsextremistischen Szene nicht unumstritten sind, konnten sie ideologische und organisatorische Akzente setzen, besonders in der Entwicklung und Herausbildung neonazistischer Kreise in Ostdeutschland nach 1989 (z.B. „Deutsche Alternative“ und „Nationale Alternative“).

Von dem erheblichen Aufkommen fremdenfeindlicher Gewalt und dem offenen Auftreten einer rechtsextremistisch orientierten Jugendkultur Anfang der 1990er Jahre versuchten die militanten, hierarchisch strukturierten Neonazi-Organisationen aus Westdeutschland zu profitieren und Einfluss auf die noch unorganisierte Szene in der ehemaligen DDR zu gewinnen. Diese Versuche waren nur in Ansätzen erfolgreich; größtenteils entwickelten sich in Ostdeutschland eigenständige neonazistische und rechtsextremistische Gruppierungen. Hinzu kam seit 1992 eine Reihe von staatlichen Maßnahmen (v.a. Vereinsverbote) gegen neonationalsozialistische Gruppen, Vereine, Veranstaltungen und Einzelaktivisten. In Reaktion darauf wurden in der Szene Diskussionen um eine Reorganisierung der Mitglieder und den Aufbau alternativer Organisationsstrukturen geführt. Ein Zusammenschluss in einer neuen Partei stellte sich aufgrund der damaligen Ereignisse als nicht Erfolg versprechend dar.

Zwei Haupttendenzen der Reorganisierung ließen sich dabei feststellen: zum einen sammelten sich die Aktivisten der verbotenen Organisationen in der NPD und ihrer Jugendorganisation JN, zum anderen wurden „Freie Kameradschaften“ gebildet. Diese Kameradschaften stellten eine Weiterentwicklung der Organisationsform der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) um Michael Kühnen und Christian Worch dar die seinerzeit schon eine eher lockere Struktur aufwies und mit ihren zahlreichen Neben- und Vorfeldorganisationen vom Kern der „Bewegung“ ablenken sollte.[21] Das Organisationsprinzip der „Freien Kameradschaften“ wurde 1996 von Neonazis um die Hamburger Christian Worch und Thomas Wulff formuliert und propagiert. Mit dem Verzicht auf eine feste und leichter identifizierbare Organisationsstruktur (etwa in Vereinen) und der Propagierung von „freien“, informellen Strukturen sollte einerseits der Angreifbarkeit

[20] Vgl Grumke/Wagner (Anm. 16).
[21] Vgl. ebenda, S. 380ff.

durch staatliche Organe vorgebeugt, andererseits die Vernetzung innerhalb der neonazistischen Szene unter Beibehaltung inhaltlicher und organisatorischer Eigenständigkeit vorangetrieben werden. Das Aufkommen dieser netzwerkartigen Organisationsformen kann grob auf Mitte der 1990er Jahre datiert werden.

Noch 1996 konstatierten Koopmans/Rucht: „Es existiert keine singuläre, alle heterogenen Erscheinungsformen umfassende rechtsextremistische Bewegung. Allerdings gibt es Hinweise auf bewegungsförmige Elemente innerhalb des Rechtsextremismus, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger ausgeprägt sind.“[22] Einige Jahre später revidierte Rucht diese Position weitgehend, indem er zeigt, dass die gegenwärtige extremistische Rechte in Deutschland in weiten Teilen die Kriterien einer sozialen Bewegung erfüllt: Sie strebt einen grundlegenden sozialen Wandel an, kann als ein – wenn auch z.T. grobmaschiges und löchriges – Netzwerk von Netzwerken beschrieben werden und tritt mit kollektiven Protesten an die Öffentlichkeit.[23]

3. Ideologie und Zielsetzungen

In der Politikwissenschaft werden typischerweise die Verhaltens- und die Einstellungsebene des Rechtsextremismus unterschieden. Während in der öffentlichen Diskussion und auch in Teilen der Fachwissenschaft zumeist die Verhaltensebene – also Wahlverhalten, Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Zusammenhängen, das Ausüben von Gewalt oder öffentlicher Protest und Provokation – im Mittelpunkt steht, wird die äußerst bedeutsame Einstellungsebene oftmals vernachlässigt. Unter Berücksichtigung der Komplexität des rechtsextremistischen Einstellungsmusters rechnet ihm Stöss folgende Bestandteile zu: Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit (in ethnischer, rassistischer und sozioökonomischer Spielart), Antisemitismus und Pro-Nazismus (vgl. Abb. 1).[24]

---

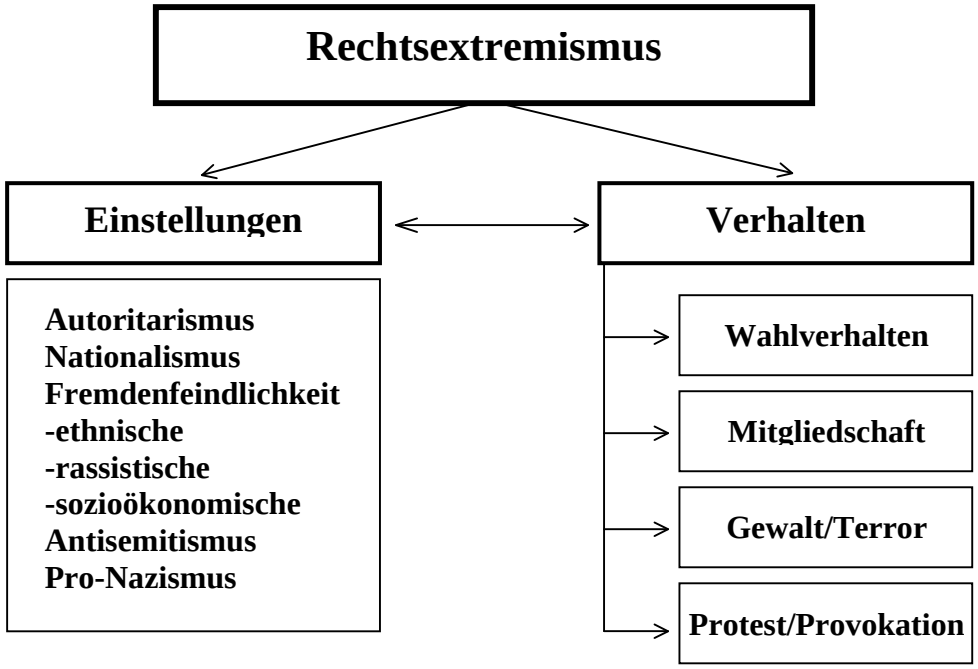
[22] Vgl. Ruud Koopmans/Dieter Rucht, Rechtsradikalismus als soziale Bewegung?, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsradikalismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 265-287, hier S. 284ff.

[23] Vgl. Rucht (Anm. 16).

[24] Vgl. Richard Stöss, Rechtsradikalismus im vereinten Deutschland, 3. Aufl., Bonn 2000. Zu den Begriffen vertiefend: ebenda, S. 25ff.

Nur durch die Heranziehung der Einstellungs- und der Handlungsebene ist es möglich, den Rechtsextremismus als Ganzes zu erklären. Nicht jede Person, die über ein rechtsextremistisches Einstellungsmuster verfügt, wird auch politisch aktiv werden oder gar eine Gewalttat verüben. Es ist daher plausibel, dass die Anzahl der Personen mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild wesentlich höher ist als die Anzahl der Personen, die ein entsprechendes Verhalten im oben definierten Sinne zeigen bzw. zu Bewegungsteilnehmern werden. Im Umkehrschluss kann aber grundsätzlich gelten, dass rechtsextremistische Einstellungen die notwendige Voraussetzung für rechtsextremistisches Verhalten darstellen.

Abbildung 1: Dimensionen des Rechtsextremismus



Bildunterschrift: Quelle: Stöss (Anm. 18), S. 22.

Die hier genannten Elemente rechtsextremistischer Einstellung sind nicht allesamt für jeden Bewegungsteilnehmer als „verbindlich“ anzusehen. Allerdings ist anzunehmen, dass eine Mehrzahl der Elemente vorliegt, wenn sich eine Person entschließt, an der rechtsextremistischen Bewegung mitzuwirken. Basisideologie der rechtsextremistischen Bewegung ist ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken im Sinne Carl Schmitts und ein antidemokratischer Konsens. Einstellungsmuster können dabei verdeckt sein, wie z.B. ein als Anti-Zionismus getarnter Antisemitismus. Es sind zudem die ideologischen Elemente des völkischen Nationalismus und des (biologischen wie kulturellen)

Rassismus, die der rechtsextremistischen Bewegung in unterschiedlichen Variationen und Vermischungen ein gemeinsames Bewusstsein verschaffen.

Bei der extremistischen Rechten liegen neben einer sehr ausgeprägten Ideologie auch eine kollektive Identität[25] sowie ein daran ausgerichteter Lebensstil vor. Der deutsche Rechtsextremismus nimmt massive Grenzziehungen innerhalb des Gesellschaftssystems vor und übt „so an der Gesellschaft gleichsam Fundamentalkritik von außen".[26] Die Selbstwahrnehmung, politisch verfolgt und – als „weiße Rasse" wie auch individuell – bedroht bzw. den Repressionen eines als illegitim empfundenen Staates ausgesetzt zu sein, verstärkt die kollektive Identität der extremistischen Rechten erheblich und bildet die vielleicht sogar wichtigste Klammer, die diese Bewegung zusammenhält (Stichwort: „nationaler Widerstand"). Darüber hinaus kommen auch die gemeinsame Bewegungsgeschichte (Mythen und Märtyrerlegenden), gemeinsame kulturelle Praktiken (Rituale, Symbole, Mode), gemeinsame Treffpunkte (z.B. lokale Jugendclubs, Szeneläden, aber auch die alljährlichen Rudolf-Hess-Gedenkmärsche, Demonstrationen zum 1. Mai, usw.) sowie Szenemedien (so genannte Zines, Internet etc.) zum Tragen. So kann, entgegen mancher Behauptungen (z.B. von Ohlemacher[27]), sehr wohl von einer hohen symbolischen Integration rechtsextremistischer Gruppen gesprochen werden.

Die extremistische deutsche Rechte verfügt also aufgrund ihrer Ideologisierung und kollektiven Identität über eine sehr hohe qualitative Mobilisierungsstärke. Das bringt für sie sowohl Vorteile als auch

---

[25] Kollektive Identität wird definiert als »kohärentes und andauerndes Bewusstsein der Identifikation mit und der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe«, wobei kollektive Identität weiterhin »ein kulturelles Fundament der verbindlich geteilten Wert- und Interpretationsmuster sozialer Realität« bezeichnet, die eine »nicht verhandelbare Basis für politische Mobilisierung« schafft (vgl. Oliver Schmittke, Kollektive Identität in der politischen Mobilisierung territorialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (1995), Heft 1, S. 24-31, hier S. 24f., 30).

[26] Werner Bergmann/Rainer Erb, „In Treue zur Nation". Zur kollektiven Identität der rechtsradikalen Bewegung, in: Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hrsg.), Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen 1998, S. 149-165, hier S. 149.

[27] Ohlemacher (Anm. 9), S. 22.

Nachteile mit sich. Ein Vorteil liegt in der starken Binnenidentität und -struktur zutiefst überzeugter Bewegungsteilnehmer. Die Anzahl nur sporadisch Engagierter ist im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen eher gering. Dies birgt den Nachteil, dass dabei eine Lagermentalität entsteht, die eine weitere quantitative Mobilisierung über das Kontingent der „*true believers*“ (Eric Hoffer) hinaus erschwert.

4. Organisationen und Netzwerke

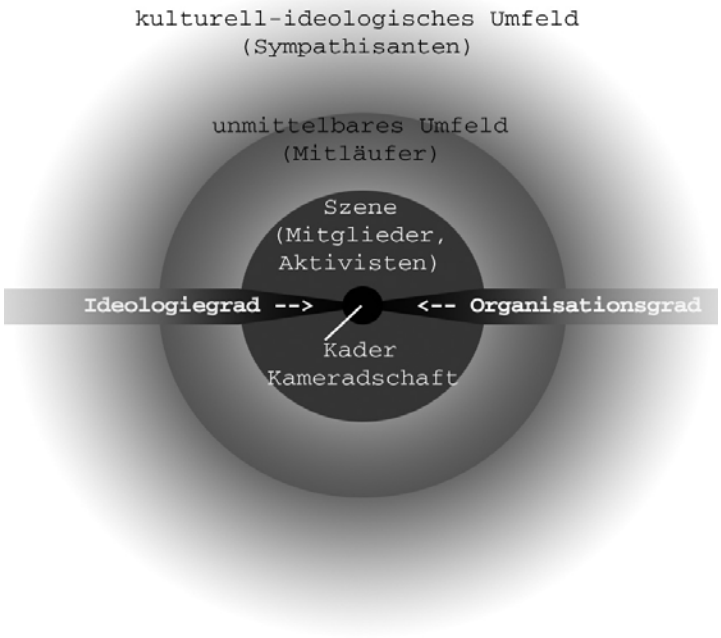
Betrachtet man das aktuelle Erscheinungsbild der extremistischen Rechten in der Bundesrepublik, dann dominieren auf den ersten Blick die Parteien. Mit insgesamt etwa 21.500 Mitgliedern organisierten sie 2005 aber nur noch ca. 55 Prozent der aktiven Rechtsextremisten (1999 waren es noch ca. 72 Prozent).[28] Auch das sehr gute Abschneiden der NPD und der DVU (Deutsche Volksunion) bei den Landtagswahlen in Sachsen bzw. Brandenburg am 19. September 2004 (9,2 bzw. 6,1 Prozent) sowie der NPD in Mecklenburg-Vorpommern am 17. September 2006 (7,3 Prozent) kann nicht über die strukturelle Schwäche rechtsextremistischer Parteien in Deutschland hinwegtäuschen. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 2005 konnte die NPD nicht annähernd an ihren Erfolg in Sachsen anknüpfen und verfehlte die Fünf-Prozent-Hürde deutlich. Die DVU, die im Rahmen des „Deutschlandpaktes“ bei einer Reihe der jüngsten Wahlen der NPD den Vortritt gelassen hatte, steht vollkommen unter dem Regime des Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey. Die Folgen sind ein unterentwickeltes Innenleben der Partei und rückläufige Mitgliederzahlen, was die DVU zu einer Phantompartei macht, die hauptsächlich dem Vertrieb von Freys Druck- und Medienerzeugnissen dient.

Rechtsextremistische Parteien sind aber lediglich ein Element innerhalb des breiter gefächerten rechtsextremistischen Netzwerkes, dem sich Gruppen und Personen in unterschiedlichen strukturellen Positionen zuordnen lassen. Hierfür bietet die Bewegungsforschung einen

[28] Vgl. die Jahresberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Wenn die „Republikaner“ herausgerechnet werden, die aktuell nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden keine Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen mehr bieten, dann sind gegenwärtig weniger als 50% der aktiven Rechtsextremisten parteilich organisiert.

Anknüpfungspunkt, der von Wolfgang Gessenharter[29] aufgegriffen wurde. Auf der strukturellen Ebene differenziert der Autor nach dem Modell konzentrischer Kreise verschiedene Segmente der Bewegung: „Bewegungseliten (z.B. Neue Rechte), Basisaktivisten (Parteien, Organisationen), Unterstützer (Gewalt-, dabei u.a. Skinheadszene) und Sympathisanten (z.B. rechtsextremistisches Wählerpotential)". Ein ähnliches idealtypisches Modell ist im Berliner Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) entwickelt worden:

Abbildung 2: Rechtsextremismus als soziokulturelles Alltagsphänomen (Die „ZDK-Zwiebel")



Demnach besteht die rechtsextremistische Bewegung aus mehreren Schichten, die gemeinsam ein zusammenhängendes Ganzes bilden (vgl. Abbildung 2): In der Mitte, im Organisationskern der Bewegung, befinden sich die „Bewegungseliten" bzw. die „Kerngruppen". Hierzu gehören intellektuelle Kader, die Programme, Utopien, Rechtfertigungsschriften, Flugblätter etc., aber auch Handlungs- und Aktionskonzepte entwerfen, sowie „Bewegungsunternehmer" und Kameradschaftsführer, die wichtige Organisations-, Leitungs- und Orientie-

[29] Vgl. Wolfgang Gessenharter, Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsradikalismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: ders. / Helmut Fröchling (Hrsg.): Rechtsradikalismus und neue Rechte in Deutschland: Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen 1998, S. 25-66.

rungsfunktionen übernehmen. Am Beispiel des bekannten Neonazis Christian Worch hat der Soziologe Rainer Erb[30] gezeigt, dass Bewegungsunternehmer sich meist aus langjährigen Angehörigen der Bewegung rekrutieren, über ein großes Kontaktnetz verfügen und sich im Laufe der Zeit ein charismatisches Image erarbeitet haben. Durch diese Kontakte, ihr (organisatorisches) Wissen und ihre anerkannte Leitungsfunktion sind sie in der Lage, der Bewegung Orientierung und neue Anstöße zu geben. Durch oftmals hohen zeitlichen und auch finanziellen Einsatz sind diese Bewegungsunternehmer stark in die Bewegung integriert und leben für und manchmal auch von der Szene, etwa im Fall von rechtsextremistischen Musikproduzenten und -versendern.[31]

Im zweiten Ring, der den Bewegungseliten am nächsten steht, befinden sich die Basisaktivisten, die regelmäßig an Demonstrationen und anderen Veranstaltungen teilnehmen und ihnen übertragene Aufgaben übernehmen (Plakate kleben, Bühne aufbauen, Musikanlage besorgen etc.). Die Basisaktivisten investieren ebenfalls einen großen Teil ihrer Zeit und teilweise auch beträchtliche Finanzmittel in die Aktivitäten der Bewegung. Sie nehmen an Schulungen teil und engagieren sich; die Organisations- und Ideologiedichte ist hoch. Aber sie verfügen nicht über die herausgehobene Stellung der Bewegungseliten und können nur geringen Einfluss auf die ideologische Richtung der Bewegung und taktische, strategische oder organisatorische Entscheidungen nehmen.

Im dritten Ring befinden sich Unterstützer der Bewegung, die sehr viel weniger Zeit und finanzielle Ressourcen in die Bewegung investieren. Sie nehmen nur gelegentlich an ausgewählten Aktionen teil und leisten vor allem symbolische Unterstützung etwa in der Form von Unterschriften auf einer Protesterklärung. Diese Gruppe bildet das „Mobilisierungspotential im engeren Sinne“. Rucht führt hierzu an: „Anders als Personen in den beiden innersten Kreisen sind sie kaum für high risk- bzw. Daueraktivitäten zu gewinnen. (...) Aus der Sicht

---

[30] Vgl. Rainer Erb, Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Andreas Klärner / Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142-176.

[31] Vgl. Henning Flad, Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene - Die Bedeutung des Handels mit Musi“, in: Klärner/Kohlstruck (Anm. 29), S. 102-115.

der Bewegungseliten handelt es sich in doppeltem Sinne um eine kritische Gruppe: sie ist im Falle von Massenmobilisierungen quantitativ ausschlaggebend, jedoch schwer einzukalkulieren, da sie erst aufgrund besonderer Anstrengungen bzw. außergewöhnlicher Kontextbedingungen für Protestaktionen zu gewinnen ist.“[32]

Im vierten und äußersten Ring befinden sich die Sympathisanten der Bewegung. Sie nehmen nicht oder nur in Ausnahmefällen an Aktionen der Bewegung teil, unterstützen die Bewegung aber ideell, etwa indem sie deren Positionen in Gesprächen vertreten. Trotz geringem Aktivierungs- und Mobilisierungsgrad lebt das Sympathisantenumfeld die rechtsextremistische Alltagskultur aus, trägt die entsprechende Kleidung, hört rechtsextremistische Musik und verhält sich eindeutig feindbildorientiert.

Wie für andere soziale Bewegungen gilt auch für die rechtsextremistische Bewegung: „Das Mobilisierungsziel von instrumentell orientierten Bewegungskernen besteht darin, möglichst viele Personen aus den außen gelegenen Kreisen weiter nach innen zu bringen und neutrale „bystanders“ zumindest in Sympathisanten zu verwandeln.“[33]

Die Akteure der einzelnen im Modell dargestellten Bewegungssegmente stellen ein Beziehungsgeflecht dar, bei dem die Interaktion nicht immer ohne Reibungen verläuft. Die aggressiv-erlebnisorientierten „Autonomen Nationalisten“ vertragen sich nicht unbedingt mit den disziplinierten Politkadern der NPD; ein Jugendlicher mit White-Power-“T-Hemd“ muss sich nicht in Kameradschaften organisieren wollen, teilt aber deren rassistisches Gedankengut. Insgesamt steigt die Ideologie- und Organisationsdichte an, je weiter man in den Kern vorstößt. Oder mit anderen Worten: Je näher sich ein Akteur am Bewegungskern befindet, desto größer ist die qualitative Mobilisierungsstärke.

Diesem komplexen Erscheinungsbild entsprechen die Strukturen, in denen sich das Phänomen Rechtsextremismus in Deutschland inzwischen darstellt. Neben den Parteien gibt es mit den Freien Kameradschaften und ähnlich gearteten *groupuscules* (siehe unten) ein Angebot für aktionsorientierte Jugendliche, die politisch rebellieren wollen.

---

[32] Dieter Rucht, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 86.

[33] Ebenda.

Von Bewegungsanhängern werden darüber hinaus Fußballvereine gegründet, die Feuerwehr oder der Kleingärtnerverein im Dorf wird „unterwandert“, Bürgerinitiativen gegen Asylbewerberheime werden – häufig unter dem Namen „Schöner und sicherer wohnen in…“ – gegründet oder rechtsextremistisch dominierte freie Träger werden in der Jugendarbeit aktiv. Hinzu kommen jugendliche Cliquen meist junger Männer, die diffus rechtsextremistische, fremdenfeindliche und rassistische Ideologieelemente vertreten und einen Kult der Gewalt und Männlichkeit ausleben .[34]

Für die Verbreitung rechtsextremistischer Ideen sorgen neben direkten Interaktionen zahlreiche eigene Zeitschriften, Periodika, Buch- und Videoversandhändler sowie eigene Internetseiten. Alle diese Kommunikations- und Propagandamittel werden intensiv und regelmäßig genutzt; einige Presseerzeugnisse haben eine ungewöhnlich hohe Leser-Blatt-Bindung.

Minkenberg hat eine gut operationalisierbare Kategorisierung der Strukturen der deutschen extremistischen Rechten geliefert, an die hier – in überarbeiteter und aktualisierter Form – angeknüpft werden soll (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Strukturen des deutschen Rechtsextremismus“

Parteien	*Bewegungs-organisationen*	*Subkulturelle Milieus*
NPD DVU	NPD/JN Kameradschaften Aktionsbüros	*groupuscules* Kameradschaften (Skinheads)

Quelle: Angelehnt an Minkenberg 1998, S. 289; zu Einzelheiten und zur Begründung dieser Kategorisierung vgl. ebenda S. 237-245 (Anm. 11).

Gemäß dieser Kategorisierung ist die NPD sowohl eine klassische Wahlpartei als auch – im Tandem mit ihrer Nachwuchsorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) – eine Bewegungsorganisation, „die als ihre Ziele diejenigen einer sozialen Bewegung identifiziert, sich für deren Einlösung einsetzt und *interpretative frames* für die Deutung

[34] Vgl. dazu Michael Kohlstruck/Anna Verena Münch, Hypermaskuline Szenen und fremdenfeindliche Gewalt. Der Fall Schöberl, in: Klärner/Kohlstruck (Anm. 29), S. 302-336.

von Problemen anbietet“.[35] Jedoch „operieren, kooperieren oder konkurrieren diese Organisationen durchaus in einem „multiorganisationalen“ Feld, zu dem auch informelle, dezentrale Gruppen gehören und das vor allem durch hohe symbolische Integration und gemeinsame kollektive Deutungsmuster gekennzeichnet ist“.[36] Wichtige Akteure der rechtsextremistischen Bewegung sind naturgemäß vor allem die Bewegungsorganisationen, aber auch die Gruppen der subkulturellen Milieus, wobei die Übergänge zumeist fließend sind. Außerdem sind auch Teile des parteilich organisierten Spektrums – auch über die NPD hinaus – Teilnehmer der rechtsextremistischen sozialen Bewegung.

In der gegenwärtigen rechtsextremistischen Bewegung findet sich in besonderem Maße ein Strukturelement, für das Roger Griffin den Begriff der „groupuscular right“ vorgeschlagen hat.[37] Diese „groupuscules“ sind definiert als „intrinsically small political (frequently metapolitical, but never primarily party-political) entities formed to pursue palingenetic (i.e. revolutionary) ideological, organizational or activist ends with an ultimate goal of overcoming the decadence of the existing liberal democratic system“.[38] Obwohl sie autonome und fest geformte Einheiten sind, verfügen sie aber nur über eine kleine Zahl aktiver Mitglieder und minimale öffentliche Sichtbarkeit oder gar Unterstützung. Trotzdem könnten sie durch die Fähigkeit, sich relativ einfach mit anderen, vergleichbaren Einheiten zu verbinden, Einfluss und Bedeutung erlangen. In diesem Sinne bilden „groupuscules“ eine nicht hierarchische, führerlose und polyzentrische Struktur mit fließenden Übergängen und ständig wechselnden Bestandteilen: „This ›groupuscular right‹ has the characteristics of a political movement and, in an age of relative political stability, is ideally adapted to the task of perpetuation revolutionary extremism, however utopian in pragmatic terms.“[39]

---

[35] Minkenberg 1998 (Anm. 16), S. 240 (Hervorhebung im Original).
[36] Ebenda.
[37] Vgl. Roger Griffin, From slime mould to rhizome: an introduction to the groupuscular right, in: Patterns of Prejudice 37 (2003), Heft 1, S. 27-50.
[38] Ebenda, S. 30.
[39] Ebenda.

Fabian Virchow hat das Konzept der „groupuscular right“ auf die deutsche rechtsextremistische Szene übertragen.[40] Er kommt zu dem Ergebnis, dass der bewegungsförmige und organisatorisch sehr heterogene deutsche Rechtsextremismus auf diese Weise besonders gut erfasst werden kann. Durch den Zusammenschluss in „Aktionsbüros“ und eine enge Arbeitsteilung kommt den „groupuscules“ im deutschen Rechtsextremismus – aber auch darüber hinaus – eine hohe Bedeutung zu, der durch die Forschung selten Rechnung getragen wurde.

Dreh- und Angelpunkt der rechtsextremistischen Bewegung ist und bleibt aber die NPD/JN. Die NPD ist die einflussreichste und signifikanteste rechtsextremistische Organisation in Deutschland, deren Bedeutung mit den Wahlerfolgen und dem damit verbundenen Zugang zu einer Vielzahl von Ressourcen, insbesondere der staatlichen Parteienfinanzierung, noch gewachsen ist. Als einziger der rechtsextremistischen Parteien ist es der NPD einigermaßen gelungen, sich in den neuen Bundesländern zu etablieren. Unter der Führung des seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt wurde nicht nur ein ideologischer Kurswechsel forciert, sondern die NPD arbeitete nun auch enger mit rechtsextremistischen Kameradschaften und anderen neonazistischen Akteuren zusammen. Diese Kooperation zeigt sich nicht nur in Aktionsbündnissen, die Demonstrationen vorbereiten und durchführen; es traten auch viele Aktivisten der Anfang/Mitte der 1990er Jahre verbotenen neonazistisch orientierten Gruppierungen der NPD/JN bei, was die modifizierte ideologische Ausrichtung der Partei förderte. Dass die Zusammenarbeit zwischen Partei und Kameradschaften, allen Differenzen zum Trotz, von den führenden Köpfen der Partei als wichtig angesehen wird, verdeutlichte schon Ende 2000 der NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt: „So wichtig es ist, dass die Partei Bewegung braucht, so braucht die Bewegung auch Partei.“[41]

Durch ihre Öffnung gegenüber dem militanten, neonazistischen Spektrum war es der NPD möglich, nach und nach eine entscheidende Rolle innerhalb der rechtsextremistischen Bewegung einzunehmen. Vor al-

---

[40] Vgl. Fabian Virchow, The groupuscularization of neo-Nazism in Germany: the case of the Aktionsbüro Norddeutschland, in: Patterns of Prejudice 38 (2004), Heft 1, S. 56-70.

[41] Zit. nach o.A., „Gemeinsam kämpfen“: NPD wird auch künftig mit freien Gruppen zusammenarbeiten, in: Deutsche Stimme, Nr. 12/2000-01/2001, S.11.

lem in Sachsen gelang es ihr, mit einer aktivistischen und subversiven Strategie örtliche und regionale Zentren zu etablieren. Auf diese Weise konnte die Partei über Jahre hinweg eine Basis aufbauen, die sich letztendlich in Wählerstimmen umsetzte.[42]

Wie der Kommunikationswissenschaftler Thomas Pfeiffer gezeigt hat, sind die Bewegungsmedien ein wichtiger Teil der rechtsextremistischen Bewegung.[43] Zutreffend stellt Pfeiffer fest, dass es die zentrale Leistung der oftmals weitgehend nach innen gerichteten rechtsextremistischen Medien ist, Begriffe zu generieren, zu verbreiten und zu festigen. So konturiert sich z.B. das Selbstverständnis als „nationaler Widerstand" in klarer Fronstellung gegen eine als „jüdisch-mammonistisch" und westlich-dekadent empfundene Weltordnung im Allgemeinen und die sozialen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik im Besonderen. Die von Pfeiffer dokumentierte kontinuierliche mediale Mobilisierung im vorpolitischen Raum bietet einen weiteren Beleg für die These von der extremistischen Rechten als soziale Bewegung. Mittlerweile kann sogar von einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus" gesprochen werden, die in der Lage ist, eine Verbindung von Lebensgefühl, Freizeitwert und politischen Botschaften herzustellen.[44]

Insgesamt eröffnet sich das Bild eines komplexen, miteinander personell wie organisatorisch stark verwobenen Netzwerks. Frappierend sind vor allem die multiplen Rollen einzelner sehr unterschiedlicher Aktivisten, die gleichzeitig mehreren Gruppierungen oder Feldern des Netzwerkes angehören bzw. über die Zeit angehörten und in diesem Rahmen publizistisch, organisatorisch, propagandistisch, vermittelnd und mobilisierend tätig sind. Während Organisationen teilweise verboten wurden oder sich auflösten, bilden diese Kader den beständigen Kern der rechtsextremistischen Bewegung.

---

[42] Vgl. Thomas Grumke, Der hysterische NPD-Tsunami. Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Nr. 14, Berlin 2005, S. 89-98.

[43] Vgl. Thomas Pfeiffer, Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002.

[44] Vgl. Glaser/Pfeiffer (Anm. 2).

5. Strategien und Aktionen

Nachdem die Szene durch Verbote von acht rechtsextremistischen Organisationen zwischen 1992 und 1995 stark unter Druck gesetzt worden war, kam es zu einer Strategiedebatte. Die Frage, wie man am besten gegen die wehrhafte Demokratie vorgehen könne, wurde mit der Parole „Organisation durch Desorganisation“ beantwortet. Aus den alten verkrusteten Strukturen sollte eine „Volksfront“ gebildet werden. Nach langen Debatten innerhalb der rechtsextremistischen Szene wurde gleichzeitig mit dem NPD-Beitritt von drei führenden „freien Nationalisten“ im September 2004 unter der Losung „Eine Bewegung werden“ die Bildung der Volksfront ausgerufen.[45] In einer gemeinsamen Erklärung stellten die drei Aktivisten Wulff, Heise und Tegethoff fest, dass die NPD nun bereit sei, „sich als Partei deutlich in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes einzufügen“.[46] Hiermit gewann die rechtsextremistische Bewegung deutlich an Schwung, der durch die Wahlerfolge der zentralen Bewegungsorganisation NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern noch einmal verstärkt wurde.

Schon seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre orientiert sich die NPD am „Drei-Säulen-Konzept“: Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente. Grundlage ist ein Strategiepapier, welches 1997 durch das „Amt Politik im Parteivorstand“ erarbeitet wurde und auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen „als für die Partei verbindlich festgelegt wurde“.[47]

Der Schwerpunkt lag dabei ursprünglich auf dem „Kampf um die Straße“. Udo Voigt schrieb 1999: „Erst wenn wir den von uns eröffneten ‚Kampf um die Straße“ endgültig für uns entschieden haben, kann der ‚Kampf um die Parlamente“ mit der Aussicht geführt werden, keine schnell verschwindenden Proteststimmen zu kanalisieren, sondern eine dauerhafte nationale Kraft im Nachkriegsdeutschland zu etablie-

---

[45] Parallel zu diesen Ereignissen wurde die neue Website www.eine-bewegung-werden.de geschaltet.

[46] Wulff, Heise und Tegethoff, Erklärung zum Eintritt in die NPD, in: www.eine-bewegung-werden.de/eintritt.htm (gelesen am 19.3.2008).

[47] Udo Voigt, Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, 469-475, hier S. 469.

ren, die dem Anspruch gerecht wird, eine wirkliche Alternative zum liberalkapitalistischen System der BRD zu sein."[48] Der „Kampf um die Straße" findet seinen Ausdruck vor allem in zahlreichen von der NPD und „freien Nationalisten" organisierten Demonstrationen. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass die NPD „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße erreichen kann".[49] Die NPD versteht sich dabei als Speerspitze einer so genannten „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition" (NAPO), ein 1998 auf dem „1. Tag des Nationalen Widerstands" in Passau von Udo Voigt erstmals vorgebrachter Begriff,[50] der als Synonym für den „Nationalen Widerstand" auf der Straße anzusehen ist. Zunehmend selbstbewusst treten NPD-Anhänger und andere rechtsextremistische Gruppen in der Öffentlichkeit auf, organisieren Märsche bei Gedenktagen, protestieren gegen ihnen unliebsame Treffen und Veranstaltungen (z.B. die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht), beteiligen sich an Demonstrationen gegen Hartz IV usw. Somit hat sich die NPD – insbesondere seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – zu einer aktionistischen „Kampfpartei" entwickelt. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag in Leinefelde (Thüringen) am 30./31. Oktober 2004 ergänzte der Parteivorsitzende Udo Voigt dieses Konzept um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen". Es sei eine Konzentration aller „nationalen Kräfte" nötig.[51]

Auch ein weiteres strategisches Konzept wurde im Umfeld der NPD entwickelt. Zu Beginn der 1990er Jahre veröffentlichte die Zeitschrift *Vorderste Front* der NPD-Studentenorganisation *Nationaldemokratischer Hochschulbund* (NHB) ein Diskussionspapier mit dem Titel „Schafft befreite Zonen!", in welchem erstmals die Strategie der „National befreiten Zonen" vorgestellt wurde, die seitdem unter anderem

---

[48] Ebenda, S. 470.

[49] Holger Apfel, Das strategische Konzept der NPD, in: Ders. (Anm. 46) , S. 365-360, hier S. 360.

[50] Vgl. Voigt (Anm. 46), S. 471.

[51] Auf dem außerordentlichen Landesparteitag des NPD Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 5. und 21. Dezember 2004 wurden als Zeichen für die „Volksfront von Rechts" führende Neonazis auf die Plätze 8, 10 und 13 und ein Vertreter der DVU auf Platz 15 als Kandidaten für die Landesreserveliste zur Landtagswahl am 22. Mai 2005 gewählt. Die Kandidatenaufstellung zeigt den Willen der NPD, die proklamierte „Volksfront von Rechts" in die Tat umsetzen zu wollen.

in der *Deutschen Stimme* immer wieder thematisiert wird. Solche Zonen sind, so Udo Voigt in einem Interview mit der Zeitung, „Teil … des ‚Kampfes um die Köpfe". … Die Köpfe, die … vom geistigen Systemmüll gereinigt wurden, sind die ersten national befreiten Zonen".[52] Die Errichtung „befreiter Zonen" wird als die primäre Aufgabe des „Nationalen Widerstandes" angesehen, denn solche Zonen seien der erste Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines „befreiten Landes".[53] Ziel ist die Etablierung einer „Gegenmacht". Hierzu heißt es im Strategiepapier: „Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. … Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen." Von einer „befreiten Zone" könne man beispielsweise dann sprechen, wenn „wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können". Zunächst gelte es, sich auf einzelne Wohnobjekte und Straßenzüge zu konzentrieren, „um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken". Der ansässigen Bevölkerung müsse man hilfsbereit gegenüber treten: Zum Beispiel könne man „alten Leuten … beim Ausfüllen von Formularen helfen …, Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Müttern spielen …, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatrouillen sicher halten".[54] Hieran wird deutlich, dass die NPD und mit ihr die gesamte rechtsextremistische Bewegung verstärkt versucht, den kommunalen Nahraum zu erobern. Gerade diese Strategie wird von der überwiegenden Mehrheit der Bewegung geteilt.

Zielgruppe bei der Eroberung des Nahraums sind insbesondere Jugendliche und sogar Schulkinder. Hier haben die Bemühungen der rechtsextremistischen Szene, Kinder und Jugendliche zu beeinflussen, eine neue Dimension erreicht. Als „Projekt Schulhof" wollten Rechtsextremisten eine CD mit rechtsextremistischen Liedern sowie mit einer Computer-Datei, die propagandistische Schriften enthielt, im Jahr

---

[52] Udo Voigt, Wiederaufbau einer Volksgemeinschaft, in: Deutsche Stimme, Februar 2002, S.3, 17, hier S. 3.

[53] Christian Rogler, Couragierte Gegenmacht, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 von Oktober 1999, S.17.

[54] O. A., Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen!, in: Vorderste Front (1991), Nr. 2, S. 4 und 6.

2004 kostenlos vor Schulen und Jugendtreffs verteilen. Dies konnte nur durch einen Beschlagnahmebeschluss – eines der Lieder auf der CD wurde als jugendgefährdend eingestuft – verhindert werden. Die NPD hat im Rahmen ihrer letzten Wahlkämpfe mehrfach vergleichbare CDs verteilt, deren Inhalte jedoch rechtlich nicht zu beanstanden waren.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die rechtsextremistische Bewegung vor allem unter dem Einfluss der NPD erweitert und profiliert hat und auf dieser Basis ein vielgestaltiges Aktionsrepertoire anwendet, das von der problemnahen Beratung für die lokale Bevölkerung über theatralische Inszenierungen bis hin zu aggressiven Regelverletzungen reicht.

6. Kontextbedingungen

Rechtsextremismus kann nur in seinem jeweiligen politischen, historischen und kulturellen Kontext verstanden werden. Welches sind die externen Bedingungen, unter denen sich der Rechtsextremismus in den letzten 15 Jahren entwickelt hat? Rucht hat ein Konzept gesellschaftlicher Kontextbedingungen vorgelegt, das über die herkömmlichen Varianten der *political opportunity structures* hinausreicht.[55] Dieses Konzept kann zudem mit dem Ansatz der kollektiven Identität verbunden werden, womit sich bei der Erforschung von Rechtsextremismus ein „überlappendes Forschungsfeld“ ergibt.[56] Die kollektive Identität rechtsextremistischer Bewegungen ist „immer ein interaktives Produkt von Selbst- und Fremddefinition“.[57] Deshalb kann Identität nicht allein als bewegungsinterne Bedingung angesehen werden, so dass eine Kombination der beiden Ansätze sinnvoll ist. Hinsichtlich der drei Variablenkomplexe Regimestruktur, Struktur der etablierten Interessenvertretung und Muster der politischen Kultur können die gesellschaftlichen Kontextbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland grob klassifiziert werden (vgl. Tabelle 2).[58]

---

[55] Vgl. Rucht (Anm. 32), S. 291ff..

[56] Bergmann/Erb (Anm. 26), S. 162.

[57] Ruud Koopmans, Konkurrierende Paradigmen oder friedlich ko-existierende Komplemente? Eine Bilanz der Theorien sozialer Bewegungen, in: Hellmann/Koopmans (Anm. 26), S. 219.

[58] Vgl. dazu auch Rucht (Anm. 32), S. 291ff.

Tabelle 2: Die gesellschaftlichen Kontextbedingungen des Rechtsextremismus in Deutschland

a) Regimestruktur	
- Zugang zum Entscheidungssystem	gering
- Stärke des Staates	groß
b) Struktur der etablierten Interessenvermittlung	
- Breite	mittel
- Effektivität	gering bis mittel
- Verflechtung mit Staat	gering
c) Muster der politischen Kultur	
- Konfliktstruktur und Politikstil	halb partizipatorisch/halb elitär überwiegend konfliktorientiert
- Kulturelle Resonanz des Rechtsextremismus	anschlussfähig an vorhandene fremdenfeindliche Einstellungsmuster, gleichzeitig starke soziale Ächtung des Rechts- extremismus

Quelle: angelehnt an Rucht (Anm. 26), S. 321.

Mit Blick auf die *Regimestruktur* ist der Rechtsextremismus in Deutschland mit einem starken, zur Repression bereiten Staat konfrontiert, der ein breites Arsenal juristischer und administrativer Maßnahmen nutzt, um die Bewegung zu schwächen. Deutschland ist bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus insofern ein Sonderfall, als mit Steuermitteln eine demokratisch verfasste zivilgesellschaftliche Gegenmobilisierung gefördert wird.[59] Der Zugang zum Entscheidungssystem für rechtsextremistische Bewegungsmitglieder ist – trotz des Einzugs der NPD in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – äußerst begrenzt.

Die extremistische Rechte verfügt zwar kaum über „soziale Relais“ oder „Scharnierorganisationen“ wie Kirchen, Universitäten, Gewerkschaften, die ihre Interessen in das politisch-administrative System vermitteln könnten. Rechtsextremisten wünschen dies auch nicht, weil sie eben dieses System weitgehend abschaffen wollen. Somit ist die

[59] Vgl. Roland Roth mit Anke Benack, Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluation von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Bonn 2003.

Effektivität der *Interessenvermittlung* in das politisch-administrative System eher gering. Dennoch verfügt die rechtsextremistische Bewegung über eine ganze Palette von Kommunikations- und Propagandamitteln, die ihr eine wirksame Selbstdarstellung und Kommunikation in den Bewegungszusammenhängen und teilweise auch in die Gesamtgesellschaft hinein ermöglichen. Als das „informationelle Kapillarsystem der Bewegung“[60] transportieren diese Instrumente Ideologie, Kampagnenthemen und Begriffe sowohl in die einzelnen Netzwerke als auch in den allgemeinen politischen Prozess. Zudem stehen der Bewegung über die neuen NPD-Landtagsfraktionen erhebliche neue Ressourcen zur Verfügung. In der Summe ist die Breite der Interessenvermittlung deshalb als mittelgroß einzustufen.

In der bundesdeutschen *politischen Kultur* findet die extremistische Rechte nur bedingt Resonanz, bleibt aber, trotz ihrer gegenkulturellen Ausrichtung, in Ansätzen anschlussfähig. Ihre (qualitative) Mobilisierungsstärke geht aus den alles überlagernden gemeinsamen ideologischen Kernelementen sowie der extremistischen Feindbestimmung und -wahrnehmung hervor. So bildet sich trotz aller Bemühungen um Respektabilität eine stark mit sich selbst befasste Bewegung mit einer oftmals fundamentaloppositionellen Lagermentalität. Sie ist allerdings in der Lage, für die von ihr aufgebrachten Themen und Forderungen – besonders die Kernthemen soziale Frage, Globalisierung und Asyl- und Ausländerpolitik, gewendet zu kultureller oder ethnischer „Überfremdung“– in einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung Resonanz zu finden.[61] Dabei setzen sich in der Bevölkerung weit verbreitete, fremdenfeindliche, autoritäre und antidemokratische Einstellungsmuster keineswegs automatisch in eine Hinwendung zum organisierten Rechtsextremismus um.[62] Diese in einem Teil der Bevölkerung

---

[60] Pfeiffer (Anm. 43), S. 342.

[61] Vgl. Thomas Grumke/Andreas Klärner, Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine Vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin 2006.

[62] Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Frankfurt a.M. 2002ff.; Oscar Niedermayer/Elmar Brähler, Rechtsradikale Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im April 2002, unveröffentlichtes Manuskript 2002; Oliver Decker/Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.

vorhandenen Einstellungsmuster bilden aber den Humus für den angestrebten „Weg in die Mitte unseres Volkes“, wie es der NPD-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Holger Apfel, in allerdings grotesker Selbstüberschätzung ausdrückte.[63] Rechtsextremisten können politische Themen in der Regel nicht setzen; sie springen aber umso routinierter auf fahrende Züge auf.

7. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Wie gezeigt, besteht gegenwärtig eine vitale rechtsextremistische soziale Bewegung in Deutschland; sie verfügt über eine starke kollektive Identität und, zumindest in einem qualitativen Sinne, über eine hohe Mobilisierungsstärke. Während die rechtsextremistische Bewegung relativ homogene und intern weithin akzeptierte Ideologiemuster und Feindbilder aufweist, ist sie in ihren Strukturen und Strategien immer noch eher heterogen. Zwar hat die Bewegung kein eindeutiges organisatorisches Zentrum, aber doch einen personellen Kern, bestehend aus Aktivisten der NPD/JN, Kameradschaftsführern, einschlägigen Musik- und Medienproduzenten bzw. -vertreiber sowie Aktivisten verschiedener *groupuscules*. Wenn auch die Zusammenarbeit, wie z.B. der NPD mit „freien Nationalisten“, durchaus spannungsreich ist, so haben doch Vernetzung und der bekundete Willen, eine „Gesamtbewegung des nationalen Widerstandes“ zu werden, einen erheblichen Mobilisierungsschub erzeugt.

Vor allem in Ostdeutschland hat das Modell der Kameradschaften beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Kameradschaften und rechtsextremistische Milieus sind aber ein gesamtdeutsches Problem, wenngleich im Osten der Republik ein breiteres Rekrutierungsfeld besteht. Ein wichtiges, auch für die absehbare Zukunft weiter bestehendes Ergebnis der rechtsextremistischen Bewegung ist die erfolgreiche Schaffung und Festigung rechtsextremistischer (Jugend-) Milieus und die – nicht selten in einen lokalen rassistischen Konsensus eingebettete – Herstellung kultureller Hegemonien, wobei z.B. eine örtliche Kameradschaft die Definitionsmacht übernimmt und Identifikationsangebote macht. So verbindet sich intern das diffus rechtsextremistische Milieu und

[63] Interview mit Holger Apfel in: Klartext. Informationen der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Sonderausgabe (Beilage der Deutschen Stimme im Februar 2006), S. 3.

wird durch Orientierungen, Gruppen und Teilbewegungen verdichtet. Als kollektives Deutungsmuster der Akteure fungieren vor allem Ideologiefragmente des völkischen Nationalismus, die Ethnisierung sozialer Beziehungen und ihre Rückwirkung auf Migrations-, Asyl- und Ausländerpolitik. Hinzu kommt in jüngerer Zeit die strikte Ablehnung von „Globalisierung" - eine Position, die vor allem bei den Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fällt, die sich im Globalisierungsprozess als Opfer oder Verlierer sehen.

Insgesamt wird somit die extremistisch rechte Bewegung stabilisiert durch den Versuch, Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse abzuwenden – ein Versuch, der sich programmatisch in der Forderung nach ethnischer Homogenität ausdrückt. In diesem Sinne spricht der Politikwissenschaftler Claus Leggewie statt von einer Bewegung von einer Gegenbewegung, einer „Anti-Bewegungs-Bewegung".[64] Diese ist nicht als eine direkte Reaktion auf die emanzipatorischen (neuen) sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre zu verstehen, sondern auf die von diesen Bewegungen vertretenen Ziele, schlussendlich gerichtet gegen das gesamte politische System, welches nach und nach manche Anliegen dieser Bewegungen aufgegriffen hat.

Sowohl aufgrund ihrer internen strukturellen Voraussetzungen als auch einzelner externer Rahmenbedingungen – insbesondere einer „kulturellen Resonanz" bei Teilen der Bevölkerung – ist zu erwarten, dass die rechtsextremistische Bewegung sich nicht einfach erschöpft oder durch äußere Repression völlig marginalisiert werden kann. Anders als zunächst vermutet, handelt sich bei der rechtsextremistischen

[64] Vgl. Leggewie (Anm. 7), S. 335. Michel Wieviorka verwendet den Begriff „social anti movement" (Michel Wieviorka, Racism and Social Movements, in: Louis Maheu (Hrsg.), Social Movements and Social Classes. The Future of Collective Action, London 1995, S. 87-106). Vorgeschlagen wurde auch der Begriff der Gegen-Gegenbewegung (Thomas Grumke, Rechtsextremismus in den USA, Opladen 2001, S. 78ff; vgl. zum Begriff der Gegen-Gegenbewegung auch: Mayer Zald/Bert Useem, Movement and Countermovement Interaction: Mobilization, Tactics, and State Involvement, in: Mayer Zald / John McCarthy (Hrsg.), Social Movements in an Organizational Society, New Brunswick, NJ 1987, S. 247-272, hier S. 249 und Dieter Rucht, Das Kräftefeld sozialer Bewegungen, Gegenbewegungen und Staat: Einführende Bemerkungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4 (1991), Heft 2, S. 9-16..

Bewegung in Deutschland nicht um eine „schmerzhafte Episode“ (Ohlemacher), sondern, wie schon in der weiter zurückliegenden Vergangenheit, um eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“.[65]

[65] Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12 (1967), S.11-29, hier S. 12f.

Die NPD im Sächsischen Landtag.
Eine Analyse zur Qualität ihrer Parlamentsarbeit

Alexander Schulze

1. Einleitung und Fragestellung

Rechtsextremistischen Fraktionen in deutschen Landtagen wurde und wird immer wieder pauschal unterstellt, sie seien inkompetent, unfähig und unwillig. Verschiedene Studien[1] haben gezeigt, dass die Fraktionen der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Republikaner“ (REP) in den 1990er Jahren vor allem durch „interne Querelen, Streitigkeiten und Zerwürfnisse“[2] geprägt waren und sich eher durch „Handlungs- und Politikunfähigkeit“[3] denn durch engagierte und kompetente Tagespolitik auszeichneten. Wie sieht es aber im Jahr 2008 aus? Was für DVU und REP in den 1990er Jahren zutreffen mag, bedarf in Zeiten neuer Wahlerfolge des rechtsextremistischen Spektrums einer kritischen Überprüfung. Mit ihren Wahlerfolgen 2004 in Sachsen und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern hat die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ihre derzeitige Vormachtstellung im rechtsextremistischen Parteienspektrum untermauert und gleichzeitig erkennen lassen, dass insbesondere die Dresdner Fraktion im Vergleich zu anderen rechtsextremistischen Fraktionen besonders professionell und engagiert auftritt. Wie aber können Professionalität, Kompetenz und Politikfähigkeit[4] in diesem Zusammenhang gemessen werden? Ein wichtiger Teilaspekt ist das Personal, al-

---

[1] Vgl. Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, Sankt Augustin 1994; Norbert Lepszy/Jürgen Hoffmann, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Sankt Augustin 1998.

[2] Norbert Lepszy/Jürgen Hoffmann, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Sankt Augustin 1998, S. 10.

[3] Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament, Sankt Augustin 1994, S. 103.

[4] Unter Politikfähigkeit ist nach Ansicht des Autors die Bereitschaft zum politischen Diskurs, die Fähigkeit zur zielorientierten Problembearbeitung sowie das nötige Fachwissen zu verstehen.

so die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion. Über welchen Bildungsstand, welche politischen Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen sie? Diese Faktoren des Sozialprofils können als Indikator für das persönliche wie politische Niveau des Personals herangezogen werden. Ein Vergleich mit anderen Fraktionen erhöht zudem die Aussagekraft dieser Daten.

Ein weiterer Gesichtspunkt zur Beurteilung der Politikfähigkeit ist das von der Partei abgedeckte Themenspektrum. Unabhängig von der eigenen Schwerpunktsetzung, die von Partei zu Partei variieren kann, darf und sollte von einer Landtagsfraktion erwartet werden, dass sie weitestgehend alle Politikbereiche bearbeitet. Tut sie dies nicht oder vernachlässigt sie bestimmte Ressorts über die Maßen, muss ihr die Politikfähigkeit in dieser Frage abgesprochen werden. Entscheidend für eine Beurteilung ist hier, ob die parlamentarischen Aktivitäten der Fraktion in den entsprechenden Bereichen auf ein ausreichendes Engagement hindeuten. Das soll anhand von Redebeiträgen, Anträgen und dem Einbringen von Gesetzentwürfen untersucht werden. Die bloße Bearbeitung von Themenfeldern reicht freilich nicht aus. Wichtiger noch erscheint die Kompetenz, mit der konkrete Sachfragen behandelt werden. Handelt es sich um fundierte, gut recherchierte Beiträge, lassen die Gesetzentwürfe Sachverstand in der Problematik erkennen und ist die Fraktion bereit zum politischen Diskurs?

Auf Überblicksinformationen über den NPD-Landesverband Sachsen soll zugunsten einer Fokussierung auf die Parlamentsarbeit weitgehend verzichtet werden.[5] Ein erster Schwerpunkt liegt auf dem Personal, das die NPD in Sachsen aufgestellt hat. Neben den Mandatsträgern im Landtag werden auch die Mitarbeiter untersucht. Dabei wird deren Sozialprofil mit dem anderer Fraktionen verglichen. Danach beschäftigt sich die Arbeit mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion, untersucht ihre parlamentarischen Initiativen nach verschiedenen Gesichtspunkten und beleuchtet abschließend die Ausschussarbeit der NPD. Um einen Einblick in das parlamentarische Innenleben des Sächsischen Landtags zu gewinnen, wurden elf Landtagssitzungen besucht und Interviews mit Abgeordneten von CDU, SPD, Die Linke,

[5] Zum NPD-Landesverband Sachsen: Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005; Marc Brandstetter, Die NPD im 21. Jahrhundert, Marburg 2006.

FDP und Grünen geführt. Einschränkend ist anzumerken, dass es sich bei den Aussagen von Parlamentariern anderer Fraktionen sicherlich nicht um objektive Einschätzungen des politischen Gegners handelt. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die Schnittmenge aller Aussagen Rückschlüsse auf das tatsächliche Verhalten der NPD im Landtag zulässt. Da die Ausschusssitzungen beispielsweise nichtöffentlich sind, kann nur über Gespräche mit Beteiligten ein Eindruck darüber gewonnen werden, wie die NPD dort auftritt.

Die Ergebnisse der erwähnten Untersuchungen werden mit Informationen über andere Fraktionen verglichen, um die Aussagekraft der Analyse zu erhöhen. Als Vergleichspartner sollen dabei die Landtagsfraktionen der FDP in Sachsen sowie der DVU in Brandenburg dienen. Die FDP bietet sich aufgrund ihrer etwa gleichen Fraktionsstärke an, die DVU aufgrund der Tatsache, dass es sich bei ihr ebenfalls um eine rechtsextremistische Partei handelt. So können für verschiedene Bereiche aussagekräftige Vergleiche[6] gezogen werden. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt jedoch auf der Analyse der Parlamentsarbeit der NPD, nicht auf einem Vergleich mit anderen Fraktionen. Die Untersuchung der FDP bzw. der DVU sind deshalb weniger tiefgehend als bei der NPD. Die vorliegende Arbeit erhebt daher auch nicht den Anspruch einer vergleichenden Studie.

Im dritten Kapitel wird außerdem die sächsische SPD-Fraktion als Analysefaktor hinzugezogen, um die Aussagekraft der Statistiken zusätzlich zu verstärken. Für einen Vergleich der Parlamentsarbeit eignet sich die SPD aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung in Sachsen allerdings nicht. Da sich die parlamentarische Arbeit von Oppositions- und Regierungsfraktionen grundlegend unterscheidet (Anfragen an die Staatsregierung, Anträge, Gesetzentwürfe), würde ein mit der SPD gezogener Vergleich ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit widerspiegeln. Abschließend erfolgen eine Gesamtbewertung der gewonnenen Erkenntnisse und ein Fazit, bevor die Arbeit mit einem knappen Ausblick in die Zukunft schließt.

---

[6] Im Gegensatz zur DVU, vor allem aber zur FDP, handelt es sich bei der NPD um eine parlamentarisch weitgehend unerfahrene Partei. Gewisse Nachteile, z.B. die fehlende Unterstützung durch Abgeordnete anderer Fraktionen, bleibt bei dem Vergleich mit DVU und FDP nicht unbeachtet.

2. Die Landtagsfraktion

2.1 Die Abgeordneten

Bevor die einzelnen Landtagsabgeordneten der NPD vorgestellt werden[7], soll in knapper Form die Entwicklung der Fraktion skizziert werden. Auf die zahlreichen Veränderungen, die sich seit Beginn der 4. Legislaturperiode innerhalb der Fraktion ergeben haben, wird dabei nur kurz eingegangen.

Bei der Landtagswahl am 19. September 2004 erreichte die NPD 9,2 Prozent der Zweitstimmen und zog einen Monat später mit zwölf Abgeordneten in den Sächsischen Landtag ein. Im Verlaufe der Legislaturperiode hat sich die Fraktionsstärke der NPD bis März 2008 jedoch auf acht Abgeordnete verringert. Mitte Dezember 2005 traten in kurzen Abständen die Abgeordneten Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön aus der NPD-Fraktion aus. Grund hierfür waren Differenzen über den Kurs der Partei. Schön warf dem Fraktionsvorsitzenden Apfel und dem damaligen Fraktionsgeschäftsführer Marx einen „revolutionären Politikstil“ vor, Schmidt und Baier kritisierten die zunehmende Ausrichtung der Partei am Nationalsozialismus.[8] Seitdem sitzen sie als fraktionslose Abgeordnete im Landtag.

Nach dem Tod des damaligen parlamentarischen Geschäftsführers Uwe Leichsenring am 30. August 2006, rückte der an Position 13 auf der Landesliste gesetzte René Despang nach. Despang war bis zu dem Zeitpunkt als Mitarbeiter der Fraktion tätig. Am 14. November 2006 wurde Klaus-Jürgen Menzel, der sich öffentlich zu Adolf Hitler bekannte[9], wegen internen finanziellen Unregelmäßigkeiten aus der Fraktion ausgeschlossen. Er sorgte Mitte Dezember 2006 für einen

---

[7] Die Informationen über die Abgeordneten entstammen der Homepage der NPD-Landtagsfraktion (www.npd-fraktion-sachsen.de) bzw. der Infothek des Sächsischen Landtages www.landtag.sachsen.de/slt_online/de/infothek/index.asp)

[8] Vgl. ohne Autor (o.A.), Sachsens NPD zerbricht, in: http://www.rp-online.de/public/article/aktuelles/politik/deutschland/167766 (Zugriff am 11. Juni 2007)

[9] Vgl. o.A., Ex-NPD-Abgeordneter fliegt aus dem Landtag, in: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,449028,00.html (Zugriff am 24. Mai 2007)

Eklat im Sächsischen Landtag, als er versuchte, durch einen Bekannten einen Revolver ins Parlament schmuggeln zu lassen.[10]

Ihre vorerst letzte personelle Veränderung erlebte die NPD-Fraktion am 24. November 2006, als Matthias Paul nach Vorwürfen wegen des Verdachts der Kinderpornografie aus Partei und Fraktion austrat. Der 29-jährige war unter anderem Mitglied des NPD-Landesvorstandes und dessen Sprecher. Pauls Mandat übernahm der Zwickauer Kreisvorsitzende Peter Klose.

Um ein repräsentatives Bild der NPD-Fraktion zeichnen zu können, sollen im Folgenden alle 14, also auch die ehemaligen, Abgeordneten kurz vorgestellt werden.

2.1.1 Die derzeitigen Abgeordneten

Holger Apfel wurde am 29. Dezember 1970 in Hildesheim, Niedersachsen, geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach dem Abitur absolvierte er eine Lehre als Verlagskaufmann und war bis 1996 in diesem Bereich tätig. Apfel gehört der NPD seit 1988 an und war von 1993 bis 1998 Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN). Seit 1993 ist er Mitglied im NPD-Parteivorstand und im Jahr 2000 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Zwei Jahre später wurde Apfel stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen. Er ist derzeit Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und arbeitet zusätzlich als Chefredakteur der Monatszeitung „Deutsche Stimme“.

Dr. Johannes Müller wurde am 22. März 1969 in Dresden geboren. Er ist verheiratet und hat eine Tochter. Nach dem Abitur 1987 leistete er bis 1989 seinen Grundwehrdienst. Von 1989 bis 1995 studierte er Humanmedizin, arbeitete später als Stationsarzt und promovierte 2003 zum Dr. med. Von 1988 bis 1992 war Müller Mitglied der CDU. Seit 1998 gehört er der NPD in verschiedenen Funktionen an, u.a. als stellvertretender Landesvorsitzender Sachsen. Seit 1999 übte er weitere Funktionen aus, beispielsweise als Kreisrat des Landkreises Sächsische Schweiz. Müller ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und

[10] Vgl. o.A., Landtag in Sachsen - Ex-NPDler lässt Waffe einschleusen, in: http://www.focus.de/politik/deutschland/landtag-in-sachsen_nid_40965.html (Zugriff am 24. Mai 2007)

parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Alexander Delle wurde am 16. September 1973 in Mutlangen, Baden-Württemberg, geboren. Er ist ledig. Nach der Fachhochschulreife absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung zum Bankkaufmann. Von 1997 bis 2004 arbeitete er als Angestellter des „Deutsche Stimme"-Verlages in Riesa. Er ist seit 1992 Mitglied der NPD und übte seitdem diverse Ämter auf Kreis-, Landes- und Bundesebene aus. Seit 2002 gehört er dem Landesvorstand der Partei an und ist derzeit stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie Fraktionsschatzmeister.

Jürgen W. Gansel wurde am 6. Juli 1974 in Opladen, Nordrhein-Westfalen, geboren. Er ist ledig. Nach dem Abitur schloss er 1999 das Studium der Mittleren und Neueren Geschichte sowie Politikwissenschaft (M.A.) an der Universität in Gießen ab. Von 1989 bis 1993 gehörte er der Jungen Union und der CDU an. Danach war er hessischer Landesvorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO), bevor er 1998 in die NPD eintrat. Seitdem übte er verschiedene Führungsfunktionen in der hessischen NPD aus. Von 2001 bis 2004 war Gansel hauptberuflicher Redakteur der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme". Seit 2002 ist er Mitglied im NPD-Parteivorstand.

René Despang wurde am 10. Februar 1972 in Dresden geboren. Er ist ledig und hat eine Tochter. Nach Abschluss der Hauptschule und einer landwirtschaftlichen Lehre erfolgte eine Umschulung zum Maler. Despang trat 1996 der NPD bei und gehörte von 2000 bis 2007 dem Landesvorstand an. Außerdem übt er seit 2002 die Funktion des Kreisvorsitzenden in Dresden aus. Despang zog als Nachrücker für den bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückten Uwe Leichsenring in den Landtag ein.

Peter Klose wurde am 22. April 1953 im sächsischen Rodewisch geboren. Er ist geschieden und hat sechs Kinder. Klose ist gelernter Grobkeramiker und arbeitete bis 1997 als Kran- und Lokführer im Kraftwerk Reinsdorf in Zwickau. Seitdem ist er arbeitslos. Nach sechsjähriger Parteimitgliedschaft bei den Republikanern gehört Klose seit 1995 der NPD an, deren Kreisvorsitzender er in Zwickau ist. Als Nachfolger des aus Fraktion und Partei ausgetretenen Matthias Paul zog Klose im Dezember 2006 in den Landtag ein.

Winfried Petzold wurde am 15. März 1943 in Breslau (Schlesien) geboren. Er ist verheiratet und hat einen Sohn. Nach der 10. Klasse absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung und arbeitete anschließend u.a. als Handelsvertreter, freiberuflicher Zeichner und zwanzig Jahre als selbständiger Gastronom. Ebenso wie Klose gehörte auch Petzold mehrere Jahre den Republikanern an, bevor er 1995 in die NPD eintrat. Seit 1998 ist er Landesvorsitzender in Sachsen.

Gitta Schüßler wurde am 1. September 1961 in Burgstädt, Sachsen, geboren. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach der 10. Klasse an der Polytechnischen Oberschule (POS) machte sie Ausbildungen zur Buchhändlerin und Bürokauffrau. Seit 1998 arbeitete sie selbständig im Einzelhandel. 2002 trat Schüßler der NPD bei und ist seitdem Geschäftsführerin und Schatzmeisterin im Kreisverband Chemnitz.

2.1.2 Die ehemaligen Abgeordneten

Mirko Schmidt wurde am 6. Februar 1966 in Meißen geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach dem Realschulabschluss arbeitete er drei Jahre lang als Facharbeiter für Anlagentechnik und war anschließend vier Jahre bei der Nationalen Volksarmee (NVA). Nach der Wende arbeitete Schmidt als Verkaufsdirektor und Gastwirt. Seit 1998 ist er als freiberuflicher Verwalter und Vermieter eigener Grundstücke tätig. Von 1997 bis 2005 gehörte Schmidt der NPD an, seit 2006 ist er Mitglied der Sächsischen Volkspartei und deren Vorsitzender. Nach seinem Austritt aus der NPD-Fraktion am 17. Dezember 2005 sitzt Schmidt als fraktionsloser Abgeordneter im Sächsischen Landtag.

Klaus Baier wurde am 31. August 1960 in Annaberg-Buchholz, Sachsen, geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach Abschluss der Polytechnischen Oberschule (POS) arbeitete Baier als Fahrzeugschlosser, Wagenmeister und Rettungsassistent. Seine Tätigkeit als selbständiger Geschäftsführer eines privaten Krankenpflegedienstes ruht derzeit. 1999 gründete er den NPD-Kreisverband Annaberg. Am 20. Dezember 2005 trat Baier aus Partei und Fraktion aus, war danach für kurze Zeit Mitglied in der Freiheitlichen Partei Deutschlands (FP Deutschlands) und gehört mittlerweile der Deutschen Sozialen Union (DSU) an.

Jürgen Schön wurde am 17. September 1948 in Leipzig geboren. Er ist verheiratet. Nach einer Schriftsetzerlehre absolvierte Schön eine zweite Berufsausbildung zum Expedienten. Anschließend war er als Gütekontrolleur und Bereichsleiter, später im privaten Sicherheitsgewerbe tätig. Von 1990 bis 2005 war er Mitglied in der NPD und hatte Funktionen auf allen Organisationsebenen inne. So war er beispielsweise bis 1992 Landesvorsitzender in Sachsen und von 1996 bis 2004 stellvertretender Bundesvorsitzender. Schön ist derzeit, genauso wie Schmidt und Baier, fraktionsloses Mitglied im Sächsischen Landtag.

Uwe Leichsenring wurde am 23. März 1967 in Sebnitz, Sachsen, geboren. Nach dem Abitur und einer Ausbildung zum Maschinenbauer arbeitete er als selbständiger Fahrlehrer. Leichsenring trat 1990 in die NPD ein und war seit 1991 deren Geschäftsführer im Kreisverband Sächsische Schweiz. Ab 1999 übte er verschiedene Funktionen auf kommunaler Ebene aus, so war er u.a. Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Königstein. Von 2002 bis 2004 gehörte er dem Bundesvorstand an. Leichsenring kam am 30. August 2006 bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

Klaus-Jürgen Menzel wurde am 22. März 1940 in Bernsdorf (Niederschlesien) geboren. Nach der Volks- und Handelsschule machte er eine landwirtschaftliche Lehre und war als Gehilfe in Niedersachsen tätig. Menzel arbeitete in Schweden und Dänemark, studierte ein Semester Agrarwissenschaft in Osnabrück und war seit 1977 selbständiger Jagdvermittler und Landwirt. 1987 erfolgte die Aufgabe des Pachtbetriebes infolge der Milchkontingentierung der EU. Seit 2002 ist er arbeitslos. Menzel war von 1959 bis 1964 Mitglied der Deutschen Reichspartei, von 1967 bis 1977 Mitglied der NPD. Es folgten Mitgliedschaften bei den Grünen, in der ÖDP, bei den REP und in der „Freien Kameradschaft Bremerhaven“. 1998 wurde er wegen Untreue zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Seit 2002 ist Menzel wieder Mitglied in der NPD und seitdem stellvertretender Landesvorsitzender in Sachsen. Am 14. November 2006 wurde er aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen. Ende Januar 2007 trat Menzel erneut aus der NPD aus.

Matthias Paul wurde am 24. Februar 1977 in Meißen geboren. Er ist ledig. Nach dem Realschulabschluss machte Paul eine Lehre als Stahlbetonbauer und trat 1994 in die NPD ein. Bereits in jungen Jah-

ren übte er Funktionen in der Partei aus, war u.a. Beisitzer im Landesvorstand, Vorsitzender des Kreisverbandes Meißen und Landespressesprecher. Bis zum Fraktionsaustritt der Abgeordneten Schmidt, Baier und Schön im Dezember 2005 war Paul Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft. Am 27. November 2006 legte er infolge des Verdachts der Kinderpornografie sein Mandat nieder.

2.2 Die Mitarbeiter

Auf der Homepage der Fraktion führt die NPD acht offizielle Mitarbeiter[11] auf (Stand 23.Mai 2007). Diese Zahl verwundert etwas, waren es am 13. Februar 2007 immerhin mehr als doppelt so viele, nämlich 19 Personen. Unter den nicht mehr aufgeführten Mitarbeitern befinden sich auch der studierte Informatiker Per Lennart Aae und der Historiker Dr. Olaf Rose. Der gebürtige Schwede Aae sorgte in den 1990er Jahren als Anmelder von Demonstrationen gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ für Schlagzeilen und war zeitweilig auch im Bundesvorstand der Partei. Nachdem er sich mit dem NPD-Anwalt Horst Mahler überworfen hatte und aus dem Vorstand ausscheiden musste, ermöglichte ihm die Landtagsfraktion in Dresden zu Beginn der 4. Legislaturperiode ein neuerliches Engagement – als Mitglied in der Enquete-Kommission (zuständig für die demografische Entwicklung im Freistaat)[12]. Dr. Rose wurde als Autor und Publizist bekannt und gehört dem Vorstand der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) an, der größten rechtsextremen kulturpolitischen Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland.

Warum einige Mitarbeiter plötzlich nicht mehr auf der Homepage aufgeführt sind, darüber lässt sich nur spekulieren. Auffällig ist aber, dass alle anderen Fraktionen des Landtags deutlich mehr Mitarbeiter benennen (CDU über 30; Linke 22; SPD 15; FDP und Grüne jeweils 17). Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der nicht mehr aufgeführten Mitarbeiter auch weiterhin für die Fraktion tätig ist. Die nachfolgende knappe Betrachtung soll sich aber, um unrichtigen Darstel-

[11] Die Informationen über die Mitarbeiter entstammen der Homepage der NPD-Landtagsfraktion (www.npd-fraktion-sachsen.de)

[12] Vgl. Franziska Brech: Ein halbes Jahr NPD im Sächsischen Landtag. Personen - Arbeitsstil – Entwicklungsperspektiven, Sankt Augustin 2005, S. 17.

lungen vorzubeugen, weitestgehend auf die derzeit acht offiziell genannten Personen beschränken.

Frank Ahrens ist Fraktionsgeschäftsführer der NPD. Er hat den Posten von Peter Marx übernommen, der in gleicher Funktion für die Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern tätig ist. Marx gilt als „Multifunktionär" der Partei. Zeitweise war er Vorsitzender zweier Landesverbände, des Saarlandes und Rheinland-Pfalz, ist stellvertretender Bundesvorsitzender und kandidierte für die Oberbürgermeisterwahl im April 2005 in Leipzig. Im November 2001 wurde Marx vom Landgericht Darmstadt wegen Wahltäuschung rechtskräftig verurteilt und ist seitdem vorbestraft.

Stefan Rochow, Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), gehörte bis September 2006 ebenso zum Dresdner Fraktionsapparat. Er war zudem von 1997 bis 2001 stellvertretender Bundesvorsitzender der rechtsextremistischen und inzwischen umbenannten „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen". Danach folgte er Marx nach Schwerin, wo er inzwischen als Pressesprecher der dortigen Fraktion tätig ist.

Arne Schimmer arbeitet als Pressesprecher der sächsischen Fraktion, *Holger Szymanski* ist der zuständige Pressereferent im Landtag. Szymanski erledigt zudem die maßgebliche Pressearbeit für das Nationale Bündnis im Dresdner Stadtrat. Er nahm Mitte der 1990er Jahre an den „Dresdner Freitagsgesprächen" teil, einem Gesprächszirkel rechtsgerichteter, teilweise extremistischer Parteien und Gruppierungen.

Karl Richter, ehemaliger Chefredakteur des rechtsextremistischen Theorie- und Strategieorgans „Nation und Europa"[13], ist Leiter des Parlamentarischen Beartungsdienstes.[14] 1995 wurde er wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB verurteilt, weil er in „Nation und Europa" das „Asylbetrügergedicht" veröffentlicht hatte.[15] Zuvor arbeitete er zeitweise als Referent für den Abgeordneten der REP im Europaparlament, Harald Neubauer, später auch in der Funktion des Pressesprechers des REP-Landesverbandes Bayern. In der Oktoberausgabe

[13] Vgl. o.A.. In eigener Sache, in: Nation & Europa, Nr. 11-12 vom November-Dezember 2005, S. 79.

[14] Aufgabe des Parlamentarischen Beratungsdienstes ist die wissenschaftliche Begleitung der Arbeit der Abgeordneten im Parlament.

[15] Vgl. Brech (Anm. 12), S. 16.

der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ von 2004 lobt Richter die NPD als jene Partei, „die von allen patriotischen Parteien am längsten und konsequentesten den politischen Kampf gegen das System von 1949 führt"[16].

Sascha Roßmüller, ein Vertreter der radikalen Kräfte innerhalb der Partei, ist der Stellvertreter Richters. Roßmüller war bereits Bundesvorsitzender der JN und gehörte dem 1993 verbotenen „Nationalen Block“ an.

Hartmut Krien ist als Sachbearbeiter in der Fraktion tätig. Auch er ist kein Unbekannter in der rechtsextremen Szene. Nach dem Wahlerfolg des „Nationalen Bündnisses“, für das er bei der Kommunalwahl 2004 in Dresden angetreten war, vertritt er dieses im Dresdner Stadtrat.

Mit *Andreas Storr* und *Peter Naumann* gehören zwei weitere parlamentarische Berater zum Mitarbeiterstab der NPD-Fraktion. Storr ist zudem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Er kommt ursprünglich vom Landesverband Berlin, war von 1992 bis 1994 Bundesvorsitzender der JN und ist derzeit Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Görlitz. Mit Peter Naumann hat die Fraktion eine besonders schillernde Figur des Rechtsextremismus bzw. Rechtsterrorismus an die Elbe geholt. Naumann war einige Jahre Mitglied der JN, ab 1976 dann stellvertretender Bundesvorsitzender. 1984 wurde er stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Wiesbaden und gründete ein Jahr später den „Völkischen Bund“ (VB), eine rechtsextremistische Vereinigung. Die Liste der Dinge, die ihm strafrechtlich vorgeworfen wurden, ist lang: Volksverhetzung, Sprengstoffanschläge, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen, Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz. Im Oktober 1988 wurde Naumann schließlich vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung und wegen eines im August 1987 verübten Sprengstoffanschlages auf ein Mahnmal für italienische NS-Opfer in Rom zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt.

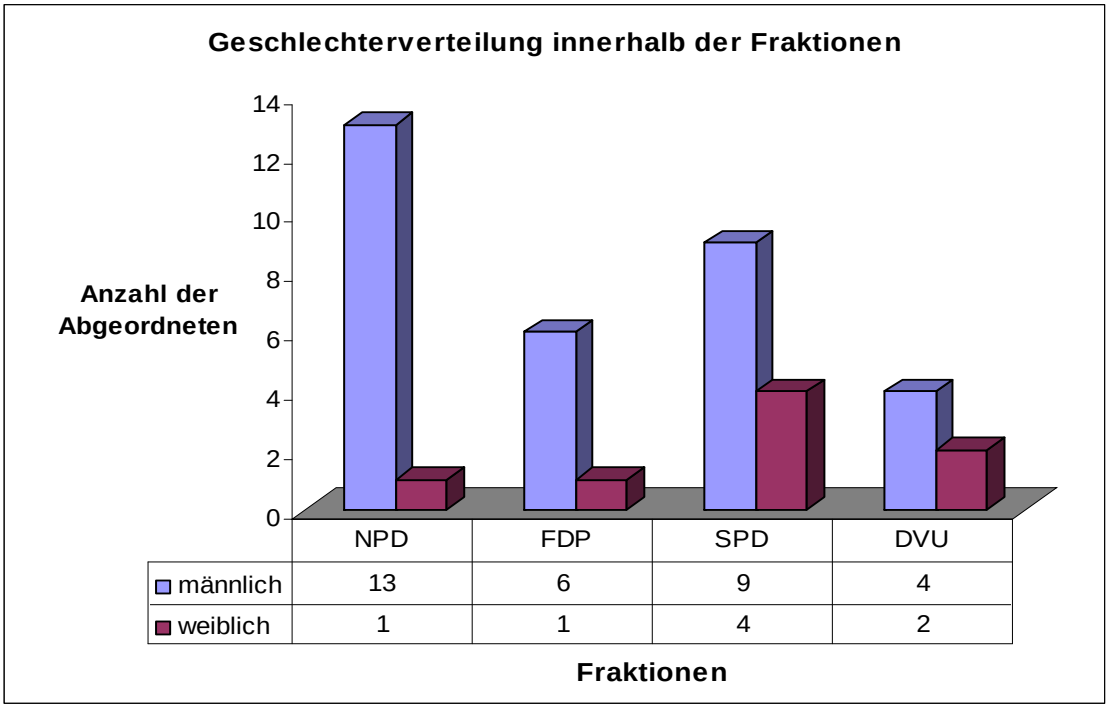
[16] Karl Richter, Das Fanal von Sachsen, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 vom Oktober 2004, S. 1.

2.3 Analyse und Einschätzung

2.3.1 Vergleich mit anderen Fraktionen

Im Folgenden geht es zunächst um das Sozialprofil der NPD-Abgeordneten. Dabei werden Daten in fünf verschiedenen Kategorien erfasst. Die Darstellung erhebt nicht den Anspruch, ein umfassendes Persönlichkeitsbild der Parlamentarier abzubilden, sondern konzentriert sich vielmehr auf die für die Untersuchung relevanten Aspekte. Dazu zählen Geschlecht, Herkunft, Alter, Bildungsabschluss und ein etwaiger Parteivorlauf der Abgeordneten. Ein Parteivorlauf wird dann als gegeben angesehen, wenn die betreffende Person mindestens fünf Jahre der jetzigen Partei angehört und eine Funktion bzw. ein Amt ausübt.

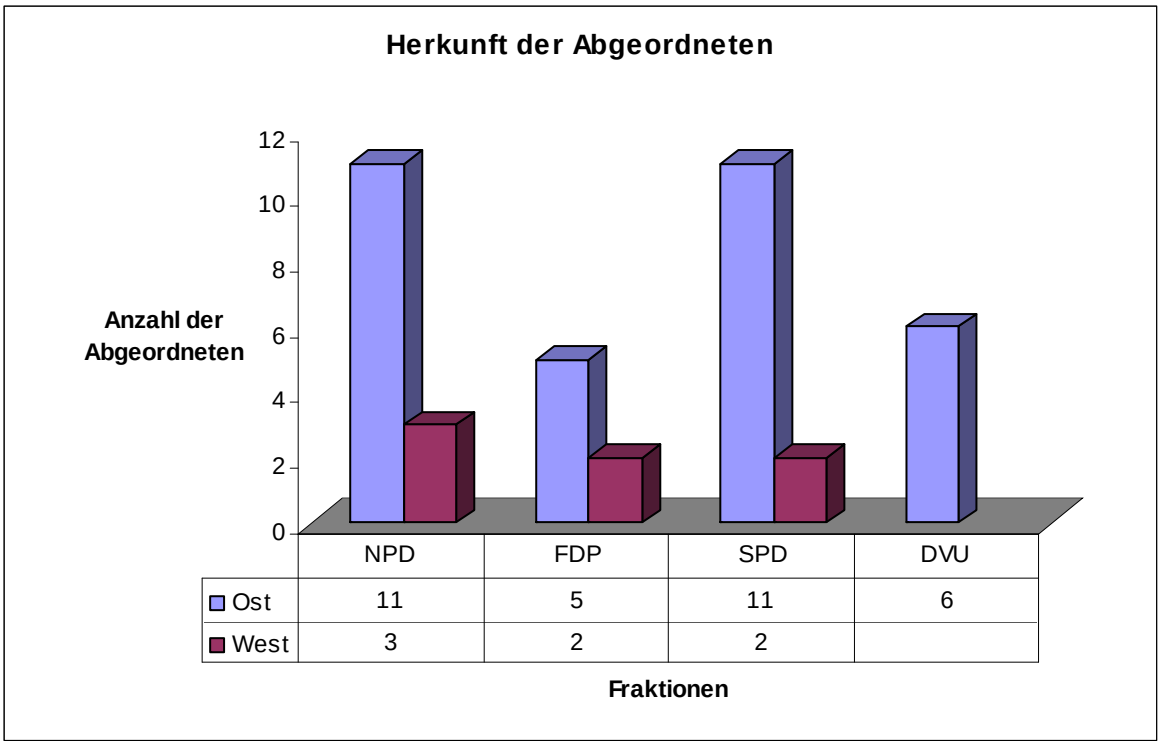
Die bloße Darstellung des Sozialprofils, ohne eine Vergleichsgröße, ist jedoch wenig aussagekräftig. Deshalb werden die Daten mit den Abgeordneten von FDP, SPD und der DVU in Brandenburg verglichen. In Diagrammen sind die Werte in allen fünf Kategorien für jede Fraktion erfasst und bieten somit einen Überblick über das Sozialprofil der Parlamentarier.



Quellen: Infotheken des Sächsischen bzw. Brandenburgischen Landtages

Dieses Diagramm erfasst die Geschlechterverteilung innerhalb der untersuchten Fraktionen. Sofort fällt auf, dass bei der NPD das Verhält-

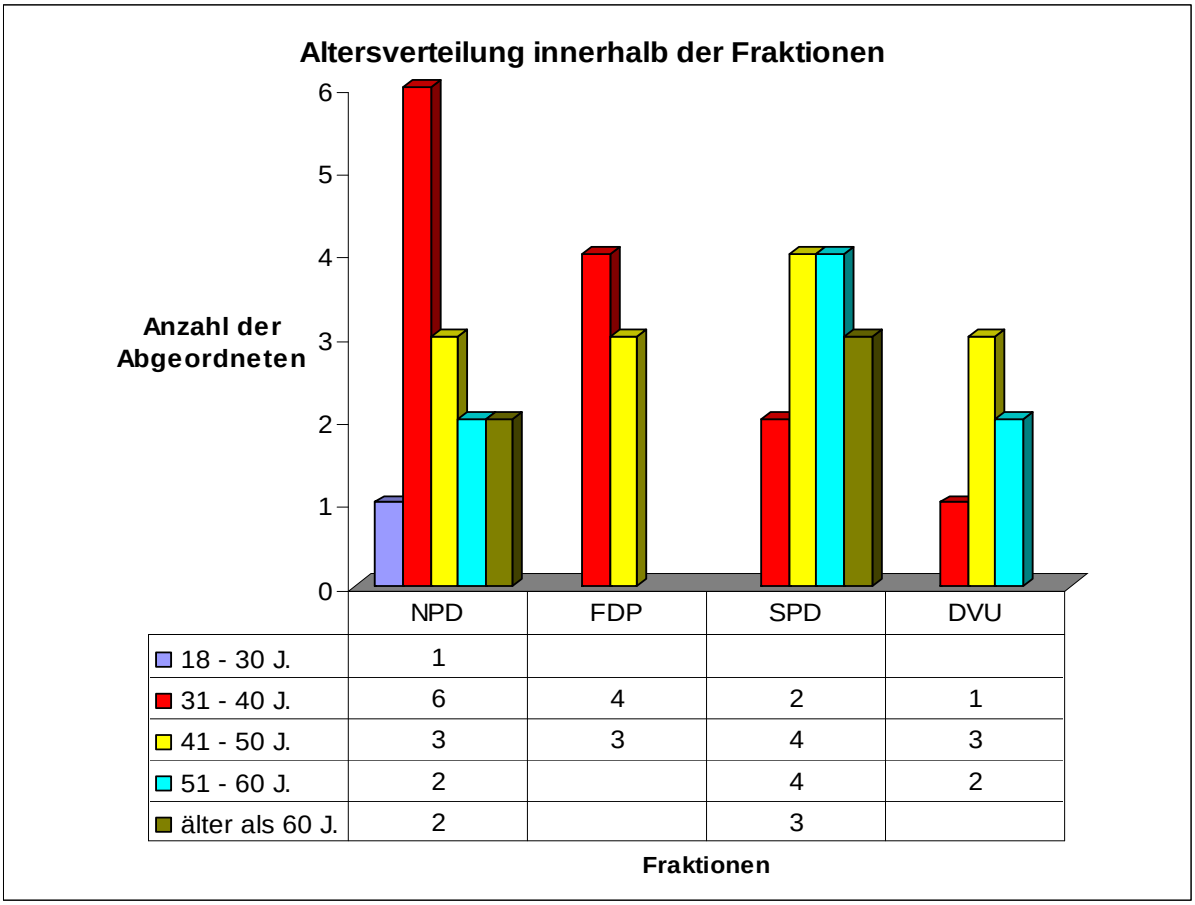
nis zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten in einem deutlichen Ungleichgewicht steht. Zwar sind die Männer in jeder Fraktion in der Überzahl, was durchaus den Geschlechterproportionen im Parteiensystem in Deutschland entspricht, jedoch nirgends so überaus stark wie bei der NPD. Das entspricht dem gängigen Bild rechtsextremistischer Parteien bzw. des Rechtsextremismus als solchem, der als männerdominiertes Phänomen gilt. Interessant ist aber, dass die DVU als ebenfalls rechtsextremistische Partei bei vier Männern auch zwei Frauen in der Fraktion hat. Dies scheint der eben aufgestellten These zu widersprechen. Ein Blick auf die Landesliste, mit der die DVU zur Brandenburger Landtagswahl im September 2004 angetreten ist, relativiert jedoch das Bild. Unter den insgesamt 18 nominierten Kandidaten sind lediglich drei Frauen zu finden[17]. Auch die Brandenburger DVU kann somit im Hinblick auf die Bereitschaft, parteipolitisch aktiv zu werden und Verantwortung zu übernehmen, als männerdominiert bezeichnet werden.



Quellen: Infotheken des Sächsischen bzw. Brandenburgischen Landtages

[17] Vgl. Bekanntmachung des Landeswahlleiters, Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 4. Landtag Brandenburg, in: http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.331303.de (Zugriff am 25. Juli 2007).

Abgesehen von der DVU finden sich in allen Fraktionen Abgeordnete sowohl aus Ost- wie auch aus Westdeutschland. Hier ergeben sich also Gemeinsamkeiten der drei Fraktionen. Bemerkenswert ist jedoch, dass die NPD-Abgeordneten aus Ostdeutschland keineswegs entsprechend ihrer Mehrheit das politische Geschehen ausschlaggebend beeinflussen. Vielmehr sind es die drei West-Funktionäre, die die Parteiarbeit steuern und lenken. Diesem Aspekt widmet sich auch die anschließende Gesamteinschätzung der Fraktion, die diesen Punkt noch einmal aufgreift.



	NPD	FDP	SPD	DVU
18 - 30 J.	1			
31 - 40 J.	6	4	2	1
41 - 50 J.	3	3	4	3
51 - 60 J.	2		4	2
älter als 60 J.	2		3	

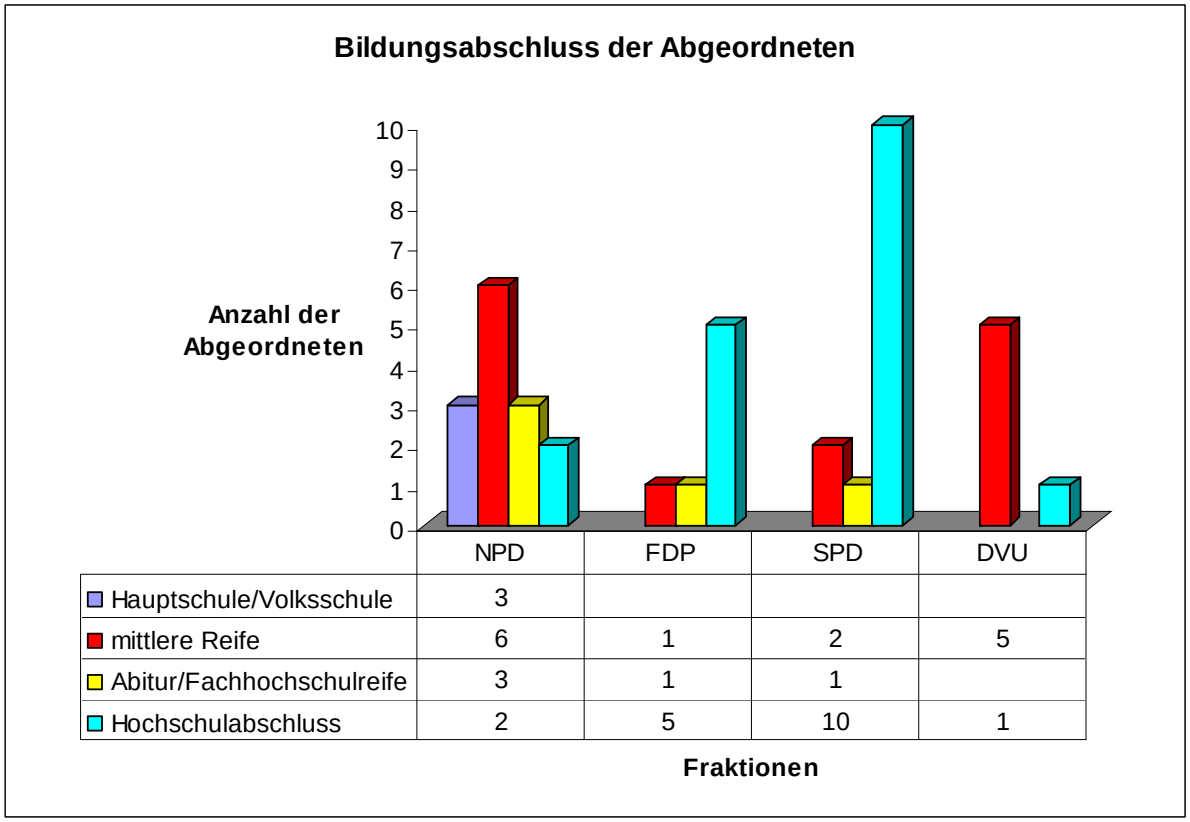
Quellen: Infotheken des Sächsischen bzw. Brandenburgischen Landtages

Ein Blick auf die Altersverteilung zeigt deutliche Unterschiede zwischen allen Fraktionen. Jede Partei hat ihren eigenen „Altersschwerpunkt“. Während NPD und FDP über eher jüngeres Personal verfügen, so sind die Abgeordneten von SPD und DVU tendenziell etwas älter. Herauszuheben ist die NPD aber dennoch: Zum einen stellte sie als einzige Partei Mandatsträger aus allen Alterskategorien auf. Das könnte auf eine gezielte Strategie hindeuten, um durch eine breite Altersstruktur in den eigenen Reihen den Anspruch erheben zu können,

eine große Masse der Bevölkerung zu repräsentieren. Näher liegt allerdings der Schluss, dass die NPD durch ihr unerwartet gutes Abschneiden bei der Landtagswahl gezwungen war, alle personellen Ressourcen, die der Partei zur Verfügung standen, auszuschöpfen.

Zum anderen hat sie die meisten jungen Abgeordneten aller Fraktionen. Die NPD konnte sich somit aus ihrer Sicht in der Öffentlichkeit authentisch als Partei der Jugend darstellen. In der Tat sind Funktionäre, Mitglieder und Wähler der NPD deutlich jünger als bei anderen Parteien. Den Altersdurchschnitt ihrer Mitglieder gibt sie mit 36 Jahren an. Deutlich höher sind diese Zahlen bei anderen Parteien in Sachsen. Ein Mitglied der CDU ist demnach durchschnittlich 54, der Linkspartei sogar 68,6 Jahre alt.[18] Auffallend hohe Zustimmung fand die NPD bei der Landtagswahl 2004 im Bereich der Jung- und Erstwähler zwischen 18 und 25 Jahren. In dieser Altersgruppe wählte fast jeder Fünfte die NPD.[19] Verbunden mit dem jungen Altersschnitt sind einige Vorteile gegenüber anderen Parteien. Die NPD kann beispielsweise „glaubwürdig auf Jugendliche zugehen, so bei Konzerten, in Jugendklubs und an Treffpunkten von Subkulturen. […] Zudem hat es eine politische Gruppierung mit einer Vielzahl junger Funktionäre leichter, das Wahlkampfpersonal zum Aufhängen von Plakaten, Betreuen von Infotischen und Verteilen von Flugblättern selbst zu stellen."[20] Dennoch ergeben sich daraus auch Nachteile. Für parlamentarische Arbeit ist ein gewisser Grad an Reife und Erfahrung notwendig. Ob die NPD dies mit dem relativ jungen und unerfahrenen Personal zu leisten vermag, ist fraglich.

[18] Vgl. Steglich (Anm. 17), S. 86.
[19] Vgl. ebenda, S. 53.
[20] Vgl. ebenda, S. 91.

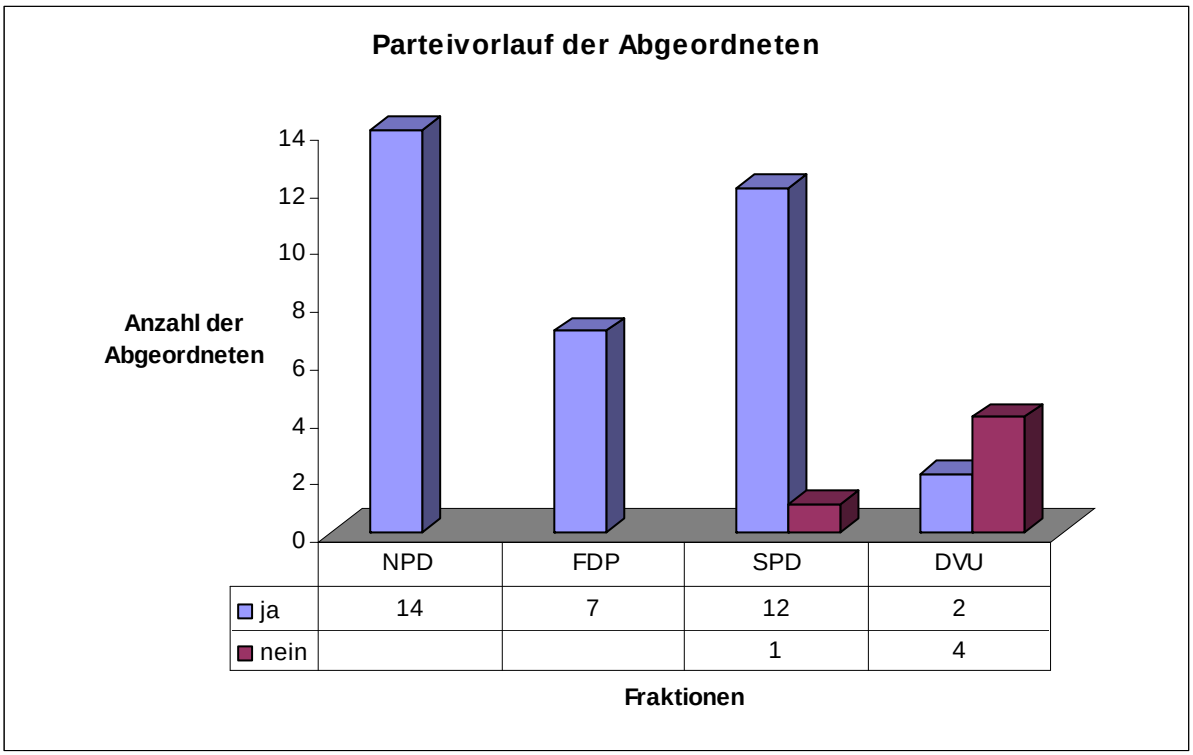


Quellen: Infotheken des Sächsischen bzw. Brandenburgischen Landtages

Die NPD verfügt über lediglich fünf Personen mit Hochschulabschluss bzw. –reife. Neun Personen hingegen haben nur die mittlere Reife bzw. gar nur einen Hauptschulabschluss. Bei FDP und SPD sieht das deutlich anders aus. Die große Mehrheit der Abgeordneten beider Parteien verfügt über ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Lediglich drei Personen besitzen die mittlere Reife – in der NPD sind es doppelt so viele. Bei der DVU kann ebenso kaum von überdurchschnittlich gebildetem Personal gesprochen werden. Nur eine Abgeordnete hat ihr Studium abgeschlossen, während die anderen fünf lediglich über die mittlere Reife verfügen. Bemerkenswert ist zudem die Tatsache, dass sich nur in den Reihen der NPD Parlamentarier mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss befinden.

Ein paar Zahlen zur Verdeutlichung: 36 Prozent der NPD-Abgeordneten haben Abitur oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Bei der SPD sind es dagegen 85, bei der FDP sogar 86 Prozent. Die DVU rangiert in dieser Liste ganz hinten. Sie bringt es auf 16 Prozent. Solche Zahlen, ohne sie überzubewerten, sprechen eine deutliche Sprache. Wenn man nun den Bildungsabschluss als Indikator für das intellektuelle Niveau und die politische Kompetenz der Abgeord-

neten betrachtet, dann entstehen begründete Zweifel, ob einige Mandatsträger der NPD über entsprechende Voraussetzungen verfügen.



Quellen: Infotheken des Sächsischen bzw. Brandenburgischen Landtages

Bis auf einzelne Abgeordnete bei SPD und DVU haben alle Parlamentarier einen Parteivorlauf, das heißt sie sind seit mindestens fünf Jahren Mitglied der jetzigen Partei und üben dort ein Amt bzw. eine Funktion aus. Hier unterscheidet sich die NPD nicht von anderen Fraktionen. Ihre Abgeordneten sind, unabhängig von ihrer bisherigen parlamentarischen Erfahrung, keine politischen Neulinge. Einschränkend muss gesagt werden, dass es in kleinen Parteien deutlich einfacher ist, Verantwortung zu übernehmen. Daraus mag das Ergebnis resultieren, dass alle NPD-Abgeordneten auch Funktionen ausüben. Aufgrund geringer Mitgliederzahlen und überschaubarer Strukturen ist es für politisch Ambitionierte leichter, in entsprechende Führungskreise aufzusteigen. Dies muss bei einem Vergleich beispielsweise mit der ungleich größeren SPD beachtet werden.

Die Aussagekraft der hier erhobenen Daten darf zwar nicht überschätzt werden, vermittelt aber durch objektive Daten einen Eindruck über die Gestalt der Fraktionen. In der Gesamtschau ergibt sich ein

durchaus realitätsnahes Bild, das im Folgenden noch weiter verfeinert werden soll.

Für die NPD kann konstatiert werden, dass es sich um eine in vielen Bereichen heterogene Fraktion handelt. Sie wird von Männern dominiert, besteht sowohl aus ost- als auch aus westdeutschen Abgeordneten und deckt, trotz vieler recht junger Personen, altersmäßig die größtmögliche Palette ab. Die Abgeordneten der NPD verfügen im Vergleich mit demokratischen Fraktionen durchschnittlich über deutlich niedrigere Bildungsabschlüsse. Ähnliche Ergebnisse verzeichnet die DVU. Der bei allen NPD-Abgeordneten vorhandene Parteivorlauf bescheinigt ihnen hingegen, ungeachtet in welchem Maße, politische Erfahrung. Die erwähnten Besonderheiten kleinerer Parteien sind jedoch zu beachten.

2.3.2 Gesamteinschätzung

Innerhalb eines knappen Jahres hat sich die NPD-Fraktion um ein Drittel dezimiert. Diese Entwicklung zeigt, welchem Druck die Fraktion ausgesetzt ist. Innerhalb kürzester Zeit mussten parlamentarisch weitgehend unerfahrene Personen künstlich zu einer Einheit zusammengeschlossen werden. Zwar bemühte sich die NPD stets um Geschlossenheit, das Auseinanderbröckeln der Fraktion dokumentiert jedoch einen deutlichen Rückschlag bei diesen Bemühungen. Der Fraktionsvorsitzende Apfel erklärte in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) ganz freimütig, die NPD habe schlichtweg „ein Problem mit den Köpfen. Leute wie Menzel sind auf die Liste geraten, weil niemand vor drei Jahren mit einem Wahlergebnis von 9,2 Prozent gerechnet hat.“[21] Die Austritte von Schmidt, Baier und Schön sind auf parteiinterne Zerwürfnisse zurückzuführen. Grundlegende Differenzen können entweder das Resultat abweichender politischer Meinungen sein, oder aber in den teilweise sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten der jeweiligen Abgeordneten begründet liegen. An dieser Stelle tritt ein spezifisches Phänomen rechtsextremistischer Parteien zutage. Der Politikwissenschaftler Bernd Neubacher bemerkt

[21] Holger Apfel, zitiert nach Markus Wehner, Pornos, Patronen und ’ne scharfe Wumme, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27. Dezember 2006.

dazu: „Während andere Parteien im Laufe von Jahren eine Tradition oder Kultur innerparteilicher Konfliktlösung entwickelten, klären die Rechtsparteien Differenzen per diktatorischem Beschluss oder Einzug des Parteibuchs. Konflikte werden somit nicht ausgetragen, schwelen derweil weiter und führen schließlich zu Richtungskämpfen, an denen die Parteiführung oft letztendlich scheitert.“[22] Dies bestätigt auch Kerstin Köditz, Abgeordnete der Linken: „Innerhalb der Fraktion herrscht ganz klar das Führerprinzip. Wenn die NPD beispielsweise eine Überlegenspause beantragt, wird diese von der Fraktion nicht etwa zur regen Diskussion über einen Beratungsgegenstand genutzt, sondern höchstens zwei bis drei Personen treten zusammen und beraten sich. Der Rest ist außen vor. So sieht innerparteiliche Demokratie sicherlich nicht aus.“[23] Der Fall des Abgeordneten Paul, der wegen des Verdachts der Kinderpornografie aus der Fraktion ausgetreten war, ist für die NPD besonders makaber. Sie fordert für Kinderschänder die Todesstrafe.

Nach nunmehr sechs Verlusten und lediglich zwei Nachrückern verfügt die Fraktion Anfang 2008 nur noch über acht Mandate. Die Landesliste ist erschöpft. Weitere personelle Ausfälle zögen unmittelbar die weitere Verkleinerung der NPD-Fraktion nach sich. Die Personaldecke der Partei ist äußerst dünn. Zudem verdeutlichen die beiden Nachrücker, Despang und Klose, dass es der NPD an fähigem Personal mangelt. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Prof. Dr. Cornelius Weiss, beschreibt die Situation folgendermaßen: „Das Reservoir an Abgeordneten mit einiger politischer Kompetenz ist offensichtlich erschöpft. Denn die letzten Nachrücker sind absolute politische Kleinkaliber. Sie melden sich nicht zu Wort, ihre Reden werden ihnen vorgeschrieben.“ Anders sieht es in den vorderen Reihen aus, meint Weiss: „Die Führungscrew allerdings besitzt erhebliche politische Raffinesse und Cleverness.“ Mit seiner Meinung steht der SPD-Fraktionschef nicht allein. Auch Abgeordnete anderer Fraktionen teilen diese Einschätzung. Übereinstimmend erkennen sie eine Zweiteilung der NPD-Parlamentarier. Astrid Günther-Schmidt von den Grünen sieht sogar

[22] Bernd Neubacher, NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner: ein Vergleich ihrer Ziele, Organisationen und Wirkungsfelder, Köln 1996, S. 93.

[23] Die folgenden Zitate sind den Gesprächsprotokollen mit den Landtagsabgeordneten entnommen. Die Gesprächsprotokolle befinden sich im Privatarchiv des Autors.

„drastische Unterschiede“. Während die Abgeordneten Gansel und Apfel „vollkommen politisiert“ und in ihrem ideologischen Weltbild verankert seien, wären Klose und Schüßler „politisch quasi ahnungslos“. Lars Rohwer von der CDU bestätigt das: „Frau Schüßler ist höchstens in der Lage abzulesen und macht auch sonst nicht den kompetentesten Eindruck. Peter Klose ist ebenso eine traurige Figur. Den haben die bisher noch nicht einmal im Plenum sprechen lassen.“

Bei dieser Betrachtung ergibt sich ein, über Parteigrenzen hinweg, klares und eindeutiges Bild der NPD-Mandatsträger: Die Abgeordneten Apfel und Gansel werden durchgehend als fähigste Personen eingeschätzt. Letzteren bezeichnet Weiss sogar als den „Goebbels der jetzigen NPD-Fraktion“. Am unteren Ende befinden sich Klose, Schüßler oder auch Petzold. Lars Rohwer resümiert ganz treffend: „Insgesamt sind fünf bei insgesamt acht Abgeordneten Totalausfälle und alle zusammen des Parlamentes nicht würdig.“ (Alexander Delle wird als partiell kompetent eingeschätzt.)

Durch die Teilnahme an den elf Sitzungen des Sächsischen Landtages von Mai bis Juli 2007 konnte diese Einschätzung bestätigt werden. Während der Plenardebatten traten vor allem die Abgeordneten Apfel und Gansel nennenswert in Erscheinung. Sie verzeichneten die meisten Redebeiträge und fielen auch durch regelmäßige Zwischenrufe und Provokationen auf. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass Zwischenrufe eine durchaus übliche Verhaltensweise im Plenum darstellen und von Abgeordneten anderer Fraktionen ebenso genutzt werden. Zu den für die NPD wichtigen Themen, z.B. der Ausländer- oder Sicherheitspolitik, sprachen stets Apfel oder Gansel (Apfel am 9. Mai 2007 zum Zuwanderungsgesetz; Gansel am 10. Mai zu Online-Durchsuchungen bzw. am 5./6. Juni 2007 zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Korruptionsaffäre). Hieran wird deren Bedeutung für die Fraktion ersichtlich. Während sich beide innerhalb ihres geschlossenen extremistischen Weltbildes bewegen können und auch in der Lage sind, auf Nachfragen zu reagieren, wirken andere Abgeordnete unsicher und lesen lediglich von ihrem Skript ab. Eine Zweiteilung der Fraktion hinsichtlich der Fähigkeiten ihrer Mitglieder kann durch die Erfahrungen aus den Sitzungen bestätigt werden.

Sicherlich muss der NPD zu Gute gehalten werden, dass es sich bei ihren Abgeordneten weitgehend um parlamentarisch völlig unerfahre-

ne Personen handelt. Politische Neulinge sind sie jedoch nicht. Es bleibt der Eindruck, die unterschiedlichen Charaktere der NPD waren aus verschiedensten Gründen nicht willens oder in der Lage, sich in ein homogenes System einzufügen. Der Druck, der auf den verbliebenen Abgeordneten lastet, dürfte durch die innerparteilichen Probleme und Querelen wohl nicht geringer werden.

Die NPD-Landtagsfraktion besteht jedoch aus mehr als nur den Mandatsträgern. Sie versteht sich als „Nervenzentrum der Partei“[24]. Nach dem Einzug der Partei in den Sächsischen Landtag 2004 wurden viele prominente und intellektuelle Rechtsextremisten an die Elbe geholt. Sie sorgen dafür, dass die Arbeit der Parlamentarier gut vorbereitet ist. Prof. Dr. Cornelius Weiss, Fraktionsvorsitzender der SPD, schildert im Interview seine Sicht der Dinge: „Ich habe keine Fehler entdeckt. Die Beiträge sind in der Regel auch gut recherchiert. Dass sie dabei manchmal Sachen gezielt unterschlagen ist nicht Lässigkeit, sondern Absicht, politisches Kalkül“. Überhaupt versucht die Fraktion, professionell aufzutreten. Lars Rohwer bescheinigt der NPD ebenfalls handwerklich passable Arbeit: „Sie passen da natürlich auch gehörig auf, dass ihnen keine Fehler unterlaufen, da dies in der Klientel nicht gut ankäme.“

Mit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat die Fraktion allerdings einige Mitarbeiter abgeben müssen. Unter den Abgängen befinden sich unter anderem Peter Marx und Stefan Rochow. Damit hat der Mitarbeiterstab auch an Qualität eingebüßt. Ähnlich wie bei den Abgeordneten selbst, gibt es auch im Mitarbeiterstab der Fraktion deutliche Unterschiede. Neben erfahrenen Fachleuten wie Karl Richter oder ehemals Peter Marx, die im Übrigen beide vorbestraft sind, findet sich auch ein ehemaliger Rechtsterrorist (Peter Naumann) auf der Gehaltsliste der NPD. Die NPD-Fraktion erweckt den Anschein, ein Sammelbecken für diverse Rechtsextremisten zu sein. Damit demonstriert die Partei ihrer Klientel zwar die Nähe zu diesen nationalen Kräften, Seriosität vermittelt sie der breiten Öffentlichkeit durch die Auswahl ihres Personals aber nicht.

Die abschließende Betrachtung der Abgeordneten und des Mitarbeiterstabes der Fraktion zeigt, dass die NPD zum Teil durchaus fähiges Personal in Dresden konzentriert hat. Unter den für die Fraktion täti-

[24] Brech (Anm. 12), S. 14.

gen Personen sind Akademiker, erfahrene und ranghohe Partei-Funktionäre. Zwei Abgeordnete (Apfel und Gansel) sowie drei, teilweise ehemalige, Mitarbeiter gehören dem Bundesvorstand der Partei an (Marx, Roßmüller, Rochow). Auffallend ist auch die enge personelle Verwobenheit mit der JN. Der derzeitige Bundesvorsitzende, Stefan Rochow, ist ebenso im Dresdner Landtag tätig wie die drei ehemaligen Vorsitzenden Apfel, Roßmüller und Storr. Peter Naumann war unter Günter Deckert stellvertretender Vorsitzender.

Ebenso deutlich wie die Verbindung zur JN ist auch die Einbeziehung von Vertretern anderer parteinaher Organisationen sowie der Kameradschaften. Dieses Vorgehen entspricht dem vom NPD-Vorsitzenden Udo Voigt vorgegebenen Kurs, die Partei zunehmend auch den „freien Kräften“ zu öffnen: So gehörten Klaus-Jürgen Menzel beispielsweise der „Freien Kameradschaft Bremerhaven“ und Sascha Roßmüller dem 1993 verbotenen „Nationalen Block“ an.

Neben den vollkommen politisierten und teilweise klugen Führungskadern finden sich aber auch verurteilte Straftäter, dumpfe Rechtsextremisten und „absolute politische Kleinkaliber“ in der Fraktion. Die intellektuelle Schere zwischen Führungsriege und dem Personal in den hinteren Reihen ist immens. Da drängt sich der Eindruck auf, die NPD habe die Lücken zwangsweise mit Leuten schließen müssen, deren „politische wie intellektuelle Kapazitäten zumindest fragwürdig“ (Dr. Jürgen Martens) erscheinen. Eine Rolle spielt dabei sicherlich der in dem Ausmaß nicht vorhersehbare Wahlerfolg im September 2004.

Dem Betrachter der NPD-Fraktion zeigt sich somit ein ambivalentes Bild. Der Eindruck, der durch die Teilnahme an den Plenarsitzungen des Landtages entsteht, wird durch die Gespräche mit den Abgeordneten und die Analyse des Sozialprofils gestützt. Als Ausnahmen sind an dieser Stelle vor allem Holger Apfel, Jürgen Gansel, Karl Richter und Peter Marx zu nennen. Sie können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die NPD-Fraktion höchstens mäßige politische sowie intellektuelle Kompetenz besitzt. Auffallend ist an dieser Stelle, dass es sich bei allen eben aufgezählten Personen um westdeutsche Importfunktionäre handelt. Der Vorwurf des ehemaligen NPD-Abgeordneten Baier an

die Parteiführung, der „Einfluss zugereister NPD-Funktionäre"[25] sei zu dominant geworden, erscheint vor diesem Hintergrund nachvollziehbar. Dem Anspruch einer seriösen, rundum gebildeten und fachkundigen Fraktion wird die NPD im Sächsischen Landtag jedenfalls nicht gerecht.

3. Die Parlamentsarbeit

3.1 Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion zu untersuchen, bieten sich unterschiedliche Möglichkeiten an. Hier seien exemplarisch die Fraktionszeitung „Klartext" sowie der Internetauftritt der Fraktion herausgegriffen. Anhand dieser beiden Medien kann verdeutlicht werden, wie professionell die NPD ihre Berichterstattung und Publizierung gestaltet und in welchen Bereichen sie Schwerpunkte setzt. Man könnte zudem beispielsweise die Heftreihe „Beiträge zur sächsischen Landespolitik" analysieren oder Pressemitteilungen auswerten. Inhaltlich jedoch bestehen zwischen der Heftreihe und den später noch untersuchten Parlamentsinitiativen zu starke Überschneidungen, weshalb eine separate Betrachtung dieser Publikation nicht sinnvoll erscheint. Die gesonderte Analyse von Pressemitteilungen ist für eine aufschlussreiche Bewertung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion ebenso entbehrlich, da es sich hierbei in der Regel um Stellungnahmen zu tagesaktuellen Themen handelt, welche sich meistens auch auf der Homepage wiederfinden. Daher soll sich die Untersuchung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf die Fraktionszeitung sowie den Internetauftritt beschränken.

3.1.1 Fraktionszeitung „Klartext"

Bei der Untersuchung der Fraktionszeitung „Klartext" soll es vor allem darum gehen, welche Schwerpunkte die NPD bei der Berichterstattung über ihre parlamentarische Arbeit setzt. Dafür wurden alle bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt erschienenen Ausgaben der Zeitung (Nr. 1 bis 13 inklusive einer Sonderausgabe) ausgewertet. Im Folgen-

[25] Vgl. o.A., Weiterer Abgeordneter verlässt die NPD in Sachsen, in: http://www.welt.de/print-welt/article186033/Weiterer_Abgeordneter_verlaesst_die_NPD_in_Sachsen.html (Zugriff am 23. Juli 2007)

den soll aber nicht auf jede Ausgabe im Einzelnen eingegangen werden, sondern vielmehr ein Gesamtüberblick über die Fraktionszeitung geliefert werden.

Um die Schwerpunktsetzung in der Fraktionszeitung richtig einordnen zu können, ist es notwendig, einige Bemerkungen zum Selbstverständnis der NPD in Sachsen zu machen. Dieses kommt in zahlreichen Artikeln des „Klartext" zum Ausdruck. Die Partei versteht sich in erster Linie als einzige „echte" Oppositionspartei im Sächsischen Landtag, als Korrektiv zu den etablierten Parteien. Nur die NPD vertrete die Interessen des deutschen Volkes, sie sieht sich dabei als „Anwalt der kleinen Leute". Im Landtag, aber auch von den Medien, werde sie ausgegrenzt und diffamiert. In zahlreichen Artikeln[26] klagen die Abgeordneten, aber auch Sympathisanten und Unterstützer der Partei, über mediale Hetze, unsachliche Berichterstattung und über den Umgang der anderen Parteien mit der NPD. Alle Anträge und Initiativen würden „aufgrund der ‚antifaschistischen' Borniertheit der sächsischen Blockparteien generell abgelehnt"[27]. Die NPD gefällt sich durchaus in dieser selbst inszenierten Opferrolle, kann sie sich doch dadurch glaubhaft als Märtyrer darstellen und alle Probleme bzw. Unzulänglichkeiten darauf abwälzen.

Aus diesem Selbstverständnis heraus ergibt sich die Zielsetzung der Fraktionszeitung. Sie dient, neben der eigentlichen Berichterstattung über die parlamentarischen Initiativen der Partei, nicht zuletzt der Selbstthematisierung und Agitation gegen den politischen Gegner und die Medien. Die NPD muss bei der politisch wie medialen Ausgrenzung, der sie fortwährend ausgesetzt ist, alles daran setzen, sich überhaupt präsentieren zu können. Über die Sachpolitik gelingt ihr das nicht, weil keine ihrer Initiativen die Zustimmung des Parlamentes findet. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Verarbeitung ihres Selbstverständnisses einen wichtigen Themenschwerpunkt darstellt. Gleichwohl leidet der Informationsgehalt der Zeitung hierunter, weil

[26] Vgl. Gitta Schüßler, Wenn Parlamente hetzen, in: Klartext (2005), Nr. 5, S. 1; o.A., Liebe Leserin, lieber Leser, in Klartext (2005), Sonderausgabe, S. 4; o.A., Schikane, in Klartext (2007), Nr. 12, S. 2.

[27] Holger Apfel, Der Haushalt ist zu wichtig, um ihn den Blockparteien zu überlassen, in: Klartext (2005), Nr. 3, S. 1.

anstelle von parlamentarischen Aktivitäten vielfach sachfremde Themen erörtert werden.

Häufig verknüpft die NPD den Aspekt der Selbstthematisierung mit der Agitation gegen den politischen Gegner. Neben den „Altparteien" in Gänze ist das vor allem die Linke. In der ersten Ausgabe der Zeitung wird diese als „Drogenpartei"[28] bezeichnet und ihr vorgeworfen, in ihren Reihen befänden sich Drahtzieher und Hintermänner „linker Gewaltexzesse"[29]. In aggressiven und polemischen Artikeln greift die NPD mit auffallender Regelmäßigkeit den Abgeordneten der Linken Peter Porsch an und thematisiert die gegen ihn gerichteten Vorwürfe wegen etwaiger Tätigkeiten für die DDR-Staatssicherheit[30]. Ablehnende Stellungnahmen zu den politischen Aktivitäten anderer Parteien sind als Oppositionsfraktion zwar sinnvoll und notwendig, die NPD aber kritisiert die Abgeordneten oftmals persönlich[31]. Diese Vorgehensweise zielt eher auf Diffamierung als auf sachliche Auseinandersetzung.

Einen weiteren wichtigen Komplex stellt die Europapolitik dar. Hier greift die NPD regelmäßig das Thema EU-Verfassung auf und begründet in einigen Artikeln ihre ablehnende Haltung. So forderte sie die sächsische Staatsregierung auf, im Bundesrat gegen das Zustimmungsgesetz zur EU-Verfassung zu stimmen, damit die Bundesrepublik Deutschland als „souveräner und demokratischer Rechtsstaat"[32] erhalten bleibt. Der Verfassungsentwurf höhle „das grundgesetzlich verankerte Sozialstaatsprinzip entscheidend aus, weil es den privatkapitalistischen Gewinninteressen auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert wird"[33], so der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel. Er warnte außerdem davor, das Demokratieprinzip aus Artikel 20 des Grundgesetzes anzutasten: „Wer daran Hand anlegt, schafft ein Brüs-

---

[28] O.A., Lieber hundert bekiffte Demokraten als ein NPDler, in: Klartext (2005), Nr. 1, S. 3.

[29] O.A., Entlarvende Kungelei in Pirna, in: Klartext (2005), Nr. 1, S. 4.

[30] Vgl. o.A., Larmoyante Einäugigkeit, in: Klartext (2005), Nr. 5, S. 2; O.A., „Herr Porsch, Sie gehören vor Gericht", in: Klartext (2006), Nr. 8, S. 3.

[31] Vgl. o.A., So nicht, Frau Lay!, in: Klartext (2006), Nr. 9, S. 2; O.A., Was haben Sie gegen die Fahne, Frau Bonk?, in: Klartext (2006), Nr. 9, S. 2.

[32] Holger Apfel, Die Bundesrepublik als souveränen und demokratischen Rechtsstaat erhalten, Interview in: Klartext (2005), Nr. 2, S. 3.

[33] Ebenda.

seler Protektorat auf deutschem Boden.“[34] Mit bloßen Warnungen wollte sich die NPD aber offensichtlich nicht begnügen. Sie reichte beim Bundesverfassungsgericht eine Organklage gegen das Zustimmungsgesetz ein[35]. Bereits zuvor hatte der Zweite Senat des Gerichtes eine gleich lautende Organklage des CSU-Abgeordneten Dr. Peter Gauweiler mit der Begründung verworfen, dass der Antrag im Organstreitverfahren unzulässig sei.

Neben der EU-Verfassung spielen auch die möglichen EU-Beitritte der Türkei[36], Rumäniens und Bulgariens[37], die EU-Dienstleistungsrichtlinie[38] sowie die angebliche Verletzung deutscher Souveränitätsrechte[39] durch den US-amerikanischen Nachrichtendienst CIA immer wieder eine Rolle. In der vierten Ausgabe des „Klartext“ forderte die NPD sogar den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der EU. Sie wolle dem „Brüsseler EU-Monster Widerstand entgegensetzen, wo immer dies möglich ist.“[40] All diese Initiativen dokumentieren, dass die EU-Politik für die NPD einen hohen Stellenwert besitzt. Die Mehrheit der Gesprächspartner, die ebenfalls nach den Schwerpunkten der NPD-Arbeit befragt wurden, bestätigt diese Einschätzung.

Einen wichtigen Teil der Fraktionszeitung bildet die Ausländer- und Asylpolitik. Seit jeher steht für die NPD dieser Komplex ganz oben auf der Agenda. So forderte sie bereits kurz nach ihrem Einzug in den Landtag die Abschaffung des Ausländerbeauftragten und wollte diesen durch einen „Rückkehrbeauftragten“ ersetzen.[41] Der solle sich in erster Linie um die Beratung von Ausländern kümmern, um diese „zu einer baldigen Heimkehr (zu) bewegen.“[42] Ziel der Maßnahme sei es, „daß die Zahl der dauerhaft im Freistaat lebenden Ausländer gering bleibt.“[43] In der Haushaltsdebatte forderte die NPD massive Einspa-

---

[34] Ebenda.
[35] Vgl. o.A., „Ist das Grundgesetz Makulatur?“, in: Klartext (2005), Nr. 4, S. 2.
[36] Vgl. o.A., Ankara soll draußen bleiben, in: Klartext (2005), Nr. 4, S. 2.
[37] Vgl. o.A., Wahnsinnsprojekt „Europa der 27“, in: Klartext (2006), Nr. 7, S. 3.
[38] Vgl. ebenda, S. 4.
[39] Vgl. o.A., „Stoppt den Foltertourismus!“, in: Klartext (2006), Nr. 6, S. 1-2.
[40] Vgl. o.A., Los von Brüssel!, in: Klartext (2005), Nr. 4, S. 3.
[41] O.A., „Für eine Heimkehr in Würde“, in: Klartext (2005), Nr. 1, S. 2.
[42] Ebenda.
[43] Ebenda.

rungen bei Asylbewerbern[44]. Nach ihrem Vorschlag sollten die Ausgaben in diesem Bereich für das Jahr 2005 um 62,07 Millionen Euro gesenkt werden – das entspricht einer Kürzung von 98,4%!

Auch bei der Behandlung des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zuwanderungsgesetzes machte die Partei keinen Hehl aus ihrer ausländerfeindlichen Gesinnung. Holger Apfel sprach sich entschieden gegen jedes Zuwanderungs- oder Bleiberecht aus, forderte vielmehr eine „Ausländerrückführungspflicht“[45]. In fast jeder Ausgabe der Zeitung werden Ausländer und Asylbewerber in teilweise aggressivem und diffamierendem Jargon angegriffen. Ihnen werden pauschal Kriminalität, die Erschleichung von Sozialleistungen und die Zerstörung der deutschen Gesellschaft durch Überfremdung vorgeworfen. Auf diesem Gebiet kommt der extremistische und fremdenfeindliche Charakter der NPD besonders deutlich zum Ausdruck. Darüber hinaus beschäftigen sich auch einige Artikel mit dem Patriotismus-Verständnis der NPD. Darin plädiert die Partei für eine stärkere Identifizierung mit den deutschen Nationalsymbolen. Neben dem Bekenntnis zur Fahne fordert sie vor allem, dass die Nationalhymne in den Schulen wieder regelmäßig gesungen wird[46]. Nach dem Willen der NPD sollen dabei alle drei Strophen der Hymne gesungen werden.[47]

Der letzte große Themenkomplex in der Fraktionszeitung ist die Familien- und Sozialpolitik. Hier setzt sich die NPD gekonnt als „Anwalt der kleinen Leute“ in Szene. Sie spricht sich ganz klar gegen jegliche soziale Einschnitte und finanzielle Mehrbelastungen aus. An erster Stelle steht hier vor allem die Hartz IV-Problematik. In mehr als der Hälfte aller Ausgaben finden sich Artikel hierzu. Die NPD nutzt dabei den in der Bevölkerung weit verbreiteten Unmut über diese Maßnahmen, um sich als einzige politische Alternative zu präsentieren, die sich konsequent für die Bürgerinteressen einsetzt. Während sich die NPD „an der Seite der Betroffenen weiß“[48] und die „Opfer der etab-

[44] Vgl. o.A., Weniger Geld für Asylanten, kein Geld für Denunzianten, in: Klartext (2005), Nr. 3, S. 2.
[45] O.A., „Weder Zuwanderung noch Bleiberecht“, in: Klartext (2007), Nr. 12, S. 3.
[46] Vgl. o.A., Deutschlandlied lernen!, in: Klartext (2006), Nr. 6, S. 2.
[47] Vgl. o.A., „Deutschlandlied – ja bitte!“, in: Klartext (2005), Nr. 5, S. 3.
[48] O.A., Hartz IV nicht auf Kosten der Ärmsten!, in: Klartext (2006), Nr. 9, S. 1.

lierten Politik“[49] nicht vergesse, seien den Altparteien „die Folgen der desaströsen Hartz-IV-Politik ziemlich gleichgültig.“[50] Die Gesetzgebung der Bundesregierung wird als „Irrsinn“[51], „gigantischer Beitragsbetrug“[52] und „asoziale Arbeitsmarktpolitik“[53] diffamiert. Aber auch in anderen Bereichen lehnt die NPD höhere Gebühren und Preise kategorisch ab. So sprach sie sich gegen die Erhöhung der Rundfunkgebühren[54] aus, forderte die Abschaffung der Praxisgebühr[55] sowie die Senkung der Benzinpreise[56] und der Mehrwertsteuer.[57] Auf der anderen Seite setzt sich die NPD vor allem für die Familienförderung ein. Hier sind Initiativen zur Einführung eines „Müttergehaltes“, ein zinsloser Ehekredit oder staatlich gestützte Mieten für junge Familien zu nennen.[58]

Die Frage der Finanzierung all dieser Vorhaben bleibt jedoch ungeklärt. Als einzige Einsparungsmöglichkeit wird während der Haushaltsdebatte der Etat für Ausländer- und Asylausgaben erwähnt. Es erscheint allerdings wenig glaubhaft, dass die genannten Vorhaben alleine dadurch gedeckt werden könnten. Die Forderungen der NPD finden beim Wähler hingegen zweifelsohne Anklang. Versprechungen und Solidaritätsbekundungen sind immer populär. Die Besucher der Plenardebatten könnten sich schließlich selbst davon überzeugen, „welche Fraktion es mit den sächsischen Wählern gut meint und welche nicht.“[59] Zu einem solch unseriösen Vorgehen ist die Partei in der Lage und bereit, weil ihr bewusst ist, dass sie auf absehbare Zeit nicht in der Regierungsverantwortung stehen wird. Es ist selbstverständlich eine der Kernaufgaben der parlamentarischen Opposition, die Regie-

[49] O.A., NPD solidarisch mit Hartz-Opfern, in: Klartext (2007), Nr. 13, S. 1.
[50] O.A., Was ist „angemessen?“, in: Klartext (2005), Sonderausgabe, S. 2.
[51] Ebenda.
[52] O.A., Hartz IV stoppen!, in: Klartext (2005), Nr. 3, S. 4.
[53] O.A. (Anm. 49), S. 1.
[54] Vgl. o.A., Nein zur Erhöhung der Rundfunkgebühren!, in: Klartext (2005), Nr. 2, S. 2.
[55] Vgl. o.A., Weg mit der Praxisgebühr!, in: Klartext (2005), Nr. 5, S. 3.
[56] Vgl. o.A., NPD: „Benzinpreise runter!“, in: ebenda, S. 2.
[57] Vgl. o.A., „Hohe Mehrwertsteuer ist ungesund!“, in: Klartext (2006), Nr. 8, S. 1.
[58] Vgl. o.A., Wie kriegen wir mehr Kinder, Frau Schüßler?, in: Klartext (2006), Nr. 7, S. 3.
[59] O.A. (Anm. 50), S. 1.

rung zu kritisieren, zu provozieren und eigene Alternativen anzubieten. Anders aber als die FDP beispielsweise, die dem Wähler im Falle ihrer Regierungsbeteiligung nicht das „Blaue vom Himmel“ verspricht, ergießt sich die NPD in unfinanzierbaren und unrealistischen Forderungen. In ihrer Klientel kommt diese Strategie vermutlich an, Seriosität bescheinigt sie der Fraktion aber nicht.

Positiv herauszuheben sind hingegen einige Artikel zur Umwelt- und Bildungspolitik.[60] Sie verzichten auf den gewohnt aggressiven Tonfall und wirken daher recht sachlich und nüchtern. Das mag zum einen daran liegen, dass sich diese Themenfelder weniger für Polemik eignen als die Ausländer- und Asylpolitik. Zum anderen hängt der Stil der Aktivitäten immer von den handelnden Personen ab. Matthias Paul beispielsweise galt als ruhiger und zurückhaltender Parlamentarier, dem durchaus eine gewisse Fachkompetenz nachgesagt wurde. Immerhin war er bis zum Ausscheiden der Abgeordneten Schmidt, Baier und Schön aus der NPD-Fraktion Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft.

Artikel wie diese stellen jedoch eher die Ausnahme dar. Insgesamt gesehen überwiegen plakative und oberflächliche Artikel, die mehr auf Polemik denn auf Sachlichkeit abzielen. Der Informationsgehalt hält sich dadurch in Grenzen. Im Vordergrund der Fraktionszeitung stehen ganz klar Populismus und Agitation.

[60] Vgl. o.A., Mit Schulden ins Berufsleben?, in: Klartext (2005), Nr. 2, S. 4; o.A., Keine Streichungen bei den Schulen!, in: Klartext (2005), Sonderausgabe, S. 4; o.A., „Jahrelange Arbeit honorieren!“, in: Klartext (2005), Nr. 5, S. 4; o.A., „Naturschutz ist Staatsaufgabe!“, in: Klartext (2007), Nr. 11, S. 1-2.

3.1.2 Homepage der Fraktion

Die Internetseite der NPD-Fraktion ist unter der Adresse www.npd-fraktion-sachsen.de zu erreichen. Sie fällt durch eine übersichtliche Gliederung und die unkomplizierte Navigation auf. Das Design ist recht schlicht und wie auch die Fraktionszeitung konsequent in grün-weiß gehalten. Die Verwendung der sächsischen Landesfarben als Wiedererkennungsmerkmal ist dabei sicherlich kein Zufall. Damit soll die Verbundenheit der Partei mit dem Freistaat und seinen (deutschen) Bürgern dokumentiert werden.

Die Homepage ist im Wesentlichen in drei größere Rubriken untergliedert. In der Rubrik „Inhalte“ befinden sich aktuelle Beiträge der Fraktion zu tagespolitischen Themen. Dazu zählen beispielsweise aktuelle Pressemitteilungen, Stellungnahmen oder Plenarreden der Abgeordneten. Hier ist festzustellen, dass die Seite bei jeder Recherche auf dem aktuellen Stand war und zeitnah entsprechende Dokumente zu finden waren. Medienwirksame und Aufsehen erregende Redebeiträge der Parlamentarier standen oft noch am selben Sitzungstag auf der Internetseite der Fraktion. Darüber hinaus sind in dieser Rubrik ausgewählte Filmbeiträge aus dem Plenum und die NPD-Positionen zu diversen Themenfeldern eingestellt. Hier sind Kurzbeschreibungen zu den angestrebten Zielen der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Haushalts- oder Sozialpolitik zu finden. Allerdings sind diese knappen Dossiers sehr oberflächlich und polemisch formuliert. Sie bestehen eher aus pauschaler Systemkritik verknüpft mit ausländerfeindlichem Unterton als aus klar formulierten Konzepten. Als Beispiel soll hier ein Auszug aus dem Themenbereich „Bildung“ dienen: „Das Volksbildungssystem soll jedem Deutschen die seinen Begabungen und seinen Leistungswillen entsprechende Ausbildung ermöglichen… Der wachsende Gesinnungsterror an den Schulen und Hochschulen steht den Bildungsanforderung einer umfassend gebildeten und vielseitigen Einzelpersönlichkeit entgegen. Die Vernachlässigung der charakterlichen und ethischen Erziehung hat mehrere Generationen in rein materialistisches Denken und flaches Genußleben abgleiten lassen. Bildungspolitik muß heute den Ungeist des Materialismus und seiner kulturfeindlichen Folgen überwinden.“[61]

[61] O.A., NPD-Dossier zum Thema Bildung, in: www.npd-fraktion-sachsen.de (Zugriff am 23. Juli 2007).

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich „Kultur“ verdeutlicht die Oberflächlichkeit der Aussagen: „Unserem geistigen Erbe verpflichtet zu sein – und gleichzeitig den deutschen Menschen in seinem zeitlich gebundenen Sein zu erfassen und zu reflektieren – das ist nationale Kulturpolitik. Kultur ist eben nicht nur Vergangenheit, aber auch nicht nur Gegenwart. Sie ist Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zugleich – ein überzeitliches WIR. Kultur ist das kollektive Gedächtnis unseres Volkes, das die seelischen Kräfte unseres Volkes über alle Zeiten fortschreibt.“[62]

Der Stil und die Wortwahl in diesen Texten erinnern teilweise recht stark an den nationalsozialistischen Duktus der NSDAP („Volksgesundheit“, „Nutzen für das Volksganze“, „volkserhaltende Familienpolitik“). Dies entspricht auch dem Gesamtcharakter der NPD. Sie ist geprägt von Ausländerfeindlichkeit, der Verherrlichung des Nationalsozialismus und populistischer Systemkritik. Ferner versteht sie es, ihr extremistisches Weltbild oftmals geschickt durch vieldeutige Formulierungen zu verschleiern. Die Interpretation der Aussagen bleibt damit oft dem Leser überlassen.

In der zweiten Rubrik werden die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion kurz vorgestellt. Zu den Parlamentariern finden sich neben ihren Funktionsbezeichnungen auch knappe Lebensläufe. Hierbei wird der persönliche wie auch der politische Werdegang dargestellt. Bei den Mitarbeitern wurde darauf verzichtet. Bei diesen ist lediglich deren Aufgabengebiet benannt.

Die Rubrik „Archiv“ umfasst die älteren Pressemitteilungen der Fraktion, alle Ausgaben der Fraktionszeitung „Klartext“ sowie Flugblätter und ausgewählte parlamentarische Initiativen (Reden, Anträge, Anfragen). Alle Dokumente können auch als pdf-Dateien heruntergeladen werden. Eine Suchfunktion erleichtert zudem das Auffinden spezieller Dokumente. Als zusätzlichen Service bietet die Partei einen Infobrief an, der abboniert werden kann und per ePost zugesandt wird. Hier hat die NPD offensichtlich versucht, die sehr gängigen englischen Begriffe „Newsletter“ und „E-Mail“ demonstrativ durch deutsche Wörter zu ersetzen.

---

[62] O.A., NPD-Dossier zum Thema Kultur in: www.npd-fraktion-sachsen.de (Zugriff am 23. Juli 2007).

Schließlich befindet sich noch eine kleine Linksammlung auf der Homepage. Von hier aus gelangt der Nutzer auf die Internetseiten der Bundespartei, der JN oder anderen der NPD nahe stehenden Organisationen.

Bei der Homepage der NPD-Fraktion handelt es sich durchaus um einen professionellen und ansprechenden Internetauftritt. Die Seite ist übersichtlich gegliedert, zeitgemäß aufbereitet (Newsletter, Filmbeiträge) und stets auf dem aktuellen Stand. Sie entspricht weitgehend den Erwartungen, die an eine moderne Internetseite gestellt werden. Im Vergleich zu den Seiten anderer Fraktionen ist sie aber nicht herauszuheben. Kritikwürdig ist in jedem Falle der Abschnitt über die politischen Konzepte der Partei. Hier überwiegen Populismus und Agitation gegenüber sachlichen Ausführungen. Neben den bereits oben angeführten Beispielen wird das auch durch den Umstand bestätigt, dass die Korruptionsaffäre (von der NPD als „Mafia-Affäre“ bezeichnet) sowie der Untersuchungsausschuss zur Sächsischen Landesbank (SachsenLB) als eigene Kategorien bei den Themenfeldern dargestellt werden. Selbstverständlich sind dies heikle Themen, die vom politischen Gegner wie auch von den Medien und der Öffentlichkeit besonders aufmerksam verfolgt werden. Das aggressive und polemische Ausschlachten wirkt allerdings sehr übertrieben und hat wenig mit sachlicher Oppositionsarbeit zu tun.

3.2 Die Parlamentsinitiativen

3.2.1 Aktionsformen

Im parlamentarischen Alltag gibt es verschiedene Instrumente und Methoden, um aktiv an der politischen Arbeit teilzunehmen. Dazu zählen beispielsweise Kleine und Große Anfragen, Redebeiträge im Plenum, Gesetzentwürfe und verschiedene Antragsformen. Je nach Partei variiert deren Einsatz in Art und Häufigkeit. Obwohl die bloße Anzahl von Anträgen oder Redebeiträgen nicht besonders viel über deren qualitativen Anspruch aussagt, soll an dieser Stelle einmal betrachtet werden, wie rege die sächsische NPD, die sächsische FDP sowie die brandenburgische DVU von den parlamentarischen Instrumenten Gebrauch machen.

In der laufenden Legislaturperiode brachte die NPD bis zum 6. November 2007 136 Änderungsanträge und elf Dringliche Anträge ins Plenum ein. Die überwiegende Mehrheit wurde abgelehnt oder für erledigt erklärt, einige Anträge zog die Fraktion eigenständig zurück. Die Zustimmung des Parlamentes fand keiner dieser Anträge. Die Dringlichen Anträge zielten meistens auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur SachsenLB oder zur Korruptionsaffäre. In ihrem Dringlichen Antrag vom 5. Januar 2005[63] forderte die NPD den Einsatz von zwei Millionen Euro als Soforthilfe für die Opfer der Flutkatastrophe im südasiatischen Raum. Unverfroren an diesem Antrag ist die Tatsache, dass die finanziellen Mittel bereits anderweitig verplant waren – für das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus" des Jahres 2005. Das Präsidium des Landtags erklärte diesen Antrag daraufhin für unzulässig. Die FDP stellte im selben Zeitraum 84 Änderungsanträge und zwei Dringliche Anträge, die DVU brachte es auf 122 Änderungs- bzw. drei Dringliche Anträge. Hier ist anzumerken, dass die Geschäftsordnung des Brandenburgischen Landtages das Instrument „Dringlichen Antrag“ als „Aktuelle Stunde“ bezeichnet. Beide Formen sind aber weitgehend äquivalent und werden daher als gleichwertig behandelt.

Darüber hinaus stellte die NPD acht Große und 1.725 Kleine Anfragen an die Staatsregierung. Diese Zahlen sind, verglichen mit FDP und DVU, sehr beachtlich. Die Liberalen haben im Untersuchungszeitraum fünf Große und 1.017 Kleine Anfragen erarbeitet, die DVU kommt auf 20 bzw. 321 Initiativen. Anfragen dienen in erster Linie dazu, von der Staatsregierung Auskunft über bestimmte Sachverhalte zu erhalten. Sie sind daher ein wichtiges Instrument parlamentarischer Oppositionsarbeit. Verglichen mit Anträgen und vor allem Gesetzentwürfen, sind sie allerdings deutlich einfacher und zügiger zu erarbeiten. Letztlich handelt es sich um bloße Anfragen, für die zwar gewisse Hintergrundkenntnisse notwendig sind, ein eigenständig entwickeltes Konzept zur Lösung des thematisierten Problems jedoch nicht erforderlich ist. Durch eine Vielzahl solcher Initiativen kann demzufolge auf ein hohes Arbeitspensum der Fraktion verwiesen werden, ohne dass dabei in gleichem Maße zielorientierte Oppositionsarbeit geleistet wird. Der Sozialwissenschaftler Benno Hafeneger stellte in seiner

[63] Vgl. Drucksache 4/441 des Sächsischen Landtages vom 5. Januar 2005.

Studie zur Parlamentsarbeit der Republikaner (REP) in Stadtallendorf (Hessen) fest, dass diese durch ein „Übermaß an Anträgen und Anfragen“[64] auffielen, „deren Beantwortung wiederum eine geradezu unsinnige Beschäftigung der Verwaltung und Gremien zur Folge hat.“[65] Parallelen zur sächsischen NPD sind hier durchaus erkennbar. Immerhin brachte sie deutlich mehr Anfragen und Anträge ins Plenum ein als FDP und DVU zusammen – bei weniger Abgeordneten.

Bei den Gesetzentwürfen sieht das allerdings anders aus. Während die NPD lediglich acht derartige Initiativen im Landtag vorstellte, kommt die FDP auf 18, die DVU in Brandenburg immerhin auf 14 Entwürfe. Bemerkenswert ist zudem die Tatsache, dass die NPD in den Jahren 2004 bis 2006 jeweils nur einen einzigen Gesetzentwurf entwickelt hat, im Jahr 2007 aber bereits fünf. Wo die Ursachen hierfür liegen, ist schwer einzuschätzen. Möglicherweise war zu Beginn der Legislaturperiode eine gewisse Einarbeitungszeit notwendig, um sich mit den Abläufen des Parlamentsbetriebes vertraut zu machen. Überraschend ist diese Entwicklung auch vor dem Hintergrund, dass die Fraktion stetig geschrumpft ist und die Nachrücker, wie die Untersuchung der Sozialprofile gezeigt hat, das Niveau innerhalb der Fraktion keineswegs gehoben haben. Möglicherweise deutet sich hier auch ein Strategiewechsel der NPD an. Nachdem die kurz nach dem Landtagseinzug sehr aufgeregte und teilweise hysterische Medienberichterstattung kontinuierlich abflaute, verschwand die Partei schließlich in der medialen Versenkung. Sie fand, zumindest was ihre Präsenz im Landtag angeht, in der Öffentlichkeit kaum mehr statt. Daraus könnte sich in den Augen der Führungspersonen die Notwendigkeit ergeben haben, den Fokus stärker auf sachpolitische Initiativen zu legen.

Im Plenum schaltete sich die NPD mit 875 Redebeiträgen ein, die FDP stand 832 Mal am Mikrofon, die DVU 576 Mal. Die meisten Redebeiträge entfielen bei der NPD auf Dr. Johannes Müller (165), Uwe Leichsenring (131) sowie Fraktionschef Holger Apfel (117). Im krassen Gegensatz dazu stehen lediglich zwei Beiträge des Abgeordneten Menzel und gar keiner von Peter Klose. Das bereits dargestellte Ungleichgewicht innerhalb der Fraktion wird hierdurch erneut bestätigt.

---

[64] Benno Hafeneger, Die „Republikaner“ in Stadtallendorf. Eine Lokalstudie, Schwalbach 2000, S. 8.

[65] Ebenda.

Bei den beiden anderen untersuchten Fraktionen fallen die Unterschiede in den Redeanteilen geringer aus. Für die FDP sprach Dr. Jürgen Martens am häufigsten. Seinen 194 Beiträgen stehen immerhin 70 Reden von Dr. Andreas Schmalfuß gegenüber. Bei der DVU liegt die Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth mit 143 Redebeiträgen an der Spitze, Markus Nonninger verzeichnete die geringste Aktivität am Mikrofon (51). Wenn die Aufteilung der Redeanteile als Indiz für die Bedeutung der einzelnen Abgeordneten innerhalb ihrer Fraktion gewertet wird, dann erscheinen die Fraktionen von FDP und DVU deutlich homogener als die der NPD.

Es bleibt festzuhalten, dass die NPD hinsichtlich parlamentarischer Initiativen sehr aktiv ist. Vor allem Kleine Anfragen und Änderungsanträge nutzt sie weitaus öfter als die FDP und die DVU in Brandenburg. Bei Gesetzentwürfen, die in höherem Maße politische Fachkompetenz und parlamentarische Erfahrung erfordern, liegt die NPD hingegen, bei rein quantitativer Betrachtung, ganz hinten. Die Anzahl der Redebeiträge bewegt sich bei NPD und FDP auf ähnlichem Niveau, die DVU liegt deutlich dahinter.

3.2.2 Inhaltliche Schwerpunkte

Die Themenschwerpunkte einer Fraktion lassen sich an einer Reihe von Indikatoren erkennen. Zum einen können hierfür die parlamentarischen Initiativen den entsprechenden Themenkomplexen zugeordnet werden. Dies stellt zwar lediglich eine quantitative Erfassung dar, lässt aber Rückschlüsse auf den Stellenwert des betrachteten Bereiches zu. So wird eine Fraktion nicht besonders viele Anträge und Anfragen zu einem Politikfeld stellen, welches für sie kaum relevant ist. Auf ihrer Homepage formuliert die NPD 16 Einzelthemen, die hier aus Gründen der Übersichtlichkeit zu fünf größeren Bereichen zusammengefasst werden sollen.

	Anträge	Kl. An-fragen	Gr. An-fragen	Gesetzentwürfe
Wirtschaft Arbeit Haushalt	41	623	1	1
Familie Soziales Gesundheit Jugend Sport	43	400	1	2
Bildung Forschung Kultur	18	134	1	-
Umwelt Landwirtschaft Verkehr	21	178	1	1
Inneres Europa	37	740	8	4

Anhand dieser Tabelle lässt sich erkennen, dass bei den Parlamentsinitiativen zwei bzw. drei Politikbereiche als besonders wichtig anzusehen sind. Das sind die Bereiche „Wirtschaft, Arbeit, Haushalt“, „Familie, Soziales, Gesundheit, Jugend, Sport“ sowie „Inneres und Europa“. Die übrigen Komplexe sind für die NPD weniger bedeutsam. Betrachtet man alle hier zusammengefassten Themen separat, so kommt vier Einzelaspekten besondere Bedeutung zu: Inneres, Soziales, Wirtschaft und Arbeit. Im Bereich der Innenpolitik stellte die NPD 709 Kleine, sechs Große Anfragen und brachte vier Gesetzentwürfe ins Plenum ein. Eine herausgehobene Rolle spielen hier vor allem Kommunal-, Sicherheits- und Ausländerthemen. In der Sozialpolitik stehen finanzielle Belastungen der Bürger sowie das Thema Hartz IV im Mittelpunkt zahlreicher Initiativen. Eng verknüpft mit den sozialpolitischen Themen sind die Bereiche Wirtschaft und Arbeit. Hier setzt sich die NPD nach außen hin für die Erhaltung von Arbeitsplätzen kleiner und mittelständischer Betriebe in Sachsen ein (Neue Erba Lautex GmbH[66], Biria Bike GmbH[67]).

[66] Vgl. Drucksache 4/752 des Sächsischen Landtages vom 8. Februar 2005.

Die Schwerpunkte, die aus der vorstehenden Analyse erkennbar sind, decken sich weitgehend mit der Berichterstattung in der Fraktionszeitung. Auch dort dominieren sozial- und innenpolitische Themen, die häufig mit der Ausländerthematik verknüpft werden. Die Interviews mit den Abgeordneten anderer Fraktionen bestätigen diese Einschätzung. Hier erkennen die Parlamentarier Schwerpunkte vor allem in der Sozial- und Europapolitik. Daneben spielen kommunal- und sicherheitspolitische Belange eine wichtige Rolle für die NPD. Wenig Engagement zeigt sie dagegen im Bereich Kultur und Bildung. Die Untersuchungen von Brech und Steglich zur parlamentarischen Arbeit der NPD-Fraktion runden das gezeichnete Bild ab. Während Brech neben dem Untersuchungsausschuss zur Sächsischen Landesbank vor allem die Familien- und Sozialpolitik als zentralen Inhalt der NPD-Arbeit sieht[68], zählt Steglich zudem das Anti-Establishment, die EU und die Umweltpolitik zu deren weiteren Schwerpunkten.[69] Im Bereich der Umweltpolitik stellt er auf den Ausschussvorsitz des ausgeschiedenen NPD-Abgeordneten Paul und die daraus spezifische Rolle der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik für die Partei ab. Sie versucht auf diesem Gebiet, ihren Einsatz für die Erhaltung regionaler Strukturen und den Schutz der heimischen Umwelt zu demonstrieren. Allerdings deuten weder die Aussagen der Abgeordneten noch die Zahl der parlamentarischen Initiativen auf ein außergewöhnlich hohes Engagement der NPD auf diesem Sektor hin.

Einen weiteren Hinweis für die Bedeutung eines Politikbereiches stellen die verantwortlichen Abgeordneten dar. Die durch die Teilnahme an einigen Plenarsitzungen gewonnenen Erfahrungen sowie die Aussagen der interviewten Parlamentarier deuten auf zwei Führungsfiguren innerhalb der NPD-Fraktion hin. Der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel und der Historiker Jürgen Gansel sind zweifellos die dominierenden Akteure. Zu bedeutsamen und gesellschaftlich brisanten Themen, z.B. dem Gedenken an den 13. Februar 1945[70], zur Online-Überwachung[71] oder zum Zuwanderungsgesetz[72], sprechen sie stets

---

[67] Vgl. Drucksache 4/7295 des Sächsischen Landtages vom 12. Dezember 2006.
[68] Vgl. Franziska Brech, Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag - Eine Analyse zur ersten Hälfte der 4. Legislaturperiode, Sankt Augustin 2007, S. 5.
[69] Vgl. Steglich (Anm. 17), S. 128 ff.
[70] Vgl. Plenarprotokoll 4/8 des Sächsischen Landtages vom 21. Januar 2005.
[71] Vgl. Plenarprotokoll 4/77 des Sächsischen Landtages vom 10. Mai 2005.

selbst[73]. Auch vor diesem Hintergrund lässt sich folglich bestätigen, dass die bereits herausgestellten Schwerpunkte parteiintern ganz klar als solche definiert sind.

An dieser Stelle soll ein kritikwürdiger Aspekt hinsichtlich der Auswahl von Schwerpunkten angesprochen werden. Er betrifft das Aufgreifen zahlreicher Themen, für die das Landesparlament nicht zuständig ist, z.B. die Hartz-Gesetze, sämtliche EU-Themen, Grundgesetzänderungen[74] oder die Forderung nach Senkung der Benzinpreise.[75] An dieser Stelle sei angemerkt, dass es für Landtagsfraktionen keineswegs unüblich ist, gewisse Themen, die nicht in die Kompetenz des Landtages fallen, dennoch im Plenum zu behandeln. Sie wirken dann in der Regel auf eine entsprechende Bundesratsinitiative ihrer Landesregierung hin. Die Fraktionen wollen damit ihr Engagement in Fragen mit politischer und gesellschaftlicher Sprengkraft dokumentieren. Obwohl ihnen bewusst ist, dass diese Initiativen in den allermeisten Fällen keine Aussicht auf Erfolg haben, werden sie vor dem Hintergrund der Öffentlichkeitswirksamkeit ins Parlament eingebracht. Bei der NPD ist die Vielzahl solcher Initiativen auffallend. Unverhältnismäßig häufig setzt sie dieses Instrument[76] ein, um gezielt gesellschaftliche Reizthemen aufzugreifen und propagandistisch zu verwerten, ohne dabei konkrete Landespolitik zu betreiben. Dies muss sie sich als Mangel an Seriosität und konstruktiver Oppositionsarbeit vorwerfen lassen.

Bei der sächsischen FDP sind eindeutig andere Prämissen in der Parlamentsarbeit zu erkennen. An erster Stelle steht hier sicherlich die Bildungs- und Forschungspolitik. Die Liberalen setzen sich für die Stammzellforschung[77] ein, sie wollen Schüler und Nachwuchskräfte stärker fördern[78], Fremdsprachenunterricht bereits ab der ersten Klasse[79] einführen und die Qualität an Grundschulen[80] verbessern. Einen

---

[72] Vgl. Plenarprotokoll 4/78 des Sächsischen Landtages vom 11. Mai 2005.
[73] Vgl. Brech (Anm. 69), S. 5.
[74] O.A., Todesstrafe für Kindermörder!, in: Klartext (2006), Nr. 7, S. 1.
[75] O.A., „Benzinpreise runter!“, in: Klartext (2005), Sonderausgabe, S. 3.
[76] Instrument meint hier das Hinwirken auf eine Bundesratsinitiative.
[77] Vgl. Drucksache 4/10180 des Sächsischen Landtages vom 29. Oktober 2007.
[78] Vgl. Drucksachen 4/8596 und 4/9835 des Sächsischen Landtages vom 30. April bzw. 17. September 2007.
[79] Vgl. Drucksache 4/6596 des Sächsischen Landtages vom 29. September 2006.

zweiten Schwerpunkt bildet die Familien- und Jugendpolitik. Hier fordert die FDP den Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz[81], einen verbesserten Impfschutz für Kinder[82] und flexible Kita-Öffnungszeiten.[83] Sie setzt sich für die Bildung einer Kinderkommission im Sächsischen Landtag[84] ein und möchte die Lücken bei Kita- und Schuluntersuchungen[85] schließen. Die wirtschaftspolitischen Initiativen der FDP-Fraktion sind vom Grundsatz staatlicher Zurückhaltung zugunsten privatwirtschaftlicher Freiräume geprägt. So setzt sich die FDP für die Lockerung der Ladenöffnungszeiten[86] ein und fordert die Öffnungsmöglichkeit von vollautomatischen Autowaschanlagen und Videotheken an Sonn- und Feiertagen.[87] Darüber hinaus setzt sie Akzente in der Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltpolitik.[88] Das Themenspektrum, welches von der FDP abgedeckt wird, ist für die Größe der Fraktion beachtlich. Sie möchte mit vielseitigen Konzepten der Öffentlichkeit ihre Fähigkeit zur Regierungsbeteiligung demonstrieren. Anders als die NPD verzichtet sie dabei auf Plattitüden und wirkt dadurch deutlich seriöser.

Die DVU in Brandenburg konzentriert sich auf einige ausgewählte Schwerpunkte. Auf ihrer Internetseite[89] führt die Fraktion zwölf Punkte an, die ihre politischen Positionen widerspiegeln. Dazu gehören in erster Linie deutschlandbezogene Themen wie die „Bewahrung der deutschen Identität“ oder die „Gleichberechtigung für Deutschland“. Darüber hinaus erläutert die Partei ihre Vorstellungen zur Familien- und Sozialpolitik, zur Wirtschafts-, Bildungs- und Umweltpolitik. Die

---

[80] Vgl. Drucksache 4/9708 des Sächsischen Landtages vom 4. September 2007.
[81] Vgl. Drucksache 4/8184 des Sächsischen Landtages vom 5. März 2007.
[82] Vgl. Drucksache 4/8185 des Sächsischen Landtages vom 5. März 2007.
[83] Vgl. Drucksache 4/9010 des Sächsischen Landtages vom 13. Juni 2007.
[84] Vgl. Drucksache 4/5515 des Sächsischen Landtages vom 9. Juni 2006.
[85] Vgl. Drucksache 4/9229 des Sächsischen Landtages vom 25. Juni 2007.
[86] Vgl. Drucksache 4/6320 des Sächsischen Landtages vom 6. September 2006.
[87] Vgl. Drucksache 4/246 des Sächsischen Landtages vom 26. November 2004.
[88] Vgl. Drucksache 4/2884 des Sächsischen Landtages vom 14. September 2005; Drucksache 4/10179 des Sächsischen Landtages vom 29. Oktober 2007; Drucksache 4/10178 des Sächsischen Landtages vom 29. Oktober 2007; Drucksache 4/4037 des Sächsischen Landtages vom 16. Januar 2006; Drucksache 4/4038 des Sächsischen Landtages vom 16. Januar 2006; Drucksache 4/10462 des Sächsischen Landtages vom 26. November 2007
[89] www.dvu-fraktion-brandenburg.de

Ausführungen zu den einzelnen Punkten sind jedoch größtenteils sehr oberflächlich und wenig aussagekräftig. In parlamentarischen Initiativen drängt die DVU regelmäßig auf die Senkung der Abgeordnetendiäten[90], reichte zahlreiche Änderungsanträge in den Haushaltsdebatten und zum Kommunalrechtsreformgesetz ein und thematisierte sicherheitspolitische Belange (z.B. das Polizeigesetz oder die Kontrolle der „Geheimdienste"). Die Großen Anfragen der Fraktion beziehen sich zum überwiegenden Teil auf die EU-Osterweiterung und die Auswirkungen der Globalisierung auf das Land Brandenburg. Einige Anträge zielten auf die Einleitung einer Bundesratsinitiative. Dazu zählen beispielsweise die Forderung nach Abschaffung der Hartz IV-Regelungen[91] oder die zukünftige Strafbarkeit von Steuergeldverschwendung in einem öffentlichen Amt.[92] Ferner wollte die DVU drei Absätze des §130 Strafgesetzbuch streichen, die das Verharmlosen oder Leugnen von Gewalttaten während der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft unter Strafe stellen.[93] Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entfaltet die DVU nahezu gar keine Aktivitäten, vernachlässigt die Umweltpolitik und engagiert sich nur sporadisch im Bereich der Bildungspolitik.[94] Im Gegensatz zu NPD und FDP fällt bei der DVU die deutlich geringere Bandbreite an politischen Initiativen auf. Sie ist die einzige der untersuchten Fraktionen, die offensichtlich einige Politikfelder vollkommen unbeachtet lässt.

Bei der NPD in Sachsen handelt es sich, wie die Analyse gezeigt hat, nicht um eine „Ein-Themen-Partei"[95]. Sie ist in fast allen Bereichen aktiv, bringt Initiativen in den Landtag ein und dokumentiert damit, zumindest pro forma, ihre breite Ausrichtung. Ihr Agieren wirkt dabei insgesamt nicht unglaubwürdig, auch wenn einige Themen nicht der

---

[90] Vgl. Drucksachen 4/5160, 4/932 sowie 4/17 des Brandenburgischen Landtages vom 26. September 2007, 31. März 2005 sowie 14. Oktober 2004.

[91] Vgl. Drucksache 4/32 des Brandenburgischen Landtages vom 18. Oktober 2004.

[92] Vgl. Drucksache 4/113 des Brandenburgischen Landtages vom 15. November 2004.

[93] Vgl. Drucksache 4/3379 des Brandenburgischen Landtages vom 31. August 2006.

[94] Vgl. Drucksachen 4/551 und 4/1215 des Brandenburgischen Landtages vom 1. Februar 2005 bzw. 10. Mai 2005.

[95] Steglich (Anm. 17), S. 131.

Sache wegen aufgegriffen werden. Schwerpunkte in der parlamentarischen Arbeit sind auf Kosten anderer Politikbereiche zweifelsohne erkennbar, was allerdings parteiübergreifend vollkommen üblich ist. Die NPD betreibt keine Klientelpolitik.[96] Ihre umfassende Tätigkeit unterscheidet sie von anderen rechtsextremistischen Fraktionen in der Vergangenheit, aber auch von der derzeitigen DVU-Fraktion in Brandenburg. Der NPD muss folglich in dieser Hinsicht, unabhängig von der inhaltlichen Qualität ihrer Arbeit, eine gewisse Professionalität bescheinigt werden.

3.2.3 Aktivitätskompetenz

An dieser Stelle stellt sich die Frage, was unter Aktivitätskompetenz zu verstehen ist und wie sie beurteilt werden kann. Grundsätzlich soll versucht werden, die parlamentarischen Initiativen der Fraktion hinsichtlich spezieller Kriterien zu untersuchen. Dazu bieten sich beispielsweise formale Aspekte, die umfassende Erörterung des Sachverhaltes, die Komplexität der Darstellung, die sachliche Richtigkeit oder das Überprüfen auf Widersprüchlichkeit an. Handelt es sich um fundierte, gut recherchierte Beiträge, lassen die Gesetzentwürfe Sachverstand in der Problematik erkennen und ist die Fraktion bereit zum politischen Diskurs? Diese Fragen sind wichtig und dennoch überaus schwer zu beantworten. Das Analysevorhaben muss demnach in einigen Aspekten deutlich eingeschränkt werden. Zum einen scheint es geboten, sich auf einige ausgewählte und bedeutsame Aktionsformen zu beschränken. Bei über 1.700 Kleinen Anfragen der NPD-Fraktion können nicht alle Dokumente ausgewertet werden. Darüber hinaus ist anzumerken, dass eine fundierte inhaltliche Beurteilung der Parlamentsinitiativen kaum geleistet werden kann. Um repräsentative Ergebnisse durch eine solche Untersuchung zu erhalten, müsste der Autor Sachverstand in sämtlichen Politikbereichen aufweisen. Dies ist aufgrund der hohen Anforderungen an Detailwissen auf den entsprechenden Gebieten in aller Regel aber nicht einmal den ressortfremden Abgeordneten bzw. deren Beratern möglich (z.B. bei juristisch äußerst komplexen Initiativen). Außerdem spielen hier politische Ansichten

[96] Unter Klientelpolitik soll hier die nahezu ausschließliche Bearbeitung von Themen verstanden werden, die für die eigene Wählerschaft unmittelbare Bedeutung haben.

eine bedeutende Rolle, die nur schwierig als „gut“ oder „schlecht“ bewertet werden können.

Dennoch soll versucht werden, so weit wie möglich eine Einschätzung der parlamentarischen Initiativen von NPD, FDP und DVU vorzunehmen. Aus arbeitsökonomischen Gründen werden allerdings nur die von den jeweiligen Fraktionen eingebrachten Gesetzentwürfe in ihrer Gesamtheit untersucht. Eine weitergehende Analyse, beispielsweise der Dringlichen Anträge oder Großen Anfragen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Aufgrund der hohen Anforderungen an einen Gesetzentwurf lässt sich bei der Untersuchung recht gut erkennen, welch qualitatives Niveau die Arbeit der Fraktion hat. Bei der folgenden Betrachtung sind zwei Untersuchungsaspekte von Interesse. Zum einen spielen die Formalien, zum anderen die inhaltliche Ausgestaltung der Gesetzentwürfe eine Rolle.

In der laufenden Legislaturperiode legte die NPD im Sächsischen Landtag acht Gesetzentwürfe vor. Die Untersuchung der Gesetzentwürfe bezüglich formaler Aspekte führt zu dem Ergebnis, dass die NPD handwerklich solide Arbeit leistet. Fehler in Rechtschreibung oder Grammatik sind ebenso kaum zu finden wie Unstimmigkeiten in der äußeren Form. Dies wird durch die Aussagen der Interviewpartner bestätigt. Hinsichtlich des Eindrucks, dass die parlamentarischen Initiativen der NPD den formalen Anforderungen entsprechen, besteht ein parteiübergreifender Konsens. Hierzu Astrid Günther-Schmidt (Die Grünen): „Die parlamentarische Arbeit der NPD-Fraktion entspricht im Wesentlichen der Form. Die Anträge und Anfragen sind dem Standard gemäß erarbeitet.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Cornelius Weiss ergänzt, er habe bisher „keine Fehler entdeckt. Die Beiträge sind in der Regel auch gut recherchiert.“ Die Aussage von Dr. Jürgen Martens (FDP) relativiert jedoch den Eindruck: „Das Handwerkszeug, was die äußere Form von Anträgen angeht, stimmt soweit. Aber das ist keine große Kunst.“ Natürlich stellt dies an sich noch keine besondere Leistung der Fraktion dar. Bemerkenswert ist diese Tatsache allerdings vor dem Hintergrund der parlamentarischen Unerfahrenheit aller NPD-Abgeordneten. Lediglich einzelne Personen aus dem Mitarbeiterstab verfügen über entsprechende Erfahrungen (z.B. Karl Richter). Kerstin Köditz, Abgeordnete der Linkspartei, sieht darin einen wichtigen Grund für die akzeptable Qualität der Initiativen: „Der

Mitarbeiterstab der Fraktion trägt einen großen Anteil daran, wenn die NPD, zumindest halbwegs, professionell in Erscheinung tritt."

Grundsätzlich ist festzustellen, dass der NPD bei der Erarbeitung ihrer Gesetzentwürfe keine generelle Unfähigkeit oder Pfuscherei vorgeworfen werden kann. Sie stellt ein Problem bzw. Regelungsbedarf fest, erläutert aus ihrer Sicht die Notwendigkeit gesetzlicher Veränderungen und umreißt ihre diesbezüglichen Vorstellungen. Die Ausführungen sind dabei in der Regel in sich schlüssig und weisen keine Widersprüchlichkeit auf. Offensichtliche Fehler sind meist nicht zu erkennen. Der Gesetzentwurf „Sächsisches Gesetz über die kommunale Energievorsorge"[97] verdeutlicht, wie sachlich und pragmatisch die Partei zu erörtern imstande ist. Dieser Gesetzentwurf stellt jedoch in seiner Gesamtheit eher eine Ausnahme dar. Häufig sind gewisse inhaltliche Defizite erkennbar. So ist zwar beispielsweise der Begründungsteil des „Sächsischen Familiendarlehensgesetzes"[98] logisch strukturiert, steht aber im Widerspruch zu einer anderen parlamentarischen Initiative der Fraktion. In dem Gesetzentwurf fordert die NPD ein zinsloses Familiendarlehen für junge Familien. Da gerade diese Familien „wirtschaftlich noch nicht gefestigt"[99] sind, soll ihnen damit der „Start in die Ehe und die Gründung eines gemeinsamen Hausstandes"[100] erleichtert werden. Deswegen soll das Darlehen bewusst zinsfrei gewährt werden. An der Tatsache der Verschuldung ändert sich hingegen nichts. Demgegenüber spricht sich die NPD in aller Deutlichkeit gegen Studiengebühren aus, weil dadurch immer mehr Studenten an die Grenzen des Existenzminimums gerieten. Während man die Studenten aber vor einer Verschuldung schützen möchte, ermutigt man andere junge Menschen zu diesem Schritt. Kritisch hierbei ist auch, dass sich die Rückzahlung dieses Darlehens, im Gegensatz zum BAföG, nicht an den Einkommensverhältnissen des Empfängers orientiert. Zwar reduziert sich die Tilgungssumme je geborenem Kind um ein Drittel, soziale Härten werden damit aber nicht aufgefangen.

Sowohl der Komplexität als auch der notwendigen Analyse von Sachverhalten wird in den Gesetzentwürfen der Fraktion meist nicht aus-

---

[97] Vgl. Drucksache 4/8624 des Sächsischen Landtages vom 3. Mai 2007.
[98] Vgl. Drucksache 4/8191 des Sächsischen Landtages vom 5. März 2007.
[99] Vgl. ebenda, S. 8.
[100] Vgl. ebenda, S. 8.

reichend Rechnung getragen. Oftmals sind die Darstellungen sehr kurz gefasst. Darüber hinaus ist festzustellen, dass den Entwürfen die argumentative Tiefe fehlt. Die Begründungen sind in aller Regel zu schwammig und oberflächlich (z.B. beim „Gesetz zur Bindung der Diäten der Abgeordneten des Sächsischen Landtages an das Einkommen der privaten Haushalte in Sachsen“[101]), die Aussagen zur Finanzierung der Vorhaben zu unkonkret. Beim „Gesetz zur bürgernahen Neuausrichtung der kommunalen Daseinsvorsorge“[102] müssten die zu erwartenden Mehrkosten „durch eine Neuregelung des Finanzausgleichs sowie durch eigenverantwortliche Einsparungen kompensiert werden.“[103] Durch den Entwurf zum „Sächsischen Familiendarlehensgesetz“ entstünden für den Freistaat Sachsen allein in den Jahren 2009 bis 2013 im Durchschnitt jährliche Kosten in Höhe von über 78 Millionen Euro. Die Antwort auf die Frage nach der Finanzierung bleibt die NPD schuldig. Dazu heißt es nur lapidar, die Kosten seien für den Haushalt ab 2009 im Kapitel „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ zu veranschlagen. Woher das Geld aber kommen soll, bleibt offen.

Einige Gesetzentwürfe enthalten Übertreibungen, die eher auf Polemik hindeuten als der nüchternen Analyse der Thematik dienen. So spricht die Partei in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen von einer „demographischen Katastrophe“[104]. An anderer Stelle geht es um Bürger, die ihre Gemeindeverwaltung aufsuchen müssen, um eine Unterschrift für die Wahlteilnahme einer Partei zu leisten. Deren Wohn- bzw. Arbeitsorte seien oft so weit voneinander entfernt, dass dies eine „praktisch unüberwindliche Hürde“[105] für die Unterschriftsleistung darstelle. Zwar ist dieser Vorwurf nicht völlig unberechtigt, dennoch wirken solche Übertreibungen wenig seriös. Der Hang zu solch überspitzten Formulierungen bestätigt die bereits mehrfach geäußerte Einschätzung, dass es der NPD weniger auf die fachliche Auseinandersetzung mit einer Problematik ankommt als auf das polemische Ausschlachten von gesellschaftlichen Reizthemen.

[101] Vgl. Drucksache 4/127 des Sächsischen Landtages vom 3. November 2004.
[102] Vgl. Drucksache 4/9244 des Sächsischen Landtages vom 26. Juni 2007.
[103] Ebenda, S. 4.
[104] Drucksache 4/8191 des Sächsischen Landtages vom 5. März 2007, S. 8.
[105] Drucksache 4/1508 des Sächsischen Landtages vom 4. Mai 2005, S. 2.

Ihren extremistischen Charakter kann sie dabei nicht ausblenden. Die Ausländerfeindlichkeit kommt beim Entwurf zum „Sächsischen Familiendarlehensgesetz“ zum Ausdruck. Mit einem fadenscheinigen Argument begründet die Partei, warum das zinsfreie Darlehen nur an deutsche Staatsangehörige vergeben werden soll. Diese Zuwendungsvoraussetzung soll einem möglichen Missbrauch vorbeugen, bei dem sich der Empfänger des Darlehens durch Verlassen des Freistaates Sachsen oder der Bundesrepublik Deutschland der Tilgung entziehen könnte. Es liegt nahe, dass die Vorbeugung dieses Missbrauches, nach der Diskriminierung ausländischer Familien, nur ein zweitrangiges Ziel der Maßnahme ist.

Die Erkenntnisse aus der vorstehenden Analyse decken sich weitgehend mit den Aussagen der Parlamentarier. Sie bescheinigen der NPD kaum inhaltliche Kompetenz. Kerstin Köditz (Linke) sagte im Interview, dass viele der Abgeordneten sich „bestenfalls Grundkenntnisse in jenen Fachgebieten angeeignet (haben), die für ihre Ausschussarbeit wichtig wären.“ Dr. Jürgen Martens ergänzt: „Tiefere oder wissenschaftlich fundierte Begründungen gibt es nicht.“

Letztlich ist festzuhalten, dass die NPD formal und handwerklich ordentliche Arbeit leistet, die inhaltliche Qualität ihrer Gesetzentwürfe allerdings hinsichtlich argumentativer Tiefe, umfassender Erörterung und Begründung Defizite aufweist. Insbesondere auf die Finanzierung ihrer Vorhaben geht sie nur sehr lückenhaft ein. Gerade dies ist allerdings ein wichtiger Aspekt seriöser Landespolitik. Dem Anspruch einer rundum kompetenten Landtagsfraktion wird sie durch ihre bisher geleistete Arbeit jedenfalls nicht gerecht.

Die Analyse der von der FDP eingebrachten Gesetzentwürfe zeigt, dass deren Arbeit den formalen Anforderungen in vollem Umfang entspricht. Aufgrund ihrer Parteigeschichte und der damit verbundenen Parlamentserfahrung ist dies nicht verwunderlich. In aller Regel sind die Initiativen präzise formuliert, ausführlich begründet und Alternativlösungen in die Argumentation einbezogen.[106] Dies lässt auf entsprechendes Hintergrundwissen der Fraktion schließen. Die Gesetzentwürfe sind dabei in sich schlüssig und nachvollziehbar. Selbst

[106] Vgl. Drucksache 4/511 des Sächsischen Landtages vom 5. Januar 2005, Drucksache 4/8110 des Sächsischen Landtages vom 28. Februar 2007, Drucksache 4/4037 des Sächsischen Landtages vom 12. Januar 2006.

leicht verständliche Forderungen werden umfassend erörtert und begründet.[107] Mit Querverweisen zu Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes sowie zu Ausführungen der Bundesregierung[108] untermauert die FDP ihre umfangreiche Fachkenntnis. Neben der inhaltlichen Qualität ist ein weiterer Unterschied zur NPD in der Erläuterung der anfallenden Kosten durch die Gesetzentwürfe zu sehen. Während die NPD hierzu nur bruchstückhaft Aussagen trifft oder gar vollständig darauf verzichtet, benennt die FDP die bei ihren Vorhaben entstehenden Kosten präziser und differenzierter.[109] Insgesamt können die Gesetzesinitiativen der FDP in Form und Inhalt überzeugen. Insbesondere die fachliche Kompetenz unterscheidet sie von der NPD, die in diesem Punkt mit einer etablierten Partei nicht mithalten kann.

Abschließend sollen die Gesetzentwürfe der brandenburgischen DVU-Fraktion etwas näher betrachtet werden. Diese fallen bereits bei der formalen Untersuchung durch zahlreiche Rechtschreib- und Grammatikfehler auf. Hier wären beispielsweise „Intensivität“[110] oder „Rückrad“[111] zu nennen. Weitere Fehler sind unter anderem in den Drucksachen 4/508, 4/4342 und 4/4609 zu finden. Im Widerspruch zu der recht hohen Fehlerzahl steht die Verwendung von außergewöhnlichen Fremdwörtern wie „Einschätzungsprärogative“.[112] Grundsätzlich wäre zu erwarten, dass der Verwendung solcher Begriffe zunächst einmal solide Kenntnisse der deutschen Sprache zugrunde liegen. Das Suggerieren von Kompetenz gelingt der DVU dadurch jedenfalls nicht.

Die inhaltliche Auswertung legt weitere Mängel in der Arbeitsweise der Fraktion offen. In der Regel sind die Ausführungen, insbesondere der Begründungsteil, zu knapp und oberflächlich gehalten. Hier sind Parallelen zur NPD zu erkennen. Beispielhaft können hier die Druck-

---

[107] Vgl. Drucksache 4/8110 des Sächsischen Landtages vom 28. Februar 2007.

[108] Vgl. Drucksache 4/5512 des Sächsischen Landtages vom 8. Juni 2006, S. 10-11.

[109] Vgl. Drucksachen 4/1169 und 4/5512 des Sächsischen Landtages vom 05. April 2005 bzw. 08. Juni 2006.

[110] Drucksache 4/2699 des Brandenburgischen Landtages vom 24. März 2006, S. 5.

[111] Drucksache 4/2880 des Brandenburgischen Landtages vom 9. Mai 2006, S. 11.

[112] Drucksache 4/508 des Brandenburgischen Landtages vom 20. Januar 2005, S. 3.

sachen 4/16 und 4/17 angeführt werden. In dem Entwurf zur „Finanzierung der Landesstiftung Opferhilfe“[113] von März 2005 erläutert die DVU, dass die Mittel für die Stiftung aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht dem Landeshaushalt entnommen werden könnten. Stattdessen kämen zur Anschubfinanzierung eine Reduzierung der Abgeordnetendiäten und eine „adäquate Absenkung“ der Gehälter der Landesregierung in Betracht. Die vorgeschlagene monatliche Abgeordnetenentschädigung in Höhe von 4.198 € wirkt allerdings ziemlich willkürlich und wird auch nicht weiter begründet. Bemerkenswert an dieser Initiative ist zudem die Tatsache, dass die DVU sowohl vorher (Oktober 2004)[114] als auch nachher (September 2007) [115] eine Senkung der Abgeordnetendiäten auf 3.799 € forderte. Neben all dieser Verwirrung verdeutlicht das Vorhaben, die „Landesstiftung Opferhilfe“ aus Abgeordnetendiäten zu finanzieren, wie unpraktikabel die Finanzierungsvorschläge der DVU sind.

Ihr jüngster Gesetzentwurf beschäftigt sich mit der Erhebung des Liedes „Märkische Heide“ zur offiziellen Brandenburger Landeshymne.[116] Hier wird die Frage nach dem rechtlichen bzw. tatsächlichen Erfordernis einer solchen Regelung seitens der Verfasser nicht beantwortet. Für die übrigen Fraktionen des Landtages schien diese Regelung nicht erforderlich zu sein – sie lehnten den Gesetzentwurf, wie alle übrigen Gesetzesinitiativen der DVU auch, geschlossen ab.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, wie wahl- und konzeptionslos die DVU ihre Gesetzentwürfe teilweise erarbeitet und wie wenig Wert sie auf formal korrekte und sachlich fundierte Beiträge legt. Vielleicht ist sie zu einer sorgfältigeren Arbeit auch gar nicht imstande. Als einziges Gegenbeispiel kann der Gesetzentwurf zur Änderung des Beamtengesetzes erwähnt werden.[117] Darin geht es um die Pflicht der Be-

---

[113] Vgl. Drucksache 4/932 des Brandenburgischen Landtages vom 31. März 2005.

[114] Vgl. Drucksache 4/17 des Brandenburgischen Landtages vom 14. Oktober 2004.

[115] Vgl. Drucksache 4/5160 des Brandenburgischen Landtages vom 26. September 2007.

[116] Vgl. Drucksache 4/5439 des Brandenburgischen Landtages vom 30. November 2007

[117] Vgl. Drucksache 4/508 des Brandenburgischen Landtages vom 20. Januar 2005.

amten, nicht nur bei politischer, sondern nach dem Willen der DVU auch die bei religiöser Betätigung gebotene Mäßigung zu wahren (Kopftuchverbot). Obwohl sich dieses Reizthema hervorragend für propagandistische und ausländerfeindliche Agitation missbrauchen ließe, legt die DVU ihre Position sehr sachlich dar. Da dieses Vorgehen bei rechtsextremistischen Fraktionen keine Selbstverständlichkeit darstellt, hebt sich der Entwurf von anderen ab.

Alles in allem jedoch ergibt sich ein schlichtweg schlechtes Bild der DVU. Bei ihren Gesetzentwürfen sind, trotz mehrjähriger Parlamentserfahrung in Brandenburg, sowohl formale als auch deutliche inhaltliche Mängel zu erkennen. Vereinzelt passable Initiativen können nicht über die in ihrer Gesamtheit schwache Arbeit hinwegtäuschen. Diese ist durch Fehler, Widersprüche und Oberflächlichkeit geprägt und erreicht weder das Niveau der sächsischen NPD noch das der FDP.

3.3 Die Ausschussarbeit

Die Ausschussarbeit der NPD-Fraktion kann nahezu ausschließlich aufgrund von Informationen bewertet werden, die aus den Interviews mit den Abgeordneten der anderen fünf Fraktionen des Landtages stammen. Da es sich bei den Ausschusssitzungen um nichtöffentliche Veranstaltungen handelt, sind weder Protokolle noch Teilnehmerlisten dieser Sitzungen einsehbar[118]. Die Neutralität geht bei einer Einschätzung, die fast ausschließlich auf subjektiven Aussagen des politischen Gegners beruht, zweifelsohne ein Stück weit verloren. Nichtsdestotrotz soll diese Fehlerquelle dahingehend akzeptiert werden, als dass es keine andere Möglichkeit gibt, diesen wichtigen Sektor der Parlamentsarbeit zu untersuchen. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass die Schnittmenge aller Aussagen durchaus ein realistisches Bild der NPD-Abgeordneten in den Ausschüssen wiedergibt.

Kurz nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag kündigte der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel in der „Deutschen Stimme“ an, seine Partei werde sich „aktiv an der Ausschussarbeit beteiligen. Unsere Wähler erwarten keinen parteipolitischen Dogmatismus, sondern

[118] Vgl. §§ 29 bzw. 36 Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages.

den Willen, konstruktiv für ihre Interessen zu streiten.“[119] Nach der Einschätzung von Franziska Brech, parlamentarische Beraterin der CDU-Fraktion, ist die NPD „von einer aktiven Ausschussarbeit … jedoch weit entfernt. Obwohl die NPD in allen Ausschüssen gemäß der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages vertreten ist, integrieren sich die NPD-Abgeordneten kaum in die Gremienarbeit. Sie beteiligen sich in der Regel nicht an den Diskussionen im Ausschuss, wohl auch deshalb, weil die Fachgremien kaum öffentlich wahrgenommen werden.[120]

Kann diese Aussage von den unmittelbar Beteiligten bestätigt werden? Über Parteigrenzen hinweg zeichnet sich ein sehr deutliches Bild der NPD-Abgeordneten in den Ausschüssen ab. Einhellig befinden die Parlamentarier von CDU, SPD, FDP, Linken und Grünen, dass die NPD „nicht willens oder in der Lage ist, sich aktiv in den Ausschüssen zu engagieren.“ Dr. Jürgen Martens von der FDP-Fraktion bestätigt das: „Ausschussarbeit ist für sie überflüssig. Sie sind anwesend, aber haben sachlich nichts beizutragen. Dafür fehlt ihnen erstens die Sachkompetenz, zweitens interessiert sie das auch nicht.“ Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende, Prof. Dr. Cornelius Weiss, teilt die Einschätzung seiner Kollegen. Die NPD-Abgeordneten arbeiteten „weder aktiv, noch gar konstruktiv in den Ausschüssen mit. In der Regel melden sie sich dort gar nicht zu Wort.“

Die These von Franziska Brech, die NPD engagiere sich kaum in den Fachgremien, weil diese nicht öffentlich wahrgenommen würden, wird von Kerstin Köditz (Linke) gestützt: „Da die NPD vor allem auf die Öffentlichkeitswirksamkeit ihrer Arbeit Wert legt, sind für sie die Ausschüsse von sekundärer Bedeutung. Das war nur bei Matthias Paul[121] anders. Der Grund dafür lag darin, dass man sich vom Ausschussvorsitz wiederum eine mögliche Außenwirkung erhoffte.“ Cornelius Weiss fügt dem hinzu: „Die NPD gibt auch zu, beispielsweise vor Schulklassen, dass sie vor allem die Ohren und Herzen der Menschen erreichen will. Was aber in den Ausschüssen passiert, läuft für

[119] Holger Apfel, Nächstes Ziel ist Einzug in den Reichstag, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 vom Oktober 2004, S. 3.

[120] Vgl. Brech (Anm. 12), S. 5.

[121] Matthias Paul hatte bis zum Austritt der Abgeordneten Schmidt, Baier und Schön aus der NPD-Fraktion den Vorsitz im Ausschuss für „Umwelt und Landwirtschaft“ inne.

sie gegen einen schalltoten Raum.“ Sowohl die Grünenpolitikerin Günther-Schmidt als auch Weiss vermuten deshalb, die NPD-Abgeordneten nähmen vor allem deshalb an den Sitzungen teil, um keine Abzüge von ihren Abgeordnetendiäten hinnehmen zu müssen.

Wie ernsthaft die NPD um konstruktive Ausschussarbeit bemüht ist, dokumentiert ein Interview des Fraktionsvorsitzenden Apfel in der Sonderausgabe der Fraktionszeitung „Klartext“: „Ausschusssitzungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, was nicht zur Transparenz des politischen Systems beiträgt. Oft wird stundenlang über Nichtigkeiten geredet, wobei sich wenige Profilneurotiker produzieren, während die meisten gelangweilt ihre Zeit absitzen. Wir betrachten die Ausschußarbeit vor allem unter dem Gesichtspunkt der Aneignung von Fachwissen und sehen nicht den Schwerpunkt darin, hinter verschlossenen Türen Debatten mit argumentationsunwilligen Politikern zu führen, die erklären, daß sie alle Anträge von uns ohnehin ablehnen. Dafür sind uns Zeit und Nerven zu schade, und wir werden einen Teufel tun, uns von unseren Gegnern über Gebühr ins Hamsterrad der parlamentarischen Niederungen stecken zu lassen. Grundsätzlich gilt für unsere Arbeit: Wir sind nicht der Reparaturbetrieb eines untergehenden Systems. Unseren politischen Einsatz leisten wir für die Demokratie im Sinne einer Herrschaft des Volkes und nicht der zurzeit herrschenden parlamentarischen Demokratie, die nur noch eine Karikatur des volksherrschaftlichen Gedankens darstellt.“[122]

Abschließend wurden alle fünf Gesprächspartner gebeten, die Ausschussarbeit der NPD auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut) zu bewerten. Dabei erreicht die Partei im Durchschnitt lediglich 1,6 Punkte. Überraschenderweise bewertete ausgerechnet die Abgeordnete des ärgsten politischen Widersachers, der Linken, die NPD mit 3 Punkten am besten von allen. Dies bestätigt zumindest die eingangs formulierte These, dass eine Untersuchung auf der Basis von Interviews trotz parteipolitischer Interessen durchaus authentische Ergebnisse liefern kann.

Nach Betrachtung aller Aussagen muss der NPD in Bezug auf ihre Ausschussarbeit ein miserables Zeugnis ausgestellt werden. Offensichtlich haben die Abgeordneten weder Interesse noch den nötigen

[122] Holger Apfel, „Auf dem Weg in die Mitte des Volkes“, in: Klartext (2005), Sonderausgabe, S. 3.

Sachverstand, um konstruktiv an der Arbeit mitzuwirken. Bedenkt man zudem, dass ein bedeutsamer Teil der gesamten Parlamentsarbeit in den Ausschüssen stattfindet (themenbezogene Beratung, Beschlussempfehlung für das Plenum), so kann in dieser Frage wohl kaum von adäquater und professioneller Arbeit der NPD-Fraktion gesprochen werden. Ihrem eigenen Anspruch, sich „aktiv an der Ausschussarbeit beteiligen zu wollen“[123], wie es Holger Apfel voller Wahleuphorie im Oktober 2004 noch verkündet hatte, wird die Fraktion jedenfalls nicht gerecht.

4. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

In der vorliegenden Analyse wurde die Parlamentsarbeit der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag untersucht. An dieser Stelle sollen die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und die zu Beginn aufgeworfenen Fragen beantwortet werden.

Im ersten Teil stand die Analyse des Personals der Landtagsfraktion im Mittelpunkt. Das Sozialprofil zeigt, dass die NPD-Fraktion männerdominiert und altersmäßig breit gefächert ist. Die Bildungsabschlüsse der Abgeordneten reichen vom Hauptschul- bis zum Hochschulabschluss. Im Gegensatz zu FDP und SPD hat die große Mehrheit der NPD-Mandatsträger kein Abitur. Nur die Parlamentarier der DVU in Brandenburg verfügen über schlechtere Bildungsabschlüsse.

Darüber hinaus ist eine klare Zweiteilung der Mandatsträger sowie der Mitarbeiter zu erkennen. Die Arbeit der Fraktion wird nur von einzelnen Personen getragen. Holger Apfel und Jürgen Gansel sind zweifellos die Führungsfiguren innerhalb der Fraktion. Karl Richter ist inzwischen der wohl wichtigste Mann im Hintergrund. Der Abgang von Peter Marx nach Mecklenburg-Vorpommern hat neben Richter eine beträchtliche Lücke im Mitarbeiterstab hinterlassen, die mit dem vorhandenen Personal nur schwer zu schließen sein wird. Richter und Marx verdankt bzw. verdankte die NPD ihre handwerklich solide Arbeit, die auch von Abgeordneten anderer Parteien anerkannt wird. Diese Arbeit war dabei keineswegs von Kontinuität geprägt. Die Austritte von Schmidt, Baier und Schön, der Ausschluss Klaus-Jürgen Menzels und die Kinderpornografie-Vorwürfe gegen Matthias Paul

[123] Apfel (Anm. 121), S. 3.

haben der Fraktion im Laufe der Legislaturperiode zugesetzt. Sie musste mit finanziellen Einbußen, dem Verlust eines Ausschussvorsitzes und innerparteilichen Querelen zurechtkommen. All diese Probleme haben sicherlich nicht zu einer Qualitätssteigerung, sondern eher zu einer Verschlechterung ihrer Arbeit beigetragen.

Im zweiten Abschnitt wurde die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion untersucht. Sowohl die Fraktionszeitung „Klartext" als auch der Internetauftritt sind ansprechend gestaltet und überzeugen durch ihre äußere Form. Die Berichterstattung im „Klartext", die eher auf Polemik und Agitation als auf Information setzt, sowie die oberflächlichen Dossiers auf der Homepage machen den Gesamteindruck allerdings zunichte. Dennoch gelingt es der NPD auf diese Weise, ihrer Klientel den Eindruck einer engagierten, kompetenten und echten Oppositionspartei zu vermitteln. Verzichtet man auf eine inhaltlich kritische Analyse, so macht die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen professionellen Eindruck, was von Abgeordneten anderer Parteien bestätigt wird.

Der dritte Teil dieser Analyse beschäftigte sich mit den konkreten Parlamentsinitiativen der NPD. Es wurde deutlich, dass die Fraktion, abgesehen von der Ausschussarbeit, aktiv am parlamentarischen Betrieb teilnimmt und die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente rege nutzt. So stellte sie beispielsweise deutlich mehr Kleine Anfragen und Änderungsanträge als die FDP oder die DVU. Untätigkeit kann der NPD jedenfalls nicht vorgeworfen werden. Die Zahl ihrer Gesetzentwürfe ist allerdings sehr überschaubar. Ein Grund hierfür liegt sicherlich in den ungleich höheren Anforderungen an einen Gesetzentwurf. Durch zahllose Anfragen und Anträge, die vergleichsweise zügig anzufertigen sind, wird der Eindruck eines enormen Arbeitspensums erweckt, ohne dabei ausgereifte Konzepte in Form einer Gesetzesinitiative erarbeiten zu müssen.

Im Mittelpunkt der eingebrachten Initiativen stehen vor allem die Themen „Inneres", „Soziales" sowie „Wirtschaft und Arbeit". In diesen Bereichen verzeichnet die NPD ihre größte Aktivität. Auch wenn inhaltliche Schwerpunkte zu erkennen sind, kann bei der NPD nicht von einer „Ein-Themen-Partei" gesprochen werden. Sie deckt darüber hinaus ein breites Themenspektrum ab, was sie von der DVU in Brandenburg unterscheidet. In dieser Frage agiert die NPD professionell

und erfüllt nach Ansicht des Autors die Anforderungen, die an eine Landtagsfraktion gestellt werden. Die konkrete Untersuchung ihrer Gesetzentwürfe attestiert der NPD sowohl Stärken als auch Schwächen. In formaler Hinsicht erfüllt sie die Anforderungen ohne nennenswerte Abstriche. Die Gesetzentwürfe weisen allerdings hinsichtlich argumentativer Tiefe, umfassender Erörterung und Begründung klare Defizite auf. An die Qualität der FDP-Initiativen reichen die Entwürfe keineswegs heran. Verglichen mit der DVU allerdings liefert die NPD bessere Arbeit ab.

Ein letzter wichtiger Aspekt ist die Ausschussarbeit. Hier beschränkt sich die NPD-Fraktion offensichtlich auf die reine Anwesenheit ihrer Parlamentarier. Diese melden sich weder zu Wort noch bringen sie sich anderweitig in die Arbeit ein. Dieses Vorgehen entspricht voll und ganz der Strategie der NPD. Sie ist stets um eine positive Selbstdarstellung und Außenwirkung bemüht.[124] Mit Ausschussarbeit, die hinter verschlossenen Türen stattfindet, lassen sich jedoch keine Schlagzeilen produzieren. Demzufolge vernachlässigt sie diesen Teil der Parlamentsarbeit vollkommen. Das ist, neben anderen angesprochenen Aspekten, ein Hauptkritikpunkt an der parlamentarischen Arbeit der NPD.

Mithilfe der gewonnenen Erkenntnisse lässt sich nun abschließend beurteilen, inwieweit die NPD-Fraktion professionell arbeitet und ob sie die Anforderungen an eine kompetente und ambitionierte Landtagsfraktion erfüllt. Die Analyse verschiedener Teilaspekte der Parlamentsarbeit hat gezeigt, dass die NPD in einigen Bereichen in der Tat professionelle und qualitativ beachtliche Arbeit leistet. Das ist wenig verwunderlich, hat sie doch in Dresden die fähigsten Persönlichkeiten der rechtsextremistischen Szene zusammengezogen. Bereits in den ersten Wochen und Monaten nach ihrem Einzug in den Landtag stellte die Partei unter Beweis, dass sie über einen funktionierenden Fraktionsapparat verfügt und keineswegs nur primitive Dummköpfe und Ahnungslose in ihren Reihen hat. Trotz der erheblichen personellen Diskontinuität im Laufe der Legislaturperiode ist die Fraktion nicht auseinander gebrochen, sondern tritt nach wie vor geschlossen und diszipliniert auf. Sie betreibt kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, ihre rückwärtigen Dienste (z.B. Berichterstattung über Homepage und

[124] Vgl. Brech (Anm. 69), S. 6.

Fraktionszeitung) haben auf den ersten Blick professionellen Charakter. Neben ihren Schwerpunktthemen bearbeitet die NPD auch zahlreiche andere Politikfelder, wodurch sie das Klischee der „Ein-Themen-Partei“ widerlegt. Die zu Beginn aufgestellte These, rechtsextremistische Fraktionen seien grundsätzlich inkompetent, unfähig und unwillig, kann daher nicht bestätigt werden. Die NPD tritt hinsichtlich einiger Aspekte den Gegenbeweis an.

Dennoch überwiegt ein insgesamt sehr durchwachsener Eindruck: Einzelne Personen, die zweifelsohne über das nötige Fachwissen verfügen, können nicht über das in der Mehrheit mittelmäßige Personal der NPD hinwegtäuschen. Landtagsabgeordnete ohne mittlere Reife, vorbestrafte Mitarbeiter und ein verurteilter Rechtsterrorist als parlamentarischer Berater vermitteln kein seriöses Bild der Fraktion. Die parlamentarischen Initiativen zeugen von wenig Sachverstand, durchdachte Konzepte zur Lösung komplexer Probleme gibt es nicht. Zu fundierter Argumentation, die auch kritischen Nachfragen standhält, sind die allerwenigsten Abgeordneten in der Lage. Stattdessen agiert die Partei sehr polemisch und aggressiv, überspielt Unwissenheit und Desinteresse mit populistischen Sprüchen. Äußerst engagiert ist die NPD hingegen beim Benennen von Problemen, zu deren Lösung sie wiederum nicht beiträgt. Der Ausschussarbeit verweigert sie sich völlig und fällt durch gezielte Provokationen und Agitation auf, ohne konstruktive Arbeit zu leisten.

Darüber hinaus hat die vorliegende Arbeit gezeigt, dass die NPD in allen Belangen deutlich schlechter abschneidet als die etablierten Parteien, aber auch klar vor der DVU einzuordnen ist. Ihre professionellen Ansätze können und dürfen nicht ignoriert werden. Die NPD setzt mit ihrer Landtagsfraktion in Sachsen neue Maßstäbe für die Parlamentsarbeit rechtsextremistischer Fraktionen. Das Niveau und die Arbeitsqualität der demokratischen Parteien scheinen jedoch auf absehbare Zeit für die NPD nicht erreichbar zu sein.

Im Herbst 2009 wählen die sächsischen Bürgerrinnen und Bürger einen neuen Landtag. In den jüngsten Wahlumfragen[125] kommt die NPD immerhin auf 5 Prozent und würde damit erneut im Parlament vertre-

[125] Umfrage des Emnid-Meinungsforschungsinstituts zur Landtagswahl in Sachsen vom 29. Januar 2008, in: http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm (Zugriff am 7. Februar 2008).

ten sein. Sollte ihr dies tatsächlich gelingen, würde das die Partei sowohl organisatorisch, vor allem aber finanziell, stabilisieren. Nachdem die Bundespartei wegen falscher Rechenschaftsberichte von der Bundestagsverwaltung Ende 2006 aufgefordert worden war, staatliche Zuschüsse in Höhe von 870.000€ zurückzuzahlen und deswegen in finanzielle Nöte geriet, käme eine solche Einnahmequelle gerade recht. Zum anderen könnten dadurch qualifizierte Mitarbeiter auch weiterhin an die Fraktion gebunden werden. Langfristig könnte dies zu einer Qualitätssteigerung ihrer Arbeit führen.

Der neuerliche Einzug in den Landtag hätte allerdings auch Nachteile für die Partei. Sollte sich die NPD auf Dauer in zwei Landtagen etablieren oder gar in weitere Parlamente einziehen, stieße sie auf erhebliche, vor allem personelle, Probleme. Das prophezeite Karl Richter bereits im Dezember 2006: „Wenn der Erfolg anhält, könnte es eng werden.“[126] Nach ihrem Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und dem damit verbundenen Wechsel einiger Funktionäre von Dresden nach Schwerin wurde deutlich, wie dünn die Personaldecke der Partei ist. In Sachsen ist nach zahlreichen Ausfällen die Kandidatenliste bereits erschöpft. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich eine Entspannung dieser Situation nicht erkennen.

Eine dauerhafte Präsenz der NPD oder anderer rechtsextremistischer Parteien in deutschen Landesparlamenten würde aber auch die demokratischen Kräfte vor eine neue Herausforderung stellen. Diese müssten sich langfristig auf die Anwesenheit solcher Parteien im Parlament einstellen und ihre Strategien zum Umgang mit diesen überdenken. Bereits jetzt befinden sich die übrigen Fraktionen in einem Zwiespalt. Sie sehen sich in einem Widerspruch zwischen konsequenter Ausgrenzung und einer verstärkten inhaltlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parteien. Beide Strategien haben sowohl Vor- als auch Nachteile. Die konsequente Ausgrenzung wird derzeit im Sächsischen Landtag mit der NPD praktiziert. Sie drückt sich in der kategorischen Ablehnung jeglicher Anträge der Partei aus und isoliert sie dadurch. Der positive Effekt hierbei ist, dass die NPD keinerlei Möglichkeit zu ergebnisorientierter Profilierung erhält. Das drückt

[126] Karl Richter, zitiert nach Markus Wehner, Pornos, Patronen und ’ne scharfe Wumme, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 27. Dezember 2006.

sich in fehlender Medienberichterstattung und demzufolge kaum öffentlicher Wahrnehmung aus. Auf der anderen Seite kann sich die NPD dadurch zum Märtyrer stilisieren. Wenn ihre Anträge vom Plenum abgelehnt, nahezu inhaltsgleiche Initiativen anderer Parteien aber angenommen werden, kann die NPD ihren Anspruch, die einzige echte Oppositionspartei im Landtag zu sein, scheinbar glaubhaft untermauern. Sie sieht sich in ihrer selbst kreierten Opferrolle bestätigt und ist in der Lage, dies wirkungsvoll zu verwerten.

Eine sachbezogene Auseinandersetzung mit der NPD wäre geeignet, die negativen Auswirkungen der Ausgrenzungspolitik zu mindern. Die NPD könnte nicht mehr, wie bisher, auf ihre Isolierung verweisen und stünde zudem in der Pflicht, sich konstruktiv zu beteiligen anstatt nur anzuprangern. Die vorliegende Analyse hat deutliche Defizite und Schwachstellen der Parlamentsarbeit der NPD aufgezeigt. Diese Unzulänglichkeiten öffentlichkeitswirksam aufzugreifen und die wahren Zielstellungen der NPD zu entlarven, muss Ziel einer kritischen Auseinandersetzung sein. Ein daraus resultierendes erhöhtes Medieninteresse sollte dabei in Kauf genommen werden. Es sei jedoch angemerkt, dass eine verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung nicht mit einer Kooperation einhergehen darf. Es ist unschwer vorstellbar, mit welchem propagandistischen Feuerwerk die NPD ihre Akzeptanz als politische Kraft seitens der anderen Parteien feiern würde. Einen solchen Imageschaden will und kann man sich einfach nicht leisten. Ein Abweichen vom bisherigen geschlossenen Abstimmungsverhalten oder gar eine Zusammenarbeit mit der NPD erscheinen daher abwegig.

Egal ob Ausgrenzung oder Auseinandersetzung, ein „Königsweg“ im Umgang mit rechtsextremistischen Parteien ist bislang nicht erkennbar. Auch wenn dem demokratischen Rechtsstaat derzeit keine unmittelbare Gefahr von Rechtsaußen droht: Die demokratischen Parteien müssen, unter Beibehaltung des bisherigen konsequenten Abstimmungsverhaltens, ihre parlamentarische Arbeit in Zukunft stärker auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD richten und deren Defizite klar und deutlich aufzeigen. Dadurch kann ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den politischen Rechtsextremismus geleistet werden, *bevor* er Parlamente erobert.

Die Vier-Säulen-Strategie der NPD.
Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung

Eckhard Jesse

1. Einleitung und Fragestellung

Die NPD ist ein Schreckgespenst, für die einen mehr Schreck, für die anderen mehr Gespenst. Die Vielzahl der einschlägigen Publikationen[1] steht in einem gewissen Missverhältnis zu den doch eher bescheidenen Erfolgen der rechtsextremistischen Partei. Die NPD propagiert oft vollmundige Parolen, denen es an Realitätsgehalt mangelt. Sie will mächtiger erscheinen als sie ist. Im Bestreben, vor der rechtsextremistischen Gefahr zu warnen, gehen demokratische Gegner der NPD dieser mitunter auf den Leim. Man denke an den Begriff der „national befreiten Zonen", den Kritiker aufgreifen und dann vor „no go areas" warnen, ohne sich empirisch genau kundig gemacht zu haben.[2] Oder man rufe sich die großspurigen Aussagen des sächsischen NPD-Theoretikers Jürgen Gansel ins Gedächtnis: „In Mitteldeutschland findet eine geräuschlose völkische Graswurzelrevolution statt. Mit einem moderaten Ton, zivilen Auftreten und alltagsnahen Themen gelingt es Nationalisten vielerorts zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu werden, während sich die Systemkräfte

---

1 Vgl. Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007; Harald Bergsdorf, Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind, München 2007; Marc Brandstetter, Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006; Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen" zum „Aufstand der Unfähigen", Baden-Baden 2005; Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts. 2008.

2 Vgl. den vorzüglichen Beitrag von Uta Döring, „National befreite Zonen". Zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 177-206.

dem Volk immer mehr entfremden."[3] Tatsächlich sieht die Realität anders aus. Gilt dies auch für die propagierte Vier-Säulen-Strategie der Partei?

Die Partei hat sich im letzten Jahrzehnt radikalisiert – und zwar beträchtlich.[4] Davon zeugen alle zentralen Untersuchungsfelder für Parteien – die Organisation, die Ideologie und die Strategie. Für diese Radikalisierung ist maßgeblich der Parteivorsitzende seit 1996 verantwortlich, Udo Voigt.[5] Dieser Beitrag analysiert die Drei- bzw. Vier-Säulen-Strategie der Partei. Folgende Fragen stehen im Vordergrund: Was waren die Ursachen für die Entwicklung dieser Konzeption? Wie ist diese Säulen-Strategie aufgebaut? Gibt es zwischen den einzelnen Säulen Widersprüche, oder verschmelzen die Prinzipien nahtlos miteinander? Erklärt diese Strategie den (begrenzten) Erfolg der Partei?

2. Ursachen für die neue Strategie

Die 1964 gegründete NPD war in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in sieben Landtage eingezogen. In den 1970er und 1980er Jahren blieben ihr Erfolgserlebnisse versagt. Sie verlor nicht nur Mitglieder, sondern auch Wähler.[6] Zudem bekam sie im „nationalen Lager" Konkurrenz – durch die 1983 ins Leben gerufene Partei „Die Republikaner" (REP) und 1987 durch die „Deutsche Volksunion" (DVU) Gerhard Freys.[7] Der Versuch des langjährigen NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug (1971-1990), mit der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) (zunächst „Deutsche Allianz") eine neue „übergreifende" Organisation auf die Beine zu stellen und die NPD in dieser integ-

---

3 Vgl. Jürgen Gansel, Die Neugierde wecken. Im Gespräch mit Jürgen Rieger, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 vom Oktober 2006, S.3.

4 Vgl. für die frühere Zeit Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a.M. 1999.

5 Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Udo Voigt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18, Baden-Baden 2006, S. 207-219.

6 Vgl. Horst Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1984, S. 1922-1994.

7 Sie war 1971, auf den Tag genau 100 Jahre nach Gründung des Kaiserreichs, zunächst als Verein gegründet worden.

rieren zu lassen, scheiterte im doppelten Sinne. Zum einen wurde die sie durch die Abspaltung eines Teils ihrer Mitglieder noch schwächer[8], zum anderen blieb die DLVH ein „totgeborenes Kind“. Bereits unter dem Vorsitz von Günter Deckert (ab 1991) radikalisierte sich die Partei – vor allem auf dem heiklen Gebiet des „Geschichtsrevisionismus“, ebenso in antiamerikanischer Agitation. Deckert, wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten und mancher von ihm propagierten Themen 1995 abgesetzt, kandidierte 1996 erneut.[9] Sehr knapp – mit 88 gegen 83 Stimmen – bezwang Udo Voigt seinen Amtsvorgänger.

Er hob zunächst Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber neonationalsozialistischen Gruppierungen auf. Auch wenn das Parteiprogramm von Ende 1996 ohne gravierende Verschärfungen blieb, ging der ehemalige Hauptmann der Bundeswehr, der durch sein Politikstudium und seine militärpolitischen Interessen besonderes Augenmerk auf die Parteistrategie gerichtet hatte, schnell daran, einen Kurswechsel festzuschreiben. Sein sofort nach dem Amtsantritt unternommener Versuch, das „nationale Lager“ zu einen („Bündnis Deutschland“), blieb ohne Wirkung, nicht hingegen sein sonstiges strategisches Ansinnen. Voigt wollte mit „seiner“ NPD wieder Einfluss erlangen, „ihr politisches Eremitendasein“[10] überwinden. In gewisser Weise war dies eine Absage an die bis dahin oft praktizierte Bündnispolitik. „1997 erarbeitete das Amt Politik im Parteivorstand ein neues Strategiepapier, welches schließlich auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen als für die Partei verbindlich festgelegt wurde. In diesem neuen Konzept nimmt die NPD von der althergebrachten Rolle einer reinen Wahlpartei Abschied und stellt für den mittelfristigen politischen Kampf nunmehr drei Agitationsfelder gleichrangig nebeneinander“.[11]

---

[8] Vgl. Peter M. Wagner, Die NPD nach der Spaltung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn 1992, S. 157-167.

[9] Vgl. Gerhard Hertel, Biographisches Porträt: Günter Weckert, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 202-212.

[10] So Harald Bergsdorf, Die Vier-Säulen-Strategie der neuen NPD, in: Deutschland Archiv, 41 (2008), S. 14-19.

[11] So Udo Voigt, Mit der NAPO auf den Weg in das neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999, S. 469.

Diese Selbstbeschreibung ist durchaus richtig. Voigt hätte die eigene Rolle deutlicher kennzeichnen können. Der Strategiewechsel geht maßgeblich auf ihn zurück. Mit Udo Voigt, kein Intellektueller und kein mitreißender Redner, wohl aber ein geschickter Organisator und Stratege, der sich 2008 auf dem Bamberger Parteitag trotz zunehmender Kritik behaupten konnte, setzte in der Tat eine Art „zweiter Frühling“ [12] der NPD ein. Aber – und das ist die Kernfrage – geht er auf die neue Strategie zurück?

3. Inhalt der vier Säulen

Der Vorspann des strategischen Konzepts, die „Grundgedanken“, beginnt mit einem „Paukenschlag“: „Das zusammenbrechende politische und wirtschaftliche System in der BRD setzt alle verfügbaren Machtmittel ein, um den Aufbau einer nationalen Opposition in Deutschland zu verhindern.“[13] Der Grund: Die Strategie der NPD reagiert damit auf die Haltung der Gegenseite. Der „Schein der Unterlegenheit“ trüge, denn die „nationale Opposition“ sei eine ernst zunehmende Kraft. Die Westintegration habe die Spaltung Deutschlands zementiert, Deutschland zu einer „US-amerikanischen Provinz degradiert“[14]. Erst durch die Globalisierung sei eine krisenhafte Zuspitzung der Lage entstanden. Unter Berufung auf Carl von Clausewitz heißt es, die Strategie müsse sich dem Ziel unterordnen. Taktik sei die Lehre vom Gebrauch der Mittel, Strategie die Lehre vom Gebrauch der Kampagnen. Alle drei strategischen Säulen gehörten zusammen: „Wenn die NPD ihre Ziele in Deutschland erreichen will, muss sie – im übertragenen Clausewitzschen Sinne gesprochen – drei große Schlachten schlagen: die Schlacht um die Köpfe, die Schlacht um die Straße und die Schlacht um die Wähler.“[15]

Bei der „Programmatik“ bedarf es in den Augen der NPD zweierlei: Erstens dürfe es keine ideologischen Berührungsängste geben. „Auch

---

[12] Das erkannte frühzeitig Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen Aktion und Politik, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 146-166.

[13] Das strategische Konzept der NPD, in: Apfel (Anm. 11), S. 356.

[14] Ebenda, S. 356.

[15] Ebenda, S. 359.

Marxisten-Leninisten, die auf der DDR-Seite der ehemaligen innerdeutschen Besatzer-Demarkationslinie ihre Erfahrungen gesammelt haben, sind wertvolle Mitkämpfer, wenn sie den Sozialismus als Volksgemeinschaft begreifen.“[16] Zweitens sei es der Prüfung wert, welche Ideen und Begriffe bei den Bürgern verfangen. „Der Weg von der Schreibstube zur Straße – und wieder zurück zur Schreibstube – muss kurz und frei von Hindernissen sein.“[17]

Die „Massenmobilisierung“ sei nur durch eine „Mobilisierung der Straße“ erreichbar. Tabus dürfe es nicht geben. Die NPD habe keine Probleme, beim „Wiederaufbau der Volksgemeinschaft“[18] mit Skinheadgruppen zusammenzuarbeiten. Manche national gesinnten Bürger ließen sich dagegen nicht oder lediglich schwer für Straßenprotest gewinnen.

Die „Wahlteilnahme“ sei schon deshalb zwingend notwendig, weil Versammlungen der Partei oft verboten würden. Während der Wahlkämpfe müssten die Parteien ihre „rechtswidrigen Behinderungspraktiken“ begrenzen. Parteien verlören ihren privilegierten Status, nähmen sie nicht regelmäßig an Wahlen teil: „Es ist auch äußerst wichtig, im Auge zu behalten, dass eine nur sporadische Wahlteilnahme die Erfolgschancen erheblich mindert. Der Bürger verliert dann mit Recht das Vertrauen in die Beharrlichkeit der Partei und kann nicht einsehen, warum er eine Partei wählen soll, die nur jedes zweite oder dritte Mal zur Wahl antritt.“[19]

Die abschließenden Äußerungen von Udo Voigt in dem vollmundig betitelten Selbstverherrlichungsband „Alles Große steht im Sturm“ zielen wesentlich auf die drei Agitationsfelder. Das erhellt die Bedeutung dieser Strategie für die Partei. Offen räumt Udo Voigt die Sinnlosigkeit eines systemimmanenten Verhaltens ein. Die Antifa habe mehrfach erklärt, den „Kampf um die Straße“ verloren zu haben. Die NPD müsse beim „Kampf um die Köpfe“ Gesicht zeigen und bei Kommunalwahlen antreten. Die NPD sei keine „Briefkastenpartei“. Gleichwohl plädiert Voigt für „Schwerpunktbildung“.[20] Er sieht den

---

16 Ebenda, S. 359.
17 Ebenda, S. 359.
18 Ebenda, S. 360.
19 Ebenda, S. 360.
20 Voigt (Anm. 11), S. 470.

Erfolg beim „Kampf um die Straße“ als Bedingung für den „Kampf um die Parlamente“. Wiederholt bringt Voigt die Frage der Bündnispolitik zur Sprache. Dabei meldet er einen Alleinvertretungsanspruch an. „Wer nicht mit uns ist, ist unserer Gegner!“[21]

Im Jahre 2004 – nach dem Erfolg in Sachsen mit 9,2 Prozent – erweiterte Udo Voigt auf dem NPD-Bundesparteitag am 30./31. Oktober im thüringischen Leinefelde die Drei-Säulen-Strategie zur Vier-Säulen-Strategie.[22] Mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ ist die Einheit des „nationalen Lagers“ gemeint. War das Scheitern der Bündnispolitik 1996 gewissermaßen die Voraussetzung für das Drei-Säulen-Modell, so war nun – aus einer Politik der Stärke heraus – der „organisierte Willen“ gleichsam dessen Folge.

In dieser Grundsatzrede erläuterte und präzisierte Voigt seine Vorstellungen vom Vier-Säulen-Modell. Das zeigt, mit welchem Herzblut er dieser Strategie anhängt. Voigt räumt ein, der „Kampf um die Köpfe“ sei weniger erfolgreich gewesen als der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf um die Parlamente“. Die Eliten des Landes „müssen im Wesentlichen noch vom Denken unserer Feinde befreit werden.“[23] Gleichwohl sah Voigt Fortschritte bei der Personalisierung der Partei. Hierzu rechnete er auch die „Wortergreifungsstrategie“.[24] Der „Kampf um die Straße“ trage dazu bei, die Schweigespirale“ zu durchbrechen. Allerdings würden Mini-Demonstrationen in einer Großstadt „eher lächerlich“[25] wirken und sollten daher unterbleiben. „Der Kampf um die Parlamente“ könne mit Hilfe finanzieller Mittel aufgrund des Abschneidens bei den Europawahlen 2004 erfolgreich fortgesetzt werden: bis zum Einzug 2006 in den „Reichstag“.

Augenfällig sind die unorthodoxen Anleihen der NPD bei der „Linken“ (z.B. „Feinde des Volkes“): „Wenn ein Horst Mahler in diesen Tagen gemeinsam mit der NPD Veranstaltungen durchführt und da-

---

21 Ebenda, S. 473.

22 Vgl. Ansprache des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt auf dem NPD-Bundesparteitag am 30./31. Oktober 2004 in Leinefelde – Arbeit – Familie – Vaterland, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 17, Baden-Baden 2005, S. 126-141.

23 Ebenda, S. 131.

24 Ebenda, S. 134 f.

25 Ebenda, S. 133.

von spricht, dass es immer auch ein Anliegen der 68er war, die Zukunft unseres Volkes zu sichern und sich ihr Protest in erster Linie gegen den US-Imperialismus gerichtet hat, dann weiß ich nicht, was uns daran hindern sollte, Gemeinsamkeiten auch bei klassischen ‚Linken' zu sehen, die erkannt haben, warum der Marxismus am falschen Menschenbild scheitern musste und, von der Entwicklung der Überfremdung überrollt, eingestehen, dass sie ein Deutschland der Fremden nicht wollten."[26] Mit diesem Strategiewechsel war zugleich ein ideologischer Wechsel verbunden, weg von der betulichen antikommunistischen Partei, hin zu einer aggressiven antikapitalistischen Bewegung.

4. Widersprüchliche Elemente in der Vier-Säulen-Strategie

Die NPD erweckt den Eindruck, als gingen diese Elemente nahtlos ineinander über, als ergänzten sie sich: „Keine von ihnen ist ohne die anderen sinnvoll oder auch nur möglich."[27] Wer verschiedene Ziele nennt, unterliegt immer der Gefahr, dass sie in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, unabhängig davon, ob es sich um eine demokratisch oder um eine extremistische Partei handelt. So votierten die Grünen lange für die Grundwerte „ökologisch", „sozial", „basisdemokratisch" und „gewaltfrei". Dabei ist das ökologische Prinzip offenkundig nicht im gleichen Maße mit dem sozialen vereinbar und umgekehrt.

Das martialische Auftreten von Skinheads bei NPD-Demonstrationen schreckt potentielle Sympathisanten in der Wahlkabine eher zurück, der Partei ihre Stimme zu geben. Insofern bietet der erfolgreiche „Kampf um die Straße" entgegen der NPD-Behauptung wahrlich keine Garantie für ein gutes Abschneiden bei Wahlen. Umgekehrt ließe sich mit mehr Überzeugungskraft formulieren: Die Abgrenzung von aktivistischen Kadern sorgt stärker für Erfolge der Partei. Allerdings riefe gerade dies Protest bei den „Kameradschaften" hervor. Die Zusammenarbeit der NPD einerseits mit der betulich-nationalistischen DVU und andererseits den aggressiven „Freien Kameradschaften" kommt einer Quadratur des Kreises gleich.

---

[26] Voigt (Anm. 11) S. 474 f.

[27] Das strategische Konzept der NPD (Anm. 13), S. 360.

Auch die folgende Argumentationsstruktur passt nicht zusammen: Die Wahlteilnahme wird vor allem deshalb befürwortet, weil Versammlungen und Aufzüge der Partei verboten würden. Aber diese sollen doch gerade eine wichtige Säule bilden. Wären denn Kandidaturen bei Wahlen nicht mehr nötig, gäbe es für die NPD keine Einschränkungen bei der Massenmobilisierung? Im Übrigen mutet es merkwürdig an, dass ausgerechnet die NPD, für die Parlamentsarbeit vor allem eine taktische Dimension besitzt, so stark auf den sonst verachteten Parlamentsbetrieb abhebt. Im NPD-Verständnis des letzten Jahrzehnts will die Partei eben keine „Wahlpartei" mehr sein.

Die NPD propagiert den „Kampf um die Köpfe", plädiert für eine „Wortergreifungsstrategie". Tatsächlich jedoch ist es damit nicht gut bestellt. Weil es ihr an geeignetem Personal fehlt, rückt sie populistische Themen in den Vordergrund, setzt sie vor allem auf Protest. Auf diese Weise kann sie schwerlich eine Stammwählerschaft gewinnen. Und die „Wortergreifungsstrategie" dürfte vielerorts in dem Moment scheitern, in dem sich ein NPD-Kader offen zu erkennen gibt.

Im Übrigen beherzigte die Partei ihre Prinzipien nicht immer: So hat sie während der Verbotsdebatte den „Kampf um die Straße" massiv gedrosselt oder ganz eingeschränkt und die propagierte „Wahlteilnahme" inkonsequent praktiziert. Im Jahre 2003 trat sie bei keiner der vier Wahlen zu den Landesparlamenten an. Zudem ist der „Kampf um die Köpfe" nie sonderlich aktiv geführt worden – offenbar wegen großer Aussichtslosigkeit und mangelnder intellektueller Aktivisten. Die Bündnisse mit der DVU einer- und den neonationalsozialistischen„Kameradschaften" andererseits sind wegen divergierender Positionen vielfach nicht umgesetzt worden. Die NPD trat alleine an – oft ohne aktive Unterstützung durch die DVU.

Die „Übernahme linksextremistischer Agitation und Rhetorik"[28], wie sie sich etwa an antiimperialistischen Gedankengängen ablesen lässt, mag zwar in den neuen Bundesländern auf gewisse Resonanz stoßen, doch verfängt sie in der „alten" Bundesrepublik weitaus weniger. Die

[28] So treffend Rudolf van Hüllen, Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte, Sankt Augustin/Berlin 2008, S. 37. Siehe auch Lazaros Miliopoulos, der von „Kreuzungsstrategie" spricht. Vgl. ders., Strategische Ansätze, Potentiale und Perspektiven der NPD, in: Backes/Steglich (Anm. 1), S. 133.

NPD hat bei der Aufstellung ihres Säulen-Modells zu wenig auf das unterschiedlich geprägte Elektorat im Osten und Westen des Landes gedacht. „Querfront"-Strategien – also durch den Einbezug gegensätzlicher ideologischer Elemente – sind im Westen nicht vermittelbar.

5. Wirkungen der Vier-Säulen-Strategie auf NPD-Erfolge

Die NPD hat in ihrer Geschichte zwei (relative) Hochphasen zu verzeichnen: kräftige Erfolge zwischen 1966 und 1968 (die Partei zog, wie erwähnt, in sieben Landesparlamente ein) und – auf einem deutlich niedrigeren Niveau – eine Zunahme der Stimmengewinne seit 2004. In der ersten Phase fehlte die Drei- bzw. Vier-Säulen-Strategie, in der zweiten gab es sie. Gleiches gilt für die Zeit der notorischen Erfolglosigkeit (von 1970 bis 2003). Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Vier-Säulen-Modell und dem gegenwärtigen relativen Erfolg?

Die Erfolge der NPD bei den beiden Landtagswahlen in Sachsen (2004: 9,2 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (2006: 7,3 Prozent) gehen eher auf für die Partei recht günstige Gelegenheitsstrukturen zurück. Die Wahl fand in Sachsen auf dem Höhepunkt der geharnischten Proteste gegen die Hartz IV-Gesetze statt. Im Bund regierte die rot-grüne Koalition, im Land die CDU. Immerhin wies die Partei im Land Sachsen eine gewisse organisatorische Festigkeit auf.[29] Der Verzicht auf eine Wahlteilnahme der REP, deren sächsische Vorsitzende hatte das kurzfristig so entschieden und bekam danach bei der NPD eine Stelle, nützte der NPD massiv. Noch bei der Europawahl wenige Monate zuvor lagen die REP mit 3,4 Prozent knapp vor der NPD (3,3 Prozent). Auch in Mecklenburg-Vorpommern waren die Gelegenheitsstrukturen für die Partei günstig. Zur Zeit ihres Wahlerfolgs regierte im Bund eine große Koalition, im Land eine rot-rote. Die schwierige wirtschaftlich-soziale Situation vor Ort und die daraus resultierenden Unzufriedenheiten wusste die NPD zu nutzen. Der Mangel an angemessenen Arbeitsstellen hatte zur Abwanderung junger flexibler Menschen geführt.

---

[29] Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005; Marc Brandstetter, Die sächsische NPD: Politische Struktur und gesellschaftliche Verwurzelung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 38 (2007), S, 349-368.

In beiden Ländern profitierte sie mehr vom Protest „gegen die da oben“ als von ihren Forderungen, die stark auf die „soziale Frage“ abhoben. Gleichwohl begünstigte eine gewisse Rechtslastigkeit bestimmter Wählergruppen ein NPD-Votum.[30] Sollten sich die Gelegenheitsstrukturen für die NPD ungünstig(er) entwickeln (angesichts der Last der leidvollen Vergangenheit sind sie ohnehin nicht gut), könnte der Höhenflug der Partei relativ schnell enden.[31] Jedenfalls gibt es ungeachtet vereinzelter Gebiete bei ihr keine feste, an die Partei gebundene Stammwählerschaft. Immerhin ist die NPD mit 7.200 Mitgliedern (Ende 2007) inzwischen die größte Partei innerhalb des „nationalen Lagers“.

Die Angebotsstrukturen haben nur wenig zum Erfolg in beiden Ländern beigetragen. Der „Kampf um die Parlamente“ war – bis auf Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern – weithin erfolglos, wenngleich es der NPD in den meisten Bundesländern gelungen ist, die für die Parteienfinanzierung wichtige Hürde von einem Prozent zu überwinden. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern konnte die Partei durch ihr oft aggressives parlamentarisches Auftreten keine Punkte sammeln, wenngleich die demokratischen Parteien und die PDS in ihren Reaktionen bisweilen Hilflosigkeit erkennen ließen. Wollte die Partei 2005 mit Hilfe dreier – sächsischer – Direktmandate in den Bundestag einziehen, so musste sich Uwe Leichsenring, ihr Wahlkreiskandidat, der am besten abgeschnitten hatte, mit 7,8 Prozent der Stimmen begnügen. Bundesweit erzielte sie 1,6 Prozent (Ostteil: 3,6 Prozent; Westteil: 1,1 Prozent). Dies stellt zwar eine Vervierfachung des Ergebnisses von 2002 dar, wenngleich auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau. Das bessere Abschneiden in den neuen Bundesländern hat teils sozialisationsbedingte, teil situative Ursachen. Die Zeit vor der deutschen Einheit spielt damit ebenso eine Rolle wie die Zeit danach.[32] Bei den Wahlen in einigen großen westlichen Bundesländern erreichte die Partei jüngst nicht einmal die Schwelle von 1,0 Pro-

---

30 Vgl. eine Reihe von Beiträgen im Band von Backes/Steglich (Anm. 1).

31 Vgl. Eckhard Jesse, Das Auf und Ab der NPD, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/2005, S. 31-38.

32 Vgl. Uwe Backes, Rechtsextreme Wahlmobilisierung und Demokratiekonsolidierung im östlichen Deutschland, in: Totalitarismus und Demokratie, 4 (2007), S. 17-43.

zent (Nordrhein-Westfalen 2005: 0,9 Prozent; Baden-Württemberg 2006: 0,7 Prozent; Hessen 2008: 0,9 Prozent).

Der „Kampf um die Köpfe" ist der NPD nicht geglückt. Bis auf wenige Fälle fehlen der Partei präsentable Personen. Die „Wortergreifungsstrategie" ist mehr Fiktion als Faktum. Das gilt auch für andere Aktivitäten. So hatte der sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel mit viel Aplomb eine „Dresdner Schule" ins Leben gerufen – als Gegengewicht zur „Frankfurter Schule". Die Vollmundigkeit der Schimpfkanonaden[33] („volks- und staatszersetzende BRD-Nomen-Klatura", „massive Landnahme durch ultra- und rassefremde Menschen", „gleichgeschaltete Krämerzivilisation", „identitätskastrierte Gegenwartskrüppel") steht in einem bemerkenswerten Kontrast zur äußerst bescheidenen Wirkung. Mit der „Besetzung von Begriffen" ist die Partei, deren Intellektualisierung nur schwache Fortschritte macht[34], nicht vorangekommen. Allenfalls lösten provokative Formulierungen wie „Bomben-Holocaust" bei der Mehrheitskultur heftige negative Reaktionen aus. Die Anlehnung an die Konzeption des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci mit seiner Strategie der „kulturellen Hegemonie" ist erkennbar, doch fruchtet sie nicht.

Mit dem „Kampf um die Straße" provoziert die NPD zwar immer wieder Schlagzeilen – allerdings mehr durch Protestaktionen ihrer Gegner, weniger durch eigene machtvolle Präsenz. Die Zahl der Demonstrationen nahm zu (nicht unbedingt die Zahl der Teilnehmer), aber nicht die Sympathie der Bevölkerung für die Partei. Im Gegenteil: Der gesellschaftliche Konsens gegen den harten Extremismus der NPD hat sich verfestigt. Allerdings kann durch die gewaltsame Störung oder sogar Verhinderung solcher Aufzüge (nicht nur durch die Antifa) ein die NPD begünstigender Märtyrereffekt eintreten – mit staatlichen „Legitimitätsverlusten".[35]

---

[33] Die Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu Wesen und Wollen der „Dresdner Schule" ist abgedruckt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 18, Baden-Baden 2006, S. 147-153. Sie enthält eine Ansammlung von Formulierungen, die aggressive Polemik ebenso erkennen lässt wie maßlose Selbstüberschätzung.

[34] Vgl. Florian Hartleb, Die „Deutsche Stimme" – Das intellektuelle Sprachrohr der NPD?, in: Backes/Steglich (Anm. 1), S. 355-382.

[35] So Miliopoulos (Anm. 28), S. 128.

Was den „Kampf um den organisierten Willen“ betrifft, so schlossen im Januar 2005 die NPD und die entkräftet-ausgezehrte DVU einen „Deutschland-Pakt“, in dem sie sich verpflichteten, bis zum Jahr 2009 nicht gegeneinander anzutreten. Schon im Juni 2004 hatten sie ihre Kooperationsbereitschaft verkündet. Der Pakt funktioniert nicht zuletzt deshalb, weil die DVU kaum Aktivisten besitzt. So blieben Streitigkeiten aus, als die NPD beschlossen hat, entgegen der Vereinbarung bei den thüringischen Landtagswahlen 2009 anzutreten. Hingegen erlagen die REP unter Rolf Schlierer nicht den Avancen der NPD, wiewohl kleinere Teile der Partei zur NPD wechselten. Dass es mit dem „organisierten Willen“ nicht so weit bestellt ist, zeigten etwa die Austritte von Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön aus der anfänglich als gefestigt geltenden sächsischen NPD-Fraktion Ende des Jahres 2005.[36] Umgekehrt gibt es auch am anderen Ende des Spektrums Reibereien. Die “Freien Kameradschaften“ lassen sich nur zum Teil in das Bündniskonzept der NPD einbeziehen. Die Parteiführung hat sich mittlerweile von den „Autonomen Nationalisten“ und ihrem „Schwarzen Block“ distanziert[37] – mehr aus taktischen Erwägungen als aus prinzipieller Überzeugung heraus. Das Vorhaben, das gesamte „nationale Lager“ zu einen, gelang damit nicht. Was in der Vergangenheit möglich war, ist nun ausgeschlossen: Bei der nächsten Bundestagswahl können durch eine sinnvolle Änderung des Wahlgesetzes auf der Liste der NPD keine Mitglieder der DVU mehr kandidieren. Doch trägt das zur Milderung der Konkurrenz bei?

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Die NPD sucht beständig, ihre Geschlossenheit zu betonen. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. In organisatorischer Hinsicht gibt es zahlreiche Machtkämpfe, in ideologischer Hinsicht Streitigkeiten, in finanzieller Hinsicht massive Probleme. Viele Kritiker betonen (wie Repräsentanten der Partei) zu sehr die Homogenität, statt auf Soll-

[36] Vgl. den Artikel von Reiner Burger, Da waren es nur noch neun. Innerhalb weniger Tage ist die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag um ein Viertel geschrumpft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Dezember 2005.

[37] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 71.

bruchstellen zu verweisen – etwa nach Wahlniederlagen auf Richtungsstreitigkeiten.

Immerhin konnte die NPD durch ihr strategisches Konzept die eigene Kampagnenfähigkeit steigern. Aber da diese Strategie zugleich mit einer inhaltlichen Radikalisierung verbunden war, vermochte die Partei ihre strategischen Vorteile nicht in größerem Umgang umzumünzen. Die NPD stellt – wie die gesamte rechtsextremistische Szene – keine Bedrohung der demokratischen Ordnung dar.[38] Somit kann nicht die folgende, auf das Drei- bzw. Vier-Säulen-Konzept basierende These des Politikwissenschaftlers Marc Brandstetters geteilt werden: „Diese erstaunliche Erfolgsgeschichte kam ... keineswegs aus heiterem Himmel, sondern wurde von langer Hand vorbereitet.“[39] Bestritten wird nicht die Vorbereitung von langer Hand, wohl aber der Sachverhalt, dass sie für Erfolge verantwortlich ist. Die NPD hat, so zutreffend der Politikwissenschaftler Rudolf van Hüllen, „ihre Kräfte in den neuen Bundesländern konzentriert und verschiebt disponible Kader von West nach Ost, weil die Kaderdecke extrem dünn ist. Unter Einschluss der im Umfeld der Landtagsfraktionen angestellten Personen und der ‚Ehrenamtlichen‘ (größtenteils Arbeitslose und Rentner) kommt man für die NPD günstigenfalls auf rund siebzig Personen. Damit ist über deren intellektuelle Qualität noch nichts ausgesagt.“[40] So sieht die trostlose Wirklichkeit aus. Damit erklärt sich etwa der Einsatz des organisatorisch versierten Peter Marx als „Allzweckwaffe“ – im Saarland, in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern, um nur drei Bundesländer zu nennen.

Die NPD ist gegenwärtig kein Machtfaktor im deutschen Parteiensystem[41], obwohl sie sich zu einem „Gravitationsfeld im Rechtsextre-

---

[38] Vgl. die Fallstudie von Andreas Klärner, Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten, Hamburg 2008; ders., „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“. Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt, in: ders./Kohlstruck (Anm. 2), S. 44-67.

[39] So Marc Brandstetter, Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 51 (2006), S. 1029.

[40] Hüllen (Anm. 28), S. 27.

[41] Vgl. den differenzierten Beitrag von Lazaros Miliopoulos, Die NPD als Machtfaktor im deutschen Parteiensystem, in: Uwe Jun/Henry Kreiken-

mismus“ entwickelt hat. „Voraussetzung hierfür war“, so die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, „weniger ein fein ziselierter Plan und erst recht nicht ein charismatischer Führer, sondern eher ein lethargisches, wenig inspiriertes Spektrum, das von zielgerichteten, relativ jungen Rechtsextremisten politisch und strategisch ‚modernisiert’ worden ist.“[42] Der NPD fehlt es ungeachtet einer gestiegenen Professionalisierung nach wie vor an gesellschaftlicher Reputation. Und es spricht angesichts der Angebots- und Gelegenheitsstrukturen viel dafür, dass dies so bleibt, auch wenn die Partei mit offensiven Strategien Einfluss erlangen will. Allerdings sind den Claqueuren der NPD enge Grenzen gezogen. Eine Partei wie die PDS, die Linkspartei oder (jetzt) die Linke warnt mit ihrer Strategie des „Antifaschismus“ beständig vor den Gefahren der NPD, um auf diese Weise ihrerseits stärkere Salonfähigkeit in der Mehrheitskultur zu erreichen. Dies ist ihr zum Teil auch gelungen.[43] Insofern ist der Befund paradox: Der harte Rechtsextremismus in Form der NPD hat den weichen Linksextremismus der Linken begünstigt. Die mögliche Hoffnung der NPD, dadurch werde wiederum der Antipode stark gemacht, ist offenkundig trügerisch – schon deshalb, weil die NPD längst nicht mehr als antikommunistische Partei firmiert.[44]

Die NPD deckt mit ihren drei Säulen den diskurs- („Kampf um die Köpfe“), den aktions- („Kampf um die Straße“) und den parlamentsorientierten („Kampf um die Wähler“) Rechtsextremismus ab. Und mit ihrem „Kampf um den organisierten Willen“ erhebt sie einen Monopolanspruch in der „Szene“. Trotz dieser nicht ungeschickten Vor-

---

bom/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind. Zu Veränderungen der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt a.M. 2006, S. 223-245.

42 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus, Köln 2006, S. 8.

43 Vgl. Tim Peters, Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006.

44 Bei der Bundestagswahl 2005 versuchte die Partei angesichts der Erfolge der Linkspartei auch in ihrem Wählerreservoir wenigstens partiell antikommunistisch zu agitieren. Vgl. Uwe Backes, Polarisierung aus dem Osten? Linke und rechte Flügelparteien bei der Bundestagswahl 2005, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 168 f. – Diese Tendenz dürfte zunehmen, hegt die NPD doch Befürchtungen, die Linke „wildere“ in ihrem „Revier“.

gehensweise kommt der Vier-Säulen-Strategie nur ein begrenzter Einfluss für die gewachsene Präsenz der NPD zu. Wesentlich bedeutsamer sind die für die Partei partiell regional günstigen Gelegenheitsstrukturen gewesen.

Neonazismus in der „Deutschen Stimme“.
Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung

Walter Jung

1. Einleitung und Fragestellung

Neonationalsozialistisch (vulgo: neonazistisch) eingestellt zu sein, ist angesichts der in vielfacher, nicht zuletzt aber in ethisch-moralischer Hinsicht katastrophalen Bilanz der NS-Diktatur ein äußerst schwerwiegender Vorwurf mit hohem gesellschaftlichem Stigmatisierungs-, Ausgrenzungs- und unter bestimmten Bedingungen auch Sanktionspotential. Dies gilt besonders in der Bundesrepublik Deutschland, deren politische Kultur und demokratische Mehrheitsgesellschaft von der historischen Erfahrung der NS-Verbrechen und von deren Aufarbeitung bis heute zutiefst geprägt sind und daher selbst auf sublimere Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hochsensibel reagieren. Auch und insbesondere die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die von Verfassungsschutzbehörden als „Gravitationsfeld im (deutschen) Rechtsextremismus“[1] und damit als „eine der bedeutendsten, wenn nicht die bedeutendste rechtsextremistische Organisation in der Bundesrepublik“[2] eingestuft wird, sieht sich häufig und seit Jahren mit dem Neonazismus-Vorwurf konfrontiert.[3] Dass dieser

---

[1] Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus (Stand: Dezember 2006). Diese kurze, aber informative Broschüre ist abrufbar unter www.verfassungsschutz.de.

[2] Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006, Stuttgart 2007, S. 158.

[3] So jüngst: Steffen Kailitz, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 337-353. Ders., Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, in: Politische Studien, Themenheft 1/August 2007, S. 44-53. Marc Brandstetter gibt auf die Frage „Ist die NPD des Jahres 2007 eine Neonazi-Partei?“ eine differenzierte Antwort, wonach „es am überzeugendsten“ sei, „die NPD als Kaderpartei anzusehen, die sich ideologisch eine national- und sozialrevolutionäre Ausrichtung mit neonationalsozialistischen Einflüssen gegeben hat. Um sie vollkommen dem neonazistischen Spektrum zuordnen zu können, fehlen wichtige Ideologieelemente, die die Charakteristik des Nationalsozialismus

Vorwurf potentiell sogar Existenz bedrohende Dimensionen für die Partei annehmen kann, hat das mit Beschluss vom 18. März 2003 eingestellte NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gezeigt. So begründete insbesondere der Deutsche Bundestag seinen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit und auf Auflösung der Partei vor allem mit dem Argument, es bestehe eine Wesensverwandtschaft der NPD mit dem historischen Nationalsozialismus.

Die zentrale Fragestellung, die dem vorliegenden Beitrag zugrunde liegt, lautet, ob und inwieweit dieser Neonazismus-Vorwurf an die NPD berechtigt ist. Dabei soll schon aus Gründen der Aktualität nicht allzu weit in die Geschichte der im November 1964 gegründeten NPD zurückgegriffen werden. Die Einstellung des Verbotsverfahrens stellt eine Zäsur in der Parteigeschichte dar, an die sich sinnvoll die Frage anknüpfen lässt, wie sich die Partei seither - ohne noch eventuelle Rücksichten auf den Verfahrensverlauf nehmen zu müssen - zum historischen Nationalsozialismus (NS) positioniert.

Neben der Beschränkung des Untersuchungszeitraumes auf die Jahre zwischen März 2003 und Anfang 2008 wird noch eine zweite Eingrenzung des Themas vorgenommen: Der Frage nach der Existenz neonazistischer Einstellungen in der NPD wird ausschließlich anhand der betreffenden Jahrgänge der im Januar 1976 gegründeten NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS) (Untertitel im Untersuchungszeitraum: „Monatszeitung für Politik und Kultur“) nachgegangen. Andere NPD-Medien (z. B. Internetseiten, Falt- und Flugblätter), aber auch die offiziellen Programme der Partei werden nicht berücksichtigt. Für diesen Schritt sprechen mehrere Gründe:

1. Als DS-Herausgeber fungierte im Untersuchungszeitraum wie schon davor der NPD-Bundesparteivorstand in Berlin. Somit besteht eine direkte, enge Beziehung der DS zu einem der wichtigsten NPD-Parteigremien auf Bundesebene, was allein schon die Bezeichnung der Zeitung als NPD-Parteiorgan rechtfertigt und zu entsprechenden

---

bestimmen.“ Es seien aber „die bürgerlich-konservativen Ideologiefragmente der Gründungs- und Frühphase weitgehend von neonationalsozialistischen Fragmenten abgelöst worden“. (Marc Brandstetter, Die Programmatik der NPD - Vom Deutschnationalismus zum Nationalsozialismus?, in: Backes/ Steglich (Anm. 3), S. 317-335, hier S. 330 und 335)

Rückschlüssen von DS-Inhalten auf die Bundesparteilinie berechtigt. Hinzu kommt, dass in der Redaktion und unter den regelmäßigen Autoren der DS zahlreiche Mitglieder bis hin zu hochrangigen Funktionären der NPD anzutreffen sind, darunter auch der seit 1996 amtierende Bundesvorsitzende Udo Voigt[4], der bereits seit einigen Jahren neben Einzelartikeln eine eigene monatliche Kolumne auf Seite 2 der DS publiziert.

2. Die DS ist die einzige Parteizeitung der Bundes-NPD. Sie ist somit ein singuläres Phänomen unter den ohnehin äußerst dünn gesäten mehr oder minder regelmäßig erscheinenden Printmedien der Partei, die ansonsten von NPD-Untergliederungen (z. B. Landesverbänden) herausgegeben werden oder wurden. Die DS ist damit das einzige regelmäßig erscheinende NPD-Printmedium, dem überhaupt bundes- wie parteiweite Bedeutung beizumessen ist, unabhängig davon, wie hoch man diese Bedeutung in Gesellschaft und Partei konkret veranschlagt. Nach eigenen Angaben hat die DS eine Druckauflage von 35.000 Exemplaren, die verkaufte Auflage beträgt 16.000 Exemplare, davon 10.000 im Abonnement.[5] Der Verfassungsschutzbericht des Bundes gibt hingegen für das letzte Berichtsjahr 2006 eine Auflage von 21.000 Exemplaren an.[6]

3. Die Zeitung erschien schon im Untersuchungszeitraum monatlich (bei der in Riesa ansässigen „Deutsche Stimme Verlags GmbH"), im Berliner Format und bis einschließlich Dezember-Ausgabe 2005 fast ausnahmslos mit 24 Seiten, ab Januar-Ausgabe 2006 durchgängig mit 28 Seiten und - nach einer geringfügigen Verkleinerung des Formats seit Januar-Ausgabe 2008 - ab März-Ausgabe 2008 mit 32 Seiten Umfang. Die DS bietet somit ein hinreichend umfangreiches Quellenmaterial, auf dessen Basis und an dessen Beispiel Antworten auf die obige Fragestellung formuliert werden können.

In den Jahren 1966 bis 1968 errang die NPD innerhalb von nicht ganz anderthalb Jahren bei sieben aufeinander folgenden Landtagswahlen

---

[4] Vgl. zu Udo Voigt: Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Udo Voigt, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 18, Baden-Baden 2006, S. 207-219.

[5] www.deutsche-stimme.de (gelesen am 19. März 2008).

[6] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 66.

mit Ergebnissen zwischen 5,9 Prozent (1967 in Schleswig-Holstein) und 9,8 Prozent (1968 in Baden-Württemberg) erstmals Parlamentsmandate und war dadurch bis Anfang der 1970er Jahre in den meisten Landtagen der damaligen alten Bundesrepublik vertreten.[7] Durch diese Serie von Wahlerfolgen, aber auch durch den gleichzeitigen Anstieg ihrer Mitgliederzahl von ca. 13.700 (1965) auf ca. 28.000 (1969)[8] zog die Partei schon relativ kurz nach ihrer Gründung das rege Interesse von Öffentlichkeit, Publizistik und Wissenschaft auf sich, was eine erste Welle journalistischer bis wissenschaftlicher Veröffentlichungen über die NPD zur Folge hatte.[9] Mit dem knappen Scheitern der Partei bei der Bundestagswahl 1969 (4,3 Prozent) setzte schon bald ein fast stetiger, phasenweise rasanter und schließlich die Existenz der Partei bedrohender Niedergang ein, der bis Mitte der 1990er Jahre anhielt und sich unter anderem in rapide sinkenden Mitgliederzahlen (1996: ca. 3.500[10]; 2007: ca. 7.200) und in der Tatsache niederschlug, dass die Partei über mehr als dreieinhalb Jahrzehnte lang kein einziges weiteres Landtags-, geschweige denn ein erstes Bundestagsmandat für sich verbuchen konnte. Die NPD verkam zur Splitterpartei, die seit den 1980er Jahren sogar innerhalb des sich auffächernden rechtsextremistischen Parteienspektrums ins Hintertreffen geriet. In diesen Jahren des Niedergangs nahm das öffentliche Interesse an der NPD und damit die Frequenz wissenschaftlicher Neuveröffentlichungen zu diesem Thema fast schon naturgemäß spürbar ab.[11] Erst der

---

[7] Uwe Hoffmann, Die NPD: Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main 1999, S. 452-453.

[8] Vgl. ebenda, S. 460.

[9] Vgl. beispielsweise: Hans Maier/Hermann Bott, Die NPD: Struktur und Ideologie einer nationalen Partei, Zweite, erweiterte Auflage, München 1968.

[10] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997, S. 136.

[11] Ein Beispiel aus dieser Phase, das bezeichnender Weise die damalige Krise der Partei thematisierte: Peter M. Wagner, Die NPD nach der Spaltung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 4, Bonn 1992, S.157-167. In dieselbe Phase fiel auch die Veröffentlichung bzw. Abfassung zweier ausführlicherer Spezialstudien zur NPD in Baden-Württemberg, in denen sich derselbe Autor mit den in den 1970er bis 1990er Jahren einzig noch verbliebenen kommunalen Wahlerfolgen der Partei auseinandersetzte: Peter M. Wagner, Die NPD in der Kommunalpolitik: Ursachen der Erfolge einer rechtsextremistischen Partei in Villingen-Schwenningen, Freiburg (Breisgau) 1992. Ders., NPD-Hochburgen in Baden-

„'zweite Frühling" der NPD"[12] seit dem Amtsantritt Voigts, vor allem aber das von 2001 bis 2003 anhängige Verbotsverfahren und schließlich der Einzug der Partei in die Landtage von Sachsen (am 19. September 2004 mit 9,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (am 17. September 2006 mit 7,3 Prozent) richteten den Focus der öffentlichen Aufmerksamkeit wieder in ähnlichem, wenn nicht intensiverem Maße wie schon Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre auf diese mittlerweile als Kernorganisation des deutschen Rechtsextremismus einzustufende Partei. Eine regelrechte Flut journalistischer bis wissenschaftlicher Publikationen war und ist auch diesmal die Folge, mit dem Ergebnis, dass die NPD heute als relativ gut erforscht gelten kann.[13]

Württemberg: Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994, Berlin 1997.

[12] Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling" der NPD zwischen Aktion und Politik, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 11, Baden-Baden 1999, S. 146-166. Teils wortgleich, aber etwas aktueller zu demselben Thema von demselben Autor: Die ideologische, strategische und organisatorische Entwicklung der NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, in: Heinz Lynen von Berg/Hans-Jochen Tschiche (Hrsg.), NPD - Herausforderung für die Demokratie?, Berlin 2002, S. 13-30.

[13] Eine der wichtigsten Publikationen zur NPD seit 1996 ist zweifelsohne die umfangreiche Analyse von Hoffmann aus dem Jahr 1999 (Anm. 7), auch wenn in ihr die jüngsten Entwicklungen gezwungenermaßen nicht mehr berücksichtigt sein können. Vgl. außerdem zur jüngsten Entwicklung der NPD neben dem bereits zitierten Sammelband von Backes und Steglich (Anm. 3) beispielsweise: Harald Bergsdorf, Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind, München 2007; Marc Brandstetter, Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006; Toralf Staud, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005. Vgl. zum NPD-Verbotsverfahren z. B.: Lars Flemming, Das NPD-Verbotsverfahren. Vom „Aufstand der Anständigen" zum „Aufstand der Unfähigen", Baden-Baden 2005; Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.), Verbot der NPD oder mit Rechtsradikalen leben? Die Positionen, Frankfurt am Main 2002. Vgl. zur NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern: Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen 2005; Sandra Pingel-Schliemann/Karl-Georg Ohse, Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 968-973. Den NPD-Wahlerfolg in Sachsen nahm das von Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin herausgegebene

Dieser Befund gilt nicht für die DS. Noch im Jahr 2007 kam der bislang einzige Wissenschaftler, der sich - erstmals 2005 - an ein fundiertes Porträt der DS gewagt hatte, der Politikwissenschaftler Florian Hartleb, zu dem Ergebnis, dass es zum damaligen Zeitpunkt zur NPD-Parteizeitung keinen ernstzunehmenden Forschungsstand gab: „In der wissenschaftlichen Diskussion wurde die *Deutsche Stimme* … weitgehend ignoriert. ... Das Organ wurde trotz der auffällig engen personellen und strukturellen Verzahnung zwischen Parteizeitung und -führung bislang lediglich spärlich und nicht historisch-systematisch behandelt - auch nicht im Zusammenhang mit den zahlreichen sektiererischen Blättchen im rechtsextremen Spektrum. Textanalytisch orientierte, einen längeren Zeitraum erfassende Arbeiten über die *Deutsche Stimme* existieren bislang nicht. Bei Analysen von rechten Theorieorganen und Intelligenzblättern kam die *Deutsche Stimme* nicht vor. Separate Einschätzungen der Zeitung blieben aus.“[14]

2008 hat sich an diesem Befund nichts geändert. Dieses Forschungsdesiderat ist in mindestens zweierlei Hinsicht weder nachvollziehbar noch weiter hinnehmbar: Zum einen existiert die NPD-Parteizeitung seit nunmehr 32 Jahren und zählt damit zumindest nicht zu den zahlreichen kurzlebigen und schon deshalb häufig unbedeutenden Zeitungsprojekten des deutschen Rechtsextremismus. Zudem hat auch sie seit 1996 im Zuge des „’zweiten Frühlings“ der NPD“ eine deutliche Wandlung vollzogen, nicht zuletzt in den Bereichen Format, Umfang und intellektueller Anspruch. Noch bis zur Dezember-Ausgabe 1996 erschien sie in einem nur gut halb so großen Format wie Ende 2007

Jahrbuch für Antisemitismusforschung zum Anlass, in seinem Band 14 (Berlin 2005) der NPD unter der Überschrift „Provokation und Ideologie: Die NPD und die deutsche Gesellschaft nach den Wahlen in Sachsen“ einen rund 90-seitigen Schwerpunkt zu widmen, u. a. mit Beiträgen von Richard Stöss (Die NPD - Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei, S. 41-59), Reiner Burger (Die NPD und ihr Umfeld in Sachsen, S. 73-88) und Thomas Grumke (Der „hysterische NPD-Tsunami“ - Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich, S. 89-97).

[14] Florian Hartleb, Die „Deutsche Stimme“ - Das intellektuelle Sprachrohr der NPD?, in: Backes/Steglich (Anm. 3), S. 355-382, hier S. 355-356. Dieser Aufsatz Hartlebs lehnt sich in stark modifizierter und aktualisierter Form an einen zwei Jahre älteren Aufsatz desselben Autors an: Florian Hartleb, Zeitschriftenporträt: Deutsche Stimme, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 17, Baden-Baden 2005, S. 218-235.

und umfasste lediglich zwölf Seiten. Dadurch, dass sich Format und Seitenumfang seither deutlich vergrößert haben, wurde Platz für zahl- und umfangreichere Beiträge zu einer breiteren Themenpalette geschaffen. Zudem veröffentlichen seitdem verstärkt rechtsextremistische Intellektuelle in der DS, so dass das Blatt mittlerweile den Charakter eines führenden rechtsextremistischen Theorie- und Strategieorgans angenommen hat.[15] Der vorliegende Beitrag versteht sich daher insbesondere auch als eine der von Hartleb indirekt, aber zu Recht angemahnten textanalytisch orientierten Arbeiten zur DS.

2. Die der Untersuchung zugrunde liegende Definition von „Neonazismus“

Der Begriff „Neonazismus“ findet in den häufig aufflammenden bundesdeutschen Debatten zum Thema „Rechtsextremismus“ oft und geradezu selbstverständlich Verwendung, scheint er doch selbsterklärend zu sein und sein Bedeutungsgehalt dementsprechend klar auf der Hand zu liegen. Doch gilt auch hier, dass, wenn zwei dasselbe Wort benutzen, sie damit nicht immer zwingend dasselbe meinen müssen. Vielmehr erweisen sich bei genauerer Betrachtung die Inhalte, die von verschiedenen Seiten mit diesem Terminus verbunden werden, als uneinheitlich, widersprüchlich, zum Teil sogar als miteinander unvereinbar. Daher müsste eigentlich von zwar oberflächlich gleich lautenden, inhaltlich wie qualitativ jedoch mehr oder minder deutlich verschiedenen „Neonazismus“-Termini gesprochen werden, denen teils seriöse Definitionen, teils aber auch nur unklar-schwammige Vorstellungen zugrunde liegen. Aus diesem Mangel an einer allgemeingültigen und dabei seriösen „Neonazismus“-Definition ergeben sich für die besagten Debatten immer wieder erhebliche Kommunikationsprobleme und Niveaudefizite. Der problematischste Ge- oder besser Missbrauch, der in diesem Zusammenhang immer wieder zu beobachten ist, liegt vor, wenn gar keine definitorische Eingrenzung des Terminus „Neonazismus“ mehr vorgenommen, sondern gleich die gesamte rechtsextremistische Szene als neonazistisch apostrophiert wird. Solch eine Gleichsetzung läuft auf eine unzulässige Vereinfachung hinaus, denn sie

[15] Vgl. dazu noch etwas detaillierter: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2004, Stuttgart 2005, S. 140.

wird der komplexen Realität der ideologisch zersplitterten rechtsextremistischen Szene nicht gerecht. Vielmehr stellt Neonazismus nur eine besonders dezidierte von mehreren ideologischen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus dar, die sich von anderen Rechtsextremismusvarianten vor allem bezüglich ihrer konkreten ideologischen Inhalte und des in der Regel hohen Fanatisierungsgrades ihrer Anhänger unterscheidet. Wenn darüber hinaus die Definition der kurzerhand mit Neonazismus gleichgesetzten rechtsextremistischen Szene zu extensiv vorgenommen wird, können sich im Extremfall Menschen, Strömungen, Organisationen und Medien als neonazistisch diffamiert wiederfinden, die bei sachlicher Betrachtung nicht einmal als rechtsextremistisch einzustufen wären. Zudem ist innerhalb der öffentlichen Rechtsextremismus-Diskurse der Begriff „Neonazismus“ häufig nur Teil einer weit verbreiteten, geradezu babylonischen Begriffsverwirrung, die vor allem, aber nicht nur außerhalb der wissenschaftlichen Forschung zu beklagen ist. Je nach Autor unterschiedlich (seriös bis unseriös) oder auch gar nicht definierte Begrifflichkeiten wie z. B. „rechts“, „rechtsradikal“, „rechtsextremistisch“, „(neo-)nazistisch“ oder „(neo-)faschistisch“ stehen nebeneinander, teils voneinander abgegrenzt, teils ex-, teils implizit als Synonyme verwendet. In diesem Kontext kommt den Vokabeln „Neonazismus“, „Neonazi“, „neonazistisch“ in manchen Fällen nur noch der definitorisch-analytische „Wert“ emotionsgeladener Kampfbegriffe, wenn nicht sogar von Verbalinjurien zu.

In dem Bewusstsein um diese Probleme und Defizite orientiert sich die dieser Untersuchung zugrunde liegende Definition des Terminus „Neonazismus“ möglichst eng am Bezugspunkt des historischen NS. Demnach sind nur diejenigen rechtsextremistischen Einzelpersonen, Organisationen oder auch Medien als Neonazis bzw. neonazistisch zu kategorisieren, die ein direktes oder indirektes Bekenntnis zu Ideologie, Organisationen, Protagonisten oder aber auch wesensverwandten bis wesensgleichen Vorgängerphänomenen[16] des historischen NS erkennen lassen und in letzter Konsequenz auf die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zugunsten eines totalitä-

[16] Hierunter ist z. B. und insbesondere die völkische Bewegung des Kaiserreiches und der frühen Weimarer Republik zu verstehen, die weiter unten eine Rolle spielen wird.

ren Führerstaates nach dem Vorbild des „Dritten Reiches“ ausgerichtet sind.[17]

Aufgrund dieser Definition soll im Folgenden einem DS-Artikel nur dann eine neonazistische Aussage attestiert werden, wenn sich ihm ein direktes oder indirektes Bekenntnis zum historischen NS im obigen Sinne entnehmen lässt. Die unbestreitbare Tatsache, dass in der DS auch - teils bundesweit bekannte - Neonazis Artikel publizieren, soll für sich gesehen hier nicht als Neonazismus-Indiz behandelt werden, es sei denn, in den DS-Beiträgen dieser Neonazis lassen sich entsprechende Inhalte nachweisen.

3. Unverhohlener Neonazismus in der DS

Lupenreiner, idealtypischer Neonazismus im Sinne eines direkten, in Inhalt und Formulierung völlig unverhohlenen Bekenntnisses zum historischen NS ist in der DS relativ selten nachweisbar. Dennoch finden sich auch hierfür Beispiele, deren NS-apologetische Tendenz zuweilen stupende Dimensionen erreicht.

In der DS-Ausgabe vom Juli 2004 forderte Roland Wuttke eine „offene Diskussion über Gründe und Wesensmerkmale des Nationalsozialismus“, weil erst dann „die geistige Knechtschaft der besiegten Deutschen als überwunden gelten“ könne.[18] Nur einen Monat später behauptete derselbe Autor, die Bundesrepublik Deutschland habe sich „niemals einer echten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gestellt“. Gleichzeitig machte Wuttke aus seiner kompromisslosen Ablehnung der Bundesrepublik keinen Hehl („Solange wir die Besatzungs-Republik-Deutschland (BRD) nicht überwinden, hat Deutschland keine Zukunft.“) und ließ Hoffnungen zumindest deutlich

[17] Diese Neonazismus-Definition entspricht im Wesentlichen derjenigen, die z. B. auch das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz zur Grundlage seiner Arbeit in diesem Bereich macht. Vgl. dazu: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006, Stuttgart 2007, S. 145.

[18] Roland Wuttke, Nationale Theorie: Glaube an den Wert des Besonderen - Dem Nationalismus als Konstruktionsprinzip der Natur steht der naturwidrige Internationalismus gegenüber, in: Deutsche Stimme, Nr. 7 vom Juli 2004, S. 16. Zitate aus der DS werden hier grundsätzlich wie im Original übernommen, also in alter Rechtschreibung und mit Fehlern.

anklingen auf einen sich aus seiner Sicht „abzeichnenden sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruch“, in dessen Verlauf „die BRD zusammen mit den meisten westlichen Demokratien an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen“ werde. In einer Zeit nach der „BRD“ würden laut Wuttke „zwangsläufig auch wieder nationalsozialistische Gedankenelemente den Vorzug bekommen“, die bisher „unterdrückt“ worden seien.[19]

Spricht aus diesen Formulierungen eine dezidierte und ostentative Verfassungsfeindlichkeit, so sind ihnen neonazistische Tendenzen nur erst in Andeutungen zu entnehmen. Dass es Wuttke letztlich aber gerade nicht um eine „offene Diskussion“, nicht um das Anmahnen einer „echten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ im Sinne einer kritischen Aufarbeitung ging, sondern um eine vollständige Rehabilitierung bis hin zur Restauration des historischen NS, offenbarte er in einem weiteren Beitrag, der in der DS-Ausgabe vom November 2004 erschien. Dieser Artikel ist in qualitativer wie quantitativer Hinsicht exzeptionell: Zum einen im Grad des in ihm dargebotenen, völlig unverblümt neonazistischen Inhalts, zum anderen aufgrund seines Umfangs. Er umfasst mehr als anderthalb Seiten, was, abgesehen von mehrteiligen Artikeln, die sich auf mehrere DS-Nummern erstrecken, in der NPD-Parteizeitung sonst eine Ausnahme darstellt.

Die Überschrift dieses Artikels („Wirtschaftsgeschichte: Wie der NS-Staat die Wirtschaftskrise überwand - Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen überwand die Regierung Hitler die mentale und wirtschaftliche Depression“) spiegelt seinen Inhalt nur sehr verkürzt wider, widmet sich doch der Text in NS-apologetischer Manier nicht nur der Wirtschaftpolitik des NS-Staates, sondern führt einen diverse Politikbereiche mit einbeziehenden neonazistischen Rundumschlag. Fast zu Beginn seines Artikels stellt Wuttke eine „differenzierte Betrachtung nationalsozialistischer Politik“ wieder als ein Desiderat in der Bundesrepublik hin, die bundesdeutsche „Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit Auschwitz“ als einen „Irrtum“. Eine solche Differenzierung sei im heutigen Deutschland allerdings auch „so gut wie unmöglich“, da sich die Bundesrepublik ausschließlich ex negativo ge-

[19] Roland Wuttke, Sozialkrise: BRD wird an inneren Widersprüchen zerbrechen - Wo steht Deutschland 2004? Eine Lagebeurteilung zum Stand der Globalisierung, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2004, S. 6.

gen den historischen NS definiere, also ein reines „Regime der Antipoden“ sei, das, obwohl es einerseits „von der Aufbauleistung der NS-Generation“ lebe, andererseits „an der Destruktivität“ seines „Gegenentwurfes zugrunde“ gehen werde. Wuttke unterstellt der Bundesrepublik also eine selbstzerstörerische ideologische Selbstblockade im Umgang mit dem historischen NS. Aber der „NS-Politik“ dürfe laut Wuttke in der Bundesrepublik ohne den Hinweis auf Auschwitz schon allein deswegen „öffentlich kein einziges positives Attribut zugebilligt werden“, „weil das Besatzungskonstrukt BRD eine differenzierte Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie nicht aushält. Der Vergleich mit jenen schöpferischen Kräften, die in den Jahren nach 1933 einen einzigartigen Aufschwung bewirkten, läßt die Unfähigkeit der heutigen politischen Klasse, die zur Zukunftssicherung des deutschen Volkes erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, deutlich hervortreten.“

Hat Wuttke damit seine prinzipielle Präferenz für den NS-Staat vor der Bundesrepublik (bzw. vor deren „politische® Klasse“) eindeutig offenbart, so lässt er im weiteren Verlauf des Artikels seiner Begeisterung für die Herrschaftspraxis des „Dritten Reiches“ vollends die Zügel schießen. Beispielsweise beginnt er eine umfangreiche Auflistung „gezielter Verordnungen und symbolischer Handlungen“, mit denen das NS-Regime ab 1933 angeblich „einen raschen mentalen Aufschwung“ herbeigeführt habe, mit dem am 7. April 1933 verabschiedeten „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“.[20] Dieses Gesetz regelte u. a., dass „Beamte, die nichtarischer Abstammung“ waren (ergo Juden), „in den Ruhestand … zu versetzen“ seien. Ausnahmen galten nur für solche Beamten, „die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen“ waren, für deutsche oder verbündete Weltkriegsfrontveteranen sowie für Söhne und Väter im Ersten Weltkrieg Gefallener. Zudem konnten auf der Basis dieses Gesetzes Beamte „aus dem Dienst entlassen werden“, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür“ boten, „daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ (ergo politische Gegner des NS-

[20] Roland Wuttke, Wirtschaftsgeschichte: Wie der NS-Staat die Wirtschaftskrise überwand - Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen überwand die Regierung Hitler die mentale und wirtschaftliche Depression, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2004, S. 20-21, hier S. 20.

Regimes).[21] Auf diese u. a. antisemitischen Inhalte des Gesetzes findet sich in Wuttkes DS-Artikel kein Hinweis.

Aber Wuttke verschweigt den Unrechts- und Terrorcharakter des NS-Regimes z. B. im Umgang mit Juden und Andersdenkenden nicht nur, er streitet ihn fast im selben Atemzug auch ausdrücklich ab. Er deutet sogar an, dass vielmehr die Sicherheitsorgane der Weimarer Republik sich Übergriffen gegen die eigene Bevölkerung schuldig gemacht hätten, was erst unter den Nationalsozialisten wieder unterbunden worden sei. Abgesehen von solchen absurd-grotesken Argumenten insinuiert Wuttke mit einem Hinweis auf subjektive Wahrnehmungen der damaligen allgemeinen Sicherheitslage durch die „Erlebnisgeneration", dass das (objektiv belegbare!) Faktum des NS-Terrors in Frage zu stellen sei: „Die NS-Führung genoß hohes Vertrauen bei der Bevölkerung. … Der Eindruck, einer Schreckensherrschaft ausgesetzt zu sein, herrschte im allgemeinen nicht. Die meisten Bürger fühlten sich durch die Exekutive im NS-Staat (‚Die Polizei - dein Freund und Helfer") ausreichend geschützt. Hitler ließ nach seiner Regierungsübernahme sogar den Gummiknüppel bei der Polizei abschaffen, weil nach den vielen Erniedrigungen in der Weimarer Systemzeit kein Deutscher mehr geschlagen werden durfte. Daß man auch bei Nacht sicher und ungefährdet durch die Straßen gehen konnte, wurde der Regierung hoch angerechnet."

Dass den „sozialen Umgang" unter dem NS-Regime eben nicht pauschal „Rücksicht und Respekt" „prägten", wie von Wuttke behauptet, am allerwenigsten den Umgang mit den zahlreichen Feindbildgruppen, die von den Nationalsozialisten verfolgt und terrorisiert wurden, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Wenn Wuttke darüber hinaus davon schreibt, dass in „der NS-Ideologie … eine idealistische Weltsicht zum Ausdruck" gekommen sei, ist auch das nur ein weiterer Beleg für

[21] Herbert Michaelis/Ernst Schraepler (Hrsg. und Bearbeiter) unter Mitwirkung von Günter Scheel, Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Neunter Band: Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken, Berlin o. J., Dokument 2092. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Auszug), S. 283-287, hier S. 284.

seine ideologisch-apologetische und dadurch vollkommen verzerrte Wahrnehmung des historischen NS, liegt zumindest eine grundlegende Verwechselung von Idealismus und ideologischem Fanatismus vor. Wer wie derselbe Autor meint, dem historischen NS „ökologisches Denken“ unter Hinweis auf ein Himmler-Zitat („Dem Nationalsozialismus war ökologisches Denken zu eigen, da er ‚von der göttlichen Ordnung der ganzen Pflanzen- und der ganzen Tierwelt überzeugt war“ (Heinrich Himmler).“) nachrühmen zu können, liefert lediglich einen Beleg dafür, dass er selbst einen der schuldigsten NS-Täter noch als Autorität in Umweltfragen wahrnimmt, ohne die von diesem in herausragender Führungsfunktion mitverantworteten Verbrechen auch nur mit einer Silbe zu thematisieren.

Abschließend attestiert Wuttke dem historischen NS, eine grundsätzliche, bis heute von Rechtsextremisten verfochtene Forderung seinerzeit in Deutschland Geltung verschafft zu haben: dem „Primat der Politik über die Wirtschaft“ bzw. dem „politisch-soziale(n) Primat“, der unter dem NS-Regime „selbst in kleinste Bereiche der Wirtschaft“ gewirkt habe. Umgekehrt gelte im „kapitalistischen Staatswesen der BRD … das Primat der Wirtschaft, mit all den deprimierenden Konsequenzen für das Gemeinwohl.“ Auch aus diesem „wesentliche(n) Unterschied“ leitet Wuttke nicht nur eine vermeintliche ideelle Überlegenheit des historischen NS über die Bundesrepublik, sondern in letzter Konsequenz auch wieder Hoffnungen auf einen Untergang der „BRD“ zugunsten zumindest einer nationalsozialistischen Teilrestauration ab: „Diese Grundfrage, die Hitler … in die Formel kleidete: ‚die Wirtschaft hat für den Menschen da zu sein und nicht die Menschen für die Wirtschaft“, scheint heute zugunsten des Handels beantwortet zu sein. So erleben wir unter dem Schlagwort ‚Globalisierung“ die gnadenlose Ausrichtung aller Lebensbereiche auf den Handel, und der Staat ebnet diesem Treiben noch den Weg. Hier liegt der wesentliche Unterschied. Der Nationalsozialismus hat den zersetzenden Klassenkampf unterbunden und dem Wirtschaftssystem den Stempel seiner idealistischen Weltsicht aufgedrückt. Ein sozialer und völkischer Geist bestimmte die praktische Politik. … Das kapitalistische Regime hat außer dem Geist der Krämerseelen keine geistigen Bindungskräfte. Daher wird es zerbrechen, bevor es sein Zerstörungswerk vollendet hat. Damit wird auch die geistige Quarantäne beendet, die man in der BRD so drückend empfindet. Erst nach der Entlegitimierung des Systems

wird eine offene Diskussion über Lösungen möglich sein, die zwangsläufig den Ansatz eines nationalen Sozialismus enthalten müssen."[22]

Sein völlig unverhohlenes Bekenntnis zum historischen NS, das er im November 2004 in der DS ablegte, kann Roland Wuttke innerhalb der NPD zumindest nicht langfristig geschadet haben. Aktuell (Stand: Januar 2008) fungiert er nach NPD-eigenen Angaben als Vorsitzender des NPD-Bezirkverbandes Oberbayern und stellvertretender bayerischer NPD-Landesvorsitzender.[23] In der DS war er noch im Jahr 2007 als Artikelautor präsent.[24]

Eine Variante des direkten, unverhohlenen Neonazismus besteht darin, das Objekt der ideologisch-fanatischen Verehrung schlicht neu zu akzentuieren bzw. umzudefinieren: So erklären manche Neonazis den historischen NS kurzerhand zum „wahren", von ihnen positiv-vorbildhaft imaginierten Sozialismus, zu dem sich das Präfix „National" verhalten habe wie das Attribut zum Substantiv („nationaler Sozialismus"). Diese Umdefinierung konvergiert ungefähr seit der Wiedervereinigung mit einem spürbaren Bedeutungsverlust antikommunistischer Positionen innerhalb des rechtsextremistischen Ideologiehaushaltes und mit einem verstärkten Aufgreifen antikapitalistischer und sonstiger, generell eher als „links" verorteter Rhetorik in Teilen der rechtsextremistischen Gesamtszene; eine Entwicklung, die eventuell früher vorhandene Abwehrhaltungen gegen einen positiv besetzten Sozialismus-Begriff im deutschen Rechtsextremismus zumindest aufgeweicht hat.

---

[22] Roland Wuttke, Wirtschaftsgeschichte: Wie der NS-Staat die Wirtschaftskrise überwand - Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen überwand die Regierung Hitler die mentale und wirtschaftliche Depression, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2004, S. 20-21, hier S. 21.

[23] www.npd-oberbayern.de und www.npd-bayern.de (beide gelesen am 18. Januar 2008). Seit 2006 taucht sein Name laut Impressum in der Schriftleitung der neonazistischen, in Württemberg erscheinenden Publikation „Volk in Bewegung - Vierteljahresschrift für eine neue Ordnung!" auf.

[24] Roland Wuttke, Die Hartz-Bilanz - Wie die BRD ihre Arbeitslosigkeit verwaltet und verlagert, in: Deutsche Stimme, Nr. 03 vom März 2007, S. 9; Roland Wuttke, „Heimat statt Globalisierung!" Bayern-NPD verabschiedet Landeswahlprogramm 2008, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2007, S. 13.

Die neonazistische Umdefinierung des historischen NS zu einem „wahren", antikapitalistischen Sozialismus ist auch in DS-Artikeln aus dem Untersuchungszeitraum nachweisbar. So attestierte Roland Wuttke dem historischen NS, von Anbeginn seiner Herrschaft „das völkische Gemeinschaftsgefühl beschworen" zu haben, das die „Quellen eines effektiven Sozialismus" erschlossen habe, während der Kommunismus „als Siegelbewahrer des ‚echten" Sozialismus in den Niederungen des Klassenkampfes" verharrt und „niemals die sozialen Erfolge des Nationalsozialismus" habe „erzielen" können. Der historische NS hingegen habe „den zersetzenden Klassenkampf unterbunden" und „bewußt … vermieden, die Eigentumsverhältnisse anzutasten, weil das Eigentum als Voraussetzung wirtschaftlicher Triebkraft erkannt" worden sei. Lediglich „Schlüsselindustrien und öffentliche Einrichtungen (Post, Bahn, Autobahn)" seien im Sinne des aus Wuttkes Sicht im NS-Staat verwirklichten „Primat(s) der Politik über die Wirtschaft" „der staatlichen Kontrolle unterworfen" worden, „um zu verhindern, daß sich private Interessen ihrer bemächtigen." Zumal in der Gesamtschau seines Artikels vom November 2004 wird deutlich, dass Wuttke sein Konstrukt eines „effektiven Sozialismus" des historischen NS, das ohne Klassenkampf und in weiten Bereichen ohne Vergesellschaftung von Produktionsmitteln auskommt und damit mit Sozialismus im landläufigen Sinne wenig Ähnlichkeiten aufweist, im Wesentlichen auf die klassisch nationalsozialistische Ideologie der „Volksgemeinschaft" (Originalton Wuttke: „Idee der Volksgemeinschaft, die Arbeiter, Angestellte, Bauern und Unternehmer verbindet …") reduziert, die „im NS-Staat … Realität gewesen" sei.[25]

In der DS-Ausgabe vom August 2004 meldete sich Per Lennart Aae mit „Darlegungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Kapitalmarktpolitik im Dritten Reich" zu Wort. Aae war - bereits damals ehemaliges - NPD-Bundesvorstandsmitglied und ist mittlerweile als „Parlamentarischer Berater" Teil des Mitarbeiterstabes der sächsischen NPD-

[25] Roland Wuttke, Wirtschaftsgeschichte: Wie der NS-Staat die Wirtschaftskrise überwand - Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen überwand die Regierung Hitler die mentale und wirtschaftliche Depression, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2004, S. 20-21.

Fraktion. Er wird in der Partei als „Wirtschaftsexperte“ gehandelt.[26] In besagtem, ganzseitigem Artikel trat er der „These“ entgegen, dass „der Namensbestandteil ‚Sozialismus“ im Nationalsozialismus ein Etikettenschwindel gewesen sei.“ Auch Aae begann seine Argumentationsführung mit einer grundlegenden, sich vom Marxismus bewusst abgrenzenden Umdeutung des Terminus „Sozialismus“, aus dem er ähnlich wie Wuttke die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln weitgehend herausdefinierte: „Das entscheidende Merkmal wahrhaft sozialistischer Politik ist nicht die unmittelbare staatliche Verfügungsgewalt über das Privateigentum, sondern die Effizienz der tatsächlichen gesellschaftlichen Kontrolle über Wirtschaft und Kapital. Mit anderen Worten: die Fähigkeit der Gemeinschaft, die Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitslebens in Übereinstimmung mit den sozialen und kulturellen Belangen von Land und Volk zu bestimmen. Dies hat notfalls auch gegen die Partikularinteressen von Wirtschaft und Kapital zu geschehen, aber besser noch mit Zustimmung der wirtschaftlichen Leistungsträger. Für den Einsatz von direkten Zwangsmitteln gilt dabei der Satz: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. Denn ein willkürlich erscheinender staatlicher Zwang lähmt die Eigeninitiative der schöpferischen Kräfte und fügt damit der Wirtschaft schweren Schaden zu.“

Dass Aae an dieser Stelle den Terminus „Sozialismus“ nicht nur aus seiner Sicht (um)definiert, sondern dem Definitionsgegenstand auch positiv-affirmativ gegenübersteht, wird schon aus seiner Wortwahl deutlich. Im weiteren Verlauf seines Artikels ist Aae um den Nachweis bemüht, dass die nationalsozialistische „Finanz-“, „Wirtschafts-, Währungs- und Kapitalmarktpolitik“ dieser Sozialismus-Definition und Aaes damit zusammenhängendem Verständnis von Antikapitalismus geradezu idealtypisch entsprochen und Rechnung getragen habe, dabei aber eben ganz bewusst „nicht im marxistischen Sinne, also nicht im Sinne der Verstaatlichung der Produktionsmittel, sozialistisch“ gewesen sei. Der „nationale Sozialismus“ sei nach 1933 in Theorie wie Praxis in Deutschland zur Umsetzung gelangt: „So gelang tatsächlich die Verbindung der Vorteile von Marktwirtschaft und Planwirtschaft bei gleichzeitiger Vermeidung der beiderseitigen

[26] Regionalwährung II: Handlungsbedarf für die NPD - Der Wirtschaftsexperte Per Lennart Aae im Gespräch, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 vom Oktober 2005, S. 17.

Nachteile, also der unkontrollierten Kapitalmacht einerseits und der Schwerfälligkeit der sozialistischen Planwirtschaft andererseits. Der Erfolg gab den Nationalsozialisten recht. Binnen weniger Jahre avancierte Deutschland vom wirtschaftlichen Schlußlicht zur führenden Wirtschaftsmacht, ohne dabei in die geringste Abhängigkeit des nationalen oder gar internationalen Finanzkapitals zu geraten. Das war kein ‚Bündnis mit dem Großkapital" …, sondern die vollständige Brechung der Kapitalmacht in Deutschland."

Aus diesem Zitat wird deutlich, dass Aae unter dem Signum „Nationaler Sozialismus" u. a. eine Hybridisation markt- und planwirtschaftlicher Elemente versteht, bei der mehr oder minder offen bleibt, welche Elemente überwiegen. Aus seinen weiteren Ausführungen zieht Aae den Schluss, dass „der historische Nationalsozialismus nicht etwa in dem Sinne antikapitalistisch" gewesen sei, dass „er die nationalökonomische Notwendigkeit des Geldkapitals an sich" verneint habe. Vielmehr habe der Antikapitalismus des historischen NS darin bestanden, dass „er den Vorrang des Kapitals" abgelehnt und beseitigt habe. „Dementsprechend" sei es ihm gelungen, „die Kapitalmacht zu brechen, die durch den vorherigen Primat des Kapitals in Verbindung mit dem desolaten Zustand des Kapitalmarktes verursachte Blockade der Volkswirtschaft aufzuheben und letztendlich das Kapital seiner eigentlichen volkswirtschaftlichen Aufgabe zuzuführen." Nach einigen abschließenden theoretischen Positionierungen zur „'Rolle des Kapitals in der Volkswirtschaft"" beschließt Aae seinen Artikel mit den Worten: „Deswegen kann auch nicht das Geldkapital Eigentum des Kapitalbesitzers, sondern nur vorübergehend erteilte Vollmacht sein. Auf dieser grundlegenden Erkenntnis basierte die nationalsozialistische Währungs-, Finanz- und Kapitalmarktpolitik, entsprechend dem Satz Adolf Hitlers: ‚Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk.""

Aae, seines Zeichens alles andere als eine unbedeutende Randfigur in der NPD, attestiert dem historischen NS also, in aus seiner Sicht vorbildlicher Weise sozialistisch und antikapitalistisch ausgerichtet gewesen zu sein und auf dieser Basis eine ebenso vorbildliche „Finanz-", „Wirtschafts-, Währungs- und Kapitalmarktpolitik" betrieben zu haben. Historische Fakten, die dieses positive Bild nicht nur relativieren, sondern ad absurdum führen wie z. B. die „Arisierung" jüdischer Be-

triebe und sonstigen Besitzes, erwähnt Aae nicht. Darin ist ein direktes, relativ unverhohlenes Bekenntnis zum historischen NS zu erkennen, speziell auf diesen zentralen Politikfeldern. Die DS illustrierte den Artikel mit einem Photo von in Reih" und Glied marschierenden jungen Männern (des Reichsarbeitsdienstes?) mit geschultertem Spaten, das unterschrieben ist mit „Die Wirtschaft wurde in den Dienst der Gemeinschaft gestellt".[27] Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass in derselben DS-Nummer auf der folgenden Seite demselben Autor Platz für einen weiteren Artikel eingeräumt wurde, in dem Aae das Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 (Originalton Aae: „Bombenanschlag auf die militärische Führung des Reiches"!) als „eine der schändlichsten Verratshandlungen" der deutsche Geschichte, die Attentäter u. a. als „Putschisten", „Erzverräter", „Hoch- und Landesverräter" attackierte, „die der kämpfenden Truppe in den Rücken" gefallen wären „und ihr Land im schwersten Abwehrkampf gegen Stalins Vergewaltigungshorden" verraten hätten.[28]

Derartig umfangreiche und unverhohlen neonazistische Rundumschläge sind auch in der DS eine Ausnahme und zudem im Untersuchungszeitraum in auffallender Weise auf die zweite Jahreshälfte 2004 begrenzt, als die NPD bestrebt war, eine sog. „Volksfront" unter Einschluss der Neonaziszene zu schmieden und im Zuge dessen den Parteieintritt führender Neonazis zu verzeichnen hatte.[29] Häufiger anzutreffen sind Artikel, in denen dem historischen NS ein eher punktueller, auf jeweils einzelne Politikfelder begrenzter Vorbildcharakter zugewiesen und damit dem „Dritten Reich" eine partielle Überlegenheit über bundesdeutsche Verhältnisse zugeschrieben wird. Legt man diese Artikel jedoch nebeneinander, ergibt sich in der Summe wiederum ein breites Spektrum an aus DS-Sicht positiven „Errungenschaften", Cha-

---

[27] Per Lennart Aae, Wirtschaftsgeschichte: Rangfolge von Volk, Wirtschaft und Kapital - Darlegungen zur Wirtschafts-, Währungs- und Kapitalmarktpolitik im Dritten Reich, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2004, S. 21.

[28] Per Lennart Aae, 20. Juli 1944: Schändliche (sic!) Verratshandlung der deutschen Geschichte - Vor 60 Jahren verübte Graf Schenk von Stauffenberg seinen Bombenschlag auf die militärische Führung des Reiches, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2004, S. 22.

[29] Vgl. dazu die entsprechenden „Erklärungen" auf der eigens aus diesem Anlass eingerichteten Internetseite www.eine-bewegung-werden.de (gelesen am 10. März 2008).

rakterzügen et cetera des historischen NS, die im- oder explizit für die deutsche Gegenwart und Zukunft als vorbildlich, nachahmenswert und wegweisend hingestellt werden. Beispielsweise räumte die DS im April/Mai 2007 dem Hamburger Rechtsanwalt, bundesweit bekannten Neonazi und seit November 2006 Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, Jürgen Rieger, Platz für einen zweiteiligen, insgesamt 20 Punkte umfassenden Grundsatzartikel ein, in dem er dem „Dritten Reich" u. a. relativ direkt einen demokratischeren - da angeblich basisdemokratisch-plebiszitären - Charakter als der aktuellen Bundesrepublik bescheinigte: „Im Dritten Reich durfte kein Minister, Abgeordneter, Kreis-, Gauleiter oder sonstiger politischer Entscheidungsträger auf irgendeine Weise mit Wirtschaftsunternehmen verbandelt sein. Es war schlichtweg verboten. Wir wollen dies genauso verbieten …. Wie im Dritten Reich müssen Volksabstimmungen bundesweit zugelassen werden. Solidarismus[30] will nicht weniger, sondern richtige und wahre Demokratie."[31]

Im ersten Teil dieses zweiteiligen Artikels schaltete sich Rieger in die Debatte um die Höhe von Managergehältern und um Massenentlassungen bei gleichzeitig steigenden Unternehmensgewinnen ein. Er „stellt" den diesbezüglichen - angeblichen und tatsächlichen - Fehlentwicklungen der Gegenwart „die Arbeits-Rechtssprechung im Dritten Reich entgegen" - ganz offensichtlich als Vorbild und potentieller Weg der Problemlösung.[32]

4. NS-Ideologie in der DS am Beispiel eines NS-spezifischen Rassismus

Ein fanatischer, pseudowissenschaftlich hergeleiteter Rassismus zählt zu den für den historischen NS konstitutiven Ideologemen. Somit kann ein direktes oder indirektes Bekenntnis zu einem solchen NS-spezifischen Rassismus als ein Bekenntnis zu einem wichtigen ideolo-

[30] So der von Rieger gebrauchte Oberbegriff für die von ihm in diesen beiden Artikeln vorgebrachten programmatischen Forderungen.

[31] Jürgen Rieger, Solidarismus als Weg aus der Krise unseres Volkes - Zweiter und abschließender Teil einer Darstellung deutschfreundlicher Leitlinien, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2007, S. 20.

[32] Solidarismus - ein Gebot unserer Zeit - Ein Diskussionsbeitrag von Jürgen Rieger (1), in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2007, S. 17.

gischen Kernbestandteil des historischen NS und damit als Beleg für neonazistische Gesinnung gewertet werden. Die folgenden Darlegungen beschränken sich aus Rücksicht auf den Gesamtumfang dieses Beitrags auf den Nachweis eines solchen NS-spezifischen Rassismus in der DS. Fragen nach der Nachweisbarkeit anderer, ähnlich oder ebenso zentraler NS-Ideologeme - nicht zuletzt des nationalsozialistischem Rassenantisemitismus, der als zentraler Bestandteil des nationalsozialistischen Rassismus zu verorten ist - in der DS der Jahre 2003 bis 2008 werden aus eben diesen rein pragmatischen Erwägungen hier nicht gestellt, dürften sich aber bei eingehender Untersuchung ebenfalls als lohnend erweisen.

Unter Rassismus soll hier eine Kombination aus ideologisch motivierter Konstruktion, Hierarchisierung und Pauschalisierung vermeintlicher „Menschenrassen“ verstanden werden. Das heißt: Rassismus ist das ideologische Dogma von der Ungleichwertigkeit und damit in der Konsequenz Ungleichberechtigung von in sich gleich einem biologischen Organismus homogenen „Rassen“ in Verbindung mit der Behauptung, dass allen Menschen einer „Rasse“ dieselben physischen, aber vor allem geistigen, charakterlichen und moralischen Eigenschaften und Qualitäten in höchstens geringen Abweichungsamplituden zu Eigen seien. Somit stellt in der rassistischen Theorie jeder Mensch weniger ein Individuum als vielmehr ein getreues Spiegelbild seiner jeweiligen „Rasse“ im Kleinen dar. Zu starker Parzellierung neigende Rassismusvarianten deuten zuweilen schon jede einzelne Ethnie in eine eigene „Rasse“ mit bestimmten, diese Ethnie von anderen Ethnien unterscheidenden, unwandelbaren Eigenschaften um.

Die DS veröffentlichte im Untersuchungszeitraum Texte zweifelsfrei rassistischen Inhalts. Beispielsweise druckte sie im März 2006 ein Vortragsmanuskript des Leiters des rechtsextremistischen „Thule-Seminars“, Pierre Krebs, ab. Dieser Vortragstext liest sich in Teilen wie eine konzentrierte, apodiktische Aneinanderreihung in Inhalt wie Terminologie geradezu klassisch rassistischer Positionen. Gegen Ende seines Vortrags apotheosiert Krebs den Rassebegriff sogar, indem er von „der geheimnisvollen Entfaltung des inneren Gottes, sprich: der

Rasse“[33] spricht. Eine Distanzierung der DS von den Inhalten des Krebs-Vortrages ist dem Abdruck nicht zu entnehmen, eher das Gegenteil: Die DS erwähnt ausdrücklich, dass auf dem Kongress, auf dem Krebs seinen Vortrag gehalten hatte, auch ihr damaliger stellvertretender Chefredakteur, Andreas Molau, zu den Vortragenden gehört hatte.

Trotz seiner dezidiert rassistischen Inhalte weist der in der DS vom März 2006 abgedruckte Krebs-Vortragstext keinen darüber hinaus gehenden konkreten NS-Bezug auf. Anders verhält es sich mit einem mit Michael Mayer[34] unterzeichneten Artikel in der folgenden DS-Ausgabe vom April 2006. Unter der Überschrift „Bildung aus dem Strome des Blutes - Plädoyer für einen neuen Erziehungsbegriff“ wird hier einem rechtsextremistisch motivierten Bildungs- bzw. Erziehungsbegriff[35] das Wort geredet, dessen „Ziel“ in der „Überwindung des rationalen Individualismus und Eingliederung des Nachwuchses in die Volksgemeinschaft durch Übernahme eines verbindlichen Weltbildes, das gleichzeitig zur Freiheit wie auch zur völkischen Gebundenheit führt“, liege. Diese Forderung basiert auf einem rassistischen Menschenbild, wie Mayer unmissverständlich zum Ausdruck bringt. Er will Bildung bzw. Erziehung sogar in den Dienst dieses Rassismus stellen: „Rasse macht nicht nur die Eigenart des Volkes, sondern auch die des Menschen aus; sie ist unveränderbar, sie führt zur Kultur und formt die Erziehung. Es sind unbewußte Kräfte aus den Tiefen der Volksseele, die nach Gestaltung, nach Form suchen. … Was ist zu tun? Erziehung, Bildung müßte sich unabhängig von äußeren, besonders von wirtschaftlichen und damit politischen Einflüssen entwickeln können. Sie müßte aus ihrer dienenden Stellung heraus zum Träger der in der Rasse verborgenen Kräfte werden. Sie müßte eine revolutionäre Erziehung sein, die die heutigen krankhaften Bindungen auflöst

---

[33] Ideen reichen weiter als Kanonen! Strategien einer europäischen Neubesinnung - Vortrag von Pierre Krebs in Rom, in Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2006, S. 20.

[34] Der Autorenname Michael Mayer taucht bis in die Gegenwart in der DS auf. Vgl. z. B.: Michael Mayer, Das Gesicht der Gewalt heißt Migration - Jugendliche Ausländer werden immer brutaler - Beispiel Baden-Württemberg, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2008, S. 7.

[35] Die Termini Bildung und Erziehung tauchen in diesem Artikel faktisch als Synonyme auf.

und ersetzt. Sie müßte die in der Rasse tief verborgene Idee erschließen und in eine neue Formenwelt umsetzen.“[36]

Weisen schon die von Mayer dargebotenen ideologischen Inhalte eine hohe NS-Kompatibilität auf, so werden letzte Zweifel über den neonazistischen Charakter des Artikels beseitigt durch Mayers wiederholten Rekurs auf Ernst Krieck (1882-1947), dessen Thesen er quasi zum Beleg seiner eigenen Darlegungen wiedergibt. Krieck zählte zu den „pädagogischen Chefideologen“ (Hermann Giesecke) des historischen NS. Ursprünglich Volksschullehrer, seit 1928 Lehrstuhlinhaber an der Pädagogischen Akademie Frankfurt a. M., trat er schon 1931 in den nationalsozialistischen „Kampfbund für deutsche Kultur“ und 1932 in den NS-Lehrerbund und damit automatisch in die NSDAP ein. Die von ihm betriebene NS-Agitation brachten ihm 1931 eine Strafversetzung und 1932 die Suspendierung ein. Das NS-Regime entschädigte ihn jedoch mit einer steilen, wenn auch nicht ganz bruchlosen Karriere: So wurde der Antisemit schon im Mai 1933 zum Rektor der Universität Frankfurt ernannt, im Juni 1933 zum Professor der Philosophie und Pädagogik. Im Mai 1934 erhielt er einen Lehrstuhl in Heidelberg, wo er 1937 ebenfalls, wenn auch aufgrund innerparteilicher Auseinandersetzungen nur für relativ kurze Zeit Rektor wurde. Diese akademischen Ehren waren mit Kriecks Formalqualifikationen nicht zu rechtfertigen: Er besaß kein Abitur und hatte daher nie an einer Universität studiert. Er wurde zudem Obmann des Amts für Wissenschaft im Reichsverband der Deutschen Hochschulen und fungierte seit 1935 als Gaudozentenbundführer Baden. 1934 trat Krieck in die SS ein, die er allerdings 1938 nach innerparteilichen Querelen im Range eines Obersturmbannführers wieder verließ. Er arbeitete in dieser Zeit für den SD-Sektor Wissenschaft als Gutachter. Seit 1939 Mitarbeiter des „Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, gelangte er noch 1944 in den Führungskreis des NS-Dozentenbundes. Er wurde außerdem zum Ehrenmitglied des nationalsozialistischen „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland“ ernannt. Die Stadt Frankfurt a. M. verlieh ihm die Goethe-Plakette.

[36] Michael Mayer, Bildung aus dem Strome des Blutes - Plädoyer für einen neuen Erziehungsbegriff, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2006, S. 16.

Kurz: Krieck, den Mayer den DS-Lesern en passant als Autorität in Sachen Pädagogik darbietet, stellte seit Anfang der 1930er Jahre sein beruflich-wissenschaftliches Schaffen ganz in den Dienst des NS, was ihm nach Kriegsende bis zu seinem Tod Internierungshaft eintrug.[37] Auffällig und bezeichnend ist, dass Mayer den DS-Lesern keine dieser Fakten aus Kriecks äußerst NS-kontaminiertem Leben preisgibt, nicht einmal dessen Lebensdaten. Dadurch wird der in der Regel - so kann vorausgesetzt werden - über die Person Kriecks uninformierte Leser zwar inhaltlich mit dessen Thesen konfrontiert und letztlich indoktriniert. Gleichzeitig unterbleibt jedoch jede klare Benennung Kriecks als Protagonist des historischen NS, wodurch das Risiko minimiert wird, von vornherein beim Leser Abwehrreaktionen zu provozieren und damit eventuell die eigene Indoktrinationsabsicht zu konterkarieren. Es muss davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um eine gezielte Propagandastrategie in Form bewusster Auslassungen handelt, zumal diese Vorgehensweise in der DS wiederholt nachweisbar ist, wie auch die folgenden Beispiele zeigen.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2007 veröffentlichte die DS gleich mehrere Artikel, in denen ein Rassismus propagiert wird, der sowohl inhaltlich wie terminologisch idealtypisch an rassistische Vorstellungen des historischen NS anknüpft. Z. B. führte ein Artikel in der Januar-Ausgabe den Aufstieg des Römischen Reiches zur Weltmacht allein auf die vermeintlich germanisch-nordische Abstammung der Römer - insbesondere derjenigen aus den Oberschichten - zurück: „Ursprünglich waren die Römer … ein Volk nordischer Abstammung. Diejenigen Römer, die das Imperium Romanum gründeten, führten und es zur größten Weltmacht der Geschichte formten, waren Indogermanen (Urgermanen), die seit etwa 1000 v. d. Zw. von Norden her über die Alpen eingewandert waren. … Bei den Römern handelte es sich demnach um ein Volk von hauptsächlich nordischem Typus, also blonden Haaren, blauen Augen und hohem Wuchs. … Die Bildnisse der alten Römer … zeigen ebenfalls - in der Adelsschicht sogar bis in die späte Kaiserzeit hinein - Menschen von vorwiegend nordischem

[37] Die obigen Angaben zu Ernst Krieg stammen aus: Hermann Giesecke, Hitlers Pädagogen. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Erziehung, 2., überarbeitete Auflage, Weinheim/München 1999, S. 33-74; Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2005, S. 341.

Typus. … Am Ende unterlag das ursprünglich von nordischen Völkern errichtete Römische Reich der frischen Volkskraft der Germanen, die viel von den Hinterlassenschaften der Römer übernahmen und den imperialen Reichsgedanken im ‚Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" fortleben ließen."[38]

In den beiden folgenden Ausgaben vom Februar und März 2007 wandte eine zweiteilige Artikelserie in der DS dieselbe rassistische Logik an, um ihren Lesern die kulturell-zivilisatorischen und sonstigen Leistungen der Chinesen, Japaner, Koreaner und Türken zu „erklären": „Ganze Völkerschaften in den weiten Steppen Asiens und darüber hinaus waren europäischer, genauer indogermanischer Herkunft. … Der zivilisationsstiftende Einfluß der Tocharer und Saken seit der frühchinesischen Geschichte wird heute durch die moderne Archäologie mehr und mehr aufgedeckt und untermauert. Noch heute lassen sich europide Einschläge in einigen Regionen Chinas, Koreas und Japans nachverfolgen. … Spuren europider Einschläge scheinen sich auch bei Chinesen und Japanern mehr in der gesellschaftlichen Oberschicht zu zeigen. Die vornehmen Familien Chinas und Japans, der Koreaner und Mandschus unterscheiden sich vom übrigen Volk durch größere Körperhöhe, schlankeren Wuchs, schmalere Gesichter mit weniger abstehenden Jochbeinen (Backenknochen), durch schmalere und längere, auch mehr ausgebogene Nasen, einen feiner gezeichneten Mund und ein betonteres Kinn; dazu sind sie durchschnittlich minder kurzköpfig, gelegentlich sogar langköpfig. … Ein Merkmal nordischer Stämme ist zudem neben den rassischen Überresten auch der überall in Ostasien verbreitete Gebrauch des Hakenkreuzes (Sonnenrad)."[39]

In den zweiten Teil dieser Artikelserie ließ der Autor auch das klassisch rassistische Motiv von der „Rassenmischung" als angeblicher Ursache für Niedergang und Kulturverfall einfließen: „In Japan läßt sich der Einfluß europäischer Einwanderer aus ferner Vorzeit vor allem in den adeligen Samurai-Geschlechtern nachweisen. Sogar heute

[38] PM, Alte Römer auch Germanen - Eine anthropologische Geschichtsbetrachtung, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2007, S. 24.

[39] Hans Schmidt, Rotbärte im fernen Ostasien - Antikes Ostasien unter dem Einfluß nordischer Völker, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2007, S. 24.

ist hier noch europides Aussehen (kaum Schlitzaugen) und eine für Asiaten ungewöhnlich helle Haut bei vielen japanischen Geschlechtern der Oberschicht zu erkennen. Wenn man diese Fakten berücksichtigt, kann man sich auch das altchinesische Sprichwort ‚Weiße Haut macht 7 Fehler wett!" leicht erklären. … Man muß sich das von indogermanischen Reitervölkern besiedelte Innerasien als doch sehr großes Refugium an nordischen Menschen vorstellen. Sich immer wieder erneuernde Ströme von Stämmen und Völkern europäischer Herkunft schoben sich meistens als Erobererschicht über die ostasiatische Urbevölkerung. … Auch die führenden Geschlechter der osmanischen Türken scheinen durch nordische Einschläge gekennzeichnet gewesen zu sein. … Trotzdem waren diese nordisch geprägten Geschlechter in Innerasien mit fortlaufender Zeit immer rarer gesät. Das Erlöschen der Tatkraft und des Weitblicks, nach großen geschichtlichen Anläufen, das für die türkischen und mongolischen Kriegerhirten zur Zeit des abendländischen Mittelalters kennzeichnend ist, wird sich am besten erklären lassen durch die Vermischung und das Aussterben führender Geschlechter nordischer Herkunft."[40]

Die typisch nationalsozialistische Färbung des Rassismus, der in den eben zitierten DS-Artikeln dem Leser dargeboten wird, wird abgerundet dadurch, dass in allen dreien als Gewährsmann für die vermeintliche Wissenschaftlichkeit dieser rassistischen Thesen u. a. ein gewisser „Prof. Günther" angeführt und ausgiebig zitiert wird, ohne allerdings - abgesehen von der Nennung des autoritätsheischenden Professorentitels Günthers - auf Einzelheiten zu seiner Person wie z. B. auch nur einen seiner drei Vornamen einzugehen. Hinter „Prof. Günther" verbirgt sich jedoch zweifelsfrei Hans Friedrich Karl Günther (1891-1968). Günther war ein entschiedener Rassist, der seine diesbezüglichen Überzeugungen schon seit Anfang der 1920er Jahre in zahlreichen pseudowissenschaftlichen Publikationen propagierte, was ihm schließlich Spitznamen wie „Rassepapst" und „Rassen-Günther" eintrug. Bereits 1930 verschafften ihm die Nationalsozialisten, die in Thüringen gerade ihre erste Beteiligung an einer Landesregierung verbuchen konnten, eine Professur für „Sozialanthropologie" an der Universität Jena, obwohl Günther ähnlich wie wenige Jahre später

[40] H. Schmidt, Viele Hochgewachsene in Führungsschichten - Das antike Ostasien unter dem Einfluß nordischer Völker, Teil 2, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2007, S. 24.

Krieck nicht annähernd über die nötigen Qualifikationen verfügte und seine Berufung daher auf heftigen Widerstand der Universitätsleitung stieß. Auch nach 1933 überhäuften ihn die Nationalsozialisten, denen er als eine der wichtigsten Autoritäten in Rassefragen galt, mit Ämtern und Ehrungen, z. B. 1935 mit dem „Preis der NSDAP für Wissenschaft“ sowie 1941 mit dem „Goldenen Parteiabzeichen“ der NSDAP, der er 1932 beigetreten war. 1933 wurde er Mitglied im „Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik des Reichsministers des Innern“, 1935 Direktor der „Anstalt für Rassenkunde, Völkerbiologie und Ländliche Soziologie“ an der Universität Berlin. Wie Krieck wurde er zum Ehrenmitglied des nationalsozialistischen „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland“ ernannt. 1945 wurde Günther aufgrund dieser Verstrickungen für drei Jahre interniert und verlor seinen Lehrstuhl an der Universität Freiburg, wo er seit 1939 gelehrt hatte.[41] Dennoch galt Günther der DS noch im Jahr 2007 als „der international renommierte Forscher Prof. Günther“[42], nicht nur auf dem Gebiet des Rassismus, sondern auch dem Gebiet eines von rassehygienischen Motiven durchzogenen Antiurbanismus und Antiindustrialismus.[43]

5. Die positive Personalisierung des historischen NS durch den Märtyrerkult um Rudolf Heß

Führende NS-Protagonisten wie Hitler, Himmler oder Goebbels haben sich nicht zuletzt aufgrund ihrer singulären Verbrechen fundamental und endgültig selbst diskreditiert. Sie auch nur punktuell zu Vorbildern zu erheben, indem man mehr oder minder marginale Details ihres politisch-ideologischen Denkens oder Handelns aus dem Bezugsrahmen dieser Verbrechen versucht herauszulösen und für sich genom-

---

[41] Elvira Weisenburger, Der „Rassepapst“: Hans Friedrich Karl Günther, Professor für Rassenkunde, in: Michael Kißener/Joachim Scholtyseck (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, 2. Auflage, Konstanz 1999, S. 161-199. Diesem Aufsatz sind die oben zitierten Daten und Fakten aus Günthers Leben entnommen. Den Bewertungen Weisenburgers vermag sich der Autor nicht immer anzuschließen.

[42] PM, Alte Römer auch Germanen - Eine anthropologische Geschichtsbetrachtung, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2007, S. 24.

[43] Safet Babic, Echte Volksgemeinschaft - Hans F. K. Günther: Die Verstädterung, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2007, S. 16.

men als vorbildlich darzustellen, gilt daher in der Gesellschaft und politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland als moralisch obszön und hat in der Regel entsprechend schwerwiegende Folgen für das Ansehen der Person(en), die einen solchen Versuch unternehmen. Vor diesem Hintergrund bieten sich heutigen Neonazis faktisch keine Beispiele hochrangiger Protagonisten aus NSDAP und NS-Staat, anhand derer sie auch nur versuchen könnten, ihr Bekenntnis zum historischen NS wenigstens ansatzweise positiv zu personalisieren, ohne zu riskieren, sich dadurch gesamtgesellschaftlich, also außerhalb des sehr engen Dunstkreises der eigenen Szene, noch weiter ins moralische Abseits zu stellen, als sie ohnehin schon stehen.

In dem „Stellvertreter des Führers“ und Reichsminister ohne Geschäftsbereich Rudolf Heß (1894-1987), den Hitler in seiner Reichstagsrede bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 zu seinem zweiten möglichen Nachfolger (nach Göring) ernannte, meinen deutsche, aber auch ausländische Neonazis über ein solches hochrangiges Beispiel für eine positive Personalisierung des historischen NS zu verfügen.[44] Für Neonazis ist Heß die zentrale Symbol- und Integrationsfigur, um die sie bereits seit Jahrzehnten einen teilweise religiös anmutenden Märtyrerkult und eine singuläre Mythenbildung betreiben. Dieser Kult baut weniger auf Heß“ konkreten politischen Funktionen während der NS-Diktatur auf[45]; vielmehr wird Heß aufgrund der Tatsache, dass er wegen seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess insgesamt 46 Jahre und damit knapp die Hälfte seines Lebens in alliierter Haft verbrachte, von der Neonaziszene auch noch mehr als zwei Jahrzehnte nach seinem Selbstmord im Berlin-Spandauer Kriegsverbrechergefängnis kritiklos zum Opfer stilisiert. Zudem dient ihr der zeitlebens überzeugte Nationalsozialist Heß als Vorbild an ideologisch-fanatischer Unbeugsamkeit. Auch wird Heß als Kronzeuge für rechtsextremistisch-geschichtsrevisionistische Thesen herangezogen: So wird sein Großbritannien-Flug im Mai 1941 in den einschlägigen Kreisen als vermeintlicher Beweis da-

[44] Vgl. zum Folgenden auch: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2007, Stuttgart 2008, S. 136-140.

[45] Vgl. zu diesen Funktionen im Detail: Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München 1992.

für gewertet, dass der - so die gängige Neonazi-Terminologie - „Friedensflieger“ Heß und mit ihm die gesamte NS-Führung um Adolf Hitler friedenswillig gewesen wären, während die Briten diese Friedensbemühungen mit Internierung beantwortet und damit den Beweis ihrer angeblichen Kriegslüsternheit geliefert hätten. Dass Hitler in die Aktion seines Stellvertreters offensichtlich nicht einmal eingeweiht war, sich sogar umgehend davon distanzierte, unter anderem indem er Heß öffentlich für geistesgestört erklären ließ[46], wird von Neonazis bei solchen Geschichtsklitterungen zumeist ausgeblendet. Dass Heß die letzten 21 Jahre seines Lebens nach der Entlassung der übrigen Gefangenen als einziger Häftling im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis verblieb, trieb die Mythologisierung seiner Person durch die Neonaziszene weiter voran. Schon allein die Fakten seiner Haft - sowie das Ausblenden von Heß“ Schuld und der des NS-Regimes insgesamt - prädestinieren den Hitler-Stellvertreter aus neonazistischer Sicht zum Märtyrer der „Bewegung“. Dieser Märtyrerkult wird von Neonazis noch auf die Spitze getrieben, indem sie seit 1987 so faktenwidrig wie unbeirrbar behaupten, Heß sei in Spandau ermordet worden, um die „wahren“ Hintergründe seines Großbritannien-Fluges zu vertuschen. Deshalb ist auch nicht Heß’ Geburtstag, sondern sein Todestag (17. August) ein wichtiges Datum im neonazistischen Veranstaltungskalender: Gilt es doch, nicht nur den Märtyrerkult um Heß zu pflegen, sondern auch klassische rechtsextremistische Feindbilder (vor allem die westlichen Siegermächte des 2. Weltkrieges) als vermeintlich eiskalt berechnende Mörder an einem 93jährigen, angeblich schuldlosen Greis zu diffamieren. Zentrales Anliegen des neonazistischen Heß-Kultes bleibt jedoch, den historischen NS positiv zu personalisieren und damit letztlich zu rehabilitieren, indem man diesem ein vermeintlich sympathisch-unschuldiges Opfer- und Märtyrergesicht verleiht.[47]

---

[46] Vgl. zu den Hintergründen des Heß-Fluges nach Großbritannien und zum Umgang der NS-Führung mit diesem Vorfall: Armin Nolzen, Der Heß-Flug vom 10. Mai 1941 und die öffentliche Meinung im NS-Staat, in: Martin Sabrow (Hrsg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 130-156.

[47] Vgl. zu den vielschichtigen Aspekten des Heß-Kultes in der rechtsextremistischen Szene: Michael Kohlstruck, Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik - Die Mythologisierung von Rudolf Hess im deutschen Rechtsextremismus, in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich (Hrsg.), Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten?, Stuttgart 2004, S. 95-109.

Daher ist eine Beteiligung an dem oben beschriebenen Heß-Kult ein deutlicher Hinweis auf neonazistische Gesinnung.

Die DS beteiligte sich im Untersuchungszeitraum nachweislich am neonazistischen Heß-Kult, nicht zuletzt in Form von umfangreichen und inhaltlich eindeutigen Artikeln aus Anlass des Heß-Todestages und der um diesen Termin herum in Wunsiedel, wo Heß begraben liegt, 2001 bis einschließlich 2004 abgehaltenen, zentralen sog. „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“. So veröffentlichte die Zeitung in ihrer Ausgabe vom September 2003 einen ganzseitigen Bericht über den „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ am 16. August 2003. Darin wird Heß als ein Mann geehrt, „der wie kaum ein anderer für sein Land und für den Frieden“ gelebt „und damit den Haß der Sieger des Zweiten Weltkrieges auf sich“ gezogen habe. Der Bericht thematisiert in diesem Zusammenhang den „spektakulären und opferbereiten Englandflug 1941“, mit dem Heß sich „zu einem beispiellosen Vorbild für die deutsche Jugend entwickelt und wie kaum ein anderer in der Geschichte des 20. Jahrhunderts besonderen Rang erworben“ habe. Auch der verschwörungsideologischen These vom angeblichen Mord an dem „Friedensflieger“ Heß redet die DS das Wort. Zudem gibt der DS-Artikel Inhalte aus verschiedenen Wortbeiträgen wieder, die auf der Veranstaltung abgegeben worden waren. Demnach „erinnerte“ Jürgen Rieger „an Leben und politisches Wirken jenes Mannes, der sich schon in jungen Jahren mutig dem Kampf gegen kommunistische Umsturzversuche angeschlossen“ habe, „das gute Gewissen der Partei“ gewesen sei „und sich in jeder Phase seines Lebens vorbildlich“ verhalten habe. Laut DS stellte Rieger Heß gerade auch im Vergleich zu bundesdeutschen Zuständen, wie er sie wahrnimmt, als Vorbild dar, denn in „der von Habgier und Korruption gekennzeichneten Gegenwart sei seine Geradlinigkeit und Unbestechlichkeit beispielhaft“ gewesen. Der damalige wie heutige DS-Chefradakteur und stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende, Holger Apfel, „wies“ in Wunsiedel laut seiner Zeitung „darauf hin, daß Heß stellvertretend für das seit über 50 Jahren geknechtete deutsche Volk ein Martyrium erlitten habe und heute wie kein anderer die Generation von Deutschen verkörpere,

die ihr Vaterland in den europäischen Bruderkriegen des 20. Jahrhunderts mit dem Einsatz ihres Lebens verteidigten.“[48]

Im folgenden Jahr nahm sich die DS-Berichterstattung über den zentralen „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ am 21. August 2004 in Wunsiedel rein quantitativ relativ zurückhaltend aus. Zwar feierte die DS Heß auch diesmal wieder kritiklos als einen „der größten Männer der Geschichte“ und als „Märtyrer für Deutschland“, der ermordet worden sei. Doch fiel der entsprechende Bericht mit rund einer Viertelseite Umfang deutlich kürzer aus als derjenige vom Vorjahr. Auch wurde - anders als von der DS noch im September 2004 angekündigt - in der Folgenummer vom Oktober kein „ausführlicher Bericht“ über den „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ 2004 in Wunsiedel veröffentlicht.[49]

Nach 2004 konnte in Wunsiedel kein zentraler „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ mehr durchgeführt werden, da entsprechende Verbotsverfügungen des Landratsamtes Wunsiedel vor den Gerichten Bestand hatten. Die seither Jahr für Jahr an anderen, quer über die Bundesrepublik verteilten Orten durchgeführten, dezentralen und kleineren Veranstaltungen der Neonaziszene aus Anlass des Heß-Todestages haben sich aus mehreren Gründen als weit unattraktiver für potentielle „Heß-Marschierer“ erwiesen als die zentrale Veranstaltungsvariante in Wunsiedel. Dementsprechend nahmen die Gesamtteilnehmerzahlen dieser Ersatzveranstaltungen im Vergleich zum letzten „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel deutlich ab.[50] Angesichts dieser für Neonazis höchst unbefriedigenden Situation blieb Jürgen Rieger, der ursprünglich die jährlichen, zentralen „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“ in Wunsiedel bis einschließlich ins Jahr 2010 angemeldet hatte, in der DS-Ausgabe vom September 2005 nur, das Zustandekommen und die

[48] Friedrich Weider, Rudolf-Heß-Gedenkmarsch: Weder Recht noch Menschlichkeit - Über 4.000 nationale Demonstranten gedachten des Friedensfliegers Rudolf Heß, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2003, S. 11.

[49] Gedenken: Ehrenaufmarsch für Rudolf Heß - Erhebender Tag für den nationalen Widerstand: 7.000 in Wunsiedel, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2004, S. 15.

[50] Vgl. zu den Hintergründen beispielsweise: Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2007, Stuttgart 2008, S. 138-140.

nicht zuletzt für ihn negativen Folgen des Absatz 4 des § 130 StGB[51] aus seiner Sicht zu schildern, um den der Paragraph erst am 1. April 2005 erweitert worden war und auf dem seither die erfolgreichen Versammlungsverbote durch das Landratsamt Wunsiedel basieren.[52]

Trotz des Wegfalls der aufgrund ihres Symbolwerts und ihrer Mobilisierungskraft für Neonazis offenbar unersetzbaren zentralen „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche" hat die Symbolfigur Rudolf Heß selber für die Szene nichts an ihrer Integrationskraft verloren; der neonazistische Märtyrerkult um seine Person ist ungebrochen. Auch die DS beteiligte sich noch aus Anlass des 20. Heß-Todestages an der Pflege und Propagierung dieses Kultes. Im August 2007 veröffentlichte der Historiker Dr. Olaf Rose, der seit Ende 2006 dem Parlamentarischen Beratungsdienst der sächsischen NPD-Fraktion angehört, einen insgesamt rund ganzseitigen Artikel unter der Überschrift „Mord verjährt nicht - Zum 20. Todestag von Rudolf Heß", worin er in eindeutig apologetischem Tenor u. a. schreibt: „Ist etwa die sachliche Darstellung von außerordentlichen persönlichen Leistungen und Verdiensten Verherrlichung? Ist etwa das Verlangen nach Aufklärung eines der niederträchtigsten und feigsten politischen Morde des 20. Jahrhunderts Heldenverehrung? Es ist eben nicht leicht, auf der persönlichen und politischen Weste von Rudolf Heß schwarze Flecken zu entdecken. … Von 1933 bis 1941, in einer Zeit also, als Heß über außerordentliche Machtbefugnisse verfügte, ließ er sich so gut wie nichts zu Schulden kommen. Er hat sich weder finanziell korrumpieren lassen noch hat er seine Dienststellung dazu mißbraucht, anderen zu schaden. Im Gegenteil: er galt fast ironisch als das ‚Gewissen" oder die ‚Klagemauer der Partei", da sich an ihn fast jeder ungeachtet der Person mit Beschwerden oder Bitten wenden konnte. Diese Wertschätzung wurde ihm auch in weiten Teilen des Auslands entgegengebracht, wo man ihn für einen ‚gemäßigten" Nationalsozialisten hielt, auf dessen Wort man ver-

---

[51] § 130 Absatz 4 StGB lautet: „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt."

[52] Jürgen Rieger, Rechtsstaat: Wunsiedel-Märsche in der Schwebe - Die Herrschenden benötigen weiterhin Nachhilfe in Sachen Demokratie, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2005, S. 4.

trauen konnte und von dem man wußte, daß er sich unablässig um Verständigung zwischen internationalen Frontkämpferbünden und um die Bewahrung des Friedens kümmerte. … Tun also auch wir unsere Pflicht und gedenken wir eines Soldaten und Politikers, der sein Leben einsetzte, um Deutschland und der Welt Frieden zu geben, und der dafür mit 46 quälend langen Jahren Haft büßen mußte. Das ist keine Verherrlichung, sondern ein Eintreten für historische Gerechtigkeit.“[53]

Der Artikel Roses ist eingerahmt von einem farbig abgedruckten Heß-Porträt und einer Anzeige des „Deutsche Stimme Verlages“, die unter der Losung „1987-2007 Rudolf Heß - ermordet vor 20 Jahren!“ ausschließlich Heß-Devotionalien bewirbt. Darunter befindet sich auch ein Kunstdruck der „Schlußworte von Rudolf Heß vor dem Nürnberger Tribunal 1946“. Diese Worte werden bis heute in der Neonaziszene gleich einem pseudoreligiösen Credo zitiert.[54] Gerade aber darin zeigt sich, wie sehr Heß bis heute nur der Stellvertreter Hitlers ist, eines Hitler, den direkt und vor aller Öffentlichkeit zu zitieren aufgrund dessen fundamentaler Selbstdiskreditierung selbst einem fanatischen Neonazi heutzutage nicht mehr opportun erscheint. Weisen doch diese Heß-Schlussworte unüberhörbare und daher - so darf geschlossen werden - von Heß beabsichtigte Anklänge an den Satz auf, mit dem Hitler am 27. März 1924 sein Schlusswort anlässlich seines Münchner Hochverratsprozesses beendete.[55]

---

[53] Olaf Rose, Mord verjährt nicht - Zum 20. Todestag von Rudolf Heß, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2007, S. 15-16.

[54] Auf dem besagten Kunstdruck lauten sie: „Stünde ich wieder am Anfang würde ich wieder handeln wie ich handelte. Auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen, ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß: Er spricht mich frei!“

[55] Dieser Satz lautete: „Mögen Sie tausendmal Ihr ‚schuldig“ sprechen, diese ewige Göttin des ewigen Gerichts (i. e. die Geschichte) wird lächelnd den Antrag des Staatsanwalts zerreißen und lächelnd zerreißen das Urteil des Gerichts, denn die spricht uns frei.“ Zitiert bei: Eberhard Jäckel (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, Dok. Nr. 625: München, 27. März 1924, Vor dem Volksgerichtshof, Vierundzwanzigster Verhandlungstag, S. 1197-1216, hier S. 1216.

6. Positiv-affirmative Rückbezüge auf einen wichtigen Vorgänger des NS: Die Völkische Bewegung

Der historische NS stellte „keine ideologische Innovation“ dar, „sondern eine eklektische Übernahme und weitere Radikalisierung existierender nationalistischer Deutungsmuster.“[56] Er blickte auf eine relativ lange Reihe von Wegbereitern, Vorgängern, Vorbildern, Vordenkern und Erblassern in Form von Organisationen, Strömungen, Bewegungen und Einzelpersonen zurück, zu denen er in mehrfacher Hinsicht in Tradition und Kontinuität stand. In einem besonders engen organisatorischen, personellen wie ideologischen Traditions- und Kontinuitätsverhältnis stand er zur Völkischen Bewegung des Kaiserreichs und der frühen Weimarer Republik[57], aus der die DAP hervorgegangen war und zu der die NSDAP - später als ihr dominanter, schließlich als ihr fast einziger relevanter Vertreter in Deutschland - im Grunde ihrer ideologischen Dispositionen bis 1945 gehörte. Nicht von ungefähr liest sich Hitlers Mitte der 1920er Jahre niedergeschriebene Bekenntnisschrift „Mein Kampf“[58] in weiten Teilen wie eine Kompilation einschlägiger völkischer Publikationen. Die unbestreitbare Tatsache, dass Hitler immer bemüht war, seine NSDAP von gesinnungsgenössischen

---

[56] Peter Walkenhorst, Nation - Volk - Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007, S. 341.

[57] Vgl. Stefan Breuer, Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008. Vgl. speziell zur Völkischen Bewegung im Kaiserreich: Uwe Puschner, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache - Rasse - Religion, Darmstadt 2001. Ders./Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871-1918, München 1999. Bis zu der eben angeführten, erst kürzlich veröffentlichten Monographie von Stefan Breuer, harrte die Geschichte der Völkischen Bewegung in (den Anfangsjahren) der Weimarer Republik einer Gesamtdarstellung. Bis dahin lagen nur Untersuchungen über Einzelbereiche vor, z. B. über den „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“: Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970; Walter Jung, Ideologische Voraussetzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik - Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Göttingen 2000 auf http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/2003/jung/jung.pdf. Vgl. dort auch auf den Seiten 9 und 10 die Definition des Terminus „völkisch“, von der der Autor ausgeht.

[58] Adolf Hitler, Mein Kampf, 365.-369. Auflage, München 1938.

und gleichzeitig konkurrierenden Organisationen abzugrenzen, und daher wiederholt Hohn und Spott u. a. über das aus seiner Sicht wenig volksnahe, professoral-unpraktische Theoretisieren in der Völkischen Bewegung, über deren vermeintliche Kraft- und Erfolglosigkeit ausgoss,[59] darf nicht über die Verwurzelung des historischen NS in der Völkischen Bewegung hinwegtäuschen. Zudem waren viele Nationalsozialisten, die vor und nach 1933 in der NSDAP bzw. im nationalsozialistischen Staatsapparat hohe Positionen bekleideten (z. B. Reinhard Heydrich (1904-1942), Fritz Sauckel (1894-1946) und Julius Streicher (1885-1946)), aus der Völkischen Bewegung hervorgegangen und hatten dort eine ideologische Grundausbildung erhalten, deren Inhalte mit denen des historischen NS kompatibel bis kongruent waren. Wer sich also positiv-affirmativ auf die Völkische Bewegung bezieht, bekennt sich zu einem wichtigen Vorgänger, Wegbereiter und Ideengeber des historischen NS.

In den DS-Ausgaben des Untersuchungszeitraumes sind diverse positiv-affirmative Rückbezüge auf die Völkische Bewegung, nicht zuletzt auf deren führende Protagonisten feststellbar. Beispielhaft dafür steht ein gut halbseitiger Artikel des mecklenburg-vorpommerschen NPD-Funktionärs und damaligen wie heutigen DS-Redaktionsmitglieds Lutz Dessau vom August 2006. Der Artikel stellt im Wesentlichen eine sehr positive Besprechung der Schrift „Die Stadt der Zukunft“ dar, die Theodor Fritsch (1852-1933) 1896 zur Propagierung sog. „Gartenstädte“ veröffentlicht hatte.[60] Dessau stellt Fritsch den DS-Lesern als „Erbauer von Maschinen für das Müllergewerbe und politischen Schriftsteller“ vor, der „sich auch mit städtebaulichen Aspekten“ beschäftigt habe. Gerade auf dem Gebiet des Städtebaus bzw. der Städteplanung schildert Dessau Fritsch als Visionär, dessen Schrift „Die Stadt der Zukunft“ „durchaus noch aktuell“ sei. Der Artikel schließt mit den Worten: „Visionärhaftigkeit muß da schon einmal erlaubt sein. Insofern, aber auch wegen der passablen gedanklichen Ansätze lohnt es sich, Fritschs Schrift seinen Nachfahren wieder in Erinnerung

[59] Vgl. dazu: ebenda, S. 395-398. Jäckel/Kuhn (Anm. 55), Dok. Nr. 340: München, 7. Januar 1922, „Entwicklung unserer Bewegung“, S. 541-544, hier S. 541-542.

[60] Theodor Fritsch, Die Stadt der Zukunft (Gartenstadt), Leipzig 1896.

zu bringen.“[61] Dessau hatte sich in der DS bereits im April 2002 zum Thema „Gartenstadtbewegung“ verbreitet und bei dieser Gelegenheit Fritsch als einen „der bekanntesten volkstreuen Publizisten vor 1918“ verharmlost.[62] Im Mai 2007 verwies Dessau in der DS noch einmal auf seinen Artikel vom August 2006 und auf Fritschs vermeintliche Verdienste: Fritschs Schrift „Die Stadt der Zukunft“ sei zu ihrer Zeit „Mahnung und Wegweiser in die rechte Richtung“ gewesen.[63]

Für eine realistische Verortung und Beurteilung der historischen Person Theodor Fritsch ist das, was Dessau den DS-Lesern verschweigt, weit interessanter und auch relevanter als das Wenige, das er mitteilt. Theodor Fritsch war nämlich als Verleger und Autor (teils unter einem seiner diversen Pseudonyme) zahlreicher völkischer Publikationen, als (Mit)Begründer und Multifunktionär verschiedener völkischer Organisationen und als Ideologe über einen Zeitraum von rund einem halben Jahrhundert in der Völkischen Bewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik präsent und zählte über Jahrzehnte zu deren mit Abstand wichtigsten und einflussreichsten Vertretern. Deshalb ist der von dem Historiker Uwe Puschner vorgenommenen Charakterisierung Fritschs nur zuzustimmen, der den Sachsen als „Galionsfigur des rassisch begründeten und argumentierenden Antisemitismus wie des völkischen Antisemitismus im allgemeinen“ bezeichnet hat, der eine „außerordentliche Bedeutung für die antisemitische, völkische und nicht zuletzt auch für die nationalsozialistische Bewegung“ besessen, „seit den 1880er Jahren mit seinen Zeitschriften, Verlagen und seinen zahlreichen Hetzschriften die antisemitische Bewegung“ (mit)beherrscht und „als Mitbegründer und Reichstagsabgeordneter der Deutschvölkischen Freiheitspartei und späteres NSDAP-Mitglied die Verbindung von Teilen der ursprünglichen völkischen Bewegung mit dem Nationalsozialismus verkörpert“ habe. Fritsch habe „zu den per-

---

[61] Lutz Dessau, Vision: Verbindung von Schönheit, Wohlbefinden, Ökonomie - Theodor Fritschs Schrift „Die Stadt der Zukunft“ durchaus noch aktuell, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2006, S. 17.

[62] Lutz Dessau, Lebensqualität: Gartenstadtbewegung contra Wohnparks - Immobilienspekulanten setzen immer weitere Boden- und Flächenversiegelungen durch, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2002, S. 8.

[63] Lutz Dessau, Die Architektur der Kunst zurückgeben - Abreiß-Kalender von Turit Fröbe dokumentiert „Bau-Sünden“, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2007, S. 14.

fidesten deutschen Antisemiten“ gezählt und antisemitische „Forderungen“ erhoben, „die Ansätze der nationalsozialistischen Vernichtungsideologie erkennen lassen.“[64] Es kommt also nicht von ungefähr, dass hochrangige Vertreter des NS-Staates Fritsch nach dessen Tod am 8. September 1933 verbale Trauerkränze flochten, Straßen nach ihm benannten und 1935 in Berlin-Zehlendorf ein - allerdings im Zweiten Weltkrieg wieder eingeschmolzenes - Denkmal errichteten. Mit seinem Namen als Gründer, Herausgeber, Leiter oder/und führendes Mitglied sind verbunden z. B. der „Hammer-Verlag“, der „seit Ende der 1890er Jahre das geistige und organisatorische Zentrum des völkischen Antisemitismus im Kaiserreich“[65] war, die Zeitschriften „Antisemitische Correspondenz“ (später: „Deutsch-Soziale Blätter“), „die sich - so auch der Untertitel seit April 1888 - als Central-Organ der deutschen Antisemiten verstand und in den achtziger Jahren als Sprachrohr der führenden Köpfe des deutschen Antisemitismus wie auch seiner Trägerschichten anzusehen“[66] war, und „Hammer“, der sich im Laufe seines fast vier Jahrzehnte währenden Bestehens „zum zeitgenössischen Chronisten des völkischen Denkens, zu einem Sammelbecken für antisemitisches Gedankengut und zu einem vielfältig benutzten ‚Ideen‘-Arsenal für völkisches Denken und Handeln“ entwickelte[67], sowie die Organisationen „Reichshammerbund“,[68]

---

[64] Puschner (Anm. 57), S. 57-62, hier S. 57-60. Vgl. zu Theodor Fritsch außerdem: Michael Bönisch, Die „Hammer“-Bewegung, in: Puschner / Schmitz / Ulbricht (Anm. 57), S. 341-365; Massimo Ferrari Zumbini, Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus: Von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt am Main 2003, S. 321-422; Matthias Piefel, Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879-1914, Göttingen 2004, speziell zu Fritsch S. 54-67, 90-103 und 150-157.

[65] Justus H. Ulbricht, „Ein heimlich offener Bund für das große Morgen…“ Methoden systematischer Weltanschauungsproduktion während der Weimarer Republik, in: Hubert Cancik/Uwe Puschner (Hrsg.), Antisemitismus, Paganismus, Völkische Religion, München 2004, S. 65-81, hier S. 74. Vgl. außerdem: Justus H. Ulbricht, Das völkische Verlagswesen im deutschen Kaiserreich, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht (Anm. 57), S. 277-301, hier S. 285-287.

[66] Puschner (Anm. 57), S. 60.

[67] Bönisch (Anm. 64), S. 351.

[68] Vgl. zu „Hammer“ und „Reichs-Hammerbund“ außerdem: Andreas Herzog, Theodor Fritschs Zeitschrift Hammer und der Aufbau des „Reichs-Hammerbundes“ als Instrumente der antisemitischen völkischen Reformbewegung (1902-1914), in: Mark Lehmstedt/Andreas Herzog (Hrsg.), Das be-

„Deutsch-Soziale Partei“, „Deutsche Erneuerungsgemeinde“ und „Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund“, letzterer die größte und dominierende völkische Organisation in der frühen Weimarer Republik.

Alle diese Fakten unterschlägt Dessau, offensichtlich darauf spekulierend, dass der historisch-ideologische Hintergrund selbst wichtigster völkischer Fanatiker wie Fritsch anders als bei NS-Protagonisten wie Hitler, Himmler oder Goebbels heute einem breiteren Publikum unbekannt ist. Stattdessen versucht er, Fritsch unter Hinweis auf die „für Fritsch eher beiläufige Gartenstadt-Episode“[69] in ein positives Licht zu rücken. Dabei „wiesen“ auch Fritschs Schriften zu diesem Thema „schon in groben Zügen auf völkisches Denken hin.“[70]

Wenn sich also ein DS-Redaktionsmitglied selbst auf den Spiritus Rector der völkischen „Hammer“-Bewegung positiv-affirmativ bezieht, so wundert es nicht, dass ein anderes - damaliges wie aktuelles - Mitglied der DS-Redaktion, aber auch des NPD-Bundesvorstands, Jürgen W. Gansel, der seit September 2004 auch NPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen ist, im Juni 2003 dem Maler Fidus alias Hugo Höppener (1868-1948) einen wohlwollend-unkritischen, gut halbseitigen Beitrag widmete.[71] Fidus ist als „ein Gesinnungskünstler der völkischen Kulturbewegung“ einzustufen, der, „wenn auch weitgehend esoterisch verklärt, die Jahre später gleichfalls in ästhetischem Gewande auftretende nationalsozialistische Propaganda für den ‚neuen Menschen‘“ antizipierte[72] und „mit seiner romantische Elemente auf-

---

wegte Buch. Buchwesen und soziale, nationale und kulturelle Bewegungen um 1900, Wiesbaden 1999, S. 153-182.

69 Ferrari Zumbini (Anm. 64), S. 416.

70 Bönisch (Anm. 64), S. 348. Zum Verhältnis der Völkischen zur Gartenstadtbewegung und zum Engagement von Fritsch auf diesem Gebiet vgl. Puschner (Anm. 57), S. 155-165.

71 Jürgen W. Gansel, Deutsche Kunst: Maler eines völkischen und naturhaften Aufbruchs - Vor 55 Jahren starb „Fidus“, der dem modernen Leben seine Vision eines sonnenhaften Germanentums entgegensetzte, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 vom Juni 2003, S. 20.

72 Marina Schuster, Fidus - ein Gesinnungskünstler der völkischen Kulturbewegung, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht (Anm. 57), S. 634-650, hier S. 635. Vgl. zu Fidus auch die Kurzbiographie von Marina Schuster bei Puschner / Schmitz / Ulbricht (Anm. 57), S. 904-905.

greifenden, implizit völkischen Jugendstilmalerei“[73] „die völkischen Phantasien einer ganzen Generation ausdrückte.“[74] Das hindert Gansel nicht daran, Fidus nicht nur als „ausstrahlungsstarke(n) Künstler“ und „Tatmenschen“ zu bezeichnen, der im Ersten Weltkrieg zwar „nicht in den freudetrunkenen Hurrapatriotismus“ eingestimmt habe, „als weltentrückter Künstler aber auf seine Weise treu an der Seite des Reiches“ gestanden habe. Das folgende Zitat offenbart zudem, dass Gansel die Verachtung für die Weimarer Demokratie, die er Fidus zuschreibt, offensichtlicht teilt: „In der Weimarer Republik, deren Gründung Oswald Spengler die ‚sinnloseste Tat der deutschen Geschichte“ nannte, begann der wirtschaftliche Abstieg des Malers …. Die Weimarer Demokratie, deren großstädtische Schickeria die Asphaltkunst des Hässlichen und Wurzellosen hochjubelte und idealistische Kunst wie die seine verhöhnte, lernte Fidus verachten.“

Gansel gibt sich nicht die Mühe bzw. Blöße, die Bedeutung von Fidus für die Völkische Bewegung als „Lieblingsmaler der lebensreformatischen (sic!) Völkischen in Deutschland“ zu unterschlagen, zumal er gleichzeitig mit einem gewissen Recht auf „trotz“ der „antisemitischen Grundhaltung“ und des „Germanenkultes“ von Fidus bestehende ideologische Teildivergenzen zwischen dem Maler und dem historischen NS sowie auf die Kritik, Ablehnung und Zurückweisungen hinweisen kann, denen Höppener und seine Kunst trotz seiner Anbiederung an den historischen NS und seines NSDAP-Beitritt im Jahr 1932 durch die nationalsozialistischen Machthaber ausgesetzt waren.[75] Dabei erwähnt Gansel jedoch nicht, dass Fidus dennoch zu seinem 75. Geburtstag im Jahr 1943 auf Anordnung Hitlers die Ehrenprofessor-

[73] Marina Schuster, Die Bildwelt der Völkischen, in: Stefanie v. Schnurbein/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Völkische Religion und Krisen der Moderne. Entwürfe „arteigener“ Glaubenssysteme seit der Jahrhundertwende, Würzburg 2001, S. 254-267, hier S. 259.

[74] Matthias Piefel, Bruno Tanzmann. Ein völkischer Agitator zwischen wilhelminischem Kaiserreich und nationalsozialistischem Führerstaat, in: Walter Schmitz/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Völkische Bewegung - Konservative Revolution - Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, S. 255-280, hier S. 255.

[75] Jürgen W. Gansel, Deutsche Kunst: Maler eines völkischen und naturhaften Aufbruchs - Vor 55 Jahren starb „Fidus“, der dem modernen Leben seine Vision eines sonnenhaften Germanentums entgegensetzte, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 vom Juni 2003, S. 20.

würde verliehen wurde, die zwar nicht mit einem Lehrstuhl, wohl aber mit einer Altersrente verbunden war.[76] Aus Gansels Sicht kann die prominente Zugehörigkeit von Fidus zur Völkischen Bewegung dessen Bild nicht beschädigen, sieht er doch in Anlehnung an den Politologen und „geistigen Vater" der Neuen Rechten in Deutschland Armin Mohler[77] (1920-2003) die Völkischen und mit ihnen Fidus als Teil der Konservativen Revolution: „Im Spektrum der sogenannten Konservativen Revolution waren es die Völkischen, die - aus der reichen Quelle des germanischen Erbes schöpfend - ein erneuertes deutsches Volkstum im Einklang mit der Natur anstrebten. Der Maler Fidus gab diesem Wollen gültigen künstlerischen Ausdruck. … Als Künstler gehörte er zum schillernd-bunten Ideenspektrum der Konservativen Revolution, die mit revolutionären Mitteln erst die Verhältnisse zu schaffen trachtete, die der Erhaltung wirklich lohnten."[78]

Und dieser Konservativen Revolution, das hat Gansel mittlerweile in diversen DS-Artikeln deutlich werden lassen[79], steht er zwar nicht völlig unkritisch, aber im Wesentlichen positiv-affirmativ gegenüber.

---

[76] Vgl. Schuster, Fidus (Anm. 72), S. 643-644. Dies., Bildwelt (Anm. 73), S. 266.

[77] Vgl. Armin Mohler/Karlheinz Weissmann, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, 6., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Graz 2005, S. 99-114. Gansel hat dieses Buch in der DS intensiv besprochen: Jürgen W. Gansel, Katechismus der deutschen „Weltalternative" - Armin Mohler/Karlheinz Weißmann: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2006, S. 14.

[78] Jürgen W. Gansel, Deutsche Kunst: Maler eines völkischen und naturhaften Aufbruchs - Vor 55 Jahren starb „Fidus", der dem modernen Leben seine Vision eines sonnenhaften Germanentums entgegensetzte, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 vom Juni 2003, S. 20.

[79] Vgl. beispielsweise: Jürgen W. Gansel, Konservative Revolution: Die dritte Partei für das neue Deutschland - Vor 80 Jahren verfaßte Arthur Moeller van den Bruck sein vielbeachtetes Hauptwerk „Das dritte Reich", in: Deutsche Stimme, Nr. 7 vom Juli 2003, S. 16. Jürgen W. Gansel, Konservative Revolution: Aus tiefstem Willen zur Erhaltung zerstören - Edgar Julius Jung, der den Klassiker „Die Herrschaft der Minderwertigen" verfaßte, starb vor 70 Jahren, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 vom Juni 2004, S. 16.

7. Ein „moderner Nationalismus“ ohne Geschichtsrevisionismus und NS-Apologetik?

Trotz der bis hierher herausgearbeiteten Belege für neonazistische Aussagen in der DS darf nicht unterschlagen werden, dass in der NPD-Parteizeitung - zumal in den allerletzten Jahren - auch und teils prominente Stimmen zu Wort kommen, die dem Neonazismus im engeren Sinne zumindest als offensiv nach außen vertretenes Propagandathema eine mehr oder minder dezidierte Absage erteilen. Beispielsweise beschloss Franz Schönhuber (1923-2005)[80] seinen Kolumnenartikel vom April 2005 mit dem Satz „Die Ablehnung des Verhaltens der Bundesrepublik im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit darf nicht begründet werden mit einer Bejahung des NS-Staates.“[81]

Ganz vereinzelt kommt in der DS sogar die kriminelle Dimension des NS-Regimes zur Sprache. Schon in seiner Kolumne vom März 2005 hatte Schönhuber „das Recht und die Pflicht“ postuliert, „über die von allliierten Kriegsverbrechern getöteten Deutschen genauso zu trauern, wie die Opfer der NS-Gewaltherrschaft zu beklagen - und zwar unterschiedslos.“[82] Im Mai 2005 schrieb er von „der berechtigten Scham über Auschwitz“ und fügte hinzu, er „pfeife auch auf die rassistischen und antisemitischen Pfiffe, die ich bei manchen Veranstaltungen bei Bekundungen meiner Trauer über ermordete Juden hörte. Ich halte sie für genauso dumm wie das Geplärre von geistes- und verhaltensgestörten Antifas, wenn man respektvoll der deutschen Soldaten gedenkt.“[83]

---

[80] Der frühere Bundesvorsitzende der „Republikaner“ hatte sich in seiner letzten Lebensphase relativ stark an die frühere Konkurrenzpartei NPD angenähert: So war er in seinen letzten Lebensmonaten für die sächsische NPD-Landtagsfraktion als europa- und medienpolitischer Berater tätig und schrieb gleichzeitig eine regelmäßige Kolumne in der DS. Kurz vor seinem Tod stellte er sich der Partei bei der Bundestagswahl 2005 kurzfristig als Direktkandidat zur Verfügung.

[81] Franz Schönhuber, Singuläre Lebenslügen IV: „Wacht auf, verdammte dieser Erde“, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2005, S. 14.

[82] Franz Schönhuber, Singuläre Lebenslügen III: Die Wiederkehr der Inquisition, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2005, S. 14.

[83] Franz Schönhuber, Singuläre Lebenslügen V: Wunschvorstellungen und Realitäten, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2005, S. 14.

Solche Aussagen, zumal wenn sie die Geisteshaltung vieler anderer Rechtsextremisten auf diesen Gebieten offen ansprechen und kritisieren, sind in einem Blatt wie der DS, in der im Untersuchungszeitraum auch Artikel wie die oben zitierten von Wuttke, Aae oder Rieger für veröffentlichungswürdig befunden wurden, schon bemerkenswert. In einem Artikel in der DS-Ausgabe vom Dezember 2007, der Kritik an der öffentlichen Teilfinanzierung eines Synagogenbaus in Ulm mindestens anklingen lässt, findet sich auch die Passage „1880 lebten wieder 694 Juden in Ulm. Im Dritten Reich wurden etwa 120 von ihnen getötet.“[84] Einmal abgesehen davon, dass der Artikelautor Michael Mayer es vorzieht, von getöteten anstatt von ermordeten Juden zu sprechen, und unabhängig davon, ob die von ihm genannten Zahlen dem Forschungsstand entsprechen, birgt eine solch relativ unverblümtes Eingeständnis der Shoa am konkreten Beispiel des Schicksals Ulmer Juden ein erhebliches Konfliktpotential mit überzeugten Neonazis und Holocaust-Leugnern, für die schon ein solch partielles Zugeständnis an die historische Faktenlage indiskutabel sein dürfte.

Wie szeneintern umstritten und daher wenig repräsentativ Distanzierungen wie die Schönhubers vom historischen NS für das Meinungsklima in führenden NPD-Kreisen waren (und sind), wurde offenbar in einem Interview, das die DS in der Person von Andreas Molau mit ihm und Udo Voigt führte. Das Gespräch wurde erst nach dem Bekanntwerden von Schönhubers Tod in der DS-Dezember-Ausgabe 2005 veröffentlicht. Darin von Molau am Beispiel der „Symbolfigur Rudolf Heß“ auf den „Umgang mit der jüngsten Geschichte“ angesprochen, erging sich Schönhuber zwar in Lobeshymnen auf den Hitler-Stellvertreter („persönlich ein untadliger Mensch“, „Friedensapostel“), sprach aber auch dessen führende Rolle im NS-Regime und dessen lebenslanges Bekenntnis zu Hitler und zur NS-Ideologie an. Heß als „Symbolfigur“ zu nehmen, erkannte Schönhuber richtig, wenn auch zurückhaltend formulierend als „eine gewisse Anerkennung des Nationalsozialismus.“ Das mache „es unseren Gegnern sehr leicht, wenn sie uns als Neonazis bezeichnen.“ Doch gerade die „strikte Trennung von der nationalsozialistischen Vergangenheit“ sah er als „Voraussetzung für eine nationale Selbstfindung“, was er aber nicht

[84] Michael Mayer, Ulm: Synagoge statt sozialer Arbeit - Öffentliche Hand übernimmt 60 Prozent der Baukosten, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 vom Dezember 2007, S. 7.

als „Angriff auf Heß“ verstanden wissen wollte. Dennoch sprach er Heß „Symbolfigur“-Qualitäten offen ab, bot aber als Alternative ausgerechnet Albert Leo Schlageter (1894-1923) an, der wegen Sabotageakten im besetzten Ruhrgebiet von der französischen Besatzungsmacht hingerichtet und deshalb von den Nationalsozialisten ähnlich kultisch verehrt worden war wie Heß von Neonazis nach 1945.

Udo Voigt waren schon diese vorsichtigen Distanzierungen offensichtlich zuviel. In seinen Erwiderungen stellte er klar, er „halte es nicht für weiter tragend, wenn man heute eine Entnazifizierung im nationalen Lager oder in der Deutschen Stimme betreiben würde“, eine Aussage, der sich Schönhuber anschloss. Auch „unter Nationalsozialisten“ habe es laut Voigt „Gute oder Schlechte“ gegeben. Bezüglich Heß“ spulte er kritiklos die einzelnen Versatzstücke des neonazistischen Märtyrerkultes ab („untadelige Symbolfigur“, „Vorbild für die Jugend“, „Symbol für das besetzte Deutschland“, „Märtyrer für Deutschland“). Zum Abschluss dieser Interview-Passage wurde Schönhuber von Molau mit der Feststellung, dass „Kritiker“ ihm vorwerfen würden, „zu kritisch mit der NS-Geschichte“ umzugehen, sowie mit der provokativen Frage konfrontiert, ob er sich „mit dieser Kritik auf die ‚Umerziehungsspur“ der Sieger“ begebe. Schönhuber antwortete ausweichend.[85]

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass häufiger als die eben zitierten Stimmen Schönhubers und Mayers in der DS solche anzutreffen sind, die nicht eine inhaltliche Distanzierung von Geschichtsrevisionismus und NS-Apologetik vornehmen, sondern aus rein pragmatisch-strategischen Opportunitäts- und Effektivitätserwägungen diesen Themenkomplexen eine nachrangige Rolle innerhalb des rechtsextremistischen Propagandathemenkanons zuweisen wollen. Zentraler Antrieb zu derartigen Erwägungen ist die Befürchtung, durch das offensive, öffentliche Beharren auf Themen, die außerhalb der rechtsextremistischen Szene in der Regel mindestens auf Desinteresse, wenn nicht sogar auf dezidierte Ablehnung stoßen, vor einer breiteren Öffentlichkeit besonders effektive Selbstdiskreditierung zu betreiben, mindestens aber in den Ruf rückwärtsgewandter Vergan-

[85] Strategie: Die Zeichen ähneln sich - Das letzte Interview: Franz Schönhuber kurz vor seinem Tod im Gespräch mit Udo Voigt, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 vom Dezember 2005, S. 3 und 14.

genheitsorientierung und Politikunfähigkeit zu geraten bzw. diesen zu verfestigen. Stattdessen wird bereits seit Jahren in relevanten Teilen der rechtsextremistischen Szene - nicht zuletzt in der DS als einem ihrer führenden Theorie- und Strategieorgane - eine Aktualisierung bzw. Modernisierung des rechtsextremistischen Propagandathemenkanons in Form einer stärkeren Hinwendung zu gegenwartsbezogenen bis hin zu tagesaktuellen Themen (beispielsweise aus dem Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik) angemahnt, die gesamtgesellschaftlich von Bedeutung sind und daher auch außerhalb der rechtsextremistischen Szene diskutiert werden. So hat auch die DS selbst in den vergangenen Jahren eine sichtbare Akzentverschiebung hin zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen vorgenommen. Ziel ist dabei, die eigene Propaganda attraktiver, oberflächlich weniger angreifbar und damit effektiver zu machen, also möglichst bis in die Mitte der Gesellschaft neue Bündnispartner, Anhänger, Mitglieder und Wähler zu gewinnen. Die vergangenheitsbezogenen, rückwärtsgewandten Themen verschwinden deshalb nicht vollständig. Ihnen scheint in dieser Strategie aber nur noch eine Rolle in der partei- bzw. szeneinternen Kommunikation zugedacht zu sein, insbesondere bei der ideologischen Selbstvergewisserung längst eingeschworener Rechtsextremisten, die es nicht mehr zu überzeugen gilt. Mit der Überholung des eigenen Propagandathemenkanons ist keine Aufgabe oder auch nur Relativierung althergebrachter rechtsextremistischer Positionen beabsichtigt. Ganz im Gegenteil: Mit der Aufbereitung zeitgemäßer Themen soll rechtsextremistisches Gedankengut erfolgreicher propagiert werden.[86]

Bezogen auf den Untersuchungszeitraum scheinen insbesondere zwei Ereignisse aus dem Jahr 2005 den Forderungen nach Aktualisierung und Modernisierung des rechtsextremistischen Propagandathemenkanons innerhalb von DS und NPD weitere Argumente verschafft zu haben: Zum einen der Eklat und die heftigen Debatten, die die sächsische NPD-Fraktion durch ihre Weigerung provoziert hatte, am 21. Januar an einer Gedenkminute des Landtags für die Opfer der NS-Herrschaft teilzunehmen, wobei zudem aus den Reihen der Fraktion das - übrigens nicht neue und bereits in den 1980er Jahren in der DS verwendete[87] - Wort „Bomben-Holocaust“[88] in Bezug auf die Zerstö-

[86] Vgl. Innenministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006, Stuttgart 2007, S. 167.
[87] Hartleb, Intellektuelles Sprachrohr (Anm. 14), S. 375.

rung Dresdens durch alliierte Bomberverbände im Februar 1945 gefallen war; zum anderen der im Dezember erfolgte Fraktions- und Parteiaustritt dreier sächsischer NPD-Landtagsabgeordneter, von denen einer seinen Schritt u. a. mit dem aus seiner Sicht offenen Bekenntnis der Partei zum historischen NS und der Vernachlässigung sozialer Themen durch die Fraktion begründete.[89]

In ersten Reaktionen auf die Turbulenzen, die die sächsische NPD-Fraktion durch ihr provozierendes Auftreten am 21. Januar 2005 ausgelöst hatte, kam in der DS ausschließlich vorbehaltlose Unterstützung für das Verhalten der NPD-Abgeordneten zum Ausdruck. So lieferte Holger Szymanski, damals wie heute Pressereferent der sächsischen NPD-Fraktion und seit der Juni-Ausgabe 2007 stellvertretender DS-Chefredakteur, bereits in der DS-Februar-Ausgabe 2005 eine dementsprechend einseitige Schilderung der Ereignisse.[90] Einen Monat später rechtfertigte das Fraktionsmitglied Gansel die „NPD-Wortwahl", die nicht zuletzt auch die seine war, als „nicht nur sachlich richtig, sondern auch geschichtspolitisch wichtig", konkret den Begriff „Bomben-Holocaust" als „grundrichtig" und „treffend wie kein zweiter". Den Vorwurf der Rückwärtsgewandtheit solcher Äußerungen und geschichtspolitischer Debatten wies er zurück („Geschichtspolitik ist immer auch Gegenwartspolitik.") und erklärte in diesem Zusammenhang „einen Schlußstrich unter eine irrwitzige Vergangenheitsbewältigung" zur Voraussetzung für die „selbstbewußte Vertretung deutscher Gegenwartsinteressen".[91] Ein anderer DS-Autor sekundierte ihm argumentativ in derselben DS-Ausgabe auf derselben

---

[88] Vgl. entsprechendes Zitat bei: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 84.

[89] Ebenda, S. 90.

[90] Holger Szymanski, Tabubruch: „Auschwitz als Staatsräson" - Eklat im Dresdner Landtag mischt etablierte Politik auf, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2005, S. 7.

[91] Jürgen W. Gansel, Tabubruch Dresden: Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren - Warum die NPD-Wortwahl im Sächsischen Landtag richtig war, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2005, S. 17.

Seite, sprach dabei aber anders als Gansel, der den Begriff „Geschichtspolitik“ bemühte, offen von (Geschichts-)„Revisionismus“.[92]

Wenige Monate später waren von Holger Apfel, der ein Jahr zuvor neben seinen bisherigen Funktionen auch das Amt des sächsischen NPD-Fraktionsvorsitzenden übernommen und daher am 21. Januar 2005 im sächsischen Landtag wie Gansel zu den Hauptakteuren gehört hatte, schon etwas differenziertere Worte zu vernehmen. Interviewt von seiner eigenen Zeitung, distanzierte zwar auch er sich ausdrücklich nicht von dem Verhalten seiner Fraktion am 21. Januar 2005 („Wir würden heute ungeachtet der hysterischen Debatte wieder so handeln!“), ließ aber zugleich - anders als Gansel im März 2005 - Absetzbewegungen von „historische(n) Debatten“ und der darin leicht zum Ausdruck kommenden Rückwärtsgewandtheit erkennen und forderte stattdessen eine starke Gegenwartsorientierung der NPD: „Klar ist aber auch, daß wir historische Debatten nicht jeden Tag führen können. Genauso, wie ich überzeugt bin, daß die Menschen in Dresden sehr verständnisvoll auf die Debatte reagiert haben, genauso überzeugt bin ich, daß die Bewältigung von Gegenwartsproblemen im Mittelpunkt unserer Politik stehen muß. So wichtig der Kampf um die historische Wahrheit ist: Wir werden daran gemessen, was wir zur Lösung der sozialen Frage beizutragen haben! Angesichts von sieben Mio. Arbeitslosen, 14 Mio. in Deutschland lebender Menschen mit ‚Migrationshintergrund“, der Verlagerung von immer mehr Betriebsstätten ins Ausland, Massenzuwanderung von Lohndrückern, des drohenden EU-Beitritts der Türkei und des Verfalls unserer Sozialsysteme bedarf es eines Politikwechsels, der die nationale und die soziale Frage untrennbar verbindet und den Menschen zeigt, daß soziale Solidarität ohne nationale Solidarität nicht möglich ist, weil einem der eigene Landsmann näher steht als der Fremde. Dies kann man am besten, indem man national handelt - nämlich ausländische Lohndrücker und Sozialschnorrer in ihre Heimat zurückführt; sprich: die Arbeitsplatzvernichtung der Globalisierung durch geeignete Gegenmaßnah-

[92] Roland Bau, Tabubruch Dresden: Revisionismus für die politische Mitte - Antideutsche Bußprediger unter Druck, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2005, S. 17.

men eindämmt. Ich denke, das ist wichtiger, als immer die Schlachten von gestern zu kämpfen!“[93]

Schon in der folgenden DS-Nummer vom November 2005 griff Gansel in einem Grundsatzartikel unter der Überschrift „Programmatik: Gegen Einwanderung, Europäische Union und Globalisierung - Die nationale Opposition muß noch stärker die soziale Frage nationalisieren“ den von Apfel gesponnenen Faden auf und erklärte die „konsequente Verknüpfung der nationalen mit der sozialen Frage“ zum „Schlüssel künftiger Erfolge“ der „nationale(n) Opposition“. Dabei sprach er sich nun explizit gegen “Sinnlos-Debatten“ und „Nostalgie-Diskussionen zum Dritten Reich“ aus: „Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat künftig das Schlachtfeld zu sein, auf dem die nationale Opposition die Volksabwickler stellt und schlägt. Wirtschafts- und Sozialfragen müssen konsequent nationalisiert werden …. Die nationale Opposition hat alle Chancen, den Volks- und Vaterlandsabwicklern mächtig Sand ins Getriebe zu streuen, wenn sie einen wirklich gegenwartsbezogenen Nationalismus entwickelt. Einen Nationalismus, der Deutschen erklärt, warum gerade im Globalisierungszeitalter die nationale und soziale Frage eine unauflösliche Einheit bilden und warum es soziale Solidarität ohne nationale Solidarität niemals geben kann. Dies gelingt aber nur dann, wenn sich Nationalisten keine Sinnlos-Debatten aufzwingen lassen, die in die Sackgasse der Politikunfähigkeit führen, zum Beispiel Nostalgie-Diskussionen zum Dritten Reich. Adolf Hitler und der historische Nationalsozialismus sind nun halt einmal Vergangenheit und nichts als Vergangenheit, Verausländerung, Hartz IV, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung aber bittere Gegenwart.“[94]

Drei Monate später und damit nach dem Fraktions- sowie Parteiaustritt der drei sächsischen Landtagsabgeordneten bekam Gansel Gelegenheit, sich in einem kurzen DS-Interview „zum Vorwurf der Ver-

---

[93] NPD-Landtagsfraktion: Für eine wirkliche Herrschaft des Volkes! NPD-Fraktionsvorsitzender Holger Apfel im Gespräch über ein Jahr nationaler Opposition in Dresden, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 vom Oktober 2005, S. 3 und 10, hier S. 3.

[94] Jürgen W. Gansel, Programmatik: Gegen Einwanderung, Europäische Union und Globalisierung - Die nationale Opposition muß noch stärker die soziale Frage nationalisieren, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2005, S. 16.

gangenheitsorientierung der NPD“ zu äußern. Er wiederholte seine Aussagen zum Thema „Geschichtspolitik“ vom März 2005 in weiten Passagen fast wörtlich, rechtfertigte auch wieder die Verwendung des Begriffs „Bomben-Holocaust“ zur Bezeichnung der Bombardierung Dresdens und wies es als „grotesk“ zurück, an diesem Wort „den Vorwurf eines ‚Neo-Nationalsozialismus“ festzumachen“. Doch schon in der Eingangsfrage mit der Feststellung konfrontiert, „nach dem Skandal um die drei ausgetretenen NPD-Fraktionsmitglieder … in der Presse als Einpeitscher eines nationalsozialistischen Kurses in der Landtagsfraktion dargestellt“ worden zu sein, nahm Gansel eine Distanzierung vom historischen NS vor, wobei er sich allerdings ähnlich wie schon im November 2005 darauf beschränkte, diesen als in der Gegenwart überlebt, da als „historisch abgeschlossene Epoche“ und „so stark zeit- und personenabhängig“ darzustellen, „daß er selbst dann nicht wiederzubeleben wäre, wenn man es unbedingt wollte. Für den sogenannten Hitlerismus gilt dies durch den Tod des Namensgebers vor 61 Jahren erst recht. Ich habe immer wieder betont: Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitterböse Gegenwart. Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf - ‚Wir Deutschen oder die Fremden“, ‚Unser Deutschland oder das Ausland“ - und untermauern wir den Schlachtruf ‚Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung“ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.“[95]

Mittlerweile hat sich die Beschwörung eines „modernen“, „bürgernahen Nationalismus neuen Typs“[96], der als „radikale Oppositionsbewegung gegen Zuwanderung, Europäische Union und Globalisierung“ die „Nationalisierung der sozialen Frage“ betreiben müsse und dadurch - sowie durch „moderaten Ton, ziviles Auftreten und alltagsna-

[95] Hartz IV und Verausländerung ist heute - Jürgen Gansel zum Vorwurf der Vergangenheitsorientierung der NPD, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2006, S. 8.

[96] Jürgen W. Gansel, Angst vor der völkischen „Graswurzelrevolution“ - Nationale Jugendkultur setzt sich zunehmend durch, in: Deutsche Stimme, Nr. 7 vom Juli 2006, S. 11.

he Themen“ - „massive gesellschaftspolitische Geländegewinne … erzielen“ werde, zu einem Ceterum censeo Gansels und damit eines der wichtigsten Vordenker in der NPD der letzten Jahre ausgewachsen. Ein solcher „moderner Nationalismus, der unaufhaltsam in die Mitte der Gesellschaft“ einsickere, habe demzufolge „das Sektiererhafte und Bürgerschreckhafte früherer Zeiten weit hinter sich gelassen“, er trete „ohne NS-Nostalgie und Szene-Kitsch“ auf. „Ausgrenzungsversuche“ seien schon jetzt (Mai 2006) seltener erfolgreich, „weil immer weniger Nationalisten dem Klischee vom dummen, gewalttätigen und vorgestrigen ‚Neonazi“ entsprechen.“ Dass hinter derartigen Aussagen nicht viel mehr als die besagte Aktualisierung bzw. Modernisierung des rechtsextremistischen Propagandathemenkanons, teils sogar nur ein gewandeltes äußeres Erscheinungsbild dieser „modernen Nationalisten“ steckt, nicht jedoch wirklich inhaltliche Kompromisse in der dezidiert rechtsextremistischen Sache, stellt Gansel selbst in aller Offenheit klar: Demnach habe ein „modernisierter Nationalismus“ nicht deshalb Erfolge zu verzeichnen, „weil er sich inhaltlich entradikalisiert und dem System angepaßt hätte, sondern weil sich die Mehrheit der Deutschen radikalisiert und dem System entfremdet“ habe. „Moderne Nationalisten“ würden „ihrem fundamentaloppositionellen Denken ja nicht untreu“, sondern machten „dieses durch neue Akzentsetzungen überhaupt erst salonfähig“.[97]

Im Januar 2008 brachte Gansel zum Ausdruck, dass es ihm bei dem „modernen Nationalismus“ u. a. auch darum geht, mit dem „Volksgemeinschafts“-Begriff auch ein Ideologem, das er offensichtlich selbst den ideologischen Traditionsbeständen des historischen NS zurechnet, zu „modernisieren“, das heißt in einen neuen, hier globalisierungsgegnerischen Kontext zu stellen und damit für die Gegenwart und Zukunft zu reanimieren, also als „alten Wein in neuen Schläuchen“ wieder diskurs-, programm- und politikfähig zu machen: „Selten standen die Chancen so gut wie heute, die Volksgemeinschaft geistig wiederzubeleben und zu einer massenwirksamen Sehnsucht zu machen. Dabei muß die Zeitlosigkeit dieses Gemeinschaftsideals herausgestellt und aus dem Erinnerungskontext des Nationalsozialismus gelöst werden. Der Idee der Volksgemeinschaft darf nichts Vorgestri-

[97] Jürgen Gansel, Der Marsch in die Mitte des Volkes - Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2006, S. 19.

ges anhaften, sondern sie muß als hochmodernes Solidar- und Gerechtigkeitsprogramm - als das einzige wirkliche Antiglobalisierungsprogramm - in den öffentlichen Raum eingespeist werden.“[98]

8. Schlusswort und Zusammenfassung

Diese Untersuchung hat in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ der Jahre zwischen März 2003 und Anfang 2008 eindeutige neonazistische Tendenzen bis hin zu - wenn auch relativ seltenen - direkten, in Inhalt und Formulierung völlig unverhohlenen Bekenntnissen zum historischen NS nachweisen können. Für einen erheblichen Teil der hier zitierten DS-Artikel neonazistischen Inhalts zeichnen ehemalige wie aktuelle, teils hochrangige NPD-Funktionäre als Autoren verantwortlich. Diese Befunde sowie die Tatsache, dass auch im Untersuchungszeitraum der NPD-Bundesparteivorstand als DS-Herausgeber fungierte, lassen Rückschlüsse auf die Verbreitung neonazistischer Einstellungshaltungen bis in Führungskreise der Partei zu.

Und dennoch wäre es zu kurz gegriffen, die DS und mit ihr die NPD pauschal und ausschließlich als neonazistisch zu bezeichnen. Dafür liefern die relativ wenigen DS-Artikel, die dem historischen NS bzw. dem Neonazismus eine mehr oder minder dezidierte Absage erteilen oder die kriminelle Dimension des NS-Regimes zur Sprache bringen, nur ein - und nicht einmal das stärkste - Argument. Vielmehr offenbart eine Gesamtschau auf die rund fünf DS-Jahrgänge des Untersuchungszeitraumes ein viel umfassenderes Phänomen, von dem der unbestreitbar in der DS nachweisbare Neonazismus nur einen Teilaspekt darstellt: Buchstäblich jede DS-Ausgabe verströmt eine fundamentale Ablehnung der westlichen Moderne, Werteordnung und Wertegemeinschaft im Allgemeinen und der auf diesen Werten beruhenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen, aber auch anderer westlich-modern determinierter Staaten, insbesondere auch der USA, die vielen Rechtsextremisten, wie sie in der DS zu Wort kommen, als verhasstes Symbol, Synonym, Personifizierung sowie als ökonomische und militäri-

[98] Jürgen Gansel, Die Stunde einer nationalen Solidar- und Gerechtigkeitsbewegung ist da - Gedanken zu einem zeitlosen Identifikationsangebot für die Globalisierungsopfer, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2008, S. 22.

sche Garantiemacht der westlichen Moderne und Wertegemeinschaft gilt.

Nach dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ hat in den vergangenen Jahren fast alles, was in Vergangenheit und Gegenwart zu den Grundprinzipien dieser westlichen Moderne und Wertegemeinschaft in mehr oder minder fundamentalem Gegensatz stand oder steht, sei es Person, Strömung, Organisation oder Regime, sei es nach heutigen Maßstäben als rechtsextremistisch, rechtsradikal, rechtstotalitär oder rechtsautoritär einzustufen, seinen DS-Autor gefunden, der ihm einen - bei aller eventuellen Detailkritik - positiv-affirmativen Artikel gewidmet hat. Die Liste ist lang: Sie umfasst u. a. die Konservative Revolution und ihre Protagonisten[99], die rumänische „Eiserne Garde“ und deren Führer Corneliu Zelea Codreanu (1899-1938)[100], die spanischen Falangisten[101], deren heutige Epigonen die NPD als ihre „spanischen Bündnispartner“[102] ansieht, mit denen sie

[99] Vgl. neben den weiter oben bereits angeführten DS-Artikeln zur Konservativen Revolution von Gansel beispielsweise: Jürgen Schwab, Ideengeschichte: Volksgemeinschaft oder Parlamentarismus? Der bekannte Staatsrechtler Carl Schmitt legte 1923 einen wichtigen Grundstein aktueller Systemkritik, in: Deutsche Stimme, Nr. 7 vom Juli 2003, S. 15. Jürgen W. Gansel, Geschichtsphilosophie: Abgesang auf die Fortschrittsidee - Vor 85 Jahren erschien die Erstausgabe von Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2003, S. 15. Arne Schimmer, Ideengeschichte I: Philosoph des heroischen Pessimismus - Vor 125 Jahren wurde Oswald Spengler geboren, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2005, S. 11. Günther Schwemmer, Arthur Moeller van den Bruck - Visionär zwischen Kunst und Politik, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 vom August 2007, S. 20.

[100] Vgl. Alexander Frisch, Rumänien: „Erwacht, Rumänen!“ Vor 75 Jahren gründete Corneliu Zelea Codreanu die Eiserne Garde, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2005, S. 19. Safet Babic, Glaube und Wissen als Grundlagen der Opferbereitschaft - Buchbesprechung: Codreanus „Handbuch für die Nester“ in Neuauflage, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2007, S. 18. Reinhard Busch, Strenge Erziehung und eiserne Disziplin - Vom Kampf der „Eisernen Garde“ um den christlich-sozialen „Legionärsstaat“, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2007, S. 19.

[101] Vgl. Rodolfo Panetta, Der Übermacht getrotzt - Befreiung des Alkazars von Toledo, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2006, S. 25.

[102] Jens Pühse, Langandauernde Waffenbrüderschaft und Freundschaft - NPD-Delegation zu Veranstaltungen der spanischen Falange in Madrid, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2007, S. 13.

ein „Freundschaftsvertrag“[103] verbindet, und den italienischen Faschismus und dessen „Duce“ Benito Mussolini (1883-1945)[104], aber auch die übrigen „europäischen Faschismen“ des 20. Jahrhunderts samt ihrer Protagonisten, darunter zahlreiche NS-Kollaborateure[105]. Ebenso wurden diverse weitere Einzelpersonen aus diesen, verwandten oder ähnlichen historisch-ideologischen Kontexten im Untersuchungszeitraum in der DS wohlwollend bis begeistert porträtiert, darunter Julius Evola (1898-1974)[106] und Georges Sorel (1847-1922)[107], die als „ideologische Sympathisanten und Wegbereiter des mussolinischen Faschismus“[108] gelten können, der rumänische Diktator und Hit-

[103] Rüdiger Schrembs, Spanien: Ein Europa der Freiheit - Udo Voigt sprach in Madrid auf dem Plaza Oriente, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 vom Dezember 2005, S. 9.

[104] Vgl. Carlos Keller, Mussolinis Weg zur Macht - Maurer - Chefredakteur - Duce, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 vom Oktober 2007, S. 21. Schönhuber lobte in seiner DS-Kolumne bei aller Kritik an der faschistischen Südtirol-Politik die aus seiner Sicht „unbestreitbaren Leistungen Mussolinis auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und sportlichem Gebiet“. (Franz Schönhuber, Singuläre Lebenslügen IX: Regionale Vielfalt statt globaler Einfalt, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2005, S. 14)

[105] Mladen Schwarz, Wiederholung historischer Strukturen? Vom Schicksal führender Männer der europäischen Faschismen, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2007, S. 25.

[106] Vgl. Stefan Rochow, Ideengeschichte: Krieger gegen die moderne Welt - Vor 30 Jahren starb der italienische Kulturphilosoph Julius Evola, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 vom Juni 2004, S. 17. Günther Schwemmer, Vordenker: Konservativer Revolutionär und letzter Magier - Julius Evola, ein Vater der nationalen Europaidee, muß wieder entdeckt werden, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2005, S. 14. Günther Schwemmer, „Cavalcare la tigre“ - Julius Evola und die Lehre der „integralen Tradition“, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2008, S. 19.

[107] Vgl. Fritz Fischer, Beschwörung des „sozialen Mythos“ - Zum 160. Geburtstag von Georges Sorel, in: Deutsche Stimme, Nr. 11 vom November 2007, S. 17.

[108] Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 105-127, Zitat S. 105.

ler-Verbündete Ion Antonescu (1882-1946)[109] und der portugiesische Staatschef Antonio de Oliveira Salazar (1889-1970)[110].

Dieser gegen die westliche Moderne gerichtete politisch-ideologische Eklektizismus der in der DS vertretenen Rechtsextremismusvarianten macht zuweilen auch vor der Überschreitung ursprünglich einmal klar gezogener Grenzen nicht Halt: Wenn es gegen dieses Feindbild geht, ist für manchen DS-Autor z. B. selbst das nachträgliche, selektive Sympathisieren mit der linkstotalitären DDR kein Tabu mehr. So erklärte Jürgen Gansel in der DS-Ausgabe vom Oktober 2007 die antiwestliche DDR im Vergleich zur alten westlich-liberalen Bundesrepublik für das bessere, weil „deutschere" Deutschland: „Bemerkenswert bleibt noch im Rückblick, daß sich in der DDR trotz der Staatsdoktrin des Antifaschismus viel mehr an deutschen Geisteshaltungen, an Gemeinschaftsdenken und Geschichtsstolz erhielt als im herunterliberalisierten Westen mit seinen nationsvergessenen Konsumidioten. Erinnert sei an die Nationale Volksarmee mit ihrem Preußenethos und an die ab 1980 betriebene ‚Erbe"-Politik, mit der sich die DDR positiv auf die deutsche Geschichte von der Reformation und Friedrich den Großen über die Befreiungskriege bis zu Bismarck bezog. Der wirkliche Kultur- und Traditionsbruch erfolgte viel weniger in Mitteldeutschland als im Westen …"[111]

Safet Babic, damals wie heute stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, machte im April 2005 nicht einmal davor Halt, im Konflikt zwischen Nordkorea und den USA entschieden für die kommunistischen Machthaber in Pjönjang Partei zu ergreifen. Babic lässt in seinem DS-Artikel deutliche Sympathien für die Herrschaftstheorie und -praxis der nordkoreanischen Machthaber erkennen und rechtfertigt das Atomwaffenprogramm des asiatischen Staates mit „amerikanische(n) Angriffsgelüste(n)". Die nicht zuletzt ökonomisch desaströsen Zustände in Nordkorea sind Babic lediglich Randnotizen

[109] Vgl. Fritz Fischer, Rehabilitierung versus Charakterwäsche - Zum 125. Geburtstag des rumänischen Marschalls Ion Antonescu, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 vom Juni 2007, S. 24.

[110] Vgl. Adrian Preißinger, „Ein Herr, der regierte und nichts raubte" - Portugiesen für Salazar, in: Deutsche Stimme, Nr. 6 vom Juni 2007, S. 25.

[111] Jürgen Gansel, Eine Kampfansage an die bundesdeutschen Nationalallergiker - Vor 15 Jahren erregte das Buch „Rückruf in die Geschichte" von Karlheinz Weißmann Aufsehen, in: Deutsche Stimme, Nr. 10 vom Oktober 2007, S. 17.

wert, die zudem einen extrem beschönigenden Tenor aufweisen: „Faulenzerei, Nichtstuerei, Veruntreuung und Vergeudung von Staatseigentum wird schärfstens bekämpft. Das gebirgige Nordkorea ist reich an Bodenschätzen, und die weitgehende ökonomische Unabhängigkeit erweist sich bei globalen Krisen als vorteilhaft. Im Bereich der Raketentechnologie gehört Nordkorea zu den weltweiten Spitzenreitern. … Die Machthaber in Pjöngjang geben zu, daß die Nahrungsmittelsituation schwierig ist. Man darf jedoch nicht vergessen, daß es in Nordkorea nur wenig nutzbaren Ackerboden gibt, der zudem kaum Ertrag abwirft."

Gleichzeitig ergeht er sich u. a. in Angriffen auf das demokratische, ökonomisch prosperierende Südkorea, das ihm „eine willfährige Marionette der USA zu sein" scheint. Sein Artikel gipfelt in den emphatischen Schlusssätzen: „Aus antiimperialistischer Solidarität muß den US-Imperialisten auch aus Deutschland der Ruf entgegenhallen: Hände weg von Nordkorea!"[112]

Nicht zuletzt wenn es gegen die Feindbilder „Westliche Moderne" und „USA" geht, nehmen aus rein außenpolitischer Perspektive viele deutsche Rechtsextremisten - auch DS-Autoren und hochrangige NPD-Vertreter - sogar Islamisten bzw. Muslime, gerade wenn diese nicht in Deutschland leben und agieren, als potentielle Bündnispartner wahr. So wurde in der DS schon im Mai 2003 die Forderung erhoben nach einem „Schulterschluß mit muslimischen Streitern der arabischen Welt gegen den allgemeinen westlichen Werteverfall. Jeder nicht vom Geist des Materialismus und der amerikanischen Kulturlosigkeit Zerfressene" sei „als Kämpfer für die Zukunft einer menschlichen, auf Gerechtigkeit und Freiheit aufbauenden Welt unverzichtbar."[113] Solche Äußerungen ändern nichts daran, dass teils dieselben Rechtsextremisten - nicht zuletzt auch wieder aus den Reihen der NPD und der DS-Autoren - aus rein innenpolitischer Perspektive gleichzeitig das langfristige Ziel verfolgen, die islamische Immigrati-

---

[112] Safet Babic, Nordkorea: Aggressor oder Opfer? Auch das Bild des kommunistischen Staates wird vornehmlich von der Ostküste bestimmt, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2005, S. 20.

[113] Carl Schmittke, Den „inneren Amerikaner" besiegen - Dem US-Kulturimperialismus mit deutschem Kulturkampf antworten, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2003, S. 2.

on der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen, und sei es mittels einer massenhaften Ausweisung oder Vertreibung.[114]

Letztlich sind also das nachträgliche, selektive Sympathisieren mit der DDR, vereinzelte Solidaritätsadressen an das kommunistische Nordkorea oder das außenpolitische Bündnisangebot vieler deutscher Rechtsextremisten an den Islamismus bzw. an die islamische Welt nicht Ausdruck einer tieferen Verbundenheit mit dem vergangenen deutschen Teilstaat, mit nordkoreanischen Kommunisten bzw. mit Islamisten oder Muslimen, sondern Indikatoren für den enormen Stellenwert, den seit jeher neben Antisemitismus und Israelfeindschaft die Ablehnung der westlichen Moderne und seit Ende des Kalten Krieges zudem der Antiamerikanismus im Weltbild dieser Rechtsextremisten einnehmen. Antiwestlicher Antimodernismus stand schon im 19. Jahrhundert als Ursprungsideologem an der Wiege dessen, was in seiner heutigen Form als Rechtsextremismus bezeichnet wird. Rechtsextremistische Weltbilder stellen in der Regel Gegenentwürfe zur westlichen Moderne und rückwärtsgewandte Fluchten aus ihr dar. Dass Deutschland nach 1945 fest verankerter Teil der westlichen Welt und Moderne wurde, gehört zu den zentralen Traumata dezidierter deutscher Rechtsextremisten. Für sie stellt die Verwestlichung ihrer Heimat einen für Identität und sogar Existenz des deutschen Volkes geradezu lebensbedrohlichen Akt der Entfremdung von den eigenen Interessen, Wurzeln und Traditionen dar. Diesen antiwestlichen Antimodernismus in der DS, in der NPD und in weiten Teilen des übrigen deutschen und internationalen Rechtsextremismus gilt es in allen seinen Varianten weiter zu analysieren und zu erforschen. Neonazismus ist nur eine dieser Varianten, wenn auch vor dem Hintergrund der vom historischen NS zu verantwortenden Verbrechen eine moralisch besonders abstoßende.

[114] Vgl. beispielsweise: Jürgen W. Gansel, Der Nationalismus im „Kampf der Kulturen“ - Eine Positionsbestimmung zwischen Islamismus und Amerikanismus, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2006, S. 19.

Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den deutschen Rechtsextremismus.

Die Strategie und Taktik von Neonationalsozialisten und NPD gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Christian Menhorn

1. Einleitung und Fragestellung

Der Rechtsextremismus in Deutschland hat sich seit der Wiedervereinigung unstrittig äußerlich gewandelt. Stand zu Beginn der 1990er Jahre noch rechtsextremistische Gewalt im Fokus von Politik, Gesellschaft und Sicherheitsbehörden, so gilt die Aufmerksamkeit mittlerweile den parlamentarisch orientierten Rechtsextremisten und hier insbesondere der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Diese Veränderungen sind allerdings nicht einem Wandel in der Grundstruktur des rechtsextremistischen Spektrums geschuldet, das sich – folgt man der Aufschlüsselung der Verfassungsschutzbehörden[1] – weiterhin aus drei großen Bereichen, nämlich demjenigen der Parteien, der Neonationalsozialisten und der subkulturell geprägten gewaltbereiten Rechtsextremisten, zusammensetzt und dessen Einzelkomponenten seit damals in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen. Die Veränderungen des rechtsextremistischen Gesamtspektrums basieren demgegenüber auf Entwicklungen innerhalb der jeweiligen Teilbereiche, aus denen sich auch eine veränderte Beziehung zwischen den drei Spektren ergeben hat.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich – unter Gegenüberstellung mit der Situation in den 1990er Jahren – auf die Bedeutung rechtsextremistisch geprägter subkultureller Bewegungen für den heutigen bundesdeutschen Rechtsextremismus. Dabei untersucht er, inwieweit die politisch geprägten Spektren der Neonationalsozialisten und der NPD gezwungen waren, auf Entwicklungen im Bereich der subkulturell geprägten Rechtsextremisten Rücksicht zu nehmen, und welche Vor- und Nachteile sich für beide Seiten aus der Zusammenarbeit ergaben. Zuletzt versucht der Autor, aus diesen Schlussfolgerungen eine

[1] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S.46.

Prognose für eine zukünftige Entwicklung des Gesamtspektrums abzuleiten.

2. Zur Definition subkultureller Bewegungen innerhalb des deutschen Rechtsextremismus

Der Begriff der Subkultur wird in den Sozialwissenschaften unterschiedlich definiert und je nach Disziplin aus divergierenden Blickwinkeln – etwa als Ausdruck der sozialen Herkunft, einer besonderen Gewaltaffinität oder aber als Kontrakultur zur Mehrheitsgesellschaft – untersucht. Ein rein politikwissenschaftlicher Ansatz einer Definition existiert nicht, da eine politische Ausrichtung nicht unbedingt elementarer Bestandteil einer subkulturellen Strömung sein muss.[2] Nach dem Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber bedeutet Subkultur „so viel wie ‚Unterkultur" und meint eine gesellschaftliche Gruppe, die sich in Abgrenzung von der Mehrheitskultur bzw. der allgemein akzeptierten Kultur definiert. Bei einer Subkultur handelt es sich um ein System von Normen, Symbolen, Verhaltensweisen und Werten, das sich von der Gesamtkultur unterscheidet und ein relatives Eigenleben führt. Abweichendes Verhalten, Desintegration und Konflikt bestimmen das Verhältnis zur Mehrheitskultur. ... Diese (sich von der Mehrheitskultur unterscheidenden Teil-Gruppen) definieren sich über eine bestimmte Gesinnung, Lebenshaltung, Mode oder Religion und müssen nicht unbedingt etwas mit Politik im engeren Sinne zu tun haben."[3]

Überträgt man diese Definition auf die einzelnen Spektren des bundesdeutschen Rechtsextremismus, so wird deutlich, dass der Bereich der rechtsextremistischen Parteien und der des neonationalsozialistischen Spektrums nicht von dem Begriff „Subkultur" umfasst werden. Beide Bereiche zielen in ihrem Bestreben nach gesellschaftlicher Vermittlung ihrer politischen Ziele gerade auf eine Integration in die bürgerliche Mehrheitskultur. Dies gilt nicht nur für die „Deutsche Volksunion" (DVU) und die NPD, sondern auch für den Part der als

[2] Dies belegt etwa die Existenz vieler völlig apolitischer Subkulturen wie etwa der Techno-, der Rocker-, der Gothic- oder der Psychobilly-Subkultur.

[3] Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextreme Subkulturen. Verbindungen und Divergenzen im westlichen und östlichen Deutschland, in: Konrad Löw (Hrsg.), Terror und Extremismus in Deutschland, Berlin 1994, S. 67.

„Freie Nationalisten“ auftretenden Neonationalsozialisten, die sich bereits seit langem aus ihrem NS-nostalgischen Ghetto des noch in den 1980er Jahren dominanten Uniformfetischismus[4] verabschiedet haben. Dagegen besitzen einige der von den Verfassungsschutzbehörden als „gewaltbereite Rechtsextremisten“[5] bezeichneten Gruppen durchaus starke subkulturelle Eigenschaften, insbesondere diejenigen, bei denen (rechtsextremistische) Musik eine zentrale Rolle in ihrem Lebensstil spielt. Die größte dieser subkulturellen Gruppen stellen seit nunmehr knapp 20 Jahren die Skinheads; aber auch die quantitativ deutlich kleinere Bewegung des „National Socialist Black Metal“ (NSBM) erfüllt die Definition einer Subkultur. In Teilbereichen subkulturell geprägt ist auch die Hooligan-Szene. Allerdings unterscheidet sich die Mehrheit der Hooligans außerhalb ihrer Aktivitäten im Rahmen von gewalttätigen Auseinandersetzungen im Umfeld von Fußballveranstaltungen weder äußerlich noch in ihrem Verhalten von der Mehrheitsgesellschaft. Ebenso wie das NSBM-Spektrum, das im Vergleich zu den Skinheads zahlenmäßig unbedeutend ist, soll auch die Hooligan-Szene hier allerdings keine Behandlung finden, da nur ein Bruchteil der Szene als rechtsextremistisch im Sinne der Verfassungsschutzbehörden[6] einzuschätzen ist. Provokativen nationalistischen Parolen besonders im Umfeld von Länderspielen stehen auch trotz deren Häufigkeit kaum ernstzunehmende politische Aktivitäten von Hooligans im Alltagsleben gegenüber. Im Gegensatz dazu stellen die seit etwa 2004 in Erscheinung tretenden „Autonomen Nationalisten“ eine zunehmend bedeutendere Gruppe, die zum einen in ihrem Auftreten als auch in ihrem Habitus deutliche subkulturelle Züge trägt, zum anderen aber auch so eindeutig politisch ausgerichtet ist, dass sie im Verfassungsschutzbericht zurecht unter der Rubrik Neonazismus abgehandelt wird.[7]

---

[4] Ein anschauliches Bild dieser NS-Nostalgie in der zahlenmäßig kleinen und gesellschaftlich isolierten Neonazi-Bewegung der späten siebziger und frühen achtziger Jahre liefert etwa: Thomas Brehl, Bewegte Zeiten. Die Lebenserinnerungen des Thomas Brehl, http://www.kds-im-netz.de/schriften/brehl_bio.htm vom 30.01.2006 (abgerufen am 04.02.2008).

[5] Vgl. Verfassungsschutzbericht 2006 (Anm. 1), S. 54.

[6] Vgl. ebenda, S. 46.

[7] Vgl. ebenda, S. 60.

3. Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den Rechtsextremismus in den 1990er Jahren

Das rechtsextremistische Personenpotential umfaßte Ende 1991 insgesamt 39.800 Personen, darunter 30.700 Mitglieder „nationalfreiheitlicher“ bzw. „nationaldemokratischer“ Organisationen – also des parteigebundenen Spektrums – sowie 2.100 Anhänger neonationalsozialistischer Gruppierungen. Die damals noch als „neonationalsozialistisch“ bezeichneten 4.200 Skinheads waren zum ersten Mal als separater Teilbereich im Verfassungsschutzbericht des Bundes ausgewiesen worden.[8] Für diese damalige Kategorisierung sprachen einige Gründe, mehrere aber dagegen. Zwar hatten schon in den achtziger Jahren einzelne Szeneaktivisten in Westdeutschland neonationalsozialistischer Organisationen wie der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) oder der „Nationalistischen Front“ (NF) angehört[9], eine signifikante Einbindung von Skinheads in neonazistische Politzirkel war aber nicht erfolgt. Bis zum Tod des Führungsaktivisten Michael Kühnen im April 1991 gelang es den dogmatisch ausgerichteten, innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums fast arrogant elitär auftretenden und hierarchisch strukturierten Neonationalsozialisten nicht, nennenswertes personelles Kapital aus der stetig anwachsenden Skinhead-Szene in Westdeutschland zu schlagen. So überwog bis zur Mitte der 1990er Jahre die Skepsis der organisationsunwilligen Skinhead-Szene die ideologischen Berührungspunkte zwischen beiden Lagern, hatte man in der Skinhead-Szene doch das instinktive Gefühl, von den Politfunktionären des Neonazi-Spektrums für Handlangertätigkeiten missbraucht zu werden. Eine ähnliche Situation bestand nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland, wo im Bereich der Skinhead-Szene zwar eine radikalere – durchaus nationalsozialistisch geprägte – Politisierung zu konstatieren war[10], aber auch dort nennenswerte Verbin-

---

[8] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1991, Bonn 1992, S. 72.

[9] Vgl. Christian Menhorn, Die Rolle der Skinheads im rechtsextremistischen Lager, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 12, Baden-Baden 2000, S. 255.

[10] Diese ideologische Besonderheit war der Tatsache geschuldet, dass sich die Skinheads in der DDR deutlicher als fundamentale politische Systemopposition sahen; vgl. hierzu etwa: Verfassungsschutzbericht 1991 (Anm. 8), S. 91;

dungen zu klassischen Neonazi-Organisationen weitgehend unterblieben. Zwar analysierten die Verfassungsschützer damals die ideologischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die strukturellen Differenzen zwischen Skinhead- und Neonazi-Szene zutreffend, vernachlässigten dabei aber das dominierende subkulturelle Moment, das der nunmehr gesamtdeutschen Skinhead-Bewegung trotz aller Politambitionen innewohnte.

Dennoch war die nominal kleine rechtsextremistische Skinhead-Bewegung – den oben aufgeführten Angaben der Verfassungsschutzbehörden zufolge stellte sie 1991 nur etwas mehr als ein Zehntel des gesamten rechtsextremistischen Spektrums – in den frühen 1990er Jahren das politisch und medial am aufmerksamsten beachtete Spektrum des bundesdeutschen Rechtsextremismus. Hierfür waren eine Reihe von Gründen verantwortlich.

Zum einen befanden sich die rechtsextremistischen Parteien in einer Krise. Zwar war die DVU 1991 überraschend in Fraktionsstärke in den Bremer Senat eingezogen, büßte aber in der Folgezeit bis 1995 nicht nur diese Parlamentssitze ein, sondern verlor von den ursprünglich 26.000 Parteianhängern fast die Hälfte und sank auf 15.000 Mitglieder.[11] Die NPD hatte in der ersten Hälfte der 1990er Jahre gleichfalls deutlich an Mitgliedern verloren und stand 1996 bei nur mehr 3.500 Anhängern. Gleichzeitig hatte die Partei auf Bundesebene heftige Führungskrisen durchzustehen. Bis zum Amtsantritt des bis heute amtierenden Bundesvorsitzenden Udo Voigt 1996 fiel sie damit – ebenso wie die DVU – als relevanter politischer Faktor im deutschen Rechtsextremismus aus.

Auch das Potential der Neonazis stagnierte bis zur Mitte der 1990er Jahre bei einem Durchschnittswert von rund 2000 Personen (1995). Ihren personellen Höhepunkt hatte sie 1994 mit rund 2.900 Mitgliedern erreicht.[12] Die Stagnation der Mitgliederzahlen war mit zahlreichen Vereinsverboten einhergegangen, mit denen im Zeitraum von 1992 bis 1995 insgesamt elf Organisationen von den Innenministern

---

Christian Menhorn, Skinheads. Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001, S. 154 ff.

[11] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1995, Bonn 1996, S. 98.

[12] Die Zahlen nach: Verfassungsschutzbericht 1995 (Anm. 11), S. 98.

des Bundes und der Länder verboten worden waren. Hierunter befanden sich auch die bis dahin wichtigsten bundesweiten Neonazi-Vereinigungen wie die „Deutsche Alternative“ (DA), die „Nationale Offensive“ (NO) und die NF (alle 1992), die „Wiking-Jugend“ (WJ, 1994) und die FAP (1995). Damit waren die Hauptstrukturen der Neonationalsozialisten innerhalb kurzer Zeit zerschlagen worden; ein jahrelang andauernder Diskussionsprozess sowohl über die ideologische Ausrichtung als auch über die bestmögliche Neustrukturierung der Szene setzte ein und beschränkte die Außenwirkung der Neonazi-Szene für einige Zeit. Erst am Ende dieser Debatte stand die Implementierung des auch heute noch gültigen Kameradschaftsmodells und der Bewegung der „Freien Nationalisten“.

Neben diesen externen Faktoren gab es auch Gründe für die besondere Beachtung des subkulturellen rechtsextremistischen Spektrums, die in diesem selbst begründet lagen. Der augenscheinlichste war die ansteigende Welle von Gewalttaten überwiegend jugendlicher und junger-wachsener Rechtsextremisten gegen Ausländer in der Zeit nach der Wiedervereinigung. Waren 1991 noch 1.492 Gewalttaten in ganz Deutschland registriert worden – was die Statistik für Westdeutschland anbelangte, so bedeutete auch dies fast eine Vervierfachung der Vorjahreszahl[13] –, so war diese Zahl 1992 auf 2.639 angestiegen und lag 1993 bei immer noch 2.232. Noch 1994 lag die Gewalttatenzahl mit 1.489 etwa auf dem Niveau des Jahres 1991, bevor sie 1995 auf 837 sank.[14] Besonders die hohe Zahl von Brandanschlägen auf Asylbewerberheime und Wohnhäuser von Ausländern, die eine Reihe von Todesopfern forderten, alarmierte die Öffentlichkeit und die Politik. Eine derart langandauernde, flächendeckende Gewaltwelle mit politisch motivierten Taten hatte die Bundesrepublik bis dahin noch nicht erlebt. Die Vielzahl der Taten, bei denen Jugendliche in Erscheinung traten, die vorher nicht als Rechtsextremisten bekannt geworden waren, nährte zudem den Verdacht, dass das Personen- und Sympathisantenpotential der subkulturellen rechtsextremistischen Szene bei weitem über die offiziellen Zahlenangaben der Verfassungsschutzbehörden hinausging. Zumindest in der ersten Hälfte der 1990er Jahre dürften die offiziellen Zahlen, die bis 1995 nie über 6.400 Personen

[13] Vgl. Verfassungsschutzbericht 1991 (Anm. 8), S. 77.
[14] Verfassungsschutzbericht 1995 (Anm. 11), S. 103.

hinausgingen, tatsächlich deutlich unter dem tatsächlichen Mitgliederbestand der rechtsextremistischen Skinhead-Szene und ihres Umfeldes gelegen haben. Damit war die subkulturelle rechtextremistische Szene, deren Angehörige seit 1992 von den Verfassungsschutzbehörden – begrifflich etwas treffsicherer als zuvor – als „militante Rechtsextremisten, insbesondere rechtsextremistische Skinheads“ bezeichnet wurden, zumindest in den 1990er Jahren vor allem in Ostdeutschland ein echter jugendkultureller Faktor geworden, der starken Einfluss auf den Habitus und die politische Ausrichtung vieler Jugendlicher aus der Mehrheitsgesellschaft ausübte.

Diese relative Attraktivität und die Zugänge zu Jugendlichen, über die das subkulturelle rechtsextremistische Spektrum damit zu dieser Zeit verfügte, weckte bald Begehrlichkeiten innerhalb des rechtsextremistischen Lagers. Sowohl die NPD[15] als auch die Neonationalsozialisten begannen, sich der Skinhead-Szene als mögliche Bundesgenossen zu präsentieren und versuchten somit, Nachwuchs und Einfluss unter anpolitisierten Jugendlichen zu gewinnen. Die Vorzeichen hierfür waren gegen Mitte der 1990er Jahre nicht schlecht, sah sich die Skinhead-Szene doch seit spätestens 1993 mit diversen bundesweiten Exekutivmaßnahmen vor allem gegen Musikgruppen, Fanzines und Konzertveranstaltungen[16] konfrontiert, die den staatlichen Druck auf die Szene erhöhten und ihre Strukturen temporär schwächten. Die neonationalsozialistische Szene, die sich ab der Mitte der 1990er Jahre von den zahlreichen Organisationsverboten wieder etwas erholt und mit einer Struktur aus lokalen, untereinander vernetzten Kameradschaften an Aktionsfähigkeit gewonnen hatte, war der naheliegendste Partner für das subkulturelle Spektrum. Einmal war ihr Altersspektrum – anders als das der NPD – dem der jugendlich geprägten Skinhead-Bewegung relativ ähnlich. Zum anderen fanden rechtsextremistische Skinheads durch die staatlich beförderte Dezentralisierung der Neonazi-Szene in Folge der Vereinsverbote nunmehr schneller persönlichen

[15] Die NPD war im Bereich des rechtsextremistischen Parteienspektrums die einzige Partei, die sich einem Zusammenwirken mit dem subkulturellen Part der Szene nicht verschloss. DVU und die Partei „Die Republikaner“ (REP) hatten seit jeher deutlich gemacht, Aktivitäten von Skinheads im Umfeld ihrer Parteien keinesfalls zu dulden.

[16] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1993, Bonn 1994, S. 77, 95 ff.

Kontakt auf lokaler Ebene, als dies noch zuvor bei der hierarchisch und zentralistisch gegliederten Neonazi-Bewegung der späten 1980er und frühen 1990er Jahre der Fall gewesen war. Und nicht zuletzt hatte sich durch die Internationalisierung der Skinhead-Bewegung eine Verschiebung von rein nationalistischen hin zu explizit nationalsozialistischen ideologischen Positionen ergeben, die der Radikalität vor allem der britischen und US-amerikanischen Skinheads[17] geschuldet waren. Die wachsende Politisierung der deutschen Skinheads manifestierte sich unter anderem im Erstarken eindeutig politisch bestimmter szeneinterner Organisationen wie etwa der Hammerskins oder „Blood & Honour". Auch diese NS-basierte Ideologisierung führte zu einer weiteren Schnittmenge zwischen dem subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum und dem der Neonazis, sodass sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein großer Teil der deutschen Skinheads dem von Neonazis ins Leben gerufenen „Nationalen Widerstand" zugehörig fühlte.[18] Dort allerdings waren die Rollen immer noch weitgehend fest verteilt: Die Führungsfiguren der Neonazi-Szene bestimmten die strategische Ausrichtung, die Skinheads dienten als personelles Mobilisierungspotential für Kameradschaften und bei öffentlichen Veranstaltungen. Damit war das subkulturelle rechtsextremistische Spektrum für die Neonazi-Szene zu einem bedeutenden Faktor geworden, nicht zuletzt aufgrund der quantitativen Größenordnungen: So war die Skinhead-Szene bis 1999 auf etwa 9.000 Personen angewachsen, denen von 1997 bis 1999 lediglich je 2.400 Neonazis gegenüberstanden.[19]

Die NPD konnte und wollte nicht in gleichem Maße von diesem subkulturellen Potential profitieren. Anders als die neonationalsozialistische Szene musste sich die Partei in ihrem Bemühen um elektorale Erfolge zumindest rudimentär bürgerlich geben, was eine offene Zusammenarbeit mit Skinheads innerhalb der Parteistrukturen erschwerte. Anlassbezogen aber machte die Partei deutlich, dass sie durchaus gewillt war, die seit 1996 postulierte Öffnung gegenüber den beiden

[17] Nicht von ungefähr wurden die beiden bedeutendsten szeneinternen Politorganisationen „Blood & Honour" und die Hammerskins in Großbritannien bzw. den USA begründet.

[18] Vgl. Menhorn (Anm. 9), S. 255 ff.

[19] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1999, Berlin 2000, S. 18.

anderen Spektren des deutschen Rechtsextremismus auch nach außen zu manifestieren. Als erste große öffentliche Veranstaltung diente in diesem Sinne der von der NPD organisierte Aufmarsch in München am 1. Mai 1997 gegen die umstrittene Wehrmachtsausstellung, bei der Skinheads etwa drei Viertel der rund 5.000 Teilnehmer stellten.[20] Auch wenn die NPD durch derartige Demonstrationen und von der Partei organisierte Musikveranstaltungen auf das subkulturelle Spektrum eine gewisse Anziehungskraft auszustrahlen begann, waren die Vorbehalte der Skinheads gegenüber einer engeren Zusammenarbeit mit der Partei immer noch groß. Auf der anderen Seite legte auch die NPD Wert darauf, nur Aktivisten aus dem Spektrum der Neonationalsozialisten in die parteiinterne Arbeit einzubinden. Von der später als „Volksfront von rechts" bezeichneten gleichrangigen Zusammenarbeit von NPD und unorganisierten Rechtsextremisten waren die Skinheads damit schon von vornherein ausgeschlossen.

Damit profitierten das neonationalsozialistische Spektrum und die NPD in den 1990er Jahren beide von der subkulturellen rechtsextremistischen Szene, dies allerdings in unterschiedlichem Maße. Während Neonazis die Skinheads tatsächlich für einen Ausbau ihrer Strukturen und Aktivitäten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nutzten, so traf dies für die NPD kaum zu. Dennoch kam die Aktionsorientierung des subkulturellen Spektrums der Partei bei öffentlichen Kundgebungen zugute; zumindest in den späten 1990er Jahren stellten Skinheads nicht nur gelegentlich einen großen Part der Teilnehmer von NPD-Demonstrationen.

4. Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den heutigen Rechtsextremismus

Ende 2007 haben sich die offiziellen Zahlen für den bundesdeutschen Rechtsextremismus im Vergleich zum Jahr 1991 um einiges verändert. So beträgt das Gesamtpotential von Mitgliedern rechtsextremistischer Zusammenschlüsse nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden 33.000 Personen. Davon stellt der Parteienbereich 14.200 Personen, das neonationalsozialistische Spektrum 4.400 Mitglieder. Der Bereich der von den Verfassungsschutzbehörden mittlerweile als „sub-

[20] Vgl. Menhorn (Anm. 9), S. 266.

kulturell geprägte gewaltbereite Rechtsextremisten“ bezeichneten Personenzusammenschlüsse zählt rund 10.000 Mitglieder und stagniert damit seit etwa dem Jahr 2000.[21] Mit der Veränderung der Mitgliederzahlen hat sich auch ein Wandel in den Beziehungen der einzelnen Spektren untereinander ergeben.

Der subkulturelle rechtsextremistische Bereich, der bis heute in seiner Majorität von den Skinheads gestellt wird, hat – um dies vorwegzunehmen – für das Parteien- und das Neonazi-Spektrum deutlich an Bedeutung verloren. Dies ist umso erstaunlicher, als das subkulturelle Segment im Verlauf der zweiten Hälfte der 1990er Jahre deutlich an Mitgliederpotential zugewann und sich seit mehreren Jahren auf einem konstant hohen Niveau hält. Verantwortlich hierfür ist zum einen ein Wandel innerhalb der Skinhead-Szene selbst, zum anderen aber auch die Neuausrichtung der politischen Strategie der NPD und des Neonazi-Spektrums.

Der erwähnte Wandel innerhalb der Skinhead-Szene scheint in den letzten Jahren ein fundamentaler geworden zu sein. Er umfasst sowohl die wichtigen subkulturellen Komponenten der Musik und der Kleidung bzw. des Habitus der Szene als auch das Selbstverständnis und die szeneinterne, auf eine politische Außenwirkung zielende Strukturierung.[22] Die bedeutendste dieser Veränderungen besteht darin, dass echte politische Aktivitäten abseits der immer noch boomenden Szenerie der Skinhead-Konzerte von diesem Spektrum kaum mehr ausgehen. Anders noch als in den 1990er Jahren, als Organisationen wie „Blood & Honour“ politmissionarisch auch Einfluss über die Szenegrenzen hinaus zu erlangen suchten, beschränkt sich die Skinheadszene immer mehr auf subkulturelle Belange. Die mittlerweile lebensälteren Aktivisten, die in den 1990er Jahren szeneintern politisch aktiv gewesen waren, haben sich entweder aus der Szene verabschiedet oder versuchen, ihre politischen Ambitionen im neonazistischen Kamerad-

[21] Vgl. Frank Jansen, NPD nun stärkste rechtsradikale Partei, in: Tagesspiegel vom 31. Januar 2008, S. 5

[22] Eine detaillierte Darstellung des Wandels in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene findet sich bei: Christian Menhorn, Skinheads - eine aussterbende Subkultur? Eine Jugendbewegung im Wandel der Zeit, in: Armin Pfahl-Traughber/Monika Rose-Stahl (Hrsg.), Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, Brühl 2007, S. 284 ff.

schaftsspektrum oder der NPD umzusetzen. Die jugendlichen Neuzugänge, die in der stark fluktuierenden subkulturellen Szene ihren Platz gefunden haben, sind zwar in ihrer Einstellung weiterhin rechtsextremistisch geprägt, ihre Ambitionen, politische Arbeit zu leisten, erschöpfen sich aber in aller Regel im Besuch einschlägiger Konzerte. Vergleicht man den jeweiligen Umfang und Inhalt der beiden Abschnitte „Rechtsextremistische Skinhead-Szene“ und „Rechtsextremistische Musik“ im Verfassungsschutzbericht des Bundes von 2006[23], so wird deutlich, dass die Szene abseits der Musik kaum mehr politische Relevanz entwickelt. Damit ist die Attraktivität des subkulturellen Spektrums für die beiden anderen Bereiche des deutschen Rechtsextremismus gesunken.

Aber auch dort haben sich Veränderungen ergeben, die die Bedeutung des subkulturellen Parts der Szene abschwächten. Denn mittlerweile haben sich Neonationalsozialisten und die NPD als exklusive Partner im Rahmen der „Volksfront von rechts“ gefunden, die im Frühjahr 2004 ins Leben gerufen worden war. Beide Seiten haben ihre jeweilige personelle und strukturelle Schwäche gegen Mitte der 1990er Jahre deutlich überwunden. Die NPD wuchs von 1996, als sie mit 3.500 Anhängern den tiefsten Mitgliederstand seit ihrer Gründung verzeichnet hatte, bis heute auf 7.200 Personen an[24] und verdoppelte damit die Zahl ihrer Mitglieder. Auch das neonationalsozialistische Spektrum, das sich noch bis zum Jahr 2000 bei 2.400 Anhängern bewegte, erreichte mit derzeit etwa 4.400 Personen einen neuen Höchststand. Mit diesem deutlich gewachsenen Personenpotential beider Spektren sank auch die Notwendigkeit, personelle Engpässe – etwa bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen – durch einen Rückgriff auf das Personenpotential der subkulturellen rechtsextremistischen Szene ausgleichen zu müssen. Als nicht unwichtiger Begleiteffekt dieser Entwicklung entfällt damit für die NPD auch das Ärgernis eines häufig abschreckend wirkenden martialischen Auftretens von Skinheads bei Parteikundgebungen, während sich die meisten Neonationalsozialisten in Kleidung und Auftreten doch mittlerweile durchaus gesellschaftskonform gerieren. Für die Partei ist dies ein erwägenswerter Aspekt,

[23] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 55 ff., 103 ff.
[24] Vgl. Jansen (Anm. 21).

da sie nach den Wahlerfolgen in Sachsen 2004 und Mecklenburg-Vorpommern 2006 sowohl in den dortigen Parlamenten als auch in ihrem sonstigen öffentlichen Erscheinungsbild beweisen muss, dass sie nicht nur Randgruppen und Subkulturen vertritt. Ähnliches gilt für die neonationalsozialistische Szene, die durch ihre Mitwirkung an der „Volksfront“ und den Zuwachs ihrer Anhänger neues Selbstbewusstsein erlangt hat. Für die Angehörigen dieses Spektrums ist die NPD mittlerweile der erfolgversprechendere Partner für ihre politische Ambitionen; so sind durch die Kooperation mit der NPD seit 2006 zum ersten Mal zwei Neonationalsozialisten in einem Landtag, nämlich dem von Mecklenburg-Vorpommern, vertreten.

In dem Maße, wie der klassische subkulturelle rechtsextremistische Bereich in Gestalt der Skinhead-Szene im Gesamtfeld des deutschen Rechtsextremismus an Bedeutung verlor, erlangte eine neue Strömung Aufmerksamkeit, die ebenfalls deutliche subkulturelle Eigenschaften besitzt. Die Rede ist von den sogenannten „Autonomen Nationalisten“ (AN), die seit etwa Ende 2003 als größere Bewegung öffentlich auftreten.[25] Eine Charakterisierung der „Autonomen Nationalisten“ als subkulturelle Bewegung ist nicht eindeutig zu treffen. So sind die AN strukturell zunächst einmal eine Abspaltung innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums von den traditionellen Neonationalsozialisten, den „Freien Nationalisten“. Ursächlich für diese Distanzierung war vor allem die engere Anbindung vieler „Freier Nationalisten“ an die NPD, wodurch nach Ansicht etlicher Skeptiker die im Namen verankerte Freiheit sowohl ideologisch – durch die vermeintlich Unterwerfung unter das NPD-Parteiprogramm – als auch organisatorisch (wie es sich im Eintritt der drei führenden Neonazi-Aktivisten Thorsten Heise, Thomas Wulff und Ralph Tegethoff in die NPD im Herbst 2004 manifestierte) beeinträchtigt zu werden drohte. Ideologisch distanzieren sich die AN ebenfalls von der auf den historischen Nationalsozialismus bezogenen Sichtweise vieler „Freier Nationalisten“. Sie

[25] Vgl. Andreas Kopietz, Neonazis verkleiden sich als Autonome, in: Berliner Zeitung vom 18. Februar 2004, S. 17. Eine detaillierte Darstellung der „Autonomen Nationalisten“ findet sich bei: Christian Menhorn, Das Phänomen der „Autonomen Nationalisten“ - Generations- und Paradigmenwechsel im Lager des Neonationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2008, S. 213-225.

tendieren auf der Basis einer weitgehenden ideologischen Diffusität in die Richtung eines antikapitalistisch ausgerichteten Nationalsozialismus, wie er in den 1920er und 1930er Jahren innerhalb der NSDAP etwa von den Brüdern Strasser oder dem späteren Stabschef der SA, Ernst Röhm, vertreten wurde. Betrachtet man also strukturelle und ideologische Elemente der AN, so wären der Subkulturbegriff zu verneinen und die AN eher als eine politische Strömung zu bezeichnen, deren Anhänger auf eine gesellschaftliche Vermittlung ihrer Weltanschauung abzielen.

Dem entgegen stehen habituelle und äußerliche Elemente, die eindeutig subkulturelle Züge tragen. So haben „Autonome Nationalisten" einen Kleidungskodex entwickelt, der sich stark an den der linksextremistischen Autonomen anlehnt. Schwarze Kleidungsstücke, Kapuzenpullover, Turnschuhe, Baseball-Mützen und Palästinenserschals bilden eine Art Uniform und sind Erkennungszeichen der AN. Ihre damit bereits äußerliche antibürgerliche Haltung drücken die „Autonomen Nationalisten" auch in ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit aus. So spielt physische Gewalt eine große Rolle. Diese wird zwar ausschließlich gegen politische Opponenten ausgeübt, dies aber nicht nur bei rechtsextremistischen Demonstrationen im Rahmen der dann von AN gebildeten „Schwarzen Blöcke", sondern auch beim Aufeinandertreffen mit dem politischen Gegner im Alltag. Mit beiden Elementen zeigen die „Autonomen Nationalisten" Charakteristiken, die auch den Skinheads eigen sind. Damit könnten die AN mit Einschränkungen durchaus als subkulturell geprägte Strömung innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums angesehen werden.

Die reine nominale Größenordnung der AN, die von den Verfassungsschutzbehörden auf etwa 150 bis 200 Personen taxiert wird[26] und die angesichts der Beteiligung von „Autonomen Nationalisten" an rechtsextremistischen Demonstrationen in Form von „Schwarzen Blöcken" möglicherweise etwas höher geschätzt werden kann, könnte auf den ersten Blick dafür sprechen, die neuen Strömung als *quantité négligeable* zu betrachten. Tatsächlich aber entwickeln die AN sowohl für

[26] Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), „Autonome Nationalisten". Eine militante Randerscheinung, S. 2, abzurufen unter: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/thema_0704_autonome_nationalisten.pdf vom 25. April 2007 (abgerufen am 06.02.2008).

die „Freien Nationalisten“ als auch für die NPD signifikante Bedeutung. So sind äußerst mobilisierungsfähigen „Autonome Nationalisten“ besonders bei öffentlichen Veranstaltungen ein relevanter Faktor, dies zum einen hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Größenordnung in Relation zur Gesamtteilnehmerzahl, zum anderen aber auch wegen ihrer militanten Aktionsorientierung und ihres subkulturellen Erscheinungsbildes. Zunächst einmal waren die traditionell orientierten „Freien Nationalisten“ gezwungen, das Auftreten einer neuen Bewegung in ihrem eigenen Spektrum zu kommentieren. So wurde insbesondere in den Jahren 2004 und 2005, also kurz nach der ersten öffentlichen Wahrnehmbarkeit der AN, eine durchaus kontroverse Diskussion zwischen „Freien“ und „Autonomen Nationalisten“ geführt, die sich weniger an den ideologischen Positionen festmachte, sondern in erster Linie Auftreten und Militanz der AN thematisierte. Zum damaligen Zeitpunkt herrschte in weiten Teilen der traditionellen Neonazi-Szene Skepsis bis Ablehnung der neuen Bewegung vor; etliche Kritiker warfen den AN vor, sie zerstörten durch ihr Auftreten, das an „gewöhnliche Linksautonome“[27] oder einen „Maskenball“[28] erinnere, mögliche Sympathien in der bürgerlichen Bevölkerung. Derartige Kritik äußerten besonders häufig ostdeutsche Neonationalsozialisten, die nach eigener Einschätzung eine größere Akzeptanz ihrer Positionen in der Gesellschaft für sich reklamieren konnten als ihre Pendants in Westdeutschland.[29] Gleichwohl gab es auch maßgebliche Aktivisten der „Freien Nationalisten“ wie Christian Worch aus Hamburg, der – zumindest eine Zeit lang – mit den AN sympathisierte und sie als Ausdrucksform einer neuen Generation von Neonationalsozialisten betrachtete.[30]

---

[27] Störtebeker-Netz, Gedanken über freien und autonomen Nationalismus von Christian Worch, http://stoerti.atspace.com/260105.html vom 26.01.2005 (abgerufen am 27.01.2005).

[28] FIT Norddeutschland, Kommentar zum diesjährigen 1. Mai, zit. nach: Altermedia, Vermummen oder Gesicht zeigen? - Diskussion um „Autonome Nationalisten“ und „Schwarze Blöcke“, in: http://de.altermedia.info/date/2005/03/02 vom 02.03.2005, abgerufen am 25.07.2006.

[29] Menhorn (Anm. 25)

[30] Christian Worch, Gedanken über freien und autonomen Nationalismus von Christian Worch, in: http://stoerti.atspace.com/260105.html vom 26.01.2005, abgerufen am 27.01.2005.

Eine ähnliche distanzierte Position zu den „Autonomen Nationalisten“ nahm auch die NPD ein, die sich allerdings mit offiziellen Stellungnahmen lange Zeit zurückhielt. Erst als in den letzten beiden Jahren bei Demonstrationen der NPD vermehrt „Schwarze Blöcke“ auftraten, die auch von parteieigenen Ordnern kaum mehr kontrolliert werden konnten, sah sich die NPD gezwungen, ihre ablehnende Haltung auch förmlich darzulegen. Letztendlicher Auslöser für eine offizielle Erklärung des NPD-Parteipräsidiums zu den AN waren die Geschehnisse bei einer von der NPD organisierten Demonstration am 7. Juli 2007 in Frankfurt/Main, als die Aggressivität des „Schwarzen Blockes“ gegenüber Polizeibeamten und Gegendemonstranten von den eingesetzten Ordnern kaum mehr im Zaum gehalten werden konnte. Die Erklärung des Präsidiums vom 15. August 2007 war übertitelt mit „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht!“. Sie enthielt eine radikale verbale Kritik an der „anarchistischen Erscheinungsform“ der AN und derem für „außenstehende Betrachter beängstigende(n) und damit abstoßende(n) Äußere(n)“ und drohte den „Schwarzen Blöcken“ implizit mit einem Ausschluss von künftigen Demonstrationen der Partei, auch „auf die Gefahr künftig geringerer Teilnehmerzahlen hin“.[31] Damit hatte die NPD auf das Phänomen der „Autonomen Nationalisten“ insofern reagiert, als diese sich zu einem immer deutlicheren Störfaktor in der öffentlichen Darstellung der Partei auszuwachsen begannen und in dem zu dieser Zeit anlaufenden Wahlkampf zu den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen im Januar 2008 der Partei empfindlichen Schaden zuzufügen drohten. Zudem hatte die Parteiführung in dieser Frage wohl insgeheim auf einen Schulterschluss mit den „Freien Nationalisten“ gehofft, die sich bereits zuvor in ihrer Masse von den AN distanziert hatten.

Interessanterweise schlug dieses Kalkül jedoch fehl. Eine Reihe von Gruppierungen und durchaus auch prominente Einzelaktivisten der „Freien Nationalisten“ solidarisierten sich mit den derart angegriffenen AN. In ihren Verlautbarungen wurden zwei Punkte besonders akzentuiert: Einmal befürchtete ein Teil der „Freien Nationalisten“, die

[31] NPD-Parteipräsidium (Hrsg.), Unsere Fahnen sind schwarz - unsere Blöcke nicht!, in: Altermedia, Das war´s dann wohl mit den Großdemonstrationen, in: http://de.altermedia.info/general/das-wars-dann-wohl-mit-den-grossdemos-npd-unsere-fahnen-sind-schwarz-unsere-blocke-nicht-160807_10798.html vom 16.08.2007 (abgerufen am 21.08.2007).

NPD könne versuchen, unter Zurückdrängung des Einflusses der Neonazis eine noch stärkere dominante strategische und ideologische Rolle innerhalb der „Volksfront“ einzunehmen. Zum anderen aber wurde auch deutlich, dass die “Freien Nationalisten“ trotz aller ideologischen und habituellen Unterschiede die AN weiterhin als Bestandteil „ihres“ Spektrums ansehen. Letztlich wurde der diesbezügliche Druck der Neonazis auf die Partei, die AN weiterhin als Bestandteil der „Volksfront“ zu akzeptieren, zu groß, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Partei in den Landtagswahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen auf die zahlreichen Wahlkampfhelfer aus den Kameradschaften zwingend angewiesen war. Bereits beim Wahlkampfauftakt am 15. September 2007 im Hannoveraner Congress Centrum mussten die angetretenen Parteiredner – unter ihnen auch der Bundesvorsitzende Udo Voigt – die Präsidiumserklärung notgedrungen relativieren und die Fortsetzung eines Schulterschlusses zwischen Partei, „Freien Nationalisten“ und den AN demonstrieren.

Die erzwungene Wendung der NPD zeigt, dass die „Autonomen Nationalisten“ trotz ihrer geringen zahlenmäßigen Größe mittelbar über einen gewissen Einfluss auf das gesamte rechtsextremistische Spektrum in Deutschland verfügen. Dieser Einfluss geht allerdings nicht von den „Autonomen Nationalisten“ selbst aus, sondern resultiert aus dem Solidarisierungseffekt der „Freien Nationalisten“. Dennoch sind die AN damit ein gutes Beispiel dafür, dass auch heute noch subkulturell geprägte Strömungen durchaus politische Relevanz im deutschen Rechtsextremismus entwickeln können, auch ohne zu den maßgeblichen Protagonisten gehören zu müssen.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Der Zeitraum von der Wiedervereinigung bis heute zeigt, dass subkulturelle Bewegungen den Rechtsextremismus in Deutschland in unterschiedlicher Weise beeinflusst haben. Die Skinhead-Szene dominierte das Bild des Rechtsextremismus zumindest in der ersten Hälfte der neunziger Jahre und blieb auch danach für einige weitere Jahre ein wichtiger Mobilisierungsfaktor sowohl für das neonationalsozialistische Spektrum als auch für die NPD. Mit dem in den letzten Jahren zu beobachtenden Wandel der Skinhead-Bewegung und derem Rückzug auf ihre subkulturellen Wurzeln ist ihre Bedeutung für die beiden an-

deren, primär politisch bestimmten Segmente des Rechtsextremismus zunehmend gesunken. Das Aufkommen der „Autonomen Nationalisten“ erzwingt heute von den Neonationalsozialisten und der NPD erneut die Berücksichtigung subkultureller Belange. Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Notwendigkeit in der Zukunft schwinden wird, scheint es doch ein kontinuierliches Potential von subkulturell geprägten und gleichzeitig rechtsextremistisch ausgerichteten Jugendlichen und Heranwachsenden zu geben, das einen Platz im Gesamtspektrum des Rechtsextremismus einfordert und damit letztlich auch Strategie und Taktik von Neonationalsozialisten und NPD beeinflussen wird. Dies gilt zumindest solange, wie sich die Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen auf einem Niveau bewegen, das eine eigenständige flächendeckende Aktionsfähigkeit vorerst noch unmöglich macht. Je größer ein aus dem bürgerlichen Milieu gespeister Zulauf zu Parteien und Organisationen des klassischen rechtsextremistischen Spektrums ausfällt, desto eher wird für diese das subkulturelle Spektrum zu einer vernachlässigenden Größe. Denn eines hat sich im Verlauf der Jahre seit der Wiedervereinigung auch gezeigt: Der subkulturelle rechtsextremistische Bereich ist zwar wandlungsfähig, sein personelles Potential nach oben hin aber auch begrenzt. An dieser Tatsache dürfte sich in der Zukunft kaum etwas ändern.

Parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts.
Eine Analyse zu Funktion und Inhalten von sechs Periodika

Thomas Pfeiffer

1. Einleitung und Fragestellung

„Brennessel“, „Jugend Rebelliert“, „perplex“, „Schinderhannes“, „stachel“ – unter Titeln wie diesen gibt die NPD neuerdings Periodika heraus, die sich an ein junges Publikum richten. Dies gilt auch für die rechtsgerichtete und vom Verfassungsschutz NRW beobachtete Organisation „pro Köln“, die sich als Bürgerbewegung versteht, bei Kommunalwahlen antritt und inzwischen vier Ausgaben der Zeitschrift „Objektiv“ veröffentlicht hat.[1] Solche Periodika werden im Folgenden als parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts bezeichnet – sie erscheinen meist im Vierfarbdruck, in mehr oder minder professionellen Designs und hohen Auflagen. Jugendaffine Stilelemente wie Cartoons, Rätsel und Quizfragen fallen auf Anhieb ins Auge. Die Zeitschriften werden kostenlos verbreitet – mitunter in öffentlichkeitswirksamen Aktionen zum Beispiel am Rande von Schulgeländen. Sie vereinen Aktion, Diskurs und Partei und stehen somit auch für Überlagerungen und Wechselbeziehungen der Trias aus parlaments-, diskurs- und aktionsorientiertem Rechtsextremismus.[2]

---

[1] Die Organisation „pro Köln“ unterscheidet sich von rechtsextremistischen Parteien wie der NPD grundsätzlich dadurch, dass sie im Verfassungsschutzbericht als Verdachtsfall eingeordnet ist: Die Behörde ist durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als verfassungsfeindlich verdichtet haben. Im Zusammenhang mit „pro Köln“ liegen aktuelle Anhaltspunkte vor, die den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung begründen.

[2] Ausgehend von den Agitationsformen rechtsextremistischer Gruppen und Organisationen, verwenden einige Verfassungsschutzbehörden – darunter der Verfassungsschutz NRW – seit dem Jahr 2006 eine Typologie, die nach Parlaments-, Diskurs- und Aktionsorientierung unterscheidet. Vgl. Innenministe-

„Parteinah“ heißt hier, dass eine Verbindung zu rechtsgerichteten Formationen besteht, die bei Wahlen auf kommunaler Ebene, Landes- und/oder Bundesebene antreten. Verantwortlich kann der Parteiverband auf der jeweiligen Ebene sein, eine innerparteiliche Organisation wie die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) oder der „Arbeitskreis Jugend“ der Organisation „pro Köln“. Parteinahe Jugendzeitschriften sind weder Wahlkampfmaterialien im engeren Sinne noch herkömmliche Parteiorgane. Ihr Erscheinen ist periodisch angelegt, unabhängig von Wahlterminen – ihr Publikum suchen sie unter Menschen, die teilweise noch nicht wahlberechtigt sind und im Wesentlichen außerhalb der Kreise rechtsextremistischer Parteien. Bereits die Auflagen, die in der Regel im fünfstelligen Bereich liegen, machen Letzteres deutlich. Mit welchen Mitteln sprechen parteinahe Jugendzeitschriften ihr Publikum an? Setzen sie neue inhaltliche Akzente, bilden sie zeitgenössische Kampagnenthemen der Szene ab, und welche Diskursstrategien sind erkennbar? Wie professionell kommen sie daher, und welche Breitenwirkung ist ihnen zuzutrauen? Fragen wie diese nimmt der folgende Beitrag am Beispiel von sechs parteinahen Jugendzeitschriften aus sechs Bundesländern in den Blick.

2. Medien einer Bewegung von rechts: informationelles Kapillarsystem und Elemente der Erlebniswelt

Die Produktion eigener Medien hat für den deutschen Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies gilt desto mehr, je stärker dieses politische Lager von losen Strukturen geprägt ist: Flexible Aktionsbündnisse, informelle Projekte und regionale Kameradschaften haben starren Organisationen den Rang abgelaufen. Vernetzung genießt Priorität vor formalen Hierarchien. Gleichzeitig verlagerte sich der Aktionsschwerpunkt des deutschen Rechtsextremismus: Er hat sich fortbewegt von den klassischen Sphären politischen Handelns, den Wahlkämpfen und Parlamenten; vielmehr bemüht sich die Szene zunehmend, den vorpolitischen Raum, den Alltag, zu politisieren – eine „rechtsextremistische Erlebniswelt“ zu entfalten. Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke wies bereits in den frühen 1990er Jahren auf solche bewegungsförmi-

rium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2007 (Pressefassung), Düsseldorf 2008, S. 24f.

gen Züge des Rechtsextremismus hin.[3] Von diesem Ansatz geht der vorliegende Beitrag aus.

Wo verlaufen die Grenzen einer neuen sozialen Bewegung, und welchen Platz nehmen unterschiedliche Akteure in ihr ein? Für alle Bewegungen gilt, dass die Übergänge zwischen ihrem Kern und der übrigen Gesellschaft fließend sind. Anknüpfend an theoretischen Überlegungen des Soziologen Dieter Rucht und des Politikwissenschaftlers Wolfgang Gessenharter, schematisiert die „ZDK-Zwiebel", die Thomas Grumke in diesem Band erläutert, die Schichten der sozialen Bewegung von rechts. Dieses Modell macht die Nähe oder Distanz eines Akteurs zum Kern der Bewegung an seinem Ideologisierungsgrad und seiner strukturellen Verankerung in der Bewegung fest. Die Beziehung zum Bewegungskern lässt sich noch differenzierter fassen, wenn beide Faktoren getrennt betrachtet werden. Stellt man auf den Ideologisierungsgrad ab, heißt dies, dass Gruppen und Organisationen mit intensiver, gefestigter rechtsextremistischer Ideologie im Zentrum stehen und an den Rändern der Bewegung – in der Übergangszone zum gesellschaftlichen Umfeld – Akteure zu finden sind, die Positionen der Bewegung in abgeschwächter Form oder nur teilweise vertreten.

Der Bewegung sind somit nicht nur Gruppen, Organisationen und Medien zuzuordnen, die rechtsextremistische Inhalte in offenkundiger Form vertreten, sondern auch solche, bei denen – in der Diktion des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes – tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen vorliegen. Für die Vermessung der neuen sozialen Bewegung von rechts wird in diesem Beitrag der Klarheit halber das für den Verfassungsschutz NRW relevante Spektrum herangezogen, das Fälle von nachgewiesenem Rechtsextremismus und Verdachtsfälle wie die Organisation „pro Köln" umfasst. Positionen der Bewegung in abgeschwächter Form zu transportieren heißt keineswegs, für diese Bewegung weniger wichtig zu sein. Gerade die Fähigkeit, eigene inhaltliche Elemente – Themen, Deutungsmuster, Begriffe und entsprechende Verständnisse – in das Umfeld zu transferieren, ist für die Wirksam-

[3] Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte, in: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, H. 2/1993, S. 28-44.

keit von Bewegungen entscheidend. Schließlich dürften vergleichsweise gemäßigt auftretende Akteure eher in der Lage sein, als „soziale Relais“[4] zu fungieren oder Kontakt und Kooperation zu potenziellen Relaisinstanzen herzustellen.

Die kommunikativen Stränge erfolgreicher Bewegungen verlaufen also gleichermaßen nach innen (Gegenöffentlichkeit) und nach außen (Breitenwirkung). Nach innen kann ein politisches Lager, das als „Netzwerk von Netzwerken“ strukturiert ist – wie der Soziologe Friedhelm Neidhardt neue soziale Bewegungen beschrieben hat[5] – seine Anhänger nicht allein mit Hilfe zentraler Organe erreichen; vielmehr bedarf es einer Vielzahl bewegungseigener Medien mit unterschiedlichen Profilen und Zielgruppen. Informelle Strukturen und ein heterogenes Erscheinungsbild bergen auch die Gefahr, dass die Bewegung zerfranst; informationelle Vernetzung und symbolische Integration führen sie zusammen und machen sie aktions- und strategiefähig. In diesem Sinne können die eigenen Medien der Bewegung von rechts als ihr „informationelles Kapillarsystem“ verstanden werden.[6] Wie bereits deutlich wurde, versandete eine Bewegung oder würde zur Sekte, drehte sie sich ausschließlich um die eigene Achse und könnte

---

[4] Mit der Metapher des „sozialen Relais“ bezeichnet der Soziologe Thomas Ohlemacher Instanzen, die sowohl Netzwerke umfassen, aus denen heraus Bewegungsziele entstehen (Ursprungsnetzwerke), als auch solche, die diese Ziele in andere, noch nicht der Bewegung zugehörige Netzwerke vermitteln (Vermittlungsnetzwerke). Nur wenn Ursprungs- und Vermittlungsnetzwerke derart verkoppelt seien, können „Netzwerke von Netzwerken“, neue soziale Bewegungen also, entstehen. Für Ohlemacher sind soziale Relais die „Brücken der Mobilisierung“. Beispielhaft nennt er die Kirchen für die Friedensbewegung der 1980er Jahre, die Universität für die neue Frauenbewegung, den Betrieb für die traditionelle Arbeiterbewegung. Vgl. Thomas Ohlemacher, Brücken der Mobilisierung. Soziale Relais und persönliche Netzwerke in Bürgerinitiativen gegen militärischen Tiefflug, Wiesbaden 1993, S. 52ff.

[5] Friedhelm Neidhardt, Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag, Opladen 1985, S. 193-204, hier S. 197f.

[6] Vgl. Thomas Pfeiffer, Medien einer neuen sozialen Bewegung von rechts, Bochum 2000, S. 401f., s. auch www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/PfeifferThomas/diss.pdf.

sie nicht eine gewisse Breitenwirkung entfalten.[7] Auch an dieser Aufgabe sind ihre Medien beteiligt. Allerdings ist die Breitenwirkung rechtsextremistischer Medien begrenzt – ihre Printmedien erreichten zumindest in der Vergangenheit, wie es ein Verantwortlicher des neonazistischen „Thule-Netzes" bereits 1993 ausdrückte, „kaum Personen außerhalb des „rechten Ghettos""[8]. Rechtsextremistische Websites haben diese Situation verändert, aber nicht grundlegend überwunden.

Die wichtigste Klientel, bei der Rechtsextremisten (Breiten-)Wirkung entfalten möchten, ist zurzeit klar erkennbar: Jugendliche sind zur zentralen Zielgruppe geworden – in diesem Zuge ist eine „Erlebniswelt Rechtsextremismus" entstanden, die von einem modernisierten Erscheinungsbild geprägt ist und in der Lebensgefühl, Freizeitaktivitäten und politische Botschaften verschmelzen. Der Begriff meint alle Formen jugendgerechter Angebote der Szene, insbesondere solche, die mit Aktion verbunden sind und Unterhaltungsmöglichkeiten unter rechtsextremistischen Vorzeichen liefern. Vor diesem Hintergrund verstärkt die Szene ihre Bemühungen, Medien zu präsentieren, die auf ein junges Publikum zugeschnitten sind. Dies gilt für kostenlose Musik-CDs, die als „Projekt Schulhof" oder „Schulhof-CDs" seit 2004 bekannt geworden sind. Auch auf rechtsextremistischen Websites sind Modernisierung und Professionalisierung der Agitation festzustellen mit dem Ziel, Jugendliche zu gewinnen: „Musik, Animationen oder interaktive Elemente spielen für die Ansprache von Jugendlichen eine wichtige Rolle. Sie machen Angebote attraktiv und locken Internet-User an. Nicht selten werden menschenverachtende Botschaften allenfalls nebenbei vermittelt." Gerade diese neue Qualität mache rechtsextremistische Online-Propaganda problematisch.[9] Insbesondere auf Websites der NPD stellte jugendschutz.net – die gemeinsame Stelle

---

[7] Vgl. Dieter Rucht, Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen, in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen 1994, hier S. 348.

[8] „Alfred Tetzlaff", Widerstand – Mailbox gegen Konformismus und Zeitgeist, in: Die Saufeder, H. 1/1993, S. 26-27, hier S. 26.

[9] Vgl. Stefan Glaser, Dem Hass die Stirn bieten. Medienpädagogische Ansätze zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Internet, in: ders. / Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach i.Ts., S. 107-127, hier S. 108.

aller Bundesländer zur Wahrung des Jugendschutzes im Internet – eine rechtsextremistische Agitation im jugendgerechten Gewand fest. Zu ihren Grundlagen zählten multimediale Wahlwerbung, Musik als Köder, „jugendaffine Themen und demokratiefeindliche Sozialdemagogie“[10].

Die Forschung hat Printmedien in diesem Zusammenhang bislang kaum in den Blick genommen, möglicherweise weil der jugendaffine Charakter eines herkömmlichen Mediums wie der Zeitschrift weniger augenfällig ist. Gleichwohl sind Printmedien in der Lebenswelt von Jugendlichen hochpräsent und werden zu Informations- und Unterhaltungszwecken rezipiert: „Jugendzeitschriften gehören zur Freizeitkultur von Schülerinnen und Schülern.“[11] Hohe Auflagen, hohe Bekanntheit und hohe Blatt-Bindung professioneller, kommerzieller Jugendzeitschriften – beispielsweise der Marktführer wie „Bravo“ und „Spießer“ – zeigen dies deutlich. Inhaltlich und grafisch zielgruppengerecht gestaltete (parteinahe) Jugendzeitschriften könnten also ein wirksames Element der Erlebniswelt Rechtsextremismus sein.

---

[10] jugendschutz.net (Hrsg.), Jugendgefährdende Inhalte auf NPD-Angeboten. Ergebnisse einer Recherche zur Jugendschutzrelevanz von Websites der rechtsextremen NPD, September 2006, www.jugendschutz.net/pdf/Rechercheberichte_NPD_Sept06.pdf

[11] Katrin Wemmer, Bravo & Co. Jugendzeitschriften im Deutschunterricht, Horneburg 2007, S. 90. Die Feststellung trifft sicherlich in der Tendenz nach wie vor zu, auch wenn die Auflagen der meisten Jugendzeitschriften in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre erheblich zurückgegangen sind. Dies gilt auch für „Bravo“: Nina Lammers zufolge lag die verkaufte Auflage 1996 bei mehr als 1,4 Millionen Exemplaren – der Bauer Verlag gibt sie für Anfang 2008 mit 434.852 Exemplaren an. Demnach sei das Heft Europas größte Jugendzeitschrift geblieben. Zu den Gründen der Auflagenverluste zählt die zunehmende Beliebtheit von Special-Interest-Titeln, die zu General-Interest-Titeln für Jugendliche in Konkurrenz getreten sind. Vgl. Hermann Meyn, Massenmedien in Deutschland, Neuauflage, Konstanz 2004, S. 114; Nina Lammers, BRAVO und die Mediennutzung von Jugendlichen, in: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.), 50 Jahre Bravo, Berlin 2005, S. 215-228, hier S. 225f.; Eva Sobek, Crossmediale Markenführung im Segment der Jugendzeitschriften, Frankfurt a.M./London 2004, S. 51f. und 99f.; BRAVO ist Deutschlands jüngstes und erfolgreichstes People-Magazin!, in: www.bauermedia.com/bravo.0.html.

3. Typologie und Einordnung des Untersuchungsgegenstands

Die Medien der Bewegung von rechts setzen unterschiedliche Akzente. Es ist sinnvoll, drei programmatisch-strategische Idealtypen zu unterscheiden: Ideologie-, Zielgruppen- und Scharnierorgane.[12]

Ideologieorgane beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit den ideologischen Grundlagen der Bewegung. Auf dieser Basis diskutieren und konkretisieren sie die Bewegungsziele, aber auch Strategie und Taktik, um diese Ziele zu erreichen.

Zielgruppenorgane richten sich nicht an die Bewegung als Ganze, sondern sprechen einzelne Zielgruppen an. Sie weisen ästhetische, sprachliche und/oder ideologische Muster auf, die für die jeweiligen Zielgruppen typisch sind. Häufig gehören die Produzenten der Zielgruppe an. Spezialfälle von Zielgruppenorganen sind Medien, die in die Bewegung eingebundene Parteien oder Organisationen für ihre Mitglieder herausgeben.

Scharnierorgane bemühen sich, die Bewegung mit der Restgesellschaft zu verbinden. Sie vertreten die Bewegungsziele häufig in abgeschwächter Form und distanzieren sich von aggressiveren Teilen der Bewegung. Parteinahe Jugendzeitschriften werden hier den Scharnierorganen zugeordnet, obwohl sie eine mehr oder minder genau definierte Zielgruppe vor Augen haben. Im Unterschied zu den Zielgruppenorganen werden sie *für* die Zielgruppe produziert, weniger *von* dieser. Ihr Publikum sehen sie am Rande oder außerhalb der Bewegung, an das sie inhaltliche Botschaften und Imagebotschaften senden möchten. Soweit erkennbar ist, dass Zeitschriften primär auf eine interne Verbreitung, insbesondere unter den Mitgliedern einer Partei oder Organisation, zielen, werden sie hier nicht als parteinahe Jugendzeitschriften bezeichnet.

4. Vorgehensweise

Untersucht wird jeweils die erste Ausgabe von sechs parteinahen Jugendzeitschriften: „Brennessel“, „Jugend Rebelliert“, „Objektiv“, „perplex“, „Schinderhannes“ und „stachel“. Das Sample erhebt keinen

[12] Vgl. Pfeiffer (Anm. 6), S. 89f.

Anspruch auf Vollständigkeit und umfasst Beispiele aus den Jahren 2006 und 2007. Zwei der Zeitschriften erschienen in den alten und drei in den neuen Bundesländern, „stachel“ kam in Berlin und Brandenburg heraus. Die Auswertung der Jugendzeitschriften basiert auf einem geringfügig modifizierten inhaltsanalytischen Leitfaden, der sich zur Untersuchung rechtsgerichteter Bewegungsmedien bewährt hat.[13] Er geht insbesondere drei Fragekomplexen nach:

Welchen Beitrag leisten die untersuchten Medien zur Vernetzung der Bewegung von rechts? Zwei Typen der Vernetzung lassen sich unterscheiden: Inwieweit stiften sie Kontakt und Kooperation unter Bewegungsakteuren und Umfeld (personelle Vernetzung)? Tragen sie zur Konzentration der Bewegung auf einende Themen und Kampagnen bei, die sie an ihre Zielgruppe in spezifischer Form herantragen (kulturelle Vernetzung)?

Auf welche Weise unterstützen diese Medien die symbolische Integration der Bewegung? Tragen sie dazu bei, Begriffe oder Symbole hervorzubringen, die ein Wir-Gefühl entstehen lassen? Soweit solche Elemente in parteinahen Jugendzeitschriften zu finden sind, könnten sie helfen, das Wir-Gefühl über die Bewegung hinaus auszudehnen und somit eine wichtige Voraussetzung der Rekrutierung Außenstehender zu schaffen. Auf diese Weise würden sie die permanente Mobilisierung unterstützen – jenen Faktor, der Bewegungen „in Bewegung“ hält.[14]

Wie professionell arbeiten die untersuchten Medien? Es ist davon auszugehen, dass höhere Professionalität mit höherer Akzeptanz bei der Zielgruppe verbunden ist, das heißt mit höherer potenzieller Breitenwirkung. Professionalität wird hier im Wesentlichen an inhaltsanalytisch messbaren Indikatoren festgemacht wie einer hohen Reproduktionsqualität, einer an den Standards modernen Mediendesigns orientierten Gestaltung und der Bandbreite der journalistischen Darstellungsformen. In diesem Zusammenhang wird auf jugendaffine Elemente besonders zu achten sein.

---

[13] Vgl. zu Anwendung und Kategorien des Leitfadens Pfeiffer (Anm. 6), S. 97-102.

[14] Vgl. Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, aktualisierte Neuausgabe, Frankfurt a.M./New York 1986, S. 36.

Zusätzlich wirft die folgende Analyse ein Schlaglicht auf bestimmte rhetorische und bildliche Mittel der Zeitschriften: auf „humoristische Elemente“. Hierzu zählen auch ironische, zynische oder sarkastische Inhalte.[15] Es liegt nahe, dass solche Elemente der Verbal- und Bildersprache besonders zum Unterhaltungs- und Freizeitwert des Mediums beitragen, somit seine Bedeutung im Rahmen der Erlebniswelt Rechtsextremismus erhöhen. Dies ist beispielsweise vor dem Hintergrund plausibel, dass die herausragende Szene-Popularität der Band „Landser“ nicht zuletzt auf ihren provokant zur Schau gestellten Zynismus zurückgehen dürfte.

5. Rahmendaten zu den Jugendzeitschriften

Die erste Ausgabe der Zeitung „Jugend Rebelliert“ ist im Juli 2006 erschienen, aus dem August desselben Jahres stammt die erste Ausgabe von „Objektiv“. Beide zählen somit zu den Prototypen der parteinahen Jugendzeitschrift. „Schinderhannes“ ist im Mai 2007, die erste Ausgabe von „perplex“ im September 2007, „stachel“ und „Brennessel“ sind im Oktober 2007 erschienen.[16] Die Herausgeber sind in fünf Fällen Landes- oder Kreisverbände der NPD bzw. der „Jungen Nationaldemokraten“. In einigen Periodika ist nicht die Partei als Herausgeberin genannt, stattdessen fungiert der jeweilige Landesvorsitzende oder ein Vorstandsmitglied als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts. Die verantwortlichen Verbände zeigen auch das Verbreitungsgebiet der Zeitschriften an: NPD Berlin und NPD Brandenburg („stachel“), NPD Kreisverband Oderland („Brennessel“), NPD Rheinland-

[15] Ironie, Zynismus und Sarkasmus werden hier im Anschluss an Jörg Räwel zu den humoristischen Elementen gezählt. Räwel versteht sie idealtypisch als Sachformen des Humors im Unterschied zu den Sozialformen (zum Beispiel: Bühnenkomik, Situationskomik, Scherzbeziehung, Flirt). Vgl. Jörg Räwel, Humor als Kommunikationsmedium, Konstanz 2005, S. 94-105. Die miteinander verwandten Begriffe Ironie, Zynismus und Sarkasmus werden im Folgenden in ihrer alltagssprachlichen Bedeutung benutzt: Demnach ist Ironie ein „verhüllter Spott, bei dem das Gegenteil von dem gesagt wird, was gemeint ist“, Sarkasmus bezeichnet „bittere(n) Spott“ und Zynismus „verletzende(n), bissige(n), pietätlose(n) Spott“, Wahrig. Die deutsche Rechtschreibung, Gütersloh/München 2007, S. 550, 905, 1187.

[16] Soweit die Herausgeber keinen Erscheinungsmonat nennen, ist der Zeitpunkt der ersten öffentlich bekannt gewordenen Verteilaktionen genannt.

Pfalz („Schinderhannes“), JN Sachsen („perplex“), AG „Medien“ der JN Sachsen-Anhalt („Jugend Rebelliert“). Herausgeber der Zeitschrift „Objektiv“ ist der „Arbeitskreis Jugend“ der Organisation „pro Köln“.[17] Im Gegensatz zu den NPD/JN-Publikationen ist die organisatorische Anbindung der Zeitschrift für den Rezipienten nicht eindeutig erkennbar: Das Impressum verweist nicht auf „pro Köln“ – als Herausgeber wird ein Funktionsträger der Organisation genannt, der auch für die Internetseite „Jugend pro Köln“ verantwortlich zeichnet.

Fast alle untersuchten Zeitschriften sind im DIN-A5-Format erschienen, das im Bereich der Schülerzeitungen verbreitet ist („Schinderhannes“: DIN-A4). Sie umfassen zwischen acht Seiten („Jugend Rebelliert“, „Schinderhannes“) und 24 Seiten („Objektiv“) – „Brennessel“ und „stachel“ umfassen zwölf, „perplex“ 16 Seiten. Soweit bekannt, liegen die Startauflagen der Zeitschriften nach eigenen Angaben zwischen 3.000 („Objektiv“)[18] und 30.000 („perplex“)[19] Exemplaren. „Schinderhannes“ ist in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erschienen[20], „stachel“ von 20.000[21]. Die Auflage der Zeitschrift „Brennessel“ ist nicht bekannt. Dies gilt auch für erste Ausgabe von „Jugend Rebelliert“ – nach JN-Angaben ist die zweite Ausgabe im Ja-

---

[17] Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2006, Düsseldorf 2007, S. 81. Im Internet bietet „Jugend pro Köln“ die vier „Objektiv“-Hefte unter der Überschrift „Unsere Publikationen“ zum Download an: www.jugend-pro-koeln.de/medien.php.

[18] Vgl. Armin Himmelrath, Braune Hetze zwischen Freizeittipps, 18.8.2006, in: www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,432253,00.html.

[19] Vgl. „perplex“ gegen linke Lehrer-Doktrin, in: www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=256&Itemid=33. Die zweite Ausgabe ist nach JN-Angaben in einer Auflage von 40.000 erschienen. Vgl. Verbote, Beschlagnahmungen und Durchsuchungen sind Zeichen der Angst, in: www.jn-sachsen.de.

[20] Vgl. Hurra, der Schinderhannes ist da, in: http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=231&Itemid=33.

[21] Vgl. Erste Verteilaktion der Schülerzeitung „Titellose“ an Brandenburger Schulen durchgeführt, in: www.npd-kw.de/erste-verteilaktion-der-schulerzeitung-%E2%80%9Estachel%E2%80%9C-an-brandenburger-schulen-durchgefuhrt/92.

nuar 2008 in einer Auflage von 20.000 Exemplaren erschienen.[22] Gemessen an den Auflagen anderer Periodika innerhalb der Bewegung von rechts, handelt es sich um hohe Auflagen, zumal die Produkte nicht für eine bundesweite, sondern landesweite oder lokale Verbreitung vorgesehen sind.[23] Die erklärte Zielgruppe sind Jugendliche, wie Eigenbezeichnungen der Periodika als „Schüler-" oder „Jugendzeitschriften" im Titel oder in anderweitigen Erklärungen deutlich machen. Der ausdrückliche Bezug auf Schüler, Themenwahl, Gestaltung und die Tatsache, dass die Leserschaft in allen Periodika geduzt wird, sprechen dafür, dass die Zeitschriften Jugendliche im engeren Sinne (unter 18 Jahren) erreichen sollen. Dass die Verantwortlichen auch Kinder (unter 14 Jahren) im Blick haben, erscheint angesichts der Themenwahl unwahrscheinlich. „Objektiv" hat offenbar die Kernzielgruppe etwas enger eingegrenzt. In einer E-Mail, die der Anzeigenakquise dient, geben die Verantwortlichen an, „nach den Sommerferien an allen Gymnasien und an einigen Schulen im gesamten Kölnerstadtgebiet [sic]"[24] die Zeitung verteilen zu wollen. Ihnen steht offenbar eine tendenziell formal höher gebildete Leserschaft vor Augen.

Im Zusammenhang mit drei der sechs untersuchten Medien haben rechtliche Auseinandersetzungen stattgefunden. Für die erste Ausgabe der Zeitschrift „perplex" besteht ein allgemeiner Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Dresden vom 8. Januar 2008[25]. Diese war in Sachsen bereits zuvor beschlagnahmt worden, da die Generalstaats-

---

[22] Vgl. Die neue Schülerzeitung für Sachsen-Anhalt ist da!, in: www.jn-sa.de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=3&Itemid=6&limit=11&limitstart=11.

[23] Zum Vergleich: Das auflagenstärkste Periodikum des deutschen Rechtsextremismus – die „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung" – erscheint in einer Auflage von 40.000 Exemplaren. Das NPD-Organ „Deutsche Stimme", das bundesweit auch über Parteimitglieder hinaus vertrieben wird, hat eine monatliche Auflage von 21.000 Exemplaren; die Zeitschrift „Nation & Europa", die als wichtigstes Ideologieorgan gilt, eine Auflage von 18.000 Exemplaren. Das Fanzine „Nordwind", das seit 2005 existiert und damit zu den neusten Periodika für ein junges, rechtsextremistisches Publikum zählt, erscheint alle zwei Monate in einer Auflage von etwa 2.000 Exemplaren. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 96, 66, 138 und 112.

[24] Zit. nach Himmelrath (Anm. 18).

[25] Beschluss des Amtsgerichts Dresden vom 8.1.2008, Az: 2h Gs 2612/07.

anwaltschaft des Freistaats Inhalte der Zeitschrift als schwer jugendgefährdend bewertet hatte. Den Beschlagnahmebeschluss[26] gegen die im Dezember 2007 erschienene zweite Ausgabe hat das Bundesverfassungsgericht am 9. Juli 2008 aufgehoben und die Entscheidung an das Landgericht Dresden zurückverwiesen. Zudem hat die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien die erste Ausgabe im November 2007 indiziert.[27] Die Bundesprüfstelle prüfte auch eine mögliche Jugendgefährdung der Zeitung „Jugend Rebelliert". Die vom Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt angeregte Indizierung lehnte sie im Februar 2008 ab.[28] Gegen den Titel „stachel" hat sich der Berliner Landesverband von „Bündnis 90/Die Grünen" beim Landgericht Berlin erfolgreich zur Wehr gesetzt. Die „Grünen" hatten darauf verwiesen, dass sie bereits seit einigen Jahren ein Mitteilungsblatt unter dem Titel „stachel" herausgeben. Sie erwirkten im Oktober 2007 eine einstweilige Verfügung, die der NPD verbietet, ihre Zeitschrift unter diesem Titel zu verbreiten.[29] Die ansonsten mit der Druckausgabe identische Internet-Fassung benannte die NPD in „DER titellose" um.

6. Titel(seiten) und Editorials der Jugendzeitschriften

Titel und Titelseiten prägen den ersten Eindruck, den Printmedien beim Rezipienten hinterlassen – für die gewünschte Außenwirkung verdienen Diktion und nonverbale Symbolik an diesem Ort besondere Aufmerksamkeit. Teilweise mit dem Titel verbundene Hinweise auf das Selbstverständnis liefern auch Vorworte oder Editorials in den ersten Ausgaben der Periodika. Keine dieser Zeitschriften nimmt in ih-

[26] Beschluss des Landgerichts Dresden, 14. Strafkammer, vom 21.12.2007, Az: 14 Qs 7/07.

[27] Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien Nr. 5522 vom 8.11.2007, Az: Pr. 789/07.

[28] Entscheidung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien Nr. 5466 vom 28.2.2007, Az: Pr. 471/06. Vgl. auch: Indizierungsverfahren gegen JN-Schülerzeitung, in: www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=206&Itemid=1.

[29] Vgl. Johannes Boie/Frank Jansen/Matthias Jekosch, NPD darf Schülerzeitung nicht mehr vertreiben, 25.10.2007, in: www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2406339.

rem Titel eine eindeutige politische Positionierung vor[30], allerdings lassen vier Titel mehr oder minder deutlich darauf schließen, dass die Inhalte einem unterstellten Konsens der Etablierten und Mächtigen nicht entsprechen („Brennessel“, „Jugend Rebelliert“, „Schinderhannes“, „stachel“). In fast allen Fällen spielen Abgrenzung und Provokation als Mittel der Ansprache – spätestens im Editorial – eine wichtige Rolle.

Am deutlichsten gilt dies für den Titel „Jugend Rebelliert“, der einem Vers des Stücks „Rebellion“ der Rechtsrock-Band „Sleipnir“ entspricht. Ein Interview mit der Band ist in der Zeitung enthalten. Der Titel fordert zum Handeln auf, der Untertitel verstärkt die Zielrichtung des Handelns: „revolutionär – kritisch – kreativ“. Begriffe wie „revolutionär“ tauchen auf den Titelseiten der übrigen Periodika nicht auf – er lässt hier bereits erkennen, dass die Zeitung eine Umwälzung des bestehenden politischen Systems propagiert. Als einziges der untersuchten Periodika entspricht „Jugend Rebelliert“ gestalterisch eher einer Zeitung als einer Zeitschrift: Unter einem Titelkopf folgen der Aufmacher und ein Editorial. Letzteres kündigt in der Zeitung Themen an, die „oft unter die ‚political correctness‘ fallen, also nicht angesprochen werden sollen bzw. dürfen“, und ruft dazu auf, die Zeitung aktiv zu unterstützen, selbst wenn dies mit Unannehmlichkeiten verbunden sein dürfte: „Wenn morgen die Pauker Euch wegen der Verteilung dieser Zeitung vor Eurer Schule einen langen Vortrag halten, so glaubt ihnen kein Wort denn: Jugend Rebelliert!“[31]

„Schinderhannes“ greift die geläufige Bezeichnung des Straßenräubers Johann Bückler (1783–1803) auf, der als Helfer der Armen und Gegner der Obrigkeit überliefert ist. Die Hauptzeile der Titelseite „Jugend hat das Recht auf Widerstand!“ unterstreicht, dass der historische

---

[30] Dies ist keineswegs selbstverständlich: So weisen die Titel von Periodika aus der intellektuellen Neuen Rechten in der Regel Bezüge zur ideologischen Ausrichtung des Mediums auf. Beispielsweise ging der Titel des 2002 eingestellten Theorieorgans „Staatsbriefe“ auf so bezeichnete Manifeste Friedrichs II. zurück. Die Reichsidee im Sinne des Staufer-Kaisers wiederzubeleben war das erklärte Ziel der Zeitschrift. Deutlicher sind vielfach die Namen rechtsextremistischer Bands: zum Beispiel „Spirit of 88“, „Weisse Wölfe“, „Stahlgewitter“, „Zillertaler Türkenjäger“ oder „Aryan Brotherhood“.

[31] O.A., Erste nationale Schülerzeitung für Sachsen-Anhalt, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 1 (Fehler im Org.).

Sympathieträger als Vorbild im Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse herangezogen wird. Das Editorial konkretisiert die Feindbilder und greift typische Elemente zeitgenössischer rechtsextremistischer Agitation auf: „Warum eigentlich ‚Schinderhannes'? Der Schinderhannes kämpfte im Hunsrück vor etwa 200 Jahren gegen soziale Ungerechtigkeit und Fremdherrschaft. Heute müssen wir uns gemeinsam und entschlossen gegen die asoziale Politik der Versager in Berlin und Mainz wehren."[32] Das prägende Symbol der „Schinderhannes"-Titelseite ist die schwarze Fahne, die in links- wie rechtsautonomen Gruppen vorkommt. „stachel" verwendet dieselbe Abbildung kleiner auf der Titelseite.

„Brennsessel"[33] und „stachel" geben den vorsichtigen Titeln durch Untertitel eine provokantere Wendung: „Die, vor denen Eure Lehrer warnen" bzw. „Achtung, Verletzungsgefahr". Auch der unbestimmte Titel „perplex" wird durch den Untertitel „jung – frech – deutsch" konkretisiert, der die Erwartung unangepasster Inhalte verstärkt. In diesem Sinne baut das „Vorwort" einen Kontrast auf zwischen der Zeitschrift und den ihr nahe stehenden Lesern sowie „spießigen Paukern", die „Dir nur ihren eigenen linksextremen 68er-Schwachsinn eintrichtern wollen" und einem jugendlichen „Kriecher-Typ, der bloß nicht auffallen will".[34] Die von „perplex" repräsentierte Haltung er-

---

[32] Safet Babic, Hurra! Der Schinderhannes ist da!, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 2.

[33] Der Journalist Frank Jansen weist darauf hin, dass auch ein „antijüdisches Hetzblatt, das die Nazis schon vor 1933 vertrieben", den Titel „Brennessel" getragen habe. Vgl. Frank Jansen, Senat warnt vor NPD-Zeitung an Schulen, in: Der Tagesspiegel vom 20.10.2007, S. 9. Es ist denkbar, dass den heutigen Blattmachern dieser Hintergrund bewusst ist – dann wäre der Titel als codierte NS-Anleihe zu verstehen, die auf Insider einen zusätzlichen Reiz ausüben dürfte, sich den weitaus meisten Rezipienten allerdings nicht erschlösse. Die Verantwortlichen von „Brennessel" haben angekündigt, die Zeitschrift werde künftig unter anderem Titel erscheinen. Dem liegt der Hinweis zugrunde, „Bündnis 90/Die Grünen" vertrieben in Bayern eine Zeitschrift „Brennessel". Auf diese Weise sollen rechtliche Auseinandersetzungen wie im Fall von „stachel" vermieden werden. Vgl. Responses to „FKA: Neue nationale Schülerzeitung: BRENNESSEL an Brandenburger Schulen (12.10.07)", de.altermedia.info/general/fka-neue-nationale-schulerzeitung-brennessel-an-brandenburger-schulen-121007_11601.html.

[34] O.A., Vorwort, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 2.

scheint somit als eine, die sich von der Masse abhebt, auf Nachdenken und Nachfragen basiert, statt unreflektiert vorgegebene Meinungen zu übernehmen. Insofern nimmt sie eine tatsächliche Individualität und Aufgeklärtheit in Anspruch. In ähnlicher Weise richtet sich „stachel" im Editorial an das Publikum („Glaubt Ihr dem, was Eure Lehrer, machtgeile Politiker oder bezahlte ‚Antifaschisten" Euch über die NPD erzählen wollen?"[35]). Bei beiden Periodika fällt auf, dass der aggressiven Tonlage im Editorial eine Bildsprache und Diktion der Titelseiten gegenübersteht, die positive Botschaften in den Mittelpunkt rückt. Titelbild des „stachel" ist ein zuversichtlich und freundlich anmutendes (offenbar ethnisch deutsches) Mädchen, dem die Sprechblase hinzugefügt wurde: „Ich bleibe hier, ich packe an ... weil ich hier gebraucht werde. Meine Tat kann was verändern!" Eine vergleichbare Bildbotschaft verwendet „perplex": Die Zeitschrift kombiniert das Titelfoto, das zwei einander greifende Hände zeigt, mit den Zeilen „Wir bleiben hier!" und „Wir packen an!"[36]

Einzig „Objektiv" verzichtet im Titel, auf der Titelseite und im Editorial praktisch vollständig auf provokante Elemente. Vielmehr impliziert die Zeitschrift, neutrale, unparteiliche Information zu liefern. Im Editorial nimmt sie eine wahre Objektivität in Anspruch, an der es anderen Medien fehle: „Zum einen wollen wir ohne vorgefertigte Einheitsmeinung, wie im Fernsehen oder den anderen Mainstream-Medien, berichten, so objektiv es eben nur geht. Zum anderen wollen wir uns stets auf bestimmte Themenbereiche konzentrieren, sozusagen mit unserem Objektiv erfassen."[37] Entsprechend enthält die Titelseite keinen Hinweis auf die organisatorische Bindung des Blattes und keinerlei Symbolik, die auf eine Nähe zu (rechts)extremistischen Kreisen verweist. Die Vermutung liegt nahe, dass der Titel und dessen Interpretation auch der Immunisierung gegen Kritik an der Zeitschrift und ihrer (versteckten) Verbindung zur Organisation „pro Köln" dienen soll: Demnach käme die Kritik aus hinlänglich bekannten nichtobjektiven medialen Kreisen.

Alle übrigen Periodika enthalten auf dem Umschlag Logos, die die Bindung an die NPD bzw. deren Jugendorganisation „Junge National-

[35] Jörg Hähnel, Hallo, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 2.
[36] O.A., O.T., in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 1.
[37] O.A., Liebe Leser, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 3.

demokraten“ deutlich machen. Vergleichsweise zurückhaltend geschieht dies bei „perplex“ und „Brennessel“ auf der hinteren Umschlagseite. Gleichwohl ist der rechtsextremistische Hintergrund der Periodika überwiegend wenig augenfällig. Das Etikett „rechts“ taucht auf keiner Titelseite als Eigenbezeichnung auf – eine Positionierung auf der Rechts-Links-Skala deutet der Begriff „national(istisch)“ an: in Überschriften von „Jugend Rebelliert“ („nationale Schülerzeitung“) und „stachel“ („Darum sind wir Nationalisten“). In abgeschwächter Form gilt dies für den Begriff „deutsch“ – in „perplex“ im Untertitel und in der Ankündigung eines Beitrags („JN-Sachsentag. Unsere Lieder für Deutschland“) sowie in „stachel“ in der Ankündigung eines Beitrags, der den Aufkleber „Ich stehe zu meinem Land“ bewirbt. Der Aufkleber ist mit dem Hermannsdenkmal illustriert, auf der Titelseite klein abgedruckt und im Innern des Heftes zum Herausnehmen enthalten. Auf der Titelseite heißt es: „Bekenne Dich und zeig anderen, dass Du Deutschland beistehen wirst, wie Hermann der Cherusker es tat. Auf Dich kommt es an!“[38]

Abgesehen von Logos ist auf den Titelseiten keinerlei Symbolik zu finden, die eindeutig dem Rechtsextremismus zuzuordnen ist. Dies gilt auch für die Schrifttypen. Frakturschrift, die in rechtsextremistischen Publikationen nicht selten vorkommt und vermutlich (fälschlicherweise) NS-Assoziationen wecken soll, taucht auf keiner der Titelseiten auf (in „Brennessel“ allerdings auf der hinteren Umschlagseite[39]). Bemerkenswert ist die auf der Titelseite von „stachel“ prominent platzierte Ankündigung eines Beitrags, der vor dem Konsum von Drogen warnt. Auf rotem Grund oben links gesetzt und mit einer angedeuteten

[38] O.A., O.T., in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 1.

[39] Dass sich einige Rechtsextremisten des Symbolgehalts von Schrifttypen bewusst sind, zeigt ein Eintrag im Diskussionsforum „altermedia“: Der Autor beklagt die englischsprachige Überschrift „I love your data“ (die im Zusammenhang mit dem Titelthema Online-Durchsuchung ironisch gegen Bundesinnenminister Schäuble gerichtet ist) – „und das noch in Ami-Buchstaben. Wer kommt denn bloß auf so“n Scheix? [sic]“. Andere Diskussionsteilnehmer greifen die Frage der Anglizismen auf, die den Zielkonflikt zwischen politisch begründeter und Szene-Identität stiftender Sprachsymbolik (Anti-Anglizismen wie „Weltnetz“ und „Heimatseite“ zählen hinzu) und einer zielgruppenorientierten Publikumsansprache berührt. Der Moderator von „altermedia“ merkt an: „Anglizismen entsprechen nun mal dem Zeitgeist. Höchste Zeit sich daran zu gewöhnen.“ Vgl. Responses (Anm. 31).

Spritze illustriert, fällt die Überschrift „Keine Drogen!“ ins Auge. Diese Beispiele machen deutlich, dass bewusste Mäßigung in unterschiedlichen Graden auf allen Titelseiten erkennbar ist – am deutlichsten gilt dies für „Objektiv“ am schwächsten für „Jugend Rebelliert“. Regionale Bezüge sind Teil der zielgruppenorientierten Ansprache auf fünf von sechs Titelseiten der untersuchten Periodika. Hierzu zählen auch die Eigenbezeichnungen als „Jugendzeitung für Sachsen“ („perplex“), „erste nationale Schülerzeitung für Sachsen-Anhalt“ („Jugend Rebelliert“) und „Größte Kölner Schüler- und Jugendzeitung“ („Objektiv“).

7. Vernetzungsleistung

Wo stehen die untersuchten Periodika, und innerhalb welchen politischen Raumes möchten sie Brücken schlagen? Für diese Frage ist nicht nur die organisatorische Verankerung der Herausgeber und Autoren[40] relevant – Aufschluss geben auch positive Bezüge auf andere Personen und Organisationen in redaktionellen Beiträgen und Anzeigen. In letzterer Hinsicht ist zwischen Inseraten der Herausgeber selbst oder aus ihrem engsten politischen Umfeld (Eigenanzeigen) und sonstigen Inseraten (Fremdanzeigen) zu unterscheiden. Bei Eigenanzeigen liegt eine politische Nähe der Inserenten zur Publikation auf der Hand und ein persönlicher Kontakt zu ihren Verantwortlichen ist wahrscheinlich. Für Fremdanzeigen – für die in aller Regel ein Entgelt gezahlt wird – gilt beides grundsätzlich nicht. Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Vernetzungsrichtungen der untersuchten Medien erheblich. Die fünf aus der NPD stammenden Zeitschriften verweisen durchgängig positiv auf ihre eigene Partei („die Partei der Jugend“[41], „Die NPD nimmt sich Problemen an, von deren Existenz Politiker nicht einmal den Hauch einer Ahnung haben“[42]). Mitunter ist von der

[40] Die Beiträge sind nur in Ausnahmefällen namentlich gezeichnet, sodass über die Autoren kaum Aussagen getroffen werden können.

[41] O.A., Die NPD – die Partei der Jugend!, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 2-3, hier S. 2.

[42] O.A., Laaaaaaaangweilig! Politiker warnen schon wieder vor der NPD, in: Brennessel 1(2007), Nr. 1, S. 4-5, hier S. 4. Es ist bezeichnend, dass letzteres Zitat den Begriff „Politiker“ für NPD-Mandatsträger offenbar nicht gelten lässt.

NPD oder den JN in der ersten Person die Rede, sodass keinerlei Distanz zwischen Partei und Medium erkennbar ist („Denn wir [NPD] sprechen aus, was die meisten deutschen Schüler (bislang) nur denken“[43], „Wir Jungen Nationaldemokraten“[44]). Die meisten Anzeigen sind als Eigenanzeigen zu verstehen und werben für JN und NPD (darunter in vier Zeitschriften Anzeigen des NPD-nahen „Deutsche Stimme Verlags“ bzw. des „Deutsche Stimme Versands“) sowie für Gruppen und Organisationen, mit denen sich die Partei im „Nationalen Widerstand“ verbündet sieht, insbesondere für neonazistische Gruppen („freie Kräfte“). So veröffentlicht „stachel“ eine Anzeige „freier Kräfte“ aus Berlin, die zu einer Demonstration unter dem Motto „Für die Schaffung eines nationalen Jugendzentrums“ aufrufen.[45] „Jugend Rebelliert“ enthält einen Werbehinweis auf die rechtsextremistische Website antikap.de („Zukunft statt Globalisierung“), die sich als Kampagnenmedium gegen Kapitalismus und Globalisierung versteht.[46] Weitere Anzeigen stammen von Online-Versänden für rechtsextremistische Produkte aus dem Verbreitungsgebiet der Publikation („Jugend Rebelliert“[47]) sowie der „Heimattreuen Deutschen Jugend“, bei der personelle Überschneidungen mit der NPD vorliegen („Brennessel“[48]). Dagegen stellt „Objektiv“ in der untersuchten Ausgabe keinerlei Verbindung zu Organisationen und Medien mit deutlich rechtsextremistischem Hintergrund her.[49] Die Zeitschrift durchziehen dagegen lobende und werbende Hinweise auf „pro Köln“. Die Zeitschrift hält formale Distanz und spiegelt somit Unparteilichkeit vor – gleichzeitig stellt sie Nähe zu „pro Köln“ her durch positive Bezüge in redaktionellen Beiträgen, durch ein Interview mit dem Jugendbeauftragten der Organisation, das auch nach der Art der Fragen den Cha-

[43] Jörg Hähnel, Hallo, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 2.
[44] O.A., Kindesmissbrauch in Deutschland, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 7.
[45] O.A., Demo für die Schaffung eines nationalen Jugendzentrums, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 10.
[46] O.A., Zukunft statt Globalisierung, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 4.
[47] Vgl. o.A., OdinsEye-mailorder, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 7; o.A., Barbarossa Records & Versand, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 8.
[48] Vgl. o.A., www.heimattreue-jugend.de, in: Brennessel 1(2007), Nr. 1, S. 9.
[49] In Ausgabe 2, die im November 2006 erschien, veröffentlichte „Objektiv“ eine Anzeige der Zeitschrift „Nation & Europa“ (S. 11).

rakter einer Selbstdarstellung des Arbeitskreises „Jugend pro Köln“ hat, und durch ganzseitige Werbung für „pro Köln“, die als Anzeige gekennzeichnet ist.[50] Hinzu kommen drei Anzeigen für eigene publizistische Projekte von Funktionsträgern der Organisation sowie für die von „pro Köln“ geleitete Aktion „Bürgerbegehren gegen die Ehrenfelder Großmoschee“. Letztere ist mit einem redaktionellen Beitrag verknüpft, und beide binden das Zentralthema von „pro Köln“ – den Moschee-Bau in Köln-Ehrenfeld – in die Zeitschrift ein. Als einziges der untersuchten Periodika enthält „Objektiv“ in größerem Umfang bezahlte Fremdanzeigen: Dies gilt für die Inserate zweier örtlicher Tanzschulen, einer Fahrschule, eines Biergartens und einer Burschenschaft. Diese Inserate erfüllen offenbar einen doppelten Zweck: Nach eigenen Angaben bilden sie die finanzielle Basis der Zeitschrift und signalisieren andererseits auf in Schülerzeitungen übliche Weise eine Anerkennung des Projekts aus der lokalen Geschäftswelt. Spiegel-Online zufolge fühlten sich „einige Anzeigenkunden, die nicht aus dem rechten Umfeld stammen, angesichts der redaktionellen Inhalte massiv getäuscht“.[51]

Positive Bezüge finden sich auch auf Medien und Personen, die dem Rechtsextremismus fern stehen. Sie werden zustimmend zitiert, seltener auch ausdrücklich gelobt, um eigenen Aussagen eine scheinbare

---

[50] Diese Anzeige (S. 16) ist in der Druckfassung und den Internet-Ausgaben inzwischen in drei Varianten aufgetaucht, die sich in der Abbildung neben der Hauptzeile „Deutsch ist geil!“ unterscheiden. In der Druckfassung befindet sich dort das Foto einer leicht lasziv posierenden blonden jungen Frau. Im Internet wurde diese Abbildung einige Zeit später durch das Foto eines Schulbuches („Lesebuch für Volksschulen“) ausgetaucht. Der Hintergrund dürfte die Veröffentlichung von Spiegel-Online sein, dass es sich bei der jungen Frau um ein „tschechisches Erotik-Model“ handele, das Foto tauche auf entsprechenden Websites auf. Armin Himmelrat, Tschechisch ist geil, 1.9.2006, in: www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,434251,00.html. Inzwischen ist im Internet eine geringfügig anders gesetzte Fassung abrufbar. Sie zeigt neben dem Slogan wiederum das Foto einer jungen Frau, die ein T-Shirt der Organisation „pro Köln“ trägt. Es handelt sich offensichtlich um ein von der Organisation selbst produziertes Bild.

[51] Himmelrath (Anm. 18). Der Inhaber einer Fahrschule, die in „Objektiv“ inseriert hatte, distanzierte sich auch in einer Presseerklärung von der Zeitschrift. Vgl. Presserklärung zur neuen Schüler- und Jugendzeitung „Objektiv“, in: www.pro-drive-fahrschule.de/index.php4?page=e4vr (gelesen am 1.9.2006).

Seriosität zu verleihen.[52] Insbesondere werden Wissenschaftler oder demokratische Medien zitiert: zum Beispiel der Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Essen Prof. Faruk Sen[53], der Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer[54], „Sozialforscher der Universität Bielefeld“ (gemeint ist das Team um Prof. Wilhelm Heitmeyer)[55] sowie „Die Zeit“[56], der WDR[57] und „Deutschlandradio Kultur“[58] – dies steht im Kontrast zur klaren, mitunter aggressiven Frontstellung, die an anderen Stellen gegenüber den Massenmedien („Mainstream-Medien“) deutlich wird. Eine ähnliche Funktion dürften Zitatkästen haben, die in „Objektiv“ auffällig sind. Darin finden sich aphorismenartige Aussprüche von Intellektuellen wie Kurt Tucholsky und George Orwell.[59] In „Jugend Rebelliert“ gilt dies für ein Zitat Mahatma Gandhis.[60]

Inwiefern spiegeln die untersuchten Zeitschriften Kampagnenthemen der Bewegung wider? Tragen sie zu ihrer kulturellen Vernetzung bei bzw. diese Inhalte über die Bewegung hinaus? Beispiel 1: Die Agitation rechtsgerichteter Bewegungsmedien und anderer Akteure ist ohne deutlich gegen „Ausländer“ gerichtete Tendenzen zurzeit kaum vorstellbar. Entsprechend spielen ausgeprägte fremdenfeindliche Züge in allen sechs untersuchten Zeitschriften eine zentrale Rolle. Diese stehen in „Objektiv“ auch im lokalen Diskurszusammenhang um den Moschee-Bau in Köln-Ehrenfeld – in den NPD-Medien stehen sie in

---

[52] An dieser Stelle kann die Frage offen bleiben, inwieweit die Betreffenden falsch, unvollständig oder außerhalb des Zusammenhangs zitiert werden. Anhand der Angaben in den untersuchten Medien lässt sich dies praktisch nicht prüfen, wenngleich die Vermutung nahe liegt.

[53] Vgl. o.A., Die Konflikte verschärfen sich, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 1.

[54] Vgl. o.A., Ausländische Jugendkriminalität, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 12-13, hier S. 12.

[55] Vgl. o.A., Die NPD – die Partei der Jugend!, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 2-3, hier S. 3.

[56] Vgl. o.A., Political Correctness, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 7.

[57] Vgl. o.A., Ausländische Jugendkriminalität, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 12-13, hier S. 13.

[58] Vgl. o.A., Laaaaaaaangweilig! Politiker warnen schon wieder vor der NPD, in: Brennessel 1(2007), Nr. 1, S. 4-5, hier S. 6.

[59] Vgl. o.A., o.T., in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 3; o.A., o.T., in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 13.

[60] Vgl. o.A., Fremdenfeindliches und Befremdliches, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 6.

höherem Maße im Kontext der sozialen Frage und schüren diffuse Überfremdungsängste. „Überfremdung nimmt uns den Rest unserer Identität“[61], heißt es in „stachel“, und: „Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land“[62]. Einige Periodika behaupten eine Diskriminierung der ethnisch Deutschen, insbesondere von Schülern, die „nur noch Schüler 2. Klasse“ seien („stachel“[63]), sowie auf dem Arbeitsmarkt: „Die guten Jobs scheinen also für Ausländer reserviert zu sein, die geringbezahlten oder körperlich anspruchsvollen aber offenbar ebenso“ („perplex“[64]). „stachel“ fasst zusammen: „Den Preis [der Einwanderung] dürfen wir Deutsche mit Verlust unserer Ausbildungsplätze, unserer Arbeit, unserer Kultur und unserer Identität bezahlen.“[65] Als „vorbildlich!“ bezeichnet „Schinderhannes“ eine Regelung der russischen Regierung, derzufolge keine Ausländer als Verkäufer auf russischen Märkten arbeiten dürften. Die Regierung wolle „zuerst Arbeitsplätze für Einheimische schaffen“[66]. Dies spricht unmittelbar der NPD-Kampagne „Arbeit zuerst für Deutsche“.

Das Thema Ausländer steht in „Objektiv“ im Zusammenhang mit Jugendkriminalität und sexueller Belästigung deutscher Mädchen. Entsprechende Inhalte treten hier vorwiegend in Form der Islamophobie[67] auf und sind – im Kontext von „pro Köln“ kaum überraschend – von Generalisierungen geprägt. Das Heft entwirft ein Stereotyp des jungen, türkischstämmigen Moslems, der in der fiktiven Kurzgeschichte „Jessika und Ali“ das deutsche Mädchen belästigt. Bezeichnend sind Gedankengänge der Figuren, die folgendermaßen wiedergegeben werden: Ali – „Oh Mann, scheiße Alter: geile Braut –, die einmal ficken,

---

[61] O.A., Nationalismus ist Mädchensache, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 6-7, hier S. 7.

[62] O.A., Deutscher Kulturkampf, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 10-11, hier S. 10.

[63] O.A., Bildung steht Kopf, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 8-9, hier S. 8.

[64] O.A., Das Pisa-Desaster der Altparteien und Linkslehrer, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 5-6, hier S. 6.

[65] O.A., Deutscher Kulturkampf, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 10-11, hier S. 10.

[66] O.A., Kurz&Knapp, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 6.

[67] Islamophobie kann definiert werden als „die Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten“. Wilhelm Heitmeyer/Jürgen Mansel, Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Unübersichtliche Perspektiven, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M. 2008, S. 13-35, hier S. 19.

man, das wäre geil: Ihr Arsch, die dicken Titten, die Haare, – das geht ab ...“[68] Jessika – „Vielleicht hat Mutter ja doch Recht, wenn sie sagt, dass viele Moslems ihren sexuellen Kohldampf auf unseren Straßen vor sich herschieben und keine Grenzen bei Mädchen akzeptieren“[69].

Ein weiteres Leitmotiv der Zeitschriften ist das Thema Meinungsfreiheit. In diesem Zusammenhang ist die Verwendung des Begriffs „Demokratie“ bemerkenswert – Ähnliches gilt für „Freiheit“. Die Zeitschriften beziehen sich durchweg positiv auf diesen Begriff – als demokratiefeindlich wird nicht das eigene politische Lager gekennzeichnet, vielmehr wird der Vorwurf gegen die politischen Verantwortungsträger gewandt, gegen die Medien oder einen unterstellten linksgerichteten Zeitgeist. Dies geschieht mitunter nicht ausdrücklich, sondern durch ironische Wendungen: „Jugend Rebelliert“ spricht von den „feinen Demokraten, die versuchen Sachsen-Anhalt zu regieren“[70], aber auch von „Pseudodemokraten“[71] und – bezogen auf die USA und ihre Verbündeten – von „angebliche® Demokratie“[72]. Gegen die deutsche Justiz gewandt, ist von einem „Klima der Volksverhetzung und Verleumdung“[73] die Rede – Straftäter im wahren Sinne sind demnach der Staat und andere politische Gegner. „Brennessel“ geht weiter, formuliert die Position aber in Frageform: „Wo besteht da eigentlich noch der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur?“[74], fragt die Zeitschrift angesichts der Tatsache, dass alle anderen im brandenburgischen Landtag vertretenen Parteien geschlossen gegen Anträge der DVU stimmten. Auch hier hat der Begriff Demokratie einen ironischen Unterton. Ausdrücklich stellt „perplex“ die Systemfrage – in einer Überschrift in bekannter Diktion: „Das System hat keine Fehler,

---

[68] Martina Arnold, Jessika und Ali, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 18-19, hier S. 18.

[69] Ebenda, S. 19.

[70] O.A., Ein nüchterner Ausblick auf Sachsen-Anhalt, in: Jugend Rebelliert 1(2006), S. 2.

[71] O.A., Offene Diskussion der JN an Deiner Schule, in: Jugend Rebelliert 1(2006), S. 8.

[72] O.A., Der Wolf im Schafspelz, in: Jugend Rebelliert 1(2006), S. 2 und 4, hier S. 4.

[73] O.A., Fremdenfeindliches und Befremdliches, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 6.

[74] O.A., Laaaaaaaangweilig! Politiker warnen schon wieder vor der NPD, in: Brennessel 1(2007), Nr. 1, S. 4-5, hier S. 5.

das System ist der Fehler!“. Im Text heißt es, von einer „Demokratie, in der das Volk das Sagen hat, sind wir heute meilenweit entfernt“. Die Medien wollten darüber bestimmen, „was wir zu sagen und zu denken haben“[75]. Solchen „Denkverbote(n) und Tabus“ („stachel“[76]) stellen die Jugendzeitschriften – explizit oder implizit – eine eigene Freiheitssehnsucht gegenüber: „Unsere Sprache ist nicht die Lügenrede im Fernsehen, sondern das freie Wort und das freie Lied („Schinderhannes“[77]).

Bezüge auf den historischen Nationalsozialismus sind verhältnismäßig selten. Eine sehr markante Ausnahme ist der Beitrag „Der Krieg, der viele Väter hatte!“ in „perplex“, der maßgeblich zur Indizierung und zum allgemeinen Beschlagnahmebeschluss beigetragen hat. Der Artikel versammelt typische geschichtsrevisionistische Elemente, mit Ausnahme der ausdrücklichen Holocaust-Leugnung. Er ruft die Leser dazu auf, das Thema „Kriegsschuldfrage“ im Unterricht anzusprechen – nicht zuletzt, weil dies die Lehrer „auf die Palme bringen“ könne. In launigen Worten warnt der Beitrag davor, den Holocaust im revisionistischen Sinne zu thematisieren: Dies empfehle sich nur, „wenn man im weiteren Leben keinen tieferen Sinn mehr sieht, unbedingt noch am selben Tag von der Schule fliegen und nach einem drei- bis fünfjährigen Sanatoriumsaufenthalt im kanadischen Saskatchewan den Urwald roden helfen möchte“[78]. Den Verlauf des Zweiten Weltkriegs stellt der Text zunächst nach angeblich „offizieller Lesart“ dar und webt Formulierungen ein, die aus Verlautbarungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr bekannt sind: Ein „Gefreiter namens Adolf“ habe „in Polen ‚mehr Verantwortung übernehmen‘“ wollen, „kam dann aber später doch zu der Überzeugung, daß ‚die deutschen Interessen“ wenigstens am Ural ‚verteidigt werden müßten‘“. Auf diese Weise vermischt der Beitrag widersprüchliche Botschaften: die Anklage heutiger Auslandseinsätze, die dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gleichgesetzt werden, und die Verharmlosung des Zweiten Weltkriegs. Im Folgenden wird der Text konkreter, und be-

[75] O.A., Vom Freistaat zum Geisterstaat, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 3-4, hier S. 4.
[76] Jörg Hähnel, Hallo, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 2.
[77] O.A., Schulhof-CD, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 6.
[78] O.A., Der Krieg, der viele Väter hatte, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 12-14, hier S. 12.

hauptet beispielsweise, Hitler habe vor dem Einmarsch in Polen „verzweifelt versucht, den Frieden zu retten“, spricht in üblicher Szene-Diktion vom „Friedensflug von Rudolf Heß“, der sich an zahlreiche Friedensangebote der deutschen Seite angeschlossen habe, und stellt den Russlandfeldzug als Präventivkrieg dar („Und wer weiß, daß die Russen mit über 4 Millionen Soldaten an der damaligen deutsch-russischen Grenze aufmarschiert waren, um dem Deutschen Reich vertragsbrüchig in den Rücken zu fallen?“[79]). Der Autor trägt seine Behauptungen mit der Geste des Enthüllers spektakulärer Tatsachen vor, die andere (linke Lehrer, Kriegs-Gewinner) aus ideologischen - oder Dominanz-Gründen unterdrückten. Auf dieser Basis fordert er ein grundlegend neues Geschichtsbild ein. Einen bemerkenswerten Bezug auf den Nationalsozialismus nimmt auch ein Mitglied der Band „Sleipnir“ im Interview mit „Jugend Rebelliert“ vor. Formal lässt er die Bewertung des NS offen: „Ob das System nun gut oder schlecht war soll jeder für sich selbst entschieden!“[80] Demnach ist eine positive Bewertung legitim – das Zitat lässt sich auch als Strafvermeidungsstragie verstehen, um nicht mit § 130 Abs. 4 StGB in Konflikt zu geraten, der die öffentliche Verherrlichung des Nationalsozialismus unter Strafe stellt.

In „stachel“ und „Schinderhannes“ spielt zudem das Thema Drogen eine prominente Rolle. Es wird in „Schinderhannes“ nicht nur mit dem Vorwurf verbunden, die „herrschende Klasse“, insbesondere die (rheinland-pfälzische) Regierung, unternehme nichts gegen grassierenden Drogenkonsum. Die Zeitschrift unterstellt auch in verschwörungstheoretischer Manier den Machterhalt als Motiv: „Eine zugedröhnte und vernebelte Jugend hat kein Interesse und keine Kraft, den nationalen Befreiungskampf zu organisieren.“[81] Das Thema ist in „Schinderhannes“[82] ebenso wie das Thema Kindesmissbrauch in „Jugend Rebelliert“[83] mit der Forderung nach der Einführung der Todes-

[79] Ebenda, S. 14.
[80] O.A., Interview mit der Band Sleipnir, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 4-5, hier S. 5.
[81] O.A., Drogensumpf trockenlegen und Perspektiven schaffen, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 5.
[82] Vgl. ebenda
[83] Vgl. o.A., Kindesmissbrauch in Deutschland, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 7.

strafe verbunden. „Todesstrafe für Kinderschänder“ ist ein in Teilen des Rechtsextremismus seit einigen Jahren verbreitetes Kampagnenthema – als „Todesstrafe für Kindermörder“ findet es sich auch auf einem T-Shirt wieder, das der DS-Versand in „stachel“ bewirbt[84]. Beiträge, die nur am Rande oder gar keine politische(n) Bezüge haben, finden sich fast ausschließlich in „Objektiv“. Das Heft enthält beispielsweise Freizeittipps für Köln und Umgebung („Canyon Chorweiler“, „Sea Life“[85]).

Praktisch alle Periodika bemühen sich, die Leser einzubinden und Aktion anzustoßen. Dies geht in „Jugend Rebelliert“ und „Schinderhannes“ bereits aus dem Editorial hervor – in letzterer Zeitschrift heißt es: „Eure Meinung interessiert uns. Auf Eure Mitarbeit freuen wir uns noch mehr! Schreibt uns, was Euch unter den Nägeln brennt.“ „Objektiv“ ruft in einer auffälligen Eigenanzeige zur Beteiligung auf: „Die größte Kölner Schüler- und Jugendzeitung Objektiv sucht ehrenamtliche Autoren und Reporter“[86], und nennt Kontaktmöglichkeiten zur Redaktion. „Jugend Rebelliert“ fordert die Leser darüber hinaus auf, Vertreter der JN in den Unterricht einzuladen: „Das Thema kann frei gewählt werden! Du brauchst allerdings die Erlaubnis des Lehrers bzw. Deiner Schule. Also: Fragt sie! Und lasst Euch nicht mit irgendwelchen Ausreden abspeisen.“[87] Die Verfasser rechnen sicherlich nicht mit tatsächlichen Einladungen – stellen sich aber als dialogbereit vor und dürften darauf setzen, einzelne Lehrer und Schulleitungen in die Defensive zu bringen. „Schinderhannes“ enthält nicht nur einen Coupon, um die Schulhof-CD der NPD kostenlos zu bestellen („Mit neuen Liedern und Provokations-Garantie!“), sondern bietet auch an: „(L)adet uns einfach ein, vor Eurer Schule die CD zu verteilen.“[88] Jugendzeitschriften könnten für die Verantwortlichen also ein Weg sein, mit Rezipienten in näheren Kontakt zu kommen, deren Anbindung an

[84] O.A., O.T., in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 4.

[85] Vgl. o.A., Klettern im Canyon Chorweiler, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 6; O.A., Sea Life Aquarium in Königswinter: Spannende Unterhaltung für die ganze Familie, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 10-11.

[86] O.A., O.T., in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 15.

[87] O.A., Offene Diskussion der JN an Deiner Schule, in: Jugend Rebelliert 1(2006), S. 8.

[88] O.A., Schulhof-CD, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 6.

die Szene zu stärken und – möglicherweise mit ihrer Hilfe – Aktionen vor Ort vorzubereiten.

8. Symbolische Integration durch Jugendzeitschriften

Als begrifflich-symbolische Foki der Bewegung von rechts haben sich in der Vergangenheit ein ethnisch definierter Begriff der „Nation“ und ein mythologisierten Deutschland-Begriff herausgestellt, die in ihrer Kombination der Ideologie des „völkischen Nationalismus“ entsprechen.[89] Welche Rolle spielen diese Begriffe in den untersuchten Jugendzeitschriften? In den NPD-Zeitschriften ist „national“ als Zentralbegriff unübersehbar. In „Brennessel“ und „stachel“ fällt die offensive Selbstkennzeichnung als „Nationalisten“ auf – etwa in der Überschrift „Darum sind wir Nationalisten“. Die Bezeichnung ist hier ein euphemistisches Etikett für rechtsextremistische Akteure und Ziele. In „stachel“ heißt es: „Nationalismus ist nun nichts anderes, als ein Bekenntnis zu seiner Eigenart und ein Streben nach Unabhängigkeit, Einheit und Freiheit. Dieses Streben der Völker können wir auf der ganzen Welt beobachten.“ Eine „national(istisch)e“ Haltung im Sinne des Heftes erscheint unbedenklich, geradezu selbstverständlich. Die Begriffsverwendung knüpft am Konzept des Ethnopluralismus an, das nicht auf unterschiedliche Wertigkeiten ethnischer Gruppen abstellt, sondern auf unüberbrückbare Differenzen und aus ihnen die Notwendigkeit räumlicher, zumindest kultureller, Trennung ableitet: „Wir sagen nicht: ‚Wir sind höherwertig“, sondern wir sagen: ‚Wir sind anders“. Das Recht ‚anders“ zu sein, gestehen wir jedem Volk dieser Welt uneingeschränkt zu.“[90] Mit diesem Thema spricht die Zeitschrift in einem weiteren Beitrag gezielt Mädchen an („Nationalismus ist Mädchensache“, „Reihe Dich mit ein, Du – deutsches Mädchen“[91]). Genauere Hinweise, wie der Begriff „Nation“ zu verstehen sei, liefern die Zeitschriften nicht. Auch wenn sie es an anderer Stelle expliziert (zum Beispiel im Parteiprogramm), versteht es sich für die NPD von selbst, dass die Zugehörigkeit zur Nation ausschließlich ethnisch, das

[89] Vgl. Pfeiffer (Anm. 6), S. 406.
[90] O.A., Darum sind wir Nationalisten..., in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 3-4, hier S. 3.
[91] O.A., Nationalismus ist Mädchensache, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 6-7, hier S. 7.

heißt exklusiv, verstanden wird. Einen Hinweis, dass staatsbürgerliche Kategorien bedeutungslos sind, liefert „Brennessel“ in einer Warnung vor steigenden Ausländeranteilen in deutschen Städten. Demnach liegt der Ausländeranteil in Stuttgart bei 40 Prozent, in Frankfurt am Main bei 39,5 Prozent und in Nürnberg bei 37 Prozent.[92] Tatsächlich geben die Zahlen den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wieder, die Personen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft umfasst.[93]

„Schinderhannes“ gibt dem Begriff eine kämpferische Wendung, in Wortverbindungen wie „nationale Fundamental-Opposition“[94] oder der – in NPD-Kreisen und neonazistischen Kameradschaften verbreiteten – Formulierung „nationaler Widerstand“[95]. In die begriffliche Nähe zum Nationalsozialismus kommt allein „Jugend Rebelliert“ mit der Forderung nach einem „sozialen Nationalismus“[96]. Dem Begriff „national“ trauen die Verfasser offenbar mehr Breitenwirkungspotenzial zu als dem (stigmatisierten) Etikett „rechts“: Die Rede ist allgemein von „nationale® Politik“[97], „nationalgesinnte(n) Deutsche(n)“[98], „nationalen(n) Parteien, Gruppen und Jugendliche(n)“[99] oder der „na-

---

[92] Vgl. o.A., Schon gewusst???, in: Brennessel 1(2007), Nr. 1, S. 3.

[93] „Brennessel“ nennt keine Quelle dieser Zahlen. Aller Wahrscheinlichkeit nach gehen die Angaben auf eine Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 4. Mai 2007 zurück. Darin nennt das Amt Daten aus dem Mikrozensus 2005 zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Pressemitteilung macht den Unterschied zwischen dem Ausländeranteil und dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich. Vgl. Neue Daten zur Migration in Deutschland verfügbar. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 183 vom 4. Mai 2007, in: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2007/05/PD07__183__12521,templateId=renderPrint.psml.

[94] O.A., Die NPD – die Partei der Jugend!, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 2-3, hier S. 2.

[95] O.A., Drogensumpf trockenlegen und Perspektiven schaffen, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 5.

[96] O.A., Die Realitäten im BRD-System, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 3.

[97] O.A., Schulhof-CD, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 6.

[98] O.A., Kindesmissbrauch in Deutschland, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 7.

[99] O.A., Fremdenfeindliches und Befremdliches, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 6.

tionalen Bewegung“[100] und im Besonderen von „nationalen Verlagen“[101], „nationale(n) Musikkonzerte(n)[102], „nationalen Musikgruppen“[103] sowie „systemkritische(n)“ und „nationalgesinnte(n) Texte(n)“[104]. Dagegen kommt die Bezeichnung „rechts“ seltener vor als erwartet. Selbst die ambivalente Verwendung, die sich in anderen rechtsgerichteten Bewegungsmedien feststellen ließ – der Begriff war zwar nicht offensive Selbstbezeichnung, aber positiver Bezugspunkt[105] –, tritt in den parteinahen Jugendzeitschriften kaum auf. „Rechts“ kommt fast ausschließlich als unzulässige Zuschreibung von außen vor: „Brennessel“ spricht von der „so genannte(n) ‚Gefahr Rechtsextremismus‘“[106]. NPD und DVU werden dort als „rechtsextreme Parteien“ bezeichnet – in Anführungszeichen, damit greift die Zeitschrift die geläufige Formulierung auf und distanziert sich gleichzeitig – noch deutlicher durch das Wortspiel: „Die NPD hat lediglich extrem Recht! Das macht sie vermutlich so ‚gefährlich‘...“[107] Im Duktus des untersuchten Samples ist es ungewöhnlich, wenn der Jugendbeauftragte von „pro Köln“ im „Objektiv“-Interview auf die Frage, warum er sich der Organisation angeschlossen habe, angibt, es liege in seiner Familie, „am rechten Ufer zu schwimmen“[108].

Auch der Begriff „Deutschland“ steht hinter „national“ zurück. Er fällt in der „pro Köln“-Anzeige in „Objektiv“ in der launig-provokanten Persiflage eines bekannten Werbeslogans auf: „Deutsch ist geil!“[109], in

---

[100] O.A., Nationalismus ist Mädchensache, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 6-7, hier S. 6.

[101] O.A., Der Krieg, der viele Väter hatte!, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 12-14, hier S. 12.

[102] O.A., Drogensumpf trockenlegen und Perspektiven schaffen, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 5.

[103] O.A., JN-Sachsentag, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 8-9, hier S. 8.

[104] O.A., Interview mit der Band Sleipnir, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 5.

[105] Vgl. Pfeiffer (Anm. 6), S. 406.

[106] O.A., Laaaaaaaangweilig! Politiker warnen schon wieder vor der NPD, in: Brennessel 1(2007), Nr. 1, S. 4-5, hier S. 4.

[107] Ebenda, S. 5.

[108] O.A., Köln ist nicht Spielplatz der Alt-68er!, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 14-15, hier S. 14.

[109] O.A., Hast auch Du den Eindruck, dass in Köln einiges schiefläuft?, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 16.

offensichtlich mythologisierter, pathetischer Form ist er insgesamt nicht allzu häufig. Versteht man dies als bewusste Zurückhaltung, so hilft sie den Eindruck einer schwülstigen, deutschtümelnden Haltung zu vermeiden. Im überwiegend saloppen Kontext der Jugendzeitschriften könnte dies irritieren. Allerdings wird der Begriff verschiedentlich mit dem Bekenntnis verbunden, stolz ein Deutscher bzw. auf Deutschland sein.[110] Eher eine Ausnahme stellt die unübersehbare Mythologisierung in „stachel" dar – die Zeitschrift verbindet die Slogans „Ich stehe zu meinem Land" und „Hier ist Deutschland" mit der Illustration des Hermannsdenkmals und ausdrücklichen Bezügen auf diese Figur: „Hermann der Cherusker befreite im Jahre 9 unser Land von den Römern und einigte die deutschen Stämme zum Volk. Auch wir müssen uns von politischer, wirtschaftlicher, militärischer und kultureller Fremdbestimmung befreien. Wir wollen eine selbstbestimmte Nation werden."[111] Die ahistorische Parallele schafft einen Heldenmythos, der in die Gegenwart reicht und mit dem sich die Zeitschrift umgibt. Das Bekenntnis zum eigenen Land bzw. zum ethnisch verstandenen Deutschtum verbindet sich auch durch die Pose der Illustration – die Hermannsfigur mit in die Luft gestrecktem Schwert – mit Kampfsymbolik und -rhetorik. Ausdrückliche Kampfrhetorik ist weniger für „stachel" typisch als für die von einem schärferen und appellatorischen Ton geprägten Jugendzeitschriften „Jugend Rebelliert" und „Schinderhannes".

Integration kann auch von der gemeinsamen Abgrenzung gegenüber (politischen) Gegnern ausgehen. Als solche treten in den untersuchten Zeitschriften vor allem der Staat und seine Eliten (Establishment) auf: die „herrschende Klasse"[112], „machtgeile Politiker"[113], „Polit-Bonzen"[114] und „aalglatte Berufslügner"[115]. Für die implizite oder explizite Dualität aus Altem, Statischem und dem Volk Entfremdeten (Sys-

[110] Vgl. o.A., Schulhof-CD, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 6; O.A., Ein nüchterner Ausblick auf Sachsen-Anhalt, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 2.

[111] O.A., Ich stehe zu meinem Land, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 9.

[112] O.A., Ein nüchterner Ausblick auf Sachsen-Anhalt, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 2.

[113] Jörg Hähnel, Hallo, in: stachel 1(2007), Nr. 1, S. 2.

[114] O.A., Die Regierung betrügt, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 10-11, hier S. 11.

[115] O.A., Mitglied werden!, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 7.

tem) sowie der eigenen Gruppe als kreativer, dynamischer Kraft steht auch die Bezeichnung der Parteien in der Kölner Kommunalpolitik (außer „pro Köln“) als „Altparteien“, die mit den Blockparteien der DDR verglichen werden („Objektiv“[116]).

Nonverbale Zeichen, die auf einen rechtsextremistischen Hintergrund der Zeitschriften schließen oder diesen vermuten lassen, sind – abgesehen von NPD- oder JN-Logos – selten. Zu den Ausnahmen zählt das zwölfspeichige Sonnenrad, das als prägendes Symbol der Anzeige eines Online-Vertriebs aus Sachsen-Anhalt in „Jugend Rebelliert“ vorkommt.[117] Dieses Zeichen wird in der rechtsextremistischen Szene als „Schwarze Sonne“ bezeichnet und ist als Bodenmosaik im Obergruppenführersaal der Wewelsburg bei Paderborn zu finden, die als Schulungs- und Repräsentationsstätte der SS diente.[118] Die Farbsymbolik der Zeitschriften ist teilweise überraschend. Im Kontext der NPD sind Schwarz-Weiß-Rot zu erwarten: Diese Farben entsprechen dem als Corporate Design festgelegten Parteilogo[119], andererseits sind sie in Kreisen des „Nationalen Widerstandes“ aus politischen Gründen sehr viel beliebter als diejenigen der Bundesflagge. Sie grenzen symbolisch vom heutigen deutschen Staat ab und lassen nonverbale Verbindungen zum Nationalsozialismus zu. Zwar kommen die Farben Schwarz-Weiß-Rot in den farbig gedruckten NPD-Jugendzeitschriften als Ge-

---

[116] O.A., Köln ist nicht Spielplatz der Alt-68er!, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 14-15, hier S. 14.

[117] Vgl. o.A., Barbarossa Records & Versand, in: Jugend Rebelliert 1(2006), Nr. 1, S. 8.

[118] Zur Wewelsburg vgl. Wulf E. Brebeck, Wewelsburg – Erinnerungskultur und Schatten rechtsextremer Mythen, in: Christian Mühldorfer-Vogt/Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Geschichte und Propaganda. Die Ottonen im Schatten des Nationalsozialismus, Halle (Saale) 2005, S. 85-112.

[119] Das Corporate Design hat die Parteiführung seit 1998 zunächst mit Mühen, inzwischen weitgehend erfolgreich in der Partei durchgesetzt. Es sieht standardisierte Gestaltungselemente vor, die ein Layout schaffen, das Modernität signalisiert und die Verbindung von Medium und Partei auf Anhieb erkennbar macht. Zu diesen Elementen zählen die Töne Schwarz, Weiß und Rot, das Logo „NPD. Die Nationalen“, die Einheitsschrifttype „Impact“, ein asymmetrisches rotes Dreieck oben links sowie eine Gestaltung mit viel weißem Raum. Das Logo ersetzt mehrere konkurrierende Embleme. Eines davon enthielt ein Herz in den Farben Schwarz-Rot-Gold und den Leitspruch „Ein Herz für Deutschland“. Vgl. Pfeiffer (Anm. 6), S. 140.

staltungselement vor, allerdings ist es unwahrscheinlich, dass sie hier als bewusste Symbolik verwandt und von Außenstehenden entsprechend erkannt werden. „perplex“ und „stachel“ sind bereits auf dem Titelblatt mit mehreren kräftigen Farbtönen gestaltet, darunter Schwarz, Rot und Gold bzw. Gelb. Es ist nicht eindeutig, ob auf diese Weise die Bundesflagge aufgegriffen werden soll. Sie taucht in „perplex“ auf einem prominent platzierten Foto vom Sachsentag der JN auf, zudem in der zweiten Ausgabe auf dem Titelbild, verbunden mit der Aussage „Deutschland läßt sich nicht verbieten!“

Es ist davon auszugehen, dass die Vermeidung einer klaren Schwarz-Weiß-Rot-Symbolik und ein vorsichtiges Aufgreifen der Bundesflagge in einigen NPD-Zeitschriften zur Wahrnehmung als moderate Publikationen beitragen sollen. Dagegen kommt die Schwarz-Weiß-Rot-Symbolik in „Objektiv“ erwartungsgemäß nicht vor. Sie spielt im Kontext von „pro Köln“ keine Rolle und würde die Bemühungen der Organisation konterkarieren, zum rechtsextremistischen Spektrum verbale und symbolische Distanz zu halten. Stattdessen greifen die Schlagzeile „Fußballfieber in Köln. Megaparty in Schwarz-Rot-Gold“ und das Foto eines Public-Viewing unweit des Kölner Doms mit wehenden Deutschlandfahnen die mitunter als „Partypatriotismus“ bezeichnete öffentliche Präsenz der Bundesflagge während der Fußballweltmeisterschaft 2006 auf. Diese auch an anderer Stelle im Heft enthaltene Farbsymbolik zeigt ein Bekenntnis zum Staat Bundesrepublik Deutschland an, sie ist im Kontext der WM darüber hinaus mit einem Bezug zum eigenen Land verknüpft, der allenfalls am Rande von offensichtlichem Chauvinismus geprägt war. In diesem Sinne gemäßigt patriotisch zu sein entspricht der gewünschten Außenwirkung von „Objektiv“.

9. Professionalität der Jugendzeitschriften

Der professionelle Hintergrund eines Mediums lässt sich zunächst anhand der Qualifikationen der Redaktionsmitglieder bemessen. Soweit diese bekannt sind, ist nicht von einer formalen publizistischen/journalistischen Qualifikation oder einer entsprechenden beruflichen Tätigkeit auszugehen. Die grafischen Gestalter sind nicht genannt, in dieser Hinsicht erscheint in einzelnen Fällen ein professioneller Hintergrund möglich. Ihrer optischen Professionalität nach las-

sen sich die sechs Publikationen in drei Gruppen einteilen: „Brennessel“ und „Jugend Rebelliert“ weisen eine geringe Professionalität auf, mittlere gilt für „Objektiv“ und „Schinderhannes“, die optische Professionalität von „perplex“ und „stachel“ ist bemerkenswert hoch. „Brennessel“ und „Jugend Rebelliert“ sind die einzigen Publikationen des Samples, die nicht vierfarbig gedruckt sind: erstere schwarz-weiß, letztere zusätzlich mit roten Elementen. Ein durchgängiges Gestaltungskonzept von „Brennessel“ ist nicht erkennbar. Das Heft changiert zwischen einer boulevardesken Aufmachung mit teils sehr großen Schlagzeilen und vermischten Seiten, auf denen Textelemente, Zeichnungen und Fotos weitgehend wahllos verteilt sind. Das Blatt erinnert am deutlichsten an eine mit einfachen Mitteln produzierte Schülerzeitung. „Jugend Rebelliert“ basiert auf einem strengen, gedrängten Blockumbruch, auf Textelementen ohne optische Gliederung und Überschriften in stets gleicher, allzu kleiner Schriftgröße. Blickfänge, die zum Einstieg in die Zeitung oder einzelne Seiten animieren, sind praktisch nicht vorhanden.[120] „Objektiv“ und „Schinderhannes“ sind konsistenter gestaltet: Sie orientieren sich am Blockumbruch, der nur selten aufgehoben wird.

Auch durch die vergleichsweise wenigen jugendaffinen Gestaltungselemente wirken die Seiten eher statisch. Insbesondere „Schinderhannes“ bietet allerdings eine klare Orientierung und strukturiert die Texte mit farbigen Unterlegungen, Gliederungspfeilen, Balken und Zwischenzeilen. Auch durch die Beschränkung auf zwei Überschriften-

[120] Die mangelnde Professionalität des Heftes wurde szeneintern wahrgenommen. Im Internet-Forum „altermedia“ finden sich zahlreiche kritische Kommentare: „Das Layout und die Qualität ist ja ziemlich schlecht“, „[s]ieht aus wie ein Fanzine von Anfang der Neunziger“, „Aufmachung wirkt wirklich etwas billig“. Ein Teilnehmer weist darauf hin, die Verantwortlichen hätten die personellen Möglichkeiten der Szene nicht ausgeschöpft: „Gute Grafikdesigner im nationalen Spektrum gibts doch auch, die sicher gerne mal einen ihrer Entwürfe entsprechend genutzt sehen.“ Ein anderer widerspricht: „Das Layout finde ich eher geschickt als billig: Vermittelt ein bischen ‚Untergrundimage“, was Jugendliche vielleicht eher anspricht als ein Hochglanzheft.“ In einem die Diskussion beschließenden Statement weist ein Vertreter des NPD-Ortsbereichs Strausberg, in dem „Brennessel“ entstanden ist, auf begrenzte finanzielle Ressourcen hin, kündigt weitere Ausgaben an und dass sich mit jedem Heft „die Qualität der Aufmachung, aber auch des redaktionellen Inhaltes verbessern“ werde. Responses (Anm. 31), Fehler im Original.

Typen wirkt die Zeitschrift einheitlicher und generell professioneller, während alle Überschriften in „Objektiv“ in unterschiedlichen Schriftarten und daher planlos erscheinen. Beide Zeitschriften enthalten ganzseitige Comic- oder Karikatur-Elemente – ansonsten verwenden sie Symbolfotos oder Werbefotos (in „Objektiv“ ohne Bildzeilen), die kaum zum Einstieg in die Seiten verleiten dürften. Dies gilt auch für das symbolträchtige, statische Titelbild des „Schinderhannes“: die schwarze Fahne. „stachel“ und „perplex“ besitzen gleichermaßen ein konsistentes, klares Gesamtdesign – in beiden Zeitschriften sind jugendaffine Gestaltungsmittel prägender als in den übrigen untersuchten Periodika. Alle Seiten in „stachel“ sind schräg gesetzt und wirken dynamisch. Auch dadurch, dass das Heft mit vergleichsweise viel freiem Raum gestaltet ist, bleiben die Seiten klar strukturiert. Das Inhaltsverzeichnis ist optisch an eine Link-Leiste auf Websites angelehnt.

Hinzu kommen zahlreiche freigestellte optische Elemente, Fotomontagen und -collagen, auffällige Bildschnitte. Auch hier wurde – vermutlich weil attraktivere Fotos nicht (kostenlos) verfügbar waren – mit Symbolfotos gearbeitet, die aber durch Größe, Schnitte und Montage geeignet sind, den Blick auf sich zu ziehen. „stachel“ enthält fast keine gezeichneten Elemente, ein spezifisches Gestaltungselement bildet der Aufkleber zum Herausnehmen in jedem Heft. Die Gestaltung von „perplex“ wirkt weniger ambitioniert, verwendet aber ähnlich gezielt jugendaffine Elemente: einen ganzseitigen Comic, Cartoon-Elemente auf weiteren Seiten, eine ganzseitige Fotocollage und freigestellte Bildelemente: Als Blickfang dient beispielsweise ein freigestellter gestreckter Mittelfinger (S. 10).

Auch die Bandbreite der stilistischen Darstellungsformen lässt sich als Indikator der (journalistischen) Professionalität verstehen. Nicht im engeren Sinne journalistische, unterhaltende Formen enthalten fast alle Publikationen, etwa Cartoons oder Comics, darüber hinaus ein Kreuzworträtsel („Objektiv“) und das Quiz „Wer wird Revolutionär?“ („Schinderhannes“), die jeweils mit einem Gewinnspiel verbunden sind. Ansonsten ist der Genremix begrenzt – Interviews kommen in „Objektiv“ und „Jugend Rebelliert“ vor, je eine Buch- bzw. TV-Rezension finden sich in „Objektiv“ bzw. „Brennessel“, im Wesentlichen in letzterer Zeitschrift kommen auch glossierende Texte vor. Mit der Geschichte „Jessika und Ali“ umfasst „Objektiv“ ein im journalis-

tischen Kontext ungewöhnliches Genre, das als „Eine fiktive Szene aus dem Großstadtleben“ angekündigt wird. Die häufigste und teilweise nahezu alleinige Darstellungsform ist der Meinungsbericht, der vielfach nicht unmittelbar an aktuellen Ereignissen anknüpft und eher essayistische als journalistische Züge hat. Viele Beiträge stellen allgemeine politische Positionen dar, statt über konkrete Begebenheiten zu berichten und auf diese Weise Spannung zu erzeugen.

Professionalitätsdefizite auf der formalen Ebene – insbesondere Rechtsschreib- und Zeichensetzungsfehler – fallen vor allem in „Jugend Rebelliert“ auf.[121] „Schinderhannes“, „stachel“ und „perplex“ verwenden durchgängig die nicht mehr gültigen Regeln der (alten) deutschen Rechtschreibung – ein politischer Hintergrund ist wahrscheinlich, da die Ablehnung der Rechtschreibreform zeitweise als Kampagnenthema in einigen rechtsgerichteten Bewegungsmedien erkennbar war. „Jugend Rebelliert“ basiert auf den neuen Regeln – „Brennessel“ und „Objektiv“ vermischen alte und neue Regeln. Trotz der pauschalen Abgrenzung von den Massenmedien ist es offenbar im Interesse der Jugendzeitschriften, als professionell wahrgenommen zu werden. Eigene Standards setzen nur einzelne und am Rande: So schreibt „Jugend Rebelliert“ die Abkürzung der Bundesrepublik Deutschland wohl bewusst brD[122], um ihre Staatsdistanz auszudrücken. „Schinderhannes“ verwendet den Begriff „Mitteldeutschland“ als Synonym für die neuen Bundesländer[123], offenbar um den impliziten Anspruch auf ein „Ostdeutschland“ jenseits der deutschen Grenzen auszudrücken (der Begriff taucht auch in „perplex“ und „Jugend Rebelliert“ auf, ist dort aber weniger klar in diesem Sinne zu verstehen).

10. Humoristische Elemente in den Jugendzeitschriften

Auf humoristische Elemente in den untersuchten Medien ist bereits verschiedentlich hingewiesen worden. Sie kommen in allen Jugend-

[121] Darüber hinaus fehlt in der ersten Spalte der zweiten Seite im Text „Ein nüchterner Ausblick auf Sachsen-Anhalt“ mindestens eine Zeile. Auf S. 4 wiederholt sich ein Absatz wortgleich in der 2. Spalte.

[122] O.A., Ein nüchterner Ausblick auf Sachsen-Anhalt, in: Jugend Rebelliert 1(2006), S. 2.

[123] Vgl. z.B. o.A., Die NPD – die Partei der Jugend!, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 2-3, hier S.2.

zeitschriften vor, sind in vielen auffällig und in „Brennessel“ stilbildend. Ein entsprechendes Element findet sich dort bereits auf dem Umschlag: die Karikatur eines Punks sowie ein Gedicht mit simpler Pointe: „Gott schuf einst / Mensch und Tier, / und zur Krönung deutsches Bier. / Doch als er nicht mehr nüchtern war, / schuf Gott im Suff die Antifa!!!“ Die Seite greift ein typisches Feindbild auf und dürfte vor allem den Szene-Leser ansprechen. Eine weitere Karikatur findet sich auf dem Titelblatt: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist als Spinne gezeichnet – Antennen und Kameras stellen die Beine dar. Die Abbildung illustriert das Titelthema Online-Durchsuchung. Eine Doppelseite enthält ausschließlich humoristische Elemente, darunter zwei Kurzglossen und mehrere Witze, die sich teils gegen Türken und Polen richten. Allgemeiner fremdenfeindlich ist die Scherzfrage: „Worin besteht der Unterschied zwischen E.T. dem Außerirdischen und einem Ausländer??? – E.T. will wieder nach Hause.“[124] Die Form dient hier nicht nur als unterhaltendes Element, sondern auch als Mittel, Vorurteile und Ablehnung hinter der Fassade des Humors zu transportieren. Weniger brachial als süffisant tauchen humoristische Elemente in einem Beitrag über die öffentliche Warnung vor der NPD auf („Laaaaaaaangweilig! Politiker warnen schon wieder vor der NPD“). Der Text ist mit drei Fotos illustriert, die Freizeitaktivitäten der NPD zeigen. Sie sind mit ironischen Bildzeilen versehen wie „„Gefährliches“ Familienfest der NPD Oderland“ oder „„Gefährliches“ Kinderfest der NPD Oderland in Storkow“.[125]

Auch in „Schinderhannes“ tauchen humoristische Elemente auf dem Umschlag auf und werden im Editorial angekündigt: „Aktuelle politische Themen, aber auch historische Ereignisse, kulturelle Phänomene, Comics und Heiteres gehören in den ‚Schinderhannes‘“.[126] Der Comic auf der hinteren Umschlagseite wirbt für die NPD. Er verwendet bemüht humoristische Abkürzungen wie „Die, die noch Normal Politisch Denken“ (NPD) oder „Beck muß weg“ (BMW). Gleichzeitig greift er den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten scharf an, der als hedonistische, geld- und postenhungrige Figur dargestellt wird, die

[124] O.A., Aus dem Leben gegriffen, in: Brennessel 1(2007), S. 6-7, hier S. 7.
[125] O.A., Laaaaaaaangweilig! Politiker warnen schon wieder vor der NPD, in: Brennessel 1(2007), Nr. 1, S. 4-5.
[126] Safet Babic, Hurra! Der Schinderhannes ist da!, in: Schinderhannes 1(2007), Nr. 1, S. 2.

rheinland-pfälzische Landespolitik („Versager in Mainz“) und den US-Präsidenten, der zähnefletschend gezeichnet ist und geradezu wahnhaft kriegslüstern erscheint. Als Inbegriff des „linksgewickelten Spießers“[127] tritt in „perplex“ eine Comicfigur auf, die Nachrichten über Kinderarmut in Deutschland, Arbeitslosigkeit und Gewaltkriminalität gegen Deutsche teilnahmslos zur Kenntnis nimmt, angesichts einer Meldung über die Bedrohung von Ausländern aber in Rage gerät: „Hrrrrrrrr!!! Überall Nazis!!! Unsere armen ausländischen Mitbürger sind rechtlos und werden verfolgt. Scheiß Deutsche! Erst wenn die Deutschen sich selbst abgeschafft haben, können Ausländer in Deutschland friedlich leben!“[128] Der Comic ist mit „Kampf gegen Rechts“ überschrieben, insofern steht die Figur stellvertretend für diejenigen, die vor dem Rechtsextremismus warnen. Im Gewand der humoristischen Überzeichnung wird ihnen eine selektive Wahrnehmung und eine quasi paranoide Geisteshaltung attestiert. Auf diese Weise versucht die Zeitschrift, Kritik ins Lächerliche zu wenden und sich gegen sie zu immunisieren. In moderaterer Schärfe karikiert „Objektiv“ den Typus des Politikers, der zynisch erscheint, wenn er auf die Frage, warum in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Diäten erhöht würden, antwortet: „Professionalität hat ihren Preis!“[129]

Neben den optisch auffälligen treten humoristische Elemente am Rande auf. Wenn dies mitunter auch im Kontrast zu ironiefreien Verbalattacken an anderer Stelle desselben Heftes steht, sollen sie in den meisten Periodika zu einem lässig-unterhaltsamen Grundton beitragen. Dies gilt für den Titel des Quiz in „Schinderhannes“: „Wer wird Revolutionär?“. Im „Objektiv“-Preisrätsel wird ein „Dorf nördlich von Köln“ gesucht: Düsseldorf. Ironisch warnt „perplex“ gleich zu Beginn mit dreizehn Ausrufezeichen: „Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes“[130]. „Objektiv“ verspottet den Begriff „Political Correctness“ mit dem Hinweis, „Kleinwüchsige“ würden jetzt als „vertikal Herausgeforderte“ bezeichnet. Im Satz zuvor merkt der Beitrag ein weiteres Beispiel an: So hießen „Zigeuner nicht mehr ‚Zigeuner“ sondern ‚Sin-

[127] O.A., Das Pisa-Desaster der Altparteien und Linkslehrer, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 5-6, hier S. 6.
[128] O.A., Kampf gegen Rechts, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 15.
[129] Enno Dreßler, o.T., in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 17.
[130] O.A., Vorwort, in: perplex 1(2007), Nr. 1, S. 2.

ti und Roma““.[131] Im Kontext lässt sich der Verzicht auf diskriminierende Bezeichnungen als ein skurriler Akt der Political Correctness verstehen. Vergleichsweise wenige humoristische Elemente enthalten „Jugend Rebelliert“ und „stachel“: Erstere Zeitschrift ist deutlicher von kämpferischer Schärfe geprägt, in letzterer steht offenbar das Bemühen im Vordergrund, ernsthaft und seriös zu erscheinen.

11. Schlussfolgerungen und Zusammenfassung

Die untersuchten parteinahen Jugendzeitschriften spiegeln die Gleichzeitigkeit von Provokation und Tarnung wider, die für die zeitgenössische Bewegung von rechts typisch ist, insbesondere für ihre Ansprache von Jugendlichen. „Objektiv“ löst diese Spannung weitgehend zugunsten eines wenig provokanten, seriösen Erscheinungsbildes auf, in anderen Periodika liegt der Schwerpunkt auf dem Tabubruch. „stachel“ ist – beabsichtigt oder nicht – von einer Linie geprägt, die von einem vergleichsweise moderaten Ton zu Beginn zu scharfen Aussagen im hinteren Teil des Heftes führt.

Tendenzen, die zu einer weniger aggressiven Wirkung der Medien beitragen, müssen nicht in jedem Einzelfall und auf jedes einzelne Mittel bezogen auf bewusstem Verschleierungskalkül beruhen. Elemente, die faktisch in allen parteinahen Jugendzeitschriften eine gemäßigte politische Haltung signalisieren, sind beispielsweise folgendermaßen deutlich geworden:

- Die Periodika vermeiden weitgehend offensichtliche rechtsextremistische Symbolik.
- Dies gilt auch für die Begrifflichkeit: Reizworte wie „Rasse“ treten gar nicht auf, zentral ist vielfach die Selbstbezeichnung als „national(istisch)“. Der Begriff wird als euphemistischer Ersatz für „rechts“ verwandt.
- Die Periodika bezichtigen andere demokratiefeindlicher Methoden und nehmen eine wahrhaft demokratische, aufgeklärte (oder auch „objektive“) Haltung für sich in Anspruch.
- Die Periodika unterstreichen eine vorgebliche Seriosität durch den Bezug auf glaubwürdige Quellen.

[131] O.A., Political Correctness, in: Objektiv 1(2006), Nr. 1, S. 7.

- Die meisten Periodika greifen die öffentliche Warnung vor dem Rechtsextremismus ironisch auf.

Provokation als Mittel der Ansprache wurde beispielsweise folgendermaßen deutlich:

- Viele Periodika stellen ihren provokanten Charakter ausdrücklich und werbewirksam heraus.
- Darüber hinaus wird die Tatsache, dass ablehnende Haltungen gegenüber den eigenen Positionen in der Öffentlichkeit verbreitet sind, immer wieder thematisiert: Einerseits geschieht dies in dem Tenor, angebliche Demokraten schränkten das Recht auf Meinungsfreiheit ein – andererseits sollen entsprechende Hinweise die Aufmerksamkeit auf die eigenen Sichten lenken. Auf diese Weise nutzen die meisten Periodika den Reiz des Verbotenen und Verpönten. Einige Beiträge sind von einer Selbstinszenierung der Autoren als Enthüller unbequemer Wahrheiten geprägt, die andere „auf die Palme bringen".
- Die Periodika grenzen sich beispielsweise von demokratischen Parteien, Politikern oder Medien entschieden ab, mitunter auch vom Staat im Allgemeinen bzw. dem „System" sowie von „linken" Lehrern.
- Feindbilder verbinden die Periodika häufig mit humoristischen Elementen, die zuspitzen und überzeichnen.

Das Ziel sind kalkulierte Grenzüberschreitungen im strafrechtlich zulässigen Rahmen – diese Paradoxie auszutarieren ist mit einem Erfahrungsprozess verbunden, der einerseits zur Beschlagnahme der „perplex"-Ausgaben geführt hat. In allen anderen untersuchten Fällen konnten strafrechtlich relevante bzw. indizierungswürdige Texte nicht festgestellt werden. Dieser Prozess erinnert an Entwicklungen im Bereich der Gratis-CDs mit rechtsextremistischen Inhalten: Bundesweit beschlagnahmt wird nach wie vor der Prototyp, der unter dem Stichwort „Projekt Schulhof" von neonazistischen Kreisen aufgelegt wurde. Die anschließend aufgelegten Schulhof-CDs der NPD überschreiten strafrechtliche Schranken nicht. Vor diesem Hintergrund ist es wahrscheinlich, dass strafrechtlich relevante Inhalte künftig kaum noch oder gar nicht mehr in parteinahen Jugendzeitschriften zu finden sein werden. Dies mindert ihre Fähigkeit, demokratische Kultur zu ge-

fährden, keineswegs: Vielmehr wächst die Anschlussfähigkeit an Vorurteile und Vorbehalte, die weit über den Kreis des Rechtsextremismus hinaus verbreitet sind, in dem Maße, in dem die Agitation verbal zurückhaltender – geschickter – geschieht.

Zwischen den untersuchten Jugendzeitschriften sind Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich geworden: Fremdenfeindliche Inhalte fallen – mit variierenden Akzenten – in allen Periodika auf. Dies gilt auch für die Abgrenzung von demokratischen Parteien und/oder Medien, vielfach auch einem behaupteten Zeitgeist, der die eigenen Sichtweisen ausgrenze oder gar kriminalisiere. Diese Situation wird mal larmoyant beklagt, mal attackiert, mal ironisiert. Die Vernetzungsrichtungen der Medien unterscheiden sich ebenso wie die Professionalisierungsgrade. Alle Periodika bemühen sich um eine zielgruppengerechte Ansprache und greifen jugendaffine Gestaltungselemente und Darstellungsformen auf, wenn auch in unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlichem Geschick. Einzelne rechtsgerichtete Bewegungsmedien haben in der Vergangenheit bemerkenswerte Professionalisierungsprozesse durchlaufen, die von einfachen Zines zu Vierfarbmagazinen geführt haben. Eine (weitere) Professionalisierung im Bereich der parteinahen Jugendpresse ist daher durchaus wahrscheinlich.

Die Produktion von Jugendzeitschriften ist keine isolierte Aktion, sondern Teil und Ausdruck systematischer und tendenziell professionalisierter Bemühungen um das junge Publikum mit Hilfe von Tonträgern, Online- und Printmedien. Dies gilt in besonderer Weise für die NPD. Die Darstellung des JN-Bundesvorsitzenden ist nicht frei von prahlerischer Selbstinszenierung, ernst zu nehmen ist sie gleichwohl: „Die in den verschiedensten Regionen unseres Landes massenhaft verteilten Jugendzeitungen zeigen, daß sich nicht alle Jugendlichen von Konsum und der BRD-Eintönigkeit einlullen lassen.“ Verbundenheit zu Heimat und Volk und jugendlicher Freiheitsdrang könnten nicht einfach „abgetötet“ werden. Die JN, so ihr Vorsitzender, wollten daher im Jahr 2008 ihren „Kampf um die Schulhöfe noch verstärken.“[132]

[132] Verbote (Anm. 19).

Relativierung und Leugnung des Holocaust.
Eine Analyse zu Argumentationsmustern und zur Lage des rechtsextremistischen Revisionismus

Elmar Vieregge

1. Einleitung und Fragestellung

Die rechtsextremistische Szene verfügt über kein geschlossenes Gedankengebäude. Zwischen den verschiedenen Vereinigungen bestehen teilweise erhebliche Differenzen, etwa hinsichtlich der Bewertung des Nationalsozialismus sowie der Fragen des Einsatzes von Gewalt oder der Teilnahme an Wahlen. Dennoch gibt es Vorstellungen, die derart weit verbreitet sind, dass man darin gewissermaßen rechtsextremistische Grundüberzeugungen sehen kann. Dazu gehört die Auffassung, dass in Schulen und Medien eine unwahre Darstellung der Geschichte des Dritten Reiches verbreitet werde. Dem zufolge sollen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die Geschichtsschreibung zur Diskreditierung des Nationalsozialismus manipuliert haben, um dem deutschen Volk ihre eigenen politischen Systeme aufzuzwingen. Diese Vorstellung führt zu dem Verlangen einer Revision des Geschichtsbildes, wobei vermeintlich positive Seiten des NS-Staates herausgestellt und dessen Verbrechen relativiert oder bestritten werden. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Leugnung des Holocaust,[1] da Rechtsextremisten davon ausgehen, dass sie aufgrund des Wissens um den Völkermord von vielen Menschen abgelehnt werden.[2]

---

[1] In diesem Text werden „Holocaust“ und „Shoa“ synonym als Bezeichnungen für den Massenmord an den Juden während des Zweiten Weltkrieges im Sinne eines Wechsels im Ausdruck genutzt.

[2] Mit der Holocaust-Leugnung beschäftigten sich: Brigitte Bailer-Galanda / Wolfgang Benz / Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Wahrheit und „Auschwitzlüge“. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda, Wien 1995; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Revisionismus in der Bundesrepublik Deutschland, München 1992; Daniel Beisel, Die Strafbarkeit der Auschwitzlüge, in: Neue Juristische Wochenschrift 48 (1995), Nr. 15, S. 997-1001; Wolfgang Benz, Abweichende Geschichtsinterpretation oder rechtsextremistische Geschichtsdeutung? Zur Problematik der Beobachtung des Revisionismus, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 247-261; Günter Bertram, Der Rechts-

staat und seine Volksverhetzungs-Novelle, in: Neue Juristische Wochenschrift 58 (2005), Nr. 21, S. 1476-1478; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Rechtsextremistischer Revisionismus. Ein Thema von heute, Köln 2001; Simone Dietz, Die Lüge von der „Auschwitzlüge". Wie weit reicht das Recht auf freie Meinungsäußerung? in: Kritische Justiz 28 (1995), Nr. 2, S. 210-222; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes / Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Hrsg.), Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und „revisionistische" Geschichtsschreibung, Wien 1991; Roger Eatwell, How to Revise Hitstory (And Influence People?) Neo-Fascist Style, in: Luciano Cheles/Ronnie Ferguson/Michalina Vaughan (Hrsg.), The Far Right in Western and Eastern Europe, London/New York 1995, S. 309-326; Richard J. Evans, Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im Davis-Irving-Prozess, Frankfurt am Main 2001; Hermann Graml, Alte und neue Apologeten Hitlers, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen - Zusammenhänge - Wirkungen, Frankfurt am Main 1989, S. 63-92; D. D. Guttenplan, Der Holocaust-Prozess. Die Hintergründe der „Auschwitz-Lüge", München 2001; St. Huster, Das Verbot der „Auschwitzlüge", die Meinungsfreiheit und das Bundesverfassungsgericht, in: Neue Juristische Wochenschrift 49 (1996), Nr. 8, S. 487-491; Rivkah Knoller, Denial of the Holocaust. A bibliography of literature denying or distorting the Holocaust and of literature about this phenomenon, Ramat Gan 1992; Landesamt für Verfassungsschutz Berlin (Hrsg.), Die internationale Revisionismus-Kampagne, Berlin 1994; Heiner Lichtenstein, Die „Auschwitz-Lüge", in: Julius H. Schoeps / Joachim Schlör (Hrsg.), Antisemitismus. Vorurteile und Lügen, Frankfurt am Main 1995, S. 294-300; Deborah E. Lipstadt, Betrifft: Leugnen des Holocaust, Zürich 1994; Deborah E. Lipstadt, History on Trial. My Day in Court with a Holocaust Denier, New York 2005; Eva Menasse, Der Holocaust vor Gericht. Der Prozeß um David Irving, Berlin 2000; Götz Nordbruch, Leugnung des Holocaust in arabischen Medien. Reaktionen auf „Die Gründungsmythen des israelischen Politik von Roger Garaudy, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 10, Frankfurt/New York 2001, S. 184-203; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremistische Versuche zur Entlastung des Nationalsozialismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus, Bonn 1994, S. 51-81; Armin Pfahl-Traughber, Die Apologeten der „Auschwitz-Lüge". Bedeutung und Entwicklung der Holocaust-Leugnung im Rechtsextremismus, in: Uwe Backes/Ekkehard Jesse (Hrsg.), Extremismus und Demokratie, 8, Bonn 1996, S. 75-101; Gill Seidel, The Holocaust Denial. Antisemitism, Racism & the New Right, Nottingham 1986; Michael Shafir, Between Denial and „Comparative Trivialization". Holocaust Negationism in Post-Communist East Central Europe, Jerusalem 2002; Michael Shermer, Das Gewicht der Fakten. Die Widerlegung des Holocaust-Revisionismus, in: Michael Shermer/Benno Maidhof-

Derartige Aktivitäten zur politischen Manipulation des Geschichtsbildes sind keine neue Erscheinung, sondern setzten bereits kurz nach dem Untergang des Dritten Reiches ein. Allerdings ging es in der Nachkriegszeit zunächst nicht primär um die Leugnung, sondern um die Relativierung des Holocaust. Auch wenn die Bemühungen, das Leid der Juden herunterzuspielen, einen weniger extremen Versuch zur Beeinflussung des Geschichtsbildes darstellten als dessen Leugnung, besteht ein Zusammenhang, da die Holocaust-Leugner auf den Aktivitäten der Holocaust-Relativierer aufbauten. Daher können die Versuche zur Relativierung der Shoa mit den Versuchen zu ihrer Negierung als zwei zusammenhängende Varianten einer gemeinsamen Erscheinung betrachtet werden.

Rechtsextremisten, die sich mit der Relativierung oder Leugnung des Holocaust beschäftigen, bestreiten in der Regel den politischen Hintergrund ihres Handelns und behaupten, dass sie sich lediglich um eine wissenschaftliche Neubewertung der Vergangenheit bemühen. Vor diesem Hintergrund bezeichnen sie sich seit Ende der 1970er Jahre selbst als Revisionisten. Damit beruft man sich auf das wissenschaftli-

---

Christig / Lee Traynor, Argumente und Kritik. Skeptisches Jahrbuch 1997, Aschaffenburg 1996; Michael Shermer / Alex Grobman, Denying History. Who Says the Holocaust Never Happened and Why Do They Say It?, Berkeley/Los Angeles/London 2000; Robert Jan van Pelt, The Case for Auschwitz. Evidence from the Irving Trial, Bloomington 2002; Pierre Vidal-Naquet, Assassins of Memory. Essays on the Denial of the Holocaust, Tel Aviv 1992; Pierre Vidal-Naquet/Limor Yagil, Holocaust Denial in France. Analysis of a Unique Phenomenon, Tel Aviv 1994; Fabian Virchow, „Auschwitz muß weg". Von Auschwitzleugnern und anderen Geschichtsfälschern, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), AntifaReader. Antifaschistisches Handbuch und Ratgeber, Berlin 1996, S. 208-220; Fabian Virchow, „... über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten". Von Auschwitzleugnern und anderen Geschichtsfälschern, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 666-691; Juliane Wetzel, Die Auschwitzlüge, in: Wolfgang Benz/Peter Reif-Spirek, Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus, Berlin 2003, S. 27-41; Thomas Wandres, Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens, Berlin 2000; Jürgen Zarusky, Die Leugnung des Völkermords. „Revisionismus" als ideologische Strategie, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Auf den Weg zum Bürgerkrieg?, Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, Frankfurt am Main 2001, S. 63-86; John C. Zimmerman, Holocaust Denial. Demographics, Testimonies and Ideologies, Lanham 2000.

che Prinzip, Sachverhalte bei Vorlage zusätzlicher Informationen neu zu bewerten und eine vorhergehende Meinung gegebenenfalls zu revidieren. Da dies jedoch eine Herangehensweise unter Ausschluss ideologischer Absichten erfordert, bietet es sich an, solche Aktivitäten von Rechtsextremisten als rechtsextremistischen Revisionismus zu bezeichnen.[3] Betrachtet man dessen Entwicklung, stellen sich folgende Fragen: Was konnte die damit beschäftigte Szene erreichen? Und wie ist ihre gegenwärtige Lage einzuschätzen?

2. Relativierung des Holocaust

Die Verharmloser der Shoa gestehen eine generell judenfeindliche Politik der Nationalsozialisten ein, um sie dann mit Behauptungen zu rechtfertigen, die zum Teil bereits die NS-Propaganda nutzte. Dabei wird die Politik des Dritten Reiches in einen Bezug zu Handlungen jüdischer Gegner der Diktatur gesetzt, um den Eindruck zu erwecken, dem NS-Staat habe ein geeintes „Weltjudentum“ gleichsam wie ein staatliches Gebilde gegenüber gestanden. Das nationalsozialistische Deutschland erscheint als Akteur, der sich gegen einen aggressiven Gegner verteidigt hat. Auf diese Weise findet eine Umkehr von Tätern und Opfern statt, um die Verfolgung zu rechtfertigen und vom Völkermord abzulenken.

Häufig erfolgen Verweise auf Erklärungen jüdischer Vereinigungen aus dem anglo-amerikanischen Raum, die sich nach der Machtübernahme der NSDAP gegen die deutsche Regierung wandten. Nichtstaatliche Gruppen riefen darin zu einem Wirtschaftsboykott gegen das Regime auf. Einen dieser Aufrufe thematisierte am 24. März 1933 die britische Zeitung „Daily Express” unter der Überschrift „Judea Declares War on Germany”. Die NS-Propaganda griff diese Schlagzei-

[3] Die Bemühungen können in zwei Bereiche unterteilt werden. In einem engeren Sinn leugnen Rechtsextremisten den Holocaust. Darüber hinaus beschäftigen sie sich mit unterschiedlichen Aspekten des Dritten Reiches, wie etwa dessen Wirtschafts- und Sozialpolitik oder seiner Schuld für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, aber auch mit Themen aus der Zeit vor 1933, wie der Frage nach der Verantwortung für den Ersten Weltkrieg oder der Bedeutung des Versailler Vertrags. Obwohl nicht nur Rechtsextremisten, sondern auch Islamisten sowie arabische Nationalisten die Shoa relativieren und leugnen, untersucht diese Arbeit nur die rechtsextremistischen Aktivitäten.

le auf und verwies auf eine „jüdische Kriegserklärung", um die antisemitische Politik als Selbstverteidigung darzustellen.[4] Tatsächlich handelte es sich um die Verlautbarung einer Gruppe von Privatleuten und war eine Reaktion auf erfolgtes Unrecht. Obwohl es nicht um die Eröffnung eines militärischen Konfliktes ging, behauptete die damalige Propaganda eine deutschfeindliche Aggression des „Weltjudentums".

Als Beleg für eine angebliche Aggression diente auch die l941 vom US-Bürger Theodore N. Kaufman veröffentlichte Schrift „Germany must perish", in der ihr Verfasser Massensterilisationen von Deutschen forderte. In Deutschland erschien noch im gleichen Jahr eine Broschüre, die Kaufman zu einem einflussreichen Berater des US-Präsidenten Roosevelt und „Sprecher der Weltplutokratie" stilisierte sowie Deutschland als eine durch ein weltweit organisiertes Judentum in seiner Existenz bedrohte Nation darstellte. Rechtsextremisten nutzen bis heute den Verweis auf diese Publikation, um die Judenverfolgung zu entschuldigen. Dabei verschweigen sie, dass Kaufman keine politische Macht hatte und lediglich ein gewöhnlicher Bürger war, dessen Schrift keine sonderliche Beachtung fand.[5]

Neben der Thematisierung von Kaufmans Broschüre dient auch der Verweis auf den so genannten „Morgenthau-Plan" der Relativierung des Genozids. Dabei handelte es sich um Überlegungen, die der US-amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau gegen Kriegsende im Bezug auf die Behandlung Deutschlands anstellte. Der Politiker beabsichtigte neben Gebietsabtrennungen und einer Teilung des besiegten Landes, dessen Deindustriealisierung und Wandlung zu einem Agrarstaat. Er veröffentlichte seine Vorstellungen 1945 in dem Buch „Germany is Our Problem", mit der Absicht, einen dauerhaften Frieden in Europa zu sichern.[6] Dies verschweigen Rechtsextremisten jedoch in der Regel und erwähnen nur am Rand, dass der Plan nicht

---

[4] Zu den diversen Aufrufen: Hellmuth Auerbach, „Kriegserklärungen" der Juden an Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Legenden Lügen Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, 7. Auflage, München 1995, S. 122-126.

[5] Vgl. Wolfgang Benz, Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 615-630, hier S. 626-629.

[6] Vgl. Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1995, S. 833-836.

umgesetzt wurde. Vielmehr unterstellen sie dem US-Politiker eine generelle Vernichtungsabsicht und betonen dabei seine jüdische Herkunft.

Eine weitere Variante zur Relativierung ist das Bestreben, die Zahl der Opfer zu minimieren. Den Rechtsextremisten kommt dabei entgegen, dass die Forschung in den letzten sechs Jahrzehnten nach Vorlage neuer Erkenntnisse die angenommene Zahl der in den Vernichtungslagern ermordeten Juden revidiert hat. Seit den unmittelbar nach der Befreiung erstellten Schätzungen hat sich der Wissensstand verbessert, so dass man heute auch für das KZ Auschwitz von einer geringeren Opferzahl ausgeht.[7] Dieses veränderte Bild wird dazu missbraucht, eine Entwicklung der Zahl gegen Null anzudeuten und den Eindruck zu erwecken, dass stetig antideutsche Geschichtsfälschungen entlarvt werden.

2.1 Nachkriegszeit und die beginnende Relativierung in Frankreich

Nach Kriegsende wurde die Öffentlichkeit durch die Nürnberger Prozesse über das Ausmaß des Völkermordes informiert. Daraufhin bestritten verschiedene Personen, die selbst keine Funktionen im Dritten Reich ausgeübt hatten, dessen Verbrechen. Die ersten breiter bekannten Agitatoren kamen jedoch nicht aus Deutschland, sondern aus Frankreich.[8] Zu diesen gehörte der bekennende Faschist Maurice Bardèche,[9] der den Faschismus als „Abwehr einer gesunden Nation gegen die bolschewistische Infiltration“ rechtfertigte.[10] In seinem Buch „Nürnberg oder das gelobte Land” entschuldigte er den NS-Staat und

---

[7] Zum Forschungsstand bis Mitte der 1990er Jahre und den sich bei der Schätzung der Opferzahl ergebenden Schwierigkeiten: Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1996.

[8] Zu den sich in Frankreich entwickelten Anfängen der Holocaust-Leugnung: Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 72-89. Ende 1945 hatte zwar bereits der Schotte Alexander Ratcliffe in seiner Zeitung „Vanguard“ den Genozid als Erfindung der Juden bezeichnet, konnte jedoch keine bedeutende Wirkung erzielen und geriet in Vergessenheit, vgl. Shermer/Grobman (Anm. 2), S. 41.

[9] Vgl. ebenda, S. 27-31.

[10] Vgl. Maurice Bardèche, Der Weg nach vorn, Göttingen o. J. (französische Erstauflage 1951), S. 21 f.

beklagte eine „Fälschung der Geschichte“.[11] In einer weiteren Schrift machte Bardèche für die hohen Sterberaten in den Konzentrationslagern eine angeblich durch anglo-amerikanische Luftangriffe verursachte Versorgungskrise und eine damit einhergehende Typhusepidemie verantwortlich. Straftaten an Inhaftierten relativierte er durch den Verweis auf eine bei den Bewachern entstandene „Wut über die Niederlage” und den „Zorn über die Terrorangriffe”.[12] Eine solche Verlagerung der Verantwortung zieht sich bis heute wie ein roter Faden durch die Agitation des rechtsextremistischen Revisionismus. Ebenso verhält es sich mit dem Bestreben, die deutschen Verbrechen durch den Verweis auf das Deutschen von den Siegermächten zugefügte Leid zu relativieren. Darunter fallen etwa die durch Rotarmisten verübten Massenvergewaltigungen, die Behandlung deutscher Kriegsgefangener oder der Bombenkrieg gegen deutsche Städte. In diesem Zusammenhang erschien Bardèche „jener amerikanische Neger, der in aller Ruhe über den Wohnhäusern den Hebel zu seinem Bombenmagazin bewegt, gleichermaßen unmenschlich, wie der Gefängniswärter, der in Treblinka unglückliche Menschengruppen zur Todesdusche führt”.[13]

Ähnliche Behauptungen stellte zur gleichen Zeit mit Paul Rassinier ein weiterer Franzose auf. Sein Lebenslauf unterschied sich diametral von dem Bardèches,[14] denn er war ein ehemaliger Sozialist, der sich im französischen Widerstand engagiert hatte. Deswegen war Rassinier unter anderem im KZ Buchenwald inhaftiert worden, wo ihn kommunistische Mithäftlinge drangsaliert haben sollen. Nach dem Krieg bestritt Rassinier zunächst nur das Ausmaß des Völkermordes und leugnete erst später die Massenvergasungen. In „Die Lüge des Odysseus” nutzte er eine einseitige Kritik an Zeitzeugen und den damals verfügbaren schriftlichen Quellen zur Untermauerung seiner Thesen. Zu diesen gehörte die Behauptung, die Kapazität der Krematorien von Auschwitz habe nicht ausgereicht, um die Leichen der in den Gaskammern ermordeten Menschen zu beseitigen.[15] Der einstige KZ-

[11] Vgl. ders., Nürnberg oder das gelobte Land, Zürich 1949, S. 11.
[12] Vgl. ders., Die Politik der Zerstörung. Nürnberg oder Europa, Viöl 1992 (Faksimile der Auflage aus 1950), S. 62 f.
[13] Ebenda, S. 77.
[14] Vgl. Vidal-Naquet/Yagil (Anm. 2), S. 31-37.
[15] Vgl. Paul Rassinier, Die Lüge des Odysseus, Wiesbaden 1954, S. 16 f.

Insasse setzte seine Tätigkeit fort und behauptete in den 1960er Jahren, das KZ Auschwitz sei lediglich ein Deportationszentrum gewesen. Das Verhalten der Nationalsozialisten rechtfertigte Rassinier mit den Umständen des Krieges und einer Bedrohung durch den „Kaufman-Plan".[16] Zeugenaussagen und Dokumente über den Holocaust tat er als Fälschungen ab, ging von der Existenz einer „jüdischen Dokumentenzentrale" aus und bewertete die Berichte über die Gaskammern als Geschichtsfälschung.[17]

2.2 Verharmlosung des Dritten Reiches durch US-Amerikaner

Auf die ersten französischen Revisionisten folgten ab den 1950er Jahren US-amerikanische Aktivisten. Zunächst wurde der Historiker und Hochschullehrer Harry Elmer Barnes aktiv, indem er Hitlers Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bestritt und in Franklin D. Roosevelt einen Verschwörer gegen den Frieden sah, der die USA über ein Komplott um Pearl Harbor in den Krieg geführt habe. Barnes leugnete den Holocaust nicht, sondern relativierte ihn durch den Verweis auf alliierte Handlungen und beklagte die Errichtung eines angeblichen Dogmas über den Völkermord.[18]

Derartige Auffassungen vertrat mit David Leslie Hoggan ein weiterer US-amerikanischer Historiker.[19] Er beschäftigte sich vom Beginn der 1960er Jahre an nicht direkt mit der Shoa, sondern beabsichtigte eine allgemeine Entlastung des NS-Regimes. In „Der erzwungene Krieg" bestritt Hoggan zwar nicht den Völkermord, relativierte aber die antisemitische Politik Deutschlands mit dem Verweis auf die Unterdrückung jüdischer Bürger durch den polnischen Staat.[20] Hoggan überging die grundsätzlich rassistische, antisemitische und militaristische Ausrichtung des Nationalsozialismus und stellte Hitler durch eine einseitige Betrachtung als gegenüber seinen Nachbarländern großzügi-

[16] Vgl. ders., Zum Fall Eichmann: Was ist Wahrheit? Oder die unbelehrbaren Sieger, Leoni 1963, S. 116-118.
[17] Vgl. ebenda, S. 118-120.
[18] Vgl. Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 90-110.
[19] Vgl. ebenda, S. 96-99.
[20] Vgl. David L. Hoggan, Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs, Tübingen 1961, S. 206-213.

gen, den Ausgleich suchenden Staatsmann dar,[21] der jedoch dem „Vernichtungswillens seiner Gegner“ unterlag.[22] Methodisch nutzte er historische Quellen selektiv durch den manipulativen Umgang mit Zitaten.[23]

Die Bedeutung der beiden US-Amerikaner für die Entwicklung des rechtsextremistischen Revisionismus lag darin, dass sie sich als scheinbar etablierte Wissenschaftler wohlwollend über das Dritte Reich äußerten und dessen judenfeindliche Politik relativierten. Während Bardèche und Rassinier aufgrund ihres persönlichen und politischen Hintergrundes nicht als neutrale Betrachter erschienen, konnten sich Barnes und Hoggan auf ihre Verankerung im akademischen Leben berufen. Dadurch wurden sie zu Bezugspersonen, da man sich bei der Beschönigung Hitlers und seiner Diktatur auf Fachwissenschaftler berufen konnte.

2.3 Relativierung in Deutschland

In Deutschland verbreiteten Rechtsextremisten ihre Sicht bereits seit Anfang der 1950er Jahre. Es waren zunächst einzelne Personen, die ihre vor 1945 bekleideten herausgehobenen Positionen verloren hatten und sich um die Rehabilitierung der untergegangenen Diktatur sowie um die Diskreditierung der Bundesrepublik Deutschland bemühten. Sie gründeten Verlage und Zeitschriften, die zum Teil bis heute bestehen, wie den „Nation Europa Verlag“ (1951) oder den später als „Grabert-Verlag“ firmierenden „Verlag der deutschen Hochschullehrerzeitung“ (1953).[24]

Zu dieser Zeit relativierten Rechtsextremisten den Genozid im Rahmen einer das NS-Regime allgemein beschönigenden Darstellung. Diese Absicht verfolgte Peter Kleist, ein ehemaliger Mitarbeiter des

[21] Vgl. ebenda, S. 342-344, 440-443.
[22] Vgl. ebenda, S. 120.
[23] Vgl. Graml (Anm. 2), S. 38-41.
[24] Vgl. Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 451-455. Mit der Geschichte des „Grabert Verlages“ und seines Gründers beschäftigten sich: Martin Finkenberger/Horst Junginger (Hrsg.), Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901-1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004.

NS-Aussenministers Ribbentrop, in dem Buch „Auch Du warst dabei". Seine Methode bestand darin, Aussagen von Zeitzeugen sowie schriftliche Quellen zu unterschlagen und das Dritte Reich durch eine allgemeine Betrachtung zu entlasten. Dies tat Kleist durch den Vergleich mit der Politik der Alliierten, indem er deren Handlungen überwiegend als unmoralisch darstellte und somit den NS-Staat als einen teilweise unrecht handelnden, aber im internationalen Vergleich nicht verwerflichen Staat beschrieb.[25] Vor diesem Hintergrund gestand Kleist sowohl die generelle Judenverfolgung als auch den Völkermord nicht nur ein, sondern bedauerte sie zunächst, um sie dann in einem zweiten Schritt herunterzuspielen. Er legitimierte die Handlungen der Nationalsozialisten mit dem allgemeinen „Strom des totalen Krieges", der „die letzten Dämme der Zivilisation" zerriss und behauptete, dass das Dritte Reich mit der gleichen Brutalität gegen die Juden zugeschlagen habe, mit der „Hungerblockade und Bombenterror gegen unschuldige und wehrlose Opfer gerichtet" gewesen seien.[26] Zudem bestritt Kleist das Ausmaß des Holocaust, indem er unter Berufung auf Bevölkerungsstatistiken angab, dass es eine Auswanderung des Großteils der europäischen Juden in die UdSSR, nach Palästina und in das westliche Ausland gegeben habe. Auf diese Weise machte Kleist äußere Ereignisse für die Verbrechen der Nationalsozialisten verantwortlich und rechnete deren Umfang herunter. Er sollte damit zu einer Art Verbindungsglied zwischen Bardèche und Rassinier sowie den ihm nachfolgenden deutschen Aktivisten werden.

3. Von der Relativierung zur Leugnung

Die westdeutsche Gesellschaft beschäftigte sich zur Zeit des Erscheinens von „Auch Du warst dabei" kaum mit dem Holocaust.[27] Das änderte sich erst Anfang der 1960er Jahre aufgrund zweier weltweit beachteter Strafprozesse. Der erste fand 1961 in Israel gegen den zuvor vom israelischen Auslandsnachrichtendienst entführten Adolf Eich-

[25] Vgl. Graml (Anm. 2), S. 34-37.

[26] Vgl. Peter Kleist, Auch Du warst dabei. Ein Buch des Ereignisses und der Hoffnung, Heidelberg 1952, S. 325-327.

[27] Vgl. Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005.

mann statt und führte zu dessen Hinrichtung im folgenden Jahr.[28] Das zweite Verfahren richtete sich von 1963 bis 1965 in Frankfurt gegen ehemalige Wachmänner des KZ Auschwitz.[29] Während sich die Bemühungen um eine Beeinflussung des Geschichtsbildes hauptsächlich auf die Relativierung der Shoa konzentriert hatten, drängten in den 1970er Jahren Personen in die Öffentlichkeit, die den Genozid leugneten.

3.1 Holocaust-Leugnung in den USA während der 1970er Jahre

Zunächst verliehen US-Amerikaner dem rechtsextremistischen Revisionismus neue Impulse. Zu diesen gehörte der Englischprofessor Austin J. App, der behauptete, dass die europäischen Juden nicht vernichtet worden, sondern nach Ende des Weltkrieges vor allem in die USA ausgewandert seien. 1973 vertrat er in „The Six Million Swindle" die Auffassung, die Juden benutzten den Holocaust im Sinne Israels zur Erpressung finanzieller Zahlungen von Deutschland.[30] Dabei konnte App zwar auf einen akademischen Hintergrund verweisen, hatte aber als Literaturwissenschaftler, der sich mit einem historischen Thema beschäftigte, keinen fachwissenschaftlichen Hintergrund.

In der gleichen Position befand sich der Elektroingenieur Arthur R. Butz, als sein Buch „Der Jahrhundert-Betrug" erschien. Für ihn waren die Konzentrationslager lediglich Straf- und Sicherungseinrichtungen, denen auch wirtschaftliche Aufgaben zufielen. Die hohe Sterblichkeitsrate unter den Häftlingen führte er auf organisatorische Probleme, die massenhafte Inhaftierung sowjetischer Kriegsgefangener und die Einweisung kranker Häftlinge zurück.[31] Butz gestand eine generelle Verfolgung der Juden ein, leugnete aber den Genozid, vor allem den Einsatz der Gaskammern. Der Ingenieur erwähnte zwar, dass „Einzelpersonen und kleine Gruppen doch zahlreiche Massaker an Juden, und zwar auf eigene Faust durchgeführt haben"[32], um danach den eigentli-

---

[28] Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1965.

[29] Vgl. Irmtrut Wojak/Fritz Bauer Institut (Hrsg.), Auschwitz-Prozess 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main. Ausstellungskatalog, Frankfurt am Main 2004.

[30] Vgl. Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 111-131.

[31] Arthur R. Butz, Der Jahrhundert-Betrug, Vlotho 1977, S. 170.

[32] Ebenda, S. 285.

chen Völkermord zu bestreiten. Butz bemühte sich, durch den Einsatz von Fußnoten und die Diskussion von Literatur als neutraler Forscher zu erscheinen. Dass es dafür aber keine Basis gab, deutete die wenig distanzierte Wortwahl in folgendem Zitat an: „Die ‚Gaskammern' sind Fantasien der Kriegs- und Nachkriegspropaganda, in jeder Beziehung dem Unrat vergleichbar, der … im Ersten Weltkrieg zusammengeschaufelt worden ist."[33]

3.2 Leugnung in Deutschland während der 1970er Jahre

Zu einem verstärkten Auftreten von Autoren, die sich nicht mehr mit der Relativierung des Genozids beschränkten, sondern dessen Existenz bestritten, kam es in den 1970er Jahren auch in Deutschland, wo der rechtsextremistische Publizist Emil Aretz 1970 sein „Hexen-Einmal-Eins einer Lüge" veröffentlichte. Er gestand zwar Massenmorde ein, relativierte diese jedoch und bestritt, dass es sich um einen Genozid gehandelt hat. Aretz schätzte die Anzahl der ermordeten Juden auf 300.000, um anschließend die auf sechs Millionen geschätzte Opferzahl als „große Lüge" zu bewerten.[34] Mit der gleichen Methode negierte Aretz auch die Massenvergasungen, indem er zwar Vergasungen eingestand, aber angab, dass Juden lediglich „zu Hunderten" in kleinen Anlagen ermordet worden seien und die großen Gaskammern „eine Erfindung deutschfeindlicher Propaganda" seien. Zudem rechtfertigte Aretz die Internierung von Juden mit der „jüdischen Kriegserklärung". Während auch er Opfer zu Tätern erklärte, stellte er die Täter mit Verweisen auf einen angeblichen „jüdischen Weltherrschaftsanspruch", den „Kaufman-Plan" und Millionen deutsche Kriegstote als Opfer dar.[35] Gleichzeitig offenbarte er eine rassistische Einstellung, da er eine Bedrohung des „seelische(n) Rasseerbgut(es) der Völker" durch eine „äußere Gleichmacherei" ausmachte und sich gegen „Rassenmischungen" aussprach.[36] Damit hatte Aretz einerseits die Relativierung des Holocaust mit dessen Leugnung kombiniert und andererseits den rassistisch-antisemitischen Charakter dieser Bemühungen gezeigt.

---

[33] Ebenda, S. 300.
[34] Emil Aretz, Hexen-Einmal-Eins einer Lüge, 4. Auflage, Pähl 1976, S. 36.
[35] Vgl. ebenda, S. 347-350.
[36] Vgl. ebenda, S. 351-353.

Das „Hexen-Einmal-Eins einer Lüge" wurde jedoch nach einiger Zeit von einer anderen Publikation überlagert, denn 1973 erschien in Deutschland mit „Die Auschwitz-Lüge" eine Broschüre, die einen weit stärkeren Einfluss auf die Szene der Holocaust-Leugner haben sollte. Ihr Verfasser, der rechtsextremistische Publizist Thies Christophersen, war als SS-Angehöriger während des Krieges in Auschwitz mit dem Anbau einer militärwirtschaftlich wichtigen Pflanzenart betraut. Er erweckte den Eindruck einer tatsächlich nicht vorhandenen Authentizität, da er sich als vermeintlicher Augenzeuge präsentierte. Christophersen bestritt die Massenmorde und beschrieb das KZ als Internierungsstätte, in der angenehme Zustände herrschten. Auch er rechtfertigte die Internierung von Juden damit, dass sie nach der „jüdischen Kriegserklärung" Angehörige einer Feindnation gewesen seien.[37] Zudem relativierte in einem Vorwort der später als Terrorist tätige Neonazi Manfred Roeder ihr Leid durch den Verweis auf die Opfer des Bombardements von Dresden.[38] Die Schrift verbreitete sich derart stark, dass noch zwei Jahrzehnte später ein Aussteiger, der sie zuvor mit neonazistischen Gesinnungsgenossen verteilt hatte, angab, dass sie „wie eine Bibel" verehrt wurde.[39]

Die Holocaust-Leugner waren Mitte der 1970er Jahre gesellschaftlich isoliert. Sie hatten sich nicht vom Makel des Rechtsextremismus lösen und ihre Thesen als Resultat wissenschaftlicher Arbeit erscheinen lassen können, da die französischen Begründer aus politischen Motiven handelten und sich die ihnen nahe stehenden amerikanischen Historiker auf eine Relativierung beschränkten. Zudem zeigte der neonazistische Hintergrund von Personen wie Christophersen und Roeder die extremistische Motivation der Holocaust-Leugnung.[40]

3.3 Internationale Vortäuschung von Wissenschaftlichkeit

Mitte der 1970er Jahre engagierten sich rechtsextremistische Revisionisten auch in Großbritannien, wo 1974 Richard Verrall, ein Aktivist

---

[37] Vgl. Thies Christophersen, Die Auschwitz-Lüge, 7. Auflage, Mohkirch 1978, S. 19.
[38] Ebenda, S. 8.
[39] Stefan Michael Bar, Fluchtpunkt Neonazi. Eine Jugend zwischen Rebellion, Hakenkreuz und Knast, Berlin 2003, S. 35.
[40] Vgl. Grumke/Wagner (Anm. 24), S. 243-245, 302-304.

der „National Front" (NF), unter dem Pseudonym Richard Harwood die Broschüre „Did Six Million Really Die?" veröffentlichte.[41] Etwa zur gleichen Zeit trat mit David Irving ein weiterer Brite in Erscheinung. Er wurde zunächst einer breiteren Öffentlichkeit durch militärgeschichtliche Bücher bekannt, verfasste dann aber Publikationen, in denen er Hitler positiv bewertete. Irving hatte ein Geschichtsstudium abgebrochen, galt aber dennoch als Historiker.[42] 1977 behauptete er, dass Hitler den Holocaust weder befohlen noch von ihm gewusst habe. Der Brite sah die Verantwortung hingegen bei Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich und anderen Funktionsträgern.[43] Während er zu dieser Zeit die Shoa noch nicht abstritt, entwickelte er sich später zu deren Leugner.

Zu den Mitte der 1970er Jahre aktiv gewordenen Personen zählte auch der französische Literaturprofessor Robert Faurisson, der sich vor allem mit den ehemaligen Gaskammern beschäftigte.[44] Er verbreitete seine auf Rassinier basierenden Vorstellungen ab 1974 durch Briefe an Zeitungen[45] und erregte vier Jahre später durch den Abdruck seiner Thesen in der renommierten „Le Monde" Aufsehen.[46] Während der Franzose die öffentliche Aufmerksamkeit als Erfolg verbuchen konnte, erlitt die internationale Szene 1978 einen schweren Rückschlag durch den weltweiten Erfolg der US-Fernsehserie „Holocaust". Sie thematisierte den Genozid nicht in Form eines Dokumentarfilms, sondern durch die Erzählung der Leidensgeschichte einer fiktiven jüdischen Familie. Dadurch weckte die Serie ein Interesse breiter Bevölkerungskreise und eine intensive Presseberichterstattung. Auf die Ausstrahlung reagierten Rechtsextremisten in Deutschland mit Drohbrie-

---

[41] Vgl. Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 132-134.

[42] Vgl. Schermer/Grobman (Anm. 2), S. 49. Zu seinem Werdegang: Grumke/Wagner (Anm. 24), S. 269-271.

[43] Seine in „Hitler's War", London 1977, enthaltenen Thesen führten nicht nur zur Aufmerksamkeit der Medien, sondern auch zu Reaktionen von Wissenschaftlern. Vgl. Martin Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung". Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), Heft 4, S. 737-775.

[44] Vgl. Vidal-Naquet/Yagil (Anm. 2), S. 49-60.

[45] Vgl. Serge Thion, Historische Wahrheit oder Politische Wahrheit? Die Macht der Medien: Der Fall Faurisson, Berlin 1994, S. 63-69.

[46] Vgl. ebenda, S. 130-148.

fen und Bombenanschlägen auf Sendemaste.[47]

In Deutschland, wo der Politologe und zeitweilig hohe NPD-Funktionär Udo Walendy bereits seit Mitte der 1970er Jahre die Schriftenreiche „Historische Tatsachen" herausgab,[48] verstärkte die rechtsextremistische Szene ihre Aktivitäten. In den Focus der Medien rückten am 20. Mai 1978 in Hamburg Aktivisten um den damals führenden Neonazi Michael Kühnen, indem sie öffentlich Eselsmasken trugen und Plakate mit dem Satz zeigten: „Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden".[49] Zur gleichen Zeit erschien im „Grabert-Verlag" Wilhelm Stäglichs Buch „Der Auschwitz-Mythos", das zu einem Klassiker der Holocaust-Leugnung werden sollte. Stäglich war als Angehöriger einer Flakbatterie einige Zeit in Auschwitz stationiert gewesen und hatte sich somit, wie Christophersen, im Umfeld der Vernichtungseinrichtungen aufgehalten. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger konnte er auf eine ansehnliche berufliche Karriere verweisen, die ihn ins Richteramt geführt hatte. Diese Reputation nutzte Stäglich, um seinem Werk den Anschein von Seriosität zu geben. Anders als der Verfasser der „Auschwitz-Lüge" versuchte Stäglich, seine Arbeit durch einen Fußnotenapparat und eine Strukturierung des Textes als wissenschaftliches Werk erscheinen zu lassen. Der Jurist erklärte das „Wannsee-Protokoll" für manipuliert[50], interpretierte den Tarnbegriff „Endlösung" als Bezeichnung für eine angebliche Umsiedlung[51] und behauptete eine „politische und finanzielle Erpreßbarkeit des deutschen Volkes."[52] Zudem sah er einen angeblichen „Auschwitz-Mythos", „mit dessen Hilfe sich das Weltjudentum gleichsam als Erlöser der Menschheit zu präsentieren versteht und ei-

[47] Vgl. Hans-Gerd Jaschke/Birgit Rätsch/Yury Winterberg, Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf, München 2001, S. 26-28.

[48] Walendys Vorgehensweise bestand hauptsächlich darin, sich auf Quellen zu stützen, diese aber zu verfälschen und umzuinterpretieren sowie Behauptungen aufzustellen, die von den angegebenen Quellen nicht belegt wurden. Vgl. Graml, (Anm. 2), S. 41-45.

[49] Vgl. Bundesminister des Innern (Hrsg.), betrifft Verfassungsschutz 1978, Bonn 1979, S. 34.

[50] Vgl. Wilhelm Stäglich, Der Auschwitz-Mythos. Legende oder Irklichkeit, Tübingen 1979, S. 38-65.

[51] Vgl. ebenda, S. 31-38.

[52] Vgl. ebenda, S. 299.

ne Vorzugsstellung im Kreise der Völker beansprucht“.[53] Dadurch zeigte Stäglich den antisemitischen Hintergrund seiner Holocaust-Leugnung.

Um die Vortäuschung von Seriosität bemühte sich auch der deutsche Rechtsextremist Walter Sanning in seinem ebenfalls im „Grabert-Verlag“ erschienenen, mit einem Vorwort von Arthur Butz versehenen Buch „Die Auflösung des osteuropäischen Judentums”. In der Tradition von App und Butz bestritt er auf der Basis einer einseitigen Interpretation demographischer Statistiken, dass das Verschwinden der Juden die Folge eines Genozids war. Vielmehr seien die Juden in den Osten der UdSSR evakuiert worden, nach Palästina, Amerika und Westeuropa emigriert oder Opfer allgemeiner Kriegshandlungen geworden.[54]

1978 erhielt die Holocaust-Leugnung auch in Nordamerika neue Impulse. In den USA entstand das „Institute for Historical Review” (IHR),[55] das in den folgenden Jahren „Revisionismus-Konferenzen“ veranstaltete. Die prägende Person war sein Gründer Willis A. Carto, ein seit den späten 1950er Jahren tätiger Rassist und Antisemit.[56] Ab 1980 publizierte das IHR die Schrift „The Journal of Historical Review” (TJHR), die sich mit dem Holocaust beschäftigte, aber auch Aspekte der US-Geschichte thematisierte, wie den japanischen Angriff auf Pearl Harbor.[57]

In den 1980er Jahren zeigten sich die Holocaust-Leugner als international kooperierende Szene, die sich bemühte, in eine Debatte mit Wissenschaftlern einzutreten und in den Blick der Medien zu gelangen. Dieses Ansinnen sollte in den USA das 1987 gegründete „Committee on Open Debate on the Holocaust” (CODOH) erreichen, für das Bradley Smith in mehreren Hochschulzeitungen Werbeanzeigen platzierte und dadurch eine öffentliche Diskussion auslöste.[58] In Frankreich er-

---

[53] Ebenda, S. 4.

[54] Vgl. Walter N. Sanning, Die Auflösung des osteuropäischen Judentums, Tübingen 1983, S. 277-280.

[55] Zur Entwicklung der Organisation: Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 170-191; Shermer/Grobman (Anm. 2), S. 43-46.

[56] Vgl. Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 178-181.

[57] Vgl. Theodore O‘Keefe, Pearl Harbor: Case Closed, in: The Journal of Historical Review, 20 (2001), Nr. 5/6, Titelblatt, S. 70-74.

[58] Vgl. Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 221-252.

regte Henri Roques mit seinem Buch „Die ‚Geständnisse' des Kurt Gerstein" Aufmerksamkeit.[59] Die Schrift ist ein Beispiel für die revisionistische Methode, mittels einseitiger Kritik Zweifel an der Echtheit historischer Dokumente oder Zeitzeugenaussagen zu säen. Dabei werden entweder bereits von der Forschung als zweifelhaft oder als unwahr eingestufte Quellen als Beleg für eine angebliche Erfindung des Völkermordes herangezogen oder es werden zuverlässige Quellen als Fälschung dargestellt. Roques nahm sich der Berichte des SS-Offiziers Kurt Gerstein an, eines NS-Gegners, der in die SS eingetreten war, um die Diktatur von innen aufzuklären. Gerstein war Zeuge von Massenvergasungen geworden und hatte daraufhin versucht, die Weltöffentlichkeit zu informieren. Nach Kriegsende geriet er in französische Haft, schrieb seine Erlebnisse nieder und verstarb unter ungeklärten Umständen im Gefängnis. Gersteins Schicksal bietet durchaus Ansätze für eine seriöse Kritik, doch Roques thematisierte es einseitig, um generelle Zweifel am Völkermord zu säen.

Eine andere entsprechend genutzte Quelle sind die „Autobiographischen Aufzeichnungen des Rudolf Höss". Der ehemalige Kommandant des KZ Auschwitz war 1946 von der britischen Militärpolizei festgenommen, im Nürnberger Militärtribunal als Zeuge befragt und dann an Polen ausgeliefert worden, wo er im Jahr darauf zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Seine in polnischer Haft verfassten Aufzeichnungen beschrieben die Entwicklung des Lagers. Sie enthielten eine Passage, in der Höss angab, nach seiner Verhaftung von britischen Militärpolizisten durch erzwungenen Alkoholkonsum und Peitschenschläge gefoltert worden zu sein.[60] Rechtsextremistische Revisionisten behaupteten mit dem Hinweis auf die geschilderten Misshandlungen, dass Höss falsche Angaben gemacht habe und demzufolge sämtliche seiner Äußerungen bedeutungslos seien.

Ein ebenfalls in seiner Echtheit angezweifeltes Schriftstück ist „Das Tagebuch der Anne Frank".[61] Das jüdische Mädchen hatte sich wäh-

---

[59] Vgl. Henri Roques, Die „Geständnisse" des Kurt Gerstein. Zur Problematik eines Schlüsseldokuments, Leoni 1986.

[60] Vgl. Martin Broszat (Hrsg.), Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss, 8. Auflage, München 1981, S. 149 f.

[61] Anne Frank, Das Tagebuch der Anne Frank, Frankfurt am Main 1991. Da Anne Frank ihre Niederschrift in mehreren Einzelheften verfasste, finden sich

rend des Krieges zunächst mit ihrer Familie in einem Amsterdamer Hinterhaus versteckt. Nach ihrer Entdeckung wurde sie mit ihren Angehörigen in verschiedene Konzentrationslager deportiert, aus denen lediglich ihr Vater zurückkehrte. Er veröffentlichte in der Nachkriegszeit die im einstigen Versteck aufgefundenen Aufzeichnungen seiner Tochter, wobei er zum Schutz ihres Andenkens allzu intime Passagen strich. Rechtsextremisten verwiesen auf die Auslassungen sowie nachträglich mit Kugelschreiber geschriebene Anmerkungen, um das Tagebuch als Fälschung darzustellen. Zur Widerlegung derartiger Behauptungen veranlasste das „Niederländische Staatliche Institut für Kriegsdokumentation“ eine Untersuchung und veröffentlichte diese.[62]

3.4 Der pseudowissenschaftliche „Leuchter-Report“

In den 1980er Jahren entwickelte sich der damals in Kanada lebende deutsche Neonazi Ernst Zündel zu einem der wichtigsten Verbreiter einschlägiger Literatur. Er betrieb in Toronto den Verlag „Samisdat-Publishers”, über den er auch Harwoods „Did Six Million Really Die?” verbreitete. 1985 musste er sich einem Strafverfahren und 1988 einem Folgeprozess stellen. Seine Unterstützer gewannen den zuvor unbekannten US-Amerikaner Fred A. Leuchter, der Hinrichtungsanlagen für amerikanische Gefängnisse entwickelt hatte, für eine Untersuchung der einstigen Gaskammern und Krematorien.[63] Nach Anregung Faurissons reiste Leuchter 1988 nach Auschwitz und Majdanek, wo er unter anderem ohne Genehmigung Gesteinsproben in den Ruinen der beim Abzug von der SS gesprengten Gaskammern von Auschwitz-Birkenau entnahm und sie untersuchen ließ. In einer anschließend als wissenschaftliche Studie vorgestellten Broschüre bestritt er die technische Eignung der Anlagen für Massenvergasungen. Der „Leuchter-Report”[64] enthielt eine Ansammlung nicht belegter Behauptungen[65]:

---

in Veröffentlichungen sowohl der Singular „Tagebuch der Anne Frank“ als auch der Plural „Tagebücher der Anne Frank“.

[62] Rijksinstitut voor Oorlogsdocumentatie - Niederländisches Staatliches Institut für Kriegsdokumentation (Hrsg.), Die Tagebücher der Anne Frank, Frankfurt am Main 1993.

[63] Vgl. Lipstadt, Betrifft: Leugnen (Anm. 2), S. 192-220.

[64] Fred Leuchter, Der erste Leuchter-Report. Resultat einer technischen und forensischen Untersuchung der „Gaskammern“ und anderer Installationen in

So gab ihr Verfasser an, in den Ruinen keine Entlüftungseinrichtungen oder Abdichtungsmittel gefunden zu haben. Er schloss daraus, dass aufgrund einer möglichen Gefährdung der Bedienungsmannschaften keine Massenvergasungen möglich gewesen seien.[66] Dabei verzichtete Leuchter auf eine eingehende Untersuchung, wie sehr die Sprengung der Anlagen sowie mögliche Materialentnahmen in den Nachkriegsjahren deren heutiges Erscheinungsbild prägten. Zudem ging er nicht auf die Situation der Bedienungskräfte ein, die überwiegend aus zur Arbeit gepressten Häftlingen bestanden, deren Sicherheit nicht im Interesse der SS lag. Auf diese Weise versuchte Leuchter, seine Behauptungen durch eine einseitige Interpretation der Tatorte sowie die Ausblendung ihm nicht genehmer Aspekte zu belegen.

Mit Leuchters „Gutachten" verstärkte sich Zündels Rolle für die Holocaust-Leugnung, was sich nicht aufgrund der geringen Qualität seiner eigenen Schriften, sondern der globalen Verbreitung einschlägiger Literatur sowie seinen internationalen Kontakten ergab. So wurde er vor Gericht von seinem engsten Berater Faurisson sowie von Irving und einer Reihe weiterer Gesinnungsgenossen unterstützt. Darunter waren die US-Bürger Arthur Butz und Bradley Smith sowie die Deutschen Udo Walendy und Thies Christophersen.[67] Durch Zündels Agitation rückte Ende der 1980er Jahre die Beschäftigung mit den techni

---

den ehemaligen Konzentrationslagern von Auschwitz, Birkenau und Majdanek. Von dem US-Gaskammer- und Exekutionsexperten Fred A. Leuchter, Toronto 1988.

[65] Vgl. Hellmuth Auerbach, Die Authentizität des „Leuchter-Reports" in: Bundesminister des Innern (Hrsg.), Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus, Bonn 1994, S. 101-104; Brigitte Bailer-Galanda, Leuchter und seine Epigonen, in: Bailer-Galanda / Benz / Neugebauer (Hrsg.) (Anm. 2), S. 87-98; Georges Wellers, Der „Leuchter-Bericht" über die Gaskammern von Auschwitz. Revisionistische Propaganda und Leugnung der Wahrheit, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Dachauer Hefte 7 (1995), S. 230-241; Werner Wegner, Keine Massenvergasung in Auschwitz? Zur Kritik des Leuchter-Gutachtens, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main/Berlin 1990, S. 450-476.

[66] Vgl. Leuchter (Anm. 64), S. 18.

[67] Vgl. o. A., Ernst Zündel - ein Mann der Geschichte macht. Bericht über einen Gerichtsprozeß in Kanada, Toronto 1992, S. 2, 124, 130, 133-138.

schen Aspekten der Gaskammern und Krematorien in den Focus der Holocaust-Leugner.

3.5 Das „Rudolf Gutachten“ über die Gaskammern von Auschwitz

Anfang der 1990er Jahre versuchten die Holocaust-Leugner, ihre Aktivitäten in Deutschland über die Durchführung von Veranstaltungen auszuweiten. Dazu organisierte der Neonazi Bela Ewald Althans im Auftrag Zündels im April 1990 einen Kongress in München. Dessen Höhepunkt war eine Rede David Irvings vor etwa 800 Personen, unter denen sich führende Neonazis wie Michael Kühnen und Manfred Roeder befanden.[68] Im Frühjahr des folgenden Jahres plante Althans ein weiteres Treffen in München, das jedoch aufgrund eines gerichtlichen Verbots ausfiel.[69] Das gleiche Schicksal ereilte eine in Roding von Meinolf Schönborn, dem Vorsitzenden der neonazistischen „Nationalistischen Front” (NF), angekündigte Veranstaltung, auf der Robert Faurisson als Redner vorgesehen war. Eine behördliche Intervention verhinderte zunächst auch eine vom damaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert für den 1. September 1992 in Weinheim avisierte Vortragsveranstaltung, auf der Udo Walendy und Henri Roques referieren sollten. Neun Tage später gelang es Deckert jedoch, Fred Leuchter in Weinheim auftreten zu lassen.[70] Diese Aktivitäten hatten mehrere Strafverfahren zur Folge, von denen eines zur Inhaftierung Deckerts führte.[71] Damit endeten die Bemühungen, derartige Veranstaltungen in Deutschland durchzuführen.

Zu dieser Zeit änderten die Holocaust-Leugner unter dem Eindruck

---

[68] Ein journalistischer Bericht über die Veranstaltung findet sich bei: Michael Schmidt, Heute gehört uns die Strasse. Ein Inside-Report aus der Neonazi-Szene, Düsseldorf 1993, S. 288-323.

[69] Als Ersatz für die ausgefallene Veranstaltung wurde noch am 23. März 1991 eine Protestkundgebung in München durchgeführt, auf der unter anderem Faurisson, Irving und Leuchter sprachen. Vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (Anm. 2), S. 30 f.

[70] Vgl. Bundesminister des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1991, Bonn 1992, S. 122-123.

[71] Eine Darstellung des gegen Deckert geführten Prozesses aus rechtsextremistischer Sicht verfasste: Henri Roques, Günter Deckert. Der nicht mit den Wölfen heulte 1940-2000, Weinheim 2001.

des „Leuchter-Reports" ihre Argumentationsweise. Sie hatten sich bislang auf das Behaupten einer gegen Deutschland gerichteten Lüge, die Aussagen politisch motivierter Zeitzeugen und die Missdeutung der von der Geschichtswissenschaft genutzten Quellen konzentriert. Um in eine Debatte mit Wissenschaftlern einzutreten, ließen sie die ehemaligen Gaskammern von ihnen nahe stehenden Personen mit einer technischen oder naturwissenschaftlichen Ausbildung untersuchen, um dann mit so genannten „Gutachten" eine wissenschaftliche Grundlage ihrer Behauptungen vorzutäuschen.[72] Diese Methode hatte den Vorteil, dass sie sich nicht auf die manipulative Interpretation von Dokumenten konzentrieren mussten, sondern mit scheinbar technischen Untersuchungen die Öffentlichkeit leichter täuschen konnten, da sie zum Beispiel Messwerte umdeuteten, während Menschen ohne eine entsprechende Ausbildung dies nicht nachprüfen konnten. Eine mögliche Kritik von Wissenschaftlern hätte andererseits eine Diskussion entstehen lassen, wobei sich die Leugner der Shoa als anerkannte Beteiligte eines in der Forschung üblichen Disputes und somit als ernstzunehmende Forscher ausgegeben hätten.

Dies versuchte der Chemiker Germar Rudolf mit seinem „Rudolf-Gutachten". Es entstand im Rahmen der Verteidigung des Nationalsozialisten und ehemaligen Generals der Wehrmacht Otto Ernst Remer. Dieser spielte am 20. Juli 1944 eine wichtige Rolle bei der Niederschlagung des Aufstandes, prägte nach Kriegsende die neonazistische „Sozialistische Reichspartei" (SRP) und war eine Ikone für die rechtsextremistische Szene. Mit der Unterstützung eines Freundeskreises verbreitete Remer den „Leuchter-Report" in Deutschland. Nachdem er sich deswegen vor Gericht verantworten musste, betraute sein Anwalt den Chemiker mit der Erstellung einer Untersuchung der einstigen Gaskammern von Auschwitz.[73] Rudolf besichtigte daraufhin die Ruinen der Einrichtungen und behauptete, dass es keine Installationen zur Einführung des Giftgases in die Kammern und keine Ventilationsanla-

---

[72] Einen knappen Überblick über die Manipulationen bietet: Josef Bailer, Die ‚Revisionisten' und die Chemie, in: Bailer-Galanda/Benz/Neugebauer (Anm. 2), S. 99-118; Brigitte Bailer-Galanda, Leuchter und seine Epigonen, in: ebenda, S. 87-98, hier: S. 91-94.

[73] Vgl. Rüdiger Kammerer/Armin Solms (Hrsg.), Das Rudolf Gutachten, Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den „Gaskammern" von Auschwitz, London 1993, S. 2.

gen gegeben habe. Zusätzlich entnahm er unautorisiert Materialproben, ließ diese von einem wissenschaftlichen Institut auf Rückstände von Cyanid, dem Hauptbestandteil des für die Morde benutzten Insektenvertilgungsmittels Zyklon-B, untersuchen und gab an, dass die Analyseergebnisse keinen Einsatz des Gases belegen würden. Daraus folgerte Rudolf: „Aus chemisch-physikalischen Gründen können die bezeugten Massenvergasungen … in den angeblichen 'Gaskammern' in Auschwitz nicht stattgefunden haben".[74]

Mit seiner angeblich unvoreingenommenen Untersuchung behauptete Rudolf, eine wissenschaftliche Expertise angefertigt zu haben. Tatsächlich handelte es sich lediglich um eine Täuschung, denn schon die unautorisierte Entnahme der Proben ließ eine Überprüfung nicht zu. Der unseriöse Charakter der Publikation zeigte sich auch anhand einer in ihr enthaltenen einseitigen Betrachtung von Zeugenaussagen.[75] Rudolf führte Angaben über einzelne Aspekte an, wie etwa die Dauer einer Massentötung. Eine unvoreingenommene Quellenkritik, welche persönliche Interessen der Zeugen, mögliche Wahrnehmungsfehler oder deren gegebenenfalls unpräzise Erinnerung berücksichtigt hätte, erfolgte jedoch nicht. Zudem war die Auswahl der Quellen selektiv, da sich Rudolf lediglich auf unglaubwürdig erscheinende Angaben bezog und dadurch den Eindruck erzeugte, die Berichte von Zeugen seien generell unzutreffend. Zum Mittel der Täuschung griff der Chemiker auch bei dem Versuch, eine Akzeptanz seines „Gutachtens" durch die Wissenschaft zu behaupten. Er gab an, dass es „in Deutschland der gesamten Professorenschaft … für Anorganische Chemie zugänglich gemacht" worden war und „nicht eine einzige Beanstandung" erfolgt sei.[76] In Wirklichkeit blieb er von den Forschern unbeachtet und deutete diese Zurückweisung bewusst als angebliche Zustimmung um. Nachdem die Veröffentlichung, wohl mit der gleichen Absicht, an die französische Akademie der Wissenschaften verschickt worden war, bezeichnete deren Sektion Chemie sie als „krankhaften Fieberwahn" und wollte sie deshalb ursprünglich nicht einmal negativ kommentieren. Um aber einer Missdeutung zuvorzukommen, bewertete sie die Schrift in einer knappen Stellungnahme als „Beispiel der Perversion

[74] Ebenda, S. 98.
[75] Vgl. ebenda, S. 74-78.
[76] Vgl. ebenda, S. 2.

der Wissenschaft".[77]

Die Bemühungen, eine tatsächlich nicht vorhandene Anerkennung als Wissenschaftler vorzugaukeln, zogen sich durch Rudolfs Aktivitäten und offenbarten deren unseriösen Charakter. Mit dieser Absicht verfasste er auch einen Artikel in der „Jungen Freiheit", zu deren Autorenschaft sowohl konservative Demokraten als auch Rechtsextremisten gehörten.[78] In dem unter dem Pseudonym Jakob Sprenger verfassten Beitrag[79] kritisierte Rudolf zunächst diverse Holocaust-Leugner aufgrund ihrer neonazistischen, verschwörungstheoretischen oder unwissenschaftlichen Ausrichtung. In einem nächsten Schritt preiste er aber Personen wie Fred Leuchter und einen als Gutachter Remers tätigen „Diplom-Chemiker" als „seriöse Wissenschaftler oder Techniker". Dabei verzichtete „Sprenger" auf die Nennung des Namens Germar Rudolf, dessen Veröffentlichung er als „sachlich-kühle, seriöse Arbeit" herausstellte. Eine derart große Huldigung hätte vermutlich zu stark auf den tatsächlichen Verfasser des Artikels gedeutet. Der Einsatz verschiedener Pseudonyme wurde in den folgenden Jahren eine für Rudolf typische Methode, um eine breite Diskussion seiner Behauptungen und dadurch eine größere Akzeptanz vorzutäuschen. Das geschah unter anderem durch den Sammelband „Grundlagen zur Zeitgeschichte".[80] Obwohl er diesen unter dem Namen Ernst Gauss herausgab, beinhaltete er nicht nur einen Artikel mit der Autorenangabe Germar Rudolf,[81] sondern auch einen angeblich von Gauss und Rudolf gemeinsam verfassten Text.[82] Damit hatte Rudolf einen Herausgeber er-

---

[77] Erklärung der Mitglieder der Sektion Chemie der Akademie der Wissenschaften, veröffentlicht in: La Recherche, Nr. 300 vom Juli/August 1997, zitiert nach: La Vielle Taupe/Pierre Guillaume, Rudolf Gutachten „psychopathologisch und gefährlich". Über die Psychopathologie einer Erklärung, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung 1 (1997), Nr. 4, S. 224 f.

[78] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Rechtsextremistischer Revisionismus (Anm. 2), S. 21.

[79] Vgl. Jakob Sprenger, Wie Historisierung behindert wird, in: Junge Freiheit, Nr. 9/September 1993, Seite 18.

[80] Vgl. Ernst Gauss, Grundlagen zur Zeitgeschichte. Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts, Tübingen 1994.

[81] Vgl. Germar Rudolf, Statistisches über die Holocaust-Opfer. W. Benz und W. N. Sanning im Vergleich, in: Gauss, Grundlagen (Anm. 80), S. 141-168.

[82] Vgl. Germar Rudolf / Ernst Gauss. Die „Gaskammern" von Auschwitz und Majdanek, in: Gauss, Grundlagen (Anm. 80), S. 249-279.

funden und als vermeintlich weiteren Vertreter der kleinen Gruppe der Holocaust-Leugner präsentiert.

Das Bestreben, von der Wissenschaft als Gesprächspartner akzeptiert zu werden, erhielt hingegen 1993 Auftrieb. Ursächlich dafür war der durch seine umstrittene Rolle im „Historikerstreit"[83] bekannte Historiker Ernst Nolte. In einer Darstellung der Debatten über den Nationalsozialismus wandte er sich gegen ein Ignorieren der Holocaust-Leugner und gestand ihnen neben einer guten Kenntnis der Thematik eine Beherrschung des Quellenmaterials zu, die jene „der etablierten Historiker in Deutschland vermutlich übertreffen" würde.[84] Dabei tat er ihnen den Gefallen, ihre rechtsextremistische Ausrichtung nicht zu erwähnen, obwohl bereits die Betrachtung der Zusammenarbeit Faurissons mit dem Neonazi Zündel oder des Werdeganges des Altnazis Remer eine solche verdeutlicht hätte.[85]

3.6 Rückschläge seit Mitte der 1990er Jahre

Die Freude über den vermeintlichen Durchbruch währte allerdings nur kurze Zeit, denn die Holocaust-Leugner erlitten zwischen 1993 und 1995 empfindliche Rückschläge. Der erste entwickelte sich aus einem ihrer Versuche, technische „Gutachten" zu produzieren. Der vorgesehene Verfasser, der französische Apotheker Jean-Claude Pressac, hatte sich langjährig mit den Installationen in Auschwitz beschäftigt. Über die Auswertung der dokumentarischen Hinterlassenschaften der SS gelangte er jedoch zu der Einsicht, dass die Vergasungen stattgefunden

---

[83] Vgl. „Historikerstreit". Eine Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

[84] Vgl. Ernst Nolte, Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus, 2. Auflage, Berlin/Frankfurt am Main 1994, S. 304.

[85] Nolte vertrat seine Position auch in einem Interview mit dem „Spiegel". Darin gab er zwar an, dass er den „Leuchter-Report" nicht für eine seriöse wissenschaftliche Untersuchung hielt, gestand diesem aber zu, unorthodoxe Auffassungen zu enthalten und daher durchaus betrachtenswert zu sein. Über Udo Walendy äußerte Nolte, er habe „sich doch eingearbeitet, und er weiß eine ganze Menge." Vgl. Ernst Nolte, „Ein historisches Recht Hitlers?", Interview mit Rudolf Augstein, in: Der Spiegel, Nr. 40 vom 3. Oktober 1994, S. 83-103, hier S. 86 f.

haben.[86] Seine 1993 veröffentlichte Schrift über „Die Krematorien von Auschwitz"[87] widersprach seinen einstigen Gesinnungsgenossen.

Einen weiteren Rückschlag stellte zur gleichen Zeit das Erscheinen des Buches „Betrifft: Leugnen des Holocaust"[88] der Historikerin Deborah E. Lipstadt dar, da ihre Überblicksdarstellung den rechtsextremistischen Charakter der Negation des Genozids nachwies. Nachdem die Leugner über mehrere Jahrzehnte vergeblich versucht hatten, eine verstärkte Aufmerksamkeit in ihrem Sinne zu erregen, geschah dies nun durch ein Werk, das die Öffentlichkeit über sie aufklärte und dadurch ihre Aktivitäten beeinträchtigte.

In mehreren mittel- und westeuropäischen Staaten wurden ab Mitte der 1990er Jahre zudem die Strafvorschriften verschärft. In Deutschland war es zwar zuvor schon zu Prozessen gegen Holocaust-Leugner gekommen, aber eine 1994 vorgenommene Erweiterung des § 130 des Strafgesetzbuches erleichterte die Strafverfolgung, da nun ausdrücklich das Leugnen der Shoa als Volksverhetzung unter Strafe gestellte wurde.[89] Frankreich, die Schweiz und Belgien erließen vergleichbare Vorschriften.

Zu einer weiteren Schwächung der Szene führte 1994 ein Streit zwischen den US-amerikanischen Aktivisten: Der IHR-Gründer Willis A. Carto überwarf sich mit seinen Gesinnungsgenossen, verließ die Organisation[90] und veröffentlichte noch im selben Jahr die erste Ausgabe seiner Zeitschrift „The Barnes Review" (TBR).[91]

Auf die Rückschläge, insbesondere die Strafverfolgung in Mitteleuropa, reagierten die Agitatoren mit einer Ausweitung ihrer internationalen Zusammenarbeit. Mehrere Aktivisten entzogen sich der gegen sie verhängten Strafen durch Flucht in Länder, in denen ihre Agitation

---

[86] Vgl. Ernst Piper, Von der Entfernung zur Vernichtung, in: Jean-Claude Pressac, Die Krematorien von Auschwitz. Die Technik des Massenmordes, München 1994, S. IX-XXVII, hier S. XI.

[87] Jean-Claude Pressac, Les Crématoires d'Auschwitz, Paris 1993.

[88] Deborah E. Lipstadt, Denying the Holocaust, 1993; deutsch: Betrifft: Leugnen des Holocaust, Zürich 1994.

[89] Vgl. Huster (Anm. 2), Beisel (Anm. 2), Dietz (Anm. 2). 2005 wurde in Deutschland der § 130 StGB noch einmal verschärft, dazu: Bertram (Anm. 2).

[90] Vgl. Shermer (Anm. 2), S. 48-51.

[91] Vgl. o. A., About us, in: www.barnesreview.org/html/about05.html, undatiert (gelesen am 4. Januar 2008).

nicht strafbar war und die deshalb keine Auslieferungen vornahmen. Zunächst wurde Mitte der 1990er Jahre vor allem Spanien zum Ziel dieser Personen. 1994 floh Otto Ernst Remer in das südeuropäische Land, in dem sich bereits seit zwei Jahren sein österreichischer Gesinnungsgenosse Gerd Honsik befand, der seine Ansichten vor allem mit der von ihm betriebenen Zeitschrift „Halt“ verbreitete.[92] Honsik hatte zuvor unter anderem in einem Buch[93] das so genannte „Lachout-Dokument” thematisiert. Dabei handelte es sich um ein von seinem Landsmann Emil Lachout gefälschtes Schriftstück mit angeblichen Feststellungen alliierter Kommissionen, nach denen die Geständnisse über Vergasungen im KZ Mauthausen und anderen nicht in Polen gelegenen Lagern erpresst worden seien und falsche Zeugenaussagen dazu vorlägen.[94] Neben „Halt” existierten zu dieser Zeit mit Ernst Zündels Rundbrief „Germania”, Thies Christophersens „Bauernschaft”, der Schrift „Sieg” des Schweizers Walter Ochensberger sowie dem „Eidgenoss” seines Landsmannes Max Wahl weitere Zeitschriften, die den Holocaust leugneten. Das Zusammenwirken der Szene ermöglichte es auch Germar Rudolf, einer in Deutschland verhängten vierzehnmonatigen Gefängnisstrafe zu entgehen, indem er sich nach Spanien begab. Vor allem Rudolf trieb in der Folge die internationale Kooperation voran. Er verfasste, teilweise unter dem Pseudonym Ernst Gauss, mehrere Schriften[95] und verbreitete diese über die von

---

[92] Remer war 1992 zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt worden, die 1993 rechtskräftig wurde. Vgl. Bailer-Galanda/Benz/Neugebauer (Anm. 2), S. 279.

[93] Vgl. Gerd Honsik, Freispruch für Hitler? 37 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer, Wien 1988, S 97-101.

[94] Der Nachweis der Fälschung und ein Faksimile-Abdruck findet sich bei: Brigitte Bailer-Galanda, Das sogenannte Lachout-„Dokument“, in: Bailer-Galanda/Benz/Neugebauer (Anm. 2), S. 137-146; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Das Lachout-„Dokument“. Anatomie einer Fälschung, Wien 1989. Die Szene der Holocaust-Leugner wurde dadurch derart belastet, dass sie diese Fälschung in ihrer wichtigsten Publikation eingestanden. Vgl. Klaus Schwensen, Zur Echtheit des Lachout-Dokuments, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung 8 (2004), Nr. 2, S. 166-178.

[95] Vgl. Ernst Gauss, Vorlesungen über Zeitgeschichte. Strittige Fragen im Kreuzverhör, Tübingen 1993; ders. (Hrsg.), Grundlagen (Anm. 80); Stiftung Vrij Historisch Onderzoek (Hrsg.), Kardinalfragen zur Zeitgeschichte. Eine Sammlung kontroverser Stellungnahmen von Germar Rudolf alias Ernst

den belgischen Druckereibetreibern Siegfried und Herbert Verbeke seit 1985 unterhaltene Organisation „Vrij Historisch Onderzoek" (VHO). Die bei Antwerpen angesiedelte Vereinigung wurde der wichtigste Verteiler einschlägiger Publikationen in Europa.

1997 entstanden die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" (VffG) als eine rein auf die Leugnung des Genozids spezialisierte Zeitschrift, deren Chefredakteur Germar Rudolf zunächst unter dem Namen der VHO tätig war, aber im folgenden Jahr eigenständig wurde.[96] Neben Rudolf war zu dieser Zeit der durch ein großes publizistisches Engagement bekannt gewordene Schweizer Jürgen Graf[97] der aktivste Autor der Szene. 1998 floh er nach einer in der Schweiz ergangenen Verurteilung aus seinem Heimatland[98] und stand danach der Kleingruppe „Verité et Justice" vor.[99]

Mitte der 1990er Jahre wurden auch in Osteuropa Leugner der Shoa aktiv. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime propagierten zurückgekehrte Emigranten den rechtsextremistischen Revisionismus in ihren Herkunftsländern.[100] Um eine Verbreitung der Holocaust-Leugnung im arabischen Raum bemühte sich der zum Islam konvertierte Franzose Roger Garaudy mit der Schrift „Die Gründungsmythen der israelischen Politik". Der einstige Philosophie-Professor und ehemalige Kommunist stellte darin den Völkermord als

---

Gauss zum herrschenden Zeitgeist in Wissenschaft - Politik - Justiz und Medien, Berchem 1996.

[96] Vgl. Castle Hill Publishers, About us, in: www.vho.org/About.html, undatiert (gelesen am 7. März 2008).

[97] Vgl. Jürgen Graf, Der Holocaust-Schwindel. Vom Werden und Vergehen eines Jahrhundertbetrugs, Basel 1993; ders., Der Holocaust auf dem Prüfstand. Augenzeugenberichte versus Naturgesetze, Mohkirch 1993; ders., Auschwitz. Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust, Würenlos 1994; ders., Todesursache Zeitgeschichtsforschung. Der Holocaust im Klassenzimmer, Würenlos 1995; ders., Die Argumente, Berchem 1996; ders. Riese auf tönernen Füßen. Raul Hilberg und sein Standardwerk über den Holocaust, Hastings 1999.

[98] Vgl. o. A., Jürgen Graf Welcomed in Iran. Swiss Revisionist Forced into Exile for 'Thought Crime', in: www.abbc2.com/revisionism/confer-beiru/background.html, datiert 24. Dezember 2000 (gelesen am 18. Februar 2008).

[99] Vgl. o. A., Verité et Justice, in: www.abbc2.com/revisionism/confer-beiru/background.html, 12. Januar 2001 (gelesen am 18. Februar 2008).

[100] Vgl. Shafir (Anm. 2), S. 14-23.

eine zionistische Erfindung dar, mit der die Errichtung des Staates Israel auf arabischen Boden legitimiert und finanzielle Zuwendungen erzwungen werden sollten.[101]

3.7 Agitation im Internet

Die weltweite Agitation wurde zu dieser Zeit durch die Verbreitung des Internets gefördert, dass aufgrund eines Preisverfalls auf dem Computermarkt breiten Bevölkerungskreisen zugänglich wurde. Rechtsextremisten verschiedener Ausrichtung erkannten die sich dadurch bietenden Möglichkeiten, ihre Agitation schnell und kostengünstig in der gesamten Welt zu verbreiten und den Sanktionen nationaler Strafverfolgungsbehörden zu entgehen. Mitte der 1990er Jahre entstanden in Nordamerika die ersten rechtsextremistischen Webseiten, darunter die in Kanada von Ernst Zündel mit Hilfe der US-Amerikanerin Ingrid Rimland betriebene „Zündelsite“,[102] die sich zu einer der wichtigsten Plattformen der Szene entwickelte.[103] In den USA unterhielten zudem das IHR sowie das CODOH entsprechende Homepages und in Australien beteiligte sich der deutschstämmige Frederick Töben mit dem Internetportal seines „Adelaide Institute” an der Agitation.[104] Der zwischenzeitlich nach England gezogene Germar Rudolf wurde zum wichtigsten Nutzer des neuen Mediums in Europa, indem er 1997 die Internetseite der VHO übernahm und diese in den von ihm gegründeten Verlag „Castle Hill Publishers” (CHP) überführte.[105]

Für die Holocaust-Leugner ergab sich Ende des Jahrtausends eine zwiespältige Situation. Ihnen war es einerseits gelungen, die weltweite Verbreitung ihrer Thesen durch die intensive Nutzung des Internets

---

[101] Vgl. Nordbruch (Anm. 2), S. 185f.

[102] Vgl. Ingrid Rimland, Ernst Zündel. Sein Kampf für Deutschland, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung 7 (2003), Nr. 1, S. 3-15, hier S. 12f.

[103] Die Entwicklung der „Zündelsite“ untersuchte: Thomas Pfeiffer. Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet, Berlin 2002, S. 307-340.

[104] Zu den Internetauftritten der Holocaust-Leugner, siehe: Rainer Fromm / Barbara Kernbach, Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr, München 2001, S. 213-271.

[105] Vgl. Castle Hill Publishers (Anm. 96).

sicherzustellen, sie befanden sich aber andererseits im gesellschaftlichen Abseits und waren den Maßnahmen der mittel- und westeuropäischen Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt.

3.8 Niedergang seit der Jahrtausendwende

Um aus der gesellschaftlichen Randlage herauszutreten, strengte David Irving 2000 in Großbritannien einen Zivilprozess gegen die Historikerin Deborah E. Lipstadt an, die ihn in ihrem Buch „Betrifft: Leugnen des Holocaust" als Holocaust-Leugner bezeichnet hatte. Der Brite warf ihr Verleumdung vor und führte daraufhin ein Verfahren vor dem British High Court. Dabei ging es nicht nur um die Auffassung Lipstadts, sondern um den Genozid als solchen, denn Irving beabsichtigte, die Shoa gewissermaßen vor Gericht überprüfen zu lassen, um das Verfahren als Plattform für deren Leugnung zu nutzen. Die Angelegenheit entwickelte sich jedoch zu einer schweren Niederlage sowohl für den Klageführer als auch für dessen Gesinnungsgenossen, denn das Gericht entschied nach Anhörung mehrerer Experten im Sinne Lipstadts und beschrieb Irving als Rassisten, Antisemiten und Geschichtsfälscher.[106] Der Brite musste daraufhin Prozesskosten in Millionenhöhe tragen und seine Gesinnungsgenossen sahen sich mit den Expertisen der im Verfahren angehörten Forscher konfrontiert, die ihre Arbeiten veröffentlichten.[107] Irving blieb somit nicht nur mit seiner Klage erfolglos, sondern hatte stattdessen die Forschung über den Völkermord gefördert und musste sie zudem bezahlen.

Diese Niederlage bedeutete eine weitere Schwächung der ohnehin angeschlagenen Szene. Deren Aktivitäten behinderte in Europa eine verstärkte Strafverfolgung. In Nordamerika sank die Produktivität der nach dem Streit zwischen Carto und dem IHR uneinigen Aktivisten,

---

[106] Vgl. Guttenplan (Anm. 2), S. 363-365. Guttenplan schilderte das Verfahren aus journalistischer Sicht, wie auch Menasse (Anm. 2).

[107] Die Rolle des KZ Auschwitz für die Holocaust-Leugner untersuchte der Architekturhistoriker Robert Jan van Pelt in: The Case for Auschwitz (Anm. 2). Der Historiker Richard J. Evans analysierte die Methoden Irvings in: Der Geschichtsfälscher (Anm. 2). Deborah Lipstadt veröffentlichte ihre Erlebnisse in: History on Trial (Anm. 2). Eine Arbeit über die Genese des Holocaust fertigte: Peter Longerich, Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur „Endlösung", München 2001.

und das IHR stellte 2002 die Herausgabe des „Journal of Historical Review“ ein.[108] Als nachteilig erwies sich vor allem, dass es den Holocaust-Leugnern nicht gelungen war, ein größeres Maß an Öffentlichkeit zu erlangen. Zudem scheiterte eine im Frühjahr 2001 von der Gruppe „Verité et Justice“ in Beirut geplante Konferenz an einem Verbot der libanesischen Regierung.[109]

Dessen ungeachtet setzte Germar Rudolf seine Tätigkeit nicht nur fort, sondern weitete sie noch aus. 2002 übernahm er den 1993 in den USA von Robert Countess gegründeten Verlag „Theses & Dissertations Press” (T&DP) und fügte diesen seinem Verlag CHP zu.[110] Rudolf intensivierte seine Aktivitäten im Internet, indem er die von ihm übernommene Webseite der VHO zu einem elektronischen Archiv ausbaute. Rudolfs wichtigster Mitarbeiter wurde der Schweizer Übersetzer Jürgen Graf, dessen Interesse sich auf mehrere von der Forschung wenig beachtete Konzentrationslager richtete. Zusammen mit dem Italiener Carlo Mattogno relativierte er die in den Lagern von Stutthof, Majdanek und Treblinka verübten Verbrechen und bestritt die Rolle der Stätten für den Genozid.[111]

Trotz dieser Aktivitäten stagnierte die Agitation. In dieser Situation ergab sich ein unerwarteter Ansatz: Fritjof Meyer, ein Journalist des Magazins „Der Spiegel”, veröffentlichte in der Fachzeitschrift „Osteuropa“ einen Artikel über „Die Zahl der Opfer von Auschwitz“.[112] In diesem stellte er die These auf, dass in Auschwitz 510.000 Menschen ermordet wurden, von denen 356.000 durch Gas zu Tode kamen. Letztere seien vor allem in zwei außerhalb des Lagers gelegenen Bauern-

---

[108] Vgl. o. A., The Journal of Historical Review, in: www.ihr.org/main/journal.shtml, undatiert (gelesen am 8. Februar 2008).

[109] Vgl. o. A., Beirut ‘Revisionism and Zionism’ Conference Called Off, 30. März 2001, in: www.ihr.org/conference/beirutconf/010323cancellation.html (gelesen am 8. Februar 2008).

[110] Vgl. Castle Hill Publishers (Anm. 96).

[111] Vgl. Jürgen Graf/Carlo Mattogno, KL Majdanek. Eine historische und technische Studie, Hastings 1998; dies., Das Konzentrationslager Stutthof und seine Folgen in der nationalsozialistischen Judenpolitik, Hastings 1999; dies., Treblinka. Vernichtungslager oder Durchgangslager?, Hastings 2002.

[112] Fritjof Meyer, Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens 52 (2002), Nr. 5, S. 631-641.

häusern getötet worden.[113] Damit widersprach ein gesellschaftlich angesehener Autor sowohl dem Forschungsstand über die Opferzahl als auch über die Funktion der auf dem Lagergelände gelegenen Gaskammern. Auch wenn der Journalist in seinem Schlusssatz betonte, dass seine Arbeit „nicht die Barbarei (relativiert), sondern verifiziert", nutzten Rechtsextremisten den Aufsatz für ihre Agitation, indem sie den Text als angebliche Bestätigung für ihre Behauptung heranzogen, nach der es keine Massenmorde in den Gaskammern von Auschwitz gegeben hat. Sie zeigten Meyer zunächst wegen Volksverhetzung an und forderten, nachdem es zu keinem Strafverfahren kam, die Aufhebung der in Deutschland gegen Holocaust-Leugner ergangenen Urteile.[114]

Zur Bündelung der Kräfte entstand am 9. November 2003 der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten" (VRBHV). Eine von Horst Mahler, einem ehemaligen Terroristen der linksextremistischen „Roten Armee Fraktion" (RAF), der sich zum Rechtsextremisten gewandelt hatte, unterzeichnete Pressemitteilung führte als Gründungsmitglieder eine Reihe der bekanntesten Holocaust-Leugner auf: Ernst Zündel, Ingrid Rimland, Robert Faurisson, Germar Rudolf, Jürgen Graf, Gerd Honsik, Wilhelm Stäglich und Fredrick Töben. Den Vorsitz bekleidete der Schweizer Bernhard Schaub.[115] Ungeachtet dieser internationalen Konzentration der bekanntesten Bestreiter der Shoa gelang es in der Folgezeit nicht, das Anliegen der Szene zu fördern. Vielmehr waren einige ihrer wichtigsten Vertreter 2005 von Exekutivmaßnahmen betroffen, die eine schwere Krise verursachten. Ernst Zündel, Germar Rudolf und Siegfried Verbeke lieferte man an Deutschland aus. Zudem wurde David Irving während einer Vortragsreise in Österreich verhaftet und nach einem Prozess für etwa dreizehn Monate inhaftiert.

In dieser Situation keimte Hoffnung auf, als der iranische Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad öffentlich den Genozid bestritt. Dies geschah weniger aufgrund eines grundsätzlichen Interesses an der

---

[113] Vgl. ebenda, S. 632, 641.

[114] Vgl. o. A., Aufstand für die Wahrheit!, in: www.aufstand-fuer-die-wahrheit.net, undatiert (gelesen am 12. Juli 2004)

[115] Vgl. Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten, Pressemitteilung vom 11. November 2003, in: www.aufstand-fuer-die-wahrheit.net/pressemitteilung.html (gelesen am 12. Juli 2004).

Leugnung des Shoa, sondern vor dem Hintergrund einer außenpolitischen Auseinandersetzung mit den USA und Israel. Für die Holocaust-Leugner hingegen schien dies nach Jahrzehnten gesellschaftlicher Randständigkeit der lang ersehnte Durchbruch zu weltweiter Beachtung zu sein. Ihre Hoffnung stieg, als Ahmadinedschad im Dezember 2006 in Teheran eine Konferenz über den Holocaust veranstaltete. Doch obwohl diese zeitweilig Thema der internationalen Pressberichterstattung war, beteiligten sich, offenbar aufgrund des Verfolgungsdrucks, nur wenige bekannte Agitatoren. Nach Teheran reiste neben dem VRBHV-Vorsitzenden Schaub, Frederick Töben, der seine Behauptungen anhand des Models einer Vernichtungsanlage von Auschwitz erläuterte.[116]

Auf der Konferenz hielt Schaub eine Rede, die von größter Bedeutung für die Einschätzung der Motivation seiner Gesinnungsgenossen ist. Er nannte Ahmadinedschads Engagement ein „Gottesgeschenk“ und bezeichnete die Kriegsgegner des Dritten Reiches als vom „Weltzionismus“ inspirierte „Mächte, von denen die Unterdrückung der Freiheit und Eigenständigkeit der Völker ausging.“ Schaub beklagte eine angeblich von den „Weltzionisten“ errichtete „Holocaust-Religion“, um den von ihm als „gesunde(s) Selbstbewusstsein eines Volkes“ begrüßten Nationalismus sowie die als „gesunde(n) Selbsterhaltungstrieb eines Volkes“ bezeichneten Erscheinungen des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit zu diffamieren. Als einst mächtigsten Gegner machte Schaub das „in zwei Weltkriegen niedergeworfen(e)“ Deutsche Reich aus. Nach seiner Auffassung sollen die „Zionisten“ „ihr Imperium … auf der Lüge von den sechs Millionen vergasten Juden“ aufgebaut haben. Ihnen stellte Schaub seine Gesinnungsgenossen als „unerschrockene Kämpfer für die Wahrheit“ entgegen. Für diese sei der VRBHV gegründet worden, der ihr Ansinnen auf zwei Ebenen verfolgen sollte, indem er ihre Behauptungen „zunehmend in die Öffentlichkeit“ tragen und vor Gericht zusammen mit Verteidigern agieren sollte. Dabei verwies er ausdrücklich auf die gegen Zündel und Rudolf laufenden Prozesse.[117] Mit dieser Rede offenbarte Schaub, stellvertretend für die im VRBHV organisierten Holocaust-Leugner, in

[116] Vgl. Martin Ebbing, Die Unbelehrbaren, in: Berliner Zeitung vom 13. Dezember 2006, S. 3.

[117] Vgl. Bernhard Schaub, Ansprache an der Konferenz zu Teheran am 11./12. Dezember 2006, in: adelaideinstitute.org (gelesen am 26. Februar 2007).

einem ungewohnt offenherzigen Vortrag die hinter der angeblichen Forschung stehende rechtsextremistische Überzeugung. Seine kurze Ansprache enthielt Grundelemente des Rechtsextremismus: Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und ein Bekenntnis zum Dritten Reich.

3.9 Die Auswirkungen der Strafverfolgung

In der Gesamtschau erfüllten sich die mit der Konferenz verbundenen Erwartungen der Szene nicht: Es kam nicht zur Versammlung ihrer bekanntesten Vertreter, es konnten keine inhaltlichen Impulse erzielt werden und das Interesse der Weltpresse währte nicht lange. Nach der Veranstaltung verschlechterte sich die Situation der Holocaust-Leugner erneut. Im Januar 2007 wurde Ernst Zündel in Mannheim zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt.[118] Dabei zeigte dieser Prozess sein neonazistisches Umfeld. Zu den Verteidigern gehörten der NPD-Politiker und bekannte Neonazi Jürgen Rieger sowie Silvia Stolz, die eine Beschwerde provokativ mit dem Gruß „Heil Hitler!“ unterzeichnete.[119] Diese auf Erregung von Aufmerksamkeit ausgerichtete Prozesstaktik entsprach der in Schaubs Rede verkündeten Ausrichtung.

Die gleiche Linie verfolgte zunächst auch der zweite in der Teheraner Rede erwähnte Angeklagte, Germar Rudolf, in seinem ebenfalls in Mannheim geführten Verfahren. Auch zu seinen Anwälten gehörte zunächst Silvia Stolz, doch im Gegensatz zu Zündel änderte er seine Strategie, indem er die Verteidigerin von ihrer Funktion entband, sich von einer seriösen Kanzlei vertreten ließ[120] und auf Provokationen verzichtete. Verwirrend war für die Szene nicht nur, dass Rudolf damit von der Linie seiner Gefährten abwich, sondern vor Gericht auch thematisiert wurde, dass er den Behörden eine Zusammenarbeit im Fall

---

[118] Vgl. Hans Holzhaider, Ein Urteil wie ein Befreiungsschlag, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Februar 2007, S. 7.

[119] Unter anderem für diese Handlung wurde sie im folgenden Jahr zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt, vgl. Johannes Radke, Rechtsextreme Anwältin zu Haft verurteilt, in: Der Tagesspiegel vom 15. Januar 2008, S. 4.

[120] Vgl. Günter Deckert, The Trial of Germar Rudolf in Mannheim District Court, 5. März 2007, in: www.adelaideinstitute.org (gelesen am 10. Januar 2008).

einer Freilassung angeboten hatte.[121] Im März 2007 erhielt Rudolf ein milderes Urteil als Zündel, wurde aber dennoch mit einer zweieinhalbjährigen Haftstrafe belegt.[122]

Zu einer weiteren Verschlechterung der Lage führte ein Monat später ein Rahmenbeschluss des Ministerrats der Europäischen Union, der die Mitgliedsländer verpflichtete, strafrechtlich gegen die Leugnung und Verharmlosung von Völkermorden vorzugehen.[123] Nach dieser Forcierung der länderübergreifenden Strafverfolgung wurde Gerd Honsik in Spanien verhaftet[124] und an Österreich ausgeliefert. In der Gesamtschau trug die verstärkte internationale Strafverfolgung maßgeblich dazu bei, dass die Aktivitäten der Holocaust-Leugner stark abnahmen. Für die Agitatoren bedeutete dies eine erhebliche Einschränkung ihrer Möglichkeiten, sofern sie Haftstrafen vermeiden wollten. Diese Situation zwang die Aktivisten zur Änderung der Vorgehensweise. Die meisten beschränkten sich fortan auf die Relativierung und thematisierten die Leugnung nur indirekt, indem sie sich auf die Würdigung bekannter Holocaust-Leugner und Klagen über die Strafverfolgung konzentrierten. Dabei konnten sie sich auf den Beistand verschiedener Zeitschriften rechtsextremistischer Verlage und Parteien stützen. So erschienen in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ einseitige Artikel, die Irving und Honsik als ungerechtfertigt verfolgte Gelehrte darstellten.[125] Die gleiche Linie verfolgte auch der „Grabert-Verlag“. Er würdigte in seiner Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) den 2006 verstorbenen Stäglich als „aufrechten … Autor und Mitarbeiter.“[126]

---

[121] Vgl. Günter Deckert, Zeitenwende im Germar-Rudolf-Prozeß? BKA-Zeugenaussage stellt Angeklagten ins Zwielicht, 31. Januar 2007, in: www.alter media.de (gelesen am 3. Juli 2007).

[122] Vgl. o. A., SWR, Zweieinhalb Jahre Haft für Holocaust-Leugner Rudolf, 15. März 2007, in: www.swr.de (gelesen am 21. Januar 2008).

[123] Vgl. Christian Rath, Leugnen von Völkermorden wird strafbar, in: Die Tageszeitung, 21. April 2007, S. 6.

[124] Vgl. Wie., Neonazi in Spanien festgenommen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. August 2007, S. 5.

[125] Vgl. Holger Szymanski, In österreichischen Kerkern. Erlebnisse des Historikers David Irving, in: Deutsche Stimme, Nr.1, Januar 2008, S. 18; Guido Raimund, Verfolgter Dichter – Dichter der Verfolgen, in: ebenda, S. 10.

[126] O. A., Ein Leben für die historische Wahrheit, in: Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Nr.2/2006, S. 18 f., hier S. 19.

Mit dieser Vorgehensweise konnten sich rechtsextremistische Revisionisten zwar vor Strafverfolgung schützen, mussten aber auf ihr Hauptanliegen verzichten, denn statt der Leugnung des Völkermordes blieb nur ein Andeuten, ein Klagen oder die agitatorisch schwächere Form der Relativierung, wobei sie teilweise in einer argumentativen Traditionslinie zum Dritten Reich auf Behauptungen der NS-Propaganda zurückgriffen.[127] Dies genügte hingegen einigen Aktivisten nicht. Vor allem Zündel und Mahler waren derart von ihren Theorien überzeugt, dass sie sich der Gefahr von Geld- und Haftstrafen mit der Hoffnung aussetzten, die Prozesse aufgrund der öffentlichen Wahrnehmung als Mittel zur Verbreitung ihrer Ansichten zu nutzen. Dabei gaben sie sich als Märtyrer, als Widerstandskämpfer gegen eine von ihnen gesehene jüdisch-amerikanische Verschwörung und als Kämpfer für das vermeintliche Wohl Deutschlands.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Seit sechzig Jahren leugnen Rechtsextremisten den Holocaust, indem sie
- nicht belegte Behauptungen aufstellen,
- Dokumente fälschen,
- ihnen nicht genehme Schriftstücke als Fälschungen darstellen,
- Quellen unterschlagen,
- Angaben von Zeugen einseitig kritisieren,
- Tätergeständnisse pauschal als erpresste Aussagen deklarieren,
- einen vorhandenen wissenschaftlichen Hintergrund vortäuschen und
- ihre politische Motivation verschweigen.

Stellt man die Frage, was der rechtsextremistische Revisionismus in sechs Jahrzehnten erreicht hat, so ist die Antwort für dessen Protagonisten enttäuschend: Sie konnten ihre Auffassung nicht in der Gesellschaft verbreiten, sondern blieben von der Öffentlichkeit abgelehnte Außenseiter. Von der Wissenschaft wurden sie nicht als Diskussionspartner akzeptiert, sondern zurückgewiesen. Die Behauptung eines wissenschaftlichen Hintergrundes durch Robert Faurisson oder Germar Rudolf scheiterte unter anderem aufgrund ihrer Rollen als „engs-

[127] Das betrifft die „Jüdische Kriegserklärung“ oder die Schrift Kaufmans. Vgl. Kapitel 2 dieser Arbeit.

ter Berater" des Neonazis Ernst Zündel oder als „Gutachter" des Nationalsozialisten Otto Ernst Remer. Letztendlich sind die neonazistischen Provokationen von Horst Mahler und Silvia Stolz Ausdruck der Schwäche der Szene und des verzweifelten Wunsches nach öffentlicher Beachtung. Selbst als die Bestreiter der Shoa ihre Agitation zeitweilig ausweiten konnten, blieb ihnen ein entscheidender Erfolg versagt, kam es doch zu Gegenbewegungen mit erheblichen Rückschlägen. So führten die pseudowissenschaftlichen „Gutachten" in den 1990er Jahren zur Veröffentlichung kritischer Publikationen über die Holocaust-Leugnung und auf den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit sowie den Einsatz des Internets folgte eine verstärke Strafverfolgung. Der vermeintliche Erfolg David Irvings, die Existenz des Genozids zum Thema eines Gerichtsverfahrens zu machen, entwickelte sich zu einem der schwersten Rückschläge. Schließlich erbrachte die Konferenz in Teheran nicht den erhofften Durchbruch, sondern führte lediglich dazu, dass durch Bernhard Schaubs Rede die hinter der Holocaust-Leugnung stehende rechtsextremistische Motivation deutlich hervortrat.

Im Gegensatz zur Nachkriegszeit, als der Völkermord in der deutschen Öffentlichkeit nur wenig Interesse fand und er zunächst in Frankreich und in den USA relativiert wurde, ist das Thema heute sowohl in den Medien als auch im Bildungswesen stark präsent. Dabei ist vor allem deutschen Vertretern des rechtsextremistischen Revisionismus bewusst, dass sich die demokratische Nachkriegsgesellschaft als Gegenentwurf zum Dritten Reich und zu dessen Verbrechen definiert. Sie hoffen für den Fall, dass eine Mehrheit der Deutschen den Holocaust als eine Erfindung einer feindlichen Macht zur Manipulation ihres Landes erachten würde, dies den Zusammenbruch des moralischen Fundaments der Bundesrepublik Deutschland und somit das Ende des demokratischen Verfassungsstaats zur Folge hätte. Ihre Hoffnung, durch eine Revision des Geschichtsbildes den Nationalsozialismus zu entlasten und die Demokratie zu attackieren, erfüllte sich jedoch nicht.

Die gegenwärtige Lage der Holocaust-Leugner ist von anhaltender Erfolglosigkeit geprägt. Ihre internationalen Verbindungen können nicht über ihr geringes Personenpotential hinwegtäuschen. Obwohl sich ihre Behauptungen in den verschiedenen Bereichen des Rechtsextremismus finden, blieb die Unterstützung unzureichend. Das zeigte sich

während der Verfahren gegen Zündel und Rudolf, als eine größere Kampagne ausblieb und an den Verhandlungstagen jeweils nur eine geringe Anzahl Gleichgesinnter anreiste, die aus ineffektiven Kleinstgruppen stammten. Ein Mitarbeiter des Berliner „Zentrums für Antisemitismusforschung“, der Soziologe Rainer Erb, charakterisierte deren Angehörige als „Sektierer, notorische Querulanten und erfahrene Parteiwechsler“, geprägt durch „parteininterne(n) Streit und Zerstörung“ sowie durch „Hader und Zersplitterung“.[128] Im Vergleich zu anderen rechtsextremistischen Agitatoren sind Holocaust-Leugner erheblich stärkeren Belastungen ausgesetzt, denn seit Mitte der 1990er Jahre steigt der Verfolgungsdruck. Verurteilungen führen nicht nur zu Haftstrafen, sondern auch zu schweren finanziellen Schäden durch Geldbußen, Beschlagnahmungen, Anwalts- und Verfahrenskosten sowie Verdienstausfällen. Da Holocaust-Leugner zudem gesellschaftlich geächtet und im bürgerlichen Berufsleben behindert sind, leben sie in ökonomisch unsicheren Verhältnissen, was eine Nachwuchswerbung stark behindert.

Aufgrund dieser Entwicklungen befindet sich die Szene seit der Jahrtausendwende in einem beständigen Niedergang. Robert Faurisson, einer ihrer bekanntesten Vertreter, erkannte dies bereits Mitte 2002. In einem Artikel der „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ vertrat er einerseits die Ansicht, dass der „heutige Revisionismus … immer noch jener Paul Rassiniers ist“, womit er einen über sechs Jahrzehnte reichenden Bogen zu dem als Begründer dieser Bewegung angesehenen Franzosen schlug. Andererseits beschrieb Faurisson auch die bedrückende Lage seiner Mitstreiter, die er vom Zugang zu Massenmedien abgeschnitten, von Strafverfolgung bedroht, verängstigt und „müde” sah. Faurisson behauptete eine „von den Söhnen Israels ausgeübte Tyrannei“, zog eine „düstere Bilanz“ und folgerte daraus, dass die Bewegung in der „gegenwärtigen Form ... in einer Krise” steckte.[129]

---

[128] Vgl. Rainer Erb, Organisierte Antisemiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31 vom 30. Juli 2007, S. 19-26, hier S. 25.

[129] Robert Faurisson, In Los Angeles fand die 14. revisionistische Konferenz statt, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung 6 (2002), Nr. 3, S. 259.

Da der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ nur eine begrenzte Wirkung erzielte, er zudem im Frühjahr 2008 verboten wurde[130] und von den US-amerikanischen Aktivisten keine prägenden Impulse ausgingen, beschränken sich die meisten rechtsextremistischen Revisionisten in Europa aufgrund der Androhung von Strafverfahren auf eine Relativierung der Shoa sowie eine Agitation gegen die bestehende Rechtslage. Denjenigen, die Strafverfahren in Kauf nehmen, dient die Leugnung als Provokationsmittel und Instrument zur Verbreitung von Antisemitismus. Ihnen bietet sich zumindest die Möglichkeit, einen kleinen Unterstützerzirkel zu gewinnen, um im begrenzten Rahmen finanzielle Zuwendungen zu erhalten. Dies trifft vor allem auf Überzeugungstäter wie Zündel und Mahler zu, die Prozesse einkalkulieren, ja zuweilen sogar provozieren, um diese als Plattform zur Verbreitung ihrer Ansichten zu nutzen. Dabei kann es zu neonazistischen Äußerungen kommen, die den rechtsextremistischen Hintergrund ihrer angeblich rein wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Holocaust offenkundig machen. In dieser Hinsicht hat nicht nur Bernhard Schaubs Teheraner Rede eine besondere Bedeutung, sondern auch ein 2007 in der deutschen Ausgabe der weltweit bekannten Illustrierten „Vanity Fair“ erschienenes Interview Horst Mahlers, dem seine Lebensgefährtin Sivlia Stolz beiwohnte. Sie hatte bereits als Verteidigerin Zündels eine Beschwerde mit „Heil Hitler!“ unterzeichnet. Diese Parole nutzte auch Mahler zur Begrüßung seines Interviewers, des jüdischen Journalisten Michel Friedmann. Für Mahler war „Hitler … der Erlöser des deutschen Volkes“ und ist „von Satan dämonisiert worden, damit jeder Gedanke an den Erlöser ausgetilgt ist“.[131] Er bezeichnete die „systematische Vernichtung der Juden in Auschwitz“ als Lüge,[132] behauptete einen gegenwärtigen „Seelenmord am deutschen Volk“[133] und lehnte das Grundgesetz sowie die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland ab, da sie Ausdruck

[130] Vgl. Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung. Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble verbietet rechtsextremistische Organisationen, 7. Mai 2008, in: www.bmi.bund.de/cln_028/nn_122688/Internet/Content)Nachrichten/Pressemitteilungen/2008/05/BMI_verbietet_rechtsextr._Org.html (gelesen 16. Mai 2008)

[131] Vgl. Michel Friedmann, So spricht man mit Nazis, in: Vanity Fair, Nr. 45 vom 1. November 2007, S. 82-91, hier S. 84.

[132] Ebenda, S. 85.

[133] Ebenda, S. 89.

einer Fremdherrschaft der die Weltherrschaft anstrebenden Juden seien.[134]

Vor allem für Aktivisten wie Robert Faurisson, die einen wissenschaftlichen Hintergrund vortäuschen, muss die Lage nach sechs Jahrzehnten bedrückend erscheinen. Seine 2002 geäußerte Klage über eine Krise des rechtsextremistischen Revisionismus war berechtigt, zumal sich dessen Situation in den folgenden Jahren sogar noch verschlechtern sollte. Ein Ausweg aus dieser Lage ist für die Holocaust-Leugner gegenwärtig nicht erkennbar.

[134] Vgl. ebenda, S. 84. Aufgrund dieser Behauptungen wurde Mahler im Frühjahr 2008 zu einer zehnmonatigen Haftstrafe verurteilt, vgl. Florian Tempel, Rechtsextremist Mahler muss wieder ins Gefängnis, in: Süddeutsche Zeitung, 29. April 2008, S. 37.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) nach vierzig Jahren.

Eine Bilanz zur Entwicklung des ehemaligen Interventionsapparates der SED

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Vor vierzig Jahren, am 25. September 1968, wurde die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) gegründet. In den 1970er und 1980er Jahren bildete sie mit Abstand die mitgliederstärkste extremistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland und konnte trotz mangelnder Erfolge bei Wahlen in Teilbereichen der Gesellschaft einflussreich wirken. Aufgrund der starken finanziellen, ideologischen und politische Abhängigkeit von der DDR bezeichnete man die DKP auch als „Interventionsapparat der SED“[1]. Diese Einschätzung mag die Partei inhaltlich wie methodisch nicht allein charakterisieren, gleichwohl hebt sie eine entscheidende Besonderheit gegenüber allen anderen seinerzeitigen Parteien hervor. Nur in wenigen Fällen orientierten sie sich an politischen Systemen in anderen Ländern. Dies kann allenfalls für die Parteien aus dem Bereich der K-Gruppen gelten, welche im maoistischen China ein Vorbild sahen.[2] Gleichwohl wurden diese Parteien und Organisationen nicht von ebendort angeleitet, was bei der DKP durch die SED sehr wohl der Fall war.

Nach dem Niedergang des „real existierenden Sozialismus“ schrumpfte die Anhängerschaft der DKP in den 1990er Jahren binnen kurzer Zeit auf ein Zehntel der früheren Mitgliederzahl zusammen. Trotz des damit verbundenen Niedergangsprozesses spielte und spielt die Partei im Umfeld von Aktivitäten der politischen Linken - demokratischer wie extremistischer Ausrichtung - immer noch eine Rolle. So kandidierten und kandidieren etwa bei Kommunal- und Landtagswahlen der Partei „Die Linke“ bzw. der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) im Westen regelmäßig auch Mitglieder der DKP. Darüber hin-

---

[1] Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990, S. 247.

[2] Vgl. Andreas Kühn, Stalins Enkel, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt/M. 2005.

aus beteiligten und beteiligen sich Parteiangehörige häufig an Demonstrationen und Veranstaltungen der Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung, der Gewerkschaften und Rechtsextremismus-Gegner[3]. Trotz ihres Bedeutungsverlustes gegenüber den 1970er und 1980er Jahren handelt es sich bei der DKP immerhin noch um die größte marxistisch-leninistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland.

Die vorliegende Abhandlung will die Entwicklung der Partei von der Gründung bis zur Gegenwart beschreiben und sie hinsichtlich ihrer Abhängigkeit, Bedeutung, Einflussstrategie und Positionen einschätzen. Im Zentrum steht dabei zunächst die Vorgeschichte in Gestalt der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD), versteht sich die DKP doch bis heute als deren politischer Erbe. Danach geht es um die Parteigründung 1968 und die Entwicklung von den 1970er bis zu den 2000er Jahren - von der Aufbruchstimmung und Stagnation über die Betriebs- und Kampagnenpolitik, Parteikrise und Spaltung bis zur Entwicklung nach der Auflösung der DDR. Integriert in diese historisch-chronologische Darstellung sind Erörterungen zu den programmatischen Grundpositionen und strategischen Vorgehensweisen sowie zur Entwicklung und Zusammensetzung von Mitgliedern und Wählern. Gesonderte Aufmerksamkeit findet auch die Abhängigkeit von und Steuerung durch die SED, stellte die DKP doch deren politisches Instrument in der Bundesrepublik Deutschland dar.

2. Vorgeschichte I: Die KPD in der Weimarer Republik 1919-1932

Da sich die DKP auch heute noch in der politischen Tradition der KPD versteht, bedarf es hier zunächst einer kurzen Skizze zu deren Entwicklung im Sinne einer Vorgeschichte der DKP: Die KPD entstand um die Jahrewende 1918/19 als Abspaltung von der SPD, trat von Anfang an offen für eine revolutionäre Umwälzung ein und wollte somit auch das politische System der Weimarer Republik überwin-

[3] Hier findet diese etwas sperrig wirkende Formulierung Verwendung, da die Bezeichnung „Antifaschisten“ häufig mit einem Selbstverständnis von Linksextremisten einhergeht.

den.[4] Dies ergab sich aus den programmatischen Grundauffassungen: Danach sei auch die demokratische Republik wie jeder Staat ein Klassenstaat und somit eine kapitalistische Diktatur, die auf dem Wege revolutionärer Gewalt durch einen proletarischen Staat unter Führung der kommunistischen Partei abgeschafft werden müsse. Als politisches Vorbild sah die KPD bereits seit ihrem Bestehen die Sowjetunion als „sozialistisches Vaterland der Werktätigen" an. Im Laufe der 1920er Jahre entwickelte sich aus dieser Einstellung eine Abhängigkeit, welche die KPD zu einem „Erfüllungsgehilfen"[5] der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion" (KPdSU) machte.[6]

Grob kann man die Geschichte der KPD in der Weimarer Republik in drei Phasen[7] einteilen: Zwischen 1919 und 1923 spielte die Partei keine bedeutende Rolle, wurde sie doch durch innere Konflikte um organisatorische und strategische Fragen verbunden mit damit zusammenhängenden Abspaltungen gelähmt. Gleichwohl versuchte man nach Vorgabe der „Kommunistischen Internationale" („Komintern") in Form des „Hamburger Aufstandes" von 1923 einen letztendlich kläglich gescheiterten Umsturzversuch. Zwischen 1924 und 1928 erhöhte sich die politische Bedeutung der KPD nicht. In jener Zeit dominierten weiterhin innere Auseinandersetzungen, welche in der Dominanz einer von der KPdSU unterstützten Gruppe um den späteren Vorsitzenden Ernst Thälmann mündete. Erst zwischen 1929 und 1933 konnte die KPD stärker Mitglieder und Wähler gewinnen. Mit der Weltwirtschaftskrise schien für sie eine revolutionäre Situation zu entstehen. Daher setzte man auf eine Politik der reinen Obstruktion und bekämpfte selbst die SPD als „sozialfaschistisch".[8]

---

[4] Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969.

[5] Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969.

[6] Eine relativierende Auffassung vertritt: Bert Hoffe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933, München 2007. Eine partielle Eigenständigkeit spricht allerdings nicht gegen die Auffassung von der allgemeinen Abhängigkeit und Steuerung der Partei.

[7] Die Einteilung folgt O. Flechtheim (Anm. 4), S. 119-288.

[8] Vgl. Hermann Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929-1933, Düsseldorf 1982.

Entsprechend ihres politischen Selbstverständnisses als Arbeiterpartei setzte sich die Mitgliedschaft der KPD auch überwiegend aus Arbeitern zusammen. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise konnte die Partei vor allem aus den unteren Schichten der Arbeiterschaft und unter den arbeitslosen Arbeitern Mitglieder gewinnen.[9] Genaue Zahlen liegen nicht vor, schwanken doch die bekannten Angaben: 1920 gehörten der Partei um die 70.000, 1924 um die 130.000, 1930 um die 170.000, 1931 um die 230.000 und 1932 um die 270.000 abgerechnete Mitglieder an.[10] Ähnlich wie die Mitgliedschaft setzte sich auch die Wählerschaft der KPD zusammen. Sie stieg bei den Reichstagswahlen im Laufe der Zeit quantitativ an: Waren es 1920 nur 2,1 Prozent, stieg die Zahl 1924 auf 12,6 Prozent, um bei der zweiten Wahl im gleichen Jahr wieder auf 9.0 Prozent der Stimmen zu sinken. Danach kam es erneut zu einem Anstieg von 10,6 Prozent 1928 auf 13,1 Prozent 1930 und 14,3 Prozent 1932 bzw. 16,9 Prozent der Stimmen bei der zweiten Wahl 1932.

3. Vorgeschichte II: Die KPD während der NS-Diktatur 1933-1945

Bereits Mitte der 1920er Jahre bestand eine unüberwindliche politische Feindschaft zwischen KPD und NSDAP, welche sich aus den ideologischen Unterschieden beider Parteien ergab: Während Erstere für den Internationalismus eintrat, stand die Hitler-Partei für den Rassismus; während die KPD die Verstaatlichung der Konzerne forderte, propagierte die NSDAP die Bekämpfung des „jüdischen Finanzkapitals“. Aufgrund dieser Differenzen in Verbindung mit ähnlichen Aktionsformen und einer gemeinsamen Zielgruppe eskalierten die Konflikte zwischen beiden Parteien, nahmen sie doch mitunter sogar bürgerkriegsähnliche Formen an.[11] Gemeinsamkeiten bestanden lediglich in negativer oder strategischer Hinsicht: KPD und NSDAP lehnten das politische System der Weimarer Republik ab und setzten auf eine Kombination von Straßenkampf und Wahlkandidatur. Die vereinzel-

[9] Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
[10] Vgl. H. Weber (Anm. 5), S. 362-364.
[11] Vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

ten Fälle einer Kooperation - wofür der Berliner BVG-Streik von 1932 steht[12] - sollten daher über den grundsätzlichen politischen Gegensatz zwischen beiden Parteien nicht hinwegtäuschen.

Aufgrund dieser Feindschaft kann auch das Vorgehen der Nationalsozialisten nach der Machtübertragung nicht verwundern: Binnen kurzer Zeit wurden Tausende von Kommunisten verhaftet und auf diese Weise die Organisation der KPD zerschlagen.[13] Aufgrund der völligen Fehleinschätzung der politischen Lage durch die Parteiführung - man sah in der Etablierung der Hitler-Regierung keine grundlegend neue Entwicklung - war die KPD auf diese Situation nicht vorbereitet. Die Mitglieder der Parteiführung, die nicht verhaftet worden waren, setzten sich ins benachbarte Ausland ab und leiteten von dort kommunistische Widerstandsgruppen gegen die Nationalsozialisten an. Diese mussten dabei einen hohen Blutzoll zahlen, da die Vorgaben zu den Handlungen häufig in Unkenntnis der tatsächlichen politischen Situation in Deutschland getroffen wurden.[14] Bei aller Anerkennung des persönlichen Mutes der kommunistischen Widerständler darf auch nicht ignoriert werden, dass sie als Alternative zum Nationalsozialismus ein stalinistisches System totalitärer Ausrichtung etablieren wollten.[15]

Eine ganze Reihe weiterer Führungsfunktionäre und Mitglieder floh im Laufe der Zeit über andere Länder in die Sowjetunion. Ebendort hoffte man vor den Repressionen und Verfolgungen sicher zu sein, geriet aber zwischen 1936 und 1938 nicht selten in die Mühlen der stalinistischen „Säuberungen“. Über tausend deutsche Kommunisten wurden Opfer dieser Verfolgung von Kommunisten durch Kommunis-

---

[12] Vgl. Klaus Rainer Röhl, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt/M. 1994, worin die allgemeine Bedeutung dieser exemplarischen Kooperation völlig überschätzt wird.

[13] Vgl. Hermann Weber, Die KPD in der Illegalität, in: Richard Löwenthal / Patrick von zur Mühlen (Hrsg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin-Bonn 1982, S. 83-101.

[14] Vgl. Beatrix Herlemann, Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des Kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Köntigstein/Ts. 1983.

[15] Vgl. Host Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972.

ten.[16] Allein von den Angehörigen des obersten Spitzenorgans der Partei, dem Politbüro, kamen in jener Zeit mit fünf Personen unter Stalin mehr Kommunisten ums Leben als unter Hitler mit vier Personen. Darüber hinaus beteiligten sich nicht wenige KPD-Funktionäre während der „Säuberungen" als Denunzianten, was mitunter zur Ermordung oder Inhaftierung ihrer eigenen Genossen führte. Während des Hitler-Stalin-Paktes zwischen 1939 und 1941 lieferte die Sowjetunion sogar inhaftierte KPD-Mitglieder an die Hitler-Regierung aus.[17] Das Schicksal dieser Kommunisten wurde in der DDR geleugnet und in seinem Ausmaß erst nach 1990 bekannt.

4. Vorgeschichte III: Die KPD in der Nachkriegszeit 1945-1956

Zur Neugründung der KPD[18] kam es 1945 unmittelbar nach der Zulassung politischer Parteien durch die alliierten Besatzungsbehörden auch in den westlichen Zonen. Die dortigen Gliederungen verstanden sich von Anfang an als Teile der in der sowjetischen Besatzungszone bestehenden KPD bzw. SED, die von einer Gruppe von früher im sowjetischen Exil lebenden Funktionären[19] geleitet wurde und in organisatorischer und politischer Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht stand. Indessen sah die KPD auch aus innerer Überzeugung die starke Orientierung an den Interessen der Sowjetunion als das zentrale Kriterium zur Gestaltung ihrer Politik an, akzeptierte sie doch bereitwillig den Führungsanspruch der KPdSU gegenüber der kommunistischen Weltbewegung und überließ ihr das Monopol auf die Entscheidung in ideologischen und strategischen Fragen. Nach dem Ausschluss angeblicher oder tatsächlicher oppositioneller Kräfte

[16] Vgl. Hermann Weber (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistische Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

[17] Vgl. als Fallbeispiel: Margarete Buber-Neumann, Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, Herford 1985.

[18] Vgl. Dietrich Staritz, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Partein der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, Bd. 2, S. 1663-1809.

[19] Vgl. Gerhard Keiderling (Hrsg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1992.

entwickelte man sich zu einer Partei „neuen Typs“ mit einem stark ausgeprägten inneren Zentralismus.[20]

Auch für die KPD in der Nachkriegszeit kann man drei Phasen in ihrer strategischen Entwicklung erkennen. Dabei war sie immer an der Ideologie des revolutionären Marxismus-Leninismus und den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion orientiert: Zwischen 1945 und 1947 hielt sich die KPD aus taktischen Gründen mit eindeutigen Aufrufen zur Einführung des Sozialismus zurück und forderte eine „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“. Zwischen 1948 und 1953 verschärften man die politischen Äußerungen, rief die Partei doch nun zum revolutionären Sturz des „Adenauer-Regimes“ auf. Und zwischen 1954 und 1956 zeichnete sich als Reaktion auf die internationale Strategieentwicklung der kommunistischen Weltbewegung ein verbales Abrücken von der revolutionären Programmatik zugunsten eines angeblich parlamentarischen Weges zur politischen Macht ab.[21] Da sich aber substanziell nichts an der verfassungsfeindlichen Ausrichtung der KPD geändert hatte, kam es 1956 zum Verbot der Partei durch das Bundesverfassungsgericht.[22]

Genauere Angaben über die Entwicklung und Zusammensetzung der KPD-Mitglieder liegen nicht vor, man ist auf die nicht unproblematischen Eigenangaben der Partei angewiesen.[23] Danach gehörten ihr 1947 324.000, 1949 195.000, 1951 120.000 und 1956 78.000 Personen an. Sie setzten sich insbesondere aus männlichen Arbeitern der mittleren und älteren Generation zusammen, während Frauen und Jugendliche eher unterrepräsentiert waren. Bei Wahlen konnte die KPD nicht an die relativ hohen Zustimmungswerte in der Endphase der Weimarer Republik anknüpfen. Gleichwohl erhielt die Partei im Zeit-

[20] Vgl. Hans Luth, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945-1956, Köln – Opladen 1959, S. 61-65.

[21] Vgl. Werner Müller, Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M. 1979.

[22] Vgl. Gerd Pfeiffer/Hans-Georg Strickert (Hrsg.), KPD-Prozess. Dokumentarwerk zu dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, 3 Bände, Karlsruhe 1955 und 1956.

[23] Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, S. 132.

raum 1946/47 bei den Landtagswahlen noch Ergebnisse zwischen fünf und 14 Prozent der Stimmen. Bei den Bundestagswahlen 1949 votierten nur noch 5,7 Prozent und bei den Landtagswahlen jener Zeit nur noch zwischen zwei und sechs Prozent der Wähler für die KPD. Und bei den Bundestagswahlen 1952 schmolz die Zustimmung auf 2,2 Prozent und bei den Landtagswahlen jener Zeit auf zwischen ein und fünf Prozent der Stimmen zusammen.

4. Die Gründung bzw. Neugründung der DKP 1968

Nach dem Verbot der KPD ging ein Teil der Führung in die DDR und setzte von dort aus die Parteiarbeit fort.[24] Die in der Bundesrepublik Deutschland verbliebenen Aktivisten versuchten durch ihr Engagement in anderen Organisationen (z.B. „Bund der Deutschen“[25]) oder durch die Gründung von Tarnorganisationen (z.B. „Deutsche Friedens-Union“[26]) politisch weiter zu wirken. Derartige Aktivitäten erhielten immer wieder finanzielle Unterstützung von der DDR bzw. der SED, die um der Propagierung ihrer Auffassungen willen auch bestimmte Publikationsorgane förderten (z.B. „Konkret“[27]). Insofern bestand nach wie vor ein politisches Spektrum, das sich aus illegalen Mitgliedern oder intellektuellen Sympathisanten der KPD zusammensetzte. Seit Anfang der 1960er Jahre warb es verstärkt für eine Wiederzulassung der Partei und fand dafür zunehmend Unterstützung von einigen Publizisten und Rechtsanwälten.[28] Gleichzeitig setzte die westliche Entspannungspolitik auch gegenüber der Sowjetunion ein, wofür ein fortbestehendes Verbot der KPD hinderlich schien.

---

[24] Vgl. Georg Fülberth, KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990, S. 91-115. Zwar stammt diese Darstellung von einem langjährigen DKP-Mitglied, sie ist aber überaus informativ und stellenweise selbstkritisch.

[25] Vgl. Richard Stöss, Exkurs: Der Bund der Deutschen, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, Bd. 1, S. 856-859.

[26] Vgl. Ralf Schönfeldt, Die Deutsche Friedens-Union, in: ebenda, S. 848-876, wobei es sich aber um eine eher unkritische Darstellung handelt.

[27] Vgl. Klaus-Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 90-95.

[28] Vgl. Wilhelm Mensing, Nehmen oder Abnehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Zürich 1989.

Der Wiederzulassung der Partei stand aber die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht entgegen, wonach das Verbot als endgültig und unaufhebbar galt. Hinzu kam, dass sich an der Verfassungsfeindlichkeit der Positionen der KPD auch im DDR-Exil nichts grundlegendes geändert hatte. Gleichwohl reagierte die etablierte Politik auf die neue außenpolitische Lage und verwies auf die Möglichkeit zur Gründung einer neuen Partei. Darauf wollten sich die Anhänger der Wiederzulassungsoption zunächst nicht einlassen. Im März 1967 gründeten ehemalige Mitglieder der KPD als scheinbar Unabhängige einen „Initiativausschuss für die Wiederzulassung der KPD“, welcher sich in öffentlichen Erklärungen dezidiert für eine Wiederzulassung und gegen eine Neugründung aussprach. Durch das rege Engagement des „Initiativausschusses“ entstand ein größerer öffentlicher Druck. Er führte im Juni 1968 zu einem Gespräch zweier KPD-Funktionäre mit dem damaligen Bundesjustizminister Gustav Heinemann, der die Neugründung als einzigen gangbaren Weg benannte.[29]

Entgegen ihrer bisherigen Auffassungen ließ man sich nun auf diese Vorgaben ein und ging binnen kurzer Zeit zur organisatorischen Umsetzung eines solchen Schrittes über. Bereits am 25. September 1968 kam es in Frankfurt/M. zur Gründung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP).[30] Auch wenn es sich hier formal um eine Neugründung handelte, muss gleichwohl von einer Wiederzulassung gesprochen werden. Hinsichtlich der Organisation, des Personals und der Programmatik bestand kein Unterschied zur vorherigen KPD. Lediglich die Bezeichnung hatte sich leicht geändert. Selbst die verbale Mäßigung mancher Forderungen konnte man bereits nach Stalins Tod in den Publikationen der Partei ausmachen. Darüber hinaus gehörte die DKP-Führung der ersten Reihe nahezu komplett zuvor der KPD-Führung der zweiten Reihe an. Und die apologetische Orientierung an der Sowjetunion zeigte sich bereits anlässlich des Gründungsparteitages, kritisierte die Partei doch den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR im August 1968 mit keinem Wort.

[29] Vgl. Wilhelm Mensing, Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben ... Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP, Zürich 1989.
[30] Vgl. G. Fülberth (Anm. 24), S. 117-120.

5. Phase I: Aufbruchstimmung und Stagnation 1969-1975

Die Entwicklung der DKP lässt sich grob in vier Phasen aufteilen: Die Jahre direkt nach der Parteigründung waren zunächst von Aufbruchstimmung und dann von Stagnation geprägt. Für erstere gab es aus Sicht der Partei scheinbar gute Gründe. Man hatte nicht nur die legale Gründung der kommunistischen Partei nach ihrem Verbot von 1956 erreicht. Darüber hinaus schien angesichts der Protestbewegung der Achtundsechziger die politische Stimmung für die DKP günstig zu sein. Wie später noch gesondert dargestellt werden soll, stiegen die Mitgliederzahlen in den ersten Jahren nach der Parteigründung stark an. Gleichzeitig konnte die Partei bei Bundes- und Landtagswahlen aber keine Erfolge erzielen: Im Rahmen eines Wahlbündnisses erreichte sie auf Bundesebene 1969 nur 0,6 und 1972 nur 0,3 Prozent der Stimmen. Auch beim erstmals selbständigen Antreten unter eigenem Namen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, einem Bundesland mit besonders hohem Arbeiteranteil, konnte die DKP 1970 nur 0,9 Prozent der Stimmen verbuchen.[31]

Um stärkere Akzeptanz bei ihrer eigentlichen Zielgruppe zu erhalten, verstärkte die Partei fortan die Betriebsgruppenarbeit. Sie kam allerdings nur schleppend voran und stagnierte binnen kurzer Zeit. Mitunter würdigten Arbeiter in den Betrieben das soziale Engagement von DKP-Aktivisten, sie wurden aber durch die sonstigen politischen Positionen der Partei eher abgeschreckt. Eine weitaus größere Ausstrahlung entwickelte man gegenüber linken Intellektuellen und Künstlern, welche in größerer Zahl der Partei beitraten oder ihr zeitweilig nahe standen. Bei Wahlen konnte man aber weiterhin keine bedeutenden Erfolge erringen. Das mit Abstand beste Landtagswahlergebnis erzielte die DKP 1971 in Bremen mit 3,1 Prozent der Stimmen. In den Flächenländern blieb man meist unter einem Prozent.[32] Bei aller Enttäuschung von Funktionären und Mitgliedern konnten diese damals noch gar nicht ahnen, dass jene Zeit die erfolgreichste Phase der DKP-

[31] Vgl. Siegfried Heimann, Deutsche Kommunistische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Bd. I, Opladen 1983, S. 901-981, hier S. 908-910. Die überaus informative und materialreiche Darstellung berücksichtigt allerdings nicht die Funktion der DKP als Interventionsinstrument der SED.

[32] Vgl. G. Fülberth (Anm. 24), S. 125-143.

Wahlkandidaturen war. Ihr folgte ein weiterer Niedergang und eine Stagnation in der organisatorischen Entwicklung.

In den hier skizzierten ersten Abschnitt der Parteigeschichte fällt auch ein Wechsel an der Spitze: 1968 war Kurt Bachmann[33] zum Vorsitzenden gewählt worden. Er gehörte bereits in der Weimarer Republik der KPD an, hatte während des „Dritten Reichs" in mehreren Konzentrationslagern gesessen und galt nicht als typischer kommunistischer Apparatschik. Ihm folgte 1973 Herbert Mies, der die Partei bis 1990 führen sollte. Er entstammte einer Arbeiterfamilie, trat 1945 der KPD bei und bekleidete ab Mitte der 1950er Jahre unterschiedliche leitende Funktionen in der Partei. Zwischen 1956 und 1959 absolvierte Mies in Moskau ein Studium der Volkswirtschaftsplanung und kehrte erst Anfang 1968 in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Im gleichen Jahr gehörte er zu den Mitbegründern der DKP, wurde als deren stellvertretender Vorsitzender gewählt und leitete die Partei indirekt bereits seit dieser Zeit.[34] In den gesamten 1970er und 1980er Jahre war Mies ein williger „Befehlsempfänger" der politischen Vorgaben aus Ost-Berlin.

6. Phase II: Betriebs- und Kampagnenpolitik 1976-1983

Die Ergebnisse bei den Bundestags- und Landtagswahlen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre hatten der DKP-Führung verdeutlicht, dass sie als Wahlpartei auf absehbare Zeit wohl keine herausragenden Erfolge erzielen dürfte. Selbst die ökonomische Krise in den Jahren 1974 und 1975, welche von Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen in einem bislang in der Bundesrepublik Deutschland unbekannten Ausmaß verbunden war, beförderte nicht Stimmabgaben zugunsten der DKP. Ganz im Gegenteil, brachen doch ausgerechnet in dieser Phase die Zustimmungswerte für die Partei noch mehr ein. Daher konzentrierte man sich fortan verstärkt auf die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, sollte doch so direkt auf die angestrebte Zielgruppe der Arbeiterschaft Einfluss genommen werden. In größeren Unternehmen warben DKP-Betriebsgruppen durch Agitation um weitere Mitglieder und in den

[33] Vgl. Patrick Moreau, Biographisches Porträt: Kurt Bachmann, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 3, Bonn 1991, S. 175-182.

[34] Vgl. U. Backes/E. Jesse (Anm. 23), S. 289-291.

Gewerkschaften strebten Parteiangehörige die Übernahme von Funktionen an. In beiden Bereichen konnte man aber nur ansatzweise Erfolge erzielen.[35]

Im Laufe der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bildeten sich in der Bundesrepublik Deutschland mit der Frauen- und Umweltbewegung neue Protestbewegungen heraus, welche auch große Teile der politischen Linken ansprachen und breitere öffentliche Aufmerksamkeit auslösten. Die DKP ignorierte die damit verbundene Entwicklung zunächst, ließen sich die damit verbundenen Konflikte doch nicht eindimensional in den von ihr postulierten Gegensatz von Kapital und Arbeit einordnen. Aus ihrer Perspektive handelte es sich um kleinbürgerliche Protestbewegungen. Erst nach geraumer Zeit änderte sich die Position der Partei und man warb innerhalb dieser Bewegungen um Akzeptanz für die DKP. Sie wirkte aber nicht nur aufgrund dieses relativ späten Engagements in den Bewegungen politisch unglaubwürdig. Hinzu kam eine widersprüchliche Position in bedeutenden Fragen: So lehnte die DKP zwar den Bau von Atomkraftwerken in den kapitalistischen Ländern ab, wandte sich aber nicht gleichermaßen gegen die Atomkraftwerke in den sozialistischen Staaten.[36]

Gleichwohl setzte die Partei in dieser zweiten Phase ihrer Existenz auf Kampagnenpolitik, wobei allerdings eigene Positionen und Themen in den Vordergrund gestellt werden sollten. Dazu gehörten die Proteste gegen die „Berufsverbote“: Mit diesem Schlagwort spielte die Partei darauf an, dass mit dem „Radikalenerlass“ DKP-Angehörige aufgrund ihrer Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht mehr Beamte werden und sie so nicht mehr Berufe wie Lehrer, Lokführer oder Postbeamter ergreifen konnten. Die Partei initiierte dagegen eine Protestkampagne, wobei sie selbst Unterstützung von linken Demokraten erhielt. Auch in anderen Fällen wie etwa bei Aktionen gegen Rechtsextremisten oder den Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss - worauf noch gesondert eingegangen werden soll - gelang es der Partei ansatzweise, ihre Isolierung zu überwinden und von linken Demokraten als Bündnispartner akzeptiert zu

[35] Vgl. S. Heimann (Anm. 31), S. 932-938.
[36] Vgl. G. Fülberth (Anm. 24), S. 146-150.

werden.[37] Gleichwohl brachte auch diese Entwicklung die DKP nicht als Wahlpartei voran.

7. Die politischen Grundpositionen im Parteiprogramm von 1978

Programmatische Grundsatzerklärungen veröffentlichte die DKP bereits bei ihrer Gründung 1968 und danach 1969 und 1971. Ein Parteiprogramm im engeren Sinne beschloss sie aber erst 1978. Daraus lassen sich die wichtigsten Positionen ableiten. Es beginnt mit dem Selbstbekenntnis: „Die Deutsche Kommunistische Partei ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland."[38] Ihr Grundanliegen sei es, die Interessen der großen Mehrheit des Volkes gegen die Macht des Großkapitals durchzusetzen. Dazu bedürfe es der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und eines breiten Bündnisses aller vom Monokapital ausgebeuteten Volksschichten. Entsprechend der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Epoche wolle man von dem überlebten kapitalistischen Ausbeutersystem zu der wahrhaft demokratischen und menschlichen Gesellschaftsordnung des Sozialismus übergehen. „Politischer Kompass der DKP und wissenschaftliches Fundament ihrer Politik ist die Lehre von Marx, Engels und Lenin."[39]

Mit diesen Positionen aus der Einleitung des Programms bekannte sich die Partei zum einen ideologisch zum Marxismus-Leninismus und zum anderen zur beabsichtigten revolutionären Überwindung des kapitalistischen Systems der Bundesrepublik.[40] Denn: „Jede bürgerli-

---

[37] Vgl. Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S. 87-204.

[38] Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (Hrsg.), Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen vom Mannheimer Parteitag der DKP, 20.-22. Oktober 1978, Düsseldorf 1978, S. 5.

[39] Ebenda, S. 7.

[40] Dieses wurde im Kontext der Theorie vom „Staatsmonopolistischen Kapitalismus" gedeutet, worauf hier allerdings nicht gesondert eingegangen werden kann. Vgl. aus Sicht der Partei: Heinz Jung/Josef Schleifstein, Die Theorie des staatsmonopolitischen Kapitalismus und ihre Kritiker, Frankfurt/M. 1979; kritisch dazu: Ossip K. Flechtheim/Wolfgang Rudzio/Fritz Vilmar/Manfred

che Demokratie – wie groß auch immer die politischen Einwirkungsmöglichkeiten und Freiheiten des Volkes sein mögen – beruht auf der ökonomischen Macht der Kapitalistenklasse. Sie ist in jedem Fall eine Form der politischen Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft einer kleinen Minderheit über die Mehrheit.“[41] Genaue Ausführungen über die Struktur der angestrebten Systemalternative finden sich im Parteiprogramm nicht. Man sah aber offenkundig in den politischen Ordnungen des „real existierenden Sozialismus“ ein solches Modell, hieß es doch etwa: „Unter Führung der SED gestalten die Arbeiter und Bauern, das ganze Volk der DDR die entwickelte sozialistische Gesellschaft und stärken auf deutschem Boden den realen Sozialismus, die grundlegende Alternative zur kapitalistischen Ausbeuterordnung.“[42]

Darüber hinaus bekundete man eine starke Orientierung an der Politik der Sowjetunion, welche als Hauptfaktor für die Festigung des Friedens und das Vorankommen des Fortschritts gewürdigt wurde: „Die DKP sieht – getreu dem Vermächtnis Ernst Thälmanns – die Haltung zur Sowjetunion als entscheidenden Prüfstein für jeden Kommunisten an, für seine Treue zur Sache der revolutionären Arbeiterbewegung.“[43] Demnach sollte sich die Einstellung und Handlung jedes einzelnen Parteimitglieds an den Vorgaben eines anderen Staates ausrichten. Die DKP verstand sich denn auch als „untrennbarer Bestandteil der weltumspannenden Gemeinschaft der kommunistischen und Arbeiterparteien“[44] Insofern müssen die Aktivitäten der Partei auch in ihrem Selbstverständnis im Kontext dieser politischen Einbettung verstanden werden. Die von ihr verbal eingeforderte Erweiterung demokratischer Rechte und Bündnispolitik mit demokratischen Kräften sollte demnach letztendlich in der Etablierung eines sozialistischen Systems im Sinne der DDR und der Sowjetunion münden.[45]

Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflussstrategien und Ideologien, Frankfurt/M. 1980, S. 149-169.

[41] Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (Anm. 38), S. 61.

[42] Ebenda, S. 89.

[43] Ebenda, S. 88.

[44] Ebenda, S. 7.

[45] Vgl. zum Programm ausführlicher aus DKP-Sicht: Herbert Mies/Willi Gerns, Weg und Ziel der DKP. Fragen & Antworten. Zum Programm der DKP,

8. Die innerparteiliche Struktur des „demokratischen Zentralismus“

Im Parteiprogramm von 1978 äußerte sich die DKP auch zur innerparteilichen Struktur. Hierzu heißt es: „Darum verbindet sich in der DKP breite innerparteiliche Demokratie unlöslich mit dem Grundsatz der vereinigten, zentralisierten Aktion. ... Die Beschlüsse der jeweils höheren gewählten Vorstände sind verbindlich für die nachgeordnete Parteiorganisationen. Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei.“[46] Mit diesen Ausführungen bekannte sich die DKP zum Organisationsmodell des „demokratischen Zentralismus“, ohne allerdings diese Formulierung selbst zu verwenden. Die damit verbundenen Auffassungen gehen auf Lenin zurück, welcher sie für die illegale bolschewistische Partei während der Zarenherrschaft in Russland entwickelt hatte. Demnach sei erstens die Parteiführung der Parteibasis Rechenschaft für ihre Handlungen schuldig, zweitens sei die Parteispitze von der Parteibasis zu wählen, und drittens müsse sich die Parteibasis an die von der Parteiführung gefällten Beschlüsse halten.

Bei oberflächlicher Betrachtung stehen die vorgenannten Prinzipien in der Theorie für innerparteiliche Demokratie. In der Realität wurde indessen das demokratische immer vom zentralistischen Element überlagert. Wenn eine einmal gewählte Parteiführung die von ihr gefällten Beschlüsse nicht mehr der Kritik aussetzen will, dann kann es auch bei einer anderen Gelegenheit keine Diskussion mehr über die Positionen der Parteiführung geben. Im Ergebnis führte die Umsetzung derartiger Auffassungen auch in der DKP zu einer Erosion innerparteilicher Demokratie und einer Zentralisierung von Entscheidungsprozessen. Die Festlegung von Grundpositionen erfolgte an der Parteispitze, die DKP-Basis hatte diese widerspruchslos in ihren Handlungen umzusetzen. Mit dieser Struktur und Vorgehensweise etablierte sich im Innenleben der Partei eine bürokratie- und militärähnliche Ausrichtung, womit die Legitimation von „unten nach oben“ durch Weisungen von „oben nach unten“ in einem autoritären und undemokratischen Sinne ersetzt wurde.

Frankfurt/M. 1979 sowie aus kritischer Perspektive: O. Flechtheim u.a. (Anm. 40), S. 135-148.

[46] Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (Anm. 38), S. 87.

Die DKP-Führung rechtfertigte derartige Zustände damit, dass die Partei im Rahmen des „Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung“ als Einheit auftreten müsse und interne Differenzen zur Schwächung ihres politischen Vorgehens führten. Insofern konnte man auch immer abweichende Positionen von der allgemein dominierenden Linie - unabhängig davon, ob vor oder nach einer Beschlussfassung - als „parteischädigend“ deuten.[47] Die Organisation von kritischen Potentialen in der DKP war ohnehin durch das Verbot von „Fraktionen“ untersagt. Damit unterdrückte man sogar innerkommunistische Debatten: Mitte der 1970er Jahre bildete sich etwa über die Kommunistische Partei Italiens die Strömung des „Eurokommunismus“ heraus, welche gegenüber den Staaten des „real existierenden Sozialismus“ auf Distanz ging und für einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus plädierte. Auch in der DKP fanden derartige Auffassungen Zustimmung. Die Debatte darüber wurde allerdings inhaltlich unterdrückt und längerfristig ausgesessen.[48]

9. Die Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung

Nach der Gründung der DKP hofften ihre Funktionsträger, man könne binnen kurzer Zeit eine Massenpartei werden. Dafür sprachen aus deren Perspektive eine Reihe von Gründen: Die KPD hatte schon in den 1950er Jahren über eine relativ hohe Zahl an Mitgliedern verfügt, man hoffte auf den Eintritt vieler Aktivisten der langsam zerfallenden Achtundsechziger Bewegung, und auch in anderen westeuropäischen Ländern wie Frankreich und Italien gab es organisatorisch und personell gut entwickelte kommunistische Parteien. Zwar wuchs die Partei im Laufe der 1970er Jahre zu dem mitgliederstärksten extremistischen Personenzusammenschluss an und verfügte jeweils über zwanzig Mal mehr Angehörige als die anderen bestehenden kommunistischen Gruppen und Parteien. Gleichwohl konnte die DKP weder an die personelle Verankerung der KPD in der Gesamtbevölkerung noch in der Arbeiterschaft wie in der Endphase der Weimarer Republik oder in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland anknüpfen.

[47] Vgl. M. Wilke/H.-P. Müller/M. Brabant (Anm. 1), S. 79-135.
[48] Vgl. G. Fülberth (Anm. 24), S. 150f.

Dies veranschaulicht die Entwicklung der Mitgliederzahlen: Bereits im Gründungsjahr 1968 gehörten 9.000 Personen der Partei an. In den folgenden Jahren bis Mitte der 1970er Jahre stieg die Mitgliedschaft kontinuierlich an. Bereits 1969 organisierten sich 23.000 Personen in der DKP, 1970 waren es bereits 30.000, 1971 33.000, 1972 36.000, 1973 39.000 und 1974 40.000. Danach stagnierte die Mitgliederzahl aber bis 1986 mit einem leichten Anstieg 1977 auf 42.000 und einem 1979 wieder erfolgten Rückgang auf 40.000. Demnach gelang es der DKP nicht, den Mitgliederschub zu Beginn der 1970er Jahre fortzusetzen. Zwar blieb die Zahl der ihr angehörenden Personen über ein Jahrzehnt ohne Rückgang konstant. Man konnte aber auch keine neuen Mitglieder über den quantitativen Ausgleich für Austritte oder Todesfälle hinaus gewinnen. Ab 1987 erfolgte vor dem Hintergrund einer innerparteilichen Krise, welche noch näher erörtert werden soll, sogar ein Rückgang der Mitgliederzahl: 1987 gehörten der DKP nur noch 38.000 Personen an, 1988 verlor sie weitere 3.000 Mitglieder.[49]

Über die soziale Zusammensetzung der in der DKP organisierten Personen liegen keine genauen Angaben vor, sieht man einmal von den allerdings mit einer gewissen Skepsis zu behandelnden Ausführungen der Partei selbst ab. Vergleicht man diese aber mit den Angaben über die Berufsangaben von Parteitagsdelegierten und Wahlkandidaten, so scheint die Selbstdarstellung als Arbeiterpartei durchaus zutreffend zu sein. Offenbar bewegte sich der Anteil der Arbeiter in der Mitgliedschaft bei um die zwei Drittel. Die starke Präsenz der Arbeiterschaft in der Partei bedeutet im Umkehrschluss aber keine Verankerung der Partei in der Arbeiterschaft, was allein schon angesichts der geringen Mitgliederzahl nicht möglich gewesen wäre. Darüber hinaus gehörten der DKP auch zahlreiche akademisch gebildete Personen an. Viele von ihnen kamen über die an bestimmten Universitäten überaus einflussreiche Partei-nahe Studentenorganisation „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ („MSB Spartakus“) zur DKP und verliehen ihr ein gewisses intellektuelles Image.[50]

[49] Alle Zahlenangaben nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Betrifft: Verfassungsschutz bzw. Verfassungsschutzbericht 1969ff., Bonn 1970ff.

[50] Vgl. S. Heimann (Anm. 31), S. 973.

10. Die Wählerentwicklung und –zusammensetzung

Der oben erwähnte Entschluss der KPD-Führung, 1968 eine Neugründung durchzuführen und nicht mehr auf eine Wiederzulassung zu setzen, erklärt sich möglicherweise auch durch die Erwartung von Erfolgen bei den anstehenden Bundestagswahlen von 1969. Dazu wollte die Partei in Form eines Wahlbündnisses unter der Bezeichnung „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) antreten. Man erhielt trotz euphorischer Erwartungen aber nur 0,6 Prozent der Stimmen, was innerhalb der DKP als herbe Enttäuschung kommentiert wurde und fortan zur Kandidatur nur noch unter dem eigenen Namen führen sollte.[51] Die Parteiführung konnte seinerzeit noch nicht ahnen, dass es sich hierbei im Vergleich zu den späteren bundesweiten Wahlen um ein herausragendes Ergebnis handelte. Dies veranschaulichen die Ergebnisse der folgenden Bundestagswahlen: 1972: 0,3 Prozent, 1976: 0,3 Prozent, 1980: 0,2 Prozent und 1983: 0,2 Prozent der Stimmen. 1987 versuchte man es noch einmal über ein Wahlbündnis mit der Bezeichnung „Friedensliste“, erhielt aber lediglich 0,5 Prozent der (Erst-) Stimmen.[52]

Bilanzierend betrachtet konnte die DKP somit auf Bundesebene bei alleiniger Kandidatur lediglich zwischen 0,2 und 0,3 Prozent, in Form eines Wahlbündnisses nur zwischen 0,5 und 0,6 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. In letztgenannter Konstellation sank damit die Zustimmung noch weit unter die Werte für die „Deutsche Friedens-Union“, die vor der Gründung der DKP als KPD-Bündnis- und Tarnorganisation bei den Bundestagswahlen 1961 1,9 Prozent und 1965 1,3 Prozent der Stimmen erhielt. Auch bei den Landtagswahlen konnte die DKP keine herausragenden Ergebnisse verbuchen: Die größte Zustimmung erhielt sie noch in der ersten Hälfte der 1970er Jahre in Bremen 1971 und 1975 mit 3,1 und 2,1 Prozent, in Hamburg 1972 und 1974 mit 1,7 und 2,2 Prozent, in Hessen 1970 und 1974 mit 1,2 und 0,9 Prozent und im Saarland 1970 und 1975 mit 2,7 und 1,0 Prozent der Stimmen. Bei allen anderen Wahlen lagen die Werte für die Partei unter einem Prozent. Ebendort landete die DKP auch bei den

[51] Vgl. ebenda, S. 947-952.

[52] Vgl. M. Wilke/H.P. Müller/M. Brabant (Anm. 1), S. 151-194. Die „Friedensliste“ trat aus taktischen Gründen nur zur Wahl für die Erststimmen an.

Wahlen seit Ende der 1970er Jahre in ihren genannten „Hochburgen“.[53]

Mit Zustimmungswerten zwischen 0,2 und 0,5 Prozent der Stimmen bei Bundestags- und Landtagswahlen konnte noch nicht einmal in Ansätzen von einer Etablierung als Wahlpartei gesprochen werden. Angesichts solcher Ergebnisse interessierte sich auch die Wahlforschung nie näher für die soziale Zusammensetzung der DKP-Wähler. Man kann allenfalls aus der Betrachtung der wenigen regionalen Hochburgen dazu begründete Vermutungen anstellen: So erhielt die Partei in den 1970er und 1980er Jahren in Bottrop, Gladbeck und Marburg bei Kommunalwahlen Zustimmungswerte von über fünf Prozent. In den ersten beiden Städten existierte eine traditionelle Wählerschaft zugunsten von Kommunisten in der Arbeiterschaft, was diese Besonderheit bis in die Gegenwart hinein erklären dürfte. In der Universitätsstadt Marburg studierten in den 1970er Jahren viele DKP-nahe Studenten, die auch entsprechend wählten. Darüber hinaus betrieb der Ortsverband der Partei eine engagierte Kommunalpolitik und konnte so auch Zustimmung aus der breiteren Bevölkerung mobilisieren.

11. Die Bündnis- und Kampagnenpolitik

Da der DKP bereits zu Beginn der 1970er Jahre klar wurde, dass sie als Wahlpartei mit so geringen Zustimmungswerten nicht reüssieren und gesellschaftlich so nur eine marginale Rolle spielen konnte, setzte sie ihre Schwerpunkte im Bereich der Bündnis- und Kampagnenpolitik.[54] Im erstgenannten Sinne suchte man die Kooperation mit anderen politischen Kräften, womit in bestimmten Fragen ein teilweiser Konsens bestand. Dabei lassen sich im Sinne traditioneller kommunistischer Bündnispolitik zwei Varianten unterscheiden: Die „Einheitsfront“-Konzeption setzt auf eine Kooperation mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, und mit der „Volksfront“-Konzeption soll das Bündnis auch um bürgerliche Kräfte erweitert werden. Letztere firmierte in der DKP unter der Bezeichnung einer Sammlung „anti-

[53] Vgl. S. Heimann (Anm. 31), S. 955-959.

[54] Vgl. Udo Baron, Die Bündnis- und Kampagnenpolitik der DKP, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008, S. 48-65.

monopolistischer Kräfte“. In beiden Fällen geht es dem kommunistischen Akteur zunächst um die politische Aufwertung als Bündnispartner und danach längerfristig um die Dominanz über die anderen Bündnispartner.

Um solche Kooperationen[55] einzuleiten, bediente sich die DKP immer wieder einiger Bündnisorganisationen. Hierbei handelte es sich um Personenzusammenschlüsse mit einem offiziell eigenständigen Charakter und ohne offen marxistisch-leninistische Ausrichtung. Vielmehr traten diese Organisationen für politische Forderungen ein, welche meist auch den Positionen von Demokraten entsprachen: Für Abrüstung engagierte sich das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“, mehr Frauenemanzipation forderte die „Demokratische Fraueninitiative“ und gegen Rechtsextremismus wandte sich die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“. Überwiegend gehörten derartigen Organisationen an der Basis Nicht-Kommunisten an, geleitet wurden sie allerdings von DKP-Mitgliedern oder der Partei nahestehenden Personen. Sie konnten mit einer weithin geteilten Forderung („Minimalkonsens“) an demokratische Organisationen herantreten und ein gemeinsames Vorgehen („Kampagne“) in dieser Frage anregen.

Derartige Kampagnen initiierte die DKP in den 1970er und 1980er Jahren häufig mit „Anti“-Zielsetzungen: gegen die „Berufsverbote“, gegen den NATO-Doppelbeschluss oder gegen den „Neofaschismus“. Insbesondere beim „Kampf um den Frieden“ konnte man, worauf noch gesondert eingegangen werden soll, bündnispolitische Erfolge verbuchen und die eigene Ausgrenzung überwinden. Dazu dienten auch Organisationen, die auf bestimmte Zielgruppen abstellten und ebenfalls von der DKP dominiert wurden. Hierzu gehörte etwa das „Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK), der „Bund demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi), die „Christliche Friedenskonferenz“ (CFK) oder die „Vereinigung Demokratischer Juristen“ (VDJ). Und schließlich erfüllten ebenso Vorfeldorganisationen diese Funktion, wobei deren Nähe zur DKP öffentlich breiter bekannt war: für Jugendliche die „Sozialisti-

[55] Vgl. Emil-Peter Müller, Die Bündnispolitik der DKP. Ein trojanisches Pferd, Köln 1982, worin der Erfolg dieses Vorgehens allerdings überzeichnet wird.

sche Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und für Studierende der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB).[56]

12. Die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Auch wenn somit die DKP als Wahlpartei keine bedeutende Rolle spielte, konnte sie doch einen gewissen Einfluss in gesellschaftlichen Teilbereichen erzielen. Da man sich als „revolutionäre Arbeiterpartei“ verstand, gehörten zu den Handlungsfeldern der DKP auch die Betriebe und Gewerkschaften. Wie bereits erwähnt entstanden nach deren Gründung in Anlehnung an die frühere KPD-Politik in größeren Unternehmen, insbesondere in Bergwerk- und Metallbetrieben, Betriebsgruppen der DKP.[57] Offiziell vermittelten sie den Eindruck, man würde sich um die Belange der abhängig Beschäftigten um der Wahrung ihrer Interessen und Rechte willen kümmern. Dies geschah in vielen Fällen durchaus, diente aber primär der Werbung für die eigene Partei und nicht zur Verbesserung der realen Arbeitsbedingungen. Verstärkt werden sollte der damit verbundene Effekt auch durch eigene Betriebszeitungen, welche vor den Eingängen der Unternehmen an die Arbeiter verteilt wurden und für die politischen Auffassungen der DKP werben sollten.[58]

Um ihrer Bündnispolitik und Verankerung willen unterstützte die Partei auch offiziell die Politik der DGB-Gewerkschaften. Mitunter geriet sie dabei aber in ein Dilemma: Während die Betriebsgruppen vor Ort hohe Lohnforderungen der Belegschaften unterstützten, akzeptierte die Partei dann ganz im Sinne der Gewerkschaftsführungen die später gefällten niedrigeren Tarifabschlüsse. Damit machte man sich bei Teilen der Belegschaft unglaubwürdig und verlor nicht selten Mitglieder, was immer wieder zur Schwächung der Betriebsgruppenarbeit führte. Diese Erfahrungen der radikaleren Teile der Arbeiterschaft zum einen und die Abschreckung vor der Ideologie der Partei zum anderen erklären wohl mit, warum die DKP bei den Wahlen in den 1970er Jahren

[56] Vgl. W. Rudzio (Anm. 37), S. 18-29.

[57] Vgl. Gerd Walter, Theoretischer Anspruch und politische Praxis der DKP. Eine Analyse am Beispiel der Betriebsarbeit, Meisenheim am Glan 1973.

[58] Vgl. Horst-Udo Niedenhoff, Auf dem Marsch durch die Institutionen. Die kommunistische Agitation im Betrieb und in den Gewerkschaften, Köln 1979, worin das Ausmaß des Einflusses der DKP aber überzeichnet wird.

lediglich 0,3 Prozent aller Betriebsratsmandate erhielt. Dabei handelte es sich aber doch um gut 600 von insgesamt 200.000 Mandaten. Immerhin konnte die Partei diese Positionen einnehmen und damit in ihrem Sinne Politik machen. In einigen Großbetrieben gelang es der DKP sogar, den Betriebsratsvorsitzenden zu stellen.[59]

Aus den erwähnten strategischen Gründen, die auf eine Akzeptanz innerhalb der Gewerkschaften abzielten, passte sich die Partei weitgehend an die Politik der Gewerkschaftsführung an. Man unterstützte so das Modell der Einheitsgewerkschaft und lehnte Kandidaturen auf Konkurrenzlisten ab. Daher reagierte der DGB wohl auch unterschiedlich gegenüber linksextremistischen Tendenzen: 1973 fasste er zwar einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber den maoistischen K-Gruppen, aber nicht gegenüber der DKP.[60] Einige Einzelgewerkschaften wie die IG Chemie standen deren Mitgliedern skeptischer, einige wie die IG Metall wohlwollender gegenüber. Durch gezieltes und koordiniertes Vorgehen gelang es DKP-Angehörigen auch in bestimmten Gewerkschaften höhere Funktionen einzunehmen.[61] Durch dieses Vorgehen konnte die Partei einen größeren Einfluss in den Gewerkschaften ausüben als er der Zahl ihrer Mitglieder entsprochen hätte.[62] Gleichwohl kann nicht pauschal von einer massiven Unterwanderung ausgegangen werden.

13. Antifaschismus als Agitations- und Bündnisinstrument

Ein bedeutsames Beispiel für die Bündnis- und Kampagnenpolitik der DKP stellt die agitatorische und strategische Verwendung des „Antifaschismus“ dar.[63] Dessen politische Instrumentalisierung kann allerdings nur nach vorheriger inhaltlicher Definition und demokratietheo-

---

[59] Vgl. S. Heimann (Anm. 31), S. 933-938.

[60] Vgl. Manfred Wilke, Die DKP und die Gewerkschaften – ein symbiotisches Verhältnis?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 1, Bonn 1989, S. 185-195.

[61] Vgl. G. Fülberth (Anm. 24), S. 132f.

[62] Vgl. Fritz Vilmar, Was heißt hier kommunistische Unterwanderung. Eine notwendige Analyse – und wie die Linke darauf reagiert, Berlin-Frankfurt/M. 1981, S. 35-87.

[63] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn 1990.

retischer Zuordnung verstanden werden. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass der Terminus „Antifaschismus“[64] zunächst als Sammelbezeichnung für alle Gegner des italienischen Faschismus unter Mussolini aufkam. In der kommunistischen Bewegung bildete sich aber ein erweitertes Verständnis heraus: Demnach stand der Faschismus für eine bestimmte Position des Monopolkapitals, welches damit zusammenhängender Bewegungen in einer politischen und wirtschaftlichen Krise bedürfe. In der inhaltlichen Konsequenz dieser Annahme bedeutete „Antifaschismus“ die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus – und damit auch der liberalen Demokratien. Letztendlich konnten somit bei Bedarf alle antikommunistische Auffassungen als „faschistisch“ bezeichnet werden.[65]

Diesem Verständnis gegenüber steht eine Begriffsdefinition, wonach „Antifaschismus“ nur für eine Ablehnung von Faschisten bzw. Rechtsextremisten steht. Über diese unterschiedlichen Auffassungen des Terminus gelang es der DKP denn auch politisch zu agieren: Zum einen stellte sie mitunter konservative Politiker (z.B. den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß) unter Faschismusverdacht, zum anderen rief sie zu gemeinsamen Aktionen gegen tatsächliche Rechtsextremisten (z.B. durch Demonstrationen oder Unterschriftenlisten) auf. Demokratische Organisationen und Personen gerieten dadurch in ein Dilemma: Nahmen sie an derartigen Aktivitäten teil, so gingen sie ein Bündnis mit Kommunisten ein. Verweigerten sie sich solchem Engagement, taten sie scheinbar nichts gegen den Rechtsextremismus. Im Laufe der 1980er Jahre setzte sich die erstgenannte Verhaltensweise immer stärker durch, womit es objektiv zu einer öffentlichen Aufwertung der DKP als aufgrund ihres Antifaschismus scheinbar demokratischer Kraft kam.[66]

Um derartige Effekte zu verstärken, konnte sich die Partei auf eine Vorfeldorganisation in Gestalt der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ stützen. Dieser 1947 gegründete Zusammenschluss einer überwiegend aus Kommunisten bestehenden Verfolgtenorganisa-

[64] Vgl. Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek 1993.

[65] Vgl. Manfred Agethen u.a. (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Stuttgart 2002.

[66] Vgl. W. Rudzio (Anm. 37), S. 111-142.

tion, öffnete sich 1971 mit der Namenserweitung „Bund der Antifaschisten“ als VVN/BdA auch für jüngere Anhänger ohne Verfolgtenhintergrund. Während sich die Basis der Organisation auch zu großen Teilen aus nicht-kommunistischen Gegnern des Rechtsextremismus zusammensetzte und zu den Mitgliedern mitunter auch demokratische Intellektuelle und Politiker gehörten, bestand die Führung aus Angehörigen oder Sympathisanten der KPD bzw. DKP. Sie waren den Weisungen ihrer Partei verpflichtet und erhielten über sie finanzielle Mittel aus der DDR zur Aufrechterhaltung des Apparates. Da diese Zusammenhänge einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt waren, versuchte die VVN/BdA Kritik an der Organisation als Ausdruck einer pro-faschistischen Gesinnung darzustellen.[67]

14. Der Einfluss in der Friedensbewegung zu Beginn der 1980er Jahre

Den größten gesellschaftlichen Einfluss konnte die DKP über ihre Rolle in einer Neuen Sozialen Bewegung erlangen: der Friedensbewegung zu Beginn der 1980er Jahre. Sie hatte sich als Protestbewegung gegen die beabsichtigte Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland gebildet. An deren Beginn stand die Initiierung eines entsprechenden „Krefelder Appells“, der als Unterschriftenliste eine wichtige Rolle bei der folgenden Entwicklung spielen sollte. Als wichtiger Initiator stand hier die DKP-nahe „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) mit ihrem entwickelten Apparat und kampagnenerfahrenen Funktionären im Hintergrund. In Übereinstimmung mit neuen Vorgaben für Friedenskampagnen aus der DDR und der Sowjetunion trat man in Übereinstimmung mit der DKP-Führung an bereits zuvor bündnisbereite Persönlichkeiten heran. Über sie wurde der Eindruck erweckt, es handele sich nicht nur um eine überparteiliche, sondern auch strömungsübergreifende Initiative.[68]

---

[67] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA), Köln 1997.

[68] Vgl. Rudolf van Hüllen, Der „Krefelder Appell“, in: Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.), Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 22-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 202, S. 216-253.

Tatsächliche spielte dabei das DKP-Umfeld eine herausragende Rolle. Hierzu dienten der Partei auch eine Reihe von Vorfeldorganisationen, die als offiziell eigenständig galten, aber von ihr abhängig waren. Dazu gehörte die DFU, die bereits 1960 mit Hilfe einiger als Aushängeschilder genutzten Angehörigen bürgerlicher und christlicher Kreise gegründet wurde und der damals illegalen KPD eine verdeckte legale Möglichkeit zur weiteren politischen Arbeit bot. Als zweite Organisation hinzu kam das 1974 entstandene „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ), welches Abrüstungskampagnen durch gemeinsame Aktionen von Kommunisten und Nichtkommunisten koordinieren sollte und eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung von Großdemonstrationen spielte. Und schließlich zählte dazu auch die 1974 gegründete „Deutsche Friedensgesellschaft/Verein deutscher Kriegsdienstgegner“ (DFG/VK), die an der Organisationsbasis überwiegend aus Nicht-Kommunisten bestand und insbesondere Kriegsdienstverweigerer gewinnen wollte.

Mit diesen Organisationen zusammen konnte die DKP innerhalb der Friedensbewegung zusammen letztendlich Bündnispolitik mit sich selbst betreiben, wurden sie doch alle von Parteiangehörigen oder Nahestehenden geführt. Rein quantitativ betrachtet war der Anteil von DKP-Angehörigen in der Friedensbewegung zwar gering. Im Unterschied zu den anderen Gruppen in der Bewegung verfügte die Partei aber über kampagnenerfahrene Aktivisten, klare Zielvorstellungen, erhebliche finanzielle Mittel, einen leistungsfähigen Apparat und eben dieses Netz von Vorfeldorganisationen. So war die DKP in Entscheidungsgremien und Koordinierungsausschüssen durch Angehörige der Partei oder der genannten Organisationen in einem weitaus höheren Maße vertreten als dies ihrem quantitativen Stellenwert in der Friedensbewegung oder gar als Wahlpartei entsprach.[69] Zwar kann nicht pauschal von einer kommunistischen Steuerung der Bewegung gesprochen werden. Gleichwohl spielte die DKP in ihr als initiierender, orientierender und stabilisierender Faktor eine wichtige Rolle.[70]

---

[69] Vgl. Axel Minrath, Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnispolitik in der Anti-Nachrüstungsbewegung, Köln 1986.

[70] Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen konnte die DKP in bestimmten Kontexten zeitweise einen bedeutsamen Einfluss erlangen. Vgl. etwa für den kulturellen Bereich: Wilhelm Mensing, Maulwürfe im Kulturbeet. DKP-Einfluß in Presse, Literatur und Kunst, Zürich 1983.

15. Die Abhängigkeit von und Steuerung durch die SED

Betrachtet man vergleichend einerseits die doch relativ geringe Mitgliederzahl der Partei von 40.000 Personen und andererseits die relativ gut entwickelte Organisationsstruktur mit einem hauptamtlichen Apparat und zahlreichen Publikationsorganen, so stellt sich die Frage nach der Finanzierung der DKP. Wie konnte man etwa als einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung „Unsere Zeit" (UZ) ermöglichen? Zwar nahm die DKP Mitgliederbeiträge und Spenden ein, deren Summen standen aber in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen für die öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten der Partei. Zu der damit verbundenen offenen kam noch eine verdeckte Finanzierung mit hohen Beträgen aus der DDR hinzu.[71] Laut Angaben des Verfassungsschutzes soll die Partei etwa im Jahr 1985 um die 65 Millionen DM erhalten haben.[72] Seinerzeit leugnete die DKP dies und sprach von antikommunistischen Diffamierungskampagnen. Auch Parteimitglieder räumten später ein, dass die Partei bis 1989 von der SED abhängig gewesen sei.[73]

Die Unterstützung der DDR für die DKP beschränkte sich aber nicht auf die finanzielle Dimension: Darüber hinaus führte man für Partei-Kader auch Schulungen in den Bereichen Ideologie, Rhetorik, Organisation und Strategie durch. Als diesbezüglich bedeutsamste Einrichtung galt das „Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig, Außenstelle, Berlin", wo in den 1970er und 1980er Jahren an die tausend Personen eine Ausbildung in den unterschiedlichsten Bereichen erhielten. In diesen Kursen vermittelte man nicht nur Kenntnisse über die Lehren des Marxismus-Leninismus im philosophischen, politischen oder wirtschaftlichen Bereich. Hinzu kam die Vermittlung von Fertigkeiten, welche zur inhaltlichen Ausrichtung und personellen Führung von Parteistrukturen dienen sollten.[74] Ähnlich wie die finan-

---

[71] Vgl. M. Wilke/H.-P. Müller/M. Brabant (Anm. 1), S. 135-147.

[72] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1985, Bonn 1986, S. 36 und 39.

[73] Vgl. z.B. Georg Fülberth, „Doch wenn sich die Dinge ändern". Die Linke, Köln 2008, S. 41.

[74] Vgl. Rudolf van Hüllen, Die misslungene Aufzucht des Kaders. Das Scheitern der ideologischen Zurichtungsanstalten von KPD und DKP, in: Armin Pfahl-Traughber/Monika Rose-Stahl (Hrsg.), Festschrift zum 25-jährigen Bestehen

zielle Hilfe beschränkte sich eine solche Unterstützung nicht nur auf die DKP-Angehörigen im engeren Sinne: Auch Angehörige von Bündnis- und Vorfeldorganisationen erhielten entsprechende Schulungen.

Diese in autoritärer Form durchgeführten „Fortbildungsveranstaltungen" bewirkten bzw. verstärkten bei den Teilnehmern eine ideologische und personelle Disziplinierung, welche angesichts der mangelnden innerparteilichen Demokratie in der DKP die dortigen Tendenzen zu Anpassung und Unterordnung noch mehr förderten. Was für das Verhalten der Kader zu den Mitgliedern in der Partei galt, galt auch für das Verhältnis der SED-Führung gegenüber der DKP-Spitze. Es bestand nicht nur eine informelle Abhängigkeit durch die finanziellen Zuwendungen. Darüber hinaus gab es eine direkte Steuerung der Partei, welche insbesondere auf die strategische Ausrichtung bezogen war und mitunter auch durch direkte Gespräche zwischen Erich Honecker und Herbert Mies erfolgte. Die DKP nahm dabei die Rolle eines Befehlsempfängers ein, welcher noch dazu in einem Rechtfertigungsverhältnis stand.[75] Daher verwundert auch nicht, dass die Partei in keiner bedeutsamen Frage auch nur ansatzweise von der Linie der SED abwich und sich so zu deren bundesdeutschem Sprachrohr machte.

16. Phase III: Parteikrise und Spaltung 1984-1990

Mit ihrem Engagement in der Friedensbewegung hatte die DKP zwar einen bislang nicht bekannten Einfluss auf eine soziale Bewegung entfalten können. Es gelang aber nicht, die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen zu verhindern. Die Protestbewegung zerfiel in den Jahren nach 1983 zunehmend und damit hatte auch die Partei eines ihrer wichtigsten Handlungsfelder verloren. Gleichzeitig setzte eine innere Krise ein, welche bereits seit Mitte der 1970er Jahre unterschwellig in der DKP brodelte, aber aufgrund der internen Struktur nicht zum Ausbruch kam. Unmut über die richtige Linie äußerte sich in Parteiaustritten, eine interne Diskussion über Fehler und Probleme fand nicht statt. Spätestens durch die Etablierung der Partei „Die

---

der Schule für Verfassungsschutz und für Andreas Hübsch, Brühl 2007, S. 143-176.

[75] Vgl. Rudolf van Hüllen, Was war die DKP – Eine analytische Skizze, in: G. Hirscher/A. Pfahl-Traughber (Anm. 54), S. 9-47.

Grünen“ als Wahlpartei, ersichtlich durch den erstmaligen Einzug in den Bundestag 1983, wurde für die DKP-Mitglieder überdeutlich: Es gab zwar ein Wählerpotential für eine linke Oppositionspartei, es orientierte sich aber gerade nicht auf die DKP. Der angestrebte Platz im Parteienspektrum war anderweitig besetzt.

Als noch weitaus problematischer stellte sich ab Mitte der 1980er Jahre in der DKP ein Umbruch im Staatensystem des „real existierenden Sozialismus“ dar: Politisch hatte man sich immer an den Vorgaben der DDR und der Sowjetunion orientiert. Selbst bei Entscheidungen beider Staaten, welche in der sonstigen politischen Linken demokratischer wie extremistischer Ausrichtung auf Ablehnung stießen, wich die DKP nicht von dieser Orientierung ab (z.B. bei ihrer Verteidigung der Ausbürgerung des DDR-Liedermachers Wolf Biermann 1976). Die starke Anpassung an die KPdSU und die SED hatte selbst im bündnisbereiten Umfeld der Partei immer wieder für Skepsis und Zurückhaltung geführt. Für die DKP selbst ergab sich dadurch aber auch eine vorteilhafte Situation: Sie erhielt erhebliche finanzielle und politische Unterstützung aus dem Lager des „real existierenden Sozialismus“, sie konnte sich als in der Bundesrepublik kleiner, aber weltpolitisch bedeutsamer Teil der kommunistischen Bewegung fühlen, und sie hatte immer eine klare politische Vorgabe zu außenpolitischen Fragen.

So lange es einen Konsens zwischen DDR und Sowjetunion gab, stellte sich diese Fixierung der DKP auch nicht als Problem dar. Ab Mitte der 1980er Jahre kam es allerdings zu einer Änderung, die mit dem Amtsantritt des neuen Generalsekretärs der KPdSU Michail Gorbatschow verbunden war. Er beklagte viele Fehlentwicklungen in der Sowjetunion und forderte eine Politik der Offenheit und des Umbaus. Die damit verbundene Entwicklung stieß auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf großes Interesse und hohe Wertschätzung. Zunächst versuchte die DKP, sich diese Stimmung zunutze zu machen. Gleichzeitig geriet man damit aber in Widerspruch zur bisherigen Sicht der Sowjetunion, galt deren Politik doch früher ebenfalls als nachahmenswert und vorbildlich. Vollends unglaubwürdig und widersprüchlich erschien die DKP dann nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986, hatte die Partei doch Atomkraftwerke im sozialistischen Osten aufgrund ihrer Sicherheit bejaht und im kapitalistischen Westen aufgrund ihrer Unsicherheit abgelehnt.

Die daraufhin einsetzende Austrittswelle aus der Partei erhielt noch einen wesentlichen Schub durch den Konflikt zwischen der DDR und der Sowjetunion um den weiteren politischen Weg: Während in letztgenanntem Land offen grundlegende Reformen und Veränderungen eingefordert wurden, wollte man in dem sozialistischen deutschen Staat alles beim Alten belassen. Daraufhin kam es sogar zu bislang unvorstellbaren Differenzen zwischen DDR und Sowjetunion. In welche Richtung sollte sich nun die DKP orientieren? Über diese Frage fanden in der Partei erstmals auch offen ausgetragene heftige Auseinandersetzungen zwischen Reformbereiten und Traditionalisten statt. Erstere forderten eine Erneuerung der Partei durch Demokratisierung und Diskussion. Da die finanzielle und politische Abhängigkeit der DKP von der SED aber weitaus höher als von der KPdSU war, setzte sich die traditionalistische Parteiführung durch. Die reformbereiten Kräfte verließen daraufhin die Partei, was den erwähnten Einbruch in der Mitgliedschaft in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erklärt.[76]

17. Phase IV: Die Entwicklung nach der Auflösung der DDR 1990

Mit der Auflösung der DDR brach für die DKP im wahrsten Sinne des Wortes eine Welt zusammen: Das von ihr als Alternative für die Bundesrepublik Deutschland angesehene politische System zerfiel binnen weniger Monate, und damit stand auch die bedeutsame finanzielle und politische Unterstützung durch das SED-Regime nicht mehr zur Verfügung. Diese Entwicklung löste innerhalb der DKP eine noch weitaus bedeutendere innere Krise als der zuvor bestehende Streit zwischen Reformern und Traditionalisten aus. Die Mitglieder wandten sich scharenweise von der Partei ab: Gehörten ihr 1989 noch 25.000 Personen an, so waren es 1990 nur noch 22.000 und 1991 nur noch 11.000. 1992 sank die Zahl noch weiter auf 8.000 und 1994 auf 6.000. Bis Ende der 1990er Jahre stabilisierte sich die DKP auf diesem Niveau, sie konnte sogar 1997 mit 6.200 und 1998 mit 6.500 einen leichten Zugewinn verbuchen. Danach sanken die Zahlen aber wieder von

[76] Vgl. Patrick Moreau, Der westdeutsche Kommunismus in der Krise – ideologische Auseinandersetzungen und Etappen des organisatorischen Verfalls, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 2, Bonn 1990, S. 170-206.

5.500 1999 auf 4.500 2001. Um diese Größe schwankte die DKP fortan, so etwa 2004 mit 4.500 und 2007 mit 4.200 Mitglieder.

In der Partei verblieben vor allem die dogmatisch und traditionalistisch ausgerichteten Kräfte, was auch deren geringe politische Lern- und Wandlungsbereitschaft erklärt. Auf dem Boden der ehemaligen DDR traten darüber hinaus neue Mitglieder in die DKP ein, welche zuvor überwiegend der SED angehört hatten und denen die PDS nun als zu gemäßigt galt. Mitunter kam es fortan zu Konflikten zwischen den ost- und westdeutschen Traditionalisten um die richtige Deutung der Ideologie und Strategie des Marxismus-Leninismus. Eine inhaltliche Aufarbeitung des Scheiterns der DDR betrieb man dabei allerdings nicht. Allenfalls lockerten sich die zentralistischen Prinzipien etwas. Gleichwohl legte die Partei weiterhin großen Wert auf Geschlossenheit und untersagte die Bildung von Fraktionen. An der Spitze vollzog sich lediglich ein personeller Wechsel: Bereits 1990 hatte der langjährige Parteivorsitzende Herbert Mies aus gesundheitlichen Gründen sein Amt aufgegeben. Ihm folgte mit Heinz Stehr ein bereits seit 1962 der KPD angehörender Mitbegründer der DKP.[77]

Die organisatorische Schwächung der Partei durch den Austritt von Mitgliedern und den Wegfall von Finanzquellen schränkte auch deren politische Handlungsmöglichkeiten ein. Bereits seit Jahren besteht eine prekäre finanzielle Situation, welche sich etwa anhand der Schwierigkeiten bei der wöchentlichen Herausgabe des Zentralorgans „Unsere Zeit“ zeigt. Angesichts des Durchschnittsalters der verbliebenen Mitglieder, es liegt bei ungefähr 60 Jahren, sind deren Aktivitäten rückläufig.[78] Zwar findet man DKP-Angehörige mit Fahnen und Ständen regelmäßig bei größeren linken Demonstrationen, gleichwohl spielen sie bei deren Planung und Steuerung noch nicht einmal ansatzweise jene Rolle wie vor 1989. Zu Wahlen tritt man kaum noch an: Zum einen bestehen nicht die Ressourcen für einen breiteren Wahlkampf, zum anderen gib es mit der Partei „Die Linke“ ein weitaus erfolgreicheres Wahlangebot. Außerdem bleib die Partei bei Kan-

[77] Vgl. Patrick Moreau/Hermann Gleumes, Die Deutsche Kommunistische Partei: Ergänzung oder Konkurrenz für die PDS?, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, München 1998, S. 333-374.

[78] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 184f.

didaturen bedeutungslos: So erhielt die DKP etwa bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 lediglich 0,1 Prozent der Stimmen.

18. Die politischen Grundpositionen im Parteiprogramm von 2006

Die zuvor behauptete geringe politische Entwicklung und Lernfähigkeit der DKP nach 1990 zeigte sich auch im neuen Parteiprogramm von 2006, welches das vorherige Programm von 1978 ersetzte und das Ergebnis interner Auseinandersetzungen 16 Jahre nach Auflösung der DDR war. Darin bekennt man sich weiterhin zum Marxismus-Leninismus: „Fundament und politischer Kompass der Politik der DKP sind die von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus ...“[79] Dem entsprechend fordert man für den angestrebten Weg zum Sozialismus weiterhin nicht eine reformerische, sondern eine revolutionäre Überwindung des Kapitalismus, also eine gewalttätige Umwälzung des politischen und wirtschaftlichen Systems: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“[80]

Auch in diesem Programm findet sich keine genauere Beschreibung der angestrebten Systemalternative, sieht man einmal von den allgemeinen Forderungen nach Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln und der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion ab.[81] Dafür beklagt man den Niedergang des Staatensystems des „realen Sozialismus“, welches offenbar immer noch als vorbildlich angesehen wird: „Die Zerstörung des Sozialismus in Osteuropa war die bisher tiefste, bis heute nicht überwundene Niederlage für die internationale Arbeiterbewegung ...“[82] Und über den SED-Staat heißt es: „Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus, ihr Eintreten für Frie-

[79] DKP-Parteivorstand (Hrsg.), Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschlossen auf der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP, 8. April 2006, Essen o. J. (2006), S. 4.
[80] Ebenda, S. 28.
[81] Vgl. ebenda, S. 4.
[82] Ebenda, S. 3.

den, Entspannung und Abrüstung sowie die Verwirklichung elementarer sozialer Grundrechte gehören zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und sind Teil des humanistischen Erbes Deutschlands.“[83] Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Scheitern und Verbrechen findet - mit Ausnahme kursorischer Anmerkungen - im Parteiprogramm nicht statt.

Zur ideengeschichtlichen Selbstverortung heißt es dort: „Die DKP steht in der Tradition der kommunistischen Bewegung. Sie ist hervorgegangen aus dem mehr als 150-jährigen Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. ... Die DKP knüpft an die Tradition des ‚Bundes der Kommunsiten’, der revolutionären Sozialdemokratie, des Spartakusbundes und der KPD an. ... Sie kämpft im Geiste und im Sinne von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Max Reimann.“[84] Demnach beruft sich die DKP ausdrücklich auf Lenin, der mit seiner Repressionspolitik als Vorläufer und Wegbereiter Stalins gelten kann. Betrachtet man darüber hinaus noch die anderen Namen (Pieck, Reimann, Thälmann, Zetkin), so fällt ein positives Bekenntnis zu der pro-stalinistischen Phase der Geschichte des deutschen Kommunismus auf.[85] Demnach lässt sich auch für das Programm kaum von einem Lernprozess sprechen.[86]

19. Das Verhältnis der DKP zur „Linken“ bzw. zur PDS

In dieser Hinsicht unterscheidet sich auch der Grundlagentext der DKP von dem der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)[87]. Letztere ging bekanntlich aus der SED hervor, welche sich wiederum den ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus in ähnli-

[83] Ebenda, S. 25.
[84] Ebenda, S. 44.
[85] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Treuteutsch fest im alten Dogma. Ein analytischer Blick in das neue DKP-Programm, in: Freiheit und Recht, Nr. 1/2007, S. 9f.
[86] Vgl. Eckhard Jesse, Das neue Parteiprogramm der DKP, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 19, Baden-Baden 2007, S. 199-212.
[87] Für den Programmvergleich wird hier noch von der PDS gesprochen, da die Partei „Die Linke“ bislang noch kein Programm vorgelegt hat.

cher Weise wie die DKP verbunden fühlte. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hatte die PDS indessen bei inhaltlich bedeutsamen Aspekten von den damit verbundenen Grundpositionen Abstand genommen: Man verstand sich fortan nicht mehr als alleinige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, der ausdrückliche Bezug auf Lenin fiel weg, gegenüber dem DDR-System formulierte man eine weitaus kritischere Position, und innerparteilich ließ die PDS die unterschiedlichsten Flügel zu. Zwar müssen diese Entwicklungen nicht zwingend für eine Demokratisierung sprechen, sie machen aber einen in dieser Form in der DKP nicht auszumachenden Wandel deutlich. Gleichwohl fordert die PDS in ihrem Programm auch in traditioneller Form eine Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus.[88]

Insofern stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis der DKP zur PDS bzw. „Linken". Differenzen bestehen nach den vorherigen Ausführungen im ideologischen und organisatorischen Bereich. Aus der Perspektive der DKP hat sich die PDS von den Lehren des Marxismus-Leninismus abgewandt und vertritt nur noch einen reformorientierten Weg zum Sozialismus. Allenfalls sieht man ideologische Gemeinsamkeiten zu Strömungen wie der „Kommunistischen Plattform" oder dem „Marxistischen Forum". Auf organisatorischer Ebene ist die DKP als Partei Konkurrent der PDS bzw. der „Linken" um Mitglieder und Wähler. Trotz dieser Differenzen gab und gibt es eine Kooperation zwischen beiden Parteien auf unterschiedlichen Ebenen: So fanden bereits zu Beginn der 1990er Jahre mehrfach Treffen zwischen hochrangigen Funktionsträgern statt, wobei es um die Planung von Wahlkämpfen und damit zusammenhängende Absprachen ging. Mitunter kandidierten auch DKP-Mitglieder auf den „offenen Listen" der PDS, allerdings auf den chancenlosen hinteren Plätzen.[89]

Dies galt allerdings nicht für Kommunalwahlen in den westlichen Bundesländern, kandidierten dort doch auch häufig Vertreter der DKP auf den Listenplätzen der PDS bzw. „Linken" und konnten dabei eine Reihe von Mandaten in Gemeinden und Städten einnehmen. Über einen ähnlichen Weg kam 2008 auch erstmals in der Geschichte der

[88] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Das DKP- und PDS-Parteiprogramm. Eine ergleichende Analyse in extremismustheoretischer Perspektive, in: G. Hirscher/A. Pfahl-Traughber (Anm. 59), S. 66-81.

[89] Vgl. P. Moreau/H. Gleumes (Anm. 77), S. 370-373.

Bundesrepublik Deutschland ein DKP-Mitglied in einen Landtag: In Niedersachsen kandidierte die langjährige Parteiangehörige Christel Wegner erfolgreich auf der Liste der „Linken“. In einem Fernsehinterview rechtfertigte sie den Bau der Mauer und die Existenz der Stasi.[90] Zwar schloss man Wegner nach öffentlicher Kritik an diesen Aussagen aus der Fraktion aus. Gleichzeitig wurde aber bekannt, dass bei der noch anstehenden Wahl zur Hamburger Bürgerschaft mit Olaf Harms ein weiteres DKP-Mitglied für „Die Linke“ kandidierte. Trotz dieses Skandals erklärte „Die Linke“ im März 2008, man werde bei Kommunalwahlen auch zukünftig Vertreter der DKP auf ihren Listen kandidieren lassen.[91]

20. Schlusswort und Zusammenfassung

Wie lässt sich bilanzierend die Partei abschließend einschätzen? Öffentlich gab sie sich ein überaus gesellschaftskritisches Erscheinungsbild: Man trat für die Interessen und Rechte der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten ein; man forderte ein Mehr an Demokratie in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft; man warnte vor den Gefahren von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus; man kritisierte die imperiale Machtpolitik der USA gegenüber den Entwicklungsländern; man trat für Abrüstung, Frieden und Zusammenarbeit ein. Damit verbundene Positionen standen nicht für eine extremistische Zielsetzung und konnten mitunter auch inhaltliche Berechtigung beanspruchen. Hieraus erklärt sich zumindest teilweise die Hinwendung vieler späterer Mitglieder zur Partei und ein häufig unkritisches Bild von ihr in der öffentlichen Wahrnehmung. Die vorgenannten Forderungen und Positionen standen allerdings in einem politischen Gesamtkontext, der den mit ihnen verbundenen inhaltlichen Grundprinzipien in nahezu allen Bereichen widersprach:

Die innere Struktur der DKP war autoritär und nicht demokratisch geprägt, jegliche Abweichungen von der von oben vorgegebenen politischen Linie galten als Verrat, und in der inneren Parteiorganisation wurde absolute Gefolgschaftstreue, Pflichterfüllung und Unterordnung

[90] Vgl. Afp, Stasi hat doch noch Freunde, in: Die Tageszeitung vom 15. Februar 2008.

[91] Vgl. Lars Gaede, SPD schilt linke Kommunistenfreunde, in: Die Tageszeitung vom 19. März 2008.

erwartet. Die Zielsetzung bestand in der politischen und wirtschaftlichen Überwindung der Bundesrepublik Deutschland, deren Ersetzung durch einen Systemtypus im Sinne der Länder des „real existierenden Sozialismus“ und somit in der Etablierung einer kommunistischen Diktatur mit der Abschaffung von Demokratie und Grundrechten. Ähnliche Auffassungen, Positionen und Strukturen finden sich bei vielen anderen extremistischen Bestrebungen ebenfalls. Bei der DKP kam noch als herausragende Besonderheit ihre Funktion als „Interventionsapparat der SED“ hinzu. In allen maßgeblichen Fragen von der thematischen Schwerpunktsetzung der Kampagnenpolitik bis zur personellen Ausgestaltung der Führungsspitze war man getreuer Befehlsempfänger der DDR-Diktatur.

Die vorherigen Ausführungen wurden in der Vergangenheitsform formuliert und beziehen sich auf die Zeit der 1970er und 1980er Jahre, was sich durch die gegenwärtig ganz andere Situation der DKP erklärt. Sie verlor seit Beginn der 1990er Jahre nahezu 90 Prozent ihrer bisherigen Mitgliedschaft und mit der Auflösung der DDR ihre maßgebliche politische Unterstützung. Allein durch die damit verbundene finanzielle und organisatorische Schwäche ist sie kaum noch handlungsfähig, worüber auch nicht die sporadische Präsenz bei linken politischen Demonstrationen hinwegtäuschen kann. Letztendlich handelt es sich nur noch um eine Ansammlung von Alt-Kommunisten im doppelten Sinne des Wortes: zum einen bezogen auf die dogmatische Fixierung, zum anderen hinsichtlich des hohen Durchschnittsalters. Für die nächste Zukunft dürfte die DKP - auch angesichts der elektoral überaus erfolgreichen Partei „Die Linke“ - eine noch geringere Chance zur Etablierung als Wahlpartei als in den 1970er und 1980er Jahren haben und somit weiterhin nur ein Schattendasein führen.

Die Achtundsechziger zwischen legitimer Gesellschaftskritik und totalitärer Heilslehre.
Eine kritische Analyse der Protestbewegung aus extremismustheoretischer Sicht

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Anlässlich einer „runden Wiederkehr“ des Jahres 1968 setzen regelmäßig Kontroversen um die politische Deutung der Protestbewegung der Achtundsechziger ein. Die eine Seite beklagt die mit ihr einhergehende Erosion des kulturellen und politischen Konsenses sowie den forcierten Niedergang der bestehenden Normen und Wertvorstellungen. Die andere Seite sieht in den Achtundsechzigern den notwendigen Ausdruck einer Kritik an den zahlreichen Mängeln der bundesdeutschen Gesellschaft und den entscheidenden Wegbereiter einer Demokratisierung und Liberalisierung der politischen Kultur. Die jeweilige Einseitigkeit in der Kommentierung erklärt sich durch den politisch motivierten Streit um die „Deutungsmacht“ über das Phänomen „Achtundsechzig“.[1] Hierbei gerät vielfach aus dem Blickfeld, dass die jeweiligen Auffassungen keineswegs immer Gegensätze bilden müssen. Vielmehr bewegen sich viele Positionen auf unterschiedlichen Ebenen und könnten bei differenzierter Betrachtung durchaus miteinander konform gehen:

Der Verweis auf Defizite und Widersprüche in der damaligen Bundesrepublik Deutschland legitimiert Kritik und Protest, aber nicht notwendigerweise die damit einhergehenden ideologischen Grundpositionen und politischen Handlungsformen. Die Empörung über den rigorosen Fanatismus und die verwerflichen Praktiken der Achtundsechziger rechtfertigt Ablehnung und Distanz, aber nicht das kritiklose Hinnehmen bedenklicher gesellschaftlicher und politischer Zustände. Eine differenzierte Betrachtung in diesem Sinne lässt sich nur selten ausmachen, demgegenüber dominieren je nach eingenommener Position Idealisierung oder Verdammung. Zwar zeichnet die vorliegende Analyse auch ein kritisches Bild der Achtundsechziger, soll es doch um

[1] Vgl. Albrecht von Lucke, 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht, Berlin 2008.

eine Einschätzung der Protestbewegung aus demokratie- bzw. extremismustheoretischer Sicht gehen. Demgemäss steht dabei die Frage nach dem Verhältnis der Achtundsechziger zu den Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates und einer offenen Gesellschaft im Zentrum.[2]

Nach der Entwicklung einer Arbeitsdefinition der „Achtundsechziger" soll derartigen Ausführungen noch eine kurze Betrachtung zur Angemessenheit ihrer Kritik an den seinerzeitigen Gegebenheiten vorangestellt werden. Erst danach geht es um die politischen Grundpositionen der Protestbewegung: Hierbei stehen zunächst die Ablehnung des Parlamentarismus, der erhobene exklusive Avantgarde- und Erkenntnisanspruch und die Benennung des Rätemodells als politische Alternative im Zentrum. Demokratietheoretische Grundpositionen der Achtundsechziger lassen sich auch aus den von ihr benannten ideologischen und politischen Vorbildern ableiten, woraus sich die darauf folgenden gesonderten Darstellungen und Einschätzungen erklären. Ganz besonderes Interesse verdient vor dem Hintergrund der angesprochenen Problemstellung auch das Verhältnis zu Gewalt und Terrorismus. Und schließlich sollen vergleichende Betrachtungen zu anderen politischen Bewegungen die spezifischen Konturen der Achtundsechziger noch stärker verdeutlichen.

2. Die Problematik einer Definition der „Achtundsechziger"

Zunächst bedarf es aber einer Definition des mit dem Schlagwort von den „Achtundsechzigern" gemeinten politischen Phänomens. Da sich dieser Terminus nicht auf eine Organisation mit entwickelter Programmatik und Struktur bezieht, bestehen methodische Probleme bei der möglichst trennscharfen Erfassung des damit Gemeinten. Hierbei geht es um eine von vielen sozialen Bewegungen, die nach 1945 mit unterschiedlichen inhaltlicher Schwerpunktsetzungen in Deutschland entstanden.[3] Die Bezeichnung steht für nicht fest organisierte lockere

[2] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Martin H. W. Möllers / Robert Chr. Van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt/M. 2007, S. 21-36.

[3] Vgl. Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/M. 2008.

Netzwerke von kontinuierlich agierenden Gruppen, Individuen und Organisationen, die primär über eine besondere politische oder soziale Thematik im Sinne einer kollektiven Identität miteinander verbunden sind.[4] Demgemäss lässt sich mitunter nur schwer sagen, wer zu der jeweiligen Bewegung in welchem Maße gehört oder nicht. Klare Aussagen hierzu können allenfalls über den Personenkreis formuliert werden, welcher sich zuvor in entsprechenden öffentliche Erklärungen dazu bekannte.

Bei den „Achtundsechzigern" kommt als weiteres Problem hinzu, dass es sich bei dieser Bewegung nicht nur um ein deutsches Phänomen handelte. Ganz im Gegenteil muss von einer globalen bzw. internationalen Protestbewegung gesprochen werden. Sie ergriff nicht nur die westlichen Industriegesellschaften, sondern auch andere Regionen der Welt. Zwar setzten sich die Beteiligten überwiegend aus jungen akademisch Gebildeten zusammen, hinsichtlich der Handlungsformen und Zielsetzungen, Rahmenbedingungen und Ursachen der Bewegungen bestanden mitunter aber gravierende Unterschiede.[5] Dies galt auch und gerade für die Situation in der Bundesrepublik und in der DDR. Während die eine Protestbewegung für einen neuen Sozialismus eintrat, wandte sich die andere Protestbewegung gegen den bestehenden Sozialismus.[6] Eine länderübergreifend vergleichende Betrachtung und Einschätzung kann und soll hier nicht vorgenommen werden.[7] Die Analyse bezieht sich daher ausschließlich auf die Bewegung der Achtundsechziger in der Bundesrepublik Deutschland.

Dabei erfolgt eine Konzentration auf den organisatorischen Kern in Gestalt der dominierenden Strömung im „Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS).[8] Demgemäss sind fortan nicht alle sympathisierenden Anhänger der Bewegung oder alle sporadischen Teilnehmer an Protestaktionen mit den angesprochenen „Achtundsechzigern" ge-

---

[4] Vgl. Joachim Raschke, Zum Begriff der sozialen Bewegungen, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1987, S. 19-29.

[5] Vgl. Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008.

[6] Vgl. Stefan Wolle, Der Traum von der Revolte, Die DDR 1968, Berlin 2008.

[7] Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland – Europa – USA, München 2001.

[8] Vgl. Tilman Fichter/Siegward Lönnendonker, Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998.

meint. Vielmehr beschränken sich die Aussagen auf die rund 1.200 im SDS organisierten Studierenden und deren engeres politisches Umfeld. Aber auch hierbei bedarf es einer weiteren Einschränkung, beziehen sich die Ausführungen doch primär auf den „antiautoritären" Mehrheitsflügel. Im SDS hatte sich neben diesem eine „traditionalistisch" ausgerichtete Minderheit herausgebildet. Sie orientierte sich stärker an der „Arbeiterklasse" als revolutionärem Subjekt und dem Staatensystem des „real existierenden Sozialismus" als Alternative. Dem gegenüber sah der „antiautoritäre" Teil in den Intellektuellen und Studenten die revolutionäre Avantgarde und kritisierte die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten.

3. Die demokratietheoretisch berechtigte Gesellschaftskritik

Die Bewegung der Achtundsechziger griff eine ganze Reihe von Defiziten und Missständen in der damaligen Bundesrepublik Deutschland auf. Damit verbundene Positionen liefen allein für sich nicht notwendigerweise auf eine extremistische Zielsetzung hinaus, standen sie doch vielfach für eine demokratietheoretisch berechtigte bzw. legitime Gesellschaftskritik. Dies soll hier exemplarisch anhand von drei Themenfeldern aufgezeigt werden: Am Beginn der Protestbewegung stand der Unmut über die Situation an den damaligen Universitäten, die noch dem traditionellen Ordinarien-Modell verpflichtet waren und die Studierenden von Mitbestimmungsmöglichkeiten weitgehend ausschlossen. Exemplarisch dafür stand die bekannte Parole „Unter den Talaren – Muff aus tausend Jahren". Die hiermit zum Ausdruck kommende Kritik fand – wenngleich aus anderen Gründen – seinerzeit auch die Zustimmung von Bildungsexperten. Sie forderten eine dringende Reform der Hochschulpolitik, die wohl auch ohne die studentische Protestbewegung in Angriff genommen worden wäre.[9]

Als weiteres Beispiel für eine legitime Gesellschaftskritik können die Ereignisse vom 2. Juni 1967 dienen. Dabei steht nicht der bis heute in seinen Details ungeklärte Tod des Studenten Benno Ohnesorg im

[9] Vgl. Alfons Kenkmann, Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere" zur Bildungsreform in den 60er Jahren, in: Axel Schildt / Detlev Siegfried / Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 402-423.

Zentrum[10], sondern der Grund für die seinerzeitigen Proteste und deren ungewöhnlicher Verlauf in einer spezifischen Hinsicht. An jenem Tag richteten sich die Demonstrationen gegen den Besuch des Schah von Persien Resa Pahlewi, der eine Diktatur mit Folterpraktiken anführte[11] und trotzdem mit allen staatlichen Ehren empfangen wurde. Für Demokratie und Menschenrechte standen an diesem Tag nicht die Repräsentanten des deutschen Staates, sondern die Demonstranten auf der Straße. Gegen sie gingen iranische Geheimpolizisten und monarchistische Studenten gewalttätig vor, schlugen sie doch mit langen Latten auf die bis zu diesem Zeitpunkt friedlichen Demonstranten ein. Die deutsche Polizei griff nicht ein: Tatenlos sah man zu, wie auf deutschem Boden gewalttätige Personen aus dem Iran brutal gegen deutsche Bürger vorgingen.

Ebenfalls nähere Aufmerksamkeit sollen hinsichtlich der berechtigten Gesellschaftskritik die Proteste gegen den Krieg der USA in Vietnam[12] finden: Die dortige militärische Intervention der westlichen „Supermacht“ diente offiziell der Verhinderung eines „zweiten China“, also der Etablierung eines weiteren kommunistischen Regimes in Asien. Dabei unterstützten die USA allerdings von Anfang an eine autoritäre Diktatur in Südvietnam, die brutal und repressiv gegen die eigene Bevölkerung vorging. Nachdem die US-Regierung in Folge eines manipulierten Berichts („Tonkin-Zwischenfall“) die Zustimmung des Kongresses zum offiziellen Eintritt in den Krieg erhalten hatte, begann eine von hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung geprägte Kriegsführung mit Erschießungen aufgabewilliger Soldaten, Folterungen von Gefangenen, Erschießungen flüchtender Bauern aus Hubschraubern oder Massakern in kleineren Dörfern.[13] Solche Taten stellten eindeutig Kriegsverbrechen dar. Der Protest dagegen war mehr als nur demokratisch legitim.

---

[10] Vgl. Uwe Soukop, Wie starb Benno Ohnesorg. Der 2. Juni 1067, Berlin 2007.

[11] Vgl. Bahman Nirumand, Persien – Modell eines Entwicklungslandes, Reinbek 1967.

[12] Vgl. Gabriel Kolko, Anatomy of a War. Vietnam, the United States, and the Modern Historical Experience, New York 1985.

[13] Vgl. Bernd Greiner, Krieg ohne Fronten. Die USA in Vietnam, Hamburg 2007.

4. Das Ablehnung des Parlamentarismus

Auch die Kritik am seinerzeitigen Parlamentarismus kann zu gewissen Teilen inhaltliche Berechtigung beanspruchen: Durch die erste „große Koalition“ gab es im Parlament lediglich die FDP als Oppositionspartei, welche politisch zwischen CDU/CSU und SPD stand. Somit schien es vielen kritischen Zeitbetrachtern damals so, als ob keine wirkliche parlamentarische Opposition bestehe. Daher konnte die Bildung einer „außerparlamentarischen Opposition“ mehr als nur gute Gründe für ihr Aufkommen benennen, sofern sie ihre mangelnde demokratische Legitimation durch einen Wahlakt nicht aus dem Auge verlor. Die außerparlamentarische entwickelte sich aber zu einer antiparlamentarischen Opposition. Dazu bekannte sich mit Rudi Dutschke[14] die wichtigste Stimme der Achtundsechziger in einem Fernsehinterview: „Ich halte das bestehende parlamentarische System für unbrauchbar. Das heißt, wir haben in unserem Parlament keine Repräsentanten, die die Interessen unserer Bevölkerung - die wirklichen Interessen unserer Bevölkerung - ausdrücken.“[15]

Die Begründung für die damit verbundene Position lieferte die einflussreiche Schrift „Die Transformation der Demokratie“, die der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli[16] bereits 1967 vorgelegt hatte. Den Ausgangspunkt für seine Argumentation bildete die Auffassung, dass die Gesellschaft durch den Antagonismus der Klassen geprägt sei. Den Herrschenden als Mächtigen und Reichen stünde das Volk als Masse der Abhängigen gegenüber. In dieser Konstellation suche man nach „Methoden, die mit dem geringsten, möglichst unmerklichen Repressionsgrad die höchste Ausnutzung des Profitmechanismus sichern.“ Hierzu diene auch das Parlament, das ein Mittel zur Befriedung der Massen sei: „In der Gesellschaft vorhandene, teils sich hart widersprechende Kräfte sollen parlamentarisch und durch das Parteiensystem nicht reproduziert und damit politisch potenziert, sondern

---

[14] Vgl. Ulrich Chaussy, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Darmstadt-Neuwied 1983.

[15] Rudi Dutschke zu Protokoll. Fernsehinterview von Günter Gauss, Rudi Dutschke, Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren. Herausgegeben von Gretchen Dutschke-Klotz, Helmut Gollwitzer und Jürgen Miermeister, Reinbek 1980, S. 42-57, hier S. 43.

[16] Vgl. Barbara Görres Agnoli, Johannes Agnoli. Eine biographische Skizze, Hamburg 2004.

repräsentiert und in ihrer Widersprüchlichkeit entschärft werden." Denn: „Dem demos gegenüber ist das Parlament ein *Transmissionsriemen der Entscheidungen politischer Oligarchien*."[17]

Daher galt der Parlamentarismus lediglich als Herrschafts- und Manipulationsinstrument zur Aufrechterhaltung eines autoritären Systems.[18] Als Konsequenz aus dieser Einsicht setzte man nicht mehr auf dessen Reform, sondern auf dessen Abschaffung. Entsprechend schlussfolgerte Agnoli aus seiner Kritik: „ ... sofern Parlamente trotz demokratischer Wahlakte, aus denen sie hervorgehen, antidemokratisch funktionieren, muss der Kampf für die Demokratie in antiparlamentarischer Praxis geführt werden."[19] Dieses Zitat zeigt exemplarisch, dass die Achtundsechziger ihr besonderes Demokratieverständnis gegen das etablierte Demokratieverständnis richteten. Somit verwarfen sie nicht nur kritikwürdige Erscheinungsformen des Parlamentarismus, sondern plädierten für eine fundamentale Ablehnung dieses Modells repräsentativer Demokratie.[20] Ihm sprach man damit auch die politische Legitimation, die durch die hohe Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger sichtbar wurde, zugunsten der eigenen Auffassungen ab.

5. Der exklusive Avantgarde- und Erkenntnisanspruch

Hinter dieser Argumentation stand der exklusive Avantgarde- und Erkenntnisanspruch der Achtundsechziger, die damit indirekt auch ihre eigene politische Isolation in der Gesellschaft eingestanden. Immer

---

[17] Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie (1967), in: Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg 1990, S. 21-106, hier S. 33, 42 und 77.

[18] Vgl. Reinhard Zintl, Zur Transformation der Demokratie. Einige Überlegungen zu Johannes Agnolis Thesen, in: Dieter Oberndörfer/Wolfgang Jäger (Hrsg.), Die neue Elite. Eine Kritik der kritischen Demokratietheorie, Freiburg 1975, S. 193-212.

[19] Johannes Agnoli, Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition, in: Neue Kritik, 9 (1968), Nr. 47, S. 24-33, hier S. 31.

[20] Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Antiparlamentarismus und Antipluralismus der Rechts- und Linksradikalen, in: Kurt Sontheimer u.a., Der Überdruss an der Demokratie. Neue Linke und alte Rechte – Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Köln 1970, S. 43-91.

wieder bekundete man, für die „objektiven“ oder „wahren“ Interessen der Arbeiter oder des Volkes einzutreten. Gleichwohl blieb die Protestbewegung - zumindest in der Bundesrepublik Deutschland - weitgehend von den damit angesprochenen sozialen Schichten abgeschottet. Dies erklärten sich die Achtundsechziger dadurch, dass die überwiegende Mehrheit des Volkes durch materielle Befriedigung und politische Manipulation nicht um ihre eigentlichen Bedürfnisse und Zielsetzungen wüssten. In diesem Kontext verdient auch noch einmal eine Stelle in dem oben erwähnten Dutschke-Zitat Aufmerksamkeit: „ ... die Interessen unserer Bevölkerung – die wirklichen Interessen unserer Bevölkerung ...“[21] Zum einen wird hier ein Unterschied zwischen den real artikulierten und den objektiv vorhandenen Interessen des Volkes postuliert.

Zum anderen verbindet sich mit der Hervorhebung dieser Differenz eine Anmaßung: Es gibt nicht nur den Unterschied zwischen angeblichen und wirklichen Interessen des Volkes. Die Achtundsechziger kannten in dieser Perspektive das wahre Wollen der Arbeiter oder der Bevölkerung besser als die Arbeiter oder die Bevölkerung selbst. Mit einer ähnlichen Argumentation hatte Lenin das Avantgarde-Modell der bolschewistischen Partei begründet.[22] Offiziell lehnte der „antiautoritäre“ im Unterschied zum „traditionellen“ Flügel der Achtundsechziger diese autoritäre Vorstellung ab. Gleichwohl war ihm eine solche Auffassung durchaus selbst eigen, wenngleich sie nicht auf eine Parteistruktur übertragen werden sollte. Deren Funktion nahmen hier Intellektuelle und Studenten mit dem scheinbar richtigen Bewusstsein ein. Sie galten in dieser Perspektive als Avantgarde[23] der Gesellschaftsveränderung, die bedingt durch ihre bessere Einsicht in die gesellschaftlichen Gegebenheiten den einzig richtigen politischen Weg weisen sollten.

Dutschke äußerte in einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel“ etwa: „Wir Studenten haben eine Chance, die den Massen der Gesellschaft systematisch verweigert wird: Wir können die spezifisch

[21] Fußnote 15.

[22] Vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall, Bd. 2, München 1978, S. 431-445.

[23] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die Anti-Elite als Avantgarde, in: Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 223-252.

menschliche Verstandeskraft in kritische Vernunft umsetzen. Das bedeutet: Politisierung der Universität – als Ausgangspunkt der Politisierung und damit der Veränderung der Gesellschaft.“[24] Und der Soziologe Claus Rolshausen bemerkte affirmativ: „Der Protest der Studenten gewinnt seine Legitimation durch die Vertretung der objektiven Interessen der Lohnabhängigen. Er folgt dem Muster präsumtiver Identifizierung mit dem zukünftigen Bewusstsein aufgeklärter Massen ...“[25] Solche Statements enthielten den exklusiven Anspruch, bedingt durch die eigenen intellektuellen Fähigkeiten den einzig „wahren“ Willen der Bevölkerung in der damaligen Gegenwart und der späteren Zukunft zu kennen. Da diese dazu allein nicht fähig zu sein schienen, ließen sich damit selbst Vorstellungen im Sinne einer Erziehungsdiktatur problemlos legitimieren.

6. Das Rätemodell als politische Alternative

Die wichtigen Repräsentanten der Achtundsechziger wurden seinerzeit immer wieder danach gefragt, worin denn die Alternative zu dem von ihnen abgelehnten System der parlamentarischen Demokratie bestehen solle. Einer konkreten Antwort verweigerte man sich, wofür hier exemplarisch ein Statement Dutschkes in einem Fernsehinterview steht: „Die Gesellschaft, die wir anstreben, ist ein sehr langfristiges Prozessresultat, das heißt wir können jetzt kein großartiges Gebilde der Zukunft entwerfen, wir können aber Gliederungsstrukturen sagen.“[26] Ganz allgemein sollte die damit angestrebte Gesellschaft von einem Höchstmaß an Freiheit und Gerechtigkeit, Gleichheit und Partizipation geprägt sein. An diesem utopischen Idealbild maß man die bundesdeutsche Realgesellschaft, welche demgegenüber nur weitaus schlechter dastehen konnte. Hier zeigte sich außerdem ein sachlich unangemessenes Argumentieren: Es sollten entweder nur jeweils Ide-

[24] Rudi Dutschke, „Wir fordern die Enteignung Axel Springers“. Ein Gespräch, in: Rudi Dutschke, Die Revolte. Wurzeln und Spuren eines Aufbruchs. Herausgegeben von Gretchen Dutschke-Klotz, Jürgen Miermeister und Jürgen Treulieb, Reinbek 1983, S. 20-38, hier S. 27.

[25] Claus Rolshausen, Neue Probleme und alter Kapitalismus, in: Wolfgang Abendroth u.a., Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1968, S. 143-153, hier S. 151.

[26] R. Dutschke (Anm. 15), S. 43. Die Formulierung findet sich so im Original-Text.

alvorstellungen oder nur jeweils Realphänomene miteinander um ihrer Vor- und Nachteile willen verglichen werden.

Konkreter benannten darüber hinaus weder Dutschke noch andere Achtundsechziger die Strukturen der angestrebten Alternative. Allgemein hieß es zu den „Gliederungsstrukturen“ lediglich, „dass bei uns die Interessen und die Bedürfnisse der an der Institution Beteiligten repräsentiert sind“.[27] Häufig mündeten derartige Auffassungen in den Forderungen nach einer „Räterepublik“, ohne dabei aber deren Regeln und Strukturen näher zu beschreiben.[28] Allgemein lassen sich die Merkmale eines darauf bezogenen Modells - entsprechend der historischer Vorbilder in der Pariser Kommune von 1870/71 oder der deutschen Arbeiterräte von 1918/19 - wie folgt benennen: Alle leitenden Funktionen in einer Gesellschaft werden durch Wahl besetzt und legitimiert, wobei deren Inhaber jederzeit abwählbar und rechenschaftspflichtig sind. Von den Bürgern wird ein Höchstmaß an politischem Engagement und eigenständiger Entscheidungsfindung erwartet. Demgemäss stehen die Räte als Strukturen für das politische Modell einer direkten Demokratie.

Historisch gesehen scheiterten derartige Systeme nach kürzerer Zeit, wobei dafür offenbar weniger die politischen Rahmenbedingungen, sondern mehr besondere Konstruktionsmängel verantwortlich waren. Allgemeine vergleichende Untersuchungen dazu stehen allerdings noch aus.[29] Hinzu kommen aber eine Reihe von aus demokratietheoretischer Sicht bedenkliche Gesichtspunkte. So setzt ein Räte-Modell im Sinne einer identitären Gesellschaftskonzeption eine weitgehende politische Homogenität voraus, womit die Notwendigkeit von Konformität und die Reduzierung des Pluralismus verbunden wäre. Darüber hinaus würde es statt einer Beibehaltung der Gewaltenteilung von Exekutive und Legislative zu einer Machtkonzentration in einer Körperschaft kommen. Berücksichtigt man darüber hinaus noch, dass von einem gleich hohen permanenten politischen Engagement aller Bürger

[27] Ebenda, S. 44.

[28] Vgl. Wilfried Gottschalch, Parlamentarismus und Rätedemokratie, Berlin 1968.

[29] Vgl. Gerhard A. Ritter, „Direkte Demokratie“ und Rätewesen in Geschichte und Theorie, in: Erwin K. Scheuch (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen, Köln 1968, S. 188-216.

kaum auszugehen ist, besteht die Gefahr einer einseitigen Machtkonzentration bei einer Elite der Aktiven.[30] Rätedemokratie muss demnach keineswegs für ein Mehr an Freiheit stehen.

7. Die ideologischen Vorbilder

Aufschlüsse über die inhaltliche Ausrichtung einer Bewegung können auch deren ideologische und politische Vorbilder geben. Neben dem Bild von Karl Liebknecht wurde auch häufig das Konterfei von Rosa Luxemburg[31] bei Demonstrationen der Achtundsechziger mitgeführt. Zwar gehörte sie zu den zeitgenössischen Kritikern Lenins und plädierte für eine stärkere Eigenständigkeit der Massen. Entgegen auch heute noch weit verbreiteter Annahmen vertrat sie aber keinen demokratischen und undogmatischen Kommunismus. Luxemburg hatte sich im „Revisionismusstreit" gerade gegen eine reformerische Ausrichtung gewandt und war für eine orthodoxe Marxismus-Interpretation eingetreten. Ihr politisches Denken orientierte sich auch mehr daran, was sie für das Bewusstsein der Arbeiter hielt und weniger an deren realem Denken und Handeln. Und schließlich stand Luxemburgs berühmtes Wort von der „Freiheit, die im immer die Freiheit des Andersdenkenden ist" nicht für einen allgemeinen, sondern nur für einen innermarxistischen Pluralismus.[32]

Zu den ideologischen Vorbildern der Achtundsechziger gehörten auch die zeitgenössischen Philosophen Ernst Bloch und Herbert Marcuse, die sich beide als Marxisten verstanden, aber das Staatensystem des „real existierenden Sozialismus" kritisierten. Bloch[33] hatte noch in den 1930er Jahre öffentlich die stalinistischen Schauprozesse in der Sowjetunion verteidigt und in den 1950er Jahren als Philosophie-Professor in der DDR hohe Auszeichnungen des Staates erhalten. Aufgrund seines Unmuts über die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn von

---

[30] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008, S. 147-149.

[31] Vgl. L. Kolakowski (Anm. 22), S. 77-116.

[32] Vgl. Eckhard Jesse, Demokratie oder Diktatur? Luxemburg und der Luxemburgismus, in: Uwe Backes/Stéphane Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa". Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 187-212.

[33] Vgl. Arno Münster, Ernst Bloch. Eine Biographie, Frankfurt/M. 2004.

1956 wurde er emeritiert und kehrte später von einer Reise in den Westen nicht mehr in die DDR zurück. Als Gastprofessor in Tübingen vertrat Bloch weiter seine stark religiös geprägte Marxismus-Auffassung und nahm gegenüber den Achtundsechzigern eine wohlwollende Haltung ein. Seine Philosophie artikulierte sich mit der Beschwörung der Hoffnung als Heilslehre in einer diffusen und phantasierenden Form, welche sich einer Überprüfung an der Realität verweigerte und so für die unterschiedlichsten Deutungen offen stand.[34]

Noch weitaus mehr als Bloch kann Marcuse[35] als herausragendes ideologisches Vorbild der Achtundsechziger gelten, zumal er auch an zentralen Veranstaltungen für das politische Selbstverständnis der Bewegung als Referent persönlich teilnahm und seine unterschiedlichen Schriften von deren Aktivisten breit wahrgenommen wurden. Dies galt vor allem für die Veröffentlichungen, die eine Kritik an den modernen Industriegesellschaften des Westens vornahmen: In ihnen sei durch Konsum und Wohlstand, Massenmedien und Technik durch Manipulation ein neuer Totalitarismus entstanden, welcher keine Opposition und keinen Widerspruch mehr kenne. Die bestehende Toleranz sei repressiv, diene sie doch nur der Verschleierung dieses Tatbestandes. Demgegenüber forderte Marcuse eine neue Toleranz, die aber intolerant gegenüber den Anhängern des falschen Bewusstseins sein sollte. Letztendlich liefen seine Auffassungen auf die Etablierung einer Art Erziehungsdiktatur hinaus: Damit sollten die Wortführer des unterdrückenden Status quo niedergehalten werden.[36]

8. Die politischen Vorbilder

Neben den vorgenannten ideologischen ließen sich bei den Achtundsechzigern auch zeitgenössische politische Vorbilder ausmachen. Hierbei handelte es sich insbesondere um Revolutionäre aus den Ländern der „Dritten Welt“. Die auch heute noch bekannteste Person war

[34] Vgl. Helmut Schelsky, Die Hoffnung Blochs. Kritik der marxistischen Existenzphilosophie eines Jugendbewegten, Stuttgart 1979, S. 140-228.

[35] Vgl. Douglas Kellner, Herbert Marcuse and the crisis of Marxism, Basingstoke 1984.

[36] Vgl. Eckhard Jesse, Die Totalitarismuskonzeption von Herbert Marcuse, in: Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 355-376.

Ernesto „Che“ Guevara[37], der als Guerillakämpfer für die Figur eines romantischen Helden stand. Hierbei blendete man damals wie heute die Schattenseiten Guevaras aus: Während des Guerillakampfes in Kuba ging er brutal und grausam gegen politische Gegner vor. Nach dem Sieg setzte sich dieses willkürliche Verhalten bei der Bildung von Revolutionsgerichten, der Errichtung von Internierungslagern und der Erschießung von Oppositionellen fort. Aufgrund seiner mangelnden Fachkompetenz und rigiden Planwirtschaftspolitik versagte Guevara als Industrieminister. Und auch bei den Guerillakämpfen in Bolivien und im Kongo scheiterte er aufgrund einer völlig unrealistischen Einschätzung der gesellschaftlichen und politischen Situation in diesen Ländern.[38]

Besonders große Wertschätzung erhielt – erkennbar an den Rufen der Achtundsechziger bei Demonstrationen – der nordvietnamesische Politiker Ho Chi Minh[39], der eine herausragende Rolle beim Kampf gegen die früheren Kolonialmächte Frankreich und Japan gespielt hatte und den Krieg des Vietcong in Südvietnam aktiv unterstützte. Keine sonderliche Beachtung fand indessen, dass Ho Chi Minh vor und nach seiner Ernennung zum Präsidenten Nordvietnams verantwortlich für eine brutale Repressionspolitik war: Bereits während des Kampfes gegen die Franzosen verübte man Massaker an nicht-kommunistischen Nationalisten, wobei auch Frauen und Kinder nicht verschont wurden. Derartige Praktiken setzten sich auch nach dem Sieg fort: Im Rahmen der durchgeführten „Landreformen“ wurden angebliche oder tatsächliche Grundbesitzer sogar nach vorgegebener „Quote“ zur Exekution ausgewählt. Und während der späteren Kriegsjahre verübten nordvietnamesische Truppen regelmäßig Kriegsverbrechen an südvietnamesischen Zivilisten.[40]

---

[37] Vgl. Stephan Lahrem, Che Guevara. Leben – Werk – Wirkung, Frankfurt/M. 2005.

[38] Vgl. Toni Keppeler, Der Marlboro-Mann der Linken, in: Die Tageszeitung vom 9. Oktober 2007.

[39] Vgl. James Pinckney Harrison, The Endless War: Fifty Years of Struggle in Vietnam, New York 1982 mit den Verweisen auf Ho Chi Minh. An einer kritischen Biographie zu seiner Person mangelt es noch.

[40] Vgl. Rudolph J. Rummel, „Demozid“ – der befohlene Tod. Massenmorde im 20. Jahrhundert, Münster 2003, S. 206-225.

Außerdem wurde auch das Konterfei des chinesischen Diktators Mao Zedong[41] häufig während der Demonstrationen der Achtundsechziger mitgeführt. Nach einem langjährigen Guerillakrieg gegen bürgerlich-nationalistische Gegner konnte er in China die Bildung eines kommunistischen Systems ausrufen und ebendort grundlegende politische und wirtschaftliche Veränderungen durchführen. Auch diese erfolgten mit einem hohen Maß an Repression und Terror gegen angebliche und tatsächliche Grundbesitzer und Oppositionelle. In der Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik, die im ländlichen Raum nach Enteignungen durchgeführt wurde, kam es zu Hungernöten mit millionenfachen Todeszahlen. Gegner des kommunistischen Regimes, aber auch innerparteiliche Konkurrenten wurden in Arbeitslager gesteckt und starben dort meist nach kurzem Aufenthalt. Mit Hitler und Stalin hatte Mao durch Repressionen und Wirtschaftspolitik mit zwischen 35 und 50 Millionen Opfern die höchste Zahl an Toten im 20. Jahrhundert politisch zu verantworten.[42]

9. Demokratietheoretische Bewertungen der vorgenannten Vorbilder

Neben den genannten ideologischen und politischen Vorbildern der Achtundsechziger gab es noch andere Vorbilder: Hierzu gehörten zeitweilig auch die Vertreter der „Frankfurter Schule“ in Gestalt von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, die sich aber im Laufe des Radikalisierungsprozesses von den Achtundsechzigern immer mehr distanzierten.[43] Ihr damaliger Mitarbeiter Jürgen Habermas hatte aufgrund des Fanatismus und der Intoleranz der Protestbewegung sogar den Vorwurf des „Linksfaschismus“ erhoben.[44] Auch viele andere linke und linksliberale Intellektuelle und Wissenschaftler, die zunächst

---

[41] Vgl. Jung Chang/Jon Halliday, Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes, München 2005.

[42] Vgl. Jean-Lous Margolin, China: Ein langer Marsch in die Nacht, in: Stéphane Courtois u.a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998, S. 511-608.

[43] Vgl. Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung, München 1986, S. 676-705.

[44] Vgl. Jürgen Habermas, Rede, in: Uwe Bergmann (Hrsg.), Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongress in Hannover, Berlin 1967, S. 100-102.

mit den Achtundsechzigern sympathisiert hatten, wandten sich mit der Zeit von der Bewegung ab. Damit können die ideologischen Vorbilder auf anarchistisch und marxistisch geprägte Intellektuelle in Gegenwart und Vergangenheit reduziert werden, welche zwar von der offiziellen marxistisch-leninistischen Doktrin von DDR und Sowjetunion abwichen, aber die Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates nicht teilten.

Betrachtet man die politischen Vorbilder wird dieser Eindruck noch verstärkt, gehörte dazu doch keine Person mit einer derartigen Ausrichtung. Bei den Regierenden handelte es sich sogar durchweg um politisch verantwortliche Diktatoren, die im unterschiedlichen Maßstab Menschenrechtsverletzungen und Repressionen zur Absicherung ihrer Herrschaft nutzten. Am einen Ende der Skala stand Fidel Castro: Er hatte zwar alle oppositionellen Regungen auf Kuba unterdrückt, ging dabei aber nicht mit Massenmorden vor. Am anderen Ende der Skala stand Mao: Der chinesische Diktator war nicht nur politisch für Millionen von verhungerten Menschen verantwortlich, sondern hatte in ähnlich hoher Zahl angebliche und tatsächliche Gegner umbringen lassen.[45] Ausgerechnet eine Protestbewegung, die im Namen von Emanzipation und Freiheit die autoritären und undemokratischen Rahmenbedingungen im eigenen Land kritisierte, orientierte sich somit an einigen der menschenverachtendsten Diktaturen der damaligen Zeit.[46]

In diesem Kontext verdient auch Interesse, auf welche Personen als Vorbilder man sich nicht berief: Dazu gehörte etwa der indische Politiker Mahatma Gandhi, der durch gewaltfreie Aktionen die Entkolonialisierung seines Landes mit vorangetrieben hatte. Auch die seinerzeit durchgeführten Aktionen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA, welche um ihre Führungsfigur Martin Luther King organisiert war, fanden bei den Achtundsechzigern keine besondere Aufmerksamkeit.[47] Statt an gewaltfreien Demokraten orientierte man sich bei Protestaktionen lieber an repressiven Diktatoren. Insofern kann auch

[45] Es darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass auch etablierte Politiker der westlichen Staaten wie Richard Nixon, Helmut Schmidt oder Franz-Josef Strauß Mao noch Jahre später überaus positiv gegenüberstanden.

[46] Vgl. Gerd Koenen, Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-tung. Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1991, S. 413-470.

[47] Vgl. W. Kraushaar (Anm. 30), S. 93.

nicht verwundern, dass etwa die seinerzeitige Bewerbung von Robert F. Kennedy um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten in den USA bei den deutschen Achtundsechzigern kein besonderes Interesse auslöste. Er trat gegen die Fortsetzung des Vietnam-Krieges und für eine sozial gerechtere Wirtschaftspolitik ein. Aber auch ihm gegenüber sahen die meisten Anhänger der Protestbewegung in Diktatoren der Dritten Welt vorbildlichere Politiker.

10. Das ambivalente bis affirmative Verhältnis zur Gewalt

Hinsichtlich des Handlungsstils der Achtundsechziger verdient das Verhältnis zur Gewalt besondere Aufmerksamkeit: Allgemein kann zunächst festgestellt werden, dass sich diese Protestbewegung nicht pazifistisch verstand und in der Gewalt eine mögliche Option des Vorgehens sah. Exemplarisch dafür steht folgende Dutschke-Äußerung aus dem bereits erwähnten Fernsehinterview: „Wäre ich in Lateinamerika, würde ich mit der Waffe in der Hand kämpfen. Ich bin nicht in Lateinamerika, ich bin in der Bundesrepublik. Wir kämpfen dafür, dass es nie dazu kommt, dass Waffen in die Hand genommen werden müssen. Aber das liegt nicht bei uns. Wir sind nicht an der Macht. Die Menschen sind sich ihres eigenen Schicksals nicht bewusst, und so, wenn 1969 der NATO-Austritt nicht vollzogen wird, wenn wir reinkommen in den Prozess der internationalen Auseinandersetzung – es ist sicher, dass wir dann Waffen benutzen werden, wenn bundesrepublikanische Truppen in Vietnam oder in Bolivien oder anderswo kämpfen – dass wir dann im eigenen Land auch kämpfen werden.“[48]

Die Anwendung von Gewalt soll somit von den historisch-politischen Rahmenbedingungen abhängig gemacht werden. Der entscheidende Gesichtspunkt dabei wäre aber nicht, ob es sich in einer konkreten Situation um die Bekämpfung eines diktatorischen Systems handelt. Gerade der letzte Teil des Zitates verdeutlicht, dass unter Umständen auch gegenüber einem demokratischen Staat Gewalt angewendet werden könnte. Dabei deutet Dutschke ein solches Verhalten relativierend als Gegenwehr der Nicht-Mächtigen, die durch die Umstände zu einem solchen Schritt genötigt würden. Für diese Auffassung steht auch

[48] Rudi Dutschke zu Protokoll (Anm. 15), S. 51f.

folgende Erklärung des damaligen „APO-Anwalts“ und späteren Linksterroristen und noch späteren Rechtsextremisten Horst Mahler[49] anlässlich des Vietnam-Kongresses 1968: „Wir schwören der Gewalt nicht ab, und ich bin der letzte, der der Gewaltlosigkeit in der Geschichte das Wort redet; wo Gewalt gebraucht werden muss, um brutalen Terror zu brechen und eine menschenwürdige Gesellschaft zu schaffen, bin ich für den Einsatz von Gewalt.“[50]

In diesem Zitat wird sogar die dezidierte Ablehnung der Gewaltlosigkeit und die unbedingte Notwendigkeit der Gewalt propagiert. Derartige wie andere Äußerungen forderten zwar nicht direkt für die politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland zur Gewaltanwendung auf, benannten aber auch noch nicht einmal ansatzweise Kriterien zur Einschränkung derartiger Handlungen. Eine philosophische Legitimation erhielt das gewalttätige Vorgehen darüber hinaus noch durch Herbert Marcuse, der in einem viel gelesenen Aufsatz schrieb: „Aber ich glaube, dass es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht’ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben ... Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierten. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zunehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle das Recht ihnen Enthaltung zu predigen.“[51]

---

[49] Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Portrait: Horst Mahler, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183-200.

[50] Horst Mahler, Rede, in: SDS Westberlin / Internationales Nachrichten- und Forschungsinstitut (Hrsg.), Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongress, 17./18. Februar 1968. West-Berlin, Berlin 1968, S. 156-157, hier S. 156.

[51] Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/M. 1966, S. 91-128, hier S. 127f.

11. Der Kontext von Achtundsechzigern und Linksterrorismus

Angesichts solcher Positionen stellt sich die Frage nach dem Beziehungsgeflecht zwischen Achtundsechzigern und Linksterrorismus.[52] Dazu gibt es zwei genau entgegengesetzte Positionen in der Diskussion, welche eine Kontinuität entweder grundsätzlich ablehnen oder rigoros postulieren. Entgegen derart eindimensionaler Sichtweisen gilt es zunächst zu konstatieren: Nahezu alle späteren Linksterroristen der ersten Phase hatten einen politischen Vorlauf in der Protestbewegung, aber nicht alle ihre Angehörigen wandten sich später dem Linksterrorismus zu.[53] Demnach bestand durchaus ein Zusammenhang, der aber nicht monokausal gedeutet werden kann. Zu den Anknüpfungspunkten des Linksterrorismus in der Protestbewegung gehörten als Einstellungen der moralische Rigorismus, die Totalverneinung der Gesellschaftsordnung und die Billigung aller Mittel für höhere Ziele, zu den Handlungen zählten die gezielte Konfrontation mit der Polizei bei Demonstrationen, die Bereitschaft zur Gewalt gegen Sachen und die Begeisterung für Guerillagruppen in der Dritten Welt.

Letztere zog sich auch durch das „Organisationsreferat", das Dutschke auf der SDS-Delegiertenkonferenz im September 1967 gehalten hatte. Darin heißt es: „Die ‚Propaganda der Schüsse' (Ché) in der ‚Dritten Welt' muss durch die ‚Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen."[54] Dieses Zitat kann ohne sachlich unangemessene Unterstellungen als Aufruf zur Bildung einer „Stadtguerilla" verstanden werden.[55] Genau an derartige Vorstellungen

---

[52] Vgl. Wolfgang Kraushaar, 1968 und die RAF. Ein umstrittenes Beziehungsgeflecht, in: Vorgänge 44 (2005), Nr. 3-4 vom Dezember, S. 208-220.

[53] Andere gingen Wege in die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) oder die maoistischen K-Gruppen, die SPD und ihre Jugendorganisation oder in die später entstandene Partei „Die Grünen".

[54] Rudi Dutschke/Hans-Jürgen Krahl, Organisationsreferat (1967), in: diskus – Frankfurter Studentenzeitung 30 (1980), Nr. 1-2 vom Februar, S. 6-9, hier S. 8.

[55] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Autoritärer Staat und Antiautoritäre Bewegung. Zum Organisationsreferat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf der

knüpften später die Aktivisten der ersten Generation der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) an.[56] Für die Beurteilung dieses Sachverhalts bedarf es allerdings noch folgender Feststellungen: Erstens kam es nach Dutschkes Vortrag noch nicht einmal ansatzweise zum Aufbau einer „Stadtguerilla“, und zweitens lässt sich kein direkter Einfluss auf die späteren Linksterroristen nachweisen.

Gleichwohl entsprachen derartige Auffassungen und Überlegungen Dutschkes der späteren strategischen Konzeption der RAF.[57] Die Achtundsechziger und ihr Sprecher können gleichwohl nicht als Anhänger individuellen Terrorismus gelten: Zwar veranschaulichen Auffassungen, Einstellungen und Handlungen eine Neigung, Gewalt auch in der Bundesrepublik Deutschland als legitimes Mittel zur Erreichung politischer Veränderungen einzusetzen. Dabei schwebte den Akteuren offenbar aber mehr ein Guerilla-Kampf auf breiterer Massenbasis oder eine Revolution unter Anteilnahme von großen Bevölkerungsteilen vor. Für beide politische Wege gab es seinerzeit keine relevante gesellschaftliche Akzeptanz, womit sich diesbezügliche Hoffnungen auf die Entwicklung in Ländern der Dritten Welt oder auf eine ferne Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland konzentrierten mussten. Eine Gewaltphilosophie bestand bei den Achtundsechzigern wie bei Dutschke, aber sie musste eben nicht zwangsläufig im Linksterrorismus münden. [58]

---

22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (4.-8. September 1967), in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946-1995. Bd. 3: Aufsätze und Kommentare, Hamburg 1998, S. 15-33.

[56] Vgl. Bernhard Gierds, Das „Konzept Stadtguerilla“. Meinhof, Mahler und ihre strategischen Differenzen, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 248-261.

[57] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf, in: Wolfgang Kraushaar/Karin Wieland/Jan Philipp Reemtsma, Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005, S. 13-50.

[58] Diese Auffassung vertritt indessen: Gerd Langguth, Mythos `68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001, S. 55-89, insbesondere S. 88. Hier wird der wichtige Unterschied zwischen „Reden“ und „Tun“ nicht genügend berücksichtigt. Darüber hinaus stützt sich Langguth in entscheidenden Punkten auf die Darstellungen des umstrittenen Zeitzeugen Bernd Rabehl.

12. Das Verhältnis zum „real existierenden Sozialismus“

Besondere Beachtung für die demokratietheoretische Einschätzung der Achtundsechziger verdient auch deren Verhältnis zum diktatorischen Staatensystem des seinerzeitigen „real existierenden Sozialismus“. Dabei nahm der „antiautoritäre“ Mehrheitsflügel eine ambivalente Auffassung ein: Während man auf der einen Seite China und Kuba als vorbildlich ansah, lehnte man die DDR und die Sowjetunion eher ab. Der „traditionelle“ Minderheitenflügel formulierte hierbei verständlicherweise eine andere Position. Deutlich zeigte sich diese Differenz anhand der Position der Achtundsechziger, die gegenüber der militärischen Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei 1968 eingenommen wurde: Während der „traditionelle“ Flügel sie bejahte, wurde sie vom „antiautoritären“ Flügel verurteilt.[59] Wie lässt sich nun aber die scheinbar widersprüchliche Bewertung von China und Kuba einerseits und DDR und Sowjetunion andererseits erklären, handelte es sich doch in allen vier genannten Fällen um kommunistische Diktaturen?

Die wohlwollende Kommentierung der Systeme in den Entwicklungsländern geht auf eine wirklichkeitsfremde Idealisierung zurück, welche die dortigen Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen zugunsten einer Revolutionsromantik[60] ausblendete. Demgegenüber nahm man die DDR und Sowjetunion trotz der Anerkennung ihres nicht-kapitalistischen Weges als autoritäre und bürokratische Systeme wahr. Bestärkt wurde dieser Eindruck noch durch die persönlichen Erfahrungen maßgeblicher Vertreter des „antiautoritären“ Flügels, die wie Dutschke oder Bernd Rabehl aus der DDR stammten und die dortigen gesellschaftlichen Zustände gut kannten. Darüber hinaus orientierten sich diese Achtundsechziger an marxistischen Denkern wie den erwähnten Bloch und Marcuse, die Kritiker der Zustände in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ waren. Aus der damit verbundenen Auffassung erklärt sich auch die zwischen Kritik und Unterstützung schwankende ambivalente Einstellung der DDR bzw. SED

[59] Vgl. Andreas von Weiss, Die Neue Linke. Kritische Analyse, Boppard 1969, S. 238-274, wobei die dortige Deutung der Achtundsechziger als „Reservearmee des Weltkommunismus“ (S. 260) in dieser Form inhaltlich einseitig und daher nicht haltbar ist.

[60] Vgl. als zeitgenössische Kritik an der romantischen Dimension der Achtundsechziger: Richard Löwenthal, Romantischer Rückfall, Stuttgart 1970.

gegenüber den Achtundsechzigern: Einerseits kamen ihr Forderungen nach Abschaffung des Kapitalismus und Etablierung des Sozialismus entgegen, andererseits stand der „antiautoritäre“ Habitus und das Räte-Modell im Gegensatz zur Herrschaftsideologie des „real existierenden Sozialismus“.[61] Die Verbreitung solcher Auffassungen hätte in den Ländern dieses Staatensystems unweigerlich zu heftigen internen Konflikten geführt. Für die westlichen Länder lag die mit den Achtundsechzigern verbundene Gesellschaftskritik demgegenüber zumindest in einem kurzfristigen Interesse der SED. So erklärt sich auch, warum sie in allen Phasen der Entwicklung der bundesdeutschen Protestbewegung direkt oder indirekt auf sie Einfluss nehmen wollte. Dies geschah zum einen durch eine verdeckte Finanzierung bestimmter Aktionen, zum anderen durch den Einfluss von Informanten der Stasi.[62] Gleichwohl kann für keinen Zeitpunkt - wie in Gänze für die 1968 gegründete „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)[63] - von einer Steuerung der Achtundsechziger durch die DDR gesprochen werden.

13. Die unangemessene Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus

Bereits während der Hochphase der Protestbewegung wurden von Presse und Wissenschaftlern Gleichsetzungen mit den Faschisten und Nationalsozialisten vorgenommen: Die Blätter des Springer-Konzerns veröffentlichten Karikaturen, die Dutschke als Mischung von Goebbels und Hitler präsentierten, oder Kommentare, welche die Achtundsechziger in den historischen Kontext der SA stellten. Und ein intellektueller Sympathisant der Protestbewegung wie Jürgen Habermas sprach vom „Linksfaschismus“. Vierzig Jahre später griff der Historiker Götz Aly, der selbst in jungen Jahren zu den Achtundsechzigern gehört hatte, derartige Gleichsetzungen in seinem Buch mit dem be-

[61] Vgl. Wolfgang Kraushaar, SED, Stasi und Studentenbewegung, in: W. Kraushaar (Anm. 23), S. 139-162.

[62] Vgl. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 182-233.

[63] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) nach vierzig Jahren. Eine Bilanz zur Entwicklung des ehemaligen Interventionsapparates der SED, in diesem Band, S. 342-376.

zeichnenden Titel „Unser Kampf“ wieder auf. Er behauptete darin, dass die „linksradikale Studentenbewegung von 1968 in mancher Beziehung an die Erbmasse der rechtsradikalen Studentenbewegung der Jahre 1926 bis 1933“ anknüpfte. Darüber hinaus sprach Aly von den Achtundsechzigern als einem sehr deutschen „Spätausläufer des Totalitarismus“ [64].

Wie begründete er nun die mit diesen Aussagen verbundene Gleichsetzung? Der Autor wies dabei insbesondere auf Gemeinsamkeiten hin, wofür folgende Zitate stehen: „Ohne im angeblich aufklärerischen Eifer eine Sekunde lang daran zu denken, knüpfen die deutschen Achtundsechziger an den Aktionismus ihrer Dreiundreißiger-Väter an.“ Oder: „Die nationalsozialistische Studentenrebellion nannte sich ebenfalls Studentenbewegung.“ Oder: „Ebenso wie ihre Nachfahren von 1968 wollten die NS-Studenten Standesunterschiede zwischen den Akademikern und den Absolventen von Fachhochschulen und Pädagogischen Akademien nivellieren.“[65] Zwar betonte Aly, der Blick auf die Schnittmenge ziele „nicht auf die Gleichsetzung von Rot und Braun. Vielmehr geht es darum, die Ähnlichkeiten der Mobilisierungstechnik, des politischen Utopismus und des antibürgerlichen Impetus herauszuarbeiten. Das Ergebnis legt eine spezifische, über die Elterngeneration vermittelte deutsche Kontinuität nahe, derer sich die Kinder 1968 bedienten.“[66]

Wie die vorstehenden Zitate exemplarisch aufzeigen, arbeitete Aly bei seiner Gleichsetzung assoziativ und insinuierend. Aber aus dem Selbstverständnis als „Bewegung“ lässt sich zwischen zwei Phänomenen kein Beleg für eine inhaltliche Gleichsetzung ableiten. Darüber hinaus ignorierte Aly, dass die Bezeichnung „Nationalsozialismus“ für eine bestimmte Ideologie steht, welche eben den Achtundsechzigern nicht eigen war. Gerade von daher verbietet sich methodisch eine inhaltliche Gleichsetzung: Sie wird zwar im letzten Zitat als Deutungsmöglichkeit dezidiert verneint, an nahezu allen anderen Stellen nimmt sie der Autor indessen suggerierend vor. Dafür sprechen unverkennbar die vorgenannten Zitate. Angemessen wäre demgegenüber eine andere

[64] Götz Aly, Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt/M. 2008, S. 10 und 8.
[65] Ebenda, S. 169, 170 und 174.
[66] Ebenda, S. 170f.

Kategorie, nämlich die des „Totalitarismus“. Dieser Terminus bezieht sich allerdings auf ein Herrschaftssystem. Er kann für den hier erörterten Kontext lediglich für die formalen Gemeinsamkeiten im politischen Denken gelten. Weitaus angemessener ist die gemeinsame Bezeichnung „Extremismus“[67].

14. Die Unterschiede zur schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA

Mitunter wird in der Literatur zum Thema die Auffassung vertreten, in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung der USA um Martin Luther King[68] sei ein Vorbild und Vorläufer der späteren Achtundsechziger zu erblicken. Diese Auffassung verkennt aber die gerade aus demokratietheoretischer Sicht überaus bedeutsamen Unterschiede bei den Grundpositionen und Handlungsstilen der beiden Protestbewegungen. Sie sollen im Folgenden nach einer vergleichenden Betrachtung aufgezeigt werden, lassen sich danach doch die besonderen Konturen der Achtundsechziger besser verdeutlichen. Vor dem Blick auf die Differenzen bedarf es aber zunächst der Aufmerksamkeit für die Gemeinsamkeiten: Beide Protestbewegungen formulierten eine vehemente Kritik an gesellschaftlichen Missständen und artikulierten diese öffentlich durch Aktionen und Demonstrationen. Dabei überschritten die Akteure im Sinne zivilen Ungehorsams bewusst die Grenzen bisher üblichen Protestverhaltens bis hin zur Verletzung geltender Gesetze.

Während die Achtundsechziger dabei aber immer stärker zu gewalttätigen Handlungen neigten und zumindest in „Gewalt gegen Sachen“ zunehmend eine legitime Form des Protests sahen, verhielt sich die Bürgerrechtsbewegung in allen Phasen ihrer Entwicklung konsequent gewaltfrei. Mitunter vorkommende Ausschreitungen in ihrem Umfeld wurden öffentlich klar verurteilt und der friedliche Charakter der Protestaktionen von King und seinen Mitstreitern immer wieder glaubwürdig betont. Darüber hinaus akzeptierten die Bürgerrechtler die Prinzipien des Rechtsstaates und verweigerten sich auch nicht den Verhaftungen nach illegalen Protestaktionen. Insofern stand dieses

---

[67] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in diesem Band, S. 9-33.

[68] Vgl. B. Stephen Oates, Martin Luther King – Kämpfer für Gewaltlosigkeit, Hamburg 1984.

Verhalten für ein Musterbeispiel „zivilen Ungehorsams“. Den Protestierenden ging es um eine gesellschaftliche Realisierung der verfassungsmäßigen Vorgaben, nicht um einen politischen Umsturz der staatlichen Ordnung. Der hierbei deutlich werdende Unterschied bei den genutzten Handlungsformen ließ sich auch bei den politischen Grundpositionen ausmachen:

Sie finden sich in Kings berühmter „Ich habe einen Traum“-Rede von 1963, die als eine Art Manifest der Bürgerrechtsbewegung gelten kann. Darin berief er sich an zahlreichen Stellen auf die demokratische Tradition der USA, sei es durch den Verweis auf das Gleichheitsgebot der Verfassung, sei es durch die Erinnerung an die Abschaffung der Sklaverei unter Präsident Abraham Lincoln.[69] Dem gegenüber orientierten sich die Achtundsechziger an anarchistischen und marxistischen Denkern des 19. und 20. Jahrhunderts und an Diktatoren und Guerillaführern der „Dritten Welt“. Weder knüpfte man an die freiheitliche Tradition der bürgerlichen Revolution von 1848 noch an die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte an. Im Namen von Letzterem hätte man sehr wohl auch die einführend erwähnte durchaus legitime Gesellschaftskritik artikulieren können. Angesichts der genannten Unterschiede kann auch nicht verwundern, dass die schwarze Bürgerrechtsbewegung der USA für die Achtundsechziger nur von marginaler Bedeutung war.[70]

15. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Bilanzierend betrachtet muss daher aus demokratie- bzw. extremismustheoretischer Sicht ein kritisches Bild der Protestbewegung gezeichnet werden: Zwar trat man verbal für ein Mehr an Demokratie und Freiheit, Offenheit und Partizipation ein. Auch benannte die vorgetragene Kritik eine Reihe von Missständen und Widersprüchen in der Bundesrepublik Deutschland und der westlichen Welt. Gleichwohl geschah dies nicht im Namen von Demokratie und Individualismus,

---

[69] Vgl. Martin Luther King, Ich habe einen Traum, in: Hans-Eckehard Bahr, Martin Luther King. Für ein anderes Amerika, Berlin 2004, S. 112-117.

[70] Der Hinweis, für Deutschland spielte die Gleichstellung von Schwarzen seinerzeit keine Rolle, trägt hier nicht. Gerade in den Jahren 1967 und 1968 positionierte sich King auch klar gegen die Armut in der Welt und den Vietnam-Krieg der USA.

Menschenrechten und Pluralismus. Bekenntnisse zu diesen Grundprinzipien hatten einen erkennbaren instrumentellen Charakter, d. h. sie dienten zur Legitimation der eigenen Ansprüche auf Dominanz und Herrschaft. Dies zeigte sich in den gesellschaftlichen Bereichen, wo die Achtundsechziger zumindest zeitweise einen starken Einfluss erlangen konnten: In bestimmten universitären Milieus ging man rabiat gegen Andersdenkende vor, was selbst manche linken und linksliberalen Hochschullehrer durch systematische Störungen und Verhinderungen von Lehrveranstaltungen erleben mussten.

Bei den Achtundsechzigern bestand ein ganz anderes Demokratieverständnis, das der identitären und nicht der pluralistischen Variante verbunden war. Letzteres hält das Bestehen unterschiedlicher ethischer, politischer oder sozialer Interessengruppen für legitim und wünschenswert. Demgegenüber gingen die Achtundsechziger mit den Worten von Johannes Agnoli davon aus, dass dem demokratischen Gedanken das „Identitätsverhältnis zwischen Regierten und Regierenden“[71] zugrunde liegt. In dieser Perspektive sollte es eine politisch homogene Gesellschaft geben, welche im unbedingten Einklang mit der – im Sinne der Achtundsechziger richtigen – Regierung zu stehen habe. Abweichungen von diesem angeblich einzig wahren politischen Bewusstsein sollte es nach einer entsprechenden Umerziehung nicht mehr geben dürfen. Bernd Rabehl verstieg sich sogar zu der Aussage: „Wo es ganz klar ist, dass Umerziehung unmöglich ist, etwa bei älteren Leuten ..., da sollte man den Betreffenden die Möglichkeit geben, auszuwandern.“[72]

Entsprechend ihres exklusiven Avantgarde- und Erkenntnisanspruchs gingen die Achtundsechziger davon aus, dass sie mit ihrer Einsicht in die „eigentlichen“ und „wahren“ Interessen der Bevölkerung den Weg in eine ideale Gesellschaft weisen konnten. Damit bewegten sie sich in der ideengeschichtlichen Traditionen von Vorstellungen einer „totalitären Demokratie“[73], worauf schon zeitgenössische Kritiker wie

---

[71] J. Agnoli (Anm. 17), S. 79.

[72] Bernd Rabehl, in: Hans Magnus Enzensberger, Ein Gespräch über die Zukunft mit Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler, in: Kursbuch, Nr. 14 vom August 1968, S. 146-174, hier S. 171.

[73] Vgl. Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln-Opladen 1961.

Ernst Fraenkel hinwiesen.[74] Insofern vertraten ausgerechnet die „Antiautoritären“ ein überaus autoritäres und dogmatisches Weltbild, das in einer säkularen Heilslehre mündete. Zu dieser Dimension äußerte sich Theodor W. Adorno in seinem letzten Brief an Herbert Marcuse wie folgt: „Die Meriten der Studentenbewegung bin ich der letzte zu unterschätzen: sie hat den glatten Übergang zur total verwalteten Welt unterbrochen. Aber es ist ihr ein Quentchen Wahn beigemischt, dem das Totalitäre teleologisch innewohnt ...“[75] So stand der organisatorische Kern der Achtundsechziger zwischen legitimer Gesellschaftskritik und totalitärer Heilslehre.

[74] Vgl. Ernst Fraenkel, Strukturanalyse der modernen Demokratie (1969), in: Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratie, Frankfurt/M. 1991, S. 326-359, hier S. 338-342

[75] Theodor W. Adorno, Eilbrief an Herbert Marcuse vom 6. August 1969, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Bd. 2: Dokumente, Hamburg 1998, S. 671.

Zeitgenössische Akteure der Muslimbruderschaft.
Eine extremismustheoretische Analyse des legalistischen Islamismus

Olaf Farschid / Ekkehard Rudolph

1. Einleitung und Fragestellung

1.1 Ziele und Methoden der Untersuchung

Die neuzeitliche politische Ideologie des Islamismus gilt in der Extremismusforschung und in den Sicherheitsbehörden als extremistisch und wird gegenüber dem Rechts- und Linksextremismus als eine „besondere Form des politisch-religiös begründeten Extremismus“[1] bezeichnet. Der Verfassungsschutz unterscheidet angesichts des heutzutage breiten Spektrums islamistischer Strömungen hauptsächlich zwischen dem „gewaltorientierten Islamismus“[2] und dem „legalistischen Islamismus“[3] – manchmal auch „politischer Islamismus“ genannt. Unter legalistischen Islamisten, zu denen in Deutschland etwa die türkische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG) oder eine Interessenvertretung der pan-arabischen „Muslimbruderschaft“ (MB)[4] zählen, werden Akteure verstanden, die „mit politischen Aktivitäten islamistische Positionen auch im gesellschaftlichen Leben durchsetzen oder Freiräume für organisierte islamistische Betätigung erlangen wollen“.[5]

---

[1] Armin Pfahl-Traughber, Ideologien des islamistischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland – Eine vergleichende Betrachtung, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. S. 205-221, hier. S. 207.

[2] Gewaltorientierte Islamisten lassen sich wiederum unterscheiden in gewaltbefürwortende (z.B. „Hizb at-Tahrir“, HuT), regional gewaltausübende (z.B. HAMAS, „Hizb Allah“) und transnational terroristische Gruppen (z.B. „al-Qa’ida“).

[3] Vgl. Tania Puschnerat, Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen – eine Skizze, in: Uwe Kemmesies (Hrsg.), Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur, München 2006, S. 217-235, hier S. 228 f.

[4] Hierbei handelt es sich um die 1960 gegründete „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD).

[5] Armin Pfahl-Traughber (Anm. 1), S. 208.

Als problematisch erweist sich allerdings, dass Gesamtdarstellungen zum Thema Islamismus häufig auf frühen islamistischen „Klassikern“ basieren. Dies betrifft etwa Sayyid Qutb (1906-1966), den geistigen Vordenker des militanten Islamismus, dessen Vorstellungen sich heutzutage eher bei gewaltorientierten islamistischen Gruppen wie „al-Qa’ida“ wiederfinden. Insbesondere Abhandlungen zum legalistischen Islamismus sind daher nicht frei von Widersprüchen und entbehren nicht selten der Präzision und des Belegs durch zeitgenössische Primärliteratur. Dies gilt weitgehend auch für Bewertungen der MB, der ältesten und einflussreichsten arabischen islamistischen Gruppierung. Hier bleibt häufig unklar, welche Auffassungen zeitgenössische MB-Akteure vertreten, wie diese Positionen extremismustheoretisch einzuordnen sind und was die Einstufung der MB als legalistische islamistische Organisation – jenseits der Vorwürfe der Durchsetzung islamistischer Normen und der Förderung der Bildung von Parallelgesellschaften – im einzelnen begründet.

Diesbezüglich ist grundsätzlich der Auffassung zu widersprechen, dass Ideologien islamistischer Gruppen eher statischer Natur seien. Vielmehr finden sich auch in diesem Extremismusspektrum ideologische Schwerpunktverschiebungen, die durch veränderte politische Verhältnisse sowie durch Strategiewechsel der Organisationen bedingt werden. Dies gilt im besonderen Maße für die 1928 gegründete ägyptische MB, den größten und bedeutendsten MB-Zweig, der höchst unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt war. In Ägypten betraf dies einen zweifachen Systemwechsel – zunächst von der Monarchie zum sozialistisch und pan-arabisch orientierten Nasserismus (1953) und anschließend zum System der „begrenzten Demokratie“ und zur Westbindung unter Sadat und Mubarak (nach 1970). Weitere Bedingungsfaktoren waren die innenpolitischen Lockerungen Sadats der 1970er Jahre, die die Bereitschaft der MB, ihren bewaffneten Kampf gegen den Staat aufzugeben, maßgeblich beeinflussten (und zur Abspaltung etwa von „al-Jihad al-islami“ führte), die allgemeine Stärkung islamistischer Diskurse seit dem Niedergang des Sozialismus Ende der 1980er Jahre sowie verschiedenste regionalpolitische Veränderungen. Hierzu gehört nicht zuletzt das Entstehen des Terrornetzwerks „al-Qa’ida“, dessen Vertreter wiederum die MB als abtrünnig brandmarken und sie der Anpassung an das politische System und der Affinität zur Demokratie bezichtigen.

Im Folgenden geht es um die Prüfung von Aussagen der MB auf ihren Gehalt an islamistischer Ideologie, um eine extremismustheoretische Einordnung der Aussagen sowie um eine wissenschaftlich fundierte Begründung der Einstufung der MB als legalistische islamistische Organisation. Hierfür werden einheitliche Definitionskriterien für Islamismus angewandt, die über Kernelemente der Qutb'schen Ideologie der „Gottesherrschaft", der „Exkommunizierung" (takfir) und des kriegerischen Kampfes (Jihad) hinausgehen. Ferner wurden überwiegend arabischsprachige Schriften aus den 1980er und 1990er Jahren ausgewertet, die von prominenten zeitgenössischen MB-Akteuren stammen. Dies betraf entweder sogenannte „Oberste Führer" der ägyptischen MB, des Hauptzweigs der Organisation, oder Personen, die wichtige Funktionen im Rahmen der internationalen Aktivitäten der MB ausübten oder dies derzeit noch tun. Darüber hinaus wurden insbesondere über das Internet verbreitete Rechtsurteile bzw. rechtliche Empfehlungen (Fatwas) und Presseerklärungen herangezogen, da in diesen Foren richtungsweisende Positionen der zeitgenössischen MB artikuliert werden.

Grundsätzlich ging es um die Frage, inwieweit Positionen zweier historischer MB-Akteure für die heutige MB maßgeblich sind. Dies betrifft ihren Gründer Hassan al-Banna (1906-1949) sowie den 1966 in Ägypten als Staatsfeind hingerichteten Sayyid Qutb. Inhaltlich betraf dies eine Klärung der zeitgenössischen politischen Ordnungsvorstellungen der MB. Dies bedeutete die Prüfung des aktuellen Stellenwerts des Prinzips der „Gottesherrschaft", mit welchem Qutb seinerzeit menschengemachte politische Systeme abgelehnt hatte. Ferner ging es um eine Betrachtung des Verhältnisses der heutigen MB zur parlamentarischen Demokratie – etwa zum Mehrparteiensystem, das Banna 1936 als nicht mit dem Islam vereinbar abgelehnt hatte. Schließlich war die Relevanz der von der MB in den 1960er Jahren verfochtenen Ablehnung der Systeme real existierender und als „unislamisch" diffamierter Staaten ebenso zu klären wie das – nach wie vor ambivalente – Verhältnis der MB zur Gewalt. Diesbezüglich war zu prüfen, ob die MB heutzutage auf einen Systemwechsel in westlichen Demokratien sowie auf den gewaltsamen Sturz der weitgehend autokratischen nah- und mittelöstlichen Regierungen abzielt, ob sie derzeit Gewaltanwendung zur Schaffung eines von ihr angestrebten islamistischen Staatswesens befürwortet und ob sie hierfür und aus anderen Gründen

zum militanten Jihad aufruft – etwa durch eine generelle Favorisierung von Anschlägen und Selbstmordattentaten. Zusammengefasst ging es um die Klärung des Stellenwerts der Ideologie von Sayyid Qutb für die heutige MB. Dies betrifft Fragen nach dem aktuellen Verhältnis zu Nichtmuslimen, der Anwendung des Prinzips der Exkommunizierung (takfir) von Andersdenkenden sowie die Legitimation des kriegerischen Kampfes (Jihad).

Zu den wichtigsten Untersuchungskriterien für die Identifikation islamistischer Ideologie zählen

- das Religionsverständnis (Verständnis des islamischen Rechts [Scharia] sowie von Koran und Sunna),
- Konzepte politischer Herrschaft (Herrschaftstheorien, Staatsverständnis),
- gesellschaftspolitische Vorstellungen,
- Abgrenzungsmechanismen und Feindbilder sowie
- das Verhältnis zur Gewalt.

Inhaltlich lassen sich die Kriterien vom nicht-islamistisch geprägten Islam wie folgt abgrenzen:

- Religionsverständnis: Als wichtigstes Kennzeichen islamistischer Ideologie gilt die Ableitung eines explizit politischen Anspruchs der islamischen Religion, dem mit dem Slogan, der Islam sei „Religion“ und „Staat“ (al-islam din wa daula), Nachdruck verliehen wird. Dieses Religionsverständnis kennzeichnet ferner eine Konzeption von Religion nicht allein als Glaube und Ethik, sondern als vollkommene Lebensform und Ideologie. Hierzu gehört vor allem die Bestimmung des Islam als ein Gesellschaftssystem, als „Ordnung des Islam“ (*nizam al-islam*), die sämtliche Lebensbereiche durchdringt.[6]

- Scharia: Bezüge auf das islamische Recht gelten dann als islamistisch, wenn dieses nicht allein als ein Rechtssystem, sondern als ein spezifisches politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip verstanden wird. Islamismusrelevant sind insbesondere Forderungen nach „Rückkehr zu den Vorschriften der Religion“ und „Anwendung der Scharia“

[6] Vgl. Olaf Farschid, Islam als System. Grundzüge islamistischer Ideologie, in: Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens, Berlin 2005, S. 14-32, hier S. 23.

(tatbiq ash-sharia), die auf die vollständige Umsetzung der Bestimmungen des islamischen Rechts zielen. Dies betrifft insbesondere Forderungen nach Anwendung des klassischen islamischen Prozessrechts, des klassischen islamischen Ehe- und Scheidungsrechts sowie des koranischen Strafrechts.[7]

- Koran und Sunna: Islamistisch sind Bezüge auf den Koran und Sunna dann, wenn diesen beiden wichtigsten religiösen Quellen Verfassungsrang bzw. die Funktion eines Gesetzbuchs mit Vorbildcharakter für politisches Handeln in einem künftigen – als „islamischer Staat" bezeichneten – islamistischen Staatswesen zugeschrieben wird. Als islamistisch können ferner Auffassungen gelten, die sich bevorzugt am Wortlaut des Koran orientieren, die spezifische Aussagen des Koran als „für alle Orte und Zeiten gültig" betrachten und vor diesem Hintergrund bestimmte religiös-konservative oder islamistische Interpretationen von Koran und Sunna – gesellschaftspolitisch insbesondere zur Rolle der Frau – zu vermeintlich unverrückbaren Grundbestandteilen des Islam erklären. Islamismusrelevant sind auch Entkontextualisierungen bestimmter Verse, selektive Zitierungen sowie antisemitische Interpretationen des Koran.[8]

- Herrschaftstheorien: Als islamistisch gelten ferner Versuche, spezifische Herrschaftskonzepte durch Bezüge auf vermeintlich religiöse Grundlagen zu legitimieren. Dies betrifft Vorstellungen, die teils die Wiedererrichtung eines Kalifats oder die Schaffung eines Staatswesens vorsehen, das ideell und organisatorisch einer Theokratie gleichkommt. Eindeutig islamistisch ist vor allem die Deklaration einer „Gottesherrschaft" (hakimiyat Allah), die Menschen das Recht auf Gestaltung gesellschaftlicher Ordnungsmodelle und eigenständiges politisches Handeln abspricht.[9] Derartige Herrschaftskonzepte können ferner durch ein Geschichtsbild unterlegt sein, das dann als islamistisch gilt, wenn der islamischen Frühzeit eine Vorbildfunktion für politisches Handeln in einem künftigen „islamischen Staat" zukommen soll. Dies betrifft vor allem spezifische Auslegungen und Bezüge

---

[7] Vgl. O. Farschid (Anm. 6), S. 24f.

[8] Vgl. ebenda, S. 23f.

[9] Vgl. Olaf Farschid, Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Islamismus – Texte zur inneren Sicherheit, Berlin 2003, S. 43-82, hier S. 58-63.

auf das erste muslimische Staatswesen, die vor 1 400 Jahren gegründete „Gemeinde von Medina“ sowie auf die Periode der vier „Rechtgeleiteten Kalifen“.[10]

- Abgrenzungsmechanismen und Feindbilder: Als islamistisch gelten – neben dem Anspruch auf absolute Wahrheit – Zurückweisungen des Prinzips des Säkularismus, der Trennung von Religion und Staat. Dies gilt auch für Abgrenzungen gegenüber den politischen Systemen der Herkunftsländer sowie gegenüber westlichen – als vermeintlich „unislamisch“ abgelehnten – Demokratiemodellen. Islamismusrelevant sind auch Feindbilder von „Juden“ und „Christen“, die Nichtmuslime als vermeintliche „Ungläubige“ diffamieren und die häufig auf einer dichotomischen Zweiteilung der Welt in ein „Gebiet des Islam“ (dar al-islam) und ein „Gebiet des Kriegs“ (dar al-harb) basieren.[11]

- Jihad-Konzepte: Da es sich um einen Ausdruck religiöser Legitimation von Gewalt handelt, die sowohl das Völkerrecht als auch nationale Verteidigungsrechte ignoriert, gelten sämtliche Bezüge auf die militante Variante des Jihad (in der Bedeutung von Kampf und kriegerischer Handlung) als islamistisch. Dies betrifft insbesondere Versuche, die Bedeutung des Jihad auf eine offensive Kampfform hin zu erweitern und diesen nicht – wie im islamischen Recht fixiert – als eine vorrangig zum Zwecke der Verteidigung des Islam zulässige Methode aufzufassen. Hierzu zählen auch Versuche, den Jihad zu einer vermeintlich individuellen Pflicht eines jeden Muslims zu erheben und Angriffe selbst außerhalb der muslimischen Welt als Selbstverteidigung zu rechtfertigen. Islamistisch sind auch ideologische Rechtfertigungen des Jihad wie die Bekämpfung vermeintlicher Tyrannei und Unkenntnis bzw. Leugnung des Islam (jahiliyya), die sich gegen jene Muslime richtet, die den politischen Vorstellungen der Islamisten oder ihrem Bild von vermeintlich nicht-linientreuen Muslimen widersprechen. Nicht weniger islamismusrelevant sind Uminterpretationen des Märtyrer-Begriffs, der – insbesondere von militanten Islamisten – nicht allein im passiven Sinne verwandt wird, sondern darüber hinaus für Selbstmordattentäter. Dies betrifft auch die – allerdings nicht einheitlich, sondern je nach politischer Opportunität verwendete – Be-

[10] Vgl. ebenda, S. 66-68.
[11] Vgl. O. Farschid (Anm. 6), S. 26.

zeichnung von Selbstmordanschlägen als sogenannte „Märtyrer-Operationen“.[12]

1.2 Entwicklung der Ideologie und politische Ziele der MB

Die 1928 in Ägypten gegründete „Gemeinschaft der Muslimbrüder“ (arab. Jama’at al-Ikhwan al-muslimin, kurz „Muslimbruderschaft“, MB) ist bis heute eine der einflussreichsten Kräfte im Spektrum des Islamismus. Im Laufe ihrer Geschichte sind in den der MB nahestehenden oder auf sie zurückgehenden Organisationen und Vereinen im Nahen Osten und Nordafrika zahllose Theorien und Strategien, von massiver Propaganda und Mission über Illegalität und bewaffnete Konfrontation bis zum Versuch der Integration und Kooperation in staatlich-parlamentarische Strukturen verkündet und erprobt worden. Die MB besitzt aufgrund dieser Erfahrungen in der ideologischen Auseinandersetzung, insbesondere im sunnitisch-islamischen Lager, ein unverändert hohes Gewicht.

Die Quintessenz ihrer Ideologie ist in der „Allgemeinen Ordnung der Muslimbruderschaft“,[13] die auf die Leitgedanken der Gründergeneration um Hassan al-Banna zurückgeht, erkennbar. Wesentlich sind die folgenden Punkte:

- Islamisierung der Gesellschaft durch religiöse Agitation (da’wa) und soziale Maßnahmen,
- Beendigung der „kulturellen Verwestlichung“ (taghrib),[14]
- Umwandlung des Bildungswesens und der Institutionen nach „islamischen“ Kriterien,
- Errichtung eines als „islamischer Staat“ bezeichneten islamistischen Staatswesens und
- Anwendung des islamischen Rechts (Scharia).

[12] Vgl. ebenda S. 28-31.

[13] Eine deutsche Übersetzung findet sich in Andreas Meyer, Der politische Auftrag des Islam, Wuppertal 1994, S. 350-353.

[14] Vgl. Yusuf al-Qaradawi, As-Sahwa al-islamiya wa humum al-watan al-arabi wa’l-islami (Die islamische Erweckung und die Interessen der arabischen und islamischen Nation), Kairo/Beirut 1998, S. 85-98.

Die MB befindet sich seit den 1950er Jahren in permanenter Auseinandersetzung mit den herrschenden Eliten im arabischen Raum und ihrem staatlich gelenkten Islamverständnis. Für ihre Anhänger lebt sie bis heute vom „Mythos" ihrer Verfolgung und politischen Marginalisierung durch die jeweilige Staatsmacht. Der wachsende Einfluss des militanten Flügels der MB in den 1970er Jahren, der sich in der Abspaltung zahlreicher jihadistischer Gruppierungen zeigte, muss als Zeichen für die Ohnmacht islamistischer Theorie und Praxis gewertet werden.[15] Entgegen ihrer inneren und äußeren Zerrissenheit verstanden es Funktionäre und Theoretiker der MB-nahen islamistischen Bewegungen jedoch immer wieder, sich in der Rolle als politische und religiös-ideologische Opposition bzw. moralische Instanz zu den herrschenden Regimen zu profilieren und ihren geistigen und personellen Einfluss in Justiz und Berufsgenossenschaften insbesondere in Ägypten zu erhalten.

Die Analyse des zeitgenössischen theoretischen Potentials der MB zeigt allerdings, dass die Positionen der ihr nahestehenden bzw. auf sie zurückgehenden Organisationen und Akteuren in einzelnen Ländern des arabisch-islamischen Raumes von zahlreichen Widersprüchen und kontroversen Debatten gekennzeichnet sind.[16]

Beeinflusst vom politischen Wandel und staatlichen Druck ist auch in MB-Organisationen eine Anpassung der islamistischen Theorie an gesellschaftliche Veränderungen feststellbar. Ideologische Prämissen von Leitfiguren der MB, insbesondere von Sayyid Qutb, werden heute zumindest nach außen von führenden Persönlichkeiten kritisiert oder relativiert. An vorderster Stelle steht dabei die Frage der Legitimierung von Gewalt.[17] Hier handelt es sich allerdings um in einem be-

[15] Vgl. Issam Fawzi/Ivesa Lübben, Die ägyptische Jama'a al-islamiya und die Revision der Gewaltstrategie. Hamburg: Deutsches Orient-Institut, DOI-Focus Nr. 15 (2004).

[16] Vgl. dazu Sabine Damir-Geilsdorf, Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption. Würzburg 2003.

[17] So grenzte sich Yusuf al-Qaradawi 1996 von Sayyids Qutbs Begriff des *takfir* (zum Ungläubigen erklären) ab, vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 324f. Ähnlich äußerte sich auch Rashid al-Ghannushi, vgl. Amr Hamzawi, Die Zeitschrift al-manar al-jadid. Grundzüge eines theoretischen und programmatischen Wandels in der islamistischen Denkströmung, in: Orient Nr. 41, 2000, 2, S. 283-300.

stimmten Kontext veröffentlichte Meinungsäußerungen, über deren Wirkung kaum Erkenntnisse vorliegen.

Spürbar ist jedoch ein Generationenkonflikt innerhalb der MB, der zuletzt in Ägypten nach dem Tod des sechsten MB-Führers Ma'mun al-Hudaibi (Januar 2004) und der Berufung von Muhammad Mahdi Akif (geb. 1928) als neuem siebten „Obersten Führer" (murshid 'amm) offenbar wurde.[18] Das neue Oberhaupt, das sich nach einem internen Machtkampf durchsetzte, gehört zur „alten Garde" der MB, die durch langjährige Haft und durch Fundamentalopposition gegenüber dem ägyptischen Staat und seinen Institutionen geprägt sind. Akif war von 1984 bis 1987 Leiter des Islamischen Zentrums München, der Keimzelle der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD). Die nach der Einführung in sein Amt bekannt gewordenen öffentlichen Äußerungen belegen seine islamistischen Grundüberzeugungen.[19] Hierzu gehört unter anderem die ausdrückliche Verneinung des Existenzrechts Israels.[20]

Die der MB zuzuordnenden Organisationen in Europa, die überwiegend unter dem Dach der Federation of Islamic Organisations in Europe (FIOE) vereint sind, nehmen seitens einiger ihrer offiziellen Vertreter an der „Kompatibilitätsdebatte" teil, die eine Vereinbarkeit von Islam und westlicher Werteordnung propagieren, gelegentlich auch selbstkritische muslimische Positionen zulassen oder formulieren und zugleich weitreichende Rechte für die muslimischen Minderheiten einfordern und vermeintliche Diskriminierungen in Europa einklagen (etwa in der Kopftuchdebatte). Beispiele sind der ehemalige El-Nahda Funktionär Rashid Ghannushi (Tunesien), der im Exil in Großbritannien lebt. Zu nennen ist insbesondere auch der in der Schweiz sozialisierte und gegenwärtig an der Universität Oxford lehrende islamische Theoretiker Tariq Ramadan (*1962), der zwar keine Funktionen in entsprechenden Organisationen ausübt, jedoch gegenwärtig die Debatte über den sogenannten „Euro-Islam" und ein orts- und zeitgemäßes

[18] Vgl. Wolfgang Günter Lerch, Die Muslimbrüder warten auf den Generationswechsel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Januar 2004.

[19] Vgl. New Muslim Brotherhood Leader: Resistance in Iraq and Palestine is Legitimate; Islam will invade America and Europe. MEMRI Special Dispatch, 11. Februar 2004, www.memri.org, (gelesen am 13. Februar 2004).

[20] So äußerte er 2006, dass es „für Israels Existenz in der Region keinen Grund gibt", vgl. al-Hayat vom 6. Oktober 2006.

Verständnis des Islam mitbestimmt.[21] Vorliegende Erkenntnisse, dass solche Reformdebatten im Umfeld der MB von zahlreichen Widersprüchen gekennzeichnet sind, geben Anlass, die aktuellen Positionen ihrer Wortführer im Detail zu prüfen.

2. Hauptakteure der zeitgenössischen MB

2.1 Yusuf al-Qaradawi

2.1.1 Biographisch-politisches Portrait

Yusuf al-Qaradawi, 1926 in Ägypten geboren, wurde an der theologischen Fakultät der Azhar-Universität ausgebildet, gehörte früher dem ägyptischen Zweig der MB an und war unter König Faruk und Präsident Nasser (reg. 1954-1970) mehrfach inhaftiert (1949, 1952, 1962). Seit mehr als zwei Jahrzehnten leitet er das Zentrum für Religiöse Studien an der Universität Qatar und verfügt durch seine zahlreichen Publikationen und Auftritte in den Medien (insbes. im Satellitenfernsehen und Internet) sowie nicht zuletzt durch seine anhaltende Kritik an der Politik der arabischen Staaten über einen hohen Bekanntheitsgrad. Qaradawi ist seit der Gründung 1997 Präsident des Europäischen Rates für Fatwas und Studien (ECFR).[22] Im Juli 2004 wurde er außerdem zum Präsidenten der neugegründeten „International Association of Muslim Scholars“ (IAMS) gewählt.

In der Bundesrepublik genießt Qaradawi insbesondere im Umfeld der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) hohes Ansehen als Autorität in religiösen und rechtlichen Angelegenheiten. Sein unter dem Titel „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“[23] 1989 auf Deutsch erschienenes Buch – Übersetzer ist Ahmad von Denffer, führender Funktionär im Islamischen Zentrum München – wird seit Jahren in Moscheen und islamischen Buchläden vertrieben. In dem als

---

[21] Vgl. Tariq Ramadan, Muslimsein in Europa, Marburg 2001. Zur Kritik an Ramadan vgl. Ralph Ghadban, Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas, Berlin 2006.

[22] Vgl. O. Farschid (Anm. 9), S. 48. Dagegen lehnte er 2004 die Übernahme der Führung der ägypt. MB ab.

[23] Vgl. Yusuf al-Qaradawi, Erlaubtes und Verbotenes im Islam, München 1989. Die mit „al-halal wa’l-haram fi’l-islam“ betitelte arabische Erstausgabe erschien bereits 1960.

Bestseller geltenden religiösen Ratgeber werden dem muslimischen Ehemann beispielsweise genaue Anweisungen zur Disziplinierung seiner „ungehorsamen“ Ehefrau gegeben und Homosexualität als Sünde verurteilt.[24]

2.1.2 Religionsverständnis

Qaradawis Religionsverständnis trägt deutliche Züge islamistischen Denkens. Da der Islam als eine allumfassende Religion gelte, so Qaradawi, sei er zwangsläufig auch politischer Natur.[25] Bereits das Gebet stelle eine politische Handlung dar; folglich müsse auch der muslimische Mensch als politisch betrachtet werden. Die postulierte Einheit von Religion und Politik (al-islam din wa daula) existiere insofern, als der Islam Glaube (aqida) und Recht (Scharia) zugleich verkörpere.[26] Religion und Politik seien im Islam folglich nicht zu trennen. Vehement polemisiert Qaradawi gegen den auf Ali Abd ar-Raziq[27] zurückgehenden Slogan „keine Religion in der Politik, keine Politik in der Religion“ und führt die faktische Trennung von Religion und Politik in den meisten gegenwärtigen Staaten des Vorderen Orients auf den kolonialen Eingriff der damaligen Imperialstaaten Frankreich und England zurück. Generell müssten Aufspaltungen des Islam nach regionalen, dynastischen, nationalen oder konfessionellen Kriterien vermieden werden.[28]

In historischer Perspektive verweist er auf den Propheten Muhammad (570-632 n.Chr.), der einen Religionsstifter und Staatsmann in einer

---

[24] Vgl. Ahmed Şenyurt, Spalten statt versöhnen, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28. August 2004.

[25] Vgl. Yusuf al-Qaradawi, Min fiqh al-daula fi’l-islam – makanatuha ... ma’alimuha ... tabi’atuha ... mauqifuha min ad-dimuqratiya, wa’t-ta’addudiya, wa’l-mar’a wa ghair al-muslimin (Vom Staatsverständnis im Islam – sein Stellenwert, seine Kennzeichen, sein Charakter, seine Haltung in Bezug auf Demokratie, Pluralismus, Frauen und Nicht-Muslime), Kairo/Beirut 1997.

[26] Vgl. ebenda S. 88ff.

[27] Ali Abd ar-Raziq (1888-1966) war Azhar-Gelehrter und Richter an einem ägyptischen Scharia-Gerichtshof. Die Tatsache, dass er in seinem Buch „Der Islam und die Grundlagen der Herrschaft“ dem Islam eine politische Rolle weitgehend absprach, führte Mitte der zwanziger Jahre zu heftigen Protesten der Religionsgelehrten und bewirkte seine Absetzung als Richter.

[28] Vgl. Y. al-Qaradawi (Anm. 25), S. 88f.

Person verkörpert habe sowie auf die in der darauffolgenden Periode der vier „Rechtgeleiteten Kalifen“ (632-661 n.Chr.) bestehende Einheit von Religion und Politik. Bei seinem Versuch, sein Bild des Islam als Einheit von Religion und Politik historisch zu legitimieren, bezieht er sich ferner auf eine Aussage Abu Hamid al-Ghazzalis (gest. 1111 n.Chr.), die lautete: „Herrschaft und Religion sind Zwillinge, die Religion ist das Fundament und die Herrschaft sein Hüter“.[29]

Qaradawi versteht Religion nicht allein als Glaube und Ethik, sondern als vollkommene Lebensform und Weltanschauung. Er geht davon aus, dass der Islam eine „Lebensordnung“ vorschreibe und sieht in der islamischen Religion die Lösung aller gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Probleme.[30] Implizit bezieht er sich hierbei auf den – insbesondere von der MB in den 1980er Jahren bemühten – Slogan „Der Islam ist die Lösung“ (al-islam hua al-hall), ein populäres Wahlmotto der ägyptischen Muslimbruderschaft, das ihnen bei den Parlamentswahlen 1987 40 Parlamentssitze verschaffte[31] und auch bei den Parlamentswahlen 2005 wieder aufgegriffen wurde.

Ein Idealbild hat Qaradawi auch von der Scharia, die er nicht allein als ein Rechtssystem betrachtet, sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Diesbezüglich stellt er die Behauptung auf, dass die Verfassung eines künftigen „islamischen Staates“ bereits in der Scharia enthalten sei.[32] Unter Bezug auf das Schlagwort der „Anwendung der Scharia“ (tatbiq ash-sharia) plädiert er ferner für eine vollständige Umsetzung der Bestimmungen des islamischen Rechts. Er ist davon überzeugt, dass dieses lediglich angewandt werden müsse, um sämtliche politischen, sozialen, kulturellen und moralischen Probleme zu bewältigen.[33]

2.1.3 Herrschaftstheorien

Qaradawi äußert sich auch zur hakimiyat Allah, dem von Sayyid Qutb und Abu’l Ala al-Maududi (1903-1979) formulierten Prinzip der

[29] Vgl. ebenda S. 99.
[30] Vgl. ash-Sharq al-Ausat vom 14. November 1987.
[31] Vgl. Y. al-Qaradawi (Anm. 25), S. 90.
[32] Vgl. ebenda S. 33ff.
[33] Vgl. ebenda S. 32ff.

„Gottesherrschaft“, deren Vorstellungen er in weiten Teilen übernimmt und erweitert. Er wendet sich allerdings gegen die von Qutb und Maududi vorgenommene Brandmarkung jener politischen Systeme als jahil (hier: heidnisch unwissend), die dem Prinzip der „Gottesherrschaft“ (hakimiyat Allah) nicht folgen, sowie gegen das Postulat, diese Systeme mit Gewalt zu bekämpfen.[34]

Qaradawi folgt den beiden frühen islamistischen Protagonisten dagegen in der Auffassung, dass allein Gott die höchste und universale gesetzgebende Autorität zukomme, und definiert den Begriff der „hakimiyat Allah“ als „gesetzgebende Souveränität Gottes“ („al-hakimiya at-tashri’iya“).[35] Danach soll allein Gott die oberste gesetzgebende Kompetenz zustehen – etwa bezüglich der religiösen Pflichten (ibadat) oder dessen, was verboten oder erlaubt sei. Unterhalb der Ebene der göttlichen Gesetze sieht Qaradawi allerdings zahlreiche Bereiche – politische, ökonomische oder soziale –, die gesetzlich zu regeln die Menschen durchaus befugt seien. Dies bedeute, dass Menschen sehr wohl Gesetze erlassen dürfen – allerdings nur solche, die den allgemeinen Zielen der Scharia nicht zuwiderliefen.[36]

2.1.4 Staatsverständnis: Der „islamische Staat“

In der Frage der politischen Herrschaft begründet Qaradawi die Notwendigkeit der Existenz eines „islamischen Staates“, den er als einen Staat definiert, der den Islam als Grundlage hat.[37] Diesen als großislamisches Reich (daulat al-islam al-kubra)[38] in Form einer Föderation oder Konföderation[39] noch zu gründenden „islamischen Staat“ grenzt

[34] Insbesondere Qutb hatte seinerzeit die gesamte Welt, einschließlich der islamischen Hemissphäre als in einem Zustand der „heidnischen Unwissenheit“ (jahiliya) befindlich definiert und die Bekämpfung nicht glaubens- d.h. aus Sicht der Islamisten nicht-linientreuer Muslime und als vermeintliche „Ungläubige“ diffamierter Juden und Christen mittels Jihad gefordert.
[35] Vgl. Y. al-Qaradawi (Anm. 25), S. 62.
[36] Vgl. ebenda S. 64f.
[37] Vgl. ebenda S. 57f.
[38] Vgl. ebenda S. 21; S. 30ff.
[39] Vgl. ebenda S. 32.

er allerdings scharf vom Begriff eines religiösen Staates ab,[40] den er historisch allein dem Westen zuordnet.[41] Einen religiösen Staat, ein Begriff, der zudem aus dem Westen komme, könne es nach islamischem Verständnis allein deshalb nicht geben,[42] da sich das westliche und das islamische Religionsverständnis unterschieden: So stünde Religion im Westen für die Existenz der Kirche, die Macht des Papstes und die Zwangsherrschaft des Klerus.[43] Diese Merkmale werde ein „islamischer Staat" nicht aufweisen, da es hierin keine „religiöse Autorität" (sulta diniya) geben werde, sondern lediglich eine – durch die islamische Gemeinschaft (Umma) gewählte – „islamische Autorität" (sulta islamiya).[44] Mit der Begründung, dass der Iran einen Sonderfall konstituiere und dass das dort angewandte – auf Spezifika der Schia basierende – Prinzip der „Herrschaftsgewalt des Rechtsgelehrten" (wilayat al-faqih) nicht auf den sunnitischen Islam übertragbar sei,[45] entwirft Qaradawi das Bild eines idealen „islamischen Staates", der „unter der Flagge des Koran, im Schatten des Kalifats" existieren werde.[46]

Hauptkennzeichen dieses „islamischen Staates", der einen universalen Weltanspruch erheben werde, seien die Vorherrschaft der Scharia,[47] die Herrschaft der „Gemeinschaft der Muslime" (Umma) anstelle des Volks[48] sowie Gewaltenteilung.[49] Da sich der „islamische Staat" darüber hinaus durch Wahlen sowie durch die Prinzipien der Huldigung (bai'a), der Beratung (shura) und der Verantwortlichkeit (mas'uliya) des Herrschers gegenüber dem Volk auszeichne, müsse er zweifellos als ein „bürgerlicher Staat" (daula madaniya) gelten.[50]

---

[40] Hierzu trennt er begrifflich zwischen „islamisch" (islami) und „religiös" (dini), Vgl. ebenda S. 58.
[41] Vgl. ebenda S. 58.
[42] Vgl. ebenda S. 57f.
[43] Vgl. ebenda S. 13.
[44] Vgl. ebenda S. 74.
[45] Vgl. ebenda S. 70ff.
[46] Vgl. ebenda S. 21.
[47] Vgl. ebenda S. 38.
[48] Vgl. ebenda S. 38f.
[49] Vgl. ebenda S. 39.
[50] Vgl. ebenda S. 58.

2.1.5 Das Staatsoberhaupt: Der Kalif

Die Notwendigkeit eines politischen Führers, für den er abwechselnd die Begriffe Kalif und Imam verwendet, wird von Qaradawi unter Bezug auf Rechtsgelehrte des frühen Mittelalters begründet.[51] Hauptpflicht des Kalifen sei das Regieren nach dem Prinzip „Das Gebieten des Rechten und das Verbieten des Verwerflichen" (al-amr bi'l-maruf wa'n-nahi an al-munkar).[52] Dazu müsse der Kalif umfassende Kenntnisse über die Gesetze Gottes (shar) und die religiösen Gebote (al-ahkam) besitzen sowie zur selbstständigen Rechtsfindung (ijtihad) anhand der religiösen Quellen in der Lage sein; Vorbild hierzu sollen die vier „Rechtgeleiteten Kalifen" sein.[53] Darüber hinaus müsse er die Einheit des Islam wahren, die Scharia anwenden sowie für eine einheitliche Zentralregierung sorgen.[54]

Qaradawi betrachtet den Kalifen allerdings nicht als Stellvertreter Gottes, sondern als Stellvertreter der „Gemeinschaft der Muslime". Dies bedeutet, dass dieser fehlbar ist, einer Wahl unterliegt und dem Volk gegenüber Rechenschaft ablegen muss.[55] Als Wahlgremium sollen die sogenannten „Leute des Lösens und Bindens" (ahl al-hall wa'l-aqd) oder die Leute der Konsultation (ahl ash-shura) fungieren; allerdings werden die hierfür erforderlichen Mechanismen nicht näher bezeichnet.[56] In diesem Zusammenhang spricht sich Qaradawi für das Beratungsprinzip (shura) aus, deren Entscheidungen auch für den Herrscher gälten. Das Prinzip der shura betrachtet er als Sicherung gegenüber jeglicher Form von Willkürherrschaft, insbesondere der Monarchie, bei der die Erbfolge vollkommen inakzeptabel sei.[57]

2.1.6 Die „islamische Demokratie"

Qaradawi hält Demokratie für vereinbar mit dem Geist und der Lehre des Islams und trifft die Aussage, dass das Wesen der Demokratie

[51] Vgl. ebenda S. 32.
[52] Vgl. ebenda S. 58.
[53] Vgl. ebenda S. 31.
[54] Vgl. ebenda S. 32.
[55] Vgl. ebenda S. 58.
[56] Vgl. ebenda S. 146.
[57] Vgl. ebenda S. 146.

grundsätzlich mit dem Wesen des Islam übereinstimme.[58] Angesichts der politischen Praxis der meisten gegenwärtigen Staaten des Vorderen Orients, die er allesamt als hochgradig undemokratisch bewertet, betrachtet er Demokratie als die beste Versicherung gegen jegliche Form von Willkürherrschaft, insbesondere gegen die Monarchie und das Prinzip der Erbfolge sowie gegen die massiven Wahlmanipulationen, die Machthabern bis zu 99 Prozent der Stimmen bescherten. Da der Islam keine Willkürherrschaft erlaube, spreche auch nichts gegen die Übernahme des im Westen praktizierten Wahlsystems. Zudem verbiete der Islam nicht, Dinge zu übernehmen, die sich für die Muslime von Vorteil erwiesen.

In diesem Zusammenhang wendet sich Qaradawi ausdrücklich gegen die von einigen islamistischen Gruppen und konservativen Religionsgelehrten vertretene Ansicht, dass die Demokratie der Feind des Islam und mit Unglaube (kufr) gleichzusetzen sei. Vielmehr wirft er Vertretern derartiger Auffassungen vor, die Entwicklung der osteuropäischen Staaten hin zur Demokratie komplett zu ignorieren.[59]

Um die Integration des Demokratiebegriffs in einen islamischen Kontext zu legitimieren, unterscheidet Qaradawi allerdings zwischen „Demokratie an sich“ und „westlicher Demokratie“. Er lehnt insbesondere die auf Aristoteles zurückgehenden philosophischen Grundlagen westlicher Demokratien strikt ab und verweist auf Defizite, die eine Loslösung von den eigenen Normen bewirkten und Dekadenz beförderten. Zu den Defiziten westlicher Demokratien zählt er etwa eine vermeintlich uneingeschränkte Macht der Volksvertreter, ein trotz negativer gesellschaftlicher Auswirkungen fehlendes Alkoholverbot in den USA oder die Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen in einigen westlichen Staaten.

Als Elemente einer durch Koran und Sunna begründeten „Demokratie im Islam“, die er historisch vor allem in der Periode der „Rechtgeleiteten Kalifen“ verwirklicht sieht, benennt Qaradawi die Herrschaft des Volkes mit einem Herrscher an der Spitze, die Pflicht des Herrschers zur Rechenschaft gegenüber dem Volk, Wahlen und Volksentscheide, Mehrheitsdenken, das Recht von Minderheiten auf Opposition sowie Pressefreiheit. Hierbei widerspreche das Recht des Volkes auf Ent-

[58] Vgl. ebenda S. 139.
[59] Vgl. ebenda S. 130f.

scheidungsmacht (hukm) keineswegs der Macht Gottes (al-hukm li-allah). Ein Widerspruch, so Qaradawi, sei erst dann gegeben, wenn die Entscheidungsmacht bei einer einzigen Person läge (al-hukm li'l-fard), was nichts anderes als eine Diktatur wäre.[60]

2.1.7 Pluralismus

Qaradawis Ausführungen zum Pluralismus entbehren der Präzisierung ihrer Mechanismen und sind nicht frei von Widersprüchen. So stellt er die Behauptung auf, dass der „Kampf der islamischen Mission, des islamischen Erwachens und der islamischen Bewegung" gegenwärtig hauptsächlich „ein Kampf um die Freiheit" sei. Zu diesen im Rahmen einer islamischen Ordnung gewährleisteten Freiheiten zählt er die Meinungsfreiheit, die er sogar als eine „heilige Pflicht" (farida muqadassa) ansieht. Ferner postuliert er die Duldung von Meinungsunterschieden in einem künftigen „islamischen Staat".[61]

Zu den weiteren Freiheiten zählt Qaradawi die Religionsfreiheit, die er als ein ursprünglich islamisches Konzept deklariert. Allerdings beziehen sich seine Äußerungen zur Religionsfreiheit auf einen Wechsel innerhalb der verschiedenen konfessionellen Richtungen des Islam, nicht etwa auf eine Konversion zum Juden- oder Christentum, die wiederum ausdrücklich als vom Islam anerkannte Buchreligionen gelten. Buddhismus und Hinduismus nennt er dagegen nicht; ebenfalls nicht erwähnt sind Atheisten, da sie vom religiösen Standpunkt aus nicht geduldet werden dürften.[62]

Ausdrücklich spricht sich Qaradawi für Parteienpluralismus aus, den er vor allem als Schutz vor Willkürherrschaft betrachtet. Er wendet sich diesbezüglich gegen die Auffassung, dass Parteienpluralismus deshalb unislamisch sein solle, da dieses Prinzip aus dem Westen stamme. Vielmehr plädiert er dafür, Neuerungen, insbesondere dann, wenn ihr Nutzen die Nachteile um ein Vielfaches überwiege, zu übernehmen.[63] Kritisch thematisiert Qaradawi in diesem Zusammenhang auch eine Position Hassan al-Bannas, der 1936 vom ägyptischen König die Auflösung des Parlaments und der Parteien verlangt hatte.

---

[60] Vgl. ebenda S. 132ff.
[61] Vgl. ebenda S. 95; S. 49f.
[62] Vgl. ebenda S. 49.
[63] Vgl. ebenda S. 154ff.

Banna hatte die Existenz mehrerer Parteien in Ägypten seinerzeit als nicht mit dem Islam vereinbar abgelehnt und dies damit begründet, dass Parteien – als vom Westen übernommene Denk- und Organisationsmodelle und als Stätten für Faktionalismus, Korruption und Durchsetzung partikularer Interessen – Uneinigkeit in der ägyptischen Nation produzierten und so die Errichtung der „Ordnung des Islam" verhinderten. Qaradawi widerspricht Banna in diesem Punkt und verweist darauf, dass dessen Ausführungen in einem kolonialen Kontext – Ägypten war 1936 faktisch immer noch von Großbritannien besetzt – zu sehen seien. Er kommt zu dem Schluss, dass die Auffassung Bannas nicht universaler Natur sei, sondern lediglich als eine historische, an einem konkreten Ort und zu einem spezifischen Zeitpunkt getroffene Aussage zu werten sei.[64]

In diesem Zusammenhang befürwortet Qaradawi das Recht auf Opposition und spricht sich für die Existenz von Oppositionsparteien aus. Er fügt aber einschränkend hinzu, dass Parteien auch bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssten: Hierzu zählt er das Glaubensbekenntnis zum Islam sowie die Anerkennung des Islam als Quelle der Rechtsprechung. Darüber hinaus dürften Parteien nicht für eine dem Islam feindlich gesonnene Seite arbeiten, nicht apostatisch sein oder gegen die vom Islam anerkannten Buchreligionen Juden- und Christentum politisch agieren.[65] Schließlich hebt er hervor, dass der Islam auf Basis von Ethnizität, Lokalität oder sozialer Schichtung gegründete Parteien ablehne. Dies bedeute, dass Organisationen ohne Religionsbezug wie etwa eine kommunistische Partei keine Existenzberechtigung besäßen.[66]

2.1.8 Der Status von Minderheiten

Hinsichtlich der religiösen Minderheiten, die er auf Juden und Christen als Anhänger der sogenannten Buchreligionen beschränkt, betont Qaradawi das Recht auf freie, allerdings nicht öffentliche, Praktizierung ihres Glaubens, ihrer religiösen Riten und ihres Privatrechts. Unter Bezug auf den ihnen gewährten Status von „Schutzbefohlenen"

[64] Vgl. ebenda S. 157f.
[65] Vgl. ebenda S. 153ff.
[66] Vgl. ebenda S. 151.

(Sing. dhimmi) weist er darauf hin, dass religiöse Minderheiten im Islam allerdings lediglich geduldet würden und auch nur dann, wenn die Nichtmuslime jene Bestimmungen der Scharia, die sich auf sie beziehen, auch tatsächlich anerkennen.[67]

Ausführlich diskutiert Qaradawi die Frage der politischen Partizipation religiöser Minderheiten in einem „islamischen Staat". Diesbezüglich betont er, dass die muslimische Gemeinde nicht verraten und Nichtmuslime gegenüber Muslimen nicht bevorzugt werden dürften. Eine Partizipation der religiösen Minderheiten im Parlament hält Qaradawi für durchaus möglich. Allerdings stehe religiösen Minderheiten keine Herrschaftsgewalt (wilaya amma) zu, da dies aus Sicht des Islam ausdrücklich verboten sei. Insofern seien Nichtmuslime vom Amt des Regierungschefs ausgeschlossen. Auch im Parlament sollten sie nicht in der Mehrheit sein.[68]

2.1.9 Die Stellung der Frau

Bezüglich der Stellung der Frau in einer islamischen Ordnung sind die Äußerungen Qaradawis als ambivalent zu werten. So entsprechen seine diesbezüglichen Vorstellungen mehrheitlich den Auffassungen konservativer muslimischer Geistlicher, wenn er betont, dass Frauen zwar vor Gott gleich seien und in der Anbetung Gottes dieselben Pflichten wie die Männer hätten, ihnen aber aufgrund ihrer „Natur" ein Sonderstatus zukomme. Dieser bestehe darin, dass Frauen aufgrund von Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft als physisch eingeschränkt gälten. Qaradawi führt aus, dass sich dies auch im islamischen Recht niederschlage und bezeichnet die Begrenzung des Erbanteils einer Frau auf 50 Prozent und Wertung ihrer Zeugenaussage als nur halb so viel wie die des Mannes als eine legitime Begrenzung ihrer Rechte.[69]

Allerdings verhinderten diese physischen Einschränkungen nicht, dass Frauen im Parlament mitarbeiteten, wobei Frauen jenseits der Alters-

---

[67] Vgl. ebenda S. 32.

[68] Vgl. ebenda S. 194f. Nach Auffassung von Muhammad Mahdi Akif, dem siebten „Obersten Führer" der MB, dürfe ein Anhänger der christlichen Minderheit der Kopten in Ägypten nicht für das Präsidentenamt kandidieren, vgl. Interview in al-Hayat vom 11. Mai 2008.

[69] Vgl. Y. al-Qaradawi (Anm. 25), S. 162.

grenze von 50 zu bevorzugen seien.[70] Souveränität gewährt Qaradawi Frauen vor allem in den Bereichen des Ausstellens von Rechtsgutachten (fatwa, Pl. fatawa) und der Ausübung des Prinzips der selbständigen Rechtsfindung (ijtihad). Um das Recht der Frau auf politische Partizipation juristisch herzuleiten, zieht er den Koran, die Sunna des Propheten sowie ältere Rechtsgutachten heran. Er kommt nach Überprüfung des gesamten juristischen Quellenmaterials zu dem Schluss, dass politisches Handeln von Frauen nicht durch vorgebliche „Emotionalität" gebunden sei und dass im islamischen Recht nichts gegen die Beteiligung von Frauen am politischen Leben spreche. Aus Qaradawis Sicht betreffe dies gleichermaßen eine Funktion als politische Ratgeberin, als Inspektorin, als Angestellte in der öffentlichen Verwaltung oder als Richterin. Darüber hinaus bejaht er die öffentliche Rolle von Frauen durch Teilnahme an Wahlen, um ein Gegengewicht gegenüber den Säkularistinnen (almaniyat) und „religiös losgelösten Frauen" (mutahallilat) zu bilden.[71]

Qaradawi befürwortet zwar eine Teilnahme von Frauen am politischen Leben, aber er weist ihnen eine eingeschränkte Rolle zu, die durch ihre Aufgaben in der Familie und durch Sitte und Anstand bestimmt werde. In diesem Zusammenhang betont er, dass Frauen keine oberste Herrschergewalt (wilaya amma) zustehe und deshalb die Übernahme eines Präsidentenamtes unmöglich sei.[72] Darüber hinaus stelle sich die Frage eines weiblichen Kalifen nicht, da Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) 1924 das Amt des Kalifats abgeschafft habe.

2.1.10 Das Feindbild Säkularismus

Im Rahmen der Ablehnung des Prinzips des Säkularismus entwirft Qaradawi ein aggressives Feindbild vom Westen und seinen politischen Institutionen. Er lehnt die säkularistisch geprägten Denkströmungen des Liberalismus und des Marxismus als unvereinbar mit dem

[70] Vgl. ebenda S. 167ff.
[71] Vgl. ebenda S. 163f.
[72] Parlamentsarbeit sei ihr nur dann gestattet, wenn dies nicht auf Kosten ihrer Familie gehe und sie sich nicht in eine unmoralische oder gesellschaftlich anrüchige Situation begebe, Vgl. ebenda S. 164f. Die Übernahme des Präsidentenamts durch Frauen lehnt auch die gegenwärtige MB-Führung ab, vgl. Interview mit Muhammad Mahdi Akif in al-Hayat vom 11. Mai 2008.

Islam ab, da sie sich als „Kräfte des Unglaubens“ (qiwa al-kufr) gegen den Islam richteten, was weitreichende Folgen für die muslimische Welt gezeitigt habe.[73] Qaradawi führt die in den meisten muslimischen Staaten existierende faktische Trennung von Religion und Politik auf den Kolonialismus zurück. Seit der Napoleonischen Invasion Ägyptens 1798, so Qaradawi, betreibe der Westen eine Politik der „ideologischen Invasion“ (ghazw fikri)[74] mit dem Ziel der Profanisierung des Islam und der Verhinderung eines „islamischen Staates“. Aufgrund dieser Politik, die den Islam auf eine rein religiöse Ebene zu reduzieren und in die Privatsphäre zu verbannen versuche,[75] seien Nichtmuslime als „Gegner des Islam“ (khusum al-islam)[76] anzusehen, da sie danach trachteten, den Islam in verschiedene Islame – regionale, dynastische, nationale oder konfessionelle Islamvarianten – aufzuspalten.[77]

Qaradawis Hauptkritik am Säkularismus zielt vor allem auf den Ausschluss Gottes aus der politischen Sphäre. Seine prinzipielle Ablehnung des Säkularismus begründet er damit, dass dieser Ausdruck Aristotelischer Philosophie und gegen den Gedanken der Umma gerichtet sei.[78] Vor allem aber seien säkularistische Ideen in der muslimischen Welt das Ergebnis des Eindringens fremder Ideen des Westens, was den Islam auf eine religiöse Ebene zu reduzieren drohe. Folge dieser – auf eine Spaltung der Menschen in den arabischen Ländern in Sunniten und Schiiten, in Araber und Berber, in Araber und Kurden, in Muslime und Nichtmuslime gerichteten – Politik westlicher Staaten[79] sei wiederum die Verwestlichung des muslimischen Menschen – kaschiert hinter einer „verfälschten Demokratie“.[80] Er verweist diesbezüglich auf die Türkei, wo Atatürk 1924 westliche Werte mit „Schwert, Flamme und Blut“ eingeführt, die eigene Bevölkerung unterdrückt und das osmanische Kalifat zerstört habe.[81] Folge dieser Po-

[73] Vgl. Y. al-Qaradawi (Anm. 25), S. 21.
[74] Vgl. ebenda S. 23.
[75] Vgl. ebenda S. 24f.
[76] Vgl. ebenda S. 25, 88.
[77] Vgl. ebenda S. 88f.
[78] Vgl. ebenda S. 76.
[79] Vgl. ebenda S. 198.
[80] Vgl. ebenda S. 144.
[81] Vgl. ebenda S. 13f.

litik sei es, dass der Islam in den muslimischen Ländern auf das Personenstandsrecht reduziert und zunehmend bedeutungslos zu werden drohe.[82]

Eine besondere Gefahr sieht Qaradawi in diesem Zusammenhang aus der Mitte muslimischer Gesellschaften kommen, insbesondere von den sogenannten „muslimischen Säkularisten". Er wendet sich insbesondere gegen die 1925 von Ali Abd ar-Raziq in dessen Buch „Der Islam und die Grundlagen der Herrschaft" (al-islam wa usul al-hukm) erhobene Forderung nach Trennung zwischen Religion und Politik im Islam. Um die Untrennbarkeit von Religion und Staat zu postulieren, kontrastiert Qaradawi diese Position mit der Rolle des Propheten Muhammads als Überbringer der Religion und als Staatsmann in einer Person, die ihre Fortsetzung in der Periode der „Rechtgeleiteten Kalifen" gefunden habe; ferner setzt er säkulare Herrschaft mit Tyrannei gleich.[83] Darüber hinaus lehnt Qaradawi den Begriff des „politischen Islam" mit der Begründung ab, dass dieser von „entfremdeten" Säkularisten geprägt worden sei. Entsprechend verwirft er den von der säkularen Wafd-Partei Ägyptens verfochtenen Slogan „die Religion ist für Gott, die Nation für alle" als einen Begriff, der westlichen Ursprungs sei[84] und verweist darauf, dass der Islam eine untrennbare Einheit aus Glaube (aqida), Rechtsordnung (sharia), Religion (din) und Staat (daula) konstituiere.[85]

2.1.11 Das Verhältnis zur Gewalt

Das Thema Gewaltanwendung ist bei Qaradawi sowohl von Relativierungen als auch von einer eindeutigen Bejahung gekennzeichnet. Zwar warnt Qaradawi vor der Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele und lehnt den Jihad sowohl zur Ausdehnung islamischer Herrschaft in der Welt[86] als auch zur Bekämpfung der von ihm als undemokratisch betrachteten politischen Führer

[82] Vgl. ebenda S. 14.
[83] Vgl. ebenda S. 127.
[84] Vgl. ebenda S. 13.
[85] Vgl. ebenda S. 88.
[86] Hierfür seien moderne Kommunikationsmittel besser geeignet, vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 333.

der muslimischen Staatenwelt ab.[87] Jedoch sei der Jihad dann gerechtfertigt, wenn ein Verteidigungsfall vorliege.[88] Diesbezüglich bewegt sich seine Perzeption des Jihad im Rahmen traditioneller Auslegung der islamischen Rechtsgelehrten. Diese hatten den Jihad dann für einen jeden Muslim zur Pflicht erhoben, wenn für die muslimische Gemeinde eine Situation des Angriffs durch einen äußeren Feind gegeben war.[89]

Ambivalenz kennzeichnet auch seine Aussagen zur Gewaltanwendung in internationalen und regionalen Konflikten.[90] Dies betrifft vor allem die – in der muslimischen Welt kontrovers diskutierte – Frage der Legitimität von Selbstmordanschlägen. So hatte Qaradawi die Anschläge des 11. September aus Sicht der Scharia für illegitim erklärt,[91] wobei sich seine Äußerungen im Rahmen des allgemeinen Diskurses in der muslimischen Welt bewegen: Der Großteil der islamischen Religionsgelehrten einschließlich prominenter Vertreter islamistischer Organisationen – etwa der ägyptische und der jordanische Zweig der Muslimbruderschaft – hatten die Anschläge des 11. September 2001 seinerzeit ausdrücklich verurteilt.[92] Sunniten wie Schiiten begründeten ihre Ablehnung gleichermaßen damit, dass die islamische Religion nicht nur Mord und Selbstmord verbiete, sondern auch die Entführung von Flugzeugen und die Tötung unschuldiger Zivilisten.[93] Dies gelte Qaradawi zufolge auch für die Anschläge Djerba und Bali (2002), Riad, Casablanca und Istanbul (2003), Madrid und Riad (2004) sowie London und Amman (2005). Auch die Anschläge „al-Qa'ida"s 2007 in Marokko und Algerien seien Qaradawi zufolge illegitim und nicht mit dem Islam vereinbar.[94]

---

[87] Vgl. ebenda S. 333f.
[88] Vgl. ash-Sharq al-Ausat vom 19. Juli 2003.
[89] „Vgl. fatwa Qaradawis bei IslamOnline 10. Oktober.2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).
[90] Vgl. www.memri.de/uebersetzungen_analysen/themen/usa_und_der_nahe_osten/us_american_muslim_06_11_01.html (gelesen am 13. November 2004).
[91] Vgl. www.islamfortoday.com/terrorism.htm, gelesen am 12. November 2004.
[92] Vgl. Islam Online 13.9.2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).
[93] Vgl. L'Orient-Le Jour, Libanon, 13. September 2001.
[94] Vgl. www.qaradawi.net (gelesen am 17. Dezember 2007).

Anders verhält es sich mit Stellungnahmen zu Selbstmordanschlägen im israelisch-palästinensischen Konflikt. In diesem Fall befürwortet die Mehrzahl der islamischen Religionsgelehrten – so auch Qaradawi – Selbstmordanschläge mit dem Verweis auf die militärische Unterlegenheit der Palästinenser gegenüber Israel und auf den vermeintlich militärischen Charakter der israelischen Gesellschaft. Qaradawi zufolge seien die Palästinenser ihres Landes beraubt,[95] litten unter einer militärischen Besatzung und führten gegenüber Israel, das von ihm als eine ausnahmslos militärische Gesellschaft charakterisiert wird,[96] einen Verteidigungskrieg.[97] Dieser von ihm als „notwendiger Jihad" begründete Verteidigungskrieg, an dem sich auch Freiwillige aus anderen muslimischen Ländern beteiligen sollten,[98] sei insofern legitim, als Palästinenser aus der Notwehr heraus gegen einen militärisch überlegenen Gegner handeln würden.[99] Ihre militärische Unterlegenheit rechtfertige auch die von ihm als die Waffe der Machtlosen bezeichneten Selbstmordanschläge,[100] die weder Terrorismus[101] noch Selbstmord seien, sondern „Märtyer-Operationen"[102] von Mujahidin (Kämpfern).[103] Insofern gälten die – in einer um das Land, die Ehre und die Religion geführten Auseinandersetzung – Getöteten für ihn als „Märtyrer".[104]

---

[95] Vgl. Palestine Times August 1999 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[96] Vgl. AFP 4. Dezember 2001 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[97] Vgl. IslamOnline 7. Februar 2001 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[98] Vgl. ash-Sharq al-Ausat vom 17. April 2002.

[99] Vgl. ash-Sharq al-Ausat vom 19. Juli 2003.

[100] Vgl. IslamOnline 7. Februar 2001 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[101] Vgl. ash-Sharq al-Ausat vom 19. Juli 2003.

[102] Vgl. Los Angeles Times vom 27. Mai 2001 nach www.adl.org/main_Arab World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[103] Vgl. http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/3059365.htm; AFP 4. Dezember 2001 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[104] Vgl. AFP vom 2.6.2001 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

Auch Selbstmordanschläge von Frauen, denen für diesen Zweck das Ablegen des Kopftuchs gestattet sei, rechtfertigt er in einer fatwa.[105] Qaradawi betont in diesem Zusammenhang, dass er nicht generell die Tötung von Juden befürworte, die – sofern sie nicht gegen Muslime vorgingen – als Anhänger einer Buchreligion (ahl al-kitab) unter den Schutz des Islam gestellt seien, sondern rechtfertigt derartige Kampfmethoden mit dem Verweis auf einen um Land geführten Konflikt.[106] In diesem Konflikt allerdings, so Qaradawi, seien die Terrorisierung und Vertreibung von Israelis aus ihrem eigenen Staat gerechtfertigt,[107] jeglicher Umgang mit Israelis, der Konsum ihrer Waren oder die Einreise in ihr Land untersagt[108] sowie eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aus Sicht der Scharia verboten.[109]

Schwieriger einzuordnen ist seine Position zur Gewaltanwendung im Irak-Krieg. Hier hatte es Meldungen gegeben, dass er in einer fatwa die Tötung[110] amerikanischer Zivilisten im Irak ausdrücklich befürwortet und zu einer Pflicht für jeden Muslim erklärt habe.[111] Diese Meldung dementierte Qaradawi und behauptete, lediglich von Formen des legitimen Widerstands gesprochen zu haben. Zudem habe er – ganz gleich in welchen Konflikten – mehrfach die Entführung, Misshandlung und Tötung von Geiseln missbilligt.[112] Eindeutig befürwortet wird militanter Widerstand von Qaradawi in Bezug auf den Tschetschenien-Konflikt, den er als Verteidigungs-Jihad definiert und wo er die im Kampf Getöteten deshalb als Märtyrer betrachtet.[113]

---

[105] Vgl. IslamOnline 22. März 2004 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[106] Vgl. www.islamfortoday.com/qaradawi02.htm (gelesen am 15. November 2004).

[107] Vgl. al-Jazeera-TV 11.4.2001, Webseite des israelischen Außenministeriums, nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[108] Vgl. Nida al-Ulama (Ruf der Gelehrten) 2(1996), Nr. 1.

[109] Vgl. Palestine Times August 1999 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[110] Vgl. al-Hayat vom 2. September 2004.

[111] Vgl. AP vom 2. Februar 2004 nach www.adl.org/main_Arab_World/al_Qaradawi_report_20041110.html (gelesen am 10. November 2004).

[112] Vgl. dagegen al-Hayat vom 9. September 2004.

[113] Vgl. www.islamonline.net/fatwaapplication/english/display.asp?hFatwaID=18231 (gelesen am 9. November 2004).

2.2 Umar at-Tilmisani[114]

2.2.1 Biographisch-politisches Portrait

Der Journalist und Anwalt Tilmisani (1904-1986) gehörte der ägyptischen MB seit 1933 an. Er war der erste Rechtsanwalt der Organisation und ein Mitglied des MB-Führungsbüros unter den beiden ersten „Obersten Führern" Hassan al-Banna (amt. 1928-1949) und Hassan al-Hudaibi (amt. 1951-1973). 1973 wurde er – nach insgesamt 17 Jahren politischer Haft unter Nasser (1954-1969; 1969-1971) – selbst zum dritten „Obersten Führer" der MB gewählt.[115] 1976 wirkte er an der Neugründung und Herausgabe des 1951 gegründeten und 1956 verbotenen MB-Organs „Al-Da'wa" (der Ruf bzw. die Mission) mit und amtierte 13 Jahre.

2.2.2 Herrschaftstheorien

Grundlage der Ideologie Tilmisanis ist seine 1985 erschienene Schrift „al-islam wa al-hukuma ad-diniya" (Der Islam und die religiöse Regierung). Tilmisani stellt gleich zu Anfang fest, dass dem Islam eine „religiöse Regierung" (hukuma diniya) fremd sei, da diese einer Theokratie westlicher Prägung gleichkomme. In Abgrenzung zur „religiösen Regierung" im Westen, die er mit Willkürherrschaft christlicher Führer, mit Kriegen, Inquisition und Exkommunizierung gleichsetzt, plädiert er für eine „islamische Regierung" (hukuma islamiya), in der alle Menschen vor Gott gleich seien und es keine Unterschiede zwischen Herrschern und Beherrschten gebe. Um dies zu untermauern, verneint Tilmisani eine hervorgehobene Stellung oder spirituelle Überlegenheit des Propheten Muhammad und der vier „Rechtgeleiteten Kalifen" und behauptet, dass Muhammad, indem er Dinge erlaubt und Verbote verfügt habe, lediglich Gottes Willen vollstreckt habe.[116]

---

[114] Der Beitrag zu Tilmisani wurde von Alexander Winker verfasst.

[115] Vgl. Salih Abu Ruqaiq, Tilmisani in Gottes Obhut. Neun Kandidaten kämpfen um die Nachfolge der MB-Führung in Ägypten (arab.), in: ash-Sharq al-Ausat vom 23. Mai 1986.

[116] Vgl. Umar at-Tilmisani, al-Islam wal-hukuma ad-diniya (Der Islam und die religiöse Regierung). Kairo 1985, S. 3-8. Vgl. dazu Gudrun Krämer, Gottes Staat als Republik. Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie. Baden-Baden 1999, S. 80.

Den insbesondere von Sayyid Qutb verwendeten Begriff der „Gottesherrschaft“ (hakimiyat Allah)[117] gebraucht Tilmisani nicht. Gleichwohl ist „Gottesherrschaft“ Thema. Tilmisani zufolge komme Gott die alleinige Urteils- und Befehlsgewalt zu. Gott habe alles in Normen und Gesetzen festgelegt. Er sei allmächtig und habe niemanden beauftragt, an seiner Stelle Macht auszuüben. Aufgabe der Menschen sei es vielmehr, Gottes Befehle auszuführen bzw. anzuwenden.[118] So besäßen die Menschen keine eigene Entscheidungskompetenz; vielmehr hätten sie Gottes Willen zu erkennen. Der Wille Gottes sei den Menschen zudem bekannt, denn ihnen sei alles Verbotene und Erlaubte offenbart worden.[119] Auch ein muslimischer Herrscher stehe permanent unter Gottes Aufsicht.[120] Hierbei stellt sich Tilmisani allerdings in einen klaren Gegensatz zur Auslegung der Schriften Sayyid Qutbs, mittels derer die damalige ägyptische Gesellschaft wegen vermeintlicher „heidnischer Unwissenheit“ (jahiliya) für ungläubig erklärt und „wahre Muslime“ zu ihrer Bekämpfung mittels Jihad aufgerufen worden waren. In seiner Schrift „dhikrayat la mudhakkirat“ („Erinnerungen – keine Denkschrift“) kritisiert Tilmisani vor allem spätere Interpreten Sayyid Qutbs, denen er ein falsches Verständnis seiner Schriften vorwirft. Er wendet sich vor allem gegen Jene, die Qutbs Schriften als zu verallgemeinernde Aufrufe zur Exkommunizierung (takfir) und zur Gewaltanwendung auslegten. Tilmisani zufolge habe Qutb lediglich die damalige politische und gesellschaftliche Ordnung kritisiert. Es sei Qutbs Sprache, so Tilmisani, die von der Erfahrung der Folter geprägt sei und die Qutb manchen Interpreten radikal erscheinen lasse. Hinsichtlich ihres Gehalts sei Qutbs Ideologie jedoch nicht zwangsläufig radikal.[121]

Mit Blick auf die Rezeption der Schriften Qutbs räumt Tilmisani zwar ein, dass Muslime aus Unwissenheit (jahl) Fehler begingen und die Regeln des Islam verletzen. Er schließt die „Unwissenden“ aber nicht

---

[117] Zu den MB-internen Auseinandersetzungen um die Schriften Sayyid Qutbs, vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 300-322.

[118] Vgl. U. at-Tilmisani (Anm. 116), S. 40.

[119] Vgl. ebenda, S. 16, 41.

[120] Vgl. ebenda S. 37.

[121] Vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 304 f.; sie bezieht sich dabei auf Umar at-Tilmisani, dhikrayat la mudhakkirat (Erinnerungen – keine Denkschrift), Kairo 1985, S. 280.

aus der Gemeinschaft der Gläubigen aus, sondern apelliert an sie, auf den Pfad des Islam zurückzufinden. Hierzu sollte die MB auf Belehrung, Predigt und religiöse Aufklärung setzen.[122] Allerdings wirft er der Mehrheit der Muslime vor, die verborgene Kraft des Islam vergessen zu haben. Die Rückständigkeit der muslimischen Gesellschaften habe ihren Grund in erster Linie nicht in äußeren (westlichen) Einflüssen. Vielmehr könne die islamische Kultur ihren früheren Ruhm nur wiedererlangen, wenn der Islam und seine Moral wiederbelebt würden.[123] Muslime würden erst dann seelisch und moralisch wieder auf die höchste Daseinsstufe gelangen, wenn sie sich an der göttlichen Offenbarung orientierten, diese in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anwendeten und zugleich damit aufhörten, Unislamisches zu importieren.[124]

2.2.3 Gesellschaftspolitische Vorstellungen

Tilmisani hält die von ihm favorisierte „islamische Ordnung“ anderen Systemen für moralisch überlegen. Diesbezüglich behauptet er, dass die Gleichberechtigung der Frau allein im Islam verwirklicht werde. Gleichberechtigung im Westen sei dagegen verlogen, da sie lediglich Bekenntnisse enthalte und unvollkommen sei. Ferner führe Gleichberechtigung in westlichen Gesellschaften zu moralischem Verfall, der etwa in einer hohen Zahl an unehelichen Kinder zum Ausdruck komme – ein Phänomen, das es im Islam weitgehend nicht gebe. Mit Blick auf die Stellung der Frau im Islam verweist er auf die Gleichheit von Mann und Frau vor Gott. Soziale und rechtliche Ungleichheit sei dagegen durch die physischen Unterschiede zwischen Mann und Frau gerechtfertigt.[125]

2.2.4 Abgrenzungsmechanismen und Feindbilder

Tilmisani postuliert ferner, dass eine von ihm als „notwendig“ betrachtete „islamische Regierung“, deren Existenz er mit der von Isla-

[122] Vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 308.
[123] Vgl. U. at-Tilmisani (Anm. 116), S. 44f.
[124] Vgl. ebenda S. 36.
[125] Vgl. ebenda S. 31f.

misten häufig bemühte Sure 4 legitimiert,[126] umfangreiche Rechte garantieren werde. Hierzu gehört ein Maximum an Meinungsfreiheit, das andere Gesellschaften nicht auswiesen. Ferner sieht Tilmisani Religionsfreiheit garantiert, die er aus Sure 18, 29 ableitet.[127] Diesbezüglich kritisiert er, dass Muslime in nichtmuslimischen Gesellschaften häufig diskriminiert würden und bezichtigt das Christentum der Intoleranz. Intoleranz und feindselige Einstellungen gegenüber Muslimen begründeten daher auch, Christen als „Feinde des Islam" (a'da' al-islam') zu bezeichnen.[128] Die Intoleranz des Christentums kontrastiert er mit der religiösen Toleranz des Islam und betont, dass nur eine „islamische Regierung" Minderheiten umfassende Rechte gewähre.[129] Eine dichotomische Zweiteilung der Welt in ein „Gebiet des Islam" (dar al-islam) und ein „Gebiet des Kriegs" (dar al-harb), die bei anderen Islamisten eine zentrale Rolle spielt, thematisiert er allerdings nicht.

2.2.5 Islamisierungsstrategie

Eine konkrete politische Strategie zur Schaffung eines islamistischen Gemeinwesens findet sich bei Tilmisani nicht. Dies gilt auch für die Frage der Gewaltanwendung. Insbesondere sein an gottesfürchtige Muslime gerichteter Aufruf, sich um die Errichtung einer „islamischen Regierung" zu bemühen,[130] lässt sich nicht als Aufruf zur Bekämpfung von aus islamistischer Sicht nicht-linientreuen Muslimen verstehen. Auch zum militanten Jihad äußert er sich nicht.

Die Strategie, die Tilmisani zur Islamisierung favorisiert, ist eine Art Networking. Er ruft dazu auf, islamische Konferenzen einzuberufen, um eine Islamisierung mit vereinten Kräften voranzutreiben.[131] Dies-

---

[126] Vgl. ebenda S. 35; Zur „islamistischen" Interpretation bzw. Instrumentalisierung dieses Verses durch Sayyid Qutb vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 79.

[127] „Wer nun will, möge glauben, und wer will, möge nicht glauben", Übersetzung nach Rudi Paret, Der Koran, Stuttgart 1977; vgl. U. at-Tilmisani (Anm. 116), S. 28.

[128] vgl. U. at-Tilmisani (Anm. 116), S. 42.

[129] Vgl. ebenda, S. 27ff.

[130] Vgl. ebenda S. 47.

[131] Vgl. ebenda S. 40.

bezüglich appelliert er mehrfach, sich in Geduld zu üben.[132] Tilmisani verweist auf sein eigenes großes Gottvertrauen, das ihn zu der Überzeugung gebracht habe, dass die Islamisierung der Gesellschaft ein selbständiger Prozess sei.

Parallel zu der von ihm favorisierten „islamischen Regierung" müsse, so Tilmisani, eine „islamische Wirtschaftsordnung" verwirklicht werden, zu der vor allem ein islamisches Bankensystem gehöre. Diese zinslose gerechte „islamische Wirtschaftsordnung", in der die sozial Schwachen nicht ausgebeutet würden, sei eine zeitgemäße Antwort auf die gegenwärtige Krise der muslimischen Gesellschaften.[133]

2.3 Ma'mun al-Hudaibi

2.3.1 Biographisch-politisches Portrait

Der Jurist Ma'mun al-Hudaibi (1921-2004), Sohn des zwischen 1951-1972 amtierenden zweiten „Obersten Führers" der ägyptischen MB, Hassan al-Hudaibi, war von 1965 bis 1971 politischer Gefangener der Regierung Nasser. Im Zuge der von Sadat eingeleiteten innenpolitischen Liberalisierung agierte er in den 1980er Jahren vor allem in der ägyptischen Parteipolitik und war Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender des – 1987 in das ägyptische Parlament eingezogenen – Oppositionsblocks „Islamische Allianz", in welchem die MB 40 von 60 Abgeordneten stellte.[134] Am 27. November 2002 war Ma'mun al-Hudaibi zum Nachfolger von Mustafa Mashhur und damit zum sechsten „Obersten Führer" der ägyptischen MB ernannt worden, bevor er am 8. Januar 2004 nach nur 13 Monaten Amtszeit verstarb.

2.3.2 Religionsverständnis

Hudaibis Religionsverständnis ist von einer Konzeption des Islam als Einheit von „Religion" und „Staat" geprägt[135] und zeichnet sich durch konkrete Bezüge auf das islamische Recht sowie auf seine beiden

[132] Vgl. ebenda u.a. S. 40f.
[133] Vgl. ebenda S. 39f.
[134] Vgl. ash-Sharq al-Ausat vom 14. November 1987.
[135] Vgl. Ma'mun al-Hudaibi, A quiet Discussion on heated Issues. Kairo 1999, S. 5.

wichtigsten Quellen, Koran und Sunna, aus. Vor allem der Scharia, deren umfassende „Anwendung“ (tatbiq ash-shari’a) er fordert,[136] ordnet er Verfassungsrang zu, indem er betont, dass die – als „höchste Verfassung“ bezeichnete – Scharia mit ihren Texten, „Zielen und universalen Prinzipien“, den sogenannten „Intentionen der Scharia“ (maqasid ash-sharia), das Basismaterial für die Ausarbeitung einer Konstitution liefere.[137]

Da, so Hudaibi, die Scharia zwar verbindlich sei, aber nur allgemeine Prinzipien und Ziele vorgebe, stehe die Umsetzung konkreter Gesetze und Regelungen den Menschen zu, welche wiederum zu Entscheidungen auf Basis des Prinzips der selbständigen Rechtsfindung (ijtihad) autorisiert seien. Um in Abgrenzung zu Qutbs Prinzip der „Gottesherrschaft“ das von ihm – wie von Qaradawi – ausdrücklich befürwortete Recht des Menschen auf eigenständiges politisches Handeln zu begründen, verweist er auf die politische Praxis des Propheten und seiner Nachfolger im Frühislam. In diesem Zusammenhang betont er, dass Koran und Sunna die Funktion einer „Verfassung“ für das Regieren zukommen solle.[138]

2.3.3 Politische Herrschaft

Hudaibis Vorstellungen zur Ausübung politischer Herrschaft erscheinen relativ ausgearbeitet, wenn auch nicht ohne Widersprüche. Er plädiert ausdrücklich für die Existenz einer Verfassung, die die öffentlichen und privaten Freiheiten der Muslime sowie der Nichtmuslime schützt. Daneben befürwortet er die Schaffung eines Parlaments mit gesetzgebender Gewalt, das durch „freie und unverfälschte Wahlen“ gebildet werden solle. Dieses solle als „Repräsentant des Volkswillens“ eine „effektive Kontrollfunktion“ ausüben sowie verbindliche Entscheidungen treffen.[139]

[136] Vgl. ebenda S. 7 ff.
[137] Vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 311.
[138] Vgl. ebenda S. 309.
[139] Vgl. ebenda S. 311.

2.3.4 Die „islamische Demokratie“

Wie Qaradawi betrachtet Hudaibi in diesem Zusammenhang Demokratie als ein allgemeines, nicht an eine bestimmte Kultur oder Religion gebundenes Prinzip.[140] Folglich befürwortet er ausdrücklich die Existenz einer demokratischen Ordnung mit entsprechenden Institutionen – etwa ein aus Abgeordnetenhaus und Senat bestehendes Zwei-Kammer-Parlament und Wahlen. Eine „islamische Demokratie“ soll darüber hinaus Gewaltentrennung, ein Mehrparteiensystem und die Existenz einer parlamentarischen Opposition umfassen.[141]

Unter Bezug auf die politische Praxis der gegenwärtigen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, in denen sowohl die Erlangung als auch die Aufrechterhaltung politischer Herrschaft fast sämtlich durch Gewaltausübung geprägt sei, will Hudaibi vor allem die Macht des politischen Herrscher einschränken. So plädiert er für eine – auf Basis des freien Willens des Menschen und der Vernunft erfolgende – Wahl des Herrschers, dessen Amtszeit zudem begrenzt werden müsse, um die Gefahr von Tyrannei zu bannen.[142] Zudem solle eine falsche Politik des Herrschers durch das Parlament und nicht durch Einzelpersonen korrigiert werden.[143] Diesbezüglich plädiert er für die Beratung (shura), die er als ein frühislamisches quasidemokratisches Prinzip betrachtet und der er aus Sure 3, Vers 110 ableitet.[144]

Seine Forderung nach Parteienpluralismus begründet Hudaibi wiederum damit, dass in einem Staat mit der Scharia als „höchster Verfassung“ und einer Rechtssprechung durch „unabhängige Richter“ kein Anlass dafür bestehe, Parteien zu verbieten oder diese in ihrer politischen Betätigung zu behindern.[145] Diesbezüglich wendet sich Hudaibi ausdrücklich gegen eine – auch in der Außenwahrnehmung der MB-Ideologie häufig als Ablehnung von Parteienpluralismus gewertete – Äußerung Hassan al-Bannas gegenüber der hizbiya („Parteientum“

[140] Vgl. ebenda S. 312.
[141] Vgl. ebenda S. 310f.
[142] Vgl. ebenda S. 311; S. 315.
[143] Vgl. ebenda S. 316.
[144] Vgl. ebenda S. 309, vgl. Sure 3,110: „Ihr (Gläubigen) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist. Ihr gebietet, was recht ist, verbietet, was verwerflich ist, und glaubt an Gott.“, Übersetzung nach Rudi Paret (Anm. 127).
[145] Vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 311f.

oder „Parteienzwist“). Er behauptet, dass Bannas 1936 geäußerte Kritik der Konzeptionslosigkeit und Korruption unter den damaligen ägyptischen Parteien gegolten habe und nicht der Ablehnung von Parteien an sich.[146] Hudaibi betont, dass Bannas Äußerung lediglich dessen persönliche Ansicht wiedergebe und zudem auf die innenpolitische Konstellation Ägyptens der 1930er Jahre bezogen werden müsse. Er lehnt vor allem den vermeintlich ewiggültigen Charakter dieser mehr als 60 Jahre alten Äußerung ab. Vielmehr beansprucht er für seine Organisation, dass die MB ihre Positionen den Zeitumständen jeweils anpasst und wertet dies als Ausdruck der Flexibilität ihrer Ideologie.[147] Auf den Vorwurf, dass die MB trotz des Bekenntnisses gegenüber demokratischen Prinzipien Demokratie möglicherweise nur aus taktischen Gründen bejahe, um nach Erlangung der Macht eine islamistische Diktatur zu errichten, antwortet er nicht.[148]

2.3.5 Minderheiten und Opposition

Parlamentarismus und Parteienpluralismus unterliegen allerdings auch Einschränkungen, die die Unterschiede zwischen einer von der MB befürworteten „islamischen Demokratie“ und westlichem Demokratieverständnis verdeutlichen: So wird unter Bezug auf den fünften „Obersten Führer“ der ägyptischen MB, Mustafa Mashhur (amt. 1996-2002), zwar die Bildung einer Partei der koptischen Minderheit Ägyptens befürwortet, aber die Zulassung linker Parteien an die Bedingung geknüpft, dass diese sich mit den „Prinzipien und Charakteristika des Staates einverstanden erklären“ müssten und Marxisten nicht für ihre Ideologie werben dürften.[149]

Hinsichtlich der Stellung der Nichtmuslime betont Hudaibi wiederum, dass diese zur Umma gehörten und deshalb nicht auszugrenzen seien. Unter Verweis auf die Stellung von Nichtmuslimen im Frühislam betrachtet er insbesondere Christen ausdrücklich als „Bürger“ (muwatinun) eines Landes und befürwortet ihr – auch in der Scharia verankertes – Recht auf politische Partizipation.[150] Da viele Entscheidungen in

[146] Vgl. ebenda S. 310f.
[147] Vgl. M. al-Hudaibi (Anm. 135), S. 15.
[148] Vgl. ebenda S. 32.
[149] Vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 312.
[150] Vgl. M. al-Hudaibi (Anm. 135), S. 56.

der Politik menschliche Angelegenheiten darstellten, seien Nichtmuslime als „Leute der Konsultation“ (ahl al-shura) anzusehen und müssten folglich auch im Konsultativrat vertreten sein, der durch Toleranz gegenüber unterschiedlichen Rassen und Religionsgemeinschaften sowie durch Meinungspluralismus gekennzeichnet sei.[151] Das Prinzip des gegenseitigen Verständnisses gelte allerdings nicht für Atheisten, für jene Muslime, die dem Islam ablehnend gegenüberstünden sowie für Apostaten, wobei die tatsächlichen Auswirkungen von Apostasie durch die Prüfung entsprechender Rechtstexte der Scharia noch zu klären seien.[152]

2.3.6 Das Verhältnis zur Gewalt

Hudaibis Verhältnis zur Gewalt ist auf den ersten Blick von einer expliziten Ablehnung gekennzeichnet; jedoch ist diese relativ. So verweist er darauf, dass die Änderung eines Zustand des Verwerflichen (al-munkar) mittels Gewalt ausschließlich Sache des Staates sei, der als einzige Institution die Sicherheit und Unversehrtheit der Gesellschaft garantiere und deshalb das Gewaltmonopol innehaben solle.[153] Diesbezüglich streicht er heraus, dass die MB zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele seit mehr als drei Jahrzehnten keinerlei Gewalt angewandt habe und Anschläge gewaltorientierter Gruppen – etwa der ägyptischen „al-Jama’a al-islamiya“ auf westliche Touristen 1997 in Luxor – ausdrücklich ablehne.[154] Insbesondere der Jihad sei kein legitimes Mittel, um das Verwerfliche zu ändern und etwa einen Systemwechsel herbeizuführen. Seine Ablehnung der gewaltsamen Absetzung selbst eines despotischen Herrschers mittels Jihad begründet Hudaibi mit Blick auf die Entwicklungen in Algerien und die verheerenden Folgen des Bürgerkriegs für die Zivilbevölkerung, indem er betont: „Wie groß das Unrecht uns gegenüber auch sein mag, wir greifen nicht auf Gewalt zurück. Dem Staat Gewalt zu verkünden, ist rechtlich nicht akzeptabel. Es ist Sünde (haram) und führt zu nichts. Es bringt nur Zerstörung“.[155] Auch massive Wahlfälschungen des Staates, so

[151] Vgl. S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 313f.
[152] Vgl. ebenda S. 314f.
[153] Vgl. ebenda S. 316f.
[154] Vgl. M. al-Hudaibi (Anm. 135), S. 22.
[155] Vgl. Hudaibi zit. nach: S. Damir-Geilsdorf (Anm. 16), S. 317.

Hudaibi in Anspielung auf die politischen Verhältnisse in Ägypten, rechtfertigten keine Gewalt. Effektive gesellschaftliche und politische Reformen sollten vorrangig durch Bewusstseinsänderung der Menschen erfolgen.[156]

Allerdings findet sich bei Hudaibi keine generelle Verurteilung von Gewaltanwendung zur Änderung der politischen Verhältnisse. Er hält Gewalt dann für notwendig, wenn andere Mittel, etwa das der Mission (da'wa), versagten. Insofern ist sein Verzicht auf Gewalt als Mittel für politische Ziele in erster Linie pragmatisch begründet, nicht durch ein quietistisches Herrschaftsverständnis.[157] Darüber hinaus bejaht er ausdrücklich Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt und verbrämt in diesem Zusammenhang Selbstmordanschläge als vermeintlich legitime „Märtyrer-Operationen".[158]

2.4 Mustafa Mashhur[159]

2.4.1 Biographisch-politisches Portrait

Mustafa Mashhur (1919-2002), geprägt von Verfolgung und mehrfacher Haft unter König Faruq und unter Nasser,[160] fungierte jahrelang als Chefideologe und politischer Kopf hinter dem zwischen 1986-1996 amtierenden vierten „Oberster Führer" der ägyptischen MB, Hamid Abu'n-Nasr (1913-1996). Zuvor soll er zwischen 1981-1986 von Deutschland aus die internationalen Aktivitäten der Organisation koordiniert haben.[161] Nachdem Mashhur 1996 selbst zum fünften „Obersten Führer" ernannt worden war, verstarb er nach sechsjähriger Amtszeit im November 2002.

---

[156] Vgl. ebenda S. 317f.
[157] Vgl. ebenda S. 318.
[158] Vgl. M. al-Hudaibi (Anm. 135), S. 58.
[159] Der Beitrag zu Mustafa Mashhur wurde von Richard Hattemer verfasst.
[160] 1948-1951 inhaftiert; 1954 erneute Verhaftung unter dem Vorwurf des Mordversuchs an Nasser; 1965 bis 1971 im Rahmen der Festnahme von Sayyid Qutb ohne Anklageerhebung in Haft.
[161] Vgl. al-Hayat vom 31.10.2002.

2.4.2 Religionsverständnis

Die Überzeugungen und Ziele Mustafa Mashhurs lassen sich anhand zweier 1990[162] und 1991[163] erschienener Schriften wie folgt zusammenfassen: Ausgangspunkt ist die Überzeugung, dass der Islam eine ganzheitliche Religion sei – eine Auffassung, die er mit der Formel din shamil kamil (eine umfassende, vollkommene Religion) wiedergibt.[164] Auch die staatliche Ordnung ist für ihn durch den Islam vorgegeben. Dies wird nicht nur durch seine Rezeption der klassischen islamistischen Formel „Der Islam ist Religion und Staat" (al-islam din wa daula)[165] offenkundig, sondern durch seine Forderung nach Schaffung eines „islamischen Staates".

Zu den Elementen des „islamischen Staates" gehört für Mashhur die „Anwendung der Scharia" (tatbiq ash-sharia),[166] wobei er diesen Punkt hier nicht näher ausführt. Die generelle Tendenz seiner Aussagen legt den Schluss nahe, dass er die Scharia in ihrer traditionellen Auslegung meint. Zumindest äußert sich Mashhur nicht zum Thema eines reformierten Rechtsverständnisses. Zuverlässige Aussagen über sein Rechtsverständnis bezüglich der Anwendung von Körperstrafen, der Stellung der Frau und religiöser Minderheiten lassen sich anhand der zwei Schriften gleichwohl nicht treffen.

2.4.3 Herrschaftstheorien

Nach Mashhurs Auffassung besteht für die Muslime die unbedingte Pflicht, einen „islamischen Staat",[167] ja einen „islamischen Weltstaat" (ad-daula al-islamiya al-‚alamiya) zu errichten.[168] Die Formulierung lässt auf einen Universalanspruch schließen, insbesondere in Verbin-

---

[162] Vgl. Mustafa Mashhur, Mustafa, al-Qa'id al-qudwa 'ala tariq ad-da'wa (Der beispielhafte Führer auf dem Weg der Mission), Kairo 1990.

[163] Mustafa Mashhur, Wahdat al-'amal al-islami fi l-qutr al-wahid (Die Einheit der islamischen Arbeit in einem einheitlichen Gebiet), Kairo 1991.

[164] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 24, in anderem Wortlaut, aber sinngemäß identisch S. 58; M. Mashhur (Anm. 163), S. 99.

[165] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 67.

[166] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 12.

[167] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 4f, 84; M. Mashhur (Anm. 163), S. 13, 16f.

[168] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 9, 58, 137; M. Mashhur (Anm. 163), S. 30ff., 42, 77.

dung mit den Aussagen, dass sich der Islam an die gesamte Menschheit richte[169] und die Religion Gottes auf der Erde etabliert werden soll.[170] Mashhur geht es jedoch nicht um eine weltweite Missionierung oder gar eine Eroberung nichtmuslimischer Gebiete, sondern um die Einigkeit und Einheit der Muslime. Wenn er vom „islamischen Weltstaat" spricht, meint er damit womöglich lediglich ein islamisches Großreich, das an die Stelle der zahlreichen muslimischen Einzelstaaten treten soll, ein Großreich, das die mehrheitlich von Muslimen bewohnten Regionen umfasst, aber keinen universalen Charakter besitzt. Letztendlich bleiben Mashhurs Ausführungen allerdings zweideutig.

Mashhurs Modell von einem „islamischen Staat" ist eng mit der Institution des Kalifats und der Forderung nach seiner Wiedererrichtung verknüpft.[171] Die Errichtung des Kalifats bezeichnet er zwar nicht als religiöse Pflicht (fard), aber mehrfach als Notwendigkeit (darura).[172] Die durch Atatürk vollzogene Abschaffung des letzten Kalifats der islamischen Geschichte im Jahr 1924 sieht Mashhur bezeichnenderweise als einen Hauptfaktor für die von ihm diagnostizierten „Defekte" und „Krankheiten" der islamischen Welt, z.B. mangelnde Einigkeit, politische Ohnmacht und diktatorische Herrschaft.[173] Mit seinem Aufruf an die Muslime, aktiv an der Errichtung eines „islamischen Staates" und des Kalifats mitzuwirken,[174] glaubt Mashhur, die Fehlentwicklungen der jüngeren muslimischen Geschichte wieder rückgängig zu machen und die Einheit der muslimischen Gemeinde wieder herzustellen.

Der Gemeinschafts- und Einheitsgedanke spielt in seinem Denken eine derart zentrale Rolle, dass für Individualismus und Pluralismus kein Raum bleibt. Gott habe die Muslime dazu aufgerufen, sich zu vereinen und nicht in einzelne Fraktionen zu zerfallen.[175] Mashhur geht zwar nicht explizit auf ein Mehrparteiensystem ein, doch lassen sich seine Ausführungen zur Einheit („Unser Islam ist eins, unser Ziel

[169] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 11.
[170] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 10; M. Mashhur (Anm. 163), S. 28f., 34.
[171] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 4, 24; M. Mashhur (Anm. 163), S. 8, 30ff., 43, 98.
[172] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 13, 16f., 79, 97.
[173] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 14f., 26.
[174] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 4f., 84.
[175] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 86.

ist eins, unser Weg ist eins“)[176] als Absage an Parteienpluralismus interpretieren.

Mashhurs Ausführungen hinsichtlich der Mittel der Zielerreichung reduzieren sich auf einige Schlagworte, enthalten aber keine konkreten Handlungsvorschläge. Die Veränderung der staatlichen Ordnung beruhe auf der „Stärke des Dogmas und des Glaubens, Stärke der Einheit und Brüderlichkeit“ und schließlich – in genau dieser Reihenfolge – auf der „Stärke der Waffen.“[177] Damit ruft er zwar nicht direkt zu einem gewaltsamen Umsturz in seinem Heimatland oder in anderen muslimischen Staaten auf, lässt aber eine klare Distanzierung zum Mittel der Gewalt vermissen.

Mashhur entwirft in seinen Schriften das Idealbild eines harmonischen islamischen Großreiches oder Weltreiches, das er den gegenwärtigen „kranken“ Verhältnissen entgegengesetzt. Dem Idealbild haftet jedoch etwas von Zeit und Raum Losgelöstes, Abstraktes, ja Utopisches an. Zudem bleibt es in wesentlichen Fragen unscharf: So propagiert Mashhur zwar an zahlreichen Stellen die Wiedererrichtung des Kalifats, führt aber nicht aus, welche Funktionen er dem Kalifen grundsätzlich, geschweige denn im Hinblick auf die heutige Zeit oder die Zukunft zukommen lässt. Auch der von ihm propagierte Einheitsgedanke lässt nicht erkennen, ob er einen muslimischen Einheits-/Zentralstaat anstrebt oder lediglich eine verstärkte Kooperation innerhalb der muslimischen Gemeinde.

2.4.4 Abgrenzungsmechanismen und Feindbilder

Für den gegenwärtigen Zustand der Zersplitterung und Schwäche der islamischen Welt macht er die „Feinde Gottes“ und „Feinde des Islam“ verantwortlich.[178] Zwar nennt er in diesem Zusammenhang weder Personen noch Staaten, aber aus dem Gesamtkontext ist unschwer zu erkennen, dass die europäischen Kolonialmächte sowie säkulare Muslime wie Atatürk, der bei der Abschaffung des osmanischen Kalifats eine wesentliche Rolle spielte, gemeint sind.

---

[176] Vgl. ebenda S. 86.
[177] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 52.
[178] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 83; M. Mashhur (Anm. 163), S. 5, 26.

Sinnbildlich für die Degradierung der Muslime ist für Mashhur die Staatsgründung Israels, die er als „Einpflanzung des zionistischen Gebildes im Herzen der islamischen Gemeinde mit dem Ziel der Ausbreitung vom Nil bis zum Euphrat“ brandmarkt.[179] Die Nicht-Anerkennung des Existenzrechts Israels kommt bei Mashhur auf zweierlei Weise zum Ausdruck: Zum einen vermeidet er es konsequent, Israel beim Namen zu nennen. Stattdessen ist vom „zionistischen Gebilde“ und vom „Krebsgeschwür im Körper der islamischen Gemeinde“ die Rede.[180] Zum anderen spricht er von der Notwendigkeit, „die muslimischen Länder und Völker aus der Feindesherrschaft zu befreien, insbesondere Palästina und die al-Aqsa-Moschee“.[181]

Wie die „Befreiung Palästinas“ erreicht werden soll, wird von Mashhur nicht ausgeführt. Doch seine auf Israel bezogene Wortwahl lässt erkennen, dass er Kompromisslösungen ablehnt. Zum 1979 zwischen Ägypten und Israel abgeschlossenen Friedensabkommen von Camp David vermerkt er lediglich, dass dies nur eine weitere Spaltung der arabischen Welt bewirkt habe, nämlich die Isolierung Ägyptens innerhalb der arabischen Staatenwelt.[182]

2.5 Rashid al-Ghannushi

2.5.1 Biographisch-politisches Portrait

Einer der einflussreichsten aktuellen islamistischen Theoretiker im Umfeld der MB ist der Tunesier Rashid al-Ghannushi. Seit 1991 im britischen Exil lebend blickt er auf eine schillernde Vergangenheit an der Spitze der islamistischen Bewegung seines Heimatlandes (Partei „El Nahda“ – Die Wiedererweckung) sowie an Schnittstellen internationaler islamistischer Organisationen, insbesondere im Umfeld der MB, zurück. Er verfügte jahrelang über enge Kontakte u.a. zu Angehörigen und Unterstützern der Regime im Iran und im Sudan. Seine als moderat geltende Auffassung zum Verhältnis von Islam und westlicher Gesellschaft haben Ghannushi zum Vertreter eines vermeintlich

[179] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 27.
[180] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 6; ähnlicher Wortlaut in M. Mashhur (Anm. 162), S. 83.
[181] Vgl. M. Mashhur (Anm. 162), S. 83f.
[182] Vgl. M. Mashhur (Anm. 163), S. 6.

„aufgeklärten Islamismus“ werden lassen.[183] Unter seinen Anhängern und Mitstreitern wird er aufgrund seiner politischen Verfolgung in Tunesien als „Märtyrer der islamischen Bewegung“ gefeiert.[184] Seine engen Verbindungen zu diversen islamistischen Organisationen und Aktivisten weltweit – er war u.a. Gründungsmitglied im „Europäischen Rat für Fatwas und Studien“ (European Council for Fatwa and Research, ECFR, kurz „Europäischer Fatwarat“) –, nicht zuletzt seine widersprüchlichen Aussagen zur Gewaltfrage weisen ihn jedoch als Verfechter einer islamistischen Ideologie aus.

Ghannushi wurde 1941 in Hamma/Provinz Gabès (Tunesien) geboren. 1959 nahm er ein Studium der islamischen Theologie an der islamischen Zaituna-Universität in Tunis auf. Ab 1962 hielt er sich zum Studium in Kairo und in Damaskus auf. Durch enge Kontakte mit führenden Repräsentanten der MB festigte er seine religiös-politische Sozialisation und Überzeugung.

Ghannushi lebte längere Zeit in Frankreich und anderen europäischen Ländern, bevor er 1969 eine Stelle als Lehrer in Tunis antrat. Daneben betätigte er sich als Journalist und Redakteur, gab die Zeitschrift „al-Ma’rifa“ (Wissen), Sprachrohr der islamistischen Bewegung in Tunesien, heraus. 1980 gründete Ghannushi die Partei „Mouvement de la Tendance Islamique“ (MIT), deren Vorsitz er übernahm. 1981 wurde er wegen staatsfeindlicher Aktivitäten inhaftiert. Nach einer Amnestie 1984 nahm er seine politische Tätigkeit für die MIT, teilweise im Untergrund, wieder auf.

1987 wurde Ghannushi erneut verhaftet. Nach Regierungsübernahme durch Staatschef Ben Ali sammelte er die islamistische Bewegung in der neuen Partei „El Nahda“ (Die Wiedererweckung). Deren Propaganda führte erneut zu Verhaftungswellen. 1990 flüchtete Ghannushi nach Sudan, stand hier in Kontakt mit dem bekannten Islamistenführer Hassan al-Turabi und rechtfertigte u.a. den unter dem Motto des Jihad geführten bewaffneten Widerstand gegen die Golfkriegsallianz 1991. Zugleich unterstützte er die Islamische Heilsfront (FIS) in Algerien. In

[183] In einer Art „Modell-Biographie“ beschreibt der ebenfalls im britischen Exil lebende MB-Funktionär Azzam S. Tamimi seinen geistigen Werdegang, vgl. Azzam S. Tamimi, Rachid Ghannouchi. A Democrat Within Islamism. New York 2001.

[184] Vgl. www.nahdha.net.

Tunesien steht Ghannushi seither auf der Fahndungsliste. 1991 emigrierte er nach London, wo er 1993 politisches Asyl erhielt. Von dort nimmt er geistigen Einfluss auf der MB nahestehende islamistische Organisationen in europäischen Ländern. Seit 1997 ist Ghannushi Mitglied im „Europäischen Fatwarat“ (ECFR).

2.5.2 Ideologische Positionen

Als Theoretiker islamistischer Bewegungen erwarb sich Ghannushi in den letzten Jahren den Ruf eines Reformers und Pragmatikers. Er beherrscht dabei in geschickter Weise die Doppelargumentation, einerseits den Einsatz von Gewalt unter bestimmten Bedingungen als vermeintlich legitimen Widerstand zu rechtfertigen und andererseits sowohl Menschenrechte als Demokratie als integrale Bestandteile einer modernen Islaminterpretation verstehen zu wollen.[185] Wie in der Programmatik der tunesischen Islamistenpartei El Nahda deutlich wird, versucht Ghannushi sich hierbei nicht gegen die Moderne zu stellen, sondern die Moderne gewissermaßen zu „islamisieren“.

Viele Äußerungen Ghannushis aus den letzten Jahren fallen theoretisch oder intentional aus und lassen Raum für Interpretationen. Aus diesem Grund ist ihm gelegentlich Verschleierungstaktik vorgeworfen worden. So bezeichnete ihn der Direktor des Instituts für Menschenrechte in Kairo, Baha Eddin Hassan, als „Machiavelli“ unter den Islamisten. Die Kritik gründet sich darauf, dass Ghannushi einerseits undemokratische Verhältnisse und die Anwendung staatlicher Gewalt als politisches Mittel verurteile und andererseits islamistische Bewegungen wie im Iran, Sudan und Algerien als „Volksrevolutionen“ rechtfertige.[186]

An anderer Stelle bezeichnete Ghannushi schließlich die „zionistische“ Diplomatie und die Medien als „Feinde des Islam“ und kritisierte den früheren israelischen Staatspräsidenten Herzog heftig wegen dessen Warnung vor dem Islamismus.[187]

---

[185] Vgl. Antoine Sfeir (Hrsg.): Rachid Ghannouchi, in: Dictionnaire mondial de l’islamisme, Paris 2002, S. 212.
[186] Vgl. Tamimi (Anm. 183), S. 204.
[187] Vgl. ebenda S. 173.

2.5.3 Herrschaftstheorien und der Status von Minderheiten

In seinen Schriften und Traktaten spielt das Verhältnis von Islam und moderner säkularer Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Er vertritt hier nach außen eine „Dialog-Position", die ihn u.a. zum Gesprächspartner in diversen internationalen Expertengremien gemacht hat.[188] Begriffe demokratischer Gesellschaften wie Pluralismus von Religionen und Weltanschauungen, Demokratie, Rechte von Minderheiten u.a., deren Inhalte er als kompatibel mit dem Islam ansieht, durchziehen seine Bücher.

In den in englischer Übersetzung zugänglichen Reden von 1984, veröffentlicht unter dem Titel „The Right to Nationality Status of Non-Muslim Citizens in a Muslim Nation", nimmt Ghannushi Stellung zur Frage von Minderheitenrechten und Toleranz.[189] Er bezeichnet darin als Prinzip des „islamischen Staates" die sich aus Koran, Sunna (Tradition) und islamischem Recht ergebende Gleichheit aller seiner Bürger, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, sozialem Status oder Religion. Ein Nichtmuslim habe nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung, sondern auch das selbstverständliche Recht, Kirchen, Tempel, Klöster oder Synagogen zu errichten. Jede Abweichung davon sei mit dem Islam nicht vereinbar.[190] Die Einschränkung von Freiheitsrechten für Andersgläubige durch die Scharia, die von „Gegnern" des Islam behauptet würde, beziehe sich auf „falsche Auslegungen" oder auf historisch bedingte Regelwerke, die in einer modernen islamischen Gesellschaft keine Geltung mehr hätten. Ghannushi argumentiert immer wieder mit der Folie der Liberalität des Islam, die impliziere, dass

---

[188] So war u.a. ein Beitrag von Ghannushi über die integrative Rolle des Islam in der Gesellschaft in dem 1999 in Beirut erschienenen Sammelband Al-'Almaniya wa'l-mumana' al-islamiya (Der Säkularismus und die islamische Opposition) enthalten. Im gleichen Band äußerten sich auch im Westen bekannter Experten, darunter der ägyptische Menschrechtsaktivist Saad Eddin Ibrahim. Auch bei Tagungen der britischen Association of Muslim Social Scientists (AMSS) und des in den USA angesiedelten islamischen „think-tank" International Institute of Islamic Thought (IIIT) ist Ghannushi ein bevorzugter Gast.

[189] Herausgeber der englischen Übersetzung ist die Islamic Foundation of America (1990). Das Buch wurde u.a. vom Islamischen Zentrum München vertrieben.

[190] Vgl. Rashid al-Ghannushi, The Right to Nationality Status of Non-Muslim Citizens in a Muslim Nation, o.O. 1990, S. 61.

die Anwendung der auf Koran und Sunna basierenden „reinen Lehre“ in Verbindung mit dem sogenannten Prinzip der „selbständigen Rechtsfindung“ (ijtihad) kompatibel mit modernen politischen Theorien sei, die wiederum Grundlage einer liberalen zivilgesellschaftlichen Ordnung bildeten.

Damit erhält die Argumentation von Ghannushi, wie in dem Buch „al-hurriya al-’amma fi’d-daula al-islamiya“ (Die allgemeine Freiheit im islamischen Staat, 1993) deutlich wird, hohe Anziehungskraft für zahlreiche islamische Bewegungen und Akteure insbesondere im Westen, beispielsweise im Umfeld der Federation of Islamic Organisations in Europe (FIOE), die sich von Liberalitätsdiskursen neue Partizipationschancen in ihren jeweiligen Ländern erhoffen[191].

2.5.4 Islamisierungsstrategien

Ghannushi gehörte 1998 schließlich auch zu den Initiatoren der in Kairo gegründeten Zeitschrift „al-Manar al-jadid“ (Der neue Leuchtturm). Mit ihr beriefen sich die Herausgeber, darunter mehrheitlich der ägyptischen MB nahestehende Theoretiker wie Yusuf al-Qaradawi und Muhammad ‘Imara, auf das 100 Jahre zuvor erschienene „Zentralorgan“ der sich als Reformbewegung verstehenden Salafiyya „al-Manar“ (Der Leuchtturm) unter dem syrischen Islamgelehrten Muhammad Rashid Rida (1865-1935).

In der ersten Ausgabe nimmt Rashid al-Ghannushi Stellung zur vermeintlichen „Ratlosigkeit“ der islamistischen Bewegung (hairat al-haraka al-islamiya) an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. [192]

Die Existenzberechtigung des zeitgenössischen Islamismus sieht Ghannushi in der Vitalität und Einzigartigkeit seiner Rolle begründet. Dem liegt die Interpretation zugrunde, dass die historischen Transformationen des 20. Jahrhunderts einen radikalen Bruch mit der Kontinuität der islamischen Geschichte auslösten. Die Entstehung moderner Nationalstaaten im arabisch-islamischen Raum zog das Ende der klassischen Gewaltenteilung zwischen Herrschern und Gelehrten,

[191] Sein „geistiger Schüler“ Tamimi bezeichnet das Buch als „wichtigstes Werk der modernen politischen Theorie im Islam“, vgl. Tamimi (Anm. 183), S. 72ff.

[192] Vgl. Hamzawi (Anm. 17), S. 292f.

welche auf einer funktionalen Trennung zwischen der Politiksphäre und der Gesellschaft beruhte, nach sich. Die von den Gelehrten traditionell erfüllten Rollen der Legitimierung der politischen Macht verloren im nationalstaatlichen Gebilde ihre Bedeutsamkeit, solange deren Vertreter die Bestimmungen der Scharia in den Gesellschaftsbereichen respektierten und den Gelehrten den Zugang zu den Massen weiterhin ermöglichten.

Die neuen nationalen Eliten hätten gemäß ihrer autoritären Auffassung einen ganzheitlichen Anspruch und lehnten jegliche Form der Beteiligung anderer Kräfte an der Schaffung der „neuen Gesellschaft" ab. Sie degradierten die religiösen Instanzen zu verstaatlichten Instrumenten der Machtabsicherung und vereinnahmten die religiösen Inhalte und Symbole für ihre weltlichen Zwecke. Fortan, so Ghannushi, hatten die Gelehrten ausschließlich zwei Handlungsmöglichkeiten: entweder den Machtinhabern zu gehorchen und sich dadurch minimale Freiheiten (vor allem im Bildungsbereich) zu sichern oder oppositionelle Gruppen zu formieren bzw. zu inspirieren, die gegen den Nationalstaat zu agieren hatten, um die Religion und die Gesellschaft von dessen Hegemonie zu befreien.

Die ägyptische MB verkörpere die Umsetzung der zweiten Option und ebnete durch die Werke von Hassan al-Banna und Sayyid Qutb den Weg zur Entstehung zahlreicher religiös geprägter Bewegungen im arabisch-islamischen Raum, die sich mit reformerischen oder radikalen Mitteln bemühten, den Staat und die Gesellschaft zu reislamisieren.

2.5.5 Das Verhältnis zur Gewalt

Obwohl Ghannushi in seinem Beitrag das Ziel der „Reislamisierung" für unverzichtbar erachtet, betont er, dass die schmerzhaften Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte eine neue Gewichtung der eingesetzten Strategien im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit den islamischen Werten und Normen und ihre politische Wirksamkeit benötigen. Denn die Radikalität und Gewaltbereitschaft, die in den 1980er und 1990er Jahren das Streben der Islamisten nach gesellschaftlicher Veränderung charakterisierten, stünden im Gegensatz zum graduell angelegten Verständnis des Wandels im islamischen Denken. Darüber

hinaus beschädigten sie die Glaubwürdigkeit der Islamisten, deren Mehrheit sich in den letzten Jahren zur Überzeugung durchgerungen hatte, dass weder die Gewalt noch die ganzheitliche Ablehnung moderner Gesellschaftsstrukturen reale Perspektiven darstellen.

Basierend auf dem Islam als einzig wahrer Orientierungsquelle hätten die Islamisten den Auftrag, mittels Gesetzes- und Bildungsreformen einen Prozess der Reislamisierung in allen Lebensbereichen anzustoßen und dadurch die Verwirklichung eines an den islamischen Prinzipien der shura (Beratung) und der siyasa shar'iya (schariakonformen Politik) ausgerichteten Politik- und Gesellschaftsmodells zu ermöglichen.

2.5.6 Rezeption

Hinsichtlich der Rezeption Ghannushis in der Bundesrepublik muss einschränkend bemerkt werden, dass seine Schriften – soweit bekannt – bislang nur auf Arabisch und Englisch veröffentlicht worden. So sind lediglich seine Vorträge „The Right to Nationality Status of Non-Muslim Citizens in a Muslim Nation" vom Islamischen Zentrum München aus vertrieben worden.

Im Umfeld des „Zentralrates der Muslime in Deutschland" (ZMD), der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD) und der inzwischen inaktiven „Gesellschaft Muslimischer Sozial- und Geisteswissenschaftler" (GMSG)[193] wird auf Ghannushi als „Modell" eines islamischen Reformdiskurses rekurriert. Der zum Islam konvertierte ehemalige Diplomat Murad Wilfried Hofmann, Ehrenmitglied des ZMD, hat die „positive Einstellung" von im Westen lebenden muslimischen Denkern – darunter Ghannushi – jüngst in einem Interview als „vorbildhaft für die muslimische Kernwelt" dargestellt.[194]

Daraus ist abzuleiten, dass sich Rashid al-Ghannushi als Theoretiker eines „aufgeklärten Islamismus" insbesondere für eine akademisch

[193] Gerade in der britischen Schwesterorganisation Association of Muslim Social Scientists (AMSS) fallen Ghannushis Ideen auf fruchtbaren Boden, wie die Themen der Jahrestagungen verdeutlichen; vgl. www.amssuk.com.

[194] In einem Beitrag über „Islam und Menschenrechte" benennt Hofmann Ghannushi - neben Yusuf al-Qaradawi und Hassan al-Turabi - als Modelle für einen modernen Menschenrechtsdiskurs, der mit westlichen Vorstellungen kompatibel sei; vgl. www.islam.de/?site=articles&archive_newsnational&article_number=2199 (gelesen am 26. Februar 2004).

gebildete muslimische Elite in Europa hervorragend als Identifikationsfigur eignet. Mithilfe seiner Argumentation wird versucht, den Balanceakt zwischen islamischer Identität, islamistischen Deutungsansprüchen und westlicher Verfassungsordnung als realisierbar zu demonstrieren.[195]

2.6 Faisal Maulawi

2.6.1 Biographisch-politisches Profil

Faisal Maulawi gehört zu den prominentesten islamischen Rechtsgelehrten aus dem Umfeld der MB. Er wurde 1941 in Tripoli (Libanon) geboren und studierte islamisches Recht in Beirut und Damaskus. Er fungiert seit vielen Jahren als Richter am Scharia-Gericht in Beirut und erwarb sich in islamischen Kreisen außerhalb des Libanon bereits frühzeitig einen Ruf als Prediger und Verfasser von Rechtsgutachten.

1964 gründete Maulawi im libanesischen Tripoli die „Islamische Gemeinschaft“ (al-Jama'a al-islamiya), die als einer der ältesten Ableger der MB gilt und der er bis heute als Generalsekretär vorsteht.[196] Bekannt als islamistischer Theoretiker und Prediger auch in Europa wurde er 1985 zum Mitgründer und Berater der Dachorganisation französischen Muslime „Union des Organisations Islamiques de France“ (UOIF), die personell wie ideologisch mit der MB eng verbunden ist. Maulawi hielt sich in den 1980er Jahren zu Studien an der Sorbonne in Paris auf. Aufgrund seiner Reputation und seiner Kontakte zu islamischen Gemeinden in Europa erscheint es kaum überraschend, dass Maulawi 1990 zum Gründungsdekan der MB-nahen Schulungseinrichtung „Institut Europeen des Sciences Humaines“ (IESH) und 1997 zum Vizepräsidenten des „Europäischen Fatwarats“ (ECFR) gewählt wurde. Enge Kontakte unterhält er auch zu der wahhabitisch beeinflussten Jugendorganisation „World Assembly of Muslim Youth“ (WAMY).

---

[195] In den Medien distanziert sich Ghannushi vom politischen Missbrauch des Islam wie in den 90er Jahren in Algerien. Niemandem dürfe eine religiöse Überzeugung aufgezwungen werden. Das gebiete der Koran, der auch keinen Menschen ermächtige, stellvertretend für Gott zu sprechen; vgl. dazu Interview mit Rashid Ghannoushi in: Frankfurter Rundschau vom 20. Oktober 1996.

[196] Vgl. Sfeir (Anm. 185), S. 307.

2.6.2 Staats- und Rechtsverständnis

Unter den von ihm verfassten Schriften finden sich überwiegend Titel zu rechtlich-theologischen Themen, der sich insbesondere an die in einem nichtislamischen Umfeld wie z.B. im Westen lebenden Muslime richten.[197] In einem Interview empfahl Maulawi 1999 den Muslimen in Europa ihre Aufnahmeländer als „Vertragsgebiete“ (dar al-’ahd) zu betrachten.[198]

In der Schrift „al-Usus ash-Shar’iya li al-’alaqat bain al-muslimin wa ghair al-muslimin“ (Die islamrechtlichen Grundlagen für das Verhältnis zwischen Muslimen und Nichtmuslimen) präzisiert er die moderne Auslegung, die sich aus der klassischen islamischen Einteilung der Welt in „Gebiet des Islam“ (dar al-islam) und „Gebiet des Krieges“ (dar al-harb) ergeben für das Verhalten der Muslime heute. [199] Anweisungen und Handlungen auch der „vom rechten Weg abgekommenen“ muslimischen Herrscher wie auch der Rechtsordnungen im Westen, unter denen Muslime lebten, seien als rechtlich bindend zu akzeptieren, es sei denn, sie bedeuteten eine eindeutige „Sünde“. Als Beispiel dafür nennt Maulawi den Abschluss eines Friedensabkommens mit dem Staat Israel „auf Kosten des palästinensischen Volkes“, das für Muslime islamrechtlich nicht anerkannt zu werden braucht.[200] Bei Kollosionen in Rechtsfragen sollte von den Gläubigen das islamische Recht soweit möglich angewandt werden.

2.6.3 Das Verhältnis zur Gewalt

In den letzten Jahren ist Maulawi insbesondere durch islamische Rechtsgutachten (Fatwas) hervorgetreten, die u.a. in dem MB-nahen Internetportal Islamonline.net verbreitet werden, das auch der Veröffentlichung der Fatwas von Qaradawi und anderen Mitgliedern des

---

[197] Eine Liste von Veröffentlichungen und Predigten ist abrufbar unter www.mawlawi.net.

[198] Als „Feindesgebiet“ (dar al-harb) im Sinne der klassisch-islamischen Einteilung der Welt sollte nach Meinung von Maulawi der Staat Israel gelten; vgl. Internetausgabe der Palestinian Times, Nr. 98/1999.

[199] Deutsche Übersetzung von Samir Mourad unter dem Titel: Die Schariagrundlagen für das Verhältnis zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, Karlsruhe 2006.

[200] Vgl. ebenda S. 86.

ECFR dient.[201] Hier hat er sich neben zahlreichen zivilrechtlichen Themen auch zur Frage der Anwendung von Gewalt in politischen Konflikten geäußert.

In einer Fatwa zum Thema Selbstmordanschläge in Israel äußert sich Maulawi im März 2002 wie folgt: „Ich glaube, dass unter diesen Bedingungen [der Besatzung, militärischer Unterlegenheit, Tötung palästinensischer Frauen und Kinder, E.R.] diese Missionen eine heilige Pflicht jedes fähigen Menschen darstellen, und jeder, der dabei getötet wird, ein Märtyrer ist, Gott möge ihn mit hoher Wertschätzung segnen. Ich rufe jeden Palästinenser dazu auf, nicht zu zögern, solche Operationen auszuführen, solange diese als einziger Weg erscheinen, um den Jihad zu vollziehen und solange sie ausgeführt werden mit der Intention, dass eigene Leben für das Wohlergehen der eigenen Religion und der Nation zu opfern…“ [202] Diese Aussage beruht auf der Unterstellung, dass der Staat Israel als ganzes eine „militärische Gesellschaft“ sei und die sogenannten „Märtyrer-Operationen“ von Palästinensern lediglich Gleiches mit Gleichem vergelten. Maulawi zieht dazu die Koransure 16, Vers 126 heran: „Und so ihr euch rächen wollt, so rächt euch in gleichem Maße, als euch Böses zugefügt ward...“[203] Auffällig ist, dass den zweiten Teil des Verses auslässt, der – vor dem Hintergrund frühislamischer Konflikte – eine „Duldung“ anstatt „Bestrafung“ des Gegners empfiehlt.[204]

2.6.4 Rezeption

In der Bundesrepublik ist Maulawi bei muslimischen Veranstaltungen bislang nachweislich nicht aufgetreten. Es ist jedoch bemerkenswert, dass eine Veröffentlichung seit kurzem vom Deutschsprachigen Mus-

---

[201] Vgl. Bettina Gräf, IslamOnline.net – Independent, interactive, popular. In: www.arabmediasociety.org. The Middle East Centre, St. Antony College, University of Oxford, January 2008.

[202] Martyr Operations carried out by Palestinians, Fatwa vom 30.03.2002, vgl. www.islamonline.net/fatwa/english/FatwaDisplay.asp?hFatwaID=3512 (gelesen am 12. November 2004).

[203] Übersetzung nach Rudi Paret (Anm. 127).

[204] Vgl. auch Fatwa von Maulawi „Attacking Civilians in Martyr Operations“ vom 26. Oktober 2003, unter: www.islamonline.net/fatwa/english/FatwaDisplay.asp?hFatwaID=46143 (gelesen am 26. Februar 2004).

limkreis in Karlsruhe vertrieben wird.[205] Als angesehener muslimischer Rechtsgelehrter und insbesondere als Vertreter des „Europäischen Fatwarats“ dürften seine politischen und rechtlichen Aussagen und Empfehlungen für islamistisch beeinflusste muslimische Organisationen in der Bundesrepublik wie beispielsweise der IGD als richtungsweisend gelten.

3. Weitere Führungspersönlichkeiten der Muslimbruderschaft

3.1 Azzam S. Al-Tamimi

Azzam Al-Tamimi gehört zu den jüngeren westlich gebildeten Theoretikern der islamistischen Bewegung im Nahen Osten und in Europa. Er wurde 1955 in Hebron geboren, studierte an der Westminster University in London Politische Wissenschaften und arbeitete Anfang der 90er Jahre als Büroleiter der MB im jordanischen Parlament. Seit 1998 leitet er das „Institute of Islamic Political Thought“ in London, das sich als islamistisch beeinflusster „think-tank“ in den letzten Jahren in Großbritannien profiliert hat.[206] Al-Tamimi ist zugleich Sprecher des MB-dominierten islamistischen Dachverbandes „Muslim Association of Britain“ (MAB), der im Juli 2004 unter seiner Mitwirkung die internationale „Schleier“-Konferenz[207] sowie die 13. Sitzung des „Europäischen Fatwarats“ (ECFR) organisiert hat. Al-Tamimi, der enge Beziehungen zu führenden Funktionären der Hizb Allah und der Hamas pflegt, vertritt in Publikationen und Artikeln islamistische und antisemitische Positionen und rechtfertigt auch Selbstmordanschläge als vermeintlich legitimen Widerstand.[208] Bei Protestkundgebungen zu Nahostthemen tritt er in Großbritannien oft als Mitveranstalter und Redner auf.

---

[205] Vgl. www.didi-info.de (Anm. 199).

[206] Im Advisory Board dieses Instituts sind u.a. Yusuf al-Qaradawi und Faisal Maulawi vom Europäischen Fatwarat vertreten; vgl. www.ii-pt.com.

[207] Die internationale Konferenz der sogenannten „Assembly for the Protection of the Hijab“ fand unter erheblichem Medienecho in London statt. Eingeladen waren u.a. Yusuf al-Qaradawi und Tariq Ramadan.

[208] Vgl. www.memri.de/uebersetzungen_analysen/themen/islamistische_ideologie/isl_Tamimi_19_02_04.html (gelesen am 16. März 2004).

3.2 Ahmad Jaballah

Der aus Tunesien stammende Ahmad Jaballah gehört zu den wichtigen Funktionsträgern der MB in Europa. Er studierte in Paris Islamwissenschaften. 1983 war er Mitbegründer der „Union des Organisations Islamiques de France“ (UOIF), die als französischer Ableger der tunesischen islamistischen Partei MIT – später El Nahda – gilt. 2001 war er Mitglied der Delegation, die in Mekka vom Generalsekretär der „Islamischen Weltliga“ (RAI) als Repräsentant der europäischen Muslime empfangen wurde. Er ist derzeit Vizepräsident der MB-Dachorganisation FIOE, Mitglied des „Europäischen Fatwarats“ (ECFR) und stellvertretender Präsident der UOIF. Außerdem gehört er zum Direktorium des „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) in Château-Chinon (Frankreich). In den letzten Jahren trat er wiederholt als Teilnehmer und Gastredner auf der Jahrestagung der IGD in der Bundesrepublik auf.

3.3 Omar Abdel Kafi

Omar Abdel Kafi (Jg. 1951) ist einer der bekanntesten Prediger der MB in Ägypten. In Agrarwissenschaften promoviert, profilierte er sich an einer Kairoer Moschee als islamistischer Prediger. Auch in sogenannten „islamischen Salons“ verbreitete er islamistische Überzeugungen, wofür er von der ägyptischen Regierung mit einem Predigtverbot belegt wurde. Außerdem wurde ihm 1995 und 1996 die Ausreise aus Ägypten verweigert. Seitdem lebt er zumindest zeitweise in Dubai. Er gilt außerdem als Entdecker und Förderer des prominenten ägyptischen TV-Predigers Amr Khaled.[209] Im Internet kursieren von ihm mittlerweile zahlreiche Texte und Videos.[210] An den Jahrestagungen der IGD nahm er mehrfach als Gastredner teil.

3.4 Kamal Al-Helbawi

Der ebenfalls aus Ägypten stammende Kamal Al-Helbawi (Jg. 1939) war bis 1997 Sprecher der MB in Großbritannien und Vertreter des Büros der „Islamischen Weltliga“ in London. Zugleich fungierte er als

[209] Vgl. Julia Gerlach, Zwischen Pop und Dschihad, Muslimische Jugendliche in Deutschland. Berlin 2006, S. 34ff.

[210] Vgl. seine Webseite www.abdelkafy.net.

sogenannter politischer Berater in Pakistan und in London. Er ist außerdem Mitgründer der in Riad ansässigen „World Assembly of Muslim Youth“ (WAMY), der britischen MB-Dachorganisation „Muslim Association of Britain“ sowie Ehrenmitglied der „Islamic Foundation“ in Leicester, die der MB ideologisch nahe steht. Auf Jahrestagungen der IGD war er häufig als Gastredner eingeladen. Seit 2006 ist er Präsident des Centre for the Study of Terrorism (CFSOT) in London, das von islamischen Vereinigungen in Großbritannien getragen wird. In einem Interview bekannte er sich 2005 nach den Terroranschlägen von London zu einer offensiven kritischen Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus.[211]

4. Strukturen nationaler und internationaler Vernetzung der MB

Die Tatsache, dass die MB-Organisationen im Nahen Osten und in Europa nicht nur im ideologischen, sondern auch im strukturellen Sinn eng miteinander verbunden sind, wird aus den Worten des fünften „Obersten Führers“, Mustafa Mashhur (gest. 2002) deutlich, der 1995 offen bekannte: „Wir (die MB) haben Filialen im Ausland, in London, in Deutschland und an anderen Orten in Europa. Jeder der Brüder, der Ägypten verlassen musste, hat in seinem Aufnahmeland eine Filiale gegründet und steht in enger Verbindung mit der Zentrale...“[212]

4.1 Organisationen der Muslimbruderschaft in Europa

4.1.1 Federation of Islamic Organisations in Europe (FIOE)

Die 1997 gegründete FIOE ist Dachorganisation der MB in Europa mit Sitz in Leicester (Großbritannien). Als Präsident fungiert seit kurzem Chakib ben Makhlouf. Vorstandsmitglied für Public Relations ist der Präsident der IGD, Ibrahim El-Zayat. Mitgründer und Mitglieder sind u.a. die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) ebenso wie die französische MB-Dachorganisation „Union des Organisations Islamiques de France“ (UOIF). In ihrer Struktur orientiert sich die FIOE an der klassischen Hierarchie der MB, d.h. sie verfügt

[211] Vgl. Interview mit Helbawy: How to deal with Britain’s Muslim Extremists?, in: www.jamestown.org, Spotlight on Terror, vol. 3, issue 7 (August 5, 2005).
[212] Vgl. Frères Musulmans (Europe), in: Sfeir (Anm. 185).

über eine beratende Versammlung (shura), Generalversammlung und Exekutivrat sowie verschiedene nachgeordnete Komitees und Abteilungen, u.a. für Mission, Bildung, Jugend und Medien.[213]

Dem FIOE über seine Mitgliedsverband UOIF angeschlossen ist u.a. das 1990 in Château Chinon im französischen Département Bourgogne gegründete „Institut Europeen des Sciences Humaines“ (IESH), das zur Ausbildung von Imamen und Islamlehrern dient. Im religiösen Beraterkomitee des Instituts sind zahlreiche der MB nahestehende Personen wie Yusuf al-Qaradawi vertreten.

4.1.2 „European Council for Fatwa and Research” (ECFR)

Ebenfalls angebunden an die FIOE und damit die MB Europa ist der in Dublin (Irland) ansässige „Europäische Rat für Fatwas und Studien“ (European Council for Fatwa and Research, ECFR), der seit seiner Gründung 1997 unter dem Vorsitz von Yusuf al-Qaradawi steht. Als Stellvertreter fungiert Faisal Maulawi. Selbsterklärtes Ziel des Rates ist es, Gegensätze und Auffassungsunterschiede zwischen den islamischen Gelehrten in Europa in Bezug auf fundamentale Fragen der islamischen Rechtslehre in einem gemeinsamen Gremium zu harmonisieren. Weiterhin sollen Antworten zur Lösung von Problemen im Umgang europäischer Muslime mit ihrer nichtislamischen Umgebung auf der Grundlage der Scharia gegeben werden.[214]

Der Rat hält etwa halbjährlich seine Sitzungen, die schwerpunktmäßig bestimmten Themen gewidmet sind, in verschiedenen europäischen Großstädten ab. 2005 waren im ECFR 30 *ad personam* gewählte Mitglieder vertreten,[215] darunter drei muslimische Vertreter aus Deutschland, die u.a. dem ZMD nahestehen. Die Verbindung zur vom Verfassungsschutz beobachteten „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“

[213] Vgl. die Homepage www.eu-islam.net.

[214] Vgl. Alexandre Caeiro, Adjusting Islamic Law to Migration, ISIM Newsletter 12 (June 2003), S. 26f.; vgl. auch Matthias Rohe, The Formation of a European Shari’a, in: Jamal Malik (Hrsg.), Muslims in Europe. Münster 2004, S. 173.

[215] Mindestens ein Drittel der Mitglieder stammen aus islamischen Ländern, z.B. aus Saudi-Arabien.

(IGMG) wird dadurch belegt, dass die 3. Sitzung des ECFR im Mai 1999 von der IGMG-Zentrale in Köln organisiert wurde.[216]

4.1.3 „World Assembly of Muslim Youth" (WAMY)

Die internationale Jugendorganisation der MB gründete sich 1972 in Riad in enger geistiger und finanzieller Anbindung an die saudi-arabische Regierung und ihr religiöses Establishment. Zu ihren strukturellen und personellen Verflechtungen sowohl mit der „Islamischen Weltliga" als auch mit der MB und ihren internationalen Gliederungen gibt es zahlreiche Erkenntnisse.[217] Über das Europabüro der WAMY in London und personelle Beziehungen beeinflusst die Organisation auch islamische Einrichtungen in Deutschland insbesondere durch die Verbreitung von Publikationen.[218]

5. Schlusswort und Zusammenfassung

5.1 Extremismustheoretische Bewertung

Die überwiegend auf Basis originalsprachiger Schriften der 1980er und 1990er Jahre erfolgte Prüfung von Aussagen zeitgenössischer Akteure der MB, die in der Mehrzahl „Oberste Führer" des ägyptischen Zweigs waren oder wichtige MB-Protagonisten auf internationaler Ebene darstellen, belegt die von der Organisation vertretene islamistische Ausrichtung. Auch nach Anwendung einheitlicher – über Kernelemente der Qutb'schen Ideologie der „Gottesherrschaft", der „Exkommunizierung" und des militanten Jihad hinausgehender – Definitionskriterien für Islamismus weist die Programmatik der untersuchten Akteure in sämtlichen Untersuchungsbereichen eindeutig islamistische Elemente auf. Der Nachweis islamistischer Ideologie gilt gleichermaßen für das Religionsverständnis der MB, ihre politischen Herrschaftskonzepte, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die

[216] Vgl. die Homepage www.e-cfr.org.

[217] Vgl. Johannes Grundmann, Islamische Internationalisten. Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der muslimischen Weltliga. Wiesbaden 2005, S. 93f.

[218] Die Schriftenreihe der WAMY wird beispielsweise über das Islamische Zentrum München und das „Haus des Islam" in Lützelbach vertrieben, die der IGD bzw. dem ZMD zugeordnet werden können.

verwendeten Abgrenzungsmechanismen und Feindbilder und ihr Verhältnis zur Gewalt. Schließlich weisen ihre Strukturen nationaler und internationaler Vernetzung eindeutig islamistische Bezüge auf. Allerdings fanden sich in der zeitgenössischen MB-Ideologie Schwerpunktverschiebungen, die eine Distanzierung von einzelnen Positionen ihres Gründers Hassan al-Banna sowie des Theoretikers der militanten Strömung in der MB, Sayyid Qutb, markieren. Eine Abkehr von früheren Positionen gilt insbesondere für Kernelemente der Qutb'schen Ideologie, die sich im islamistischen Spektrum derzeit allenfalls in den politischen Agenden von „al-Qa'ida"[219] oder der „Hizb at-Tahrir" („Partei der Befreiung", HuT) nachweisen lassen.

Zu den festgestellten Schwerpunktverschiebungen der MB-Ideologie gehört vor allem die Zurückweisung des – den Menschen das Recht auf den Entwurf politischer Systeme verweigernden – Prinzips der „Gottesherrschaft" sowie die Ablehnung der Methode der Exkommunizierung (takfir) vermeintlich nicht linientreuer Muslime und vorgeblich unislamischer und undemokratischer politischer Systeme. Die Schwerpunktverschiebungen betreffen darüber hinaus die Bejahung eines Mehrparteiensystems sowie die Ablehnung des Jihad zum Herrschersturz und zur Bekämpfung von als nicht-linientreu geltenden Muslimen.

Vor diesem Hintergrund wird für die zeitgenössische MB – insbesondere hinsichtlich der Frage, mit welchen Mitteln die Organisation ihre Ziele verfolgt – eine Verschiebung von der Gewaltorientierung zum Verzicht auf Gewaltanwendung belegt, der allerdings auf die Durchsetzung ihrer eigenen Agenda begrenzt ist. In extremismustheoretischer Hinsicht ist dieses Ergebnis insofern relevant als dass die hier vorgenommene Aktualisierung und Präzisierung der Bewertung der MB-Ideologie, die zahlreiche Islamismus-Belege jenseits der Vorwürfe der Durchsetzung islamistischer Normen und der Förderung der Bildung von Parallelgesellschaften erbracht hat, die Basis für die wissenschaftliche Begründung der Zuordnung der MB zu den legalistischen islamistischen Organisationen signifikant erweitert.

---

[219] Zur Agenda von „al-Qa'ida" vgl. Olaf Farschid, Jihadismus. Ideologie, Kommunikationsstrategien, Wirkung. In: Republik Österreich, Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), SIAK-Journal 3, 2006, S. 3-13.

5.2 Zusammenfassung

Die zeitgenössischen politischen Ordnungsvorstellungen der MB lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- *Religionsverständnis*: Zu den bei allen MB-Akteuren festgestellten eindeutig islamistischen Elementen gehört die explizite Bejahung eines politischen Anspruchs der islamischen Religion, der in dem Verständnis des Islam als ein ganzheitliches System bzw. als eine alle Lebensbereiche durchdringende Gesellschaftsordnung zum Ausdruck kommt. Mit diesem – den Islam als Einheit von „Religion und Politik" konstruierenden – Islam-Verständnis korrespondiert eine spezifische Konzeption der Scharia, die nicht allein als ein Recht, sondern als ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip begriffen wird. Den sehr weit gehenden Ansprüchen an die Funktion des islamischen Rechts entspricht auch die Sicht der zeitgenössischen MB-Akteure auf Koran und Sunna, die die Grundlage für die Schaffung eines Systems „islamischer Demokratie" und eine „Verfassung für das Regieren" bilden sollen. Eingeschränkt wird die Funktion der Scharia bei zwei Autoren, die betonen, dass durch die Scharia nur die allgemeinen Prinzipien und Ziele vorgegeben und die darunter befindliche politische Handlungsebene durch den Menschen gestaltbar sei.

- *Herrschaftstheorien*: Gegenstand der Debatte ist auch das auf Maududi und Qutb zurückgehende sogenannte Prinzip der „Gottesherrschaft" (*hakimiyat Allah*), das von einigen Autoren umdefiniert wird. Wichtigster Punkt ist die Tatsache, dass die Auslegung dieses Begriffs, die dem Menschen das Recht auf den Entwurf gesellschaftlicher Ordnungsmodelle und auf eigenständiges politisches Handeln abspricht, bei den meisten Akteuren auf explizite wie implizite Ablehnung stößt. Insbesondere Qaradawi beschränkt die „Gottesherrschaft" auf die Bereiche der religiösen Pflichten (ibadat) sowie die sogenannten erlaubten und verbotenen Handlungen. Außerhalb des Religiösen sieht er das Recht der Menschen ausdrücklich gegeben, mittels Regelungen und Gesetzen die politische Sphäre selbst zu gestalten. Wie dies vonstatten gehen kann, wird allerdings nur unzureichend konkretisiert. Dies betrifft vor allem die Frage, wer in einem als „islamischer Staat" deklarierten islamistischen Staatswesen neben dem Staatsoberhaupt zur politischen Führung befugt ist und wie dieser Staat organisiert werden müsse, um den Anforderungen der Neuzeit gerecht zu werden. Diesbezüglich wird lediglich auf nicht näher spezifizierte Fä-

higkeiten der islamischen Religions- und Rechtsgelehrten (*ulama* und *fuqaha*) verwiesen und als politische Entscheidungsträger die – auf frühislamische Herrschaftsformen zurückgehenden – sogenannten „Leute des Lösens und Bindens“ (*ahl al-hall wa'l-aqd*) sowie die „Leute der Konsultation“ (*ahl ash-shura*) genannt. Diese Argumentation ist nicht frei von Widersprüchen: Denn obwohl entsprechende Vorstellungen die Existenz einer religiös-politischen Kaste begünstigen würden, wird Theokratie als Staatsform ausdrücklich zurückgewiesen.

- *Staatsverständnis*: Neben dem durch Rekurs auf Sure 3,110 begründeten Recht auf politische Herrschaft plädieren die Akteure für die Existenz eines „islamischen Staates“, der rhetorisch scharf von dem eines religiösen Staates abgegrenzt wird. Dieser als notwendig erachtete Staat sieht an der Spitze ein Kalifenamt vor, das mit einigen demokratischen Elementen wie dessen Wählbarkeit, Verantwortlichkeit gegenüber dem Volk und Absetzbarkeit versehen sein soll. Zu den Methoden der Schaffung eines „islamischen Staates“, bei dem unklar bleibt, ob hiermit ein islamischer Staat mit universalem Anspruch oder ein islamischer Einheitsstaat gemeint ist, zählen mehrheitlich gewaltlose Methoden, zu denen etwa ein islamic networking gehört. Hintergrund der Forderung nach Schaffung eines „islamischen Staates“ bildet vor allem die Ablehnung der meisten – als hochgradig undemokratisch und korrupt betrachteten – politischen Systeme im Vorderen Orient sowie des bei fast allen Regierungsformen (so neben Monarchien vor allem in Militärdiktaturen und halbdemokratischen Systemen) praktizierten Prinzips der Erbfolge.

- *Vorstellungen über eine „islamische Demokratie“*: Zu den neuen Elementen der MB-Ideologie gehören zweifelsohne mehr oder weniger stringent formulierte Vorstellungen über eine „islamische Demokratie“, die vor allem vor diktatorischen Herrschaftsformen schützen soll. Im Unterschied zu entsprechenden Aussagen etwa von „al-Qa'ida“ oder der HuT, die westliche Demokratie als nicht mit dem Islam vereinbar ablehnen, betrachtet der Großteil der zeitgenössischen MB-Akteure Demokratie als eine religions- und kulturspezifisch weitgehend unabhängige Herrschaftsform und spricht sich für die Übernahme und islamische Ausgestaltung demokratischer Elemente aus. Die diesbezüglich diskutierten Konzepte reichen von der Existenz eines (zwei-Kammer-) Parlaments, über das Wahl-, Oppositions- und

Mehrheitsprinzip bis zur Betonung des Pluralismus, der – unter Verweis auf die Methoden der Beratung (shura) und selbständigen Rechtsfindung (ijtihad) im Früh- und Klassischen Islam – seinerseits zu einem genuin islamischen Prinzip erklärt wird. Um den Anspruch auf Parteienpluralismus in einer – ferner Meinungs-, Presse- und Glaubensfreiheit garantierenden – „islamischen Demokratie" zu untermauern, wird diesbezüglich eine von Hassan al-Banna 1936 getroffene und häufig als Ablehnung des Mehrparteiensystems gewertete Aussage ausdrücklich zurückgewiesen und argumentiert, dass es sich hierbei um eine historische, persönliche und nicht auf die Neuzeit zu übertragende Aussage Bannas handele. In der ethischen Grundlegung der „islamischen Demokratie" plädiert ein Akteur sogar für eine „Abkehr" vom militanten Gedankensystem Qutbs und für eine „Rückkehr" zur Reformtradition der islamischen Modernisten Jamal ad-Din al-Afghani (1839-1897), Muhammed Abduh (1849-1905) und Muhammed Rashid Rida (1865-1935), vor allem aber zu den als „pazifistisch" betrachteten Prinzipien" von Hassan al-Banna. Im Ansatz der ersten Reformer und der frühen MB sieht er die Präzisierung der Sehnsucht der Muslime nach sukzessiven ethischen und sozialen Veränderungen, die sowohl den 'Zeitgeist' berücksichtigen als auch die islamisch geprägten Politik- und Gesellschaftsformen vergegenwärtigen. Allerdings sind die teils mit starker Apologetik behafteten Vorstellungen der zeitgenössischen MB-Akteure über eine „islamische Demokratie", die etwa die Aufhebung von Unterschieden zwischen Herrschern und Beherrschten propagieren, auch mit zahlreichen Einschränkungen versehen. Diese betreffen vor allem die Opposition, die weder kommunistisch oder anderweitig atheistisch orientiert, noch sonstwie gegen den Islam gerichtet sein darf, sowie religiöse Minderheiten. Im Falle von Frauen wird zwar teils für eine stärkere politische Partizipation plädiert. Diese findet jedoch ihre Grenzen an vermeintlich bestehenden physischen Einschränkungen der Frauen und an der ihnen deshalb nicht zustehenden „obersten Herrschaftsgewalt".

- *Gesellschaftspolitische Vorstellungen*: Im gesellschaftspolitischen Bereich betonen sämtliche Akteure das – Nichtmuslimen innerhalb eines „islamischen Staates" gewährte – Prinzip der Religionsfreiheit. Diese soll sich allerdings auf den Status von „Schutzbefohlenen" (dhimmis), d.h. auf Juden- und Christen als Angehörige der anerkannten Buchreligionen (ahl al-kitab) beschränken. Religionsfreiheit ist

ferner von bestimmten Voraussetzungen abhängig – etwa von der Anerkennung der für Nichtmuslime geltenden Scharia-Vorschriften – und schließt das Recht auf „oberste Herrschaftsgewalt“ (wilaya amma) aus. Vor diesem Hintergrund befürwortet ein Teil der Akteure eine eingeschränkte politische Partizipation religiöser Minderheiten, die sich vor allem innerhalb eines „islamischen Körpers“ zu bewegen habe und nicht gegen „islamische Gebote“ verstoßen dürfe. Seine Grenzen findet der Minderheitenstatus ferner bei Atheisten, bei jenen Kulturmuslimen, die dem Islam ablehnend gegenüberstehen (diese werden im Unterschied zu Sayyid Qutb allerdings nicht für exkommuniziert erklärt) sowie im Falle von Apostaten. Hinsichtlich der Stellung der Frau entsprechen die gesellschaftspolitischen Vorstellungen mehrheitlich den Auffassungen konservativer muslimischer Geistlicher. Hierbei orientieren sich die Akteure an jenen konservativen Auslegungen der Scharia, die für Frauen eine Begrenzung ihres Erbanteils auf 50 Prozent und eine Wertung ihrer Zeugenaussage als nur halb so viel wie die des Mannes vorsehen. Sie begründen dies mit vermeintlichen physischen Einschränkungen der Frau. Zwar gibt es vereinzelte Äußerungen, die Frauen trotz des hieraus abgeleiteten unterschiedlichen Rollenverständnisses das Recht auf eine – allerdings begrenzte – politische Partizpation zugestehen. Die Mehrzahl lehnt jedoch eine Gleichberechtigung der Geschlechter ab und rechtfertigt mit Bezug auf vorgeblich physische Einschränkungen eine Benachteiligung der Frauen in ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen.

- *Abgrenzungsmechanismen und Feindbilder*: Die meisten Akteure entwerfen ein aggressives Feindbild des Westens, seines politischen Systems und seiner regionalpolitischen Ziele. Da das – von westlichen als auch muslimischen Säkularisten verfochtene – Prinzip des Säkularismus im Mittelpunkt der verbalen Angriffe steht, wird die in den meisten muslimischen Staaten herrschende faktische Trennung von Religion und Politik auf den kolonialen Eingriff der damaligen Imperialstaaten Frankreich und England zurückgeführt. Diesbezüglich wird behauptet, dass diese – auf eine Profanisierung des Islam und die Verhinderung der Gründung eines „islamischen Staates“ abzielende – Politik in dem aktuellen Handeln westlicher Staaten ihre Fortsetzung finde. Da es dem Westen hierbei um eine Schwächung des Islam und Aufspaltung in verschiedene regionale Varianten gehe, seien Nicht-

muslime – obwohl an anderer Stelle ausdrücklich als Schutzbefohlene genannt – als Gegner bzw. Feinde des Islam anzusehen.

- *Das Verhältnis zur Gewalt*: Das Thema Gewalt ist bei allen Akteuren von Ambivalenz gekennzeichnet, die von Relativierungen bis zu einer unzweideutigen Bejahung reicht. Ein wichtiger Unterschied gegenüber der Gewaltkonzeption von Qutb oder „al-Qa'ida" besteht allerdings darin, dass Gewalt zur Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele fast ausnahmslos abgelehnt wird. Dies betrifft sowohl das Ziel der Ausdehnung islamischer Herrschaft in der Welt als auch das Ziel der Änderung der politischen Verhältnisse in den muslimischen Staaten. Betont wird, dass – trotz vor allem in der Tagespolitik vorzufindenden Aufrufen zum Jihad – der Staat nicht mittels der militanten Jihad-Variante bekämpft werden dürfe, auch dann nicht, wenn sich dessen Herrschaft als tyrannisch und ungerecht erweisen sollte. Als ausdrücklich nicht legitime Ziele und Mittel lehnen die Akteure daher die – seinerzeit vor allem von Sayyid Qutb formulierten – Methoden ab, Gesellschaft und Menschen für „heidnisch unwissend" (*jahil*) zu erklären und zu exkommunizieren (*takfir*),[220] politische Systeme und ungerechte Herrscher als vermeintlich unislamisch zu diffamieren und diese mittels Jihad gewaltsam zu bekämpfen.

Die Akteure halten den *Jihad* jedoch dann für gerechtfertigt, wenn ein Verteidigungsfall vorliege, wobei sich die diesbezüglich diskutierten *Jihad*-Konzepte im Rahmen traditioneller Auslegung der islamischen Rechtsgelehrten bewegen. Diese hatten den *Jihad* dann für einen jeden Muslim zur Pflicht erhoben, wenn die muslimische Gemeinde einem Angriff durch einen äußeren Feind ausgesetzt war. Die Auffassung, dass diesbezüglich keine Verteidigungssituation gegeben war, bildet auch den Hintergrund dafür, dass sie – so sie sich dazu äußerten – sowohl die Terroranschläge vom 11. September 2001 als auch die An-

[220] Auch dies ist keine neue Position innerhalb der MB. Bereits Hassan al-Hudaibi, der Zweite „Oberste Führer" der ägyptischen MB, hatte in den sechziger Jahren das von Maududi und Qutb propagierte Prinzip der „Gottesherrschaft" (*hakimiyat Allah*) als nicht mit dem Islam vereinbar kritisiert und die Charakterisierung der ägyptischen Gesellschaft als ungläubig und „heidnisch unwissend" *(jahil)* ausdrücklich zurückgewiesen. Wie Tilmisani 1985 sprach er diesbezüglich lediglich von *jahl*, einer alltäglichen Form der Unwissenheit, die die MB durch Belehrung, Predigt und religiöse Aufklärung der MB überwinden solle.

schläge in Djerba und Bali (2002), Riad, Casablanca und Istanbul (2003), Madrid und Riad (2004), London und Amman (2005) sowie von Algier (2007) zurückweisen. Auch hier finden sich bedeutende Unterschiede zu der – von den Zielen des Sturzes arabischer Herrscherhäuser und der Vertreibung alliierter Truppen aus der Region bestimmten – Agenda von „al-Qa'ida". Anders als die MB hatte „al-Qa'ida" – vor dem Hintergrund der Exkommunizierung von als „nicht islam-konform" verketzerten Muslimen und der Stigmatisierung von Nicht-Muslimen als vermeintliche „Ungläubige" – den *Jihad* selbst bei eigenen Angriffen zu einem Verteidigungsfall erklärt, ihn zu einer vermeintlichen individuellen Pflicht eines jeden Muslims erhoben und so Anschläge und Massenmord gerechtfertigt.

Unter Verweis darauf, dass der israelisch-palästinensische Konflikt für die Palästinenser einen Verteidigungsfall konstituiere, erklären die MB-Akteure hier den Jihad allerdings für vermeintlich legitim. Diesbezügliche Äußerungen, die etwa Selbstmordanschläge mit der militärischen Unterlegenheit der Palästinenser gegenüber Israel sowie mit dem vermeintlich militärischen Charakter der israelischen Gesellschaft zu begründen versuchen, reichen über ein Kontaktverbot zu Israelis, den Boykott ihrer Waren, ein Reiseverbot nach Israel bis zur expliziten Verneinung des Existenzrechts des israelischen Staates.

- *Reformanspruch im Widerspruch*: Für die zeitgenössischen MB-Akteure in Europa ist generell festzustellen, dass die theoretische Agenda andere Schwerpunkte setzt. Hier ist insbesondere die Debatte um die Vereinbarkeit des Islam mit einem westlichen Verständnis von Menschenrechten und Demokratie auf offizieller Ebene federführend. Zugleich zirkulieren jedoch in islamischen Organisationen, die der MB nahestehen, weiterhin extremistische Identitätsdiskurse und Rechtspositionen. Das wird beispielsweise an Urteilen deutlich, wie sie Yusuf al-Qaradawi in seiner Funktion als Vorsitzender des „Europäischen Fatwarats" (ECFR) zur Frage der Gewaltanwendung in Konfliktlagen äußerte. Indem er Selbstmordanschläge in Israel als vermeintlich legitimes „Instrument des Widerstandes" propagiert, begibt er sich in einen unauflösbaren Widerspruch zum Prinzip der Gewaltfreiheit bei der Konfliktlösung.

Das theologisch-rechtliche Fundament für Reformimpulse im Sinne eines eindeutigen Bekenntnisses zu westlichen Verfassungsordnungen

ist in den Teil- und Mitgliedsorganisationen der MB umstritten. Die Rückkopplung solcher Debatten auf die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD) ist, wie beispielsweise die Diskussion um die 2002 vom „Zentralrat der Muslime in Deutschland" (ZMD) verabschiedete „Islamische Charta" zeigt, widersprüchlich und selektiv.[221]

[221] Die von Ahmad von Denffer, Funktionär am Islamischen Zentrum München veröffentlichte Kritik an der Islamischen Charta unterstreicht diesen Widerspruch; vgl. Al-Islam, Hrsg. Islamisches Zentrum München, Nr.2/2002.

Maududis „Als Muslim leben“ im Widerstreit mit den Normen der liberalen, rechtsstaatlichen und säkularen Demokratie

Analyse eines Klassikers des islamischen Fundamentalismus aus extremismustheoretischer Perspektive

Khadija Katja Wöhler-Khalfallah

1. Einleitung und Fragestellung

Seit einigen Jahren ist zu beobachten, wie in Deutschland das Angebot deutschsprachiger „Islamliteratur“ wahrnehmbar gestiegen ist. Damit sind nicht die Übersetzungen altarabischer Bücher gemeint, die dem deutschen Leser einen differenzierten Einblick in die arabische Geisteskultur eröffnen möchten, oder tiefgründige Reflexionen aktueller Denker aus der arabischen Welt, die sich aufrichtig und kritisch mit ihrem Erbe, der Politik und der aktuellen Kultur ihrer Herkunftsländer auseinandersetzen. Gemeint ist vielmehr eine bestimmte, sehr preiswert zu erwerbende islamisch-fundamentalistische Propagandaliteratur, die unbedarften Muslimen ein eindimensionales und tendenziöses Bild der Welt ausmalt und für die Lösung ihrer Probleme, bestehen diese nun aus der normalen Sinn- und Identitätssuche junger und dazu in zwei unterschiedlichen Kulturen aufgewachsener Jugendlicher oder in der Wahrnehmung der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Missstände in den Gesellschaften ihrer Herkunftsländer, sehr simple Lösungsmuster anbieten.

Die Titel dieser Bücher klingen häufig sehr harmlos, und der Name des Autors verrät meist nur den Fachleuten, welche politische Tendenz sich dahinter verbirgt. Eines dieser Bücher, das wohl auf der Bestsellerliste islamisch-fundamentalistischer Literatur stehen dürfte, ist das Buch von Sayyid Abul A´la Maududi mit dem Titel „Als Muslim Leben“. Scheinbar harmlos suggeriert der Titel, dass in dem Buch etwas über den Kult der Muslime zu erfahren sei. Bei genauerer Betrachtung offenbart sich jedoch schnell eine für den Gesellschaftsfrieden gefährliche Tendenz. In diesem Beitrag wird Maududis politischer und ideologischer Werdegang betrachtet, untersucht, ob er eine radikale universalistische Religionsauslegung betreibt oder eine säkularisierte Form des Islam vertritt, und die von ihm angestrebte Herr-

schaftsform sowie seine Haltung zum Jihad analysiert. Hierdurch werden die extremismustheoretisch bedeutsamen Implikationen des Buches für eine liberale[1] rechtsstaatliche und säkulare Demokratie herausgearbeitet.

2. Biographisch-politisches Portrait von Sayyid Abul A´la-Maududi

Doch wer war Maududi und welche politischen Ansichten vertrat er? Abul-A´la Maududi wurde 1903 in eine traditionsreiche Familie hineingeboren, deren Stammbaum bis zum Propheten Muhammad zurückreicht und eine bedeutende Rolle bei der Islamisierung Nord-Indiens gespielt haben soll. Bereits die Generation seiner Eltern musste die Deklassierung einer Sharifenfamilie[2] infolge der Abschaffung der Herrschaft der Moguln durch die britische Kolonisierung Indiens erfahren, was vermutlich nicht ohne Auswirkung auf den Sohn blieb.[3] In seiner frühen Jugend begann Maududi sich als Journalist zu betätigen und engagierte sich zunehmend als politischer Aktivist, zuerst im Kreis der antikolonialen und panislamischen Khilafat-Bewegung[4] in

---

[1] Mit Liberalismus ist in diesem Beitrag der politische Liberalismus eines demokratischen Verfassungsstaates gemeint und kein marktorientierter Wirtschaftsliberalismus.

[2] Religiöser islamischer Adel, der seine Abstammung auf den Propheten Muhammad zurückführt.

[3] Vgl. Seyyed Vali Reza Nasr, Mawdudi and the Making of Islamic revivalism, New York, Oxford 1996, S. 12.

[4] Die Khilafat-Bewegung wurde 1918 in Indien von einer kleinen Gruppe panislamisch denkender Muslime gegründet. Sie stellte eine Reaktion der indischen Muslime auf die britische Kolonialherrschaft da und setzte sich für das Fortbestehen des türkischen Kalifats ein. Durch die Abschaffung der Moghulherrschaft in Indien bekam das osmanische Kalifat plötzlich eine immense symbolische Bedeutung für die in Indien in der Minderheit lebenden Muslime. Trotz der religiösen Färbung erfuhr die Bewegung auch Zulauf von säkularen Muslimen und sogar von Hindus, deren prominentester Vertreter Mahatma Gandhi persönlich war, allerdings traten ihr auch einige zuvor unpolitische Religionsgelehrte aus den Deoband-Kreisen bei aus Sorge, marginalisiert zu werden. Als die Bewegung radikal wurde, distanzierten sich die Gemäßigten von ihr. 1920 löste die Bewegung eine Hijra, Exodus, von indischen Muslimen nach Afghanistan aus, die eine dramatische Wende nahm. Afghanistan, noch unter muslimischer Herrschaft, wurde als Haus des Islam betrachtet, dort

Jubalpur und später im Kreise zweier prominenter Deoband-Gelehrter und Führungsfiguren der „Jamaat-i-Ulama-i Hind“ (Gesellschaft der Religionsgelehrten Indiens), die ihm eine Stelle als Herausgeber der Zeitschrift „Islam“ angeboten hatten.[5] Im Jahre 1923 zog Maududi um nach Bhopal, wo er in Kontakt mit den Ideen der sunnitischen Ahl-al-Hadith Schule gekommen sein muss,[6] die ebenso wie die Deobandschule einem indischen Wahhabismus anhängt, der auf Shah Waliullah aus Delhi zurückgeht, einen Rechtsgelehrten, der von denselben Lehrern wie Muhammad Ibn Abd al-Wahhab (1703-87), dem Begründer des Wahhabismus, um 1730 in Medina auf der arabischen Halbinsel unterwiesen wurde.[7]

Die wichtigste Kernaussage des Wahhabismus und seiner adaptierten indischen Deoband-Variante besteht darin, ausgehend von dem Prinzip der Einheit Gottes (Tawheed) eine Gottesherrschaft basierend auf den Bestimmungen des islamischen Rechts (Scharia) universell für alle Menschen einzufordern. Alle Neuerungen (Bid´a) in der Scharia-Auslegung, die kein Pendant im überlieferten Leben Muhammads und der ersten vier Kalifen findet, abzulehnen. Er beharrt darauf, die archaischen Haddstrafen wieder einzuführen, wie das Steinigen der Ehebrecher und das Abhacken der Hand des Diebes. Überhaupt fällt er durch eine besonders rigide Haltung gegenüber Frauen auf. Bildung wird reduziert auf Theologie und das Allernotwendigste, um das Leben bestreiten zu können, was sich heute darin ausdrückt, zwar die Naturwissenschaften anzuerkennen, kritische aufgeklärte und liberale Geisteswissenschaften jedoch abzulehnen. Nicht nur wird der Säkula-

---

dachten viele indische Muslime, Zuflucht vor dem zum Haus des Krieges erklärten kolonialen Indien zu finden. Afghanistan hieß die Angekommenen jedoch alles andere als willkommen, und Tausende von Familien erfuhren ein verheerendes Schicksal. An die 70% der Muhajirin kehrten nach Indien zurück, andere kamen um oder suchten Zuflucht in Nordafghanistan, der Türkei oder Russland. Im Jahre 1924, als Kamal Atatürk in der Türkei das Kalifat abschaffte, verlor die Bewegung ihren Sinn und löste sich auf. Vgl. M. Naeem Qureshi, The Indian Khilafat Movement (1918-1924), in: Journal of Asian History, Wiesbaden 1978, S. 152-168.

[5] Vgl. Nasr (Anm. 3), S. 16f.

[6] Vgl. ebenda, S. 17.

[7] Vgl. Charles Allen, The Hidden Roots of Wahhabism in British India, London 2005.

rismus und erst recht der Laizismus kategorisch zurückgewiesen, auch beharrt er auf seiner ganz eigenen Islaminterpretation.

Damit wird automatisch die relativ aufgeklärte Islamauslegung der ersten beiden Begründer der Salafiyya-Bewegung und Reformer des 19. Jahrhunderts, Afghani und Abduh[8], abgelehnt, die eine wenn auch noch nicht säkulare, aber dennoch dem Gesetz verpflichtete Herrschaft forderten und die Gleichheit aller Religionsangehörigen vor dem Gesetz für unerlässlich hielten.[9] Sein Kampf galt von Anfang an dem zwar passiven, aber dafür relativ friedlichen und toleranten mystischen Volksglauben. Allen nichtwahhabitischen Muslimen wird die Zugehörigkeit zum Islam aberkannt (Takfir). Die frühen saudischen Wahhabiten gingen so weit, die Tötung eines nichtwahhabitischen Muslims einzufordern. So legitimierten sie im 18. Jahrhundert und nochmals im frühen 20. Jahrhundert zahlreiche Massaker an Muslimen auf der arabischen Halbinsel wie an irakischen Schiiten.[10] Die Deoband-Gelehrten, zu denen Maududi auch bald zählen sollte,[11] vertreten zwar dieselbe Ansicht, doch fand ihre Ablehnung in der Regel mehr verbal statt.[12] Dass allein eine verbale Verteufelung aller Muslime, die nicht ihre Auffassung vom Islam teilten, auch zu Gewaltanwendung führen kann, zeigt die unterschiedliche Perzeption dieser Lehre bei den zwei prominentesten Ablegern der Deobandschule: Die „Jamaat-i-Tabligh“, die Gemeinschaft der Missionare, entschloss sich, die islamische Gesellschaft nach dem Vorbild der Gemeinschaft Muhammads durch Predigt und Missionierung der Gesellschaft von unten zu erreichen, anders jedoch ihr Gegenpart, die Taliban, denn diese entschlossen sich, wie die militanten saudischen Wahhabiten lieber zur Gewalt zu greifen, um ihre Vorstellung von einem islamischen Staat gegen den Willen anderer Muslime durchzusetzen.[13] Hierbei handelt

---

[8] Einige seiner Schüler wurden zu vehementen Verfechtern der Säkularisierung und der Rechtsstaatlichkeit, so wie Qasim Amin, Mustafa Abd al-Raziq, Ahmad lutfi al-Sayyid, Saad Zaghlul. Vgl. Albert Hourani, Arabic Thought in the Liberal Age (1798-1939), Cambridge 1998, S. 144f., S. 161-192.

[9] Vgl. Albert Hourani (Anm. 8), S. 156.

[10] Vgl. Alexei Vassiliev, The History of Saudi Arabia, London 2000, S. 64-82.

[11] Vgl. Annemarie Schimmel. Der Islam im indischen Subkontinent. Darmstadt, 1992, S. 129.

[12] Vgl. Charles Allen (Anm. 7)

[13] Vgl. Barbara Daly Metcalf, Islamic Revival in British India: Deoband, 1860-1900, Oxford 2005, S. XXVff.

es sich um einen Umstand, der unpolitischen Muslimen nicht unmittelbar auffallen musste, vermischte sich der Kampf der radikalen Fundamentalisten doch meist erst einmal mit einem Kampf gegen Besatzer oder unliebsame korrupte Diktatoren, der erst mit der Zeit sein wahres Gesicht zu offenbaren begann. Vor allem dann, wenn die sozialen Bedingungen für die Entfaltung eines derartigen Geistes förderlich blieben.

Im Jahre 1924 kehrte Maududi nach Delhi zurück und wurde ab 1925 Herausgeber von „Al-Jamiat", einem Organ der „Jamaat-i-Ulama-i Hind". Gleichzeitig verfolgte er jetzt seine Studien bei zwei Deoband-Gelehrten an der Fatihpuri-Moschee im alten Delhi. Er erhielt 1926 einen Abschluss, der ihn als Deoband-Gelehrten auswies.[14] Beeinflusst von den Lehren des ägyptischen Salafiten und Begründers der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna,[15] wurde er in den 1930er Jahren Mitglied der Muslimbruderschaft in Karachi. Dort gab er die Zeitung „Turjiman-i-Koran" (Auslegung des Koran) heraus, die die Ansichten der Bruderschaft über die Notwendigkeit einer Rückkehr zu

[14] Vgl. Seyyed Vali Reza Nasr (Anm. 3), S. 18

[15] Sein Begünstiger und Förderer war der dritte der Begründer der Salafiyya-Bewegung und Reformer des 19. und 20. Jahrhunderts, Raschid Rida. Rida zeigte nach dem ersten Weltkrieg eine erste Ausrichtung hin zum Wahhabismus. Er widmete in seiner Zeitschrift al-Manar zahlreiche Artikel dem Wahhabismus und der Saud-Familie, was ihm den Vorwurf einbrachte, vom saudischen König bestochen worden zu sein. Er verstädterte den „primitiven" und sehr aggressiven Nadjd-Wahhabismus und machte ihn für die urbane Welt salonfähig. Rachid Rida nahm sich des jungen Hassan al-Banna an und machte ihn zum Chefredakteur des al-Manar. Er nahm gemeinsam mit dem pro-wahhabitischen und pro-saudischen Herausgeber Muhibb ad-Din al-Khatib Einfluß auf ihn, die Muslimbruderschaft zu begründen. In den von ihm herausgegebenen Zeitschriften az-Zahra (1924-29) und al-Fath (1926-48) und in vielen weiteren Publikationen vertrat Muhibb ad-Din al-Khatib die Interessen Saudi-Arabiens und bot wahhabitischen und pro-wahhabitischen Autoren die Möglichkeit, ihre Ansichten zu verbreiten. Die von ihm gegründete, inzwischen von seinem Sohn Qusayy geführte Buchhandlung in Kairo mit eigener Druckerei (al-Matb as-salafiyya wa maktabatuha), bietet bis heute große Mengen wahhabitische und andere Salafiyya-Literatur an. Vgl. R. Mitchell, The society of the Muslim Brothers, London 1969, S. 5, 7f., 322, 325 sowie Werner Ende, Religion, Politik und Literatur in Saudi-Arabien: Der geistesgeschichtliche Hintergrund der heutigen religiösen und kulturpolitischen Situation (Teil I von IV), in: Orient 22 (1981) 3, S. 387ff.

den grundlegenden Tugenden des Islam vertrat. 1941 gründete Maududi die „Jamaat-i-Islam“, die mit dem Ende der 1960er Jahre zunehmend massiv von Saudi-Arabien finanziert wurde. In Pakistan selbst lehnte ihn der breite Teil der Bevölkerung wegen seiner Vermischung von Religion und Politik ab und verschmähte ihn als Wahhabiten. In Pakistan ist „Wahhabit“ ein Schimpfwort, das für „Kirchenschänder“ oder „Gotteslästerer“ steht. Andere verschrien Maududi als faschistischen Parteiführer und lehnten ihn als religiöse Persönlichkeit ab.[16] Doch im Rest der islamischen Welt hatte der Nationalismus des Ägypters Nasser Wellen geschlagen, viele folgten im Nahen Osten seinem Beispiel und stürzten ihre Monarchen. Um diesem Schicksal zu entgehen, entschloss sich das meist nur noch formal dem Wahhabismus anhängende Herrscherhaus in Saudi-Arabien, überall in der islamischen Welt die religiösen Aktivisten jeglicher Couleur zu stärken. Dazu scheute das durch Erdöl zu immensem Reichtum gelangte Wüstenland keine Mühen und Summen. Die Gruppe, die trotz ihrer manchmal divergierenden Haltung zu einigen entscheidenden Fragen der islamischen Herrschaftsauslegung[17] am meisten begünstigt wurde, war die Muslimbruderschaft weltweit, zu der auch Maududis „Jamaat-i-Islam“ zählte.

Aber auch in Pakistan sollten die Ereignisse auf der politischen Bühne Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre seiner Bewegung Auftrieb verleihen. Denn am 5. Juli 1977 ergriff General Zia Ul-Haqq in Pakistan die Macht und begründete ein Militärregime, für das er große Mühe hatte, die Legitimation der Bevölkerung zu gewinnen. Zia-ul-Haqq träumte vom Panislamismus unter pakistanischer Herrschaft. Da ein säkulares System für ihn nicht in Frage kam und seine Alleinherrschaft in Frage gestellt hätte, begann er, um eine Scheindemokratie vorzutäuschen, die religiösen Kräfte des Landes zu rufen. Die Bewe-

[16] Vgl. Duran Khalid / Munir D. Ahmed, Pakistan, in: Werner Ende / Udo Steinbach (Hrsg.). Der Islam in der Gegenwart. Vierte, neubearbeitete und erweiterte Auflage, München 1996, S. 349f.

[17] Die Familie Saud praktizierte eine Erbmonarchie, gerade diese jedoch wurde von der Muslimbruderschaft jedoch für den Niedergang der islamischen Welt verantwortlich gemacht. Dem Beispiel der ersten vier Kalifen folgend forderten sie eigentlich eine Wahlmonarchie. Eine Forderung, die sie etwas in den Hintergrund drängten, solange sie noch auf saudische Unterstützung hoffen konnten.

gung, die sich dazu eignete, eine Einpersonendiktatur zu legitimieren, war die „Jammat-i-Islam“ von Maududi, die sich geradezu zu einer Säule in Zia-ul-Haqqs Politik entwickelte.[18] Die Ironie an dieser Situation ist, dass ausgerechnet die Partei, die behauptete dem Machtmissbrauch von Menschen durch die Errichtung einer Herrschaft Gottes ein Ende setzen zu wollen, sich von einem Diktator auswählen ließ, um seine illegitime Herrschaft zu stützen.

Gemäß der Aussage des Islamwissenschaftlers Johannes Reissner besaß Maududi schon eine ziemlich ausgereifte Vorstellung davon, wie ein islamischer Staat auszusehen habe, als er 1941 die islamische Gemeinschaft „Jamaat-i-Islam“ im damals noch von Großbritannien beherrschten Indien gründete. Er gilt als einer der konsequentesten Denker des fundamentalistischen Islam.[19] Wie dessen Streben nach einem islamischen Staat schon ahnen lässt, stand Maududi für die Souveränität Gottes anstelle einer Volkssouveränität. Maududis Ablehnung der säkularen Demokratie führt der Islamwissenschaftler Andreas Meier allerdings weniger darauf zurück, dass diese dem Volk die Wahl der personellen Zusammensetzung einer Regierung zugesteht, als mehr dem Umstand, dass die westliche Demokratie dem Menschen ungezügelte Freiheiten einräume. So äußert Maududi in einer Vorlesung mit dem Titel „Gottessouveränität statt Volkssouveränität“, die er 1952 in Marrakesch hielt:

„Zwar erhebt auch unser Verständnis von Demokratie den Anspruch, dass die Regierung nur aufgrund des allgemeinen Willens des Volkes zustandekommen und abgelöst werden darf – so wie in der Demokratie des Westens die Regierung zur Regelung der Angelegenheiten des Staates durch den allgemeinen Volkswillen gebildet und beendet wird. Jedoch besteht der Unterschied zwischen uns und ihnen darin, dass sie ihr Verständnis der Demokratie auf das Prinzip ungezügelter Freiheit

[18] Vgl. Husain Haqqani, Pakistan: Between Mosque and Military, Washington D. C. 2005, S. 136.

[19] Vgl. Johannes Reissner, Die militant-islamischen Gruppen, in: Werner Ende / Udo Steinbach (Hrsg.). Der Islam in der Gegenwart. Vierte, neubearbeitete und erweiterte Auflage, München 1996, S. 636.

des Menschen gründen, während wir glauben, dass das demokratische Kalifat an das Gesetz Gottes gebunden ist.“[20]

Die an den Schriften mittelalterlicher Theoretiker orientierte Organisation der „Jamaat-i islami“ ist dem von Maududi geprägten Ideal eines islamischen Staates nachempfunden. Der an der Spitze stehende Emir wird vom Gremium des Majlis ash-shura (Beratungskomitee) gewählt und beraten. Der Emir der „Jamaat-i islami“ hatte eine Amtszeit von fünf Jahren, während der Emir des idealen islamischen Staates auf Lebenszeit bestimmt ist. In Wirklichkeit jedoch war Maududi der Führer der „Jamaat-i islami“ auf Lebenszeit; erst in seinen letzten Lebensjahren übertrug er dieses Amt an Miyan Tufal Muhammad, war aber weiterhin die oberste ideologische Autorität. Laut Satzung der „Jamaat-i islami“ kann mit einer Zweidrittelmehrheit des Majlis ash-shura der Emir abgewählt werden, für den Emir des von Maududi angestrebten Staates gilt eine solche Einschränkung der Macht nicht explizit, da als Kriterium bleibt, dass sich der Herrscher entsprechend den Regeln der Scharia verhält und diese zur Anwendung bringt. In der Beurteilung dessen, was der Scharia gemäß sei, ist der Herrscher selbst allerdings die einzige Entscheidungsinstanz, deshalb stellt der ideale islamische Staat Maududis aufgrund der fehlenden Kontrollinstanzen kein Präsidialsystem, sondern eine totalitäre Herrschaftsform dar.[21]

3. Maududis Werk: „Als Muslim Leben“

3.1 Maududis islamische Botschaft

Das Buch „Als Muslim Leben“[22], das heute eine so weite Verbreitung erfährt und auch in deutscher Übersetzung vorliegt, ist eine Sammlung von Predigten, die Maududi zu unterschiedlichen Anlässen gehalten hat. Zwar wurden sie im Kontext eines besetzten Indiens gehalten, die Herausgeber der deutschen Ausgabe möchten die Botschaft des Bu-

[20] Abu l-A`la l-Maududi, Gottessouveränität statt Volkssouveränität. Vorlesung über islamisches Staatsrecht in Marrakesch (1952), in: Andreas Meier (Hrsg.), Der politische Auftrag des Islam, Wuppertal 1994, S. 193.

[21] Vgl. Johannes Reissner (Anm. 19), S. 637.

[22] Folgende Ausgabe des Buches wurde zugrundegelegt: Sayyid Abul A´la Maududi, Als Muslim Leben, Karlsruhe 1995. Alle Seitenangaben, im Text, beziehen sich auf diese Ausgabe.

ches jedoch auch auf das heutige Deutschland angewandt sehen: „Mit der Übersetzung dieses Buches ins Deutsche hoffen wir, einen kleinen Beitrag zum Verständnis und eine Anregung zur Umsetzung der islamischen Botschaft in die Praxis geben zu können. “ (Seite a).

Aus unterschiedlichen Gründen hat die islamische Frühgeschichte unter Muslimen sehr viel Verklärung erfahren, weswegen erst einmal überhaupt nicht evident ist, welche Erwartungen mit der „islamischen Botschaft“ verknüpft sein können. Doch was Maududi mit „islamischer Botschaft“ meint, verrät die Lektüre seiner Predigtensammlung dann auf besorgniserregende Weise. Gleich zu Beginn bereitet der Prediger Maududi mittels einer antijüdischen Polemik das Argument aus, warum die Muslime heute noch von Fremdherrschaften unterjocht würden: Weil sie sich von ihrer Religion entfernt hätten:

„Betrachtet das Schicksal der Kinder Israel, denen Thora und Evangelium gesandt wurden. Der Koran sagt über sie: Und hätten sie die Thora befolgt und das Evangelium und was nun zu ihnen hinabgesandt wurde von ihrem Herrn, sie würden sicherlich von den guten Dingen über ihnen und unter ihren Füßen essen. (Sure 5:66) Aber sie verhielten sich falsch gegenüber den Büchern Gottes und mussten die Folgen tragen: Und sie wurden mit Schande und Elend geschlagen, und sie luden Allahs Zorn auf sich; dies, weil sie die Zeichen Allahs verwarfen und die Propheten zu Unrecht töteten. Das war, weil sie widerspenstig waren und frevelten (Sure 2:61). Wenn ein Volk Gottes Buch besitzt und dennoch gedemütigt und unterjocht wird, dann versichere ich euch, geschieht dies nur, weil es Allahs Wort gegenüber Unrecht tat und deswegen bestraft wird. Der einzige Weg, sich vor Allahs Zorn zu retten, ist, dieses Unrecht aufzugeben und sich zu bemühen, Allahs Buch seinen wirklichen Wert zukommen zu lassen. Bevor ihr dies nicht tut, wird sich eure Lage nicht ändern – auch dann nicht, wenn ihr in jedem Dorf Schulen eröffnet, all eure Kinder die Universität abschließen und ihr Millionen, die ihr auf zweifelhafte Weise erworben habt, anhäuft.“ (S. 20f.)

Zwei Seiten weiter wird schon etwas deutlicher, was Maududi damit meint, nur Gottes Buch befolgen zu dürfen: „Deswegen ist es notwendig, nur dem Koran und der Sunna des Propheten zu folgen. Muslime folgen keiner Macht außer Allah – weder ihrem eigenen Verstand noch ihren Sitten und Gebräuchen“ (S. 22). Hier äußert sich Maududi

unmissverständlich für eine Gottesherrschaft, in der die Gesetze allein durch die Bestimmungen des Korans und die Aussagen des Propheten zu ermitteln sind. Doch aus diesem Sachverhalt erschließen sich bereits zwei offensichtliche Problemfelder: Zum einen ist fraglich, wem das Recht zukommt, Gottes Worte und die seines Propheten zu interpretieren, und ob er einer wirksamen Kontrolle durch die muslimische Gemeinschaft untersteht, die ja entsprechend den widersprüchlichen Texten alles andere als kohärent ist und den Islam entsprechend ihrem Aufklärungs- und Bildungsgrad auf ganz entgegengesetzte Weise wahrnimmt bzw. ihn in unterschiedlichen Teilen umgesetzt sehen will. Und zum zweiten ist unklar, wie ein gesellschaftlicher Frieden erreicht werden soll, wenn ein Staat, in dem auch Nichtmuslime leben, seine Gesetze aus den religiösen Quelltexten einer speziellen Religionsgemeinschaft ermittelt. Gesellschaftlicher Frieden kann nur erreicht werden, wenn alle Mitglieder eines Staates gleichwertig behandelt werden, wenn sie alle den gleichen Gesetzen unterstellt sind, auf die sie sich im Vorfeld geeinigt haben und dieselben Pflichten einzuhalten bereit sind, und Minderheiten nicht befürchten müssen, von einer Mehrheit in ihren Grundrechten verletzt zu werden. Dies wäre nur möglich, wenn Glaubensbekenntnisse aus der Politik herausgehalten und Staatsdiener nicht zu Hütern einer ganz exklusiven Moralvorstellung gemacht werden.

Den Muslimen jedenfalls, die eine reformerische, tolerante Islamauslegung verfolgen, oder den Muslimen, die nur noch vom Namen her Muslime sind, die sich als Kulturmuslime begreifen, oder zu einem nicht so streng gefassten Ritus gefunden haben und deswegen zu säkularen Eingeständnissen bereit wären, entzieht er mit der folgenden Aussage dann gleich den Boden: „Hat sich aber jemand erst einmal Muslim genannt, so muß er genau verstehen, dass er nur so lange Muslim bleibt, wie er sich innerhalb der Grenzen des Islam bewegt. Diese Grenzen sind: Das Wort Gottes und die Sunna seines Gesandten als höchsten Maßstab für Wahrheit und Gerechtigkeit anzunehmen und alles, was dem entgegen steht, als falsch zu betrachten. Wer innerhalb dieser Grenzen bleibt, ist Muslim, und wer sie überschreitet, wird aus der Religion ausgeschlossen. Wer sich selbst danach noch als Muslim betrachtet und dies verkündet, betrügt sich selbst und seine Mitmenschen. Wer nicht nach dem richtet, was Gott hinabgesandt hat, das sind die Ungläubigen. (Sure: 5:44)“ (S. 20f.)

Mit einer solchen Aussage erklärt er kurzerhand alle Muslime, die für eine säkulare Demokratie einstehen, d. h. die die Religion in den Privatbereich verlagert sehen wollen, für Ungläubige. Dabei hat das Recht auf Meinungsvielfalt in der islamischen Rechtsgeschichte durchaus eine alte Tradition. Erwähnenswert ist ein Vorfall, der sich zur Zeit des Kalifen Harun ar-Raschid abgespielt hat. Dieser war so begeistert von dem Werk des Begründers der malikitischen Rechtsschule, dass er dem Imam Malik anbot, dessen Werk al-Muwatta zum einzigen gültigen Gesetzeswerk in seinem ganzen Reich zu erheben. Um sein Vorhaben zu untermauern, wollte er das Buch in der Kaaba in Mekka aushängen lassen, um so „die Einheit des gesamten Volkes in Rechtsangelegenheiten herbeizuführen". Doch Malik blieb sich treu und erwiderte: „O Beherrscher der Gläubigen! Die Gefährten des Propheten trugen, wo immer sie auch hingingen, das mit sich, was sie zu Lebzeiten des Propheten gehört und gesehen hatten. Sie trugen aber auch verschiedene Ansichten über viele Einzelheiten mit sich. Wenn die muslimischen Gelehrten verschiedene Meinungen haben, so ist dies aber nichts anderes als eine göttliche Gnade für dieses Volk. Jeder von ihnen richtet sich nach dem, was er für richtig hält und jeder von ihnen hat seine guten Gründe dafür und jeder von ihnen bemüht sich aufrichtig, den Weg Gottes zu gehen."[23]

Sheikha Haya al-Khalifa, die Präsidentin der bahrainischen UN-Vollversammlung, erinnert daran, dass der Begründer der schafiitischen Rechtsschule seine Interpretation bestimmter koranischer Texte jedesmal überarbeitete, als ihn sein Leben an einen neuen Ort führte, an dem wieder andere Lebensbedingungen vorherrschten. Für al-Khalifa besteht kein Zweifel, dass die Muslime das Recht haben, die Texte gemäß den Bedürfnissen der heutigen Zeit auszulegen.[24] Maududi jedoch beharrt auf seiner kompromisslosen, archaischen Islamauslegung. Die letzte Konsequenz aus dem, was er sagt, ist unmissverständlich: Wer den Islam nicht so versteht, wie er ihn sehen will, wird zum Abtrünnigen erklärt, dem in letzter Konsequenz nur der Tod bleibt.

[23] Zitiert in: Said Ramadan, Das islamische Recht: Theorie und Praxis, Wiesbaden 1980, S. 81.

[24] Wolfgang Greber, „So kann man im 21. Jahrhundert nicht mehr leben." Sheikha Haya al-Khalifa, bahrainische Präsidentin der UN-Vollversammlung, über die Sharia-Gesetze, Die Presse, 31. Mai 2007.

Wenn Maududi schon einen säkularen Muslim ablehnt, dann einen Nichtmuslim erst recht. So heißt es in einer weiteren Aussage:

„Geschwister im Islam, wie ihr wisst, wird man durch das Sprechen einiger weniger Worte, des Glaubensbekenntnisses (Kalima: Es gibt keinen Gott außer Allah und Muhammad ist der Gesandte Allahs), Muslim. Mit dem Sprechen dieser Worte unterzieht sich der Mensch einem gewaltigen Wandel. Aus einem Kafir wird ein Muslim. Zuvor war er unrein, jetzt ist er rein. Er erregte Gottes Missfallen und verdient nun, von Gott geliebt zu werden. Zuvor war ihm die Hölle bestimmt, und jetzt stehen ihm die Tore des Paradieses offen." (S. 25).

Maududi geht noch weiter, für ihn muss der Sohn, der sich weigert, die Kalima auszusprechen, von seinem Vater enterbt werden. Seine Mutter und seine Schwestern müssen sich von nun an vor ihm verschleiern, weil er für sie zum Fremden wird (bzw. zu werden hat) (S. 25). Immerzu wird dem Muslim der Ungläubige, dem Reinen der Unreine und den geliebten Seelen die verdammten Seelen gegenübergestellt (z. B. S. 27). Und dies geschieht geradezu inflationsartig, so dass der anfällige und allmählich entrückende Leser am Ende eine Abneigung aufgebaut haben muss gegen jeden Nichtmuslim und jeden nicht praktizierenden Muslim. In dieser Aussage wird deutlich, wie eines der zentralen Gebote in einer säkularen und rechtsstaatlichen Demokratie, und zwar das Gleichheitsgebot, ausgehebelt wird.

So nachvollziehbar die Sicht einzelner Glaubensvertreter, die bedingt durch ihr Amt bestrebt sein müssen, ihrem Gesellschaftsmodell Geltung zu verschaffen, auch sein mag, sie geht immer vom Absolutheitsanspruch einer Gruppe gegenüber einer anderen aus und birgt damit unaufhörlich den Keim für gesellschaftlichen Unfrieden in sich. Die Einsicht, daraus Konsequenzen zu ziehen und in einem ersten Schritt anderen Konfessionen derselben Religion formale Gleichberechtigung zuzugestehen, wurde in Europa erst nach außerordentlich langanhaltenden und blutigen Bruderkriegen gewonnen, bevor sie durch weitere gesellschaftliche Veränderungen auf andere Religionsgemeinschaften und sogar auf Konfessionslose ausgedehnt wurde. Und so sehr Muslime aus Sorge um ihre Utopie darauf beharren, dass der Islam die Vielfalt erlaube, tolerant sei und die unterschiedlichen Konfessionen anerkenne, so sehr verkennen sie die historischen Fakten in ihrer Geschichte, dass oftmals bittere Bürgerkriege zwar eigentlich um der

Macht willen, aber dennoch im Namen von unterschiedlichen Auslegungen, bereits in der verklärten Zeit der ersten vier Kalifen geführt wurden.[25] In diesem Sinne ruft der Dortmunder Politikwissenschaftler Thomas Meyer in Erinnerung: „Die in der Aufklärung gegen alle herrschende Tradition neu begründete Vernunft der Regelung öffentlicher Verhältnisse brachte eine Kultur der Moderne hervor, die sich in gleicher Weise gegen den Obskurantismus in öffentlichen Dingen wendet, auf welche Traditionen er sich auch immer begründen mag (Habermas). Sie ist als Kritik an partikulären Herrschaftsansprüchen einer speziellen Glaubensüberlieferung über das Gemeinwesen als Ganzes daher universalistisch. Dieser Universalismus ist nicht derselbe, der in den Weltreligionen begegnet, sondern der Gegensatz zu ihm. Er will nicht den eigenen Glauben universell machen, sondern Bedingungen schaffen, die jedem Glauben Raum lassen, ohne irgend einem die Herrschaft über das öffentliche Leben und die Freiheit der Menschen einzuräumen. Dieses Programm stand in Indien so gut auf der Tagesordnung wie in Europa und anderswo auf der Welt, als es darum ging, dass sich eine Mehrzahl widerstreitender religiöser Traditionen im öffentlichen Raum miteinander vertragen müssen.“[26]

3.2 Maududis Polemik gegen „Ungläubige“ und Gottlose

Über den Ungläubigen, im Gegensatz zum gläubigen Muslim, fügt Maududi jedoch unbeirrt hinzu: „Das Endergebnis im Leben eines Kafir ist der Untergang: er endet im Elend und wird in dieser Welt und im Jenseits der Gnade Gottes beraubt. Am Ende des Lebens eines Muslims steht der Erfolg: Er gewinnt das Wohlwollen Gottes und wird im Jenseits glücklich und geehrt.“ (S. 43f.) Außer dass eine derartige Aussage das Lösen von irdischen Problemen entbehrlich macht und die Erlösung auf das Jenseits verschiebt, das naturgemäß nicht zu belegen ist, ist sie in erster Linie populistisch. Ihr einziges Ziel ist es,

[25] Hichem Djait, La Grande Discorde: Religion et Politique dans l´Islam des Origines, France 1989. Sehr plastisch und ausführlich auch in Tabari, La Chronique des Prophètes et des Rois (Volume II): Mohammed, sceau des Prophètes. Les Quatres Premiers Califes. Les Omayyades. L´Age d´or des Abbassides, France 2001.

[26] Thomas Meyer, Die Ironie Gottes: Religiotainment, Resakralisierung und die liberale Demokratie, Wiesbaden 2005, S. 45.

Unfrieden zu stiften und den Absolutheitsanspruch der eigenen Sicht der Dinge zu rechtfertigen. Anstatt den Muslimen praktische Lösungen anzubieten, wie sie ihren wissenschaftlichen, industriellen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückstand überwinden können und wie der Machtmissbrauch, die Willkür und die Korruption ihrer Diktatoren auch praktisch und mit real greifbaren Mitteln eingeschränkt werden kann, beschönigt er ihre beklagenswerte Lage und sucht sie damit zu trösten, dass die fortgeschrittenen Völker, weil ungläubig, ohnehin nichts von ihrem Wohlstand haben, wenn sie am Ende doch nur in die Hölle kommen. Zu denken gibt, dass der pakistanische Diktator Zia ul-Haq, nachdem er die „Jamaat-i-Islam" an seinen Staatsgeschäften beteiligt hatte, sich nach anderen Bewegungen umsehen musste, weil Maududis Partei an ihrer Aufgabe gescheitert war, einen modernen islamischen Staat aufzubauen.[27]

Über die Menschen, die an die Kalima Khabitha glauben, das „schlechte Wort", das er der Kalima Tayyiba, dem Bekenntnis zum Islam, entgegensetzt, sagt er: „Der Ungehorsam gegenüber dem Gesetz Gottes hat ihre Häuser in eine Hölle verwandelt. Die Selbstmordrate in Europa und Amerika hat ungeahnte Höhen erreicht; genauso steht es mit den Scheidungen. Völkermord und Abtreibung kosten Millionen das Leben. Alkohol und Drogen zerstören unzählige Leben." (S. 42). Hinter dieser Aussage steckt die Sorge vieler Religionsgelehrter, eine Gesellschaft könne nur funktionieren, wenn die Gebote Gottes befolgt würden. Voltaire, dem religionskritischen Aufklärer Frankreichs, gelingt es sehr plausibel, diese Angst vor der Gottlosigkeit einer Gesellschaft verbal zu erfassen. Auf die rhetorisch gestellte Frage, warum eine Gesellschaft von Atheisten unmöglich erscheine und folglich eine Trennung von Religion und Staat auch in den christlichen Ländern seitens der Kirchenvertreter undenkbar sei, befand er: „Weil man annimmt, daß Menschen, die nicht im Zaume gehalten werden, niemals in einer Gemeinschaft leben können, daß die Gesetze ohnmächtig sind gegen heimliche Verbrechen, daß es eines rächenden Gottes bedarf, der in dieser Welt oder im Jenseits die Bösewichte bestraft, die sich der menschlichen Gerechtigkeit entzogen haben."[28] So malte Voltaire die Angst der ersten Juden vor der Rache Gottes aus:

[27] Vgl. H. Haqqani (Anm. 18), S. 138f.
[28] Voltaire, Philosophisches Wörterbuch, Frankfurt a. M. 1985, S. 52.

„Sie glaubten nicht nur an die Existenz eines ewigen Gottes, sondern sie glaubten auch, daß er stets unter ihnen weile; sie zitterten vor Furcht, in ihrer eigenen Person, in ihren Frauen, ihren Kindern, ihrer Nachkommenschaft bis ins vierte Glied bestraft zu werden, und diese Angst war sehr geeignet, sie im Zaum zu halten.“[29]

Eine Ansicht, die keineswegs nur einer bestimmten Auslegung des Islam eigen ist. Der katholische Erzbischof Lefèbvre (1905-1991) sagte noch vor nicht allzu langer Zeit: „Nur die Wahrheit hat Rechte, der Irrtum ist rechtlos.“ Lefèbvre erklärt die Freiheit der Religion für „absurd (...) weil sie der Wahrheit wie dem Irrtum, der wahren Religion wie den häretischen Abirrungen gleiche Rechte garantiert“ und „für blasphemisch (...), weil sie, allen Religionen Gleichheit vor dem Gesetz zugesteht“ und ‚die heilige und unbefleckte Kirche Christi auf die Ebene der häretischen Sekten, ja sogar des jüdischen Verrats bringt“.“ Seine Folgerung lautet daher: „In einem katholischen Land gibt es eine Berechtigung, die falschen Formen der Anbetung an öffentlicher Verbreitung zu hindern, um ihre Propaganda zu begrenzen!“ Und noch kämpferischer fügt er hinzu: „...hat denn der Staat nicht die Pflicht und daher das Recht, die religiöse Einheit der Bürger im rechten Glauben zu garantieren und die katholischen Seelen vor Schmach und Verbreitung von religiösen Irrtümern zu schützen und – nur aus diesen Gründen – die Ausübung der falschen Kulte zu begrenzen. Ja, wenn es nötig sein sollte, sie zu verbieten?“[30]

Selbst eine exponierte Person wie der aktuelle Papst Benedikt, ehemalige Kardinal Ratzinger, träumt, so Thomas Meyer, unverhohlen davon, „daß es doch vernünftig wäre, wenn die christliche Religion die Erde umspannte, da sie allein über das Potenzial dazu verfügt und eine universelle Ethik tragen könnte, die alle eint. Wahr sei sie ja ohnehin.“[31]

Die größte Gefahr, die sich hinter derartigen Auffassungen verbirgt, die eigentlich nur zum Ziel haben, die eigenen Moralvorstellungen auf Kosten anderer durchzusetzen, ist, den Anhängern zu suggerieren, dass die große Gerechtigkeit, der große Frieden auf Erden erst erreicht

[29] Ebenda, S. 52.
[30] Zitiert nach: Sadik J.Al-Azm, Unbehagen in der Moderne: Aufklärung im Islam, Frankfurt a. M. 1993, S. 109f.
[31] T. Meyer (Anm. 26), S. 59.

würde, wenn alle bedingungslos an die Gebote ein- und desselben Gottes glaubten. In dieser für manch einen verlockenden Rhetorik wird verdrängt, dass Gleichberechtigung, Aufwertung des Menschen unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft sowie religiösen Zugehörigkeit, Freiheit vor willkürlicher Verfolgung sowie relative Rechtssicherheit erst durch die Einführung greifender weltlicher Kontrollmechanismen von unten nach oben realisiert werden konnten.

Hier sollte nicht vergessen werden, dass der Unfrieden, die Grausamkeiten und der Schaden für die Gesellschaften, der durch religiösen Fanatismus verursacht werden kann, systemimmanent ist, wohingegen die Randerscheinungen moderner Gesellschaften aufgrund von nicht zwingenden Nachlässigkeiten entstanden sind. Wenn Gottesfanatiker im Namen einer übergeordneten Instanz junge Menschen in den Tod treiben, weil diese sich schon versündigt haben, indem sie einander liebten, wenn schwangeren Frauen, wie in Algerien von den Jihadisten und in Kerbala im 19. Jahrhundert von den Wahhabiten, die Bäuche aufgeschlitzt und ihre ungeborenen Babys herausgerissen werden, wenn Kleinkinder, ebenfalls wie in Algerien im 20. Jahrhundert, gegen Wände geschleudert werden, damit ihre Köpfe platzen,[32] wenn Frauen vergewaltigt werden, weil ihnen der Glaube abgesprochen wird und man sie sich daher als Sklavinnen unterordnen kann,[33] wenn häusliche Gewalt mittels alter Verse gerechtfertigt wird, so dass Frauen wie in Afghanistan nur noch die Selbstverbrennung, das Schlucken von Nägeln, Rattengift oder Insektenmitteln als Ausweg bleibt,[34] wenn ehrwürdige alte Männer getötet werden, weil sie sich dem fanatischen Treiben entgegenstellen, und wenn Nichtmuslimen, die zudem auch noch in Kriegsgebieten helfen wollen, wie in Tschetschenien oder im Irak die Kehlen durchgeschnitten werden, dann kann das angebotene Gesellschaftsmodell keine Alternative zu einem säkularen demokratischen System bieten, auch wenn ein orientalisches Modell oh-

[32] Vgl.: André Glucksmann, Der Engel und das Tier, in: Der Spiegel Nr. 6 vom 2. Februar 1998, S. 140-144.

[33] Vgl. Hassan al-Tourabi, Islam Avenir du Monde. Entretien avec Alain Chevaléras, France 1997. S. 31f. Vgl. Ibn Ishaq, Das Leben des Propheten, Kandern 1999, S. 186, 205. Vgl. Ahmed Rashid, Taliban, München 2001, S. 138.

[34] Vgl. Jochen-Martin Gutsch, Der Missionar des Westens, in: Der Spiegel Nr. 28 vom 9. Juli 2007, S. 64.

ne Zweifel seine eigene Prägung haben und anderen Besonderheiten Rechnung tragen müsste.

Natürlich ist nicht zu leugnen, dass moderne Gesellschaften sich im Namen der Freiheit damit schwer tun, bestimmte Werte einzufordern. Doch muss zwischen Werten, die für das konstruktive Funktionieren einer Gesellschaft entscheidend sind, und Moralvorstellungen unterschieden werden, die lediglich Ausdruck unterschiedlicher Lebensweisen sind und keine notwendige Voraussetzung dafür darstellen, dass die Grundrechte jedes Menschen gewahrt bleiben und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen konfliktfrei zusammenleben können. Niemand wird leugnen, dass die Zunahme von Gewalt unter Jugendlichen, der exzessive Alkoholmissbrauch bis zum nahen Exitus, der Sinnverlust, der zu Amokläufen führt, nach einer ernsten Lösung verlangen. Gleichzeitig darf nicht sein, dass im Namen jahrtausendealter Religionen danach gerufen wird, Homosexuelle zu ächten oder zu verfolgen, Frauen gegenüber Männern zu benachteiligen oder Angehörige einer Glaubensgruppe zu erniedrigen.

Doch was bestimmt nun die Moral und bestimmt eine konstruktive Kultur des Zusammenlebens in einer Gesellschaft, in der ein strafender Gott in den Hintergrund gedrängt wurde? Kant, und darauf fußen heute die Werte der modernen säkularen und sozialen Demokratie, auch derjenigen Deutschlands, verwies die Religion in die Grenzen der menschlichen Vernunft. Er vertraute allein auf diese Vernunft und sah sie imstande, ohne Rückgriff auf eine übergeordnete Instanz aus sich heraus die notwendige Moralität zu erkennen und zur Anwendung zu bringen, die das konstruktive Funktionieren eines Gemeinwesens zu gewährleisten imstande ist. „Die Moral, so fern sie auf dem Begriffe des Menschen, als eines freien, eben darum auch sich selbst durch seine Vernunft an unbedingte Gesetze bindenden Wesens, gegründet ist, bedarf weder der Idee eines anderen Wesens über ihm, um seine Pflicht zu erkennen, noch einer anderen Triebfeder als das Gesetz selbst.“[35]

Oberste Handlungsmaxime und Richtschnur ist dabei allein der Grundsatz, dass die Freiheit des einzelnen dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt. Diese Maxime nennt Thomas Meyer die Aufklä-

[35] Immanuel Kant, Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, Stuttgart 1996, S. 3.

rung der Aufklärung, da sie die Lösung bietet gegen Übertretungen, wie sie im Faschismus, im Kommunismus und im Imperialismus möglich wurden. Denn sie bestimmt, „daß jeder Mensch unter allen Umständen stets zugleich als ein Selbstzweck und niemals bloß als Mittel für die Zwecke anderer behandelt werden darf. Das ist das universalistische Programm der unbedingten Geltung der Grund- und Menschenrechte für jeden einzelnen Menschen unabhängig von allen anderen Bestimmungen, die er haben kann.“[36] Wobei die Betonung auf jeden, wirklich jeden Menschen gelegt werden muss, denn wo Menschengruppen aus diesem Rahmen ausgeschlossen werden, verliert dieser Grundsatz seine Wirkung. Wird diese Maxime auch noch durch ausgeklügelte weltliche Mechanismen wie eine entsprechende Verfassung, der die Mitglieder eines Gemeinwesens zustimmen, Rechtsstaatlichkeit mittels Gewaltenteilung und Verfassungsgerichten, Unterstellung der Staatsdiener unter dasselbe Recht wie die Bürger, Wahlrecht, Minderheitenschutz, aufgeklärte und kritische Bildung, aufgeklärte Ethik, Bewusstsein für die Eigenverantwortung, Pressefreiheit etc. real gesichert, wird die Inszenierung eines über allem wachenden strafenden Gottes zur Zügelung der negativen Kräfte der menschlichen Natur, um eine funktionierende Gesellschaftsordnung herzustellen, überflüssig. Ein Schwachpunkt ist, dass dieser Zustand jeden Tag von jedem Bürger und von jeder Gemeinschaft aufs neue gesichert werden muss, denn solange es Menschen gibt, wird es immer solche geben, die versuchen, ihre Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen.

3.3 Maududis Kampfansage gegen die säkulare Demokratie

Im Kapitel „Die falschen Götter“ ruft Maududi offen zur Gehorsamsverweigerung gegenüber den weltlichen, von Menschen gemachten Gesetzen auf: „Zuallererst müsst ihr verstehen, was Kufr (Unglaube) und was Islam ist. Kufr bedeutet die Weigerung des Menschen, Gott zu gehorchen. Islam bedeutet vollständige Hingabe an Gott allein und die Weigerung, sämtliche Ideen, Gesetze oder Befehle anzuerkennen, die im Widerspruch zu der Rechtleitung Gottes stehen. …, Wer nicht nach dem richtet, was Gott hinabgesandt hat – das sind die Ungläubigen (Sure 5:44) … Eine Möglichkeit, Entscheidungen zu fällen, ist das

[36] T. Meyer (Anm. 26), S. 27.

Richten nach dem Buch Gottes und der Sunna Seines Gesandten. Andere Methoden beruhen auf selbstsüchtigen Wünschen, angestammten Sitten oder von Menschen gemachten Gesetzen. Wenn nun jemand die von Gott vorgelegte Ordnung verwirft und sich entscheidet, nach einer anderen Ordnung zu leben, dann folgt er dem Weg des Kufr …“ (S. 51f.)

Diese Kampfansage an die liberale Demokratie ist unmissverständlich und klar formuliert, sie versucht nicht, sich zwischen den Zeilen zu verbergen. Vor allem wird sie durch die ständige Wiederholung bekräftigt und verliert dadurch den Eindruck einer verunglückten Formulierung oder eines Widerstreits zwischen freiheitlichen Gedanken und der Angst, dass den destruktiven Kräften im Menschen die Oberhand erlaubt wird, wenn die Anwendung von Moral in den Entscheidungsbereich des Individuums verlagert wird. Dabei liegt es in der Natur der liberalen Demokratie, dem Menschen eigentlich die Ausübung seiner Religion zu garantieren, wenn er dies ausdrücklich selbst so will. Allein entzieht sie anderen Menschen die Vormundschaft darüber, diesen Glauben oder die Art und Weise, wie dieser ausgeübt zu werden hat, zu kontrollieren bzw. anderen aufzuzwingen. Dies heißt jedoch nicht, dass in einer liberalen Demokratie Anarchie herrscht. Wenn an dieser Stelle von Freiheit gesprochen wird, dann ist die Rede von politischer Freiheit, einer Freiheit von staatlicher Unterdrückung, die insbesondere verhindern soll, dass ein Bürger grundlos und ohne ordentliches Gerichtsverfahren in Haft genommen wird. Wenn Maududi folglich von einer göttlichen Ordnung spricht, auf deren Umsetzung er besteht, dann erhebt er sich zum Hüter über eine bestimmte Moralauslegung und entmündigt die Muslime, sich selbst darüber im klaren zu werden, wie sie selbst ihre Spiritualität gestalten wollen, ganz zu schweigen von dem unhaltbaren Anspruch, die eigene fehlerhafte menschliche Wahrheit anderen, ebenso existenzberechtigten Sichtweisen überzustülpen.

Maududi jedenfalls ist es ernst damit, wenn er sagt, dass sich in der Gesellschaft die positiven Kräfte nur entfalten würden, wenn diese wieder zu den Geboten Gottes finde und all den irdischen Verführungen entsage: „Deshalb sind Wohlstand und Glück der Menschheit nur dadurch zu erreichen, dass man die Gesellschaft an der Wurzel packt und sie von allen Kräften reinigt, die sich gegen die Gesetze Gottes auflehnen. Wenn Unzucht frei erlaubt ist, werden Predigten nur wenig

bewirken. Eine Regierung muss hinter dem Verbot stehen, das es den Menschen leichter macht, von dieser Sünde abzulassen. Genauso ist es mit Trinken, Glücksspiel, Zins, Bestechung, Pornographie und verderblicher Erziehung: Ermahnung alleine, ohne Macht, reicht nicht aus, wenn die Umgebung uns zu diesen Dingen ermutigt oder sie zumindest toleriert. …Was benötigt wird, ist ein Zeichen der Regierenden, dass Bestechung, Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Moral und Gottlosigkeit nicht gebilligt werden, und dass man eine Gesellschaft mit Gerechtigkeitssinn, Gottesfurcht und Gottesliebe nur in Übereinstimmung mit den göttlichen Vorschriften verwirklichen will. Wenn ihr wirklich die weit verbreitete Korruption auf der Welt auslöschen wollt, steht auf und kämpft gegen käufliche Herrschaft, ergreift die Macht, um sie im Namen Gottes einzusetzen! Es ist sinnlos zu glauben, dass die Umstände allein durch Predigten geändert werden könnten." (S. 256)

Maududi hat sicherlich im Kern Recht, dass eine Gesellschaft sich nur entwickeln, die Korruption besiegen und den Müßiggang überwinden kann mit einer Disziplin und Korrektheit fördernden Geisteshaltung. Fatal ist nur, dass er Machtmissbrauch nichts anderes entgegenzusetzen hat als die Rechtgläubigkeit der Gesellschaft, die dann zur Rechtgläubigkeit des Staatsdieners führen soll (vgl. auch S. 256). Er berücksichtigt nicht, dass Glaube, Unbestechlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, ganz zu schweigen von Sachverstand, vorgetäuscht werden können. Wenn folglich gewisse unverzichtbare Verhaltensweisen speziell bei Amtsträgern nicht durch greifbare Mechanismen eingefordert werden können, dann werden diese Staatsdiener immerzu der Macht verfallen, sich korrumpieren lassen und Willkür gegen die Schwachen anwenden können. Ein Umstand, der sich gut an der Herrschaft des dritten Kalifen der Muslime, Uthman Ibn-Affan, aufzeigen lässt, der den Verlockungen der Macht verfiel und sich aus der Staatskasse großzügig bediente. Am Ende seiner Herrschaft war er bei den Muslimen derart verhasst, dass sich Heerscharen versammelten, um ihn zu ermorden und seinen Leichnam in der Folge zu schänden.[37] Um folglich die Integrität und Unbestechlichkeit von Volksvertretern sowie tatsächliche politische Freiheit, also Schutz vor Willkür und Verfolgung, gewährleisten zu können, muss Macht aufgeteilt werden, so

[37] Vgl. Tabari (Anm. 25), Abschnitt über die ersten vier Kalifen, S. 273-330.

dass sie nicht mehr in der Hand eines Einzelnen liegt, der sie dann zu seinem eigenen Vorteil missbrauchen könnte. Montesquieu schlug hierzu das Konzept der Gewaltenteilung vor.[38] Entscheidend ist, dass das Staatsoberhaupt wie alle Staatsdiener den Gesetzen ebenso unterstellt sind wie die Bürger des jeweiligen Landes. Im Laufe der Zeit wurden immer weitere zusätzliche Mittel ersonnen, Macht zu streuen; als einige wenige stellvertretende Beispiele seien an dieser Stelle die Dezentralisierung von Macht durch Einführung eines föderalistischen Systems genannt oder auch die Errichtung eines eigens zum Schutz der Verfassung errichteten Verfassungsgerichts. Wenngleich sie in verschiedenen liberal-demokratischen Staaten in vielerlei Art und Weise institutionalisiert worden ist, ist die Gewaltenteilung stets notwendige Grundvoraussetzung von Rechtsstaatlichkeit und liberaler Demokratie.

Ganz unerwartet entfaltet denn auch Maududi plötzlich selbst einen solchen kritischen Gedanken, der zur Entkräftung seiner eigenen Argumentation herangezogen werden kann: „Beurteilt Gut und Böse niemals nach den Wünschen eures Egos, nach dem was euer Intellekt euch eingibt, was eure Vorväter getan haben, eure Familien und Verwandten bevorzugen, was die Gesellschaft gutheißt, die religiösen Gelehrten euch sagen oder irgendjemand anordnet oder was ihm gefällt. Wenn ihr dem Geheiß irgendeines Menschen folgt und dabei Gottes Befehle außer Acht lasst, so habt ihr diese Person neben Gott gestellt. Das bedeutet, dass ihr dieser Person eine Stellung verliehen habt, die ausschließlich Gott gebührt.“ (S. 53). Vermutlich ganz unfreiwillig erkennt er für einen kurzen Augenblick die Forderung seiner Religion, die in diesem Fall auch die Essenz der liberalen säkularen Demokratie darstellt, und zwar die Freiheit jedes einzelnen Menschen, ganz allein darüber bestimmen zu dürfen, wie er seine Religion verstehen will. Ganz unfreiwillig entzieht er für einen kurzen Augenblick der Herrschaft der Religionsgelehrten die Legitimation. Hierbei ist allerdings zu vermuten, dass er sie den traditionellen Religionsgelehrten entzogen sehen will, um stattdessen seine eigene Lehre vorzuschieben.

Dann jedoch verfällt Maududi wieder in seine bekannte Polemik und warnt, dass sich dem, der Völkern folge, weil sie fortschrittlich und modern seien und großen Erfolg hätten, die Tür der göttlichen Füh-

[38] Charles de Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, Stuttgart 1994, S. 216f.

rung schließe (S. 57). Diese Aussage dürfte er unter dem Eindruck der britischen Kolonialherrschaft getroffen haben. Überhaupt ist selbst in einer modernen liberalen Demokratie noch längst nicht alles zu einem Optimum herangereift – Parlamentarier, die ungestraft Zuwendungen von Großkonzernen annehmen dürfen, kurzfristige Interessen von Parteien wegen der kurzen Wahlperioden, Quantität, die unter dem Wiederwahldruck vor Qualität gestellt wird, etc. Doch es liegt in der Natur der Demokratie, kein Monolith zu sein und sich durch den Einfallsreichtum und das Engagement ihrer Bürger weiterzuentwickeln. Wie auch immer sich Großbritannien einst verhalten haben mag, es wäre unverzeihlich, die Segnungen des Rechtsstaates, gegen die nicht einmal der Islam etwas einwendet[39], zu verzichten, nur weil einige religiöse Vertreter, die an veralteten Schulen eine Halbbildung genossen haben, von der Angst getragen werden, die ihnen vertraute Ordnung aufgeben zu müssen.

3.4 Maududis Plädoyer für die Wiedereinführung der alten archaischen Strafen

In Kapitel II im Abschnitt „Geständnis von Verbrechen“ zeigt sich Maududi dann auch noch als Verfechter der archaischen Scharia-Haddstrafen auch im Zusammenhang mit unehelichem Geschlechtsverkehr: „Ihr kennt die schwere Bestrafung, die der Islam für Unzucht vorschreibt: Einhundert Schläge auf den nackten Rücken! Allein beim Gedanken daran schreckt man zurück. Wenn noch dazu eine verheiratete Person im Spiel ist, so wird mit Steinigung bis zum Tod bestraft. Man zittert, wenn man nur von dieser schrecklichen Bestrafung hört. Aber habt ihr gehört, wie sich ein Mann verhielt, der zur Zeit des Propheten Ehebruch beging und aufgrund seines Glaubens soviel Kraft besaß, die Folgen daraus auf sich zu nehmen?“. Dann beschreibt er die Geschichte eines Mannes, der lieber die grausame Strafe für Ehebruch auf sich nehmen wollte, als mit der Last der Sünde zu leben. Maududis Schlussfolgerung: „Das ist die Kraft des Glaubens. Es ist ein leichtes für jemanden, der einen solchen Glauben in seinem Herzen trägt,

[39] Ausführlich behandelt in: Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, Der islamische Fundamentalismus, der Islam und die Demokratie. Algerien und Tunesien: Das Scheitern postkolonialer „Entwicklungsmodelle“ und das Streben nach einem ethischen Leitfaden für Politik und Gesellschaft, Wiesbaden 2004.

mit einhundert Schlägen auf den bloßen Rücken bestraft oder sogar zu Tode gesteinigt zu werden. Aber es ist schwierig für ihn, als ein ungehorsamer Diener vor Gott zu treten.“ (S. 65)

Ohne Zweifel untersteht auch in Deutschland die Ehe zwischen Mann und Frau dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie wird geschätzt wegen der Sittlichkeit, die sie generiert, und als geeigneter Rahmen für eine bestmögliche Kindererziehung gewertet. Ein Seitensprung sollte dennoch schlimmstenfalls eine Trennung nach sich ziehen, eine Tötung ist unverhältnismäßig. Würde eine solche Strafe auch noch in einem politischen System angewandt, in dem keine Rechtssicherheit gewährleistet wird, könnte sie willkürlich angewandt werden, um potentielle Gegner, lästige Personen, Ehefrauen, derer man überdrüssig geworden ist, in einem vorgetäuschten legitimen Rahmen beseitigen zu können. Am Beispiel Pakistans lässt sich exemplarisch aufzeigen, wie wenig die alleinige Einführung der Scharia nützt, um „Gerechtigkeit“ zu gewährleisten. Ohne Rechtssicherheit und weltliche Kontrollmechanismen, die die Macht haben, die Staatsbeamten und die Staatsführung für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen, geschieht es, dass sich die Anzahl der Vergewaltigungen auf Polizeistationen derart gesteigert hat. Der Gipfel der Ironie besteht allerdings darin, dass die Opfer dieser Vergewaltigungen dann auch noch mit Schande gebrandmarkt werden.[40]

3.5 Jihad gegen Nichtmuslime und säkulare Muslime

Im selben Kapitel II, im Abschnitt „Abbrechen von Beziehungen“, verrät Maududi plötzlich unverhohlen, wie er den Jihad interpretiert sehen will. Plötzlich preist er unumwunden den starken Glauben derer, die für die Liebe zu Gott bereit sind, ihre liebsten Anverwandten zu töten: „Niemand ist uns in dieser Welt wertvoller als unsere eigenen Verwandten. Besonders Vater, Bruder und Sohn sind dem Menschen so lieb, dass er oft bereit ist, alles für sie zu opfern. Aber denkt an die Schlachten von Badr und Uhud und seht, wer dort gegen wen kämpfte! Ein Vater war in der Armee der Muslime und der Sohn in der Armee der Ungläubigen (Kuffar); oder der Sohn bei den Muslimen und der Vater auf der anderen Seite. Ein Bruder war an dieser

[40] Vgl. Ibn Warraq, Warum ich kein Muslim bin, Berlin 2004, S. 438ff.

Front, und der andere Bruder an der gegenüberliegenden Front. Nächste Verwandte standen sich gegenüber und kämpften gegeneinander, als ob sie Fremde wären. Weder für Geld noch aufgrund persönlicher Vorlieben oder Abneigungen geschah es, dass Menschen gegen ihr eigenes Fleisch und Blut kämpften. Für Gott und Seinen Gesandten aber brachten sie die Stärke und den Mut auf, die Liebe zu Vater, Sohn, Bruder und die ganze Familie zu opfern." (S. 65f.)

In solchen Äußerungen verrät sich der fanatische Charakter des Fundamentalismus altwahhabitischer Prägung, der die Anpassung des Islam an die Gegebenheiten der Moderne und an zivilisiertere Regionen kategorisch ablehnt. Hier wird zum einen ein düsteres Kapitel der islamischen Frühzeit wiederbelebt, die Verherrlichung des Bruderkrieges um der Verbreitung einer Religion willen, und dieses Beispiel wird auch noch als Legitimation zu innerreligiösen Konfessionskriegen herangezogen. Dabei gestaltet sich der Zugriff auf Gewalt keinesfalls nur im Sinne einer legitimen Verteidigung gegen Eroberer, sondern will anderen Menschen, hier vornehmlich anderen Muslimen, die eine modernere Lebenskonzeption bevorzugen, eine archaische, fanatische und intolerante Lebensweise aufzwingen. Was hier vorbereitet wird, ist alles andere als ein Gesellschaftsfrieden: Es ist ein Bürgerkrieg.

Eine Seite weiter ruft Maududi dann zur absoluten Opferbereitschaft auf: „Geschwister, im Koran heißt es: „Nie werdet ihr zur vollkommenen Rechtschaffenheit gelangen, solange ihr nicht spendet von dem, was ihr liebt; und was immer ihr spendet, wahrlich, Allah weiß es wohl" (Sure 3:92). Dieser Vers beinhaltet den Kern des Iman und den wahren Geist des Islam: Ihr müsst bereit sein, nötigenfalls für Gott alles zu opfern und zu spenden, was euch lieb und teuer ist." (S. 67) Hier ist Lebenseinsatz, aber auch Geldeinsatz gemeint, doch nicht, wie viele denken, gegen Eroberer oder Diktatoren, sondern zur Finanzierung fanatischer Bruderkriege. Wieviel Missbrauch mit Spendengeldern bereits getätigt wurde, sei es Kriegstreiberei oder persönliche Bereicherung, lassen nur vereinzelte Skandale,[41] erahnen. Maududi

[41] Cornelia Uebel und Yüksel Ugurlu, Der verlorene Schatz der Gastarbeiter: Mindestens fünf Milliarden Euro haben in Deutschland lebende Türken an Geschäftemacher vom Bosporus verloren. Es ist einer der größten Anlageskandale der Nachkriegszeit, in: Die Zeit Nr. 46 vom 16. November 2006, S.

rügt die Muslime, die behaupten, sich zum Islam zu bekennen, aber zögern, die Scharia wieder einzuführen, um mit ihr ihre allgemeine Lebensführung nach dem Willen Gottes zu regeln (S. 68). Wobei bereits angedeutet wurde, dass selbst die Scharia nach modernen Kriterien interpretiert werden könnte und es möglich wäre, die archaischen Strafen abzuschaffen und Rechtstaatlichkeit zur Anwendung zu bringen. Maududi hat jedoch seine ganz spezielle, unversöhnliche, intolerante und leicht für Missbrauch anfällige Schariaauslegung vor Augen.

Dann drückt Maududi noch einmal klar und deutlich aus, dass die Religion nicht in die Privatsphäre gedrängt werden dürfe (vgl. S. 73), womit er seine Ablehnung des Konzepts eines säkularen Staates ein weiteres Mal bekräftigt. Er verbindet den Gedanken jedoch dieses Mal mit der Pflicht zum Kampf gegen alles, was seiner Meinung nach gegen Gottes Schöpfungsplan verstößt: Im Abschnitt „Welche Art von Muslimen wünscht Gott“ drückt er sich unzweideutig gegen die Freiheit aus, den Islam als Privatsache zu betrachten, die man nur in den vier Wänden zu leben hätte. Nur der aufopferungsvolle Muslim, der bereit ist, sich dem Islam mit Leib und Seele zu verschreiben und das Glaubensbekenntnis durchzusetzen, ist für ihn der wahre, für ihn wünschenswerte Muslim. „Aber der Gott, für den der Islam die Opferung des Lebens verlangt, hat ein Recht auf uns. Alles muß auf seinem Weg gegeben werden, denn alles im Himmel und auf Erden gehört ihm. Der Mensch selbst, sein Besitz und alles, was mit ihm verbunden ist, gehört Allah. Es ist demnach in völliger Übereinstimmung mit der Gerechtigkeit sowie der Vernunft, dass alles, was Allah gehört, ihm alleine vorbehalten bleiben muß“ (S. 74). Immerhin schränkt er ein: „Verwendet diesen Maßstab jedoch unter keinen Umständen dazu festzustellen, ob andere Gläubige oder Heuchler, Muslime oder Ungläubige sind! Benutzt ihn nur, um euch selbst zu prüfen, und wenn ihr einen Mangel entdeckt habt, so versucht, ihn zu beseitigen, bevor ihr vor Allah tretet.“ (S. 76) Maududi erkennt also für einen Augenblick die Gefahr, die daraus resultiert, wenn Menschen beginnen, über

43. Zur Korruption innerhalb der Muslimbruderschaft siehe: Johannes Grundmann, Islamische Internationalisten: Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der islamischen Weltliga, Wiesbaden 2005, S. 22. Zur Bereicherung an Spendengeldern siehe zudem: Sylvain Besson, La conquete de l“occident: Le projet secret des islamistes, Paris 2005.

den Glauben oder Unglauben anderer Macht zu entwickeln. Er erkennt die Gefahr der Verleumdung, doch zieht er daraus keine Konsequenzen. Die Folge für die säkulare Verfassung Deutschlands jedenfalls ist offensichtlich. Und so sagt er denn auch unmittelbar nach seiner vorübergehenden Relativierung:

„Allah hat seinen Gesandten mit dem wahren Din geschickt, um die Herrschaft aller falschen Götter zu beenden und den Menschen die Freiheit zu schenken, als Diener von niemandem außer dem Herrn der Welten leben zu können – ungeachtet wie sehr dies den Ungläubigen und denjenigen, die Vielgötterei betreiben, missfällt und wie sehr sie diesen Weg bekämpfen mögen. „Und kämpft gegen sie, damit keine Verführung (gegen Gott) mehr stattfinden kann, und bis Din auf Allah allein gerichtet ist“ (Sure 8:39). Die Botschaft hiervon ist klar: wir müssen uns einsetzen, bis die Oberherrschaft aller anderen außer Allahs beseitigt ist, bis allein Sein Wille und Seine Oberhoheit anerkannt sind und die Menschen ausschließlich Ihm dienen.“ (S. 87)

Aus der Konsequenz, die er daraus zieht, offenbart sich die Problematik der Dualität zwischen einem von der Religion getragenen und einem weltlichen Herrscher, wenn der weltliche von der Religion nicht anerkannt wird: Maududi fordert, Gott als Herrn und Herrscher anzuerkennen, nur ihm gehorsam zu sein und zu dienen, nur ihm gegenüber verantwortlich zu sein und nur seine Strafe zu fürchten und seinen Lohn zu erwarten (vgl. S. 87). Damit fordert er unmissverständlich dazu auf, sich den weltlichen Gesetzgebungen, unter anderem auch den auf liberal-demokratischem Weg erlangten, zu widersetzen und ausschließlich den für göttlich befundenen zu gehorchen. So verlockend eine Herrschaft auch wirken mag, die von der menschlichen Fehlbarkeit befreit wäre, Maududi verschweigt, dass Gottes Herrschaft nur mittels ebenso fehlerhafter Menschen umgesetzt und ausgelegt werden müsste. Dies ist eigentlich eine gravierende Verletzung einer der essentiellsten Kernaussagen der islamischen Lehre, und zwar der Ablehnung von Mittlern zwischen Gott und den Menschen.

Im Anschluss daran verurteilt Maududi zum zweiten Mal, dass ein Muslim einem anderen den Glauben abspricht, und zitiert dazu einen Ausspruch des Propheten Muhammad (S. 90). Er gesteht jedem Muslim zu, die Scharia auf seine Weise verstehen und interpretieren zu dürfen (S. 91f.). Dieses Zugeständnis wird jedoch schwer nachvoll-

ziehbar angesichts seines Urteils gegenüber Muslimen, die den Jihad nur noch als Verteidigungskrieg oder als Selbstdisziplinierung begreifen wollen, ja das Postulat der Religionsfreiheit konsequent auslegen. So heißt es denn auch in Kapitel III im Abschnitt „Das Ziel der muslimischen Gemeinschaft“: „Stellen wir uns den Islam wie diese Uhr vor. Genauso wie es die Aufgabe der Uhr ist, die Zeit anzuzeigen, so besteht das Ziel des Islam darin, dass die Muslime auf der Erde als die Statthalter Gottes leben, als Zeugen Gottes für die Menschheit und als Verfechter der Wahrheit. Als Muslime werden wir aufgefordert, allen den Islam weiterzugeben: „Ihr seid die beste Gemeinde, die für die Menschen entstand. Ihr gebietet das, was Rechtens ist, und ihr verbietet das Unrecht, und ihr glaubt an Allah.“ (Sure 3:110) „…Und kämpft gegen sie, damit keine Verführung mehr stattfinden kann, und kämpft, bis sämtliche Verehrung auf Allah allein gerichtet ist. (Sure 8:39)““ (S. 136)

Der Jihad, um den es Maududi hier geht, ist eindeutig kein Verteidigungs-Jihad mehr, sondern ist ein deutlicher Aufruf zum expansiven Jihad. Dieser Vers wird allein angeführt, und es wird nicht berücksichtigt, dass im Koran ebenso Verse zu finden sind, die dazu anhalten, den Kampf sofort zu beenden, wenn den Muslimen ein Friedensangebot unterbreitet wird.[42]

In Kapitel VII mit dem Titel „Jihad“ breitet er seine Strategie zum Erreichen seines Gesellschaftsmodells aus. Gebet, Fasten, Armensteuer und die Pilgerfahrt sind für Maududi nichts anderes als Mittel zum Zweck: „In einfachen Worten ausgedrückt: das eigentliche Ziel des Gottesdienstes ist es, die Herrschaft der Menschen über den Menschen abzuschaffen und ihn unter die Führung des einen Gottes zu stellen. Der Einsatz des ganzen Vermögens, einschließlich des Lebens zur Verwirklichung dieses Ziels heißt Jihad (Anstrengung auf dem Weg Gottes). Gebet, Fasten, Armensteuer, und Pilgerfahrt bereiten alle auf den Jihad vor. Da ihr jedoch das Ziel und die Aufgabe, die euch anvertraut wurde, schon seit langem vergessen habt, und weil ihr die gottesdienstlichen Handlungen allein auf ihren geistigen Gehalt beschränkt habt, wird es schwierig für euch sein, diese kurze Aussage zu verstehen.“ (S.253)

[42] Vgl. Sure 4, 94; Sure 4, 90; Sure 2, 190-193.

3.6 Die Gottesherrschaft

Das Ziel sowohl des geistigen als auch des gewaltbezogenen Jihad ist also die Gottesherrschaft. Bei seinen Anhängern nährt Maududi einen fatalen Gedanken, der ihrerseits aus einer ehrlichen und verzweifelten Sehnsucht nach einer gerechten Herrschaft entspringt, und zwar „die Herrschaft des Menschen über den Mitmenschen“ (vgl. S. 256) abzuschaffen. An Sayyid Qutb, dem ägyptischen Muslimbruder, der die Gedanken Maududis aufgenommen hat, lässt sich zeigen, was sich die Anhänger des Fundamentalismus durch die Einführung einer Herrschaft Gottes erhoffen. Denn Qutb war der Meinung, der Mensch dürfe nur Gott dienen und die Menschen dürften einander nicht zu Herren nehmen anstelle von Gott, um dem Machtmissbrauch der fehlerhaften Menschen ein Ende zu setzen. Dazu sagt er: „Das Königtum Gottes auf der Erde besteht nicht darin, dass bestimmte Menschen selbst, nämlich die religiösen Autoritäten – die Souveränität (hakimiyya) ausüben, wie es in der weltlichen Macht der christlichen Kirche der Fall ist. Es besteht auch nicht darin, dass Menschen im Namen der Götter sprechen wie in jener Herrschaftsform, die als Theokratie oder Gottkönigtum beschrieben wird. Das Königtum Gottes besteht vielmehr darin, dass das Gesetz Gottes (schariat Allah) die Souveränität ausübt (hiya al-hakima) und dass die Entscheidung Gott überlassen wird gemäß dem klaren Gesetz, das er festgesetzt hat.“[43]

Die Fundamentalisten, so scheint es, erhoffen sich allein von Gott, erhaben genug über die menschlichen Schwächen wie Korrumpierbarkeit, Machtmissbrauch, Arroganz gegenüber den Schwachen, Ungerechtigkeit etc. zu sein.

Maududi sagt auf seine Weise: „Menschen, die sich die absolute Macht anmaßen, Gesetze zu erlassen, sind aufgrund ihrer Unwissenheit zu Fehlern verurteilt und handeln aufgrund ihrer Eigensucht zwangsläufig ungerecht und totalitär. Erstens besitzen sie nicht ausreichendes Wissen, um passende und gerechte Gesetze für die Menschen zu entwerfen, und zweitens maßen sie sich ohne Gottesfurcht und ohne sich Ihm gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet zu fühlen unein-

[43] Sayyid Qutb, Manifest einer islamischen Befreiungstheologie, in: Andreas Meier (Hrsg.), Der politische Auftrag des Islam: Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der islamischen Welt, Wuppertal 1994, S. 199.

geschränkte Macht an.“ (S. 257) Einen Absatz weiter schließt Maududi mit folgender Bemerkung ab: „Seht euch heutzutage die Menschen an, die keine Gottesfurcht haben und sich nicht auf das Jenseits vorbereiten, wie sie sich nach der Machtübernahme in Unterdrücker, Diktatoren, Verräter und Übeltäter verwandelt haben.“ (S. 257)

Maududi mag sogar Recht damit haben, dass Menschen nicht immer über ausreichend Wissen verfügen, um die wirklich besten Gesetze zu erlassen, die für ein optimales Wohlbefinden und konstruktives Funktionieren einer Gesellschaft nötig wären. Doch gilt selbiges auch für die heutigen Rechtsgelehrten, die ihre Bildung in den meisten Fällen auf veralteten unreformierten Schulen erhalten haben, die sich bis heute kritischer Geisteswissenschaften und ungeschönter Geschichtsperzeption verweigern.[44] Die Quelltexte des Islam sind derart von Widersprüchen beladen, dass jedwede Rechtsprechung oder Gesetzgebung nicht ohne die Interpretationsbemühungen dieser Rechtsgelehrten auskommen könnte, was unweigerlich Willkür und Gesinnungsdespotie einer anderen Art implizieren würde. Dabei war und ist es doch gerade die zentrale Aufgabe der liberalen Demokratie, Macht zu streuen und Willkür zu verringern. Die liberale, rechtstaatliche und säkulare Demokratie zu bekämpfen wäre genau das Gegenteil zu bewirken, was so viele Muslime sich so sehnlichst erhoffen, die Beendigung der Willkür von Menschen über Menschen. Das, was Maududi fordert, ist nichts anderes als eine Diktatur der Religionsgelehrten, seiner Religionsgelehrten, über die Muslime und die Nichtmuslime. Das einzige Problem, das speziell die fundamentalistischen und konservativen Muslime haben, kann also in letzter Instanz nur noch ein Problem der Moral sein, die ihnen in einer liberalen Demokratie zu freizügig erscheint.

Würde Maududi auch nur einen konstruktiven Vorschlag unterbreiten, wie in politische Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse mehr Qualität, mehr Langfristigkeit und weniger kurzsichtige interessengebundene Entscheidungen eingebracht werden könnten, wären seine

[44] Vgl.: Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, Die Zweiklassenbildung in der islamischen Welt als wesentliche Ursache für den islamischen Fundamentalismus, in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft 13/2007: Schwerpunktthema Islamismus, S. 173-198.

Einwände legitim und auch für die liberale Demokratie von Bedeutung.

Doch in seiner folgenden Aussage wird unmissverständlich deutlich, dass er die liberale Demokratie abgeschafft sehen will bzw. seine Anhänger dazu anstiftet, die Institutionen zu unterwandern, den Andersdenkenden die Macht abzunehmen, um allein seiner Sicht der Dinge Geltung zu verschaffen und diese dann auch noch anderen aufzuzwingen: „Wo ihr euch auch befindet, in welchem Land auch immer ihr lebt, müsst ihr euch bemühen, die falsche Grundlage der Regierung zu korrigieren und die Macht denen abzunehmen, die keine Gottesfurcht haben, um selbst zu regieren und Gesetze erlassen zu können. Ebenso seid ihr verpflichtet, den aufrichtigen Dienern Gottes zu Führungspositionen zu verhelfen, ihre Angelegenheiten in Übereinstimmung mit Gottes Gesetzen zu bringen, und euch ständig bewusst zu sein, dass ihr in Gegenwart Gottes lebt und Ihm im Jenseits verantwortlich seid. Diese Anstrengung, dieser Einsatz heißt Jihad." (S. 258f.)

Maududi hält seine Gefolgschaft also dazu an, die bestehenden Institutionen zu unterwandern, um die eigenen Gesetze auch notfalls gegen den Willen der Gemeinschaft zur Geltung zu bringen. Der auffälligste Versuch, der in Deutschland zur Zeit unternommen wird, ist, Einfluss auf den Religionsunterricht an Staatsschulen zu gewinnen, um die ganz eigene Islamauslegung zu forcieren.[45] Und obwohl ihm offensichtlich bewusst ist, dass Macht korrumpiert (vgl. S. 259), stützt er sich ausschließlich auf das Vermögen, sein Herz zu reinigen, um eine „gerechte Ordnung" zu erhalten. Er beschwört seine Zuhörer sogar, keinen Krieg gegen Gottes Schöpfung zu führen, solange der Kampf

[45] Siehe den Bericht der „Föderation islamischer Organisationen in Europa" FIOE, der als Dachverband der Muslimbruderschaft in Europa fungiert und dem im Bundesgebiet die „islamische Gemeinschaft in Deutschland" (IGD) angehört: http://www.eu-islam.com/ar/templates/Research_ar.asp?articleid=284&zoneid=5 (gelesen am 30.09.2005). Darin heißt es dezidiert, das Leben der Muslime müsse uneingeschränkt nach den Bestimmungen der Scharia reguliert werden, Gott müsse auf Erden vertreten werden, eine Aufgabe, die nur den religiösen Würdenträgern zukommen könne. Die Präsenz von Muslimen müsse in der Politik und im Sozialbereich verstärkt werden. Die Anwesenheit einer muslimischen Gemeinschaft in Europa müsse als Chance begriffen werden (der Islam, von dem an dieser Stelle die Rede ist, ist der vom Wahhabismus angehauchte Islam der Muslimbruderschaft).

nicht wirklich selbstlos und allein um Gottes Willen stattfindet. Dann jedoch fährt er fort: „Gebet, Fasten, Armensteuer und Pilgerfahrt bereiten euch in ihrer niedrigsten Stufe auf gerechte Machtausübung vor. Auf die gleiche Weise, wie eine Regierung ihre Armee, Polizei und Staatsbeamte ausbildet, bevor sie sie einsetzen, verfährt der Islam, die Religion Allahs. Zuerst bildet sie die Leute aus, die angetreten sind, Gott zu dienen, bevor sie ihnen erlaubt, den Jihad zu vollziehen und die Herrschaft Gottes auf Erden zu errichten.“ (S. 259f.) Dann wird Maududi noch einmal konkret: „Jetzt seid ihr die rechtschaffensten Diener auf Erden. Zieht aus und kämpft! Entfernt die Menschen, die sich gegen Gott aufgelehnt haben, aus ihren Führungspositionen und errichtet das Kalifat.“ (S. 260)

Und so fährt Maududi fort, bis zum Ende der Predigtensammlung gegen Demokratie und Säkularismus zu polemisieren und dazu aufzufordern, sie mit Waffengewalt abzuschaffen (vgl. S. 265, 267, 268, 270). Das Buch schließt dann mit folgenden Worten: „Kommt und lasst uns in Allahs Sache kämpfen, mit allem, was wir besitzen!“ (S.271).

Zu solchen Äußerungen sagte einst der große französische Aufklärer Voltaire: „Wer in Ekstase verfällt und Visionen hat, wer Träume für Wirklichkeit nimmt und seine Einbildung für Prophezeiungen, ist ein angehender Fanatiker, von dem viel zu erwarten ist: Bald wird er aus Liebe zu Gott zum Mörder werden können“[46]

4. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Bereits die Betrachtung der politischen Biographie Maududis zeigt eine starke Anbindung an wahhabitische Lehrinstitutionen und ihre medialen Organe und politischen Ableger. Dessen militanten und stark intoleranten Geist trägt er in seine Islamauslegung hinein, so dass er sich in „Als Muslim Leben“ exemplarisch nachzeichnen lässt. Darin ruft Maududi zur Gehorsamsverweigerung gegenüber den weltlichen Gesetzen des Westens auf und setzt die Muslime unter Druck, eine unreformierte, archaisch interpretierte Scharia durchzusetzen. Muslimen, die sich weigern, dies zu tun, spricht er den Glauben ab, und ihre Familien hält er dazu an, sie zu verstoßen und wie Abtrünnige zu behan-

[46] Voltaire (Anm. 28), S. 77.

deln. Inflationsartig prangert er den „Unglauben“ und die „Ungläubigen“ an und stellt sie als minderwertig gegenüber dem „gläubigen Muslim“ dar. Weltliche, moderne und humanere Strafen lehnt er als Menschenwerk ab und spricht sich für die Wiedereinführung drakonisch-archaischer Strafen aus. Unmissverständlich fordert er die Herrschaft Gottes, hinter der sich allerdings die Herrschaft von fehlbaren Rechtsgelehrten verbirgt, und ruft zum passiven wie aktiven expansiven Jihad auf. Wer dieses Buch anbietet, kann nicht mehr guten Gewissens behaupten, dass er sich auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaates bewegt oder Gewaltanwendung nur dann befürwortet, wenn es um die Selbstverteidigung geht.

Maududis Buch ist in unzählige Sprachen übersetzt worden und dank saudischer Unterstützung kostengünstig zu erwerben. Es ist anzunehmen, dass es heute bei kaum einer Veranstaltung fehlt, in der sich der fundamentalistische Islam präsentiert. Paradoxerweise wird es bei interkulturellen Veranstaltungen, die die Völkerverständigung zum Ziel zu haben behaupten, ebenso angeboten wie bei studentischen Veranstaltungen wie der jährlich an einigen deutschen Universitäten abgehaltenen Islamwoche der „Muslimischen Studenten-Union“ (MSU), die den neuangekommenen jungen Muslim erst einmal in den fundamentalistischen Islam einzuweisen trachten. Vermutlich landet das Buch häufig ungelesen im Regal, doch wer es liest, wird mit viel Polemik und intoleranter Hetze konfrontiert. Politisch ungebildeten Muslimen mag dieses Buch hilfreich erscheinen und Lösungen anbieten, die scheinbar zu einer gerechteren Ordnung führen. Echte Lösungsansätze bietet dieses Buch jedoch nicht.

Die Realisierung der Utopie wird auf eine Zeit nach dem Jihad verlegt. Bei genauem Betrachten fällt auf, dass nie die Rede von Jihad gegen Eroberer, sondern stets von der Ausgrenzung und dem Töten von abtrünnigen Muslimen die Rede war. Die Ereignisse um die Fanatiker der Roten Moschee im Sommer 2007 in Islamabad geben eine Ahnung davon, zu welch einer innergesellschaftlichen Entladung eine derartige Ideologie imstande ist, wenn Väter die Welt nicht mehr verstehen, wenn Söhne plötzlich auf sie zu schießen beginnen. Auch fällt auf, dass er nicht die Elemente an der britischen Demokratie kritisiert hat, die zu ihren imperialistischen Auswüchsen geführt haben, oder gar die eigenen Herrscher, die sich bereitwillig haben instrumentalisieren und gegeneinander haben ausspielen lassen, sondern dass sich

sein Aufwiegeln im Kern gegen die einfache muslimische Bevölkerung gerichtet hat. Heute wird seine undifferenzierte pauschale Kritik von denen, die ihn bewusst perzipieren, auf die liberale, rechtstaatliche und säkulare Demokratie Deutschlands übertragen, obwohl dies nun gerade diejenigen Elemente an der modernen europäischen Staatskultur sind, die den Problemen der islamischen Welt hinsichtlich Korruption, Vetternwirtschaft, Willkür, Despotie und Folter endlich Abhilfe zu schaffen imstande wären.

Wenn sich ein zu jener Zeit noch mehr oder weniger demokratisches Land wie Russland in Tschetschenien und selbst ein traditionell für die Menschenwürde kämpfendes Land wie die USA zu unmoralischen Eingriffen in andere Länder um deren Ressourcen willen verstricken, oder Frankreich, das Geburtsland der republikanischen Revolution und der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, wie in Algerien und in Libyen Diktatoren um welcher Interessen auch immer stützt, dann liegt dies nicht am Wesen der Demokratie, sondern gerade an der Aushöhlung dieser mühsam erkämpften liberalen, rechtsstaatlichen und säkularen Prinzipien. Allenfalls müssen noch effizientere und global besser greifende Mechanismen ersonnen werden, um die Schlupflöcher für Missbrauch zu schließen und den Naturzustand auf internationaler Ebene tatsächlich zu überwinden. Maududi jedenfalls tat sich in Pakistan mit einem Diktator zusammen, seine Staatsvorstellung diente also letztendlich lediglich einer Diktatur zur Legitimation. Die ersehnte Gerechtigkeit brachte sie nicht.

Terrorismusfinanzierung im internationalen Finanzsystem.

Eine Analyse der Transfermethoden im Zeitalter der Globalisierung

Peter El-Samalouti

1. Einleitung

Der Begriff „Terrorismusfinanzierung“ tritt mit Aufnahme als Tatbestandsmerkmal in den Rechtsrahmen der internationalen Geldwäschebekämpfung zunehmend in das öffentliche Bewusstsein. Terrorismusfinanzierung ist ein internationales Phänomen, was mit Blick auf das globale Finanzsystem international abgestimmte Bekämpfungsmethoden erfordert. Aufgrund des Terrorismusbegriffes erscheint dies nicht immer unproblematisch. Gemeinsame Konzepte erfordern eine einheitliche Betrachtung terroristischer Phänomene, was auf Ebene der Vereinten Nationen häufig nicht der Fall ist. Am Beispiel der palästinensischen Hamas-Organisation wurde deutlich, dass die von der europäischen Staatengemeinschaft und den USA betrachtete Terrororganisation in vielen arabischen Staaten als Widerstandsbewegung angesehen wird. Häufig liegen die Begriffe „Terrororganisation“ und „Widerstandsbewegung“ in der internationalen Politik nicht weit auseinander. Für die Gestaltung und Umsetzung von Standards zu einem internationalen Rechtsrahmen wirkt dies hemmend. Eine wirkungsvolle Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wird sich daher auf internationaler politischer Ebene zunächst mit der Problematik einer gemeinsamen Terrorismusbetrachtung befassen und danach folgende Fragen stellen: Erstens, was kostet Terrorismus? Zweitens, welche Finanzierungsformen sind bekannt? Drittens, welche Finanztransfermethoden werden genutzt? Viertens, wie wirken die Instrumente gegen die Finanzierung? Und fünftens, welche Konsequenzen ergeben sich daraus?“

Die fortlaufende Globalisierung hat die Art und Weise des internationalen Terrorismus verändert. Dies betrifft nicht nur die Finanzierungsformen. Die Möglichkeiten zur Übermittlung von Vermögenswerten und Geldern sind aufgrund der immer zügigeren technologischen Entwicklung im globalen Finanzkreislauf und Warenverkehr vielfältiger und komplexer denn je. Der folgende Aufsatz analysiert auf

Grundlage eines neuen Terrorismusbegriffes dessen Finanzierungsformen und vielfältigen Möglichkeiten zur Übermittlung von Finanz- und Vermögenswerten, um daraus lösungsorientierte Handlungsansätze zu formulieren.

2. Terrorismus und Ökonomie

2.1 Der (klassische) Terrorismusbegriff

Was versteht man unter Terrorismus? Eine international anerkannte Definition des Terrorismusbegriffes liegt nicht vor.Häufig handelt es sich um eine Zumessung. Insofern ist dem Terrorismusforscher Walter Laqueur zuzustimmen, der erklärt, „eine allgemeine Theorie des Terrorismus zu entwickeln ist ein unerreichbares Ziel. Terrorismus war und ist keine Ideologie, sondern eine Strategie, die man unabhängig von einer Positionierung im politischen Spektrum verfolgen kann“.[1]

Im Jahre 1984 filterte der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Alex P. Schmid aus mehr als 100 unterschiedlichen Definitionen zum Begriff Terrorismus 22 gleiche Faktoren heraus. In mehr als 65 Prozent der Fälle wurde dem Terrorismus eine politische Dimension zugemessen, 83,5 Prozent der Definitionen verwiesen auf Gewalt, 51 Prozent betonten Furcht und Schrecken, aber nur 6 Prozent erwähnten einen kriminellen Aspekt.[2] Die unterschiedlichen Ansätze für eine Terrorismusdefinition in Wissenschaft und Praxis führen zu folgender Begriffsbestimmung: „Terrorismus ist eine andauernde und organisierte Gewaltanwendung mit politischer Zielsetzung, soll doch mit systematischen Methoden das Verhalten staatlicher Akteure beeinflusst werden.“

Im Mittelpunkt steht der Begriff „systematisch“. Das bisherige Verständnis zu den strategischen Zielen terroristischer Erscheinungsformen geht davon aus, dass über die Anwendung organisierter Gewalt Unsicherheit und Schrecken sowie Sympathie und Unterstützungsbereitschaft in der Bevölkerung einer staatlichen Ordnung erzeugt werden soll. Im Gegenzug fällt dem Staat aus sicherheitspolitischer Hin-

---

[1] Walter Laqueur, Freiheitskämpfer oder Terrorist, in: Die Welt vom 22. Juli 2002, S. 6.

[2] Bruce Hoffmann, Terrorismus, der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt 1999, S. 51.

sicht die Aufgabe zu, dessen Territorium nach außen notfalls durch Kriegsführung zu schützen, während die innere Sicherheit über innenpolitische Präventionskonzepte und Strafverfolgung aufrechterhalten wird. Aus Sicht des Staates wird Terrorismus neben kriegerischen Handlungen und Kriminalität somit als weitere Bedrohung gegen eine staatliche Ordnung gesehen.[3]

Der Terrorismusbegriff steht dieser Darstellung zufolge im Zusammenhang mit dem Begriff „Staat". Bereits im Jahre 1937 umschrieb die Staatengemeinschaft in ihrer „Genfer Konvention zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus" den Begriff Terrorismus als „kriminelle Taten, die gegen einen Staat gerichtet sind und das Ziel verfolgen, bestimmte Personen, eine Gruppe von Menschen oder die Allgemeinheit in einen Zustand der Angst zu versetzen."[4] Diese Definition sieht keine präzise Trennung zwischen „Terrorismus" und „Kriminalität" vor.[5] Klassische terroristische Erscheinungsformen richteten sich gegen eine staatliche Ordnung, unabhängig von der Diskussion, ob Terrorismus und Kriminalität sicherheitspolitisch unterschiedlich zu betrachten sind. Klassische Terrororganisationen mit dem Anspruch, eine staatliche Ordnung durch eine alternative Ideologie zu ersetzen, entsprachen weitgehend dieser Betrachtung. In einer zunehmend globalisierten Welt erscheint diese Auffassung aus folgenden Gründen jedoch nicht mehr zutreffend: In der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges standen nationale und internationale terroristische Phänomene im Zusammenhang mit den Interessen der damaligen Supermächte UdSSR und USA. Während die Außenpolitik der Sowjetunion besonders von der weltweiten Unterstützung sozialrevolutionärer Bewegungen in Drittstaaten wie El Salvador, Nicaragua und Guatemala geprägt war, zu erinnern sei auch an die sowjetische Verbundenheit zu Fidel Castro in Kuba, förderte die USA in diesen Staaten den Aufbau bewaffneter Widerstandsbewegungen.

Die fortlaufende Vorbereitung und Durchführung von terroristischen Anschlägen erforderte ständige Einnahmequellen für fortlaufende Lo-

---

[3] Vgl. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 14.

[4] Zit. nach: Hans Joachim Heintze, Ächtung des Terrorismus durch das Völkerrecht, in: Hans Frank/Kai Hirschmann (Hrsg.), Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung, Berlin 2002, S. 71.

[5] Vgl. Waldmann (Anm. 3), S. 12-15.

gistik, personelle und technische Weiterentwicklung und zur Gewährleistung von Flucht- und Unterschlupfmöglichkeiten. Die bereits damals international aktiven Terrororganisationen richteten sich gegen nationalstaatliche Strukturen und profitierten vom Zustand des Kalten Krieges, wo sie sich finanzieller und logistischer Unterstützung staatlicher Quellen bedienen konnten. Diese Form von Staatsterrorismus prägte den klassischen internationalen Terrorismus. Der Kalte Krieg fand in vielerlei Hinsicht an der Peripherie, auf ausländischem Territorium und unter Einsatz staatlich finanzierter Kampftruppen statt.[6]

2. 2 Terrorismus und Globalisierung

Nach dem Ende des Kalten Krieges veränderten sich die geostrategischen Rahmenbedingungen. Während die UdSSR innenpolitisch mit dem weltweit größten Privatisierungsprozess staatlichen Eigentums beschäftigt war, mussten zahlreiche Herrschaftssysteme ohne weitere Unterstützung seitens Moskaus leben, was den Ausbruch von ethnischen, religiösen und sozial-ökonomischen Konflikten begünstigte. Aber auch die Motivation der USA, den Machterhalt demokratisch nicht legitimierter Machthaber zu unterstützen, nahm aufgrund der veränderten geostrategischen Lage ab. In einer Vielzahl von Territorien, insbesondere in den ehemaligen Teilregionen der Sowjetunion und unterstützten Drittstaaten wie im Kaukasus, Ostafrika und dem Balkan brachen ethnische und religiöse Konflikte aus. Von den Weltmächten ehemals unterstützte Herrschaftssysteme konnten ihre Macht nicht erhalten, wie am Zerfall Jugoslawiens und die Entwicklung in Somalia als Folge ethnischer Konflikte in den 1990er Jahren deutlich wurde. Konfliktkonstellationen entwickelten sich bis zum Staatszerfall. Rechtsfreie Territorien im Mittleren Osten (Afghanistan), Afrika (Somalia) sind die Folgeerscheinungen.

Doch in den 1990er Jahren veränderte sich auch der weltökonomische Rahmen. Im Zuge fortlaufender Privatisierungsprozesse und ökonomischer Globalisierung entstanden zahlreiche transnationale Unternehmungen, deren strategische Ausrichtung bis heute zunehmend globale Formen angenommen hat.

---

[6] Vgl. Loretta Napoleoni, Die Ökonomie des Terrors. Auf den Spuren der Dollars hinter dem Terrorismus, München 2004, S. 51 ff.

Die Prozesse der Globalisierung führten zu einer Vermehrung und Verdichtung grenzüberschreitender Interaktionen, die fast alle Gesellschaften, Staaten, Organisationen, Akteursgruppen und Individuen in ein komplexes System wechselseitiger Abhängigkeiten verwickelte.[7] Die Entstehung transnational agierender Unternehmen hat sich auf das System der internationalen Politik ausgewirkt. Es sind nicht mehr ausschließlich staatliche Akteure, die mit ihren nationalen Ökonomien das Geschehen in der internationalen Politik bestimmen. Das internationale Staatensystem bestand zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus 192 Staaten mit steigender Tendenz, von denen rund 62 Prozent (119) als Demokratien zu bezeichnen sind.[8] Auf internationaler Ebene nehmen 5.200 Regierungsorganisationen, über 15.000 Nichtregierungs-Organisationen und 40.000 transnationale Konzerne ihre Interessen wahr.[9] Gleichzeitig sind im Zuge von Übernahmen und Zusammenschlüssen gigantische Konzerne entstanden, sodass zunehmend schwindenden staatlichen Ressourcen wachsende wirtschaftliche Ressourcen gegenüberstehen.[10] Die Forderung nach Unabhängigkeit durch sub- und transnationale ethnische und religiöse Bewegungen stellte die Legitimität ganzer Staaten infrage, die Entwicklungen in Tschetschenien, Somalia, Albanien und Jugoslawien machen dies deutlich. Dabei hat die zunehmende Gewalt gegen die Zivilbevölkerung die Grenzen zwischen Kriegsgewalt und gewöhnlichem Verbrechen verwischt.[11]

Am Anfang des 20. Jahrhunderts waren noch 90 Prozent der Kriegsopfer Soldaten, am Ende des 20. Jahrhunderts lag die Opferbilanz der Soldaten nur noch bei 20 Prozent, wobei 80 Prozent der Getöteten der Zivilbevölkerung angehörten.[12] Insofern dürfen die Begriffe „Terrorismus“ und „Kriminalität“ nicht isoliert betrachtet werden.

---

[7] Vgl. Dirk Messner, Globalisierung, Global Governance und Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit, in: Franz Nuscheler (Hrsg.), Entwicklung und Frieden im Zeitalter der Globalisierung, Bonn 2000, S. 91.

[8] Sven Gareis / Johannes Varwick, Globalisierung als Strukturmerkmal internationaler Politik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, Bonn 2007, S. 73.

[9] Vgl.ebenda

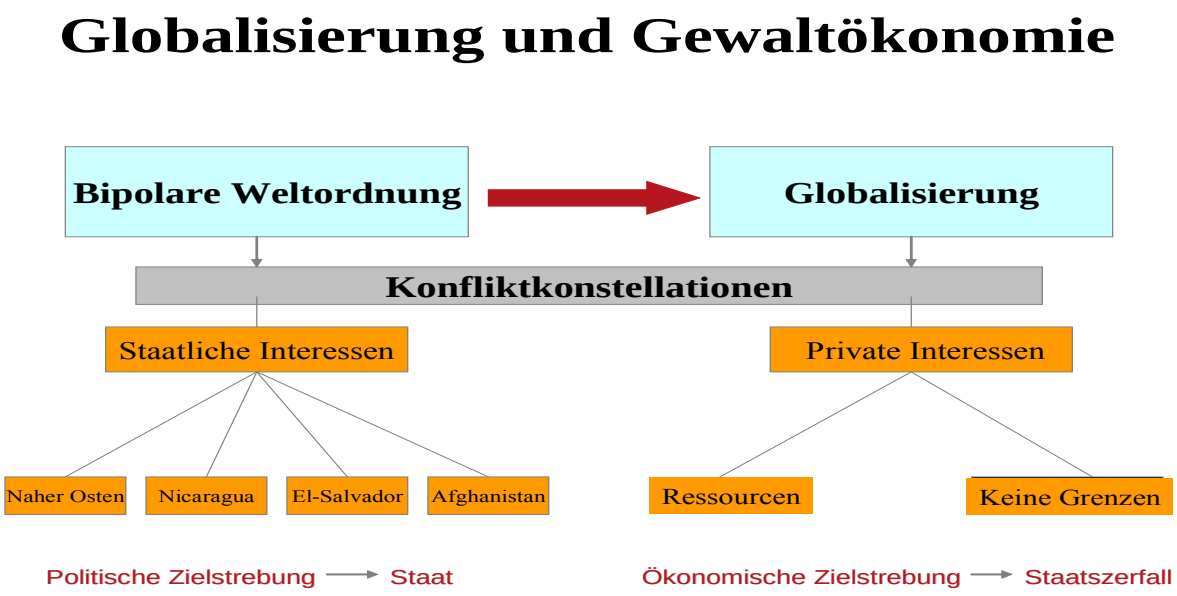
[10] Vgl. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 33.

[11] Vgl. ebenda, S. 32.

[12] Vgl. Münkler (Anm. 10), S. 28.

2.3 Terrorismus als Gewaltökonomie

Terrorismus ist eine Form der asymmetrischen Kriegsführung. Mit zunehmender Globalisierung entwickelt sich Terrorismus zu einem Wirtschaftsfaktor. International agierende Söldneragenturen und Sicherheitsunternehmen bieten ihre Dienste sowohl in Bedrängnis geratenen Regierungen, als auch transnationalen Konzernen an.[13]



Anhand der Entwicklungen im Irak wird dies besonders deutlich: Dort arbeiten inzwischen 30.000 Zivilisten im Sicherheitsbereich für Security-Unternehmen, für die sie Schutz und paramilitärische Aufgaben wahrnehmen.[14] Einer dieser Firmen ist Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Sicherheitsaufgaben unter anderem im Irak wahrnimmt, einschließlich der Schutzaufgaben von US-Diplomaten. Das Unternehmen verfügt über mehr als 2.300 Privatsoldaten, die in neun Ländern im Einsatz sind.[15] Neben mehr als 21.000 ehemaligen Spezialkräften, Soldaten und Polizeiangehörigen verfügt Blackwater über eine Privatflotte von Kampfhubschraubern, unbemannte Überwa-

[13] Volker Böge/Tobias Debiel, Kriege und Konfliktbewältigung, in: Franz Nuscheler / Dirk Messner / Ingomar Hauchler (Hrsg.), Globale Trends 2004/2005. Bonn 2003, S. 319.

[14] John Goetz/Conny Neumann, Söldner: Männer fürs Grobe. Deutsche Privatkrieger kämpfen im Irak, in: Der Spiegel Nr. 45 vom 27. Oktober 2007, S. 38-43.

[15] Vgl. Jeremy Scahill, Blackwater. Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt, München 2007, S. 19.

chungsluftschiffe und Flugzeuge.[16] Neue Märkte sind auch im Zusammenhang mit Entführungsfällen zum Nachteil westlicher Geiseln durch Terrorgruppen im Ausland entstanden. Zu erinnern sei an den Entführungsfall der Familie Wallert aus Göttingen im Jahre 2000. An dem Ereignis waren neben den zuständigen staatlichen Behörden private Sicherheitsunternehmen und das libysche Staatsoberhaupt Muammar el-Ghaddafi beteiligt. Die Wahrnehmung von Geschädigteninteressen durch staatliche Instanzen ist längst Vergangenheit. Private Akteure profitieren aus weltweiten Konfliktkonstellationen und den entstehenden Märkten in der internationalen Sicherheitsbranche.

Krieg und Terrorismus sind Teile einer weltweiten Gewaltökonomie geworden, aus der neben den Staaten als Fürsorger für ihre Bevölkerung eine Vielzahl privater Akteure wirtschaftliche Interessen wahrnehmen. Die Globalisierung hat das klassische Terrorismusverständnis verändert. Bereits im Jahre 1998 hat der damalige US-Präsident Bill Clinton während einer Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) diesen Aspekt aufgegriffen und wie folgt beschrieben: „Terrorismus hat in den 1990er- Jahren ein neues Gesicht erhalten. Die heutigen Terroristen machen sich die größere Offenheit und die explosionsartigen Entwicklungen in der Informations- und Waffentechnik zunutze. Die neuen Technologien des Terrors und ihre steigende Verfügbarkeit, gepaart mit einer steigenden Mobilität der Terroristen schaffen beunruhigende Aussichten in Bezug auf die Verletzbarkeit gegenüber chemischen, biologischen und anderen Anschlägen und bringen so jeden von uns in die Rolle eines möglichen Opfers. Dies ist eine Bedrohung für die gesamte Menschheit“.[17]

Am 23 Februar 1998 veröffentlichten zwei in London herausgegebene arabische Zeitungen eine Presseerklärung, in der Osama Bin Laden die Gründung der Organisation „Internationale Islamische Kampffront gegen Juden und Kreuzritter“ bekannt gab. Die Erklärung enthält ein islamisches Rechtsgutachten (arab: Fatwa), wonach das Töten von Amerikanern und deren Verbündete einschließlich Zivilisten eine vor-

[16] Vgl. ebenda

[17] Zitiert nach: Georg Mascolo, Extremisten: Gotteskrieger gegen Europa, in: Der Spiegel Nr. 9 vom 24. Februar 2001, S. 76.

geschriebene Pflicht eines jeden Muslims sei, auszuführen in jedem Land, wo es ihm möglich erscheint.[18]

Bereits sechs Monate nach Verkündung der Erklärung wurden Anschläge gegen zwei US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) durchgeführt. Anhand der folgenden Anschläge und der Entwicklung des islamistischen Terrorismus wurden die Auswirkungen der Globalisierung auf den internationalen Terrorismus deutlich. Ob Djerba, Mombasa, Riad, Bali, Istanbul, Casablanca, New York, Washington, Madrid, Sharm-El-Sheikh oder London, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend global ausgerichtete dschihadistische Terrorismus auf Grundlage religiöser Rhetorik richtet sich nicht gegen eine territoriale staatliche Ordnung. Aus der in den 1980er Jahren in Afghanistan gegen die sowjetischen Besatzer kämpfenden Widerstandsbewegung der arabischen Mudschaheddin entwickelte sich in den 1990er Jahren eine multinationale Bewegung, in der eine radikal islamistische Weltanschauung Verbindungsglied zwischen den Menschen geworden ist und nationale und religiöse Herkunft, gesellschaftlicher Status und Bildungsstand keine Rolle mehr spielen. Diese neue Form des globalen Terrorismus nutzt die Effekte der Globalisierung. Offene Grenzen, Migration, immer schnellere Transportmöglichkeiten und moderne Kommunikationsmedien wie das Internet bieten vielfältige Möglichkeiten für die Planung und Unterstützung terroristischer Anschläge, Ideologietransfer und Publicity. Vor diesem Hintergrund und einem globalen Finanzkreislauf sind die Finanzquellen des heutigen internationalen Terrorismus komplexer und vielschichtiger.

3. Ökonomische Fundamente des Terrorismus

Vielfach wird in der Öffentlichkeit diskutiert, dass Terrorismus keine hohen finanziellen Aufwendungen erfordert. Die folgende Tabelle

[18] Vgl. Usama Bin Laden u.a.: Jihad against Jews and Crusaders World Islamic Front Statement, Erklärung vom 23. Februar 1998, in: www.fas.org/irp/world/para/docs/980223-fatwa, (gelesen am 31. März 2008).

veranschaulicht die von den Vereinten Nationen geschätzten Kosten dschihadistisch motivierter Attentate:

Tabelle 1: Attentatskosten[19]

Attentat	**Datum**	**Geschätzte Kosten**
London	7. 07. 2005	7.240 Pfund Sterling
Madrid	11.03.2004	10.000 US-Dollar
Istanbul	15./20.11.2003	40.000 US-Dollar
Jarkata Anschlag Marriot	05.08.2003	30.000 US-Dollar
Bali	12.10.2002	50.000 US-Dollar
World Trade Center	11.09.2001	300.000-500.000 US-Dollar
USS-Cole Jemen	12.10.2000	10.000 US-Dollar
Kenia	07.08.1998	50.000 US-Dollar

Man muss erwähnen, dass es sich bei einem Terroranschlag nicht um einen isolierten Vorgang handelt. Die Entwicklung einer dem Nährboden entsprechenden Ideologie erfordert ein hohes Maß an logistischem Aufwand. Im Vergleich zu klassischen hierarchisch strukturierten Terrororganisationen nutzt der Dschihadismus eine gezielt dosierte religiöse Rhetorik. Die Gewährleistung von Indoktrinationsprozessen bedürfen einer fortlaufenden Weiterentwicklung und mit Blick auf die zunehmend schneller verlaufenden Veränderungsprozesse eine ständige Anpassung an die tatsächlichen weltpolitischen Gegebenheiten. Insbesondere die im September 2007 erfolgten Festnahmen mehrerer Konvertiten im Hochsauerlandkreis in Zusammenhang mit geplanten Anschlägen unter Zuhilfenahme von Wasserstoffperoxyd haben verdeutlicht, dass Reisebewegungen nach Afghanistan und Pakistan trotz Internet zur Vorbereitung von Attentaten notwendig waren.

[19] Vgl. o.A.: First report of the Analytical Support and Sanctions Monitoring Team appointed pursuant to resolution 1526 (2004) concerning Al-Qaida and the Taliban and associated individuals and entities, Vereinte Nationen (Hrsg.), New York 2004, http://UNMonitoringTeamReport/Aug2004andNTFIU, (gelesen am 2. Dezember 2007), S. 12.

Hierfür werden finanzielle Mittel, notwendige Ausweisdokumente und Geld für eventuelle Schleusungsaktivitäten benötigt, um überhaupt den Weg in ein stark kontrolliertes Gebiet unauffällig beschreiten zu können. Die Koordination weltweiter Aktivitäten ist auf reiner ideologischer Grundlage nicht möglich. Gezielte Rhetorik und Methoden zur Interpretation bestimmter weltpolitischer Ereignisse zur Vorbereitung von gezielten Terroranschlägen erfordern daher weiterhin gut funktionierende Netzwerke, rechtsfreie Territorien zum Zwecke gezielter Indoktrination und waffentechnologischer Ausbildung und die dazu notwendigen hohen Finanzmittel. Im überwiegend von Warlords und Stammesführern kontrollierten nordwestlichen Teil Pakistans (Waziristan) versuchen die Taliban und die aus arabischen Ländern stammenden Al-Qaida Anhänger eine neue territoriale Basis für ihren Kampf zu errichten.[20] Hierfür sind weltweite Propagandamaßnahmen, Rekrutierungsprozesse und eine qualifizierte waffentechnologische Ausbildung neben dem Ideologietransfer wichtige Fundamente und erfordern im Gegensatz zu den geringen Kosten eines einzelnen Attentates fortlaufende Einnahmequellen. Terrorismusfinanzierung umfasst folglich alle Vermögenswerte zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten einschließlich Planung, Vorbereitung, Rekrutierungsprozesse und Ideologietransfer.

3.1 Formen der Finanzierung

3.1.1 Kriminelle Aktivitäten

Klassische Terrororganisationen wie die RAF waren von der Gesellschaft isoliert und benötigten zur Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen ständige Einnahmequellen, auch zur Gewährleistung von Flucht- und Unterschlupfmöglichkeiten. Wie die Ermittlungen zu den in Europa begangenen dschihadistischen Terroranschlägen gezeigt haben, lebten die Täter überwiegend unauffällig in den europäischen Gesellschaften. Sie gehörten keiner Organisation an und wählten freiwillig den Tod. Die Attentate erforderten daher keine hohen und ständigen Einnahmequellen. Teils durchliefen die Täter als Folge weltpolitischer Ereignisse kurze Radikalisierungsprozesse: Zu erwähnen sind

[20] Vgl. Peter Münch, Wehrloses Land, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. Januar 2008, S. 2.

die Mitglieder der Frankfurter Meliani-Gruppe in Zusammenhang mit dem vereitelten Terroranschlag auf einen öffentlichen Platz in Straßburg und die Attentäter von Madrid. Die Zellen bestanden aus Personen, die im allgemeinkriminellen Milieu bereits auffällig wurden und die für das Attentat notwendigen - geringen - Kosten selbst aufbringen konnten.

Im Januar 2006 verurteilte das Oberlandesgericht München den irakischen Staatsangehörigen Amin Lokman Mohammed wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung sowie wegen banden- und gewerbsmäßiger Einschleusung von Ausländern nach Europa zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Der irakische Kurde gehörte seit 2002 der Terrororganisation „Ansar al-Islam“ an, die er von Deutschland aus finanziell und logistisch unterstützte. Insbesondere im süddeutschen Raum war die Terrororganisation aktiv, von dort aus reisten mehrere Mitglieder aus Bayern in den Irak aus, um sich dort am gewalttätigen Dschihad zu beteiligen. Lokman hatte unter anderem Aktivisten für den Dschihad rekrutiert und in den Irak verbracht. Neben kriminellen Handlungen, wie die Beschaffung von Ausweisdokumenten, die illegale Schleusung von Veteranen zur medizinischen Behandlung nach Europa und die Lieferung von Sendeanlagen in das Krisengebiet, sammelte Lokman unter anderem Spenden für den Dschihad.[21] Die Ansar al-Islam wurde bereits im Jahr 2003 durch den UN-Sicherheitsrat als terroristische Vereinigung eingestuft. Verantwortlich für eine Vielzahl von Anschlägen im Irak und Bezügen zu Mitgliedern der Al-Qaida hat die Organisation in Europa Anhänger in Skandinavien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und den Niederlanden.[22]

Am 24. Januar verurteilte das Oberlandesgericht Schleswig-Holstein den 38 Jahre alten Redouane E.H. zu fünf Jahren und neun Monaten Haft. Der Deutsch-Marokkaner hatte Selbstmordattentäter für den Einsatz im Irak rekrutiert und gestand ein, Geld für die Schleusung

[21] Vgl. o.A.: Münchener Terrorprozess. Sieben Jahre Haft für Lokman, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Januar 2006, http://www.faz.net, (gelesen am 31. Januar 2008).

[22] Vgl. o.A.: Terrorist in München verhaftet, Pressemeldung des Bayrischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Mitteilung vom 13.01.2006, in: http://www.verfassungsschutz.bayern.de/service/mitteilungen/01509/index.php, (gelesen am 31. Januar 2008).

und Ausrüstung von Dschihadisten überwiesen zu haben. Er selbst betrieb zwei Internet-Cafes, von wo aus er versuchte Selbstmordattentäter anzuwerben und ein Trainingscamp im Sudan zu errichten.[23]

Am 05. Dezember 2007 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf drei Angeklagte zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und sieben Jahren. Der Hauptangeklagte, ein Syrer, sollte in Deutschland für den Chef des Al-Qaida Netzwerkes Osama bin Laden Dschihad-Kämpfer anwerben und Geld beschaffen. Zudem bemühte er sich erfolglos in mehreren Staaten um radioaktives Material. Das Gericht stellte außerdem fest, dass die wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und bandenmäßigen Betruges vor Gericht stehenden Personen versucht hatten, Versicherungen in 28 Fällen um insgesamt mehr als vier Millionen Euro zu betrügen.[24] Zwei der Angeklagten wurden in den Versicherungsverträgen als Begünstigte benannt, auf den Namen des dritten Täters sollte ein tödlicher Verkehrsunfall in Ägypten vorgetäuscht werden. Der Hauptangeklagte sollte ein Teil des Erlöses an die Al-Qaida weiterleiten. Aus dem geschilderten Fall wird die Problematik in der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung deutlich. Ein Zusammenhang zwischen der Finanzierung und Terrorismus kann in der Regel nur über die beteiligten Personen und Organisationen, hergestellt werden. Sind Bezüge im Vorfeld nicht zu erkennen, so wird der Zusammenhang erst nach einem Ereignis deutlich.

Deutschland bietet trotz einer Vielzahl neuer Maßnahmen als Ruhe-, Rückzugs- und Logistikraum aufgrund seiner guten Lage und mit Blick auf die zunehmenden repressiven Maßnahmen in den von Anschlägen heimgesuchten europäischen Staaten immer noch ideale Voraussetzungen. Der Fokus durch die zuständigen Behörden auf illegale Schleusungsaktivitäten und möglichen Missbrauch von Sozialleistungen wird daher einer der wesentlichen Herausforderungen zur Eindämmung der Terrorismusfinanzierung darstellen. Auch zur Terrorismusfinanzierung bieten sich illegale Märkte wie der Rauschgift-

[23] Vgl. o.A.: Lange Haftstrafe für Redouane E. H, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Januar 2008, http://www.faz.net, (gelesen am 31. Januar 2008).

[24] Vgl. o.A.: Terror Prozess. Rechtliche Grenzen, in: Die Zeit Online, www.zeit.de/online/2007/49/urteil-al-qaida-prozess-duesseldorf, (gelesen am 31. März 2008).

handel als fortlaufende Einnahmequelle an. Fälle dieser Art sind aus Kolumbien bekannt, wo Erlöse aus dem Rauschgifthandel tatsächlich für terroristische Aktivitäten bereitgestellt wurden. Zur Erklärung des Zusammenhanges zwischen Rauschgifterlösen und Terrorismusfinanzierung prägten die US-Behörden den Begriff „Narco-Terrorismus". In Bezug auf Afghanistan, Herkunftsland für mehr als 90 Prozent des weltweit gehandelten Opiums und Bezugspunkt für das internationale dschihadistische Milieu scheint dieser Gedanke recht zutreffend. Schätzungen zufolge fließen aus der südafghanischen Provinz Helmand bis zu 40 Prozent der Einnahmen aus dem Opiumhandel in die Finanzierung des Aufstands.[25] Ein beweiskräftiger Zusammenhang zwischen dem Drogenhandel und der Terrorismusfinanzierung zugunsten dschihadistischer Aktivitäten konnte bisher jedoch nicht erbracht werden. Illegale Finanzierungsformen wurden auch im Rahmen von Entführungsfällen westlicher Staatsangehöriger im Ausland bekannt.

Im Februar 2003 kam es zur Entführung von 32 europäischen Geiseln in der algerischen Wüste. Unter den Personen befanden sich auch 16 deutsche Staatsangehörige. Für diese Geiselnahme war die algerische Terrororganisation „Groupe Salafiste pour la prédication et le combat" (GSPC) (Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) verantwortlich. Sie war bestrebt, Lösegelder zur Finanzierung ihres Kampfes gegen den algerischen Staat zu erzwingen. Die Organisation hatte rege Kontakte zu algerischen Personen in verschiedenen europäischen Staaten, wie beispielsweise zur Meliani-Gruppe. Auch die philippinische Abou Sayyaf Rebellenbewegung versuchte durch die Entführung westlicher Touristen Lösegeld zu erbeuten. Entführungsaktivitäten insbesondere in Krisengebieten scheinen eine lukrative Wirkung zu entfalten, wie zahlreiche Entführungsfälle im Irak und im Jemen zum Nachteil westlicher Geiseln gezeigt haben. Einen weiteren kriminellen Aspekt stellt die Erpressung von Spenden in bestimmten ethnischen Milieus dar. Fälle dieser Art wurden in Zusammenhang mit der nordirischen PIRA und der kurdischen PKK sowie der ETA in Spanien bekannt. Kriminelle Finanzquellen spielen in Verbindung mit terroristischen Aktivitäten auch im Bereich des internationalen Terrorismus eine Rolle. Sei

[25] Vgl. o.A.: Afghanistan. Karsai kontrolliert nur ein Drittel des Landes, in: www.suedddeutsche.de/ausland/artikel/194/160754/print.html, (gelesen am 13. März 2008).

es im Bereich der Logistikstraftaten, wie die Beschaffung und der Handel mit Falschdokumenten, Aufenthaltspapieren, oder gefälschten Kreditkarten, oder zur Eigenfinanzierung von Terrorzellen für die Durchführung von Attentaten. Im dschihadistischen Milieu kommt diesem Aspekt aufgrund der alternativ zur Verfügung stehenden legalen Finanzquellen jedoch keine maßgebliche Bedeutung zu.

3.1.2 Staatsterrorismus

Einige Staaten wurden unmittelbar nach den Attentaten vom 11. September 2001 durch die US-Regierung mit dem Begriff „Achse des Bösen“ belegt. Hierzu gehören der Iran und Nordkorea. Zahlreiche Resolutionen der Vereinten Nationen zur gemeinsamen Ächtung des Terrorismus verbunden mit angedrohten politischen und wirtschaftlichen Sanktionen sollen staatliche Unterstützungshandlungen zugunsten terroristischer Aktivitäten verhindern. Hierzu ist unter anderem die UN-Resolution 1373 zu nennen, in der die Staatengemeinschaft verpflichtet wird, Maßnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung und Beherbergung von Attentätern zu unterbinden. Mit Blick auf die Vielzahl alternativer (legaler) Finanzbeschaffungsmethoden, hat der Staatsterrorismus im Verhältnis zu den weltpolitischen Rahmenbedingungen zur Zeit des Kalten Krieges heute eine eher nachrangige Bedeutung.

3.1.3 Legale Finanzierungsformen

Ideologien bilden für gewalttätige terroristische Ausprägungen ein wesentliches Fundament. Die Ideologie des Islamismus ist seit den 1970er Jahren bestrebt, den Gesellschaften in der islamischen Welt eine Alternative zu den bestehenden politischen Systemen zu bieten. Die Wiedererrichtung einer islamischen Gesellschaftsordnung auf Grundlage der durch den Propheten Mohammed gegründeten Gemeinde von Medina, dem islamischen Glauben nach letzten Verkünder göttlicher Botschaft, ist das politische Ziel aller islamistischen Ausprägungen. Die Akzeptanz in den Gesellschaften erfordert mit Blick auf humanitärer Hilfe, Identitätsstiftung und Verbreitung hohe finanzielle Mittel und verschafft radikalen Ansätzen hierdurch die wesentliche Grundlage. Der Islamismus profitierte von den finanziellen Zuwendungen aus Saudi-Arabien, die ihren Machteinfluss in den frü-

hen 1970er Jahren gegenüber den nationalistischen Systemen in den arabischen Staaten stärken wollten.

Auf Initiative Saudi-Arabiens entstand ein islamisches Finanzsystem, welches seine Geschäftstätigkeit ausschließlich islamischem Recht anpasste. Im arabisch-israelischen Yom-Kippur-Krieg von Oktober 1973 setzten die arabischen Staaten erstmals die Waffe Rohstoff zur Durchsetzung politischer Ziele gegen den Westen durch. Die damit verbundene Reduzierung der Erdölförderung führte zu einem enormen Preisanstieg für Rohöl auf den internationalen Märkten, was einen Rückfluss erheblicher Kapitalbeträge aus den Industrieländern in die arabischen Rohstoffexportländer verursachte.[26] Mit der Gründung der „Organisation der Islamischen Konferenz“ (OIK) im Jahre 1972 als offizielles Konsultationsgremium der islamischen Staaten auf Regierungsebene, verbunden mit den hohen Erdöleinnahmen, förderte Saudi-Arabien in der gesamten islamischen Welt Islamisierungsprozesse auf Grundlage ihrer Staatsideologie, einem Ausfluss der sunnitisch-konservativsten hanbalitischen Rechtsschule, dem Wahabismus. Die konservativen Monarchien konnten folglich, nach dem Scheitern des arabischen Nationalismus als Folge des arabisch-israelischen Krieges von 1967, in den darauf folgenden Jahren „durch die Kombination von wirtschaftlich-finanziellem Gewicht und islamisch-ideologischem Anspruch unter saudischer Führung eine dominierende Rolle auf arabisch-regionaler und islamisch-internationaler Ebene“[27] einnehmen, was durch den politischen Kurswechsel Ägyptens zum westlichen Lager Mitte der 1970er Jahre begünstigt wurde. Nach dem Tod des ägyptischen Staatsoberhauptes Gamal Abdel Nasser im Jahre 1970 entließ dessen Nachfolger Anwar Al-Sadat zahlreiche inhaftierte Islamisten aus den Gefängnissen, um in Ägypten einen Gegenpol zu den sich bildenden linken politischen Strömungen zu bilden. Der Transfer islamistischer Ideen auf Grundlage Sayyid Qutbs und Hassan al Bannas in die ägyptische Gesellschaft wurde hierdurch begünstigt, was sich für die Ausbreitung des islamistischen Spektrums als förderlich erwies.[28]

---

[26] Vgl. Andreas Meier, Politische Strömungen im modernen Islam, Bonn 1995, S. 91.
[27] Vgl. ebenda, S. 90.
[28] Vgl. ebenda

Zutreffend bemerkte der Religionswissenschaftler Andreas Meier: „Die Finanzakkumulation ermöglichte den Golfstaaten unter Führung Saudi Arabiens, weltweit politischen und ideologischen Einfluss auf die arabischen Staaten zu nehmen:“[29] Der Bau von Moscheen, Krankenhäusern, Ambulanzen, Publikation bestimmter islamischer Bücher sowie die internationale finanzielle Unterstützung des sozialen Netzwerkes der Muslimbruderschaft, war folglich ein weiterer Faktor für die weltweit zunehmende Islamisierung. Ein weiteres Motiv für das Handeln Saudi Arabiens ergab sich nach der iranischen Revolution im Jahre 1979. Erstmals wurde nach Abschaffung des Kalifats ein Staat auf Grundlage einer islamischen Ordnung schiitischer Prägung umgestaltet. Als Vorbild einer sunnitisch-wahabitischen Staatsdoktrin, sah Saudi Arabien seine Vorreiterrolle als Hüter der heiligen Stätten in Mekka und Medina gefährdet. Das islamische Finanzsystem besteht aus zwei Bereichen: Der Erste umfasst einen bestimmten Verteilungsmechanismus, wonach ein Teil der Erdöleinkünfte über eine im Jahre 1975 gegründete „Islamic Development Bank“ auf die Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz (OIK) verteilt wird. Die finanziellen Zuflüsse führten zu einem engeren Verhältnis zwischen Saudi Arabien und den anderen islamischen Staaten. Für private Anleger wurden im Hinblick auf die nach islamischem Recht abzuleistende Armensteuer (arab: Zakat) islamische Handelsbanken gegründet.[30] Der islamische Glaube verbietet jegliche Art von Wucher (arab. Riba):[31] Diejenigen, die Zins nehmen (wörtlich: verzehren), werden (dereinst) nicht anders dastehen als wie einer, der vom Satan erfasst und geschlagen ist (so dass er sich nicht mehr aufrecht halten kann). ... „Aber Gott hat (nun einmal) das Kaufgeschäft erlaubt und die Zinsleihe verboten.“[32] Weiter heißt es: „Gott lässt den Zins (des Wucherers) dahinschwinden, aber er verzinst die Almosen (mit himmlischem Lohn).[33] Der arabische Ausdruck „riba“ bezog sich ursprüng-

[29] Vgl. Meier (Anm. 26), S. 91.
[30] Vgl. Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad, Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002, S. 189.
[31] Vgl. Thomas Patrick Hughes, Lexikon des Islam, Wiesbaden 1995, S. 759.
[32] Sure 2, Vers 275, Der Koran, Übersetzung von Rudi Paret, 9. Auflage, Stuttgart 2004.
[33] Sure 2, Vers 276, Der Koran (Anm. 32).

lich auf die weit verbreitete Tradition, einen geschuldeten Betrag zu verdoppeln.[34]

In der islamischen Rechtssprechung geht man neben dem Verbot des ausbeuterischen Wuchers von einem umfassenden Zinsverbot aus. Die strikte Auslegung hat sich im islamischen Wirtschaftsbereich durchgesetzt. Aus diesem Grunde wurden Konzeptionen für einen islamischen Wirtschaftssektor erarbeitet, in dem eine variable Kapitalentlohnung nach dem Prinzip der Erfolgsbeteiligung erfolgen darf. Diese Regelung entspricht dem islamischen Glaubensgrundsatz, wonach nur Gott über zukünftige Ereignisse wie die zu erzielenden Zinseinnahmen entscheiden kann. Neben dem Zinsverbot sind alle nicht mit islamischem Recht im Einklang stehenden Einnahmen verboten, wie Anlagegeschäfte in Firmenteile in Zusammenhang mit Alkohol, Schweinefleisch oder Pornografie. Auf Grundlage des nach islamischem Recht bestehenden Zinsverbotes[35] entstanden Handelsbanken, deren Geschäftsaktivitäten sich auf Grundlage des islamischen Rechts stützten. Im Koran heißt es: „Denen, die ihr Vermögen bei Nacht oder bei Tage geheim oder offen spenden, steht bei ihrem Herrn ihr Lohn zu, und sie brauchen (wegen des Gerichts) keine Angst zu haben, und sie werden (nach der Abrechnung am jüngsten Tag) nicht traurig sein“.[36]

Die Banken boten ihren Anlegern Investitionsmöglichkeiten und teilten Gewinnchance und Verlustrisiko. Gleichzeitig wurde den Anlegern die nach islamischem Recht für wohltätige Zwecke abzuführende zweieinhalbprozentige Armensteuer (arab: Zakat) in Rechnung gestellt. Die Einnahmen flossen über Fonds in humanitäre Einrichtungen und Hilfsprojekte. Mittellose Menschen haben von den zur Verfügung stehenden zinslosen Krediten profitiert. Das aus humanitärer Sicht sinnvolle islamische Finanzsystem hat jedoch auch seine Schattenseiten: Einige islamische Finanzinstitute gerieten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington in Verdacht, terroristische Aktivitäten unter dem Deckmantel von humanitärer Hil-

[34] Steffen Wippel, Geschäfte zwischen Markt und Moral, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Weltreligion Islam, Bonn 2002, S. 46.

[35] Der Islam verbietet jegliche Art von Wucher. Die meisten islamischen Rechtsschulen definieren Zins und Wucher gleich.

[36] Sure 2, Vers 274.

fe zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist die Islamit Relief Organisation zu nennen, welche über Hilfsprojekte terroristische Ausbildungslager in Südostasien finanziert haben soll, sowie die somalische Al Baraka Bankengruppe, die nach Auffassung der US-Behörden Teile des Vermögens von Osama bin Laden verwaltet hat. Die Konten dieser Institutionen wurden auf Grundlage von Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eingefroren.

Seit Beginn der 1980er Jahre bilden die expandierenden islamischen Banken einen wesentlichen Bestandteil im globalen Finanzsystem. Einige islamische Länder wie Pakistan, Sudan und der Iran haben ihre Banken ausschließlich islamischem Recht unterstellt. Ein aus islamischen Rechtsgelehrten bestehendes „Scharia Board" wacht über die Einhaltung des Verbots. Gegen islamisches Recht verstoßene Einnahmen müssen humanitären Einrichtungen zugeleitet werden. In ihrer Studie zur Ökonomie des Terrors kommt die Wirtschaftswissenschaftlerin Loretta Napoleoni zu dem Schluss, dass der weltweit zunehmende Islamisierungsprozess wahabitischer Vorstellung aus saudiarabischen Öleinnahmen über das islamische Finanzsystem finanziert wurde, dessen wichtigste Institutionen die „Dar al-Maal al-Islami" (DMI) und die mit Osama Bin Laden in Zusammenhang stehende „Dallah al-Baraka" (DAB) sind.[37]

Aber wie können im Hinblick auf das islamische Zinsverbot Gewinne erzielt werden? Bei jedem Vertrag und jeder Transaktion wird dem Einzahlenden automatisch die nach islamischem Recht abzuleistende Armensteuer (arab: Zakat) in Höhe von 2,5 Prozent der jeweiligen Summe berechnet.[38] Von den Einnahmen profitieren humanitäre Einrichtungen und Projekte. In einem Bericht der „Financial Times" behauptet ein pakistanischer Journalist mit Verweis auf seine Untersuchung zu den Zakat-Transfers, dass diese Form des Geldtransfers zur Finanzierung von terroristischen Bestrebungen missbraucht wird, denn Zakat-Transaktionen erscheinen nicht in den Bilanzen und die Aufzeichnungen werden nach Abschluss der Transaktion vernichtet.[39] Derzeit bestehen weltweit mehr als 250 islamische Finanzinstitutionen

[37] Vgl. Napoleoni (Anm. 9), S. 199.
[38] Vgl. ebenda, S. 200.
[39] Vgl. Marc Huband, Inside al-Qaeda, in: Financial Times vom 29. November 2001, S. 5 ff.

in über 75 Staaten und einem Gesamtvermögen von mehr als 230 Milliarden Dollar.[40]

Einige islamische humanitäre Einrichtungen gerieten wegen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Terrorismusfinanzierung in Verdacht. Mit einem jährlichen Budget von mehr als 40 Millionen US-Doller wurden 14 Auslandsniederlassungen der saudischen Nichtregierungsorganisation „Al-Haramain Islamic Foundation" durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt und in den betroffenen Staaten geschlossen. Die saudische Führung schloss die Organisationen schließlich im Oktober 2004. Auf Grundlage politischer Initiativen der USA haben arabische Staaten eine verstärkte Aufsicht über islamische humanitäre Einrichtungen angeordnet, in Saudi-Arabien sollen alle Finanztransaktionen über einen speziellen Dachverband geleitet werden. Auch humanitäre Hilfsorganisationen wie die Islamic Relief Worldwide (IRW) gerieten in Verdacht, unter dem Deckmantel der weltweiten Armutsbekämpfung radikale Gruppierungen zu unterstützen.[41] Die Sicherheitsbehörden in der Schweiz gehen davon aus, dass islamistische Zentren in Biel bereits seit Anfang 2000 Geld für den tschetschenischen Widerstand sammeln und zur IRW mit Hauptsitz in London transferieren. Besonders seit dem Jahre 2003 werden in der Schweiz vermehrt Aktivitäten der tschetschenischen Bevölkerung für tschetschenische Kampfgruppen durch organisierte Veranstaltungen, die der Sammlung von Spenden dienen, festgestellt.

Auch in Deutschland sind den Sicherheitsbehörden derartige Aktivitäten bekannt: Die Verfassungsschutzbehörden stellen eine Zunahme der Spendenaktivitäten zugunsten der Tschetschenischen Separatistenbewegung (TSB) durch Propagandaveranstaltungen fest. Zu dem Mitglieder-/Anhängerpotenzial von ca. 500 Personen gehören auch türkische Personen tschetschenischer Abstammung.[42] Die Financial

---

[40] Vgl. Islamische Banken im Globalen Finanzsystem, www.nahost-politik.de/islam/banken.htm, (gelesen am 31. Januar 2007).

[41] Vgl. Bundesrat der Schweiz (Hrsg.), Lage- und Gefährdungsanalyse Schweiz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Bericht an das Parlament vom 26. Juni 2002, http://www.admin.ch/ch/d/ff/2003/1832.pdf, (gelesen am 14. August 2006).

[42] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Köln 2006. S. 237.

Action Task Force (FATF), ein im Jahr 1989 zur Optimierung der internationalen Geldwäschebekämpfung durch die G7-Staaten gegründetes internationales Gremium sieht in der Zweckentfremdung von Spenden unter dem Deckmantel humanitärer Projekte einen wesentlichen Faktor für die Unterstützung radikaler religiös motivierter Aktivitäten.[43] Die Begehung von Straftaten ist aufgrund der zur Verfügung stehenden legalen Finanzquellen folglich ein nicht notwendiges Mittel der Finanzierung. Das Phänomen des dschihadistisch motivierten Terrorismus stellt die Sicherheitsbehörden daher in der Frage nach effektiven Maßnahmen zur Eindämmung der Finanzierung vor völlig neue Herausforderungen. Rechtliche Harmonisierungsprozesse zur Erreichung einheitlicher Standards gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wurden auf Grundlage von Erfahrungen internationaler Fachgremien mit Umsetzung der 3. EU Geldwäscherichtlinie angestrebt. In einem globalen Finanzsystem setzt eine effektive Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung zunächst die Kooperation aller Staaten voraus. Eine Finanztransaktion kann in nur wenigen Minuten weltweit gesteuert werden. Dieser Möglichkeit stehen geschlossene Rechtssysteme der Nationalstaaten im Bereich der Strafverfolgung gegenüber. Zeitintensive oder nicht beantwortete Rechtshilfeersuchen wirken eher hemmend.

4. Finanztransfersysteme im globalen System

Terroristische Gruppierungen sind auf Vermögenszuflüsse und Vermögensverwaltung angewiesen. Neben dem physischen Transport von Bargeld stellen folgende Finanztransfersysteme zur Vermögensverschiebung eine Alternative dar:

4.1 Transaktionen über Banken

In Deutschland bieten derzeit 2142 Kreditinstitute Dienstleistungen an. Im Durchschnitt teilen sich 1.800 Einwohner eine Filiale. Für das Jahr 2004 ergeben sich folgende Rahmendaten: Über 13,6 Milliarden Transaktionen wurden über 33 Billionen Euro bewegt. Die wichtigs-

[43] Vgl. o.A.: Guidance for Financial Institutions in Detecting Terrorist Financing, Financial Action Task Force on Money Laundering (Hrsg.), Paris 2002, S. 4, http://www.fatf-gafi.org/dataoecd/39/21/34033955.pdf, (gelesen am 30. März 2008).

ten Instrumente des bargeldlosen Zahlungsverkehrs stellten die Überweisungen (29,3 Billionen Euro Umsatz), Lastschriften (3,4 Billionen), Schecks (567 Milliarden), EC-cash (47,1 Milliarden) und Kreditkarten (34,4 Milliarden) dar.

Insgesamt wurden 21,4 Millionen Kreditkarten und 90,1 Millionen Bankkunden-Karten eingesetzt. Für Institute und Unternehmen stellt die staatliche Genehmigungspflicht die erste gesetzliche Hürde für die Durchführung von Finanzdienstleistungen dar. Die Aufsichtspflicht sowie die Überwachung der ordnungsgemäßen Umsetzung von EU-Richtlinien gewährleisten nationale Aufsichtsbehörden, in Deutschland die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Auf europäischer Ebene wird die Arbeit der nationalen Aufsichtsbehörden durch das am 1. Januar 2004 gegründete „Committee of European Banking Supervisors“ (CEBS) koordiniert. Zusammen mit den Schwester-Organen CESR (Committee of European Security Regulators) und CEIOPS (Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors) wurde die Bankenaufsicht angeglichen und vereinheitlicht. Somit unterliegt der gesamte Finanzsektor dem vierstufigen Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union[44] und gewährleistet eine vereinheitlichte Kontrollstruktur im gesamten Wirtschaftsraum.

Die Kreditinstitute wurden mit Einführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche, welches im Jahre 2002 durch den Aspekt der Terrorismusfinanzierung erweitert wurde, zu folgenden Maßnahmen verpflichtet:

- Identifizierung ihrer Kunden,
- Identifizierung von Transaktionen ab einem Schwellenwert von 15.000€,
- Durchführung von Monitoring-Maßnahmen,

[44] Lamfalussy-Verfahren, Vierstufiges Verfahren zur Beschleunigung und Verbesserung der Gesetzgebung in der EU, Stufe 1: Erlass eines Basisrechtsaktes durch die EU, Stufe 2: Kommission erlässt weitere Rechtsakte zur technischen Umsetzung, Stufe 3: Beratung und Umsetzung der Rechtsakte durch CEBS, CESR und CEIOPS, Stufe 4: Kontrolle und möglicherweise Einleitung rechtlicher Verfahren gegen Mitgliedsstaaten durch die EU-Kommission bei Nichtumsetzung.

- Anzeigepflicht bei Geldwäscheverdacht,
- Zusammenarbeit und Auskunftspflicht gegenüber Behörden in Geldwäschefällen und
- Interne Sicherungsmaßnahmen zum Schutz ihres Institutes gegen Geldwäsche.

Die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung stellt für die Strafverfolgungsbehörden einen nicht zu unterschätzenden Aufwand dar. Die Finanzdienstleister haben zur Erfüllung dieser Aufgabe Compliance-Dienststellen errichtet oder Geldwäschebeauftragte benannt. Auch wurden Monitoringsysteme eingeführt. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse entwickelt das BKA und die LKÄ in Zusammenarbeit mit der Justiz Indikatoren, um die bestehenden Maßnahmen gegen Geldwäsche fortlaufend zu optimieren. In der Praxis kommt es immer wieder zu der Erkenntnis, dass Indikatoren zu entsprechenden Techniken zwar herausgearbeitet werden können, es aber feste Tatsachen, die zweifelsfrei auf Geldwäschehandlungen schließen lassen, nicht geben kann. Hinter jeder auf den ersten Blick noch so verdächtigen Transaktion kann ein legaler, strafrechtlich nicht relevanter Sachverhalt stehen. Im Gegenzug sind aber auch Transaktionen denkbar, die keine Indikatoren erfüllen, tatsächlich aber Geldwäschehandlungen darstellen.[45] Bezogen auf die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung gestaltet sich dieser Aspekt aufgrund der häufig verwendeten legalen Finanzquellen noch problematischer. Im Rahmen eines im Auftrag der EU beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen durchgeführten interdisziplinären Projektes zum Thema „Criminelles Money Management als Schnittstelle zwischen Profitorientierter Kriminalität und Terrorismus – mögliche Entwicklungen bis zum Jahre 2012 und strategische Handlungsempfehlungen“ wurde im Rahmen von Expertenmeinungen festgestellt, dass der klassische Geldtransfer über Kreditinstitute zugunsten neuer elektronischer Transfermethoden unter Nutzung des Internets künftig immer mehr in

[45] Vgl. Jörg Menzel, Deutsche Bank AG, Compliance Anti-Money-Laundering, Die Situation der Verdachtsgenerierung bei Kreditinstituten und Probleme bei der Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden, Interview des Autors mit Menzel am 8. November 2006.

den Hintergrund treten wird.[46] Es darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, dass zur Verrechnung auch weiterhin Konten eingerichtet sein müssen. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, innerhalb des globalen Finanzsystems im internationalen Kontext Transferzusammenhänge erkennen zu können.

Der schon jetzt im Geschäftsverkehr nicht mehr notwendige Kontakt zwischen Bankmitarbeiter und Kunde wird mit Blick auf die weitere technologische Entwicklung noch weniger vorhanden sein. Im Gegensatz zur Geldwäsche, wo kriminell erlangte Vermögenswerte durch Verschleierungshandlungen in den legalen Wirtschaftskreislauf überführt werden, sind Finanzinstitute im Phänomen „Terrorismusfinanzierung" mit Vermögenswerten konfrontiert, bei denen ein krimineller Hintergrund häufig erst nach erfolgter Transaktion oder nach einem terroristischen Anschlag erkennbar wird.

4.2 Physische Transfers von Bargeld

Zunehmende Kontrollen im Bereich des Finanzsektors fördern das Interesse an Bargeldtransporten. Auch diese Art von Vermögensverschiebung ist mit Kontrollrisiken, insbesondere in zollrechtlicher Hinsicht verbunden. Der Rückgang der Grenzkontrollen reduziert mögliche Auffälligkeiten, das häufige Auffinden von 500 Euro-Scheinen in Strafverfahren zeigt jedoch die zunehmende Bedeutung dieser Methode. Auch der deutschen Bundesbank liegen Erkenntnisse vor, wonach die Nachfrage bezüglich dieser Geldscheine gestiegen ist.

4.3 Alternative Überweisungssysteme

Der Begriff „Alternative Überweisungssysteme" (Alternative Remittance System -ARS) umfasst jedes Finanztransfersystem, welches zur Übermittlung von Geldtransfers errichtet wurde und ohne Lizenz der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht betrieben wird. Aus internationaler Sicht ist eine einheitliche Betrachtung zum rechtlichen

[46] Vgl. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Edge: Criminal Money Management as a cutting Edge between Profit Oriented Crime and Terrorism, Possible developments until the year 2012 and strategic recommendations, Düsseldorf 2007, S. 24 ff.

Status von ARS aufgrund unterschiedlicher Rechtsrahmen nicht möglich. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen:

- Staaten, in denen ARS-Systeme generell einem Verbot unterliegen,
- Staaten, in denen versucht wird, ARS-Systeme einer wirksamen Finanzaufsicht in Form von Registrierung und Lizenzübertragung zu unterziehen, und
- Staaten, in denen ARS-Systeme trotz Verbot toleriert werden.

Die FATF bezeichnet aus internationaler Sicht mit dem Begriff ARS jedes System, dass für den Geldtransfer von einem Ort zum anderen dienlich ist und im Allgemeinen außerhalb der geregelten Banken- und Finanzdienstleistungskanäle operiert.[47]

Bereits im Jahr 1327 stellt der arabische Rechtsgelehrte Abu Bakr b. Maseud al–Kasani ein Überweisungssystem mit Namen „Hawala" als Institut des islamischen Rechts dar. Ein gleiches Geldtransfersystem gibt es noch heute in China. Hawala ist im gesamten arabischen Raum fest verankert und über die gesamte Welt verbreitet. Insbesondere Gastarbeiter aus dem arabischen und asiatischen Raum nutzen dieses System, um aus ihren im Ausland erzielten Einkommen die in diesen Kulturkreisen üblichen Unterstützungszahlungen an die Familien zu leisten. Deshalb stellen ARS-Systeme in Ländern mit hohem Migrantenanteil für Geldtransfers neben den kontrollierten Finanzsystemen bis heute eine Alternative dar. Einer Studie des britischen Entwicklungshilfeministeriums zufolge, überweist jeder in Großbritannien lebende Migrant monatlich durchschnittlich 250 Pfund in sein Herkunftsland.[48]

Die Systeme bieten über den kulturellen Hintergrund hinaus zudem den Vorteil, dass Einzahlungen und Transferleistungen von jedem Ort der Welt aus, unabhängig vom Bestehen eines Bankennetzes, preis-

[47] Vgl. o.A.: FATF/GAFl - Money Laundering & Terrorist Financing Typologies 2004-2005, Financial Action Task Force on Money Laundering (Hrsg.), Paris 2005. S. 7.

[48] Vgl. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Edge: Criminal Money Management as a cutting Edge between Profit Oriented Crime and Terrorism, First Results. Possible developments until the year 2012 and strategic recommendations, Düsseldorf 2007, S. 36.

wert und schnell veranlasst werden können. Insbesondere in Territorien, die nach Beendigung des Kalten Krieges von zunehmenden Konfliktkonstellationen heimgesucht wurden und in denen keine Banken existieren, wie in Teilen von Somalia, Afghanistan, Pakistan und Nigeria, bieten sich häufig keine Alternativen. Die am Hawala-Transfer beteiligten Personen sind den islamischen Rechtsvorschriften verpflichtet und werden bei Fehlverhalten sanktioniert. Die zu Bestrafenden verlieren aufgrund des Vertrauensbruchs ihre Einlage und Reputation innerhalb der zugehörigen religiösen bzw. ethnischen Gemeinschaft. Ähnliche ARS-Systeme existieren in asiatischen Kulturkreisen unter den Namen „Hui K“uan“, „Ch“iao Hui“, „Phoe Kuan“, „Nging Sing Kek“ oder „Hundi“. Man muss an dieser Stelle erwähnen, dass der überwiegende Teil der über ARS transferierten Gelder aus legaler Herkunft stammt und einem legalen Verwendungszweck dient.[49] Nach Schätzungen des pakistanischen Finanzministers Shaukat Aziz gingen von den 6 Milliarden Dollar, die im Jahre 2000 nach Pakistan transferiert wurden, lediglich 1,2 Milliarden Dollar über das reguläre Bankensystem seines Landes.[50]

Allerdings ist es aus Tätersicht sinnvoll, ARS-Systeme zur Umgehung nationaler Währungsbestimmungen und Geldwäschevorschriften (GWG) insbesondere zur Verschleierung inkriminierter Vermögenswerte zu nutzen. Das Angebot von ARS-Systemen richtet sich wie in jedem Geschäftsbereich nach der Nachfrage der Kunden. Hierbei spielen insbesondere die Anzahl und Bedürfnisse in Migrantenkreisen eine maßgebliche Rolle. Das Nachfrage- und Überweisungsverhalten der im Ausland lebenden Migranten führt zur Entstehung von Überweisungskorridoren.

Die Transaktionen können auf direktem oder indirektem Wege erfolgen.[51] Eine Vielzahl von Transaktionen nach Südafrika und Asien werden über die Vereinigten Arabischen Emirate geleitet, Überweisungen nach Somalia vorwiegend über Wechselstuben in Dubai.[52]

---

[49] FATF/GAFl (Anm. 47), S. 13.
[50] Vgl. o.A.: Cheap and Trusted, in: The Economist vom 24. November 2001, S. 77.
[51] FATF/GAFL (Anm. 47), S. 27.
[52] Ebenda, (Anm. 51).

Tabelle 2: Überweisungskorridore

Globale Geldflüsse Internationaler Migranten in die Entwicklungsländer (2000-2006)[53]								
Bill. US-Dollar	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung 2000-2006
Gesamtsumme	85	96	117	145	165	193	206	+121
Lateinameri-ka/Karibik	20	24	28	35	41	48	53	+33
Südasien	17	19	24	31	31	36	41	+24
Ostasien/Pazifik	17	20	29	35	39	45	47	+30
Nahost/Nordafrika	13	15	16	20	23	24	25	+12
Europa/Mittelasien	13	13	14	17	23	31	32	+19
Subsahara-Afrika	5	5	5	6	6	9	9	+4

Aus der Tabelle der Weltbank lässt sich das Überweisungsverhalten der im Ausland lebenden Arbeiter/Angestellten in Bezug auf Geldtransfers in ihre Heimatländer beobachten. Lag die Gesamtsumme der Überweisungen im Jahr 1990 weltweit noch bei 31,3 Mrd. US-Dollar, so stieg sie bis ins Jahr 2004 auf 125,8 Mrd. US-Dollar an, unabhängig, ob die veranlassten Geldtransfers zu legalen oder illegalen Zwecken dienten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die ständig wachsenden Transfersummen und die damit verbundene Nachfrage nach schnellen und effektiven Überweisungssystemen sich auch künftig auf das Angebot von ARS-Systemen auswirken wird. Insbesondere zu illegalen Zwecken dürften diese Systeme aufgrund des nicht einheitlich vorhandenen Rechtsrahmens auf internationaler Ebene auch künftig aus Tätersicht eine Alternative zur Transaktion illegaler oder für terroristische Aktivitäten bestimmte legale Gelder darstellen. Aufgrund der undurchsichtigen Strukturen in den speziellen ethnischen Milieus sind beweiskräftige Ermittlungen zu legalen und illegalen Transferleistungen in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren häufig nicht möglich. Speziell vor dem Hintergrund eines hohen Dunkelfel-

[53] Weltbank (Hrsg.): Remittance flows to development countries, Global flows of international migrant remittances, in: Global Development Finance 2007. http://worldbank.org, (gelesen am 17. März 2007).

des.[54] Dies entspricht den Erkenntnissen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, wonach sich in Deutschland „ein weitverzweigtes Schattenbanksystem etabliert hat“[55]. In Deutschland erfordert das gewerbsmäßige Betreiben von Finanzdienstleistungen gem. § 32 Kreditwesengesetz (KWG) eine schriftliche Erlaubnis der Bundesanstalt.

4.4 Vermögenstransfers über Waren

Die tatsächlichen Kontrollen im internationalen Warenverkehr stehen außer Verhältnis zu den Kontrollen im Finanzsystem. Aus diesem Grunde stellen Vermögensverschiebungen in Form von Wertgegenständen aus Tätersicht eine echte Alternative dar. Denn die stetige Zunahme des weltweiten Warenverkehrs ermöglicht den Behörden lediglich stichpunktartige Kontrollen. Fälle dieser Art wurden in Zusammenhang mit hochwertigen Fahrzeugen unter Inanspruchnahme des ARS-Systems Hawalla festgestellt: Person A möchte 25.000 Euro in den Nahen Osten transferieren. Er übergibt das Geld und eine Gebühr an einen Händler (B), der Hawalla-Finanzgeschäfte in Europa anbietet. (B) übergibt das Geld an eine Person (C), die ein hochwertiges Fahrzeug für 25.000 Euro anschafft. Das Fahrzeug wird in den Nahen Osten verbracht, wo (C) dieses für 30.000 Euro an den (D) verkauft. (C) übergibt 25.000 Euro an den vereinbarten Hawalla-Finanzdienstleister im Nahen Osten. Auf Grundlage eines übermittelten Codes wird das Geld von dem von (A) bestimmten Adressaten (D) bei dem Hawalla-Finanzdienstleister im Nahen Osten entgegengenommen.

4.5 Neue digitale Transfersysteme

Nirgendwo sind die Effekte der Globalisierung so deutlich geworden, wie im Bereich der Finanzmärkte. Seit Aufhebung der weltweiten Kapitalverkehrsbeschränkungen ist es möglich, Geldvermögen in Minutenschnelle umzuschichten und in verschiedene Währungen anzulegen. Neue Finanztransfermethoden unter Nutzung des Internets ge-

[54] Vgl. LKA NRW (Anm. 48).

[55] Vgl. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Hrsg.): Jahresbericht 1999, Kapitel VI, S. 88, www.bafin.de/jahresbericht/ba/jb1999/kapitel6.htm, (gelesen am 10. Mai 2007).

winnen neben dem klassischen Banktransfergeschäft zunehmend an Bedeutung. Geldwäschehandlungen und das Bereitstellen von Vermögenswerten zugunsten des Terrorismus werden aufgrund der ständig fortschreitenden digitalen Entwicklung und einer restriktiven internationalen Geldwäscheprävention professionell durchgeführt.[56] In diesem Zusammenhang sind folgende Zahlungsmethoden von Bedeutung: Erstens, Geldkarten/elektronische Geldbörsen: Buchgeld wird in elektronische Werteinheiten umgewandelt (E-Geld) und auf eine Chipkarte gespeichert. Hierbei handelt es sich um personen- und kontengebundene Bankgeschäfte. Der Rückschluss auf Personen und Konten ist gegeben, so dass die Nutzung von Geldkarten aus Tätersicht vor dem Hintergrund der gesetzlich vorgeschriebenen Geldwäscheprävention eher nicht in Betracht zu ziehen ist, zur Übermittlung legaler Vermögenswerte zugunsten terroristischer Aktivitäten jedoch eine Alternative darstellt. Zweitens, Online-Bezahldienste: Sie bieten für ihre Kunden die Möglichkeit, Finanztransfers über das Internet vorzunehmen. Nachdem der Kunde sich im Internet durch Angabe seiner persönlichen Daten und Kreditkartennummer legitimiert hat, wird in Verbindung mit der E-Mail-Adresse ein Internetkonto eingerichtet. Der Kunde hat nun die Möglichkeit, über die Homepage eines Anbieters von Leistungen im Internet einen Betrag und die E-Mail Adresse eines anderen Internet-Kontoinhabers einzugeben. Der Betrag wird dann in Sekundenschnelle transferiert. Das Kreditkartenkonto des Nutzers wird belastet. Der Empfänger kann den Betrag auf dem Konto belassen oder die Auszahlung über den Dienstleister veranlassen. In Verbindung mit dem Warenhandel, z.B. E-bay, sind Geldwäschehandlungen seitens der Kreditkartenunternehmen nur schwer feststellbar, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass Anbieter ihren Sitz im Ausland unterhalten. Anbieter wie Paypal, Moneybooker, E-Gold, Webmoney oder Paybox bieten derartige Produkte im Internet an. Auch für kriminelle Strukturen werden diese Möglichkeiten für Geldwäschehandlungen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

[56] Vgl. LKA NRW (Anm. 48).

4.6 Finanzdienstleister

Alternativ zu den Banken bieten Finanzdienstleister auf Grundlage des Kreditwesengesetzes Finanztransferdienstleistungen an. Die im allgemeinen Sprachgebrauch oft als Money Transmitter bezeichneten Unternehmen nehmen ausschließlich Bargeld entgegen und veranlassen in nur wenigen Minuten eine weltweit mögliche Auszahlung bei entsprechenden Partnerunternehmen. Die expandierenden Unternehmen, Western Union Financial Service, Money Gram oder American Express arbeiten über Verträge auch zunehmend mit dem klassischen Bankensektor zusammen. Im Vergleich zum klassischen Banktransfergeschäft sind in dieser Branche keine Konten existent. Die von der Finanzkontrolle umfassten Geschäftsaktivitäten wurden auch für terroristische Aktivitäten missbraucht. Über Western Union erhielten die in den USA aufhältigen späteren Attentäter vom 11. September 2001 aus den Vereinigten Arabischen Emiraten Geld für die Flugschule. Die sehr geringen Summen (mehrere hundert Euro) zeigten keine Verdachtsmomente zu den bis dahin kriminell nicht in Erscheinung getretenen Personen auf. Eine zeitgerechte Identifizierung der Täter vor Attentaten ist aufgrund der unverdächtigen Summen ohne konkreten Hinweis schlicht unmöglich.[57]

4.7 Torwächter

Die fortlaufende Globalisierung im Finanzsektor und die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und die damit verbundene Vielseitigkeit und Komplexität möglicher Geldtransferwege macht die Methoden undurchschaubar. Im Bereich der Organisierten Kriminalität entwickelt sich professionelle Geldwäsche zunehmend zu einem gewinnbringenden Produkt. So genannte „Torwächter“ bieten Geldwäsche gegen Provisionszahlungen an und ersetzen hierdurch die in einer klassischen kriminellen Struktur durch den Buchhalter wahrgenommenen Tätigkeiten wie das Transferieren und zielgerichtete Verschleierungshandlungen. Im Bereich des Dschihadismus scheint diese Methode mit Blick auf inkriminierte Quellen denkbar, aufgrund der überwiegenden legalen Finanzmittel jedoch nicht zwingend notwendig.

---

[57] Vgl. Siegried Bergles, Financial Transfer Business by Western Union, First Results, (Anm. 48), S. 92 ff.

5. Schlussfolgerungen und Zusammenfassung

Die notwendigen Mittel zur Durchführung eines terroristischen Anschlages erfordern keine hohen finanziellen Aufwendungen. Maßnahmen zur Anleitung sind im Zeitalter des Internets verfügbar, auch die Utensilien sind eigenfinanzierbar. Folglich können verdächtige Finanzmittel ohne konkreten Hinweis nur schwer festgestellt werden. Der häufig diskutierte Anspruch, terroristische Anschläge über das Abschneiden der Finanzzuflüsse verhindern zu können, ist daher unrealistisch. Dschihadistische Ausprägungen basieren jedoch auf eine Gewaltideologie, deren Verbreitung nicht nur eine funktionierende und vernetzte Infrastruktur notwendig macht. Systematisierte Prozesse zur Indoktrination, waffentechnologische Ausbildung, Reisebewegungen, Abstimmungsprozesse, erfordern fortlaufende finanzielle Zuflüsse. Die technologische Entwicklung vereinfacht zwar die Funktionsweise eines Netzwerkes. Es macht jedoch auch ein ständig verändertes Vorgehen notwendig. Die Nutzung des Internets zur Verbreitung gezielter Rhetorik setzt neben medientechnologischen und rhetorischen Erfahrungen nicht nur Übersetzungskenntnisse in Bezug auf Schriften voraus. Die erforderliche Repräsentanz und ein ständiger unerkannter Wechsel in schwer zugängliche verschlüsselte Kommunikationsräume im Internet müssen koordiniert und gewährleistet sein. All diese Maßnahmen erfordern finanzielle Budgets.

Die Tatsache, dass ideologiebezogene extremistische Fachliteratur auf dem Buchmarkt für weniger als zehn Euro zu erwerben ist, wirft die Frage nach den verantwortlichen Sponsoren auf. Wirksame Kontroll- und Regelungsmechanismen im Bereich des Verfassungsschutzes gegen die finanzielle Unterstützung von Urhebern politischer Islamisierungsprozesse aus der arabischen Halbinsel sind zum Schutze der Freiheit insbesondere für die Erziehung und Bildung der Jugend geboten.

Anders als bei der Geldwäsche stammen die für terroristische Bestrebungen zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausschließlich aus kriminellen Handlungen. Inkriminierte und für terroristische Vereinigung bestimmte Finanztransaktionen müssen die nach dem Geldwäschegesetz verpflichteten Institute, Unternehmen oder spezielle Personen an

die Strafverfolgungsbehörden melden.[58] Während der Geldwäscher darauf abzielt, seinen illegal erworbenen Vermögenswerten einen legalen Anschein zu vermitteln und bereits zu Beginn der Transferierungsphase auf spezielle Geldwäschetechniken angewiesen ist, weisen die für terroristische Aktivitäten bestimmten Mittel legalen Ursprungs zunächst keine Verdachtsmomente auf. Eine Schwierigkeit mehr für die Banken und Finanzdienstleister derartige Aktivitäten im Vorfeld zu erkennen, zumal keine festen Verhaltensmuster existieren.[59]

Ohne konkrete Hinweise aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden sind derartige Finanzmittel für die nach dem Geldwäschegesetz Verpflichteten daher nicht zu erkennen. Dies belegen die Statistiken der Financial Intelligence Unit (FIU) des BKA, wonach der Anteil der Verdachtsanzeigen in Bezug auf Aktivitäten der Terrorismusfinanzierung im Verhältnis zur Gesamtzahl aller gemeldeten Geldwäscheverdachtsanzeigen für das Jahr 2006 (10.051) bei 0,6 Prozent (59) lag. Zudem resultiert der überwiegende Teil dieser geringen Anzahl von Anzeigen auf Basis so genannter Listentreffer. Auf Grundlage von Richtlinien der EU haben die Banken und Finanzdienstleister die Vermögenswerte der aufgeführten Personen, Organisationen und Rechtsformen im Trefferfall einzufrieren. Darüber hinaus werden Listen im Rahmen von internationalen Resolutionen erstellt. Hierzu zählen auch die Embargolisten. Nach Abzug der Listentreffer verbleiben 38 Anzeigen wegen Verdachts der Terrorismusfinanzierung für das Jahr 2006.[60]

Die Komplexität und Vielfalt von Finanztransfermethoden im globalen Finanzsystem ermöglicht unendliche viele Wege zur weltweiten Übermittlung von Vermögenswerten. Für die zuständigen staatlichen Behörden ergibt sich daher kein praktikabler eingrenzbarer Rahmen zur Typologieentwicklung. Ein ehemaliger leitender Mitarbeiter einer

---

[58] Vgl. § 11 (1) des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten, (Geldwäschegesetz- GWG) in der Fassung vom 25.10.1993 (BGBL. I S. 1770), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 15.12.2003 (BGBL. I S. 2676).

[59] Vgl. o.A.: Falldarstellung Terrorismusfinanzierung, in: BKA, Financial Intelligence Unit (FIU) Deutschland, Zentralstelle für Verdachtsanzeigen, Nr. 4, Februar 2007, S. 14.

[60] Vgl. o.A.: Financial Intelligence Unit (FIU) Deutschland. Jahresbericht 2006, Bundeskriminalamt (Hrsg.). Wiesbaden 2007, S. 47.

deutschen Großbank erklärte, dass die Analyse aller Finanztransaktionen in Zusammenhang mit den Attentätern vom 11. September 2001 keine Auffälligkeiten und Typologien haben erkennen lassen.[61] Die rasende technologische Entwicklung entfernt sich zunehmend von den staatlichen Regelungserfordernissen. Insbesondere das Internet bietet für den Missbrauch einen breiten Rahmen. Produktorientierte Gefährdungsanalysen im Bereich der Finanztransfermethoden und praktikable Regelungen zur Verbesserung strukturierter Recherchen im Internet sind eine wesentliche Voraussetzung für wirksame Kontrollen. Dies betrifft auch die Kompatibilität der auf dem Markt angebotenen Vielzahl von Monitoring-Systemen. Nur so können riskante Transfer- und Verrechnungsvorgänge im globalen Finanzsystem institutsübergreifend erkannt werden. Die schon jetzt kooperative Zusammenarbeit zwischen den Banken und den Strafverfolgungsbehörden sollte im Bereich der Fortbildung intensiviert werden.

Die Übermittlung personenbezogener Daten durch die Sicherheitsbehörden an die Finanzdienstleister ist rechtlich nicht möglich. Auf diese Form der Kenntnisgewinnung sind die Finanzdienstleister aufgrund fehlender Typologien jedoch angewiesen. Wirksame Strategien gegen die Terrorismusfinanzierung setzen daher risikobasierte Lösungsstrategien voraus, wie es die derzeit in der nationalen Umsetzung befindliche 3. Geldwäscherichtlinie der Europäischen Union vorsieht. Die hier zu erstellenden Gefährdungsanalysen haben auf Grundlage des Prinzips „Kenne deinen Kunden“ Risikofaktoren zu berücksichtigen, um das Unternehmen vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu schützen. Hierbei werden neben personen- und transaktionsorientierten Gefährdungsaspekten auch raumbezogene Risikofaktoren in die Analyse mit einfließen. Dies sollte im datenschutzrechtlichen Rahmen in Form von strategischen Projekten mit den Strafverfolgungsbehörden und der Finanzkontrolle erfolgen, denn so können phänomenologische Erkenntnisse und Produktkenntnisse zusammengeführt werden. Die Hochschulen könnten wissenschaftliche Unterstützung in Form von Regionalanalysen und Evaluation leisten. Denn Kenntnisse über kritische Infrastruktur im räumlichen Sinne ist die Voraussetzung für ein Risikoverständnis. Die immer schneller voran-

[61] Vgl. Karl-Heinz Symann, Dresdner Bank AG, Compliance Anti-Money-Laundering, Interview des Autors mit Symann am 05. Dezember 2007.

schreitenden Veränderungsprozesse sollten zu der Erkenntnis führen, dass vergangenheitsbezogene Erfahrungen für die Erstellung von Gefährdungsanalysen nicht mehr ausreichend sind und zu (möglicherweise) nicht mehr zutreffenden Handlungserfordernissen führen können. Eine tief greifende Analyse von Einflussfaktoren im Rahmen von interdisziplinärer Zusammenarbeit unter Beteiligung von Wissenschaft, Strafverfolgung, und Finanzwirtschaft könnte hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

International erfordert die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung eine enge interdisziplinäre und internationale Kooperation. Die bereits jetzt durchgeführten Initiativen[62] machen jedoch nur Sinn, wenn nicht kooperierende Finanzplätze tatsächlich nicht mehr existieren und Vermögensermittlungen jenseits der politischen Verständigung auch im Rahmen der internationalen Rechtshilfe zeitgerecht durchgeführt werden können.

Die Abgabe von Spenden gehört zu den wichtigsten Pflichten im muslimischen Glauben. Eine Bewertung der islamischen Spendenorganisationen beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen wäre nützlich. Die islamischen Verbände könnten das Spendenbewusstsein in der muslimischen Bevölkerung ansprechen und auf die sich ergebenden Gefahren aus zweckentfremdeten staatlich subventionsfähigen Mitteln hinweisen. Schließlich werden eine Vielzahl von Muslimen Opfer von Anschlägen. Generalverdacht und Islamophobie wirken hier eher kontraproduktiv, Nährboden wird geschaffen statt beseitigt. Ein weiterer zu beachtender Aspekt ist der Umgang mit dem Begriff „Terrorismus“. Terroristischen Erscheinungsformen liegen Ideologien zugrunde. Staaten und eingrenzbare Räume sind aber nicht mehr isoliertes Ziel und Ausgangspunkt für terroristische Aktivitäten. Terroristen leben unter uns im Legalen. Ihre Infrastruktur ist aufgrund fehlender staatlicher Unterstützung auf gewinnorientiertes Vorgehen angewiesen. Die Methoden der Bekämpfung entsprechen daher weitgehend den Instrumenten zum Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Terrorismusphänomene in der Welt wird es aufgrund von Konfliktkonstellationen und unterschiedlich darauf einwirkenden Interessen

[62] Die Egmont-Gruppe ist ein Gremium, welches sich aus Vertretern der nationalen Financial Intelligence Units (FIU), den Geldwäschebekämpfungsdienststellen aus derzeit 107 Staaten zusammensetzt.

sicherlich immer geben. Über die angestrebten Lösungsstrategien der Bekämpfung hinaus, sollte die Eindämmung des terroristischen Nährbodens im Mittelpunkt stehen.

Die Vielzahl von Initiativen unterschiedlicher Akteure sollten in einem Gesamtkonzept münden. Hierzu zählen Alternativen gegen das Angebot extremistischer Organisationen und eine wirksame Integration auf Grundlage der Verfassung. Langfristig werden sich diese Maßnahmen auch auf die Terrorismusfinanzierung auswirken. Denn vermittelte Kenntnisse über die Grundlagen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung in einer Gesellschaft mit Möglichkeiten zur Teilhabe, Schutz im sozialen Umfeld und Anerkennung werden langfristig die besseren Alternativen gegenüber einer menschenverachtenden Gewaltideologie darstellen und auch das Bewusstsein der jungen Menschen erreichen. Nur so besteht im weiteren Sinne die Hoffnung, dass finanzielle Zuflüsse in Form von Spenden zugunsten einer Gewaltideologie eingedämmt und ein wesentliches Fundament des internationalen Terrorismus entzogen wird.

Staatszerfall, Sektierer und internationaler Terrorismus: Eine neue Sichtweise

Kai Hirschmann

1. Einleitung und Fragestellung

Wissenschaftler und Politiker neigen dazu, Probleme partiell zu analysieren; insbesondere dann, wenn es sich um relativ neue Herausforderungen handelt. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind deren drei sichtbar geworden: Erstens die Desintegration oder das Auseinanderbrechen teilweise willkürlich zusammengefügter Nationalstaaten, zweitens das Aufkommen neuer, teilweise religiös motivierter politischer Gruppen und drittens die Ausweitung terroristischer Gewalt. Diese drei Herausforderung können isoliert, aber auch in einem Kausalzusammenhang auftreten. Dem letzteren Fall gilt in diesem Beitrag das Augenmerk.

Da in Teilen der Wissenschaft die Definition eines Begriff häufig breiteren Raum einnimmt als die Analyse der Probleme, die ihm zugrunde liegen, ist es auch über den Begriff „Staatszerfall“ immer wieder zu Kontroversen gekommen.[1] Die akademische Diskussion ist insbesondere deshalb unverständlich, da der Konsens darüber, welche Charakteristika „Staatszerfall“ auszeichnen, relativ breit ist. Die Mehrheit der Autoren und Institutionen orientiert sich dabei an der Fähigkeit, essenzielle staatliche Funktionen auszuüben.[2] Im Kern geht es um die Unfähigkeit von Staaten, politische Güter bereitzustellen: Sicherheit, Bildung, Gesundheit, wirtschaftliche Chancen, Umweltschutz, eine Rechtsordnung und Rechtsprechung sowie fundamentale Infrastrukturerfordernisse wie Straßen und Kommunikationseinrichtungen.[3] Der Sozialwissenschaftler Joel S. Migdal stellt vier Mess-Kategorien für

---

[1] Zur Problematik des Begriffs „Staatszerfall“ siehe Leonid Fituni, Der Begriff des „Staats am Rande des Zusammenbruchs – Herausforderungen und Antworten aus russischer Perspektive; in: Politische Studien, Nr. 393 vom Januar/Februar 2004, S. 26-37.

[2] Stefan Mair, Intervention und „state failure“ - Sind schwache Staaten noch zu retten?; in: Internationale Politik und Gesellschaft 3/2004, S. 82-98, hier S. 84.

[3] Robert I. Rotberg, The New Nature of Nation-State Failure, in: The Washington Quarterly, Summer 2002, S. 85-96, hier S. 87.

das Funktionieren einer staatlichen Ordnung auf: territoriale Kontrolle, Ressourcenmobilisierung, Ressourcenverwendung sowie die Fähigkeit, soziale Beziehungen zu strukturieren.[4]

Die Kontrolle über das System und politische Prozesse in einem Staat ist *die* entscheidende Machtquelle.[5] Gleichermaßen ist die Kontrolle physischer Gewalt konstitutiv für das politische System.[6] Der Staat sollte in der Lage sein, auf seinem Territorium ein Ordnungsmanagement (Sicherheit und Wohlfahrt) zu gewährleisten, gesellschaftliche Beziehungen zu regulieren, sowie Ressourcen zu mobilisieren und zielgerichtet zu verwenden (Beschaffung und Allokation).[7] Ist ein Staat dazu nicht (mehr) fähig, besteht die Gefahr der Fragmentierung und damit der Herausbildung von substaatlichen Ordnungen.[8] Neben der politische und wirtschaftlich Integration zwischen Staaten sind derartige Tendenzen der Desintegration innerhalb von Staaten besonders in den letzten beiden Jahrzehnten unübersehbar.

Staatszerfall entwickelt sich in mehreren Phasen. Hierin verliert ein Staat immer mehr seinen Einfluss; zunächst auf dem Land, später auch in den Städten. Meist kommt es zu einer Zunahme an Gewalt, dem Auftreten von Gebiets- und Stammesherrschern („Warlords“) sowie Tendenzen zur Ablösung staatlicher Institutionen durch nichtstaatliche Gruppen. Im Endstadium des Staatszerfalls bricht das staatliche Gewalt- und Steuerungsmonopol zusammen. In den Zwischenstadien kontrolliert die zentrale Regierung dauerhaft Teile ihres Landes nicht mehr bzw. überlässt diese substaatlichen Gruppen. Derartige Entwicklungen sind z.B. in vielen Staaten Afrikas und Asiens zu beobachten. Das Phänomen „Staatszerfall“ ist nicht neu, erlangt nach dem 11.09.2001 jedoch zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit, denn es

---

[4] Vgl. Joel S. Migdal, Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton/New Jersey, 1988, S. 4ff. und Andreas Hahn, Realitäten der Quasi-Staatlichkeit - Zur politischen Ökonomie alternativer Herrschaftsordnungen, INEF-Report, Nr. 82, Duisburg 2006, S. 8.

[5] Siehe hierzu Francis Gonsalves, Kriegsgötter und Gotteskriege: Religionen und Gewalt in der heutigen Gesellschaft, 2001.

[6] Vgl. Dietrich Jung, The Political Sociology of World Society, Copenhagen Peace Research Institute, 2001.

[7] Vgl. Migdal (Anm. 4), Hahn (Anm. 4) und Jung (Anm. 6).

[8] Vgl. Hahn (Anm. 4), S. 27.

besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Staatszerfall und Terrorismus: Einerseits können unter den Bedingungen von Staatszerfall lokale, terroristische Gewaltstrukturen entstehen, anderseits bieten sich „staatsfreie Gebiete“ als Rückzugs- und Ruheräume, als Orte für Trainings- und Ausbildungscamps, zur Rekrutierung oder als Transiträume an. Häufig kommt es zu einer Vernetzung lokaler Gewaltakteure mit international operierenden Terroristen[9], wie unter anderem die Bespiele Afghanistan, Pakistan, Irak, Somalia, Tschetschenien und Bosnien-Herzegowina verdeutlichen.[10] Bei der Problematik des Staatszerfalls handelt es sich demnach nicht nur um ein Entwicklungsproblem, sondern zunehmend auch um ein internationales Sicherheitsproblem.[11]

Die Grenzziehungen von Nationalstaaten insbesondere in Afrika und Asien erfolgten häufig nach politischen Interessen (z.B. koloniale Grenzen). Ethnisch homogene Siedlungsräume wurden ignorierten und bunt zusammengewürfelte Verwaltungsgebiete geschaffen, die nach ihrer Unabhängigkeit de jure zu Nationalstaaten wurden. Historisch-kulturell gewachsene Strukturen wurden dabei weitgehend ignoriert. So passierte es nicht selten, dass sich eine Volksgruppe plötzlich diesseits und jenseits einer Staatsgrenze wiederfand (z.B. Stämme im Norden Nigerias und im Niger, Paschtunen in Afghanistan bzw. Pakistan, Schiiten im Iran und Irak). Solche konstruierten „Nationalstaaten“ genießen in der Bevölkerung wenig Legitimation. Die Loyalitäten richten sich weiterhin auf die ethnische Zugehörigkeit (*Unvollständiges „Nation-Building“*), was oft die Hinwendung zu anderen privaten Strukturen bzw. Akteuren wie z.B. separatistischen Bewegungen, ethnischen Gruppen oder lokalen warlords begründet. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das als wichtigste Vorraussetzung einer funktionierenden Staatlichkeit gilt, ist zu schwach ausgeprägt.

Strukturen von Staatlichkeit existieren in zahlreichen Krisenregionen bestenfalls in formaler Hinsicht. Die Erfahrungen der Geschichte ha-

---

[9] Vgl. Ulrich Schneckener, States at Risk – Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem, Diskussionspapier, Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2004, Berlin, S. 1f.

[10] Siehe detailliert Wilhelm Dietl/Kai Hirschmann/Rolf Tophoven, Das Terrorismus-Lexikon – Täter, Opfer, Hintergründe, Frankfurt a.M., 2006, Kap. 6.

[11] Vgl. Stefan Mair, Intervention und „state failure“ - Sind schwache Staaten noch zu retten?; in: Internationale Politik und Gesellschaft 3/2004, S. 82-98.

ben gezeigt, dass „unnatürliche“ Nationalstaatsgebilde oft nur durch nicht-demokratische Herrschaftssysteme zusammengehalten werden können. Das heißt, eine Volksgruppe erhebt sich über die anderen und reißt die Macht an sich. Nicht-demokratische Herrschaftssysteme unterdrücken zur Machterhaltung jede Opposition, auch die gemäßigte und pluralistische, blutig. Nicht selten haben sich Herrschaftscliquen den Staatsapparat angeeignet und finanzieren sich maßgeblich aus den Erlösen, die sich aus dem Mehrwert der Landwirtschaft, den Einkommen des Exportsektors, dem Handel mit wertvollen Rohstoffen oder gar Drogen abschöpfen lassen. Die wichtigsten Ressourcen des Staates (politische und wirtschaftliche Verfügungsmacht) werden unter eigene Kontrolle gebracht und die restliche Bevölkerung ausgeschlossen. Durch den Machtmissbrauch der Eliten öffnet sich zusätzlich die Schere zwischen Armen und Reichen im Land. Die als nicht legitim empfundenen staatlichen Strukturen erodieren mit zunehmender diktatorischer Herrschaft und werden schließlich durch traditionelle ethnische Strukturen ersetzt. Der Nationalstaat beginnt dann immer schwächer zu werden, wenn die Benachteiligten und Unterdrückten nur die Wahl des Widerstandes sehen, um ihre Existenz und Interessen zu sichern.

Bis heute gelten die Grenzen europäischer Kolonialgebiete als Grundlage afrikanischer und asiatischer Staatlichkeit. Nationalstaaten sind sie aber meist nur auf dem Papier, da es zwar ein Staatsgebiet gibt, aber kein Staatsvolk im Wortsinn und erst recht keine Staatsgewalt, die durch den Willen der Bevölkerung legitimiert wäre. Loyalitäten bilden sich nur zu den jeweiligen Gebiets- und Stammesführern heraus. Die Kolonialzeit dauerte lange genug, um die traditionellen Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, aber nicht lange genug, um neue Verfassungsstrukturen zu etablieren. Die Kolonialmächte waren darüber hinaus nicht daran interessiert, diese Staaten mit einer eigenen Identität als neuer Staat im Sinne eines modernen Nationengründungsprozesses zu versehen.[12] Hinzu kommt: Zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes haben Kräfte von außen den Zerfall nicht funktionsfähiger Staaten mit zum Teil hohen finanziellen und militärischen Hilfen aufgehalten, was es fragile Staaten erlaubte, eine Fiktion von Staatlich-

[12] Vgl. Mahmoud Kassem, Staaten am Rande des Abgrunds; in: Politische Studien, Nr. 393 vom Januar/Februar 2004, S. 39-45, hier S. 38.

keit aufrecht zu erhalten. Als die Unterstützungszahlungen aus den jeweiligen Blöcken nach 1990 eingestellt wurden, führte dies in den betroffenen Ländern Afrikas und Asiens zu Stabilitätskrisen, die das Aufkommen substaatlicher Akteure ermöglichte.

Das durch Staatszerfall entstehende Machtvakuum versuchen in der Regel drei Arten von Gruppen zu füllen, die als problematisch angesehen werden müssen:[13]

- Gebiets- und Stammesherrscher innerhalb des Staates, die größere Landesteile kontrollieren und denen es um wirtschaftliche und politische Macht geht.
- Kriminelle Banden, die die fehlende Durchsetzungsfähigkeit des Staates im Hinblick auf Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit nutzen, um eigene wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Daher geht Staatszerfall oft auch einher mit der Ausbreitung Organisierter Kriminalität (Schwarzmärkte, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, Prostitution etc.).
- Politisch-ideologische Gruppen, denen es um eine politische Systemveränderung in ihrem Sinne geht, da sie das etablierte System für die Fehlentwicklungen und die herrschenden Eliten verantwortlich machen. Solche Bewegungen haben einen alternativen Ansatz in Form eines komplett gegensätzlichen Politik- und Gesellschaftssystems. Wird bei der Durchsetzung fortgesetzt und geplant Gewalt als Methode der Zielerreichung verwendet, handelt es sich um Terrorismus.

Unter der Themenstellung dieses Beitrages ist nur die dritte Gruppe relevant. Politisch-ideologische Gruppen entwickeln oft ihre Ideenmuster als radikalen Gegenentwurf zur herrschenden Ordnung, die sie beseitigen wollen. Eine ideologische Interpretation von Religion wird dabei häufig dort herangezogen, wo eine Trennung zwischen Politik, Staat und Religion nicht existiert. Dies ist zum Beispiel bei den meisten Strömungen im Islam der Fall. In Prozessen des Staatszerfalls versuchen religiöse Nationalisten als eine der wesentlichen Konfliktparteien, politische Macht an sich zu reißen, indem sie die Politik weltli-

[13] Vgl. Kai Hirschmann, Internationaler Terrorismus; in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert, Informationen zur politischen Bildung Nr. 291/2006, S. 26.

cher Parteien unterminieren und Nationalismus mit religiösen Begriffen neu definieren.[14] Dadurch, dass jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens ein religiöser Charakter zugeschrieben wird, werden auch die von diesen Gruppen postulierten Regeln und Normensysteme als „Gottes Wille" ausgegeben, der nicht in Frage gestellt werden kann.[15] Somit sind derartige politisch-religiöse Ideologien totalitär und fundamentalistisch, wie auch die islamistischen Dschihad-Ideologie zeigt.

In Prozessen des Staatszerfalls sind die Bevölkerungen zunehmend geneigt, neuen und diametral anderen politischen Kräften eine Chance zu geben, da die alte Ordnung aus ihrer Sicht nicht in der Lage war, Unterwicklung, Benachteilungen und Fehlentwicklungen zu verhindern oder dies sogar noch förderte. Diese Tatsache ist das Fundament, auf dem religiös-ideologische Gruppen ihre Konzepte zur Ergreifung der Macht und die Legitimation zur Gewaltanwendung aufbauen.

2. Von religiösen Fundamentalisten zur Gewaltsekte

2.1 Der Islamismus: Fundamentalismus als radikale Systemopposition

Eine Gruppierung, die in Prozessen des Staatszerfalls das entstehende Machtvakuum füllt, sind politisch-ideologische Gruppen, die einen radikal unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systementwurf anbieten, um auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der herrschenden Ordnung zu nutzen. Radikal oppositionelle Positionen äußern sich daher zumeist fundamentalistisch, wobei die zugrundeliegende Ideologie religiös, politisch oder beides zugleich sein kann.[16] Die Stärke jedes Fundamentalismus liegt in einem Autoritarismus, der seine Moral auf etwas gründet, was als absolute Wahrheit gilt.[17]

Der religiöse Fundamentalismus ist in allen abrahamitischen Religionen eine „Modeströmung" geworden, die zu den Anfängen des „rei-

[14] Vgl. Francis Gonsalves (Anm. 5).
[15] Vgl. ebenda.
[16] Vgl. Klaus Kienzler, Der religiöse Fundamentalismus – Christentum, Judentum, Islam, München 1996.
[17] Vgl. Joel Kramer/Diana Alstad, Masken der Macht – Warum Menschen bereit sind, sich einem Guru zu unterwerfen, Frankfurt a.M. 1995, S. 222.

nen Glaubens“ zurückkehren möchte.[18] Das aber ist ohne Zerstörung der herrschenden Ordnung nicht möglich, weshalb der Fundamentalismus einen neuzeitlichen Kulturdestruktivismus darstellt.[19] Der islamische Fundamentalismus gehört ebenfalls dieser Strömung an. Im Kern wird der Fundamentalismus in theologische Hinsicht von der Doktrin der Unfehlbarkeit und Irrtumslosigkeit der jeweiligen Heiligen Schrift bestimmt.[20] Es ist die Überzeugung der Fundamentalisten, dass die Heilige Schrift, so wie sie sie aufnehmen, in allen Fragen ohne Irrtum ist.[21]

Zum zentralen Verständnis eines Fundamentalisten gehört, dass er sich selbst als inmitten eines Religionskrieges sieht.[22] Fundamentalisten argumentieren häufig mit kriegerischen Metaphern. Das Universium ist demnach aufgeteilt in „Armeen des Lichts“ und „Armeen der Finsternis“, wobei es in der Auseinandersetzung es keine Kompromisse geben kann. Die als „Wahrheit“ postulierte eigene Glaubensinterpretation gilt es um jeden Preis zu verteidigen und ein Verteidigungswall muss errichtet werden.[23] Wichtige Fragen werden auf einfache schwarz/weiß Alternativen reduziert. Verbunden damit ist der aggressive Glaube, die eigene Bewegung sei „von Gott geschaffen“.[24] Eng

---

[18] Siehe hierzu auch Mark Juergensmeyer, Terror im Namen Gottes, München 2004.

[19] Vgl. Mohammed Djassemi, Die Grundzüge der islamischen Ideologie, in: Politische Studien, Sonderheft Naher Osten, München 1980.

[20] Vgl. James Barr, Fundamentalism, Philadelphia 1978 (Analyse für das Christentum und die Bibel).

[21] Vgl. Bill J. Leonard, God“s Last & Only Hope: The Fragmentation of the Southern Baptist Convention, Grand Rapids 1990, S. 11 (Analyse für das Christentum und die Bibel).

[22] Vgl. George M. Marsden, Fundamentalism as an American Phenomenon, A Comparison with English Evangelicalism; in: Church History 46, (1977), S. 215-232.

[23] Vgl. James Davison Hunter, Fundamentalism in Its Global Contours; in: Norman J. Cohen, (Hrsg.), The Fundamentalist Phenomenon, Grand Rapids 1990, S. 57.

[24] Vgl. Joel A. Carpenter, From Fundamentalism to the New Evangelical Coalition; in: George M. Marsden, (Hrsg.), Evangelicalism and Modern America, Grand Rapids, 1984 S. 10.

verbunden mit diesem Kampf-Denken in extremen Kategorien ist der Ruf nach Trennung von den „Anderen“, dem „Bösen“.[25]

Fundamentalisten sind gefangen in einer inner-psychischen Rigidität und verharren in einer abwehrenden Grundhaltung gegenüber dem Leben und der ihn umgebenden Welt.[26] Sie können die Herausforderungen durch Entwicklungen in Kirche und Gesellschaft, in Wissenschaft und Philosophie nicht annehmen. Sowohl im Christentum, im Judentum als auch im Islam haben fundamentalistische Gruppen vergleichbare Abwehrrichtungen, denn es gilt, sich von der „modernen Welt“ mit ihren Errungenschaften abzusetzen.[27] Der Rückzug in eine religiöse Welt der Absolutheit und Sicherheit spricht viele an.[28] Dabei kommt es in der Regel zu einer Verquickung der fundamentalistischen Ideologie mit sozial Schwachen und Unzufriedenen, denn nur dies eröffnet die Perspektive, die Isolation als eine Minderheit zu durchbrechen und sich eine soziale Basis zu schaffen.[29] Diese Charakteristika treffen auch auf den Islamismus als „islamischem Fundamentalismus“ zu.

Die Begriffe „Islamismus“ und „Islamischer Fundamentalismus“ stecken zunächst wieder im wissenschaftlichen Definitions- und Begriffsritual fest und sind nicht unumstritten.[30] Das Phänomen selbst fasst der Begriff „Islamismus“ am besten zusammen, da er das ideologische Moment der radikalislamischen Vorstellungen verdeutlicht und in einem gewissen Spektrum des innerislamischen Diskurses ge-

---

[25] Vgl. Mortimer Ostow, The Fundamentalist Phenomenon: A Psychological Perspective; in: Norman J. Cohen, (Hrsg.), The Fundamentalist Phenomenon, Grand Rapids 1990, S. 107.

[26] Vgl. Gunther Klosinski, Psychokulte - Was Sekten für Jugendliche so attraktiv macht, München 1996, S. 79 und Fritz R. Huth, Arbeitshilfe Fundamentalismus, herausgegeben vom „Zentrum Ökumene“, München, 2002.

[27] Vgl. Hans Gasper / Joachim Müller/ Friederike Valentin, Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen, Freiburg 1992, S. 334 sowie Gunther Klosinski (Anm. 24), S. 79 und Fritz R. Huth (Anm. 24).

[28] Vgl. Mortimer Ostrow (Anm. 25), S. 107.

[29] Vgl. Mohammed Djassemi (Anm. 19).

[30] Vgl. Udo Steinbach, Der islamische Fundamentalismus heute - Strategiewechsel oder kopernikanische Wende?; in: K. Kindelberger, (Hrsg.), Fundamentalismus - Politisierte Religionen, Potsdam 2004, S. 86.

braucht wird.[31] Im wissenschaftlichen Diskurs gerne verwendet, aber ungeeignet ist der Begriff „Politischer Islam“, weil er nur auf Teilaspekte der radikalislamischen Vorstellungen Bezug nimmt und vor allem die rein religiösen Aspekte ausblendet.[32] Da Islamisten sowohl hinsichtlich ihrer Zahl als auch ihrer Ausrichtung eine kleine Minderheit darstellen, dürfen ihre Positionen aber nicht mit „dem Islam“ gleichgesetzt werden.

Islamismus (Islamischer Fundamentalismus) ist nicht einfach eine konservative Strömung innerhalb des Islams. Er steht vielmehr in scharfem Gegensatz zum Konservativismus, der die traditionellen politischen und gesellschaftlichen Systeme möglichst unverändert in die Zukunft hinein fortsetzen will. Islamisten verwerfen dagegen diese bestehenden Traditionen als „vom rechten Pfad abgewichen“ und „verderbt“. Sie wollen die Gemeinschaft der Gläubigen unter Überspringung dieser Tradition wieder zurück zu den Idealzuständen des „Ur-Islam“ bringen, der ihrer Meinung nach nur zur Zeit des Propheten Mohammed verwirklicht war.[33] Die Ansichten und Haltungen der Islamisten unterscheiden sich dabei von denen christlicher Fundamentalisten: Für Islamisten ist die von der Säkularisierung geprägte moderne Zivilisation nicht auf dem Boden ihrer eigenen Kultur gewachsen, sondern im Kolonialzeitalter durch europäische Mächte als „Expansion der westlichen Moderne“ von außen aufgezwungen worden. Inzwischen hat sich unter vielen Muslimen durch diese Angleichung an vielfach unverstandene und ungewollte europäische Muster und Lebensformen aber das Gefühl einer nicht länger tragbaren kulturellen Überfremdung verbreitet. Aus Sicht der Islamisten ist daher der „Ur-Islam“ die einzige Alternative zur Gottlosigkeit und Unmoral der westlichen Zivilisation, die dem Untergang geweiht ist.[34]

---

[31] Vgl. Peter Heine, Islamismus – Ein ideologiegeschichtlicher Überblick; in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Islamismus, Berlin 2004, S. 5.
[32] Vgl. Udo Steinbach (Anm. 30), S. 86 und Peter Heine (Anm. 31), S. 5.
[33] Vgl. Fritz R. Huth (Anm. 26), S. 10.
[34] Vgl. ebenda, S. 10.

2.2. Islamisten als religiös-politische Sektierer

In einschlägigen Lexika[35] ist der Begriff „Sekte“ eine Bezeichnung für eine religiöse Gruppierung, die durch ihre Lehre oder ihren Ritus im Konflikt steht mit herrschenden Überzeugungen einer Kirche oder sonstigen größeren Religionsgemeinschaften und sich von dieser abspaltet (oder von ihr ausgegrenzt wird). Theologisch sind Sekten Gruppierungen, die sich von einer größeren Religionsgemeinschaft abgespaltet haben.[36] Sie meinen den einzig wahren Weg zum Heil oder zur Erlösung zu kennen und bewerten oft einzelne Glaubensaspekte über.[37] Sekten besitzen fast alle ein „rettendes Konzept“, indem sie den Menschen oder die Welt vom Bösen zu befreien versuchen.[38] In der deutschsprachigen Soziologie unterscheidet Weber Sekten von Kirchen anhand ihrer Rekrutierungsmechanismen: Sekten sind voluntaristische Gemeinschaften, in die man aufgrund einer persönlichen Entscheidung und nur nach eingehender Prüfung durch die Sekte aufgenommen wird. Im Gegensatz dazu werden Menschen in Kirchen hineingeboren.[39] Darüber hinaus stehen kirchliche Ideologien im Gegensatz zu Sekten nicht im Konflikt mit ihrer gesellschaftlichen Umgebung, sondern affirmieren sie.[40] Sekten hingegen weichen ideolo-

---

[35] Übereinstimmend z.B. Brockhaus und Universallexika unterschiedlicher Anbieter.

[36] Vgl. Hermann-Josef Beckers / Helmut Kohle, Kulte, Sekten, Religionen - Von Astrologie bis Zeugen Jehovas, Augsburg, 1994, Heide-Marie Cammans, Sekten - Die neuen Heilsbringer?, Düsseldorf 1998 und Hans Gasper/ Joachim Müller/ Friederike Valentin (1992): Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen, Freiburg.

[37] Vgl. www.weltreligionen.de.

[38] Philipp Wortmann, Sekten, Seminar-Arbeit im Rahmen des Seminars „Interkulturelle Kompetenzen“, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln, 2005, S. 1 sowie Hermann-Josef Beckers / Helmut Kohle / Heide-Marie Cammans (Anm. 36) und Hans Gasper/ Joachim Müller/ Friederike Valentin (Anm. 36).

[39] Vgl. Max Weber, Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, Hinduismus und Buddhismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 41(1916), S. 613-744, hier S. 619.

[40] Vgl. Rodney Stark/William S. Bainbridge, Of Churches, Sects, and Cults: Preliminary Concepts for a Theory of Religious Movements, in: Journal for the Scientific Study of Religion 18(1979), S. 117-131, hier S. 123 sowie Benton Johnson, On Church and Sect; in: American Sociological Review 28(1963), S. 539-549, hier S. 542.

gisch deutlich von ihrer gesellschaftlichen Umgebung ab.[41] Eine „Sekte“ wird bestimmt durch das Maß, in dem sie in Spannung, Widerspruch und Gegensatz zu ihrem Umfeld steht[42] und die dabei ihre Trennung von der Umwelt und deren Zurückweisung besonders betont.[43] „Sekte“ wird mithin als Bezeichnung für sich abschließende, in Lehre und /oder Praxis von der Mehrheit abweichende Minderheiten verwendet.[44] Im Allgemeinen bieten Sekten einfache Lösungen für die immer komplexer werdenden Probleme der Welt an.[45] Der Begriff „Sekte“ ist durch den zeitgenössischen (kirchlichen) Sprachgebrauch abwertend bzw. negativ belegt und verbindet sich mit Perzeptionen von Gefährlichkeit von Sekten für Grundwerte von Staat und Gesellschaft[46] sowie mit einer der Umwelt gegenüber feindlich eingestellte ideologische Gemeinschaft mit tendenziell gefährlicher Lehre und Binnenstruktur.[47] Sekten werden heute meist auch als „Neue religiöse Bewegungen“ oder „Alternativreligionen“ bezeichnet.[48]

---

[41] Vgl. Marty E. Martin, Sects and Cults; in: Annals of the American Academy of Political and Social Science 332(1960), S. 125-134, hier S. 126.

[42] Siehe z.B. Bryan R. Wilson, Religiöse Sekten, München, 1970; Benton Johnson, Church and Sect Revisited; in: Journal for the Scientific Study of Religion, Bd.10, 1971 sowie Rodney Stark/ William S. Bainbridge (Anm. 40); Zusammenfassung im Endbericht der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10950, Bonn 1998, S. 19.

[43] Vgl. Nicholas Abercrombie/ Stephen Hill/ Bryan S. Turner, Dictionary of Sociology, London 1994, S. 371 und Enquete-Kommission (Anm. 42), S. 19.

[44] Vgl. Dieter Rohmann, Mögliche Prädisposition einer Sekten- und Kultmitgliedschaft, Diplomarbeit, Philosophisch-Pädagogische Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt, 1998, S. 6; siehe auch Hermann-Josef Beckers/ Helmut Kohle, Heide-Marie Cammans und Hans Gasper/ Joachim Müller/ Friederike Valentin (Anm. 36).

[45] Vgl. Philip G. Zimbardo, Jeder kann von einer Sekte verführt werden; in: Psychologie Heute, Nr. 11/1997, S. 34-37.

[46] Vgl. z.B. Walter Lesch, Fanatismus und Konfliktkultur; in: ZOOM K&M, Nr. 5, März 1995, S. 23-28.

[47] Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Prävention im Bereich der „Sogenannten Sekten und Psychogruppen“, Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Modellprojekt des Bundesministeriums, Bonn 2003, S. 9.

[48] Münchner Rechtslexikon (versch. Aufl.).

Dass der Begriff „Sekte“ aber in der heutigen Zeit meist negativ belegt ist und sehr vorsichtig verwendet wird, darf im vorliegenden Zusammenhang weder abschrecken noch den Blick trüben. Die Konzeption des Islamismus hat sektiererischen Charakter und erfüllt die Kriterien der vorgestellten Sektendefinition. Islamisten haben ein eigenes Weltbild durch die Interpretation des Islam gewonnen, dass in seiner Ausgestaltung ideologischen Charakter hat.[49] Sie sehen nicht nur den Westen als zu bekämpfende Ungläubige, sondern auch die überwiegende Mehrheit ihrer eigenen Glaubensbrüder im Islam, die ihre radikale Minderheitenposition nicht teilen. Eine Überwindung von Unterentwicklung, Perspektivlosigkeit und Unterdrückung könne nur aus ihrer eigenen Interpretation von Islam erwachsen, die als „Wille Gottes“ postuliert wird und die Mehrheit des Klerus und der islamischen Gesellschaften als im „vorislamischen Stadium“ befindlich deklariert. Ihre eigene Ideologie indes, die fanatisch verteidigt wird, stellt durch das selektive Heranziehen von Ausschnitten der Heiligen Schriften und deren eigenwillige Interpretation einen Missbrauch der friedlichen Weltreligion „Islam“ dar. Mit ihrer Ideologie und ihren Verhaltensmustern haben sie sich vom herrschenden „Mehrheits-Islam“ abgespalten und können daher als Sektierer bzw. Sekte im Islam bezeichnet werden.

Ein Teil der Islamisten bzw. Islam-Sektierer glaubt darüber hinaus, die angestrebte Rückkehr zum „Ur-Islam“ als einzig möglichem Zielzustand, sprich die eigene Ideologie, könne nur mittels Gewalt umgesetzt werden, da die herrschenden Kräfte das Feld nicht freiwillig räumen. Dabei entsteht ein Zerrbild: Spektakuläre Ereignisse tragen immer wieder dazu bei, ausgerechnet die fundamentalistischen Fanatiker zum medienwirksamen Prototypen des religiösen Menschen zu machen. Er ist bereit, für seinen Glauben über Leichen zu gehen und selbst vor Terror nicht zurückzuschrecken, um der Wahrheit zum Sieg zu verhelfen.[50] Es entstehen „gespenstische Zerrbilder einer Religiösität, deren Pathologie offensichtlich ist“.[51]

Prinzipiell kann jeder Mensch offen für die Angebote einer Sekte sein. Es muss nur das richtige Angebot im richtigen Moment sein. Manche

[49] Siehe hierzu Gliederungspunkt 3. des Beitrages.
[50] Vgl. Walter Lesch (Anm. 46), S. 23.
[51] Ebenda, S. 23.

Menschen suchen etwas, an das sie glauben können, das sich vom Tradierten abhebt und für das es sich lohnt Engagement zu zeigen, um die eigene Existenz zu verbessern. Hinzu tritt die Suche nach Geborgenheit in einer Gemeinschaft oder nach Gleichgesinnten.[52] Es handelt sich meist um Menschen, die in der Gesellschaft, in der sie leben, nicht ganz angekommen sind oder sich ausgegrenzt fühlen. Sie werden mit einem Leben- und Gesellschaftsentwurf konfrontiert, der scheinbar eine Lösung ihrer Befindlichkeit verspricht, ihnen das Gefühl der Fremde nimmt und einen Lebenssinn finden lässt. Sind sie einmal in die entsprechende Parallelwelt eingetreten, greift ein Automatismus, der sie immer weiter entfremdet und in der Sekte aufgehen lässt. Negative Erfahrungen mit vermeintlichen „Feinden" tragen weiter zu einer extremen Emotionalisierung und Radikalisierung bei.[53] Islamisten sind besonders bei denjenigen erfolgreich, die die wirtschaftlichen, sozialen oder kultureller Probleme ihres Alltags nicht allein bewältigen können. Sie stellen wirtschaftliche Gerechtigkeit in Aussicht, lindern soziale Missstände durch die Bereitstellung von Dienstleistungen und verschaffen Selbstbewusstsein und Halt durch aktive Mitarbeit.[54] Damit erhalten sie auch für ihre radikalen Ansichten ein „dankbares" Auditorium. Sekten, so auch der Islamismus, stellen daher eine Art „Krisenreligion" dar.[55]

3. Der Dschihadismus: Ideologie einer Gewaltsekte

Der gewaltbereite Islamismus (Dschihadismus) ist bisher selten unter dem Sektenaspekt betrachtet worden, da meist auf die Erfahrungen mit den traditionellen Terrorgruppen der Vergangenheit zurückgegriffen wird. Das neue, ideologiegesteuerte Gewaltphänomen ist aber weder an bestimmte Länder und Regionen noch an Personen gebunden,

[52] Vgl. Wortmann (Anm. 38), S. 6.
[53] Vgl. Kai Hirschmann, „Dschihadismus": Gewaltideologie einer politischen Sekte; in: Sicherheit + Frieden, Nr. 3/2006, S. 116-122, hier S. 118.
[54] Vgl. Guido Steinberg, Islamismus und islamistischer Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten - Ursachen der Anschläge vom 11.9.2001, „Zukunftsforum Politik" Nr. 39, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn, 2002, S. 28.
[55] Wortmann (Anm. 38), S. 6.

sondern funktioniert über die Anwendung, Interpretation und Weiterentwicklung eines religiös-indoktrinierten Gewaltkonzeptes.[56]

Der moderne Islamismus des 20. Jahrhunderts ist eine Protestbewegung gegen die eigenen „ungläubigen" Regierungen und den Einfluss des „Westens", die für sozioökonomische Probleme, kulturelle Entfremdung und politische Ohnmacht der islamischen Welt verantwortlich gemacht werden.[57] Islamistische Rechtsgelehrte fragen zunächst nach der Ursache der „westlichen" Überlegenheit und des eigenen „Niedergangs". Die Antwort darauf entspricht grundsätzlichen fundamentalistischen Argumentationsmustern: Der praktizierte, herrschende Islam habe sich weit von seinen Ursprüngen und den im Koran geforderten Lebensweisen entfernt. Die Schlussfolgerung lautet, ein Gemeinwesen zu schaffen, in dem der Koran und die Überlieferungen des Propheten als Verfassung angesehen und das islamische Recht von den Gläubigen befolgt werden konnte.[58]

Während sich Teile der islamistischen Bewegungen an demokratischen Wahlen beteiligen und sich an die rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Heimatländer halten, wollen andere die herrschenden muslimischen Regierungen mit Gewalt beseitigen und den „Westen" bekämpfen (Dschihadisten), um als Ziel einen islamischen Gottesstaat zu etablieren (Talibanisierung).[59] Die Lagebeurteilung und das Ziel sind mithin bei Islamisten und Dschihadisten gleich.[60] Ob der Weg dorthin notwendigerweise Gewalt mit einschließen muss, wird unterschiedlich beurteilt. Wie im Islam selbst existieren auch im islamistisch-fundamentalistischen Spektrum zahlreiche Strömungen, die sich zum Teil erheblich unterscheiden. Im vorliegenden Zusammenhang wesentlich ist aber ausschließlich das Ergebnis der Glaubensin-

---

[56] Vgl. Kai Hirschmann (Anm. 53), S. 116f. und Wilhelm Dietl/ Kai Hirschmann/ Rolf Tophoven (Anm. 10), Kap. 5.

[57] Vgl. Guido Steinberg (Anm. 54), S. 19.

[58] Vgl. Peter Heine, Terror in Allahs Namen - Extremistische Kräfte im Islam, Freiburg i.Br. 2001, S.88 ff.

[59] Vgl. Innenministerium NRW (Hrsg.), Islamismus - Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke, Düsseldorf 2004, S. 8.

[60] Zur Historie des Dschihad und seiner Interpretationen siehe Rainer Glagow, Die Dschihad-Tradition im Islam; in: Reinhard C. Meier-Walser/ Rainer Glagow (Hrsg.), Die islamische Herausforderung, Aktuelle Analysen 26, München 2001, S. 37-66.

terpretation in Bezug auf den Dschihad und dessen praktische Umsetzung. Hier lassen sich alle Strömungen in der Argumentation sowie in der praktischen Umsetzung auf die Pionierarbeiten der islamistischen Vordenker Maududi, Al-Banna und insbesondere Qutb zurückführen, so dass sich in der Dschihad-Frage Unterschiede zwischen den Strömungen minimieren.

Das neue islamistische Denken begann in den 1920er Jahren in Ägypten und Indien. Das Fundament der heutigen Gewaltideologie findet sich in den Schriften des ägyptischen Grundschullehrers Sayyid Qutb (1906-1966). Ihr zentraler Inhalt ist der Kampf gegen den Westen, die Ablehnung seiner Werte und der kulturellen Moderne. Den Grund für den „Niedergang" der muslimischen Zivilisation sieht Qutb darin, dass die muslimische Welt durch Übernahme westlicher Werte ihre religiöse Orientierung und damit ihre Entwicklungschancen verloren habe. Das aber könne ein rechtgläubiger Muslim nicht dulden. Daher müsse die (religiöse) „Wiedererweckung" der islamischen Länder in einem „Dschihad" durch eine Bewegung „zurück zu den Wurzeln" betrieben werden. Sayyid Qutbs ideologische Grundlagen wurden nach seiner Hinrichtung in Ägypten 1966 unter anderem von Scheich Dr. Abdullah Azzam (1941-1989), einem Ideologen aus Palästina, fortentwickelt und verfeinert.[61] Er ist auch der ideologische Lehrer Osama bin Ladens.

Die Ideologieansätze von Qutb und Azzam bilden den Kern eines seit den 1980er Jahren gültigen Universalmodell des Dschihad.[62] Verfeinerungen und kleinere Weiterentwicklungen wurden von den religiösen Ideologen der jeweiligen Dschihad-Gewaltgruppen (z.B. bei HAMAS oder ägyptische Dschihad-Gruppen) vorgenommen. Die I-

---

[61] Vgl. Kai Hirschmann (Anm. 13), siehe auch Kai Hirschmann, Der Dschihadismus: Ideologie, Organisation und Bekämpfungsmöglichkeiten; in: Kurt Graulich / Dieter Simon, Terrorismus und Rechtsstaatlichkeit, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, 2007 sowie Kai Hirschmann, Internationaler Terrorismus; in: Wichard Woyke, Hrsg., Handwörterbuch Internationale Politik, 11. Aufl., Opladen, 2008, S. 247-259.

[62] Siehe hierzu Jason Burke, Al-Qaida - Wurzeln, Geschichte, Organisation, Düsseldorf und Zürich 2005; Gilles Kepel, Das Schwarzbuch des Dschihad - Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002; Peter L. Bergen, Heiliger Krieg Inc. - Osama Bin Ladens Terrornetz, Berlin 2001 und Richard A. Clarke, Against all Enemies, München 2004.

deologie des gewaltsamen Dschihad lässt sich zu einem „3-2-1-Modell“ zusammenfassen, das bis heute fast allen Terroranschläge dieser Richtung zugrunde liegt. Es geht von drei Feinden, zwei Angriffsarten und dem „Dschihad“ als Verteidigungsmaßnahme aus:[63]

- Die Feinde sind: „Die Kreuzfahrer“ (westlich-christliche Staaten), „die Juden“ (der Staat Israel) und „die Handlanger“ (die muslimischen Regierungen, die Erfüllungsgehilfen westlicher Unterdrückung seien). Diese drei Feinde hätten die Unterlegenheit und Unterdrückung der muslimischen Welt zu verantworten. Darüber hinaus würden sie auch eine Gegenbewegung der „wahren Muslime“ niemals zulassen, da dies ihren Interessen zuwiderlaufe.
- Den Feinden werden zwei Angriffsarten unterstellt: Zum einen besetzten sie mit ihren Soldaten muslimische Länder und unterdrückten die Bevölkerung (körperlicher Angriff). Zum anderen übertrügen sie ihre Werte und Verhaltsmuster auf muslimische Staaten und unterdrückten damit deren einheimische Kultur (kulturell-sozialer Angriff).
- Zur Verteidigung gegen die Feinde und ihre Angriffe sei eine gemeinsame Anstrengung (Dschihad) erforderlich: zum einen in den „besetzten Regionen“ (Ländern) durch Kampf, zum anderen im Herzen der Feinde durch Anschläge (Nadelstichtaktik).

Nach diesem Modell müssen aus dem gesamten Bereich der muslimischen Welt (Umma) freiwillige Kämpfer zum Dschihad zusammengeführt werden, um als „dschihadistische Elite“ ihrer vermeintlich religiösen Pflicht nachzukommen.[64] Solche internationalen Kämpfer werden als „Mudschahiddin“ bezeichnet. Der „Dschihad-Kampf“ wird als Weg gesehen, an dessen Ende eine neue, fundamentalistische Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehen soll.[65] Vorbilder einer derartigen Ordnung sind in religiösen Sinne die Ordnung zu Zeiten des Propheten Mohammed sowie in der heutigen Zeit das Regime der

[63] Zum „3-2-1-Modell“ siehe detailliert Kai Hirschmann (Anm. 13, 53 und 61).
[64] Vgl. Gilles Kepel (Anm. 62).
[65] Vgl. Jason Burke, Gilles Kepel, Peter L. Bergen und Richard A. Clarke (Anm. 62).

Taliban („Studierende des Islam“) in Afghanistan in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.[66]

Der Kampf findet in der Praxis „zweigleisig“ statt. Zum einen strömen in den Konfliktregionen als Streitmacht gegen die behaupteten Besatzungen fanatisierte Kämpfer zusammen, die überall in muslimischen Gemeinden rekrutiert werden. Solche „lokalen Dschihads“ als Terrorkampf fanden und finden z.B. statt in Afghanistan (1980-1988, „Al-Qaida“), Palästina (seit 1987, HAMAS und „Islamischer Dschihad“), Tschetschenien (seit 1998), Somalia (seit 1993, verstärkt durch die taliban-ähnlichen „Union of Islamic Councils“ (UIC) seit Ende 2006), Bosnien-Herzegowina (1992-1995), Irak (seit 2003) und in Südostasien (seit Mitte der 1990er Jahre). Zukünftige Regionen werden z.B. die zentralasiatischen Republiken und Westafrika sein. Zum anderen finden seit 1993 bis heute Terroranschläge als „Nadelstichtaktik im Herzen der Feinde“ mit dem Ziel der Politikbeeinflussung statt[67]; darunter z.B. in New York und Washington (11.09.2001), auf Djerba / Tunesien gegen deutsche Touristen (11.04.2002), auf Bali/Indonesien gegen Touristen (12.10.2002), in Istanbul (15. bzw. 20.11.2003), Madrid (11.04.2004) und London (07. bzw. 21.07.2005).

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Es kann ein Kausalzusammenhang bestehen zwischen Staatszerfall, politisch-religiösen Sekten und internationalem Terrorismus. Erst der im Prozess des Staatszerfalls einsetzende Verlust staatlicher Kontrolle sowohl in einigen Region als auch auf bestimmten Sektoren schaffen Konsolidierung- und Aktivitätsräume für „alternative Systemangebote“. Eine Kausalkette zwischen Staatszerfall, substaatlichen Akteuren, Sektierern und gewaltbereiten Islamisten gibt auch der jährlich vom „Fund for Peace“ anhand zwölf Indikatoren erstellte „Failed State Index“ wieder.[68] Unter den dreißig am meisten von Staatszerfall betroffenen Staaten ist 2007 kein einziges, das nicht parallel ein Problem

[66] Vgl. Ahmed Rashid, Taliban – Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001.

[67] Siehe auch Christoph Reuter, Mein Leben ist eine Waffe – Selbstmordattentäter: Psychogramm eines Phänomens, München 2002.

[68] Zum „Fund for Peace“, dem „Failed States Index“ nebst Indikatoren und wissenschaftlicher Erhebung siehe detailliert www.fundforpeace.org.

mit substaatlichen Gewaltgruppen hätte. Unter den Plätzen 1-30 befinden sich auch elf muslimische Staaten oder Staaten mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil: Sudan (Platz 1), Irak (2), Somalia (3), Tschad (5), Afghanistan (8), Pakistan (12), Bangladesh (16), Nigeria (17), Usbekistan (22), Jemen (24) und der Libanon (28). Sie alle haben ein Problem mit islamischen oder dschihadistischen Gruppen, die teilweise den Staat an den Rand eines unmittelbaren Kollaps treiben. Bilder der Taten entsprechender Gewaltgruppen erreichen uns regelmäßig z.B. aus dem Irak, dem Norden Nigeria und des Sudan, von den „Islamischen Räten" aus Somalia und den Clans des Jemen. Pakistan zerfällt als Staat immer schneller und hat als Kaderschmiede des Dschihad-Terrorismus inzwischen die Rolle übernommen, die früher Afghanistan innehatte.[69]

Der beschriebene Zusammenhang ist anhand vieler Beispiele zu belegen. Eine Bekämpfung des islamistischen Terrorismus muss demnach nicht nur eine theologische und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit der Ideologie des Dschihad beinhalten, sondern auch bereits im Vorfeld bei Phänomenen des Staatszerfalls und ihren Ursachen ansetzen.

Die entscheidenden Fragen bei dieser Terrorismus-Bekämpfung lauten daher: Wie kann eine Gewaltideologie in den Köpfen bekämpft werden, die von einer sektenartigen Minderheit in Umlauf gebracht und beworben wird? Und wie kann verhindert werden, dass derartige Strömungen auf Grund von Staatszerfallsprozessen Freiräume finden, um ihre radikal-alternativen Konzepte zu etablieren?

[69] Siehe hierzu z.B. Der Spiegel, Nr. 1 vom 31. Dezember 2007, Titelthema „Kampf um Pakistan".

Zusammenfassungen

Armin Pfahl-Traughber: Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht

Der Beitrag erörtert „Extremismus“ hinsichtlich der Begriffsgeschichte und Wortbedeutung, dem Verständnis als Abgrenzungsbegriff im Sinne einer Negativ-Definition und dem Verweis auf Gemeinsamkeiten im Sinne einer Positiv-Definition. Dem folgen Ausführungen zu den politischen Erscheinungsformen, eine vergleichende Betrachtung zu ähnlichen Begriffen und eine argumentative Auseinandersetzung mit kritischen Einwänden. Bei der Beschäftigung mit dem „Terrorismus“ geht es zunächst ebenfalls um eine Begriffsgeschichte und Wortbedeutung, danach um die typischen Eigenschaften, Mittel und Vorgehensweisen solcher Gruppen und die Deutung des Terrorismus als Ausdruck politischer Schwäche und psychischer Wirkung. Anschließend sollen die politischen Erscheinungsformen benannt, eine vergleichende Betrachtung zu ähnlichen Begriffen vorgenommen und das Problem einer Unterscheidung von legitimer und nicht-legitimer Gewaltanwendung erörtert werden.

Gunter Warg: Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus rechtlicher Sicht

Da die Auseinandersetzung mit Extremismus und Terrorismus notwendigerweise auch eine juristische ist, geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, wie das Recht beide Begriffe definiert. Dabei wird deutlich, dass es eines festen verfassungsrechtlichen Koordinatensystems bedarf, um eine allgemeingültige Definition finden zu können, die unabhängig von wandelbaren gesellschaftspolitischen Einstellungen gilt und Grundlage für Eingriffe in Freiheitsrechte der Bürger sein kann. Als extremistisch gelten danach nur solche Verhaltensweisen, die auf die Beeinträchtigung oder Abschaffung tragender Strukturelemente der Verfassung (die „freiheitliche demokratische Grundordnung“) gerichtet sind. Wird – in der Regel mangels legaler Verwirklichungsalternativen - versucht, diese politischen Ziele mit Gewalt zu erreichen, spricht man von Terrorismus.

Richard Stöss: Rechtsextremismus und Kapatalismuskritik. Eine empirische Analyse zum Zusammenhang bei den Einstellungen in der Bevölkerung

Rechtsextreme Angebote stoßen bei der Bevölkerung vor allem dann auf Resonanz, wenn sie sich nicht nur gegen die politisch-kulturelle Ordnung sondern auch gegen die ökonomisch-sozialen Verhältnisse richten. Denn im Bewusstsein der Bürger besteht ein enger Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik. Rechtsextreme Kapitalismuskritik äußern 17 Prozent der Befragten. Sie findet sich insbesondere bei der von den gesellschaftlichen Verwerfungen besonders betroffenen Unterschicht. Zwar sind rechtsextrem eingestellte Personen immer noch weithin in das demokratische Parteienysstem integriert, aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigen einen sich kapitalistischkritsch gerierenden Rechtsextremismus.

Thomas Grumke: „Und sie bewegt sich doch“: Rechtsextremismus als soziale Bewegung. Das Analysepotential der Bewegungsforschung zur Interpretation neuerer Entwicklungen im Rechtsextremismus

Wie Dieter Rucht zu Recht anmerkt, könnte die Frage danach, ob Rechtsextremismus in Deutschland heute als soziale Bewegung beschrieben werden kann, getrost ignoriert werden, wenn es nur um Begrifflichkeiten ginge. Der analytische Nutzen, der unter anderem von Richard Stöss eingefordert wurde, liegt meines Erachtens schlicht darin, dass der moderne Rechtsextremismus gar nicht mehr anders verstanden werden kann: Schon vor fast 20 Jahren forderte Klaus von Beyme, dass das Studium von Rechtsextremismus nicht allein aus Parteien- und Wahlforschung bestehen dürfe, da der gesamte politische Kontext dieses Phänomens so nicht erfasst werden könne. In der Tat sind die eher partikularen Ansätze der Parteien- und Wahlforschung oder der Jugend- und Gewaltforschung kaum in der Lage, das komplexe, heterogene und mittlerweile sich internationalisierende Phänomen voll zu erfassen. Selbstverständlich ohne einen wissenschaftlichen Alleinvertretungsanspruch formulieren zu wollen, stellt die Bewegungsforschung eine Reihe von Analysewerkzeugen bereit, die

zum Verständnis des zeitgenössischen Rechtsextremismus erheblich beitragen.

Alexander Schulze: Die NPD im Sächsischen Landtag. Eine Analyse zur Qualität Ihrer Parlamentsarbeit

Die Analyse befasst sich mit der Parlamentsarbeit der NPD im Sächsischen Landtag. Ziel ist es, die parlamentarische Tätigkeit der NPD kritisch zu untersuchen und deren Qualität vergleichend einzuschätzen. Dazu werden das von der NPD aufgestellte Personal hinsichtlich relevanter Kriterien (z.B. Bildungsabschluss) untersucht, die Öffentlichkeitsarbeit und parlamentarischen Initiativen analysiert sowie ihre Ausschussarbeit beleuchtet. Vergleiche zu anderen Fraktionen runden das Gesamtbild ab und helfen, die gewonnenen Erkenntnisse über die NPD besser einordnen und bewerten zu können.
Die Analyse widerlegt einige Klischees über rechtsextremistische Parteien bzw. deren Parlamentsarbeit und bescheinigt der NPD-Fraktion teilweise qualitativ gute Arbeit. Einige ihrer Abgeordneten und Mitarbeiter verfügen über die erforderliche Fachkompetenz und sorgen für eine in Teilen solide Fraktionsarbeit. Bei der Öffentlichkeitsarbeit oder der Bearbeitung eines breiten Themenspektrums zeigt die Partei professionelle Ansätze. Gleichwohl legt die Untersuchung wesentliche Schwächen der parlamentarischen Tätigkeit der NPD-Fraktion offen. Vor allem inhaltliche Mängel ihrer parlamentarischen Initiativen deuten auf mangelnden Sachverstand und fehlende Konzepte zur Lösung komplexer Probleme hin. Das Niveau und die Arbeitsqualität der demokratischen Parteien scheinen auf absehbare Zeit für die NPD nicht erreichbar zu sein.

Eckhard Jesse: Die Vier-Säulen-Strategie der NPD. Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung

Die NPD ist eine durch und durch antidemokratische Partei. Die 1997 maßgeblich von dem neuen Parteivorsitzenden Udo Voigt entwickelte Drei-Säulen-Strategie sollte die notorisch einflusslose NPD stärken – mit dem „Kampf um die Straße“, dem „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um den Wähler“. 2004 wurde eine vierte Säule ergänzt: der „Kampf um den organisierten Willen“. Diesem von der Partei

vielfach propagierten Strategiemodell, das nicht ohne Widersprüche ist, kommt nur ein begrenzter Einfluss für die gewachsene Präsenz der NPD zu. Wesentlich bedeutsamer sind die für die Partei regional günstigen Gelegenheitsstrukturen gewesen.

Walter Jung: Neonazismus in der „Deutschen Stimme". Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung

Im Beitrag geht es um die Frage nach der Existenz neonazistischer Einstellungen in der NPD. Zur Beantwortung dieser Frage zieht er die Ausgaben der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" (DS) heran, die zwischen März 2003 und Januar 2008 erschienen. Es gelingt dabei, für den Untersuchungszeitraum eindeutige neonazistische Tendenzen bis hin zu - wenn auch relativ seltenen - direkten, in Inhalt und Formulierung völlig unverhohlenen Bekenntnissen zum historischen Nationalsozialismus (NS) in der DS nachzuweisen. Für einen erheblichen Teil der dabei zitierten DS-Artikel neonazistischen Inhalts zeichnen ehemalige wie aktuelle, teils hochrangige NPD-Funktionäre als Autoren verantwortlich. U. a. diese Befunde lassen Rückschlüsse auf die Verbreitung neonazistischer Einstellungshaltungen bis in Führungskreise der Partei zu. Abschließend ordnet der Beitrag diese neonazistischen Tendenzen in ein umfassenderes Phänomen ein, von dem der in der DS nachweisbare Neonazismus nur einen, wenn auch einen vor dem Hintergrund der vom historischen NS zu verantwortenden Verbrechen moralisch besonders abstoßenden Teilaspekt darstellt: eine während des Untersuchungszeitraumes in der DS durchgängig feststellbare fundamentale Ablehnung der westlichen Moderne, Werteordnung und Wertegemeinschaft im Allgemeinen und der auf diesen Werten beruhenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch anderer westlich-modern determinierter Staaten im Besonderen. Er konstatiert dabei einen ausgeprägten, gegen die westliche Moderne gerichteten politisch-ideologischen Eklektizismus der in der DS vertretenen Rechtsextremismusvarianten.

Christian Menhorn: Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den deutschen Rechtsextremismus. Die Strategie und Taktik von Neonationalsozialisten gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Der Beitrag beschreibt die Wechselwirkungen zwischen dem subkulturellen Spektrum und den beiden anderen, ausschließlich politisch orientierten Bereichen des deutschen Rechtsextremismus - dem Neonationalsozialismus und den rechtsextremistischen Parteien - seit der Wiedervereinigung. Er zeigt zudem auf, inwieweit Neonationalsozialisten und NPD in Vergangenheit und Gegenwart versuchten, subkulturelle rechtsextremistische Strömungen für ihre Belange zu instrumentalisieren und dabei auf Veränderungen im subkulturellen Segment einzugehen gezwungen waren. Dabei untersucht der Autor zum einen das Verhältnis zwischen den rechtsextremistischen Skinheads in den 1990er Jahren zu den beiden anderen Spektren des Rechtsextremismus. Zum anderen geht er auch auf die gegenwärtigen Positionen von NPD und Neonationalsozialisten bezüglich der subkulturell geprägten „Autonomen Nationalisten“ ein und prognostiziert, daß auch zukünftig beide Lager das nicht unerhebliche Potential subkultureller Rechtsextremisten in ihrer Strategie zu berücksichtigen haben werden.

Thomas Pfeiffer: Parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts. Eine Analyse zu Funktion und Inhalten von sechs Periodika

Moderne Optik und jugendgerechte Medien prägen in erheblichen Teilen die Agitation des zeitgenössischen Rechtsextremismus – hierzu tragen kostenlose Musik-CDs, einschlägige Websites mit jugendaffinen Elementen, aber auch Jugendzeitschriften bei. Sechs Periodika nimmt der Beitrag exemplarisch in den Blick: fünf aus der NPD, eine Zeitschrift aus der Organisation „pro Köln“. Letztere ist im Verfassungsschutzbericht NRW als Verdachtsfall einer verfassungsfeindlichen Bestrebung eingeordnet. Anknüpfend an den bewegungstheoretischen Ansatz der Rechtsextremismusforschung, werden sie als parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts verstanden und hinsichtlich ihrer Vernetzungsleistung, ihres Beitrags zur symbolischen Integration der Bewegung und ihrer Professionalität untersucht. Im Ergebnis spiegeln die Periodika die Gleichzeitigkeit

von Provokation und Tarnung wider, die für die Bewegung von rechts zurzeit typisch ist, insbesondere für ihre Ansprache von Jugendlichen. Die meisten dieser Medien nutzen den Reiz des Verbotenen und Verpönten – gleichzeitig treten euphemistische Formulierungen an die Stelle stigmatisierter Begriffe. Fremdenfeindliche Tendenzen sind den Periodika gemeinsam, während ihre Vernetzungsrichtungen und Professionalisierungsgrade variieren.

Elmar Vieregge: Relativierung und Leugnung des Holocaust. Eine Analyse zu Argumentationsmustern und zur Lage des rechtsextremistischen Revisionismus

Seit dem Untergang des Dritten Reiches sehen sich Rechtsextremisten aufgrund der Erinnerung an dessen Verbrechen in ihren Bemühungen behindert, der Demokratie eine Systemalternative entgegenzustellen. Aus diesem Grund relativieren und leugnen sie seit mittlerweile sechs Jahrzehnten den Holocaust. Ihre Aktivitäten setzten bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein und entfalteten sich zunächst außerhalb Deutschlands. In den 1970er und 1980er Jahren bildeten sie eine international kooperierende Szene, die sich schließlich um die Vortäuschung eines wissenschaftlichen Hintergrundes bemühte. Obwohl die Holocaust-Leugner gelegentlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregten und sie die modernen Medien für ihre Agitation nutzten, blieben sie lediglich eine von der Wissenschaft nicht akzeptierte Gemeinschaft, deren Handlungsmöglichkeiten durch eine sich in den 1990er Jahren verschärfende Strafverfolgung entscheidend eingeschränkt wurden. Gegenwärtig bilden diese Personen eine gesellschaftlich randständige Gruppe, die zwar innerhalb der rechtsextremistischen Szene Anerkennung findet, sich aber seit einigen Jahren in einer Krise befindet, aus der es zur Zeit keinen Ausweg zu geben scheint.

Armin Pfahl-Traughber: Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) nach vierzig Jahren. Eine Bilanz zur Entwicklung des ehemaligen Interventionsapparates der SED

Die 1968 gegründete DKP war in den 1970er und 1980er Jahren der mit Abstand mitgliederstärkste extremistische Personenzusammen-

schluss und stellte aufgrund seiner finanziellen, ideologischen und politischen Abhängigkeit von der DDR einen „Interventionsapparat der SED“ (Manfred Wilke) dar. Die vorliegende Abhandlung beschreibt die Entwicklung der Partei von der Gründung bis zur Gegenwart und schätzt sie hinsichtlich ihrer Abhängigkeit, Bedeutung, Einflussstrategie und Positionen ein. Nach der Vorgeschichte in Gestalt der KPD geht es um die Parteigründung 1968 und die Entwicklung von den 1970er bis zu den 2000er Jahren - von der Aufbruchstimmung und Stagnation über die Betriebs- und Kampagnenpolitik, Parteikrise und Spaltung bis zur Entwicklung nach der Auflösung der DDR. Integriert in diese historisch-chronologische Darstellung sind Erörterungen zu den programmatischen Grundpositionen und strategischen Vorgehensweisen sowie zur Entwicklung und Zusammensetzung von Mitgliedern und Wählern. Gesonderte Aufmerksamkeit findet auch die Abhängigkeit von und Steuerung durch die SED, stellte die DKP doch deren politisches Instrument in der Bundesrepublik Deutschland dar.

Armin Pfahl-Traughber: Die Achtundsechziger zwischen legitimer Gesellschaftskritik und totalitärer Heilslehre. Eine kritische Analyse der Protestbewegung aus extremismustheoretischer Sicht

Anlässlich einer „runden Wiederkehr“ des Jahre 1968 setzen regelmäßig Kontroversen um die politische Deutung der Protestbewegung der Achtundsechziger ein. So legitim deren Kritik an vielen Missständen und Widersprüchen in der damaligen Gesellschaft war, so problematisch müssen ihre Auffassungen und Handlungen aus extremismustheoretischer Sicht eingeschätzt werden: Aus einer außerparlamentarischen entwickelte sich eine antiparlamentarische Stoßrichtung; man erhob einen exklusiven Avantgarde- und Erkenntnisanspruch; die Achtundsechziger forderten ein theoretisch nicht entwickeltes Rätemodell als politische Alternative; in sozialistischen Diktatoren aus Entwicklungsländern sah man politische Vorbilder; und zur Gewaltanwendung bestand ein ambivalent bis affirmatives Verhältnis. Trotz kritischer Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus und Stalinismus war das Denken der Achtundsechziger von einem identitären Demokratieverständnis geprägt, welches letztendlich auf die Etablierung einer Erziehungsdiktatur in ihrem Sinne hinauslief.

Olaf Farschid/Ekkehard Rudolph: Zeitgenössische Akteure der Muslimbruderschaft. Eine extremismustheoretische Analyse des legalistischen Islamismus.

Die 1928 gegründete islamistische „Muslimbruderschaft“ (MB) wird seit ihrem Bestehen von unterschiedlichen Ideologiesträngen geprägt. In Bewertungen der MB bleibt allerdings häufig unklar, was ihre aktuelle Ausrichtung kennzeichnet und inwieweit Haltungen früherer Akteure für die heutige MB maßgeblich sind. Hierzu wurden Schriften prominenter MB-Akteure der vergangenen drei Jahrzehnte betrachtet. Im Ergebnis ist auch die zeitgenössische MB-Ideologie in jeder Hinsicht als islamistisch zu bewerten. Dies gilt gleichermaßen für ihr Religionsverständnis, ihre Herrschaftskonzepte, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen, ihr Verhältnis zur Gewalt sowie für die Bezüge ihrer Vernetzung.

Allerdings kennzeichnen die zeitgenössische MB-Ideologie auch Schwerpunktverschiebungen, die deutliche Unterschiede sowohl gegenüber früheren Positionen als auch gegenüber der Agenda einiger derzeit agierender terroristischer Gruppen aufweisen. Hierzu gehört die Zurückweisung des Qutb’schen Verständnisses von „Gottesherrschaft“ sowie die Ablehnung der Exkommunizierung (takfir) und der Bekämpfung vermeintlich unislamischer Staaten. Neu ist ferner die Bejahung eines Mehrparteiensystems sowie die Ablehnung des militanten Jihad zum Herrschersturz und zur Bekämpfung von nichtlinientreuen Muslimen. Die Ablehnung des Jihad gilt allerdings nicht im israelisch-palästinensischen Konflikt, für den die MB sogar Selbstmordanschläge uneingeschränkt befürwortet.

Khadija Katja Wöhler-Khalfallah: Maududis “Als Muslim leben” im Widerstreit mit den Normen der liberalen, rechtsstaatlichen und säkularen Demokratie. Analyse eines Klassikers des islamischen Fundamentalismus aus extremismustheoretischer Perspektive

Anhand des Werks “Als Muslim leben” des exponierten Ideengebers der “Muslimbruderschaft” und Begründers ihres pakistanischen Zweiges, des Inders Abul Ala Maududi wird die Brisanz der Ideologie des islamischen Fundamentalismus für eine liberale, rechtstaatliche und säkulare Demokratie analysiert. Dessen Grundpositionen spiegeln eine

Nähe zum Wahhabismus wider: 1. Die Herrschaft Gottes auf Erden (Hakimiyyat Allah), abgeleitet aus dem Prinzip der Einheit Gottes (Tawheed) mittels des islamischen Rechts (Scharia). Mit ihr soll die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet werden, tatsächlich verbirgt sich dahinter die Diktatur eines Lebenskonzepts über andere. 2. Ablehnung jeglicher Neuerungen (Bid´a), der Interpretation der islamischen Doktrin. Zur Folge hat dies die Absprechung des Glaubens aller anderen Muslime (Takfir), vornehmlich derer, die einen toleranten, friedlichen Volksislam praktizieren, und dezidiert der säkularen Muslime, die keine Vermischung von Religion und Politik dulden. 3. Einfordern der archaischen Hadd-Strafen, wie das Handabhacken bei Diebstahl und das Steinigen des Ehebrechers. 4. Forderung nach der Wiedereinführung des Jihad als Eroberungskrieg nicht nur gegen alle Nichtmuslime, sondern bereits gegen alle Muslime, die seine Islamauslegung nicht teilen.

Peter El-Samalouti: Terrorismusfinanzierung im internationalen Finanzsystem. Eine Analyse der Transfermethoden in der Ära der Globalisierung

Im Gegensatz zu klassischen terroristischen Erscheinungsformen ist der neue Terrorismus kein einzelstaatliches Phänomen mehr. Der internationale Terrorismus passt sich den zunehmenden Globalisierungsprozessen in der Welt an. Aus der Entstehung von Gewaltökonomien profitieren neue private Akteure. Im Vergleich zu den geringen Kosten eines terroristischen Anschlages erfordern Ideologietransfer und die Funktionsfähigkeit einer terroristischen Infrastruktur hohe fortlaufende Einnahmequellen. Das globale Finanzsystem bietet hierfür eine Vielzahl von Methoden zur Übermittlung von Geldern und Vermögenswerten. Diesen Herausforderungen wirken überstaatliche Resolutionen und Richtlinien zur Harmonisierung unterschiedlicher nationalstaatlicher Rechtssysteme entgegen. Eine effektive Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung setzt nicht nur eine schnelle und kooperative Umsetzung strafrechtlicher Maßnahmen zur Durchführung von Finanzermittlungen in aller Welt voraus. Durch eine enge Vernetzung zwischen den staatlichen Institutionen, Finanzwirtschaft und der Wissenschaft wird die Grundlage für zukunftsorientierte risikobasierte Gefährdungsanalysen geschaffen, die in Verbindung mit

einem veränderten Spendenbewusstsein in der islamischen Bevölkerung und gemeinsamen abgestimmten Maßnahmen zur Verhinderung des Nährbodens langfristig zu einer wirksamen Eindämmung der Terrorismusfinanzierung führen werden.

Kai Hirschmann: Staatszerfall, Sektierer und internationaler Terrorismus: Eine neue Sichtweise

Es kann ein Kausalzusammenhang bestehen zwischen Staatszerfall, politisch-religiösen Sekten und internationalem Terrorismus. Erst der im Prozess des Staatszerfalls einsetzende Verlust staatlicher Kontrolle sowohl in einigen Region als auch auf bestimmten Sektoren schaffen Konsolidierung- und Aktivitätsräume für 'alternative Systemangebote'. Eine Kausalkette zwischen Staatszerfall, substaatlichen Akteuren, Sektierern und gewaltbereiten Islamisten gibt auch der jährlich vom 'Fund for Peace' anhand zwölf Indikatoren erstellte 'Failed State Index' wieder. Alle der am meisten von Staatszerfall betroffenen Staaten haben ein Problem mit islamistischen oder dschihadistischen Gruppen, die teilweise den Staat an den Rand eines unmittelbaren Kollaps treiben. Der beschriebene Zusammenhang ist anhand vieler Beispiele zu belegen. Eine Bekämpfung des islamistischen Terrorismus muss demnach nicht nur eine theologische und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit der Ideologie des Dschihad beinhalten, sondern auch bereits im Vorfeld bei Phänomenen des Staatszerfalls und ihren Ursachen ansetzen. Die entscheidenden Fragen bei dieser Terrorismus-Bekämpfung lauten daher: Wie kann eine Gewaltideologie in den Köpfen bekämpft werden, die von einer sektenartigen Minderheit in Umlauf gebracht und beworben wird? Und wie kann verhindert werden, dass derartige Strömungen auf Grund von Staatszerfallsprozessen Freiräume finden, um ihre radikal-alternativen Konzepte zu etablieren?

Autorenverzeichnis

Peter El-Samalouti, M.A., Jahrgang 1964, ist Politikwissenschaftler und Kriminalhauptkommissar beim Landeskriminalamt NRW (Analyse- und Auswertestelle Organisierte Kriminalität) und Lehrbeauftragter für Kriminalwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes NRW in Köln.

Dr. Olaf Farschid, Jahrgang 1959, ist Islamwissenschaftler und arbeitet in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin.

Dr. Thomas Grumke, Jahrgang 1970, ist wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus in der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Dr. Kai Hirschmann, Jahrgang 1965, ist stellvertretender Direktor des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik (IFTUS) in Essen und Lehrbeauftragter am Institut für politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Eckhard Jesse, Jahrgang 1948, ist Professor für Politikwissenschaft an der TU Chemnitz und Mitherausgeber des „Jahrbuchs Extremismus & Demokratie“.

Dr. Walter Jung, Jahrgang 1969, ist Historiker und arbeitet als Berichtsreferent Rechtsextremismus am Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Christian Menhorn, Jahrgang 1972, ist freier Autor und beschäftigt sich hauptsächlich mit Themen aus dem Bereich des Rechtsextremismus.

Dr. Armin Pfahl-Traughber, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Soziologe und arbeitet als Professor an der Fachhochschule des Bundes in Brühl sowie als Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Thomas Pfeiffer, Jahrgang 1970, ist Diplom-Journalist und wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus in der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Dr. Ekkehard Rudolph, Jahrgang 1957, ist Islamwissenschaftler und arbeitet im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Alexander Schulze, Jahrgang 1986, ist Studierender der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl

Dr. Richard Stöss, Jahrgang 1944, ist Professor für Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut und Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums für Empirische Politische Soziologie am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Elmar Vieregge, M.A., Jahrgang 1968, ist Historiker und arbeitet insbesondere zu rechtsextremistischen Deutungen der Geschichte sowie subkulturellen Aspekten des Rechtsextremismus.

Dr. Gunter Warg, Mag. rer. publ., Jahrgang 1973, ist Jurist und Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Gelsenkirchen.

Dr. Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, Jahrgang 1967, ist Politik- und Islamwissenschaftlerin und arbeitet als freie Autorin schwerpunktmäßig auf dem Gebiet des islamischen Fundamentalismus.

Einladung zur Mitarbeit

Spielregeln für Beiträge für das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET)

1. Das JET veröffentlicht nur Beiträge mit wissenschaftlichem Anspruch, d. h. ihnen soll eine klare Frage- und Problemstellung eigen sein und alle Aussagen müssen über Angaben in Fußnoten offen belegbar sein. Rein beschreibende Texte mit einer Aneinanderreihung von Informationen und Zahlen erfüllen diesen Anspruch ebenso wenig wie umgearbeitete Vortagsmanuskripte mit allgemeinen Aussagen und nicht näher belegten Angaben.

2. Stichtag für die Einreichung von Themenvorschlägen ist jeweils der 15. September eines Jahres. Die Texte sollen spätestens am 1. März des folgenden Jahres vorliegen. Die inhaltlichen Schwerpunkte wären zuvor mit der Redaktion abzustimmen, besteht doch ansonsten die Gefahr der Dopplung von „Mode“-Themen (Kontakt: Armin.Pfahl-Traughber@FHBund.de). Grundsätzlich sollten die Beiträge eine bundesweite oder internationale Dimension aufweisen. Gleichwohl wären Analysen zur Situation in den einzelnen Bundsländern möglich, allerdings nur im Sinne von Fallstudien.

3. Um eine möglichst einfache und schnelle Weiterverarbeitung der Texte zu ermöglichen, sollten die Beiträge mit 2,5 cm Rändern links und rechts und oben und unten versehen sein und im Blocksatz mit einer 16 p-Schrift und einfachem Zeilenabstand in Times New Roman und ohne automatische oder mechanische Trennung erstellt werden. Wenn sich Bilder und Tabellen vermeiden lassen, sollten sie vermieden werden.

4. Die Texte sollen mit Zwischenüberschriften untergliedert werden. Darüber hinaus hat am Beginn der Punkt „1. Einleitung und Fragestellung“ und am Ende der Punkt „?. Schlussfolgerung und Zusammenfassung“ zu stehen. Im Anhang soll eine halbseitige Zusammenfassung des Textes und eine Angabe zum Autor gedruckt werden. Die einzelnen Aufsätze dürfen einen Rahmen von 15 bis 35 Seiten nicht unter- oder überschreiten und sollen der Zitierweise der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“) folgen.

5. Die Aufsätze sollten von den genannten Autoren stammen. Die Unterzeichnung eines Textes von einem Untergebenen durch einen Vorgesetzten mag in Behörden üblich sein, für den hier benannten wissenschaftlichen Publikationskontext gilt dies nicht.

6. Autoren, die aus Behörden stammen, müssen evtl. ihr Publikationsvorhaben mit Vorgesetzten abstimmen. Dies wäre direkt in den entsprechenden Arbeitskontexten abzuklären. Es können aber auch Texte mit dem Zusatz „Der vorliegende Beitrag gibt lediglich die persönliche Auffassung des Autors wieder“ versehen werden. Im Vorwort jeder Ausgabe wird darüber hinaus regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Autoren in Form und Inhalt allein für ihre Beiträge verantwortlich sind.

7. Die Erstellung eines Jahrbuchs wie des JET ist überaus arbeitsintensiv, daher die ausdrückliche Bitte, sich auch an die hier formulierten „Spielregeln“ zu halten. Gegebenenfalls müssen auch Beiträge mit dem Wunsch nach formaler oder inhaltlicher Überarbeitung im genannten Sinne zurückgeschickt werden.